This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

DS
145
.A1
A63
1899

B 837,180

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
ARTES SCIENTIA VERITAS
1817

DS
145
.A1
A63
1899

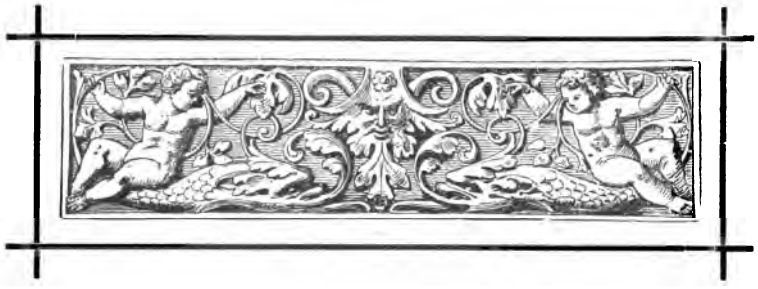
Antisemitisches Jahrbuch

für

1899.

THE UNIVERSITY
OF MICHIGAN
MAY 9 1973

Berlin, W. 35.
Verlag von W. Giese.
1899.



An

Gesinnungsgenossen

werden die Jahrbücher und das „Handbuch“ zum Preise von je 1,50 Mk. (3 Bände für 4 Mk.) vom Verleger, Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 44, postfrei versendet, aber nur nach vorheriger postfreier Einsendung des Preises durch den Besteller oder unter Nachnahme. Wird die Uebersendung unter Postnachnahme gewünscht, so erhöhen sich obige Preise um den Betrag der Nachnahmegebühren (25 Pf.).

Antisemitisches

Jahrbuch

für

1899.

Berlin, W. 35.
Verlag von W. Giese.
1899.

1899

Berichtigungen und Ergänzungen.

S. 62, Zeile 17 von unten lies:
Verwaltungs-Gerichts-Direktor statt Verwaltungs-Direktor.

Zum Adressenverzeichnis.

S. 158 ist hinzuzufügen:

Liegnitz, Deutsch-sozialer Reformverein. S. Theodor Hahn, Klosterstr. 1.

Ebendort ist unter Görlitz zu berichtigen, daß der Vorstand des Vereins sich jetzt zusammensetzt wie folgt: V. Major z. D. Schmidt, Emmerichstr. 56; K. W. Schneidinger, Schneidermeister, Louisenstr. 15; S. W. Kahlert, Wäschefabrikant, Bismarckstr. 28.

S. 165 unter Hameln: Herr von Unger hat den Vorsitz niedergelegt. Sendungen für den Verein an Herrn Schlotheuber.

Berichtigung zu den Jahrbüchern für 1897 und 1898.

Im Jahrbuche für 97 S. 111 ist behauptet worden, der Führer der Frankfurter Sozialdemokraten Quarck sei Jude. Die Behauptung ist dann auch ins Jahrbuch für 98, S. 173 hinübergenommen worden. Inzwischen ist der Verfasser der zuerst angeführten Stelle zu der Ueberzeugung gekommen, daß sein Gewährsmann, obgleich ein genauer Kenner der Frankfurter Verhältnisse, sich über Dr. Quarcks Abstammung doch wohl getäuscht haben dürfte. Wir sind bemüht, den Gesinnungsgenossen in den Jahrbüchern durchaus zuverlässige Angaben zu liefern, berichtigen deshalb den Fehler an dieser in die Augen fallenden Stelle und sprechen unser Bedauern über den uns untergelaufenen Irrtum aus.

Geschlossen am 15. Januar 1899.

964454-190

Vorwort.

Was in den Vorreden zu den früheren Jahrbüchern gesagt wurde, gilt auch für diesen Band: Daß das Buch keine parteiamtliche Veröffentlichung ist, daß der Reingewinn aus seinem Verkauf, wie aus dem aller in meinem Verlage erscheinenden Druckschriften der Parteikasse der Deutsch-sozialen Reformpartei zufällt, daß der Verlag mit keinerlei Honoraren für die im Jahrbuche enthaltenen Artikel und die bisher erschienenen Broschüren belastet ist.

Wir hatten diesmal vor allem den durch die Wahlkämpfe des Jahres 1898 gelieferten parteipolitischen Stoff aufzuarbeiten und zur Benutzung für den nächsten Wahlkampf bereit zu stellen. Er ist so überreichlich zugeflossen, daß es nicht möglich war ihn vollständig zu bewältigen; so mußten die Kapitel, welche die freisinnige und nationalliberale Partei betreffen, für das nächste Jahrbuch zurückgestellt werden.

Auch mehrere kleinere statistische Arbeiten, z. B. über die Berufsthätigkeit der Juden und über die Auffaugung der Kleinbetriebe, die ursprünglich für diesen Band in Aussicht genommen waren, mußten Raummangels halber, so dringend ihre Veröffentlichung auch erscheint, für diesmal fortfallen und bleiben dem nächsten Jahrgange vorbehalten.

Berlin, den 13. Januar 1899.

W. Giese
als Herausgeber.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Die Juden im römischen Reiche, von E. St.	1
I. Judäa bis zu seinem Untergang durch die Römer	2
1. Herodes I.	2
2. Herodes II.	4
3. Jüdischer Krieg	6
4. Letzte Erhebung und Ende Judäas	10
II. Verbreitung und Bedeutung der Juden im römischen Reiche	12
1. Allgemeine Verbreitung	12
2. Die Juden in Rom	17
3. Die Juden in Alexandria	22
III. Politische und religiöse Verhältnisse der Juden zur römischen Kaiserzeit	27
1. Von Augustus bis Hadrian	27
2. Jüdische Propaganda und Antisemitismus	34
3. Von Hadrian bis zum Ende der Kaiserzeit	38
Der jüdische Charakter nach den Rabbinerblättern, von Dr. G. Stille	44
Anmaßung und Ueberhebung	45
Eitelkeit und Renommage	49
Ueberschwenglichkeit	51
Undank	53
Unbescheidenheit	54
Unwahrheit und Verdrehung	55
Unduldsamkeit	58
Beschimpfung ihrer Gegner	61
Die Alliance israélite	63
Kriecherei und Aufdringlichkeit	64
Taktlosigkeit	67
Unredlichkeit	69
Seltene Selbsterkenntnis	70
Warum gab es im Jahre 1819 eine „Judenhetze"? von C. Krollmann	73
Eine Judenmatrikel	95
Die Sozialdemokratie im Wahlkampf, von O. H Böckler	103
1. Erfolge und Rückschläge	103
2. Wahlmittel und Wahlmache	111
Die Konservativen im Wahlkampf, von O. H. Böckler	128
Adressenverzeichnis	157
Deutsch-soziale Reformpartei	157
Bayerische Reformpartei	167
Unpolitische Vereine	167
Thätigkeit der Deutschsozial-reformerischen Abgeordneten in den Volksvertretungen während der Session 1897/98, von K. M. Spamitz	176
1. Vertretung deutschvölkischer Forderungen	179
2. Vertretung sozialer Forderungen	185
3. Stellung unserer Abgeordneten in den Volksvertretungen (Reichstag, Hessische Ständekammer, Hamburger Bürgerschaft)	193
Die Deutsch-soziale Reformpartei und die Reichstagswahlen des Jahres 1898, von W. Giese	199
I. Vorzeichen und Vorbereitungen	199
II. Der Aufmarsch	210
III. Das Wahlergebnis	218
A. Antisemitische Kandidaturen 1893 und 1898	219
B. Die Wahlergebnisse in den für die Antisemiten wichtigen Wahlkreisen 1898	224
C. Ersatzwahlen zwischen dem 15. Juni 1893 und dem 16. Juni 1898, soweit die Antisemiten an ihnen beteiligt waren.	226
„Deutsche Ziele und Aufgaben". Von Dr. G. Stille, besprochen von W. G.	235
Zeitweiser für das Jahr 1898	237

Die Juden im römischen Reiche.[1]

Von E. St.[2]

Der uralte Gegensatz zwischen Ariertum und Semitentum hatte in der Geschichte des Römerreichs schon einmal seinen blutigen Ausdruck gefunden bei dem Zusammenstoße der arischen Römer mit den semitischen Karthagern. Gleich damals war es offenbar geworden, daß der Krieg nur mit der Vernichtung des einen Teils enden könne. Es bleibt das weltgeschichtliche Verdienst der Römer, die arische Kultur vor dem Ansturm der semitischen Unkultur durch Niederwerfung Karthagos bewahrt zu haben.

Weniger thatkräftig und weniger staatsmännisch handelte das alternde Rom bei dem zweiten Zusammenstoße dieser Art, bei seinem Kampfe mit dem unedelsten Sproß der semitischen Völkerfamilie, dem Judenvolke. Der Gegensatz zwischen Rom und Jerusalem hat Jahrhunderte lang die Welt bewegt; auch hier stellte sich sofort heraus, daß ein Friede zwischen diesen so verschiedenen Mächten nicht denkbar sei. Obwohl das Kriegsglück bei allen Waffengängen mit den untüchtigen Juden stets zu Gunsten der Römer entschied, so gelang es der erprobten römischen Staatskunst doch nicht, das oft besiegte zähe Völkchen dem Weltreiche einzugliedern. Politisch zwar wurden die Juden vernichtet, aber gerade dadurch ward der Entfaltung ihrer verderblichen Rasseneigentümlichkeiten der weiteste Spielraum eröffnet, sodaß sie fortan noch mehr denn vorher über das ganze Reich verbreitet, als ewig fremdartiger und schädlicher Bestandteil zum Zusammenbruche desselben nicht wenig beigetragen haben, um dann weiterschleichend auch den anderen arischen Volksstaaten Unheil und Verderben zu bringen.

Es wird sich im Verlaufe unsrer Abhandlung ergeben, daß die Juden, obwohl allgemein gehaßt, nur von der Staatsgewalt vielfach bevorzugt, obwohl von den besten Schriftstellern aller Zeiten bekämpft und vom Pöbel verhöhnt, trotzdem überall Eingang fanden, und sich nicht nur Gleichberechtigung, sondern sogar außerordentliche Vorrechte zu verschaffen wußten, und daß sie, fast ausschließlich dem

[1]) Die von mir benutzten Bücher sind folgende: Mommsen, Römische Geschichte. Mommsen, Der Religionsfrevel nach römischem Recht (Histor. Zeitschr. 64, 422). Friedländer, Darstellungen aus der Sittengeschichte Roms, Leipzig 1890. Hausrath, Neutestamentliche Zeitgeschichte, München 1879. Stade und Holtzmann, Geschichte des Volkes Israel, Leipzig 1887. Schürer, Lehrbuch der neutestamentlichen Zeitgeschichte, Leipzig 1874. Holtzmann, Judentum und Christentum im Zeitalter der neutestamentlichen Litteratur, Leipzig 1867. Renan, Geschichte des Volkes Israel, Berlin 1894. Herzfeld, Geschichte des Volkes Israel, Leipzig 1863. Grätz, Geschichte der Juden. Jost, Geschichte des Judentums und seiner Sekten, Leipzig 1859. Meister Josephus und das Märchen von Jerusalem, Leipzig. Juda und Israel, vom Verfasser des Meister Josephus s. Antisemitisches Jahrbuch 1897. Berliner, Geschichte der Juden in Rom, Frankfurt a. M. 1893. Herzfeld, Handelsgeschichte der Juden des Altertums, Braunschweig 1879. Neumann, Der römische Staat und die allgemeine Kirche bis auf Diokletian, Leipzig 1890. Bertholet, Die Stellung der Israeliten und der Juden zu den Fremden, Leipzig 1896.

[2]) Von demselben Verfasser brachte das Jahrbuch für 1897 bereits die „Geschichte der Judenschaft zu Frankfurt a. M.", die auch als besondere Broschüre vom Verleger bezogen werden kann (Preis 1 M.).

Handel, Betrug und Wucher ergeben, schnell zu Macht, Ansehn und Bedeutung gelangten. Wir werden im einzelnen sehen, wie die Hebräer gern ihre Religion vorschieben, um politische Vorteile für sich herauszuschlagen, wie sie ihr Geld und ihren Einfluß anwenden, um das Recht zu beugen, wie sie mit raffinierter Geschicklichkeit die Ueberlieferung zu ihren Gunsten beeinflussen, wie sie zu schlechten Thaten anreizen und das Volksleben durch ihr böses Beispiel vergiften, wie sie Andersgläubige verachten und verfolgen, um im nämlichen Augenblicke für sich selbst ungehinderte Religionsübung und völlige Bewegungsfreiheit zu beanspruchen. Die Geschichte der Juden zeigt immer dieselben Züge, gleichviel mit welchem Volke sie in Berührung kommen. Juda selbst, gegen alle Einflüsse von außen gefeit, ist im Laufe der Jahrtausende unverändert geblieben, während es auf andere Völker immer fäulniserregend eingewirkt, manche gänzlich vernichtet, aber bei allen Spuren seiner verderblichen Wirksamkeit zurückgelassen hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Hebräer stets als Schädling existiert hat, und daß es seine Natur sein muß, sich überall als Ausbeuter zwischen arbeitende Völker einzudrängen. So geht der ewige Jude, in sich verknöchert, lediglich seiner Rassenselbstsucht fröhnend und fremdes Volkstum niedertretend, rücksichtslos seinen Gang durch die Weltgeschichte, bis ihn sein Verhängnis ereilen wird: denn die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Diesen Gang des ewigen Juden wollen wir nun durch eine geraume Spanne Zeit im Gebiete des alten Römerreichs einmal verfolgen.

Wenn auch die Macht und Bedeutung des Judentums im römischen Reiche keineswegs in dem kleinen Rabbinerstaate am Jordan begründet lag, sondern vielmehr in den zahlreichen über das ganze Reichsgebiet zerstreuten, in innerem Zusammenhange stehenden und nach einem gemeinsamen Ziele hinstrebenden Judengemeinden, so wird es doch nötig sein, zuerst die Geschichte des jüdischen Staates in Kürze zu betrachten.

I. Judäa bis zu seinem Untergange durch die Römer.

1. Herodes I.

Nach dem Verfalle des Reichs Alexanders des Großen (320 v. Chr.) hatte Judäa erst zu Aegypten (−203) dann zu Syrien gehört. Der syrische König Antiochus IV. behandelte die Juden sehr schlecht, bis diese sich unter den kriegerischen Makkabäern die Freiheit erkämpften (168). Einer derselben, Aristobul I., nahm 106 den Königstitel an. Nunmehr frei und geeinigt ward das Land bald durch religiöse und politische Streitigkeiten zerrissen. Diese Zerwürfnisse veranlaßten den römischen Feldherrn Pompeius zum Eingreifen: im Jahre 63 eroberte er Jerusalem, führte den einen der streitenden Brüder, Aristobul II., nach Rom und setzte den andern, Hyrkan, als Hohenpriester ein. Das Land war seitdem den Römern tributpflichtig.

In einen besseren Zustand kam Judäa erst durch Cäsar, der aus Dankbarkeit dafür, daß ihn der jüdische Minister Antipater mit einem Entsatzheere in Alexandria aus Belagerung und Lebensgefahr befreit hatte, diesem selbst das römische Bürgerrecht und die Herrschaft über die Juden, dem Judenstaate aber völlige Freiheit von Abgaben, von militärischer Besatzung und Aushebung verlieh, dazu freie Religionsübung und Unabhängigkeit der inneren Verwaltung garantierte, wie sie kein anderer Vasallenstaat besaß (47).

Mit Antipater und seinem Sohne Herodes I. (40—4 v. Chr.) kommt das herodische Geschlecht zur Regierung. War es auch nicht rein jüdischen Blutes und deshalb den frommen Juden anstößig[1]), so war doch sein Verhalten von jeher echt jüdisch. Mit großer Geschicklichkeit weiß es sich immer die jeweiligen Machthaber zu verpflichten: es tritt zuerst für Cäsar ein, nach dessen Tode für die Republikaner Brutus und Cassius, dann für die Triumvirn, dann für Antonius und endlich für Augustus: die Treue wechselt wie die Parole.

Es giebt wohl kein Königshaus irgend einer Zeit, in dem die Blutfehde zwischen Eltern und Kindern, zwischen Gatten und Geschwistern in gleicher Weise gewütet hätte wie in dem des Herodes. Die Beziehungen des Tyrannen zu Rom waren stets die besten, und er behielt bis an sein Ende die volle Gunst des Augustus. Die Söhne des Herodes, Alexander und Aristobul, wurden in Rom erzogen und durften in der kaiserlichen Familie verkehren. In den Jahren 18 und 17 erschien Herodes selbst in Rom, um seinem hohen Gönner zu huldigen, und dieser gestattete ihm damals, seine beiden Söhne mit nach Judäa zu nehmen. Das Interesse seines Reiches wußte der König kräftig und verständig zu wahren; er schmückte das Land durch prachtvolle Bauten: Theater, Tempel und Paläste entstanden unter den kunstfertigen Händen fremder Baumeister und fremder Arbeiter. Denn die Juden selbst haßten die bildenden Künste teils aus religiösen Bedenken, teils aus semitischer Unfähigkeit. Daß Herodes den Tempel zu Jerusalem in einen mit Gold und Edelsteinen überladenen Prachtbau verwandelte, geschah halb wider den Willen der Frommen, und als er gar einen goldenen Adler an dem Heiligtum anbringen ließ, brach ein Volksaufstand aus, dem der Adler zum Opfer fiel und dann auch die Frommen, die ihn abrissen.

In der letzten Zeit führte Herodes ein wahres Schreckensregiment. Von zahlreichen Unzufriedenen wurden beständig Verschwörungen angezettelt, die der Wüterich durch Blut erstickte. Seine beiden Söhne, Alexander und Aristobul, ließ er 7 v. Chr. erdrosseln, später auch seinen Sohn Antipater. Als Augustus diese Scheußlichkeiten erfuhr, rief er aus: „Besser wäre es noch, das Schwein des Herodes zu sein als sein leiblicher Sohn."

Nachdem Herodes das Land unter seine noch lebenden Söhne Archelaus, Antipas und Philippus geteilt hatte, starb er (4 v. Chr.). Archelaus sollte nach des Vaters Wunsche den Hauptteil des Reiches erhalten. Darüber brachen sofort greuelvolle Bruderkämpfe aus. Archelaus begab sich nach Rom, um seine Ansprüche hier zu vertreten; gleichzeitig schickten die Juden 50 Abgesandte an den Kaiser mit der Bitte, alle herodischen Prinzen beiseite zu setzen und Judäa zu einer Republik unter römischer Oberherrschaft zu organisieren: man würde einsehen, daß die Juden die sanftesten und friedlichsten Menschen seien, wenn man sie nur gerecht behandele. Die jüdische Bevölkerung Roms war entzückt von diesem Plane, und als Augustus die 50 Hebräer empfing, gaben ihnen 8000 (!) hauptstädtische Juden das Geleit zum Tempel des Apollo und unterstützten das Gesuch nach ihrer Weise durch wüstes Geschrei. Der Kaiser wies ihr Begehren ab und bestätigte im wesentlichen die Verfügungen des Herodes: Archelaus wurde König der Juden, allerdings ohne Titel.

Unter diesem Herrscher ging aus dem Stamme der Galiläer, der volklich rein jüdisch war[2]), aber von den Hebräern unterdrückt das jüdische Bekenntnis

[1]) Man sieht hier, wie die jüdische „Frömmigkeit" wesentlich im Kultus der eigenen Rasse besteht.

[2]) Meister Joseph. S. 28: Im Jahre 165 v. Chr. hatten die Makkabäer alle in Galiläa ansässigen Juden zur Rückwanderung nach Jerusalem gezwungen.

hatte annehmen müssen, der Heiland der Welt hervor. Christus verwandelte die jüdische Rassenreligion in die der Menschenliebe und legte damit die Axt an die Wurzel des Judentums. Daher richtete sich gegen ihn der furchtbare Haß der Pharisäer, bei denen jedes religiöse Gefühl längst in läppischem Formelkram und spitzfindiger Silbenstecherei untergegangen war. [1])

Die Herrlichkeit des Archelaus dauerte nicht lange. Schon 6 n. Chr. sah sich Augustus genötigt, auf Bitten einer zweiten jüdischen Gesandtschaft, den grausamen und sittenlosen Herrscher abzusetzen. Judäa wurde in unmittelbare römische Obhut genommen. Der jüdischen Eigenart aber machte Rom zahlreiche und außerordentliche Zugeständnisse: eine beschränkte innere Verwaltung in Religions- und Rechtssachen wurde dem Senate zu Jerusalem (Sanhedrin) überlassen, die Juden blieben vom Militärdienst befreit, die Kupfermünzen des Landes waren nicht mit dem Bilde des Kaisers geprägt, die römischen Adler und Fahnen mit kaiserlichen Abzeichen durften im Weichbilde der heiligen Stadt nicht erscheinen, ja die Cäsaren ließen seit Augustus täglich auf ihre Kosten im jüdischen Tempel dem höchsten Gotte opfern. Auch die römischen Statthalter kamen den Juden in jeder Beziehung entgegen, da sie sonst fürchten mußten, durch einflußreiche Hebräer in Rom angeschwärzt zu werden. Aus diesem Grunde beteiligten sie sich sogar oft am jüdischen Gottesdienste. Trotz alledem waren die Juden nie zufrieden. Die Steuern, die jedes Land trug, weigerten sie sich zu zahlen, da ihnen das Verständnis für das Wesen eines Staates völlig abging, die Beamten verletzten sie durch ihre Empfindlichkeit; kurzum der Haß zwischen Römern und Juden wuchs mit jedem Tage.

2. Herodes II.

Wir hatten es schon vorher als ein Zeichen echt jüdischer Politik kennen gelernt, daß sich die Herodeer an den römischen Kaiserthron herandrängten, um Vorteile für sich herauszuschlagen. Auch nach ihrer Enthebung von der Herrschaft dauerte die enge Freundschaft fort. Die Judenprinzen wuchsen größtenteils in innigem Verkehr mit den Cäsarensöhnen auf.

Fast der erste Regierungsakt des Kaisers Caligula war es, daß er seinen Freund und Günstling Herodes Agrippa[2]), den Enkel des ersten Herodes, einen gänzlich heruntergekommenen und verschuldeten Juden, als Herodes II. (37—44 n. Chr.) zum König des östlichen Palästinas ernannte. Dieser Hebräer hatte damals schon ein abenteuerliches Leben hinter sich. Obwohl vermählt, hatte er sich mit Leib und Seele in den Strudel des römischen Lebens gestürzt, um mit den jungen Cäsaren an Aufwand und Thorheiten zu wetteifern. Da diese jedoch mehr Geld hatten als er, geriet er bald in schwere Schulden und wurde vom Hofe entfernt; dem kaiserlichen Schatze schuldete er damals 300 000 Sesterzen (90 000 Mark). Seine Gläubiger verfolgten ihn nach Judäa. In dieser Not entfaltete er ein großartiges Pumpgenie. Von einem ehemaligen Sklaven seiner Mutter borgt er 17 500 Drachmen (13 125 Mark). Nach Alexandria entronnen, weiß er sich von dem Alabarchen Alexander eine größere Summe (200 000 Drachmen = 150 000 Mark) zu verschaffen. Dann finden wir ihn wieder in Rom, wo ihm die judenfreundliche Cäsarenmutter Antonia[3]) durch

[1]) Meister Joseph. S. 46.

[2]) Herodes Agrippa ist ein Beispiel dafür, wie gerne sich die Juden schon damals unverfänglicher römischer und griechischer Decknamen bedienten, um ihre Herkunft zu verschleiern; im weiteren folgen noch viele derartige Beispiele: Tiberius Alexander (Seite 8), Flavius Josephus (Seite 9); vergl. auch Seite 23, Anm. 3.

[3]) Gemahlin des Drusus, Mutter des Germanikus und des Kaisers Claudius.

ein Darlehn aus der Verlegenheit hilft. Gleich spielt er wieder den feinen Herrn am Hofe. In dieser Stellung war es ihm leicht, von einem samaritischen Freigelassenen eine Million Sesterzen (300 000 Mark) auf einmal zu erhalten. Der römische Adel sah mit Groll zu, wie sich die kaiserlichen Prinzen der Gesellschaft eines jüdischen Gauners hingaben. Durch eine unbedachte Aeußerung erregte er einst den Zorn des Kaisers Tiberius und wurde ins Gefängnis geworfen, aus dem er jedoch durch den neuen Herrscher Caligula sofort befreit wurde, um auf den Thron Judäas berufen zu werden.

Ehe er seine Herrschaft antrat, blieb er noch über ein Jahr am römischen Hofe und übte hier den unheilvollsten Einfluß aus: er machte nicht nur alle Schlechtigkeiten Caligulas mit, sondern er trieb geradezu mit kalter Berechnung den haltlosen Jüngling in Wahnsinn und Grausamkeit hinein. Ohne Gewissensbisse lieh er seine Hand zur Ermordung seines Zöglings Tiberius Gemellus; die Hinrichtung des Macro und Silanus und schließlich auch seiner Gönnerin Antonia sah er ruhig mit an. Erst im Sommer 38 verließ er Rom, um sein Königreich am Jordan zu übernehmen. Ueber die interessanten Erlebnisse seiner Reise werden wir im nächsten Abschnitte einiges hören.

Um sich bei seinen Unterthanen beliebt zu machen, trug Herodes II. in Jerusalem das Gebahren eines strenggläubigen Juden zur Schau, er, der am Hofe des Kaisers keine Speisegesetze beobachtet und allen Ausschweifungen gefröhnt hatte. Sobald er jedoch in seiner Lieblingsresidenz Cäsarea weilte, holte er seinen alten Lebenswandel wieder hervor. Seinen Sohn ließ er am Hofe der sittenlosen Messalina zu Rom erziehen und seinen Töchtern sah er ihr lasterhaftes Treiben bereitwillig nach.

Schon im zweiten Jahre seiner Regierung kam es zu ernsten Zerwürfnissen in seinem Lande. Dem Cäsarenwahnsinn Caligulas war es vorbehalten, den Kaiserkult, der früher in maßvollen Formen bestanden hatte, offenkundig für seine Person in Anspruch zu nehmen. Alle Städte wetteiferten in der Errichtung von Kaisertempeln: nur die Juden konnten sich an dem verlangten Kulte nicht beteiligen. In einer palästinischen Stadt mit gemischter Bevölkerung, Jamnia, hatten die nichtjüdischen Einwohner zuerst angefangen, der Gottheit des Caligula einen Altar zu errichten. Die Juden stürzten in herausfordernder Keckheit den Altar um und veranlaßten eine blutige Schlägerei. Als der Kaiser von dem Vorfall hörte, erließ er an den Prokonsul von Syrien, Petronius, den Befehl, Judäa zu besetzen und im Tempel zu Jerusalem ein Standbild der neuen Gottheit aufzustellen (39). Petronius gab einem phönizischen Künstler den Auftrag, ein solches Standbild zu verfertigen. Gleichzeitig zog er nach Ptolemais, wohin er den Hohenpriester und die Tempeloberssten von Jerusalem beschieden hatte, um ihnen die Absicht des Kaisers mitzuteilen. Da ergriff die gesamte Judenschaft eine ungeheure Aufregung: von allen Seiten strömten die verzweifelten Massen in Ptolemais zusammen und erfüllten die Stadt mit Schreien und kläglichen Bitten. Petronius ließ sich bewegen, die Angelegenheit aufzuschieben, obwohl er wußte, daß es dabei um seinen Kopf ging. Herodes aber begab sich nach Rom, und es gelang dem schlauen Juden wirklich bei Caligula durchzusetzen, daß er von der Aufstellung seines Bildes in Jerusalem Abstand nahm.

In Rom erlebte Herodes einen Thronwechsel, der nicht ohne seine Einwirkung vor sich ging. Am 24. Januar 41 wurde Caligula ermordet, als er eben das Theater verließ. Der jüdische König, der sich gerade in seiner Umgebung befand, eilte sofort in den Palast und holte die germanische Leibwache herbei, die dann, um den Toten zu rächen, ein fürchterliches Blutbad anrichtete. Als der Jude hörte,

Claudius sei von den Prätorianern zum Kaiser ausgerufen, drängte er sich geschwind an seine Seite und sprach dem Zaghaften Mut zu. Dann lief er in den Senat und hielt diesen durch geschickte Verhandlungen so lange hin, bis sich die ganze römische Besatzung für Claudius erklärt hatte. So waren es die germanischen Legionen und ein jüdischer Abenteurer, die dem Reiche einen Kaiser gaben, der wegen seiner Borniertheit allgemein bekannt war.

Herodes wußte sich für seine Verdienste reichlich zu entschädigen: er setzte durch, daß das ganze Königreich des ersten Herodes sogar noch vergrößert wieder hergestellt und ihm als angestammter Besitz übertragen wurde. Diese Verwilligungen sind dann auf einer ehernen Tafel auf dem Kapitol eingegraben worden. Herodes selbst erhielt konsularische Auszeichnungen, sein Bruder den Rang eines Prätors. Beide durften, was damals unerhört war, im Senate erscheinen und dem neuen Cäsar in griechischer Sprache ihren Dank abstatten.

Als Herodes nach so beispiellosen Erfolgen in sein Reich zurückkehrte, wurde er mit unendlichem Jubel aufgenommen. In seinem Streben nach der Gunst des jüdischen Volkes war er grausam gegen alle Nichtjuden in seinem Lande. Als er 44 starb, veranstalteten Griechen, Galiläer und Samariter einen Aufstand aus Freude über den Tod des Scheusals. Bei den Juden dagegen war er „der gute König" und blieb es bis auf den heutigen Tag. Sein einziger Sohn, der damals siebzehnjährige Agrippa, der in Rom erzogen wurde und sogar förmlich in die kaiserliche Familie aufgenommen war, wird auf später vertröstet und Judäa zunächst wieder unter römische Verwaltung gestellt.

3. Jüdischer Krieg.

Die römische Regierung und ihre Beamten zeigten fortgesetzt den ernsten Willen, allen, selbst unbilligen Ansprüchen der Juden gerecht zu werden. Die Ernennung des Hohenpriesters und die Verwaltung des Tempelschatzes wurde nicht dem römischen Statthalter, sondern einem Bruder des Königs Herodes, und nach dessen Tode (48) dem jüdischen Prinzen Agrippa übertragen; die Besatzung von Judäa wurde fast ausschließlich aus der Provinz selbst rekrutiert. Als einst ein römischer Soldat bei der befohlenen Plünderung eines jüdischen Dorfes eine Thorarolle zerrissen hatte, wurde er auf Verlangen der Juden hingerichtet. Von zwei höheren römischen Beamten, die mit ihren Soldaten in eine innere Streitigkeit der Juden eingegriffen hatten, wurde der eine, Cumanus, verbannt, der andere, Kriegstribun Celer, nach Jerusalem geschickt, damit ihn die Juden martern und durch die Stadt schleifen könnten, da er sich an ihrem Gesetz vergangen habe (52). So groß war einerseits die römische Willfährigkeit, und so mächtig waren andrerseits die geheimen Verbindungen der Juden mit Rom, daß sie ihren Beschwerden den größten Nachdruck zu geben vermochten.

Trotz dieses Entgegenkommens blieben die Juden störrig und widersetzlich. Die Hohenpriester, anstatt zwischen Fremden und Einheimischen in friedlichem Sinne zu vermitteln, hetzten durch unvernünftige Forderungen das Volk auf und walteten ihres Amtes in gewaltthätiger und nichtswürdiger Weise. Auf dem Lande und in den Städten wurde offen der Aufruhr gegen die römische Fremdherrschaft gepredigt, und die jüdischen Messermänner (Sikarier oder Zeloten genannt) trieben immer ungescheuter ihr unheimliches Handwerk: sie mordeten ohne Unterschied römische Soldaten und römisch gesinnte Landsleute, den Friedfertigen und Verständigen, die sich weigerten mitzuthun, zündeten sie die Häuser an und schleppten

angesehene Leute als Geiseln mit sich in die Berge. Der Nationalhaß machte das fernere Zusammenleben der Römer und Juden unmöglich, und beide Parteien begegneten sich in dem Gedanken gegenseitiger Ausrottung. Der erste Funke mußte den aufgehäuften Sprengstoff zur Explosion bringen.

Der Neuaufbau Roms nach dem furchtbaren Brande des Jahres 64 erforderte ungeheure Summen, die die Provinzen aufbringen mußten. Damit die Leistungen gerecht umgelegt würden, sollte eine allgemeine Volkszählung vorgenommen werden. Man weiß, mit welcher hartnäckigen Bosheit sich die Juden von jeher gegen eine Zählung gesträubt haben. Nach ihrer Ansicht wurde das Land durch Volkszählung und Zinszahlung an den Kaiser unrein und geschändet.[1]) Rücksichtsvoll überließen es die römischen Behörden in Judäa den Priestern, die Zahl der Juden auf ihre Art festzustellen, und diese berechneten die Menge der Festgäste vom letzten Passah nach den in Jerusalem geschlachteten Lämmern auf 8 Millionen. Nachdem diese schwierige Angelegenheit glücklich geordnet war, erhielt Florus, der Statthalter von Judäa, den Auftrag, sofort eine Abschlagszahlung von 17 Talenten (76 500 Mark) aus dem Tempelschatz zu erheben. Obwohl den Juden nichts anderes geschah als den übrigen Unterthanen, so erhob sich hier gleich wütender Widerstand gegen die Plünderung von Jehovas Eigentum. Der Statthalter besetzte Jerusalem und ließ die Rebellen ans Kreuz schlagen. Mit diesem Tage, 16. Mai 66, begann der jüdische Krieg.

Der zufällig anwesende Agrippa, der inzwischen König von Chalkis, dem nördlichen Galiläa, geworden war, bat das Volk, Frieden zu halten und sich dem Gebote des Florus zu fügen. Umsonst! Die Empörung brach in hellen Flammen aus. Die römische Besatzung von Jerusalem mußte sich ergeben: mit semitischer Treulosigkeit versprach ihr Eleazar, der Führer der Aufständischen, freien Abzug, ließ sie aber vollständig niedermetzeln. Ein römisches Entsatzheer, das durch Agrippas Truppen verstärkt von Antiochia heranzog, erwies sich als zu schwach, die Hauptstadt zu erobern und mußte sich schimpflich zurückziehen. Einer der ersten Schritte der siegreichen Zeloten aber war es, die im Tempel aufbewahrten Schuldbriefe zu verbrennen, um sich selbst und ihre ausgebeuteten Leidensgefährten vom Wucherbanne der Tempelbörse zu befreien.[2])

Durch diesen Sieg der Empörer griff die Bewegung gewaltig um sich und vereinigte bald die ganze Judenschaft gegen Rom. Zum Glück für die Römer waren die Juden überall bei den anderen Nationen allgemein verhaßt, und so gab der Ausbruch des jüdischen Krieges den Anstoß zu den furchtbarsten Judenschlachten in fast allen Städten von Syrien, Phönizien, Peräa und Aegypten. In Cäsarea zum Beispiel wurden sämtliche Juden erschlagen (20 000), nicht minder schrecklich wütete man in Tyrus und Damaskus, in Alexandrien erlagen mehr als 60 000 Juden dem Haß der Aegypter und Griechen.

Der Kaiser Nero schickte den Legaten Flavius Vespasianus, einen besonnenen Mann und erprobten Feldherrn, zur Dämpfung des Aufstandes nach Palästina. Am wichtigsten Punkte des Kriegsschauplatzes, in Galiläa, befehligte als Führer der Rebellen der nachmalige Geschichtsschreiber Josephus, der vom Kriegshandwerk keine Ahnung hatte. Ihm zur Seite standen zwei ebenso unfähige Priester. Während Josephus besonders darauf achtete, daß die jüdischen Riten streng beobachtet würden, beschäftigten sich die biederen Priester damit, den Zehnten

[1]) Wie man auch hier wieder sieht, haben sich die Juden ihre Religion immer so zurechtgelegt, wie es für sie selbst praktisch und einträglich war (Rassenkultus).

[2]) s. Seite 33.

einzutreiben und sich die Taschen zu füllen. Für die Verteidigung der Provinz und Ausbildung des Heeres geschah unter diesen Umständen so gut wie nichts. Am Schabbesabend pflegte das ganze Heer auseinanderzulaufen, um den Sabbat zu Hause zu feiern. Der Feldherr selbst teilte solche Erholungen: man sagt ihm nach, daß die wohlgewachsenen Frauen Galiläas nicht sicher vor ihm gewesen seien.[1]) Seinen persönlichen Feinden im eigenen Lande gegenüber waren seine Hauptwaffen Heuchelei, Verlogenheit, Meineide und Hinterlist. Man muß es bei ihm selbst nachlesen,[2]) wie er sich mit seinen Schändlichkeiten noch brüstet, und wie ihm der Herr immer dann im Gesicht erscheint, wenn er ein ganz besonders großes Bubenstück im Sinne führt. Hin und wieder kommt auch der Geschäftsmann in ihm zum Vorschein: so verkauft er an die Nachbarstädte für 10 Drachmen Gott wohlgefälliges, reines Oel, das er für eine Drachme requiriert hatte.

Im Frühjahr 67 kam Vespasian und sein Sohn Titus in Syrien an, sie vereinigten sich mit den Truppen des herodischen Prinzen Agrippa und hatten bald ein Heer von 60 000 Mann zusammen. Als diese Nachricht im jüdischen Lager bekannt wurde, griff ein panischer Schrecken um sich, die Soldaten liefen scharenweise davon, Josephus selbst floh nach Jotapata. Die Stadt wurde erobert und ein furchtbares Blutbad angerichtet. Josephus fiel in Gefangenschaft, wußte aber sein Leben dadurch zu retten, daß er den Römern die Geheimnisse des Landes verriet. Agrippa und seine Schwester Berenice buhlten in würdeloser Weise um die Gunst der siegreichen Eroberer in der Absicht, den wackeligen Thron des Herodes wieder zu befestigen: sie gaben glänzende Feste in Cäsarea und Berenice zog den jugendschönen Titus in ihre Netze.

Der alexandrinische Jude Tiberius Alexander, der zu Nero's Zeit Statthalter in Aegypten und nachher Landpfleger von Judäa gewesen war, trat jetzt als Generalstabschef[3]) in das römische Heer ein und leistete späterhin bei der Eroberung Jerusalems namhafte Dienste.

In kurzer Zeit war ganz Judäa besetzt, und das Heer wandte sich gegen die Hauptstadt, wo die mörderischen Bruderkämpfe zwischen den beiden priesterlichen Parteien, der Pharisäer und Sadduzäer, auch angesichts der drohenden äußeren Gefahr kaum zum Schweigen kamen.

Unterdessen war Nero gestorben (68), und nach kurzer Zwischenregierung wurde Vespasian hier in Judäa von seinen Truppen zum Kaiser ausgerufen. Im Anfang des Jahres 70 ging der neue Herrscher nach Italien ab und überließ seinem Sohne Titus die Aufgabe, den jüdischen Krieg zu beendigen. Am 23. April wurde der erste Angriff auf Jerusalem gemacht: nach blutigen Kämpfen wurden die Mauern erstürmt, darauf die Burg Antonia; dann fielen die Tempelhallen und endlich am 10. August der Tempel selbst. Unter dem herzzerreißenden Jammergeschrei der Juden stiegen die Flammen aus dem Heiligtum empor und verzehrten die seit Jahrhunderten hier aufgehäuften Schätze. Der übrige Teil der Stadt, besonders das feste Zion, wurde ruhmlos preisgegeben, der Glaube an die Zukunft des Volkes war dahin.[4])

[1]) Joseph. bell. III, 10, 7, 8. [2]) Joseph. vita 20, 33, 34, 42, 63. [3]) Mommsen, Röm. Gesch. 5, 566 Anm. 1.

[4]) Sehr beachtenswert sind die in der Schrift „Meister Josephus und das Märchen von Jerusalem" aufgestellten Hypothesen über den jüdischen Krieg und die Eroberung Jerusalems, beispielsweise, daß die Verteidiger der Stadt gar keine Juden mehr gewesen seien, da sie schon vorher durch fremde, insbesondere galiläische, Räuberbanden unter Führung des Galiläers Johannes von Gischala niedergemetzelt oder an die Luft gesetzt wären (S. 65). — Der Verfasser darf es mir nicht verübeln, wenn ich seinen kritischen Ausführungen, die mir im allgemeinen zusagen, aus Mangel an eingehenderem Studium noch nicht überall zu folgen vermochte.

Es ist zweifelhaft, ob die Zerstörung des Tempels, so wie sie vor sich ging, absichtlich oder zufällig erfolgte. Zweifellos fest aber steht die Ueberzeugung der römischen Regierung, daß die Niederlegung im Staatsinteresse geboten sei, damit die Juden Palästinas nicht fernerhin in enger Verbindung um ihr Nationalheiligtum geschart mit solcher Thatkraft gegen Rom auftreten könnten, und damit die zerstreuten Judengemeinden der ganzen Welt nicht wie bisher von hier aus zu gemeinsamen Zwecken unter Schädigung des Reichs einheitlich geleitet würden. Die Vernichtung des Tempels ist also nicht als Attentat gegen den jüdischen Kultus, sondern lediglich als politische Maßregel aufzufassen; die Judenfrage gilt schon damals als Machtfrage, nicht als Glaubensfrage.

Mit dem Tempel verschwand auch das Hohepriestertum und das heilige Sanhedrin von Jerusalem, das Oberhaupt der Judenschaft. Nur die Tempelsteuer blieb: die 2 Drachmen jährlicher Abgabe, die jeder erwachsene Jude des Reiches für den Tempel entrichten mußte, wurden nunmehr auf den kapitolinischen Jupiter und dessen Vertreter auf Erden, den römischen Kaiser, übertragen.

Nach Rom zurückgekehrt feierte Titus mit Vespasian gemeinsam einen glänzenden Triumph (71): beide aber wiesen die Ehre entschieden zurück, sich nach dem Brauche mit dem Beinamen „Judaikus" zu schmücken, weil diese Benennung eine unliebsame Nebenbedeutung in sich schloß.[1]) Infolge des Krieges war der Markt mit jüdischen Sklaven überfüllt; da die Hebräer aber allgemein als minderwertigste Ware bekannt waren, so suchte man ihre Nationalität geflissentlich zu verbergen: ja es wird erzählt, daß vielen Gefangenen wider ihren Willen das Beschneidungszeichen ausgetilgt wurde.

Das unterworfene Judäa wurde mit starken römischen Besatzungen belegt: nur Agrippa behielt sein kleines Königtum zum Danke für seine Dienste. Seine Schwester Berenice setzte in Rom das Lasterleben mit Titus fort, der ihr zu Liebe sogar seine rechtmäßige Gattin verstieß. Frech und herausfordernd spreizte sich die Jüdin in den ehrwürdigen Kaiserpalästen und hochmütig rauschte sie einher in den stolzen Gärten, in denen Livia, Agrippina und Poppäa bescheidener gelebt hatten als sie. Die hauptstädtische Bevölkerung haßte die gemeine Person und sagte ihr alle Schändlichkeiten nach. Schließlich sah sich Vespasian gezwungen, einzuschreiten und Berenice aus Rom zu verbannen. Als Titus 79 seinem Vater in der Regierung folgte, kehrte sie sofort nach Rom zurück, um ihren Platz wieder einzunehmen, wurde aber von Titus eilends verabschiedet, zumal ihre allzusehr in Anspruch genommenen Reize inzwischen stark verblaßt waren. — Hiermit hatten endlich die von Augustus angeknüpften Beziehungen des römischen Hofes zum jüdischen Königshause, die soviel Unheil gebracht hatten, ihr Ende erreicht. Rom atmete erleichtert auf.

Nun galt es noch zwei Juden für ihren Verrat am eigenen Volke würdig zu belohnen. Tiberius Alexander, der kurz nach dem Kriege gestorben war, wurde für seine Verdienste bei der Eroberung Jerusalems durch eine Feldherrnbüste auf dem Markte zu Rom geehrt. Wie erbittert die Römer über die Verherrlichung dieses Juden waren, geht aus einer auf ihn bezogenen Stelle des Dichters Juvenal[2]) hervor, wo es heißt: „Es wäre recht, dieser Bildsäule ins Antlitz zu harnen".

Auch Josephus wurde für seine Hilfeleistung während des Krieges ausgezeichnet, indem er das Stammhaus der Flavier zu Rom zur Wohnung erhielt und fortan den Namen Flavius Josephus führen durfte. Hier empfahl er sich den Machthabern aufs neue durch seine Geschichte des jüdischen Krieges, ein

[1]) Sueton. Vesp. 12; Dio Cass. 66, 7. [2]) Sat. 1, 131.

Werk, das in unwürdiger Schmeichelei gegen die Herrscher und in gehässiger Verleumdung der persönlichen Gegner des Verfassers seinesgleichen sucht. Als im Jahre 100 sein alter Widersacher, Justus von Tiberias, eine Schrift veröffentlichte, in der er den Josephus als Haupturheber des jüdischen Aufstandes hinstellt, da schrieb dieser zur Entgegnung die Geschichte seines Lebens, ein klägliches Angstprodukt, in dem der um seinen Kopf besorgte Greis zu beweisen sucht, daß er von Ausbruch des Krieges an ein Freund der Römer und Verräter seines eigenen Volkes gewesen sei. Das war der Denkstein, den er sich selber auf sein Grab setzte. — Josephus ist ein echter Sohn seines Volkes. Mit dem strengen Buchstabenglauben vereinigt er aufs glücklichste den Haß gegen Andersgläubige und die niedrige Heuchelei seiner Rasse: denn zu allen Zeiten seiner Geschichte ist Juda ein Volk der starrsten Religiosität, die allerdings durch Fanatismus und Aberglauben fast bis zur Unkenntlichkeit entstellt war, und der äußersten Herzenshärtigkeit und Falschheit gewesen.

4. Letzte Erhebungen und Ende Judäas.

Judäa befand sich nach dem Kriege in traurigem Zustande: das Land lag öde, die Bevölkerung lebte in stumpfer Gleichgültigkeit dahin, nur von einem Gefühle beseelt, Rache zu nehmen an Edom, wie man Rom vorsichtig nannte. Jerusalem bestand noch aus drei römischen Kasernen und einigen Hütten für verwahrlostes Volk. Ueber die sittliche Beschaffenheit der damaligen Juden giebt uns der Talmud Aufschluß, indem er sagt[1]): „Die Juden waren schon zur Zeit der Zerstörung Jerusalems derartig verkommen, daß es keinen einzigen unter ihnen gab, der nicht ein Betrüger war.“ Wir haben keinen Grund, in diese jüdische Selbstkritik Zweifel zu setzen.

In der Ausübung ihrer Religionsgebräuche wurden den Juden keine Hindernisse in den Weg gelegt. Die römischen Behörden gestatteten sogar in ihrer Sorglosigkeit und Unfähigkeit, den jüdischen Charakter in seiner frechen Zähigkeit zu begreifen, daß sich an Stelle des aufgelösten Sanhedrins Rabbinervereinigungen bildeten, welche dann in aller Stille die Judenschaft religiös-national reorganisierten und in ihren Schulen die Anfänge des Talmud, des jüdischen Lehr- und Gesetzbuches, festlegten. Religiöser Mittelpunkt war fortan die Synagoge von Jamnia, der als Tempeloberster Gamaliel vorstand. Hierher wallfahrtete man zu den hohen Festen, hierher kamen die Lehrer, um sich in streitigen Fragen Rat zu erholen, und hierher schickte man die Jünglinge zum Unterricht. In der Schule zu Jamnia wurde der erste Kanon der jüdischen Gebote über Sabbat, Ehe, Eigentum u. s. w. zusammengestellt: er führte den Namen Mischna des Rabbi Akiba, und aus ihr ist die große Mischna durch Erweiterung entstanden.

Es wird erzählt,[2]) der römische Statthalter habe einmal zwei Offiziere gesandt, um von den Schuleinrichtungen in Jamnia Kenntnis zu nehmen. Gamaliel gab bereitwillig Auskunft. Nur zwei Punkte fanden die Römer zu tadeln: erstens, daß die Lehrer den Juden gestatteten, sich heidnischer Knechte und Ammen zu bedienen, während sie streng verboten, daß Juden ihrerseits bei Heiden den gleichen Dienst verrichteten, zweitens, daß sie lehrten, Nahrungsmittel, die dem jüdischen Bruder gestohlen würden, seien unrein, dagegen könne man Güter, die den Heiden gestohlen seien, unbedenklich genießen. In letzterem Punkte versprach Gamaliel Abhilfe, und sein Rabbinerrat verkündete öffentlich, auch den Heiden zu bestehlen sei eine Lästerung

[1]) Tr. Sab. 119 b, Tr. Chaggiga 14 a. [2]) J. Baba-Kamma 4, 3 b. Derenbourg 322.

des Namens Gottes, im geheimen hielt man natürlich an der alten Lehre fest.[1])

Der Haß gegen die Fremdlinge wird in den Schulen nach wie vor eifrig gepflegt, die Aufnahme von Proselyten in den Bund Abrahams wird mehr und mehr verpönt. Fortan gilt der Glaubenssatz: die Heiden sind nicht zu bekehren, sondern mit dem fressenden Feuer des messianischen Gerichts auszutilgen. So wird die national-religiöse Geschlossenheit der Juden, die die römische Regierung beseitigen wollte, neu gefestigt und der Grund zu weiteren verzweifelten Kämpfen gelegt.

Wie geschickt das neue Sanhedrin von Jamnia gearbeitet hatte und wie kraftvoll sich die zersprengten Glieder des Weltjudenbundes wieder zusammengeschlossen hatten, sollte bald offenbar werden. Fast 50 Jahre nach der Zerstörung Jerusalems, im Jahre 116, erhob sich auf Verabredung die gesamte Judenschaft am östlichen Mittelmeer gegen die Reichsregierung. Der Aufstand war rein nationaler Art und bezweckte die Begründung eines jüdischen Sonderstaats. Eine Niederlage des Kaisers Trajan am Tigris gab das Zeichen zur Erhebung. Das ganze Judenvolk hatte nur auf einen Mißerfolg der römischen Waffen gewartet, um alle Unbill zu rächen, und nunmehr losgelassen wüteten sie „wie von Dämonen angestachelt"[2]); alles, was Fremdling hieß, wurde niedergemetzelt. Dio Cassius erzählt[3]): „sie aßen das Fleisch der Gemordeten, umwanden sich mit ihren Eingeweiden, bestrichen sich mit ihrem Blute und zogen die Haut der unglücklichen Opfer über sich her; andere durchsägten sie der Länge nach[4]) und warfen sie wilden Tieren vor". In Cyrene verloren 220.000 Menschen durch die Juden ihr Leben, in Cypern gar 240 000: ebenso hausten die wahnsinnigen Hebräer in Palästina, Syrien, Mesopotamien und anderen Ländern des Ostens. Libyen und Aegypten sollen durch die grausamen Unholde völlig menschenleer geworden sein, nur in der Hauptstadt Alexandria errangen Aegypter und Griechen die Oberhand und rotteten dort ihrerseits sämtliche Juden aus.

Die Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel eines so grausigen Völkermordes, wie er damals von den Juden ausgeführt wurde. Wie nie vorher oder nachher kam es hier zum Ausdruck, daß ein friedliches Zusammenleben mit diesem Volke des Hasses und der Niedertracht ewig unmöglich ist.

Nur allmählich gelang den geschlossenen Truppen der Römer die Niederwerfung des Aufstandes. In Alexandria wurde seitdem längere Zeit kein Jude mehr geduldet, die Insel Cypern wurde ihnen gleichfalls untersagt, und selbst den schiffbrüchigen Juden erwartete dort der Tod. In Palästina stellte der Feldherr Lusius Quietus die Ruhe wieder her, indem er das jüdische Gesindel zu Paaren trieb. Seine strenge Verwaltung blieb den Hebräern noch lange in schlimmster Erinnerung.

Während alle Welt darüber einig war, daß man die Juden nur durch Gewalt niederhalten könne, versuchte es der Kaiser Hadrian im Anfange seiner Regierung, sie mit Milde zu behandeln. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß er ihnen den Wiederaufbau ihres Tempels versprochen hat. Die Freude der Juden aber verkehrte sich in grimmigste Wut, als Hadrian seine Zusage nicht hielt, sondern obendrein an Stelle des Jehovatempels ein Heiligtum des kapitolinischen Jupiter zu Jerusalem

[1]) Vergl. Rohling, Talmudjude, 15. Aufl. S. 75: „das Gebot „du sollst nicht stehlen" bedeutet nach Maimonides, daß man keinen Juden bestehlen solle; anderswo fügt er bei, daß man einen Nichtjuden bestehlen dürfe".

[2]) Euseb. hist. eccl. 4, 2. [3]) 68, 31.

[4]) Immer dieselben Bestien! Am Zersägen seiner Feinde belustigte sich bekanntlich schon David. (2. Samuel. 12, 31), und wenn sie es dürften, spannten sie uns auch heute wieder in den Sägebock! Es geht doch nichts über „Humanität".

errichtete. Sofort brach der Aufruhr wieder mit furchtbarer Heftigkeit los (131). Die gesamte Judenschaft des In- und Auslandes geriet in Bewegung und unterstützte mehr oder minder offen die Empörer am Jordan.

Die Seele des Aufstandes war der Rabbi Akiba und der Räuberhauptmann Simon, der sich Bar-Kochba, d. h. Sternensohn oder Messias nannte. Hadrian schickte seinen fähigsten Feldherrn, Junius Severus, um die Leitung des immer bedrohlicher werdenden Krieges zu übernehmen. Der Feldzug dauerte drei Jahre und war sehr blutig: 985 Ortschaften sollen zerstört und 580 000 Menschen getötet worden sein. Bar-Kochba ward gefangen und hingerichtet. Da der Erfolg gegen ihn entschieden hatte, hieß er in der späteren jüdischen Ueberlieferung nur noch Bar-Coslba, der Lügensohn.

Fast ganz Judäa war zur Wüste geworden, die Kraft des Volkes schien erloschen. Auf den Trümmern Jerusalems entstand eine neue Stadt mit anderem Aussehen und anderer Bevölkerung, eine römische Militärkolonie Aelia Capitolina, deren Aufbau kurz nach Hadrians Tode (138) vollendet wurde. Der Tempelberg ward mit Bäumen bepflanzt, an der Stelle des ehemaligen Heiligtums prangten zwei Bildsäulen Hadrians. Am Stadtthore nach Betlehem sah man das Bild eines Schweines, wahrscheinlich zu dem Zwecke angebracht, um die Fernhaltung der Hebräer anzudeuten. Der Umkreis von Jerusalem blieb den Juden für immer verboten: wer den Bann brach, wurde mit dem Tode bestraft. Nur einmal im Jahre, vermutlich am Tage der Zerstörung durch Titus, durften die Juden gegen Entrichtung eines Tributs die Ruinen ihrer Hauptstadt besuchen, um an der Stelle, wo der Tempel gestanden, ihr Verhängnis zu beweinen.

Die politische Geschichte des Judentums ist hier zu Ende. Seine wirtschaftliche und sittliche „Mission" aber, von der die Juden selbst so gern und viel sprechen, und die in der Auswucherung und Entsittlichung fremder Völker besteht, gewann mehr und mehr an Ausdehnung und Bedeutung.

In dieser Zeit vollendete sich die Erstarrung des jüdischen Geistes und die Ausbildung der talmudischen Rachsucht gegen alles, was Menschenantlitz trägt.

Lichtscheu und weltscheu schließen sich die Juden von den Völkern ab, und „der Haß des menschlichen Geschlechtes" [1] wird fortan in der That ihr innerster Gedanke.

II. Verbreitung und Bedeutung der Juden im römischen Reiche.

1. Allgemeine Verbreitung.

Die jüdische Rasse war immer sehr fruchtbar, und Judäa war ein Land, das keine zu dichte Bevölkerung vertrug, da der Ackerbau bei den Juden nie in großem Ansehen stand.[2] So ergab sich die Auswanderung als natürliche Folge dieser

---

[1] Tac. ann. 15, 44.

[2] Ueber den Ackerbau sagt der Talmud (Tract. Jebam 63 a): „Wenn du 100 Denare im Handel oder Wucher anlegst, so kannst du alle Tage Fleisch essen, Wein trinken und in einem schönen Hause wohnen; wenn du aber im Ackerbau selbst 1000 Denare anlegst, so kannst du doch nur Kraut und Salz essen, mußt Wasser trinken, in elender Hütte wohnen und auf dem nackten Boden schlafen." — Die Juden haben also frühe begriffen, daß im Ackerbau keine Seide zu spinnen ist, und haben diese Arbeit anderen überlassen. Vergl. Fritsch, Zwei Grundübel, S. 15 Anm.

Vorbedingungen.[1]) Bei dem äußerst geringen Maß der industriellen und künstlerischen Fähigkeiten der Juden war es ausgeschlossen, daß sie auf diesen Gebieten mit irgend einem Volke in Wettbewerb hätten treten können. Was anderes konnte sie also in die Ferne locken als ihr Schacher- und Handelsgeist und ihr Verlangen, den Austausch der verschiedenen Produkte in ihre Hände zu bringen und für sich zu verwerten? Mögen die Juden in Palästina und ein wenig vielleicht in den Nachbarländern Ackerbau und Handwerk betrieben haben, in der Fremde widmeten sie sich sozusagen ausschließlich dem Handel, zumal sie bald erkannt hatten, daß dieser größeren und müheloseren Gewinn abwarf als die anderen Berufsarten und ihnen durch geschickte Ausnutzung der Verhältnisse die Herrschaft sichern mußte: denn Juda will überall herrschen, wo es ist.

Daß diese Entwicklung zum Handelsvolke bei den Juden schon sehr frühe vor sich ging, entnehmen wir aus gelegentlichen Aeußerungen der Propheten. So ermahnt zum Beispiel Jesus Sirach (180 v. Chr.) seine Landsleute mit bewegten Worten[2]): „Haßt nicht beschwerliche Arbeit, noch den vom Höchsten geschaffenen Ackerbau", und zugleich warnt er vor dem Handel und Betrug[3]): „Schwerlich wird ein Kaufmann sich vor Vergehungen hüten, und ein Krämer bleibt nicht rein von Sünden. Die Sünde drängt sich zwischen Kauf und Verkauf." Scheint schon hiernach der jüdische Handel mit Betrug ziemlich identisch gewesen zu sein, so erfahren wir noch aus dem Talmud,[4]) daß die Juden bereits im Altertum in manchen Schlichen bewandert waren, die sie heute so meisterhaft beherrschen: daß sie z. B. gewisse Gegenstände unter dem Preise verkauften, um Käufer anzulocken, daß sie bei feilgestellten Dingen das Schlechtere aus der obersten Schicht entfernten, um den Glauben zu erwecken, alles übrige sei ebenso gut beschaffen, daß sie Sklaven, Vieh und Gerätschaften zum Verkaufe besonders zurecht stutzten u. s. w. Ferner erzählt uns der Talmud,[5]) daß einst die jüdischen Kaufleute von Lydda in Palästina sowie diejenigen dreier babylonischer Städte in sehr üblem Rufe gestanden hätten. Wir dürfen also getrost annehmen, daß der Judenhandel nicht erst durch die „Bedrückungen des Mittelalters" zu dem geworden ist, was er immer war und noch heute ist — eine Uebervorteilung des nichtjüdischen Käufers.[6])

Von jeher hat der Jude seine Nationalität mehr geliebt als sein Vaterland, denn die Anhänglichkeit an den heimischen Boden erwächst aus dem Ackerbau, und zu diesem hat er nie eine besondere Neigung gefühlt und doch — so fest der Jude auch innerlich an seinem Volkstum hängt, so bereitwillig umhüllt er es äußerlich mit jeder beliebigen fremden Volkstümlichkeit. Diese Fähigkeiten mußten den Juden von vornherein auf seinen eigentlichen Beruf hinweisen, sich als Parasit unter fremden Völkern einzunisten.

Es steht unzweifelhaft fest, daß sich die Juden schon sehr früh — lange vor Christi Geburt und noch länger vor der Zerstörung Jerusalems — und zwar durch-

---

[1]) Es ist dabei natürlich zu berücksichtigen, daß Judäa niemals alle Juden zusammen in seinen Grenzen beherbergt hat, sondern daß sie von Anbeginn ihrer Geschichte über alle Länder des Ostens verbreitet waren. Schon Abraham nomadisierte; unter Joseph wird die jüdische Bevölkerung Aegyptens nicht gering gewesen sein, und Moses dürfte keineswegs alle Juden, sondern nur einen Trupp aus Aegypten herausgeführt haben.

[2]) 7, 16. [3]) 26, 2—8. [4]) B. mezia 4, 12. [5]) Chullin 127 a.

[6]) Der Judensprößling Georg Ebers, ein guter Kenner des jüdischen Altertums, scheint diese Ansicht über den Handel der alten Juden geteilt zu haben: in seinem Roman „Eine ägyptische Königstochter" läßt er einen ägyptischen Tempeldiener klagen, „jetzt wimmeln unsere Straßen von trügerischen Hebräern" (I c. 4), ferner führt er einen jungen Juden auf, dem wegen Anwendung falscher Gewichte die rechte Hand abgehauen war (III c. 6).

aus freiwillig im ganzen Gebiete des nachmaligen römischen Reiches ausgebreitet hatten. Unterstützt wurden sie in diesem Wandertriebe durch die judenfreundliche Politik Alexanders des Großen und fast aller seiner Nachfolger. Mit genialem Blick hatte Alexander erkannt, wie außerordentlich geeignet die Juden seien, um als Gährungs- oder Fäulnisstoff andere Nationen zu zersetzen und so allmählich ein einheitliches Völkergemisch als Grundlage seines Weltreichs zu schaffen.[1] Deshalb siedelte er sie gern in neueroberten Ländern an und benutzte sie mit Vorliebe als Kolonisten bei der Gründung neuer Städte. Natürlich ließen sich die Juden für ihre Uebersiedelung reichlich durch Geld und Vorrechte und Zusicherung freier Religionsübung entschädigen. Die Sache hatte jedoch einen Haken. Wenn auch die Juden hinsichtlich ihrer zersetzenden Fähigkeit richtig erkannt waren, so konnten sie doch andrerseits nicht als Sicherungsmittel für gelockerte politische Zustände und als Bindeglieder für neugewonnene Volksteile dienen, da sie im Gegenteil durch ihr enges Zusammenhalten und ihre Ausbeutungssucht überall den Nationalhaß der einheimischen Stämme gegen sich wachrufen und so den Grund zu beständigen Streitigkeiten legen mußten.

Die jüdischen „Kolonisten" kamen, wie gesagt, nicht etwa als Ackerbauer mit Pflug und Spaten, um selbst Ansiedlungen und Pflanzstädte zu gründen, sie kamen auch nicht als geschickte Handwerker oder Künstler oder Träger sonstiger Kultur, sondern lediglich als Zwischenhändler und Schmuser, um dort, wo andere mühevoll arbeiteten, nun ihrerseits mühelos die Früchte einzuheimsen. Ueberallhin drangen sie im Gefolge fremder Eroberer und kein anderes Interesse kennend als den Gelderwerb, setzten sie sich ausschließlich in den Städten und vornehmlich in den Haupthandelsplätzen fest. Betteljuden zogen im ganzen Reiche umher, um für sich selbst und den Tempel zu Jerusalem Geld zusammenzuschnorren und, wenn ihnen irgendwo Gewinn und Vorteil winkte, festen Fuß zu fassen. Das merkwürdige, nachgiebig zähe Volk war überall heimisch, und überall strömte das Kapital bei der jüdischen Kaufmannschaft zusammen. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Hebräer schon frühe über die ganze bekannte Welt verbreitet, eine außerordentliche politische und soziale Bedeutung erlangten.

Zahlreiche Zeugnisse aus dem Altertum bestätigen das Gesagte. Im 1. Makkabäerbriefe[2] wird erzählt, daß um 141 v. Chr. ein römischer Konsul Briefe zu Gunsten der Juden an viele Könige, Länder und Städte geschrieben habe, was natürlich voraussetzt, daß in diesen Ländern damals Juden lebten. Um dieselbe Zeit (etwa 140 v. Chr.) singt die jüdische Sibylle[3] von ihrem eigenen Volke: „Jegliches Land und jegliches Meer ist von dir erfüllet und jeglicher feindlich gesinnt dir ob deiner Gesittung."[4] Aus der Zeit Sullas (um 85 v. Chr.) berichtet der Geschichtsschreiber Strabo[5]: „Man kann nicht leicht einen Ort finden, der das jüdische Volk nicht beherbergt und der nicht in seiner Gewalt (finanziellen Abhängigkeit) ist." Aus der Kaiserzeit haben wir eine Menge Angaben über die Ausbreitung und Machtstellung des jüdischen Volkes; wir erwähnen nur ein Zeugnis des Philosophen Seneca[6]: „Inzwischen ist der Brauch dieses verruchtesten Judenvolkes so erstarkt, daß er schon in allen Ländern aufgenommen ist: die Besiegten gaben den Siegern Gesetze."

Ausführlich wird der Umfang der jüdischen Diaspora beschrieben

[1] s. Seite 28 Anm. 1. [2] 15, 22, 23. [3] III, 271: über die Sibylle selbst s. Seite 23.

[4] „Gesittung" ist gut. Genau derselbe Schwindel wie heute, wo sich die Juden als Kulturträger hinstellen, den Antisemitismus aber als unsittlich und kulturfeindlich.

[5] Joseph. antiqu. 14, 7, 2, [6] Augustin. de civit.Dei 6. 11.

in einem Briefe Herodes' II. an seinen Freund Caligula, den uns Philo mitteilt[1]): „Jerusalem, so heißt es hier, ist die Hauptstadt nicht nur von Judäa, sondern von den meisten Ländern wegen der jüdischen Gemeinden, die es überallhin ausgesandt hat: nach Aegypten, Phönizien, Syrien, Cölesyrien, und in die weiter entfernten Länder, Pamphylien, Cilicien, in die meisten Teile von Asien bis nach Bithynien und in die entlegensten Winkel des Pontus; desgleichen nach Europa, Thessalien, Böotien, Macedonien, Aetolien, Attika, Argos, Korinth und in die meisten und schönsten Teile des Peloponnes. Und nicht nur das Festland ist voll von jüdischen Ansiedlungen, sondern auch die bedeutendsten Inseln: Euböa, Cypern, Kreta. Ich schweige von den Ländern jenseits des Euphrat; denn alle mit Ausnahme eines geringen Teiles, Babylon und diejenigen Satrapieen, welche das ringsum gelegene fruchtbare Land umfassen, alle haben jüdische Einwohner."

Wenden wir uns nun zu einer kurzen Betrachtung der einzelnen Länder.

Besonders im Osten, in Mesopotamien, Babylonien und im Partherreiche hatte sich eine zahlreiche und mächtige Judenschaft angesiedelt, die durch ihr starres Zusammenhalten und nicht zum wenigsten auch durch ihren Reichtum die chaldäische, persische und syrische Herrschaft überdauert hatte. Die Juden zählten in diesen Gegenden nach Hunderttausenden. Fast der gesamte Karawanenhandel und der Seehandel nach Indien lag in ihren Händen. Als sehr reich werden die Juden von Machusa am Tigris geschildert: der Talmud[2]) erzählt stolz, daß einst bei festlicher Gelegenheit aus einer einzigen Straße dieser Stadt 18 Judenweiber mit Diamanten behängt erschienen seien. Neben Seleucia am Tigris war Nehardea am Euphrat ihr Hauptplatz. Zwei Jünglinge aus dieser Stadt, Asinai und Anilai, gründeten sogar einen jüdischen Raubstaat (um 30 n. Chr.), der 15 Jahre lang die Nachbarländer in Furcht und Schrecken hielt; von ihren Festungen aus beraubten sie die Kaufleute und brandschatzten Bauern und Hirten, bis ihr Staat durch innere Zwietracht zu Grunde ging. — Auch hier mußte wie überall der trotzig herausfordernde Ton und die erdrückende Kapitalmacht der Juden das Verhängnis über sie heraufbeschwören. Im Jahre 68 n. Chr. ereignete sich in diesen Gegenden ein furchtbarer Ausbruch der Volksleidenschaft gegen das anmaßende, ausbeutende Judentum. Allein in Seleucia wurden 50 000 Hebräer erschlagen und mit derselben Grausamkeit wütete die Verfolgung in anderen Städten des babylonischen Reiches. Doch es dauerte nicht lange, so war die Zahl der Getöteten ersetzt und der jüdische Einfluß wieder hergestellt; denn schon im Jahre 40, so berichtet uns Philo,[3]) wagte es der römische Legat von Syrien, Publius Petronius, nicht, gegen die babylonischen Juden einzuschreiten, da er es für gefährlich hielt, sie zu einer feindlichen Stimmung gegen Rom zu reizen. Und vollends nach Unterdrückung der letzten nationalen Bestrebungen in Palästina wurde Babylonien die Pflanzstätte neuen jüdischen Lebens, das sich von hier aus über alle Teile des neupersischen Reiches verbreitete. Die jüdische Thätigkeit auf litterarischem Gebiete bezeugen einige Apokryphen (Baruch, Judith), sowie namentlich der babylonische Talmud.

Syrien bezeichnet der jüdische Geschichtsschreiber Josephus als dasjenige Land, das den größten Prozentsatz hebräischer Einwohner hatte. Ganz besonders bevorzugt war die Hauptstadt Antiochia: hier hatten die großen jüdischen Handelshäuser ihren Sitz, welche zumeist den hochwichtigen Verkehr mit den Euphratländern vermittelten, und deren sich selbst die Diplomatie häufig bediente, wie z. B. des

---

[1]) Philo, leg. ad Caium 587 und in Flacc. 7 (Mang. II 524). [2]) B. Kamma 119 a; Schabbat 59 b.
[3]) Philo, leg. ad Caium 31 (Mang. II 578).

Hauses Saramella.[1]) Aber auch in anderen syrischen Städten wimmelte es von Juden, so in Damaskus, wo nach Angabe des Josephus zur Zeit des jüdischen Krieges (66—70) 10 000 Juden auf einmal niedergemetzelt wurden. Auch hier machten die Hebräer dem römischen Statthalter fortwährend viel zu schaffen. Als im Jahre 7 v. Chr. der Prokonsul von Syrien zum Zwecke der Steuerordnung eine Volkszählung und Katastervermessung befahl, wußten die Rabbiner dieselbe zu verhindern, indem sie erklärten, die Schatzung sei gesetzwidrig, das jüdische Gesetz kenne nur Abgaben für religiöse Zwecke. So erhob sich die Frage: „Ist es recht, daß man dem Kaiser den Zins zahle?" und es bedurfte unzähliger blutiger Kämpfe, ehe sich die Juden dem römischen Brauche fügten.

Daß in Arabien schon früh sehr viele Juden wohnten, ist wegen der Nachbarschaft mit Judäa unzweifelhaft: besonders das peträische Arabien mit der Handelsmetropole Petra wird als stark von Hebräern bevölkert bezeichnet.

Nach Phönizien wanderten, wie Hekataüs[2]) erzählt, nach Alexanders Tode die Juden massenhaft aus. In kurzer Zeit wußten sie hier durch ihre ausgezeichneten Verbindungen den altberühmten phönizischen Mittelmeerhandel in ihre Hände zu spielen.

Die für den Handel so wichtige Insel Cypern war ungemein verjudet. Der Aufstand des Jahres 116 endete hier, wie wir wissen, mit der völligen Ausrottung der Hebräer.

Armenien hatte zahlreiche jüdische Gemeinden. Der Mittelpunkt der Diaspora war Nisibis, wo die Weihgeschenke für den Tempel in Jerusalem angesammelt wurden. Die Lage der Juden war hier sehr günstig. Es wird erzählt, daß der König Valarsarces dem Juden Sambat Bagrat das erbliche Ehrenamt übertrug, dem Könige die Krone aufzusetzen. Derselbe Herrscher soll auch andere Juden zu hohen Würden befördert haben.

Von Kleinasien erwähnt Philo, daß daselbst in jeder Stadt die Juden in großer Menge wohnten: alle bekannten Handelsplätze führt er als mit Juden reich gesegnet namentlich auf.

Die Verbreitung der Juden in Griechenland erhellt schon aus der Geschichte des Apostels Paulus, der in Thessalonich, Beröa, Athen und Korinth jüdische Synagogen fand. Auch auf den griechischen Inseln lebten Juden in ansehnlicher Stärke. Daß die in Hellas und auf den Inseln ansässigen Hebräer, ebenso wie alle nach Westen bis Spanien hin zerstreuten, ausschließlich vom Handelsbetriebe lebten, giebt sogar Herzfeld[3]) zu, obwohl sonst fast alle jüdischen Darsteller jener Zeiten (Grätz, Friedländer u. s. w.) aus naheliegenden Gründen diesen wunden Punkt zu verdunkeln suchen. Ein hervorragendes Ansehen scheint die Judenschaft von Kos genossen zu haben: denn ihr vertrauten während des pontischen Krieges (74—63 v. Chr.) die kleinasiatischen Stammesgenossen ihre für Jerusalem gesammelten Schätze aus Furcht vor Mithridates an. Aber der schlaue König entdeckte den Judenhort, der sich nach Strabo auf 800 Talente (3 750 000 Mk.) belief, und beschlagnahmte ihn.

Aegypten war wie zu Zeiten des Joseph und Moses (ehe die vertrackte Ziegelstreicherei aufkam) wieder das Paradies der Judenschaft geworden. Alexander der Große (336—323) und seine Nachfolger in Aegypten, die Ptolemäer, waren alle judenfreundlich gesinnt, und unter ihrer Begünstigung verbreiteten sich die Hebräer durch das ganze Land. Ihr Hauptsitz war Alexandria. Bald wurde der größte

[1]) Joseph. bell. I, 13, 5. [2]) Joseph. contra Apion. 1, 22. [3]) Handelsgeschichte S. 260.

Teil des Produkten- und Getreidehandels durch jüdische Schiffe vermittelt, aus den Juden wurden die Beamten gewählt, sogar zu Statthaltern und Befehlshabern der Truppen schwangen sie sich empor. Ptolemäus VI. und später Kleopatra vertrauten ihre Heeresmacht und ihr ganzes Reich jüdischen Feldherren an. Allerdings änderte Kleopatra schließlich ihre Ansicht, denn am Ende ihres Lebens (30 v. Chr.) sprach sie den frommen Wunsch aus, sämtliche Juden ihres Landes mit eigener Hand vertilgen zu können. — Ptolemäus VI. gab um 160 v. Chr. dem aus Palästina eingewanderten Hohenpriestersohne Onias die Erlaubnis zum Bau eines großen jüdischen Heiligtums zu Leontopolis. Der neue Tempel, nach dem Muster des Jerusalemer errichtet, kam bald durch reiche Geschenke zu solchem Ansehen, daß der Talmud jeden, der ihn nicht gesehen habe, für unbekannt mit Judas Herrlichkeit erklärt. Die ganze Umgegend bildete einen eigenen kleinen Priesterstaat, der den Namen Onion führte. Bei der strengen Centralisation des jüdischen Kultus bildet dieser förmliche Nebenkult zu Leontopolis eine merkwürdige Erscheinung und legt zugleich Zeugnis ab von der Bedeutung der ägyptischen Judenschaft. Bald nach der Zerstörung Jerusalems wurde auch dieser Tempel von den Römern geschlossen (73 n. Chr.). — Zur Zeit des Kaisers Caligula schätzt Philo die jüdischen Einwohner Aegyptens auf 1 Million, d. i. mehr als $^1/_8$ der gesamten Bevölkerung; ihr Einfluß ragte jedenfalls noch weit über dies Zahlenverhältnis hinaus. Gleichwohl können wir hier die allgemeine Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Stärke der Juden leicht überschätzt wird, weil sie sich in allen Hauptplätzen dem Auge aufdrängen, und weil es dieser lauten Rasse gegeben ist, überall bemerkt zu werden, wo eine andere Bevölkerung in gleicher Anzahl noch lange keine Beachtung fände.

Von Aegypten aus haben sich die Hebräer schon frühe in Cyrene angesiedelt, wo ebenfalls ein lebhafter Handelsverkehr herrschte, ja selbst bis Abessinien und in das südliche Arabien sind sie vorgedrungen. Die Hafenstadt Berenice an der großen Syrte war fast nur von Juden bewohnt. Die Hebräer der ganzen Landschaft Cyrenaika scheinen hervorragend zum Aufruhr veranlagt gewesen zu sein. Zu Sullas Zeit (85 v. Chr.) hatte Lucullus hier einen Judenaufstand zu bekämpfen, unter Vespasian und später unter Trajan war diese Gegend ein Hauptsitz der jüdischen Empörung.

Wie in Aegypten Alexandria, so war in Italien Rom der mit Juden am reichsten gesegnete Platz. Nächstdem saß in der Hafenstadt Puteoli die bedeutendste Judengemeinde. Sonst haben wir nur einzelne und zerstreute Spuren von jüdischen Niederlassungen in Italien, z. B. Inschriften aus Capua, Syrakus, Venusia u. s. w. In Pompeji ist ein irdenes Gefäß gefunden worden mit der Aufschrift gar(um) cast(imoniale) d. h. koschere Fischbrühe.

Von Rom und Italien aus wanderten die ruhelosen Hebräer dann weiter im Gefolge der römischen Adler nach Spanien, Gallien und — Deutschland.

So sehen wir die Juden schon zu Anfang der Kaiserzeit ohne irgend welche Nötigung von außen über alle Länder der damals bekannten Welt ausgestreut: vom persischen Busen bis hinauf zum kaspischen Meere, vom Tigris bis zu den Säulen des Herkules — ein geistiges Band hält alle zusammen, auf einen gemeinsamen Zweck arbeiten alle hin, rücksichtslos und zielbewußt. . . .

2. Die Juden in Rom.

Die beiden Brennpunkte jüdischer Macht, und gleichzeitig die Haupthandelsplätze des römischen Reiches, waren Rom im Abendlande und Alexandria im Morgenlande.

Rom war der Sitz der ältesten Judengemeinde Europas. Schon im zweiten Jahrhundert vor Christi Geburt sind die Juden infolge von Handelsbeziehungen hier eingewandert wahrscheinlich aus Kleinasien und Aegypten. Sie wohnten auf dem rechten Tiberufer am Abhange des Vatikan, wo sie einen günstigen Platz für ihre Kauffahrteischiffe ausgesucht hatten. Die Brücke an dieser Stelle führte lange Zeit den Namen Judenbrücke.

Zum ersten Male erhalten wir sichere Nachricht von der Anwesenheit der Juden zu Rom aus dem Jahre 138 v. Chr., wo sie aus der Stadt ausgewiesen werden wegen des Versuchs religiöser Propaganda unter den Römern.[1]) Schon zur Zeit der Republik war den in Rom weilenden Fremden die Verehrung ihrer ausländischen Gottheiten gestattet: ganz besondere Duldung genossen in dieser Hinsicht die Juden, indem sie sogar von der Huldigung der Staatsgötter, zu der alle übrigen Sekten sich nebenbei verpflichten mußten, durch eine Ausnahmebestimmung befreit waren. Andrerseits aber ist es begreiflich, daß die Behörden, denen der Schutz des heimischen Götterdienstes oblag, nicht ruhig zusehen konnten, wenn die Hebräer, wie es thatsächlich geschah, die römischen Götter verhöhnten und die Bürger zum Abfall von ihnen veranlaßten. Wir erfahren also schon hier, daß die Juden, während sie für sich im Namen des Toleranzprinzips freie Religionsübung in Anspruch nehmen, dieses Prinzip selbst gröblich verletzen, indem sie den fremden Kultus aufs schärfste angreifen und zu schädigen suchen. Es wäre diese Unverschämtheit schier unglaublich, wenn wir nicht — heute genau dasselbe sähen.

Einen gewaltigen Zuzug von Juden nach Rom brachten die asiatischen Kriege der Römer und besonders der jüdische Krieg des Pompejus (63). Um ihre Triumphe glänzender zu gestalten, führten die siegreichen Feldherren zahlreiche Kriegsgefangene nach der Hauptstadt, die dann als Sklaven verkauft wurden. Die Käufer jüdischer Sklaven wußten aber bald nicht, was sie mit diesen sonderbaren Gesellen anfangen sollten, die sich weder durch gute Worte noch durch Schläge dazu bewegen ließen, von den Speisen des heidnischen Hauses zu essen oder am Sabbat zu arbeiten. Ueberhaupt erwiesen sich die Hebräer wenig anstellig zu jeglicher Art von Dienstleistung. So kam es, daß sie um einen geringen Preis freigelassen wurden, den ihre in Rom ansässigen wohlhabenden Brüder gern bezahlten. Aus diesen Freigelassenen bildete sich wieder eine starke Judengemeinde, die man bald als eine der größten Plagen des römischen Lebens zu empfinden hatte. Die Enkel der Freigelassenen besaßen bereits als Freigeborene das Bürgerrecht und konnten somit als stimmberechtigt an allen Volksversammlungen teilnehmen.

Wie ungeheuer schnell die Juden in Rom zu Bedeutung und Macht gelangten, davon erhalten wir im Jahre 59 ein drastisches Beispiel bei Gelegenheit des Flaccus-Prozesses. Flaccus hatte als Statthalter von Asien den Juden verboten, Gold aus seiner Provinz nach Jerusalem zu schaffen. Darüber beschwerten sich diese in Rom und beschuldigten den Flaccus, das von ihnen gesammelte Gold beschlagnahmt zu haben. Als der Prozeß verhandelt werden sollte, hatten die römischen Hebräer eine gewaltige Schaar Zuhörer, Juden und Judenknechte, aufgeboten, um durch ihr Geschrei die Versammlung zu beherrschen und den Rechtsstreit zu Gunsten ihrer Stammesgenossen zu entscheiden.[2]) Cicero verteidigte den Angeklagten und führte aus, daß die Verordnung des Flaccus zu Recht bestehe, da sie

[1]) Val. Max. I, 2 § 3.

[2]) Die Juden mißbrauchen also die Oeffentlichkeit des Verfahrens zur Beeinflussung der Richter' Genau wie heute, nur daß der Pöbel der Straße durch den Preßpöbel ersetzt ist (Fall Buschoff Fall Zola).

mit den Senatsbeschlüssen übereinstimme, durch die sowohl den Juden Asiens als auch denen Italiens die Ausfuhr von Gold nach Jerusalem verboten würde. Dann fährt der Redner wörtlich fort[1]): „Man weiß, wie zahlreich die Juden hier sind, wie sie zusammenhalten, wieviel sie in den Volksversammlungen ausrichten. Ich will mit gedämpfter Stimme reden, damit nur die Richter mich hören. Denn es fehlt nicht an Menschen, welche von den Juden gegen mich und gegen alle Rechtschaffenen insgesamt aufgereizt werden: ich will ihnen aber heute keine Gelegenheit hierzu geben . . . Es war ein Beweis von Charakterfestigkeit des Flaccus, daß er sich um die Judenhaufen, die in der Volksversammlung toben, nicht gekümmert hat . . ." Wie das Urteil des Prozesses ausfiel, ist leider nicht bekannt geworden. — Man sieht aber an diesem Beispiel, welchen politischen Einfluß die römischen Juden bereits gewonnen haben, da sie in den Volksversammlungen durch ihr Zusammenhalten, ihre Rührigkeit und durch ihr Geld öfter den Ausschlag geben konnten, man sieht ferner, wie bedenklich es für die Statthalter war, in ihren Provinzen den Juden entgegenzutreten, weil sie dann sicher darauf rechnen durften, nach ihrer Heimkehr in Prozesse verwickelt oder mindestens vom hauptstädtischen Pöbel ausgepfiffen zu werden.

Zur Zeit des Augustus muß die Zahl der Juden in Rom schon viele Tausende betragen haben: wir erwähnten bereits, daß sich der jüdischen Gesandtschaft, welche im Jahre 4 v. Chr. von Jerusalem nach Rom kam, 8000 römische Juden angeschlossen hatten, um lärmend für ihre Wünsche einzutreten. Der erste Alleinherrscher fühlte sich anscheinend ebenso wenig wie die Machthaber der Republik veranlaßt, den geräuschvollen Kundgebungen der Juden ein Ziel zu setzen. Man schätzt die Zahl der hauptstädtischen Hebräer unter Augustus auf 60,000, unter Tiberius auf 80,000. Es gab damals sieben Synagogen zu Rom: die des Augustus, des Agrippa, des Volumnius, der Subura, des Marsfeldes, der Velia und die Schule der Hebräer. Entsprechend der Zahl der Tempel muß man mindestens sieben einzelne, selbständig organisierte jüdische Gemeinden annehmen.

Der erste Kaiser, der dies ungeheure Umsichgreifen des Judentums in der Hauptstadt als Gefahr für das Reich erkannte, war Tiberius, den Mommsen als den tüchtigsten aller römischen Herrscher bezeichnet. Die Juden wurden dem Kaiser besonders lästig durch ihre unausgesetzten Bemühungen, die Römer von dem überlieferten Götterglauben abwendig zu machen und durch ihre ewigen Klagen über Mißverwaltung in den Provinzen. Im Jahre 19 n. Chr. schritt Tiberius, wie es heißt zur Verbesserung der Sitten, gegen sie ein. Den Anlaß gab folgende Begebenheit: Ein wegen Verbrechen aus seiner Vaterstadt vertriebener Jude war nach Rom gekommen und gab sich hier für einen Lehrer aus. Er hatte sich bei einer vornehmen Römerin, Fulvia, einzuschmeicheln gewußt und bereitete sie für den Uebertritt zum Judentum vor. Allein der angeborenen Neigung der Pharisäer folgend — der Witwen Häuser zu fressen und lange Gebete vorzuwenden — bestimmte er seine Schülerin zu erheblichen Gaben an Purpur und Gold für den Tempel zu Jerusalem. Mit drei anderen jüdischen Lehrern nahm er die Geschenke in Empfang, die von den sauberen Brüdern natürlich unterschlagen wurden. Als die Sache ruchbar wurde, beschloß der Kaiser im Einverständnis mit dem Senat strenge Maßregeln gegen die jüdische Propaganda und befahl, daß 4000 jüdische Freigelassene auszuheben und zur Bezwingung der Räuberhorden nach Sardinien zu schicken seien. Tacitus fügt hinzu[2]): „Würde das ungesunde Klima sie aufreiben,

[1]) Pro Flacco c. 28. [2]) Annal. 2, 85.

so sei der Schaden gering". Die Meisten sind wohl in den Steinbrüchen Sardiniens zu Grunde gegangen, da sie den Kriegsdienst beharrlich verweigerten. Gleichwohl hat sich eine Anzahl derselben am Leben erhalten: flugs gründeten sie in der Hauptstadt Caralis eine Gemeinde, die bald beträchtlich anwuchs und Jahrhunderte lang blühte. — Im Betreff der übrigen römischen Juden bestimmte Tiberius, daß sie bei Strafe ewiger Knechtschaft Rom und Italien verlassen sollten. Aber freilich erwies sich die Maßregel, falls sie wirklich durchgeführt wurde, nicht von langer Wirkung, denn schon im Jahre 40 spricht Philo wieder von einer römischen Judengemeinde. Wahrscheinlich ließ sich Tiberius nach dem Sturze seines antisemitischen Ministers Sejan durch seine judenfreundliche Schwägerin Antonia bewegen, das erwähnte Edikt selbst zurückzuziehen.

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich unter Kaiser Claudius: auch dieser vertrieb alle Hebräer aus Rom (53), weil auf die Kunde von dem erschienenen Messias unter der hitzigen und lärmsüchtigen Judenschaft Schlägereien und Aufstände ausgebrochen waren. Und doch finden wir im Jahre 61, als der Apostel Paulus nach Rom kam, wieder eine starke Judengemeinde daselbst vor. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß auch die Maßregel des Claudius nicht zur vollen Durchführung kam, zumal uns Dio Cassius erzählt[1]), die Juden seien damals in Rom zu solcher Menge angeschwollen, daß sie, ohne einen Aufruhr zu erregen, nicht mehr aus der Stadt gewiesen werden konnten.

Im Jahre 64 veranlaßte der Brand Roms ein Einschreiten des Kaisers Nero gegen die Juden. Das entsetzliche Unglück, welches die Stadt heimsuchte, gereichte den Hebräern zur Genugthuung, die ein Strafgericht ihres Gottes gegen das heidnische Rom darin erblickten und ihre Schadenfreude ziemlich unverhohlen zur Schau trugen. Ferner mußte es auffallen, daß die Feuersbrunst in den Kaufbuden des Cirkus Maximus, die sich zum größten Teil in jüdischen Händen befanden, ausgebrochen war, und daß gerade die Quartiere der Juden am kapenischen Thore (Regio I) und jenseits des Tiber (Regio XIV) verschont blieben. So richtete sich der Verdacht der Brandstiftung gegen die Hebräer, den diese ihrerseits auf die Christen abzuwälzen suchten. Die römischen Christen waren zu jener Zeit ihrer Nationalität nach fast ausschließlich Juden, und man weiß mit welch' grimmen Hasse der Jude stets alle Abtrünnigen verfolgt hat[2]). Die Römer, welche — nicht ohne Grund — keinen Unterschied zwischen Juden und Christen zu machen wußten, behaupteten, daß die Hebräer ihre Vorhersagungen von hereinbrechenden Strafgerichten Gottes selbst hätten verwirklichen wollen. Den Grund zu diesen Beschuldigungen bildete der unüberwindliche Judenhaß, der Alt und Jung, Vornehm und Niedrig damals erfüllte. Unzählige Juden und Christen wurden auf Befehl des Kaisers eingekerkert und unter scheußlichen Martern im Cirkus öffentlich zum Tode befördert. — Trotz aller dieser Unterdrückungsversuche kann man sagen, daß die römische Judenschaft in ständigem Wachstum begriffen ist. Natürlich mußte unter der judenfreundlichen Politik der nachfolgenden Kaiser und besonders seit der Zerstörung des jüdischen Staates die Ueberflutung der Hauptstadt durch die Hebräer stets größer werden.

Ueber das Leben und Treiben der römischen Juden sind wir gut unterrichtet durch die gelegentlichen Aeußerungen der zahlreichen Dichter und Schriftsteller, welche in der kunstliebenden Residenz zusammenströmten. Gleich von vornherein machen wir die auffallende Bemerkung, daß alle diese Schriftsteller, sowohl römische wie griechische, ohne Ausnahme Antisemiten sind: man sieht, auch den

[1]) 37, 17. [2]) Duruy-Hertzberg, Gesch. des röm. Kaiserreichs 1, 712.

vornehmen und geistig hervorragenden Männern jener Zeit war das jüdische Wesen im tiefsten Innern zuwider. [1])

Wir wissen, daß die Juden anfangs hauptsächlich, aber keineswegs gezwungen, in der 14. Region am Tiber wohnten, wo die Schiffe anzulegen pflegten und wo der richtige Platz für den jüdischen Makler war. Trotz seines jämmerlichen Aussehens war dieses Viertel durchaus nicht das unbedeutendste und ärmste, denn zahlreiche Leute, große und kleine, waren mit hohen und geringen Beträgen in die Schuldbücher der Wucherjuden eingetragen [2]). In dem Maße, wie der Wohlstand der Juden zunahm, verbreiteten sie sich allmählich über die ganze Stadt. Juvenal klagt [3]), daß die am kapenischen Thore gelegenen heiligen Haine der Nymphe Egeria feilschenden Hebräern verpachtet seien. Aus der Verteilung der Synagogen ersehen wir, daß allenthalben Juden hausten, und daß weder das Hauptgeschäftsviertel, die Subura, noch der eleganteste Stadtteil, das Marsfeld, judenfrei gewesen sind.

Wie überall, so lebten auch in Rom die Juden fast ausschließlich vom Handel. Anfangs erscheinen sie armselig und zigeunerhaft, kein Verdienst ist ihnen zu gering oder zu gemein, doch bald gelangen sie durch geschickte Ausbeutung der Menge zu Reichtum und Macht und bringen ein Geschäft nach dem anderen in ihren Besitz. Schon in der Frühe zogen die jüdischen Hausierer und Bettler durch die Straßen und störten durch ihr Geschrei die trägen Römer im Schlafe und die fleißigen bei ihrer Arbeit. So klagt Martial [4]): „Kein Ort der Stadt bietet Ruhe zum Denken: denn überall bettelt der Hebräer und bietet mit Lärmen seine Schwefelhölzchen feil.“ Dazwischen eilten die jüdischen Wahrsagerinnen umher, um den römischen Damen gegen Entgelt ihre Träume zu deuten; „auch um die kleinste Münze, schreibt Juvenal [5]), verkaufen die Judenweiber dir Träume von jeglicher Sorte.“ Wir erfahren, daß es die Juden schon damals für löblich hielten, jedem Vergehen gegen das Eigentum von Nichtjuden auf alle Weise Vorschub zu leisten: insbesondere unterstützten sie durch ihre Hehlerei das Bestehlen der heidnischen Tempel.

Unerträglicher noch als der arme Jude schien den Schriftstellern der Kaiserzeit der reiche Jude zu sein. Die orientalischen Eindringlinge beschränkten sich bald nicht darauf, Kaufleute, Wechsler, Krämer, Hausierer und Wucherer zu sein, obwohl diese Erwerbszweige ihre Lieblingsbeschäftigung bildeten, sondern sie machten den Römern auch auf anderen Gebieten erfolgreichen Wettbewerb: sie wurden Beamte, Dichter, Maler, Kritiker, Schauspieler und Gelehrte. Dagegen vermieden sie ängstlich alle Berufe, die mit körperlicher Anstrengung verbunden waren: Handwerk und Landwirtschaft waren ihnen ebenso verhaßt wie früher in Aegypten und Palästina und wie noch heutzutage. Hatten sie Geld und Einfluß errungen, so wollten sie unter allen Umständen eine Rolle spielen. Sie drängten sich in die öffentlichen Bäder und sperrten mit der ihnen eigenen Zudringlichkeit die besten Plätze [6]), an liederlichen Orten gaben sie mit Vorliebe den Ton an [7]), in den Volksversammlungen führten sie das große Wort, kurz überall mußten sie dabei sein und sich in die erste Reihe drängen. Auf litterarischem Gebiete entwickelten sie große Fähigkeiten im Plündern berühmter Schriftsteller und im Rezensieren. Besonders interessant ist in dieser Beziehung eine Stelle des Dichters Martial über die Juden [8]):

---

[1]) Es ist geradezu spaßhaft zu beobachten, wie sich die neueren jüdischen Darsteller jener Verhältnisse mit ein paar leeren Redensarten über so schwerwiegende Beweisgründe, wie es die Angaben gleichzeitiger Schriftsteller doch zweifellos sind, hinwegsetzen wollen.

[2]) Joseph. antiqu. 18, 6, 1. [3]) Sat. 3, 10. [4]) Sat. 12, 57. [5]) Sat. 6, 546. [6]) Sat. 7, 82. Sat. 7, 30; 11, 94. [8]) Sat. 11, 94 ff.

„Daß du neidisch bist und auf meine Bücher ständig schmähst, verzeih ich. Du bist klug, beschnittener Dichter! Das auch kümmert mich nicht, daß du trotz Tadelns meine Verse plünderst. Du bist auch so klug, beschnittener Dichter! Das nur peinigt mich, daß du mir meinen Knaben verführst. Siehe du leugnest es ab und schwörst bei des Donnerers Tempel, schwör's bei deinem Judengott, sonst glaub ich, Beschnittener, dir nichts."

Schmähsucht, litterarischer Diebstahl, allgemeine Verderbnis, Hang zu falschen Schwüren — erkennen wir nicht in dieser trefflichen Schilderung den ewigen Juden wieder? Wie er damals war, so ist er heute noch, so wird er bleiben in alle Zukunft.

In der Pflege ihrer religiösen Gebräuche waren die Juden zu Rom natürlich ungestört. Wie hätte es auch anders sein können bei dem vertrauten Verhältnis der herodischen Familie mit dem römischen Kaiserhause? Die Proselytenmacherei unter den Bürgern war mit Ausnahme vereinzelter, schon erwähnter Fälle nicht verboten, und trotz der großen gegenseitigen Abneigung scheinen nicht wenige Römer zum Judentum übergetreten zu sein. Horaz[1]), Ovid, Persius und Juvenal[2]) bezeugen, daß sich zu Rom viele Bürger am Sabbat aller Geschäfte enthielten, nicht reisten, fasteten, Lampen anzündeten und Kränze aufhingen. Die große Masse des Volkes blieb von solchen Einflüssen freilich unberührt: ihr dienten die eigentümlichen Gebräuche der Hebräer lediglich zum Spott. Den ernsteren Geistern dagegen erschien das Judentum keineswegs spaßhaft, sondern als ein höchst bedenklicher Feind der klassischen Kultur.

Aehnlich wie in Rom selbst gestalteten sich die Verhältnisse auch in den anderen Gemeinden des Abendlandes, wo Juden hausten. Ueberall und in jeder Lebenslage äußerte sich die tiefe Abneigung, die die Natur zwischen arisches und semitisches Wesen gepflanzt hat.

3. Die Juden in Alexandria.

Wenn Rom in mancher Beziehung für das Abendland als typisch angesehen werden kann, so gilt dasselbe Verhältnis für Alexandria und das Morgenland.

Der Hafen von Alexandria war der einzige sichere auf der ganzen Strecke der asiatischen und afrikanischen Küste zwischen Joppe und Parätonium, an der Mündung der einzigen Wasserstraße eines unermeßlich reichen Hinterlandes gelegen. Unter der weisen Herrschaft der Ptolemäer wurde eine treffliche Karawanenstraße von Alexandria nach dem Innern eröffnet, der alte Kanal des Necho wieder schiffbar gemacht und Handelsverträge mit Arabien und Indien abgeschlossen.

Diese beispiellos günstige Lage, welche Alexandria zum ersten Handelsplatze der alten Welt machte, hatte die Juden frühe in großer Menge hierhergelockt. Schon der Gründer der Stadt, Alexander der Große, hatte Juden hier angesiedelt und ihnen das Bürgerrecht verliehen, so daß sie von vornherein zu der bevorrechteten, herrschenden Klasse gehörten (332 v. Chr.). Dieselbe privilegierte Stellung behielten die alexandrinischen Juden unter den Ptolemäern und, wie wir sehen werden, auch unter den ersten römischen Machthabern. Als Cäsar in Alexandria eingeschlossen war, und ein Entsatzheer zu seiner Hilfe herankam, da waren es die Juden, welche das Heer verproviantierten und dadurch dem Imperator einen wesentlichen Dienst

[1]) Sat. 1, 9, 69. [2]) Sat. 14, 101—102.

erwiesen (47). Zum Danke dafür gewährte ihnen Cäsar alle Rechte, die die griechische Stadtbevölkerung genoß, und bestätigte ihre seitherigen Vorrechte. Die eingeborenen Aegypter mußten sich den beiden rivalisierenden Volksgruppen gegenüber mit der untersten Rangstufe begnügen: sie allein zahlten Kopfsteuer, blieben aber wie vorher vom griechischen, so jetzt vom vollen römischen Bürgerrechte und allen Aemtern ausgeschlossen. Die Getreidelieferungen nach der Hauptstadt wurden nur Juden in Akkord gegeben, die Hafenpolizei wurde in ihre Hand gelegt, aus den Juden mußten die Zollbeamten gewählt werden, welche Einfuhr und Ausfuhr überwachten und sich durch Unterschleife und Bestechlichkeit bald ungeheuer bereicherten.[1])

Mit gewohnter Meisterschaft wußten die Hebräer alle Vorzüge der gewaltigen Handelsentwicklung der Stadt zu ihrem Vorteil auszubeuten und hatten im Wettbewerb mit den beiden anderen Nationalitäten bald den unbestrittenen Sieg errungen. Wie einst ihr Vorfahr Joseph versorgten sie die getreidearmen Länder mit dem Segen der ägyptischen Ernte, den ihre Schiffe über alle Meere trugen. Gleich dem Kornhandel lag auch der größte Teil des gesamten anderen Handelsverkehrs in ihren Händen. Der alexandrinische Alabarch, der höchste jüdische Beamte, besorgte längere Zeit als Hofbankier alle Geldgeschäfte der kaiserlichen Familie zu Rom und von dem Alabarchen Alexander wissen wir, daß er dem nachmaligen Könige Herodes II. Agrippa 200 000 Drachmen vorstrecken konnte.[2])

Anfangs wohnten die Juden besonders am Meere, wo das königliche Schloß stand und wo es am angenehmsten und für Kaufleute am vorteilhaftesten zu wohnen war. Bald erfüllten sie die ganze Stadt: von den fünf Stadtvierteln hießen zwei die jüdischen, aber auch in den übrigen saßen sie dicht und hatten allenthalben die besten Geschäftslokale. Man schätzt die Zahl der alexandrinischen Juden zu Anfang der Kaiserzeit auf 6—800 000 Köpfe. An Rechten weit über dem ägyptischen Volke stehend, auch vor den Griechen bevorzugt, bildeten sie einen Staat im Staate mit gesonderter Gesetzgebung und gesonderten Gerichten, sie wählten ein eigenes Stammesoberhaupt, Alabarch genannt, dem ein jüdischer Senat oder Aeltestenrat mit ausgedehnten weltlichen und religiösen Befugnissen zur Seite stand. Augustus verlieh diesem Senate eine gewisse Unabhängigkeit von der römischen Behörde und erhöhte dadurch die Bewegungsfreiheit des Judentums zum Nachteile der anderen Volkskörper, die ähnliche Einrichtungen nicht besaßen.

Ebenso wie auf politischem und gewerblichem Gebiete in Alexandria Griechen und Juden eine erbitterte Fehde führten, so wurde auch in litterarischer Beziehung der Hauptkampf zwischen griechischem und jüdischem Geiste hier ausgefochten. Die Juden eigneten sich zuerst Sprache und Gelehrsamkeit der Hellenen an, übersetzten ihre heiligen Schriften ins Griechische (Septuaginta, die griechische Bibel, um 260 v. Chr.) und begannen dann, ausgerüstet mit dem gesamten Wissensstoff der damaligen Zeit, einen hartnäckigen Angriffskrieg gegen die griechische Götterwelt und Philosophie. Die zahlreichen Streitschriften[3]) beweisen, daß der Kampf mit Eifer und Erbitterung geführt wurde. Von besonderer Bedeutung war hierbei das dritte Buch der Sibyllinen, von einem unbekannten jüdischen Dichter des zweiten vorchristlichen Jahrhunderts verfaßt in der ausgesprochenen Absicht, die öffentliche Meinung für die Sache des Judentums zu bearbeiten und womöglich alle Welt zum jüdischen Glauben zu bekehren. Weil nun der namenlose Hebräer bei der all-

[1]) Joseph. contra Apion. 4, 5. [2]) s. Seite 4.

[3]) Wir nennen wenigstens die Namen einiger jüdischen Schriftsteller: Aristobul, Aristäus, Artapan, Demetrius, Eupolemus, Kleodemus, Philo u. s. w. Die griechischen s. Seite 37.

gemeinen Verhaßtheit seiner Rasse nicht wagen durfte, in nationalem Gewande zu erscheinen, so schiebt er seine Verse der römischen Sibylle unter und redet zu den Heiden in ihrer eigenen Sprache, im Griechischen. Da der Einfluß der schicksalsverkündenden Jungfrauen in der griechischen und römischen Welt noch sehr groß war, so konnte ein bedeutender Erfolg der Dichtung nicht ausbleiben, zumal der schlaue jüdische Fälscher, um die Leichtgläubigen desto besser zu täuschen, seinen Text in geschickter Weise mit bekannten alten Prophezeiungen übersäete. So führt er dem Heidentum die Größe des Judentums vor und verkündet den Sieg des auserwählten Volkes mit zweifelloser Gewißheit Die Juden sind ihm die vortrefflichsten Menschen, lediglich bedacht auf Gerechtigkeit und Tugend, während das Streben anderer Leute auf nutzlose Dinge gerichtet ist: Juda ist Ziel und Ende der Geschichte, Rom wird fallen und aller geplünderte Reichtum und zweimal soviel Beute nach Asien zurückkehren.

Der weitaus hervorragendste geistige Führer der alexandrinischen Judenschaft war der Philosoph Philo (1. Jahrh. n. Chr.), der Sproß einer nach jüdischen Begriffen erlauchten Familie, die es sogar verstanden hatte, sich an das römische Kaiserhaus heranzuschlängeln.. Philo führt in seinen Schriften den Mosaismus in einer Weise mit griechischer Philosophie verquickt vor, daß er allen damaligen Anforderungen des religiösen Gefühls gerecht zu werden schien. Was ihm von der griechischen Weltanschauung zusagte, das sucht Philo auf jüdische Quellen zurückzuführen und keck behauptet er, alles sei von weisen Juden entlehnt, die ältesten griechischen Dichter und Philosophen hätten zu den Füßen des Moses und der Propheten gesessen. Natürlich ist auch er der Ansicht, daß dem Judentum die Zukunft gehört: „Die Seelen der Juden eignen, nach seiner Meinung, einer höheren Ordnung als die der Nichtjuden. Das jüdische Volk ist immer das vollkommenste, gerechteste, vernünftigste, menschlichste und religiöseste Volk der Welt gewesen, dessen Kultus den Wünschen des Ewigen am meisten entsprechen mußte. Die glückselige Zeit wird dann anbrechen, wenn sich alle Menschen zum Judentum bekehrt haben." Maßlose Eitelkeit, Uebertreibung, Unwahrheit und jüdische Marktschreierei sind die Grundzüge seines Wesens wie seiner Werke.

An der Spitze der judengegnerischen Bewegung in Alexandria stand damals (1. Jahrh. n. Chr.) der griechische Grammatiker Apion, welcher eine Geschichte der Juden schrieb, um die frechen Angriffe der Hebräer zu entkräften. Dieses Werk teilt das Schicksal so vieler anderer, den Juden unbequemer Bücher: es ist verschwunden und kaum eine Spur davon auf unsere Zeit erhalten geblieben, während die Schriften der Juden Philo und Josephus uns natürlich in schönster Ausführlichkeit vorliegen. Da wir die meisten Nachrichten über Apion dem Juden Josephus verdanken, der selbstverständlich sein möglichstes gethan hat, ihm alles schlechte anzudichten, ihn als Scharlatan und Betrüger hinzustellen, so ist es leider unmöglich, ein richtiges Bild dieses Mannes zu entwerfen. Aus den spärlichen Bruchstücken der Geschichte des Apion, die sich bei anderen Schriftstellern vorfinden, erfahren wir, daß die Juden früher wegen Aussatzes aus Aegypten vertrieben seien.[1]) In der Wüste habe dann ein Priester, namens Moses, den Juden Gesetze gegeben, in denen er ihnen zur Pflicht machte, gegen keinen Nichtjuden wohlwollende Gesinnung zu hegen, sondern jedem Fremdling den schlechtesten Rat zu erteilen, und die Tempel und Altäre der anderen Götter zu zerstören. — Ueber die Menschen-

[1]) Dasselbe berichten übrigens Manetho in seinen Aegyptiaka (250 v. Chr.), desgleichen der ältere Chäremon (Müller, fragm. hist. gr. 3, 495) und der Grammatiker Lysimachus (100 v. Chr.).

opfer der Juden erzählt unser Gewährsmann: Der König Antiochus IV. Epiphanes von Syrien (um 170 v. Chr.) habe bei einer Untersuchung des jüdischen Tempels einen zum Opfer gemästeten Griechen gefunden. „Die Juden, so fährt er fort, töten jedes Jahr einen fremden Griechen unter ihren herkömmlichen Feierlichkeiten, indem sie einen Eid schwören, die Griechen zu hassen, dann genießen sie etwas von den Eingeweiden (Blut?) und werfen die Ueberreste des unglücklichen Menschen in eine Grube." Natürlich erklärt Josephus dies alles für Lügen, und doch ist es merkwürdig, daß ein nüchterner Geschichtsschreiber wie Tacitus[1]) die meisten Erzählungen des Apion über die Juden aufgenommen hat.

In der zweiten Hälfte der Regierung des Tiberius entbrannten überall Streitigkeiten zwischen Juden und anderen Nationalitäten. Die jüdischen Quellen stellen diese Kämpfe als Ausfluß heidnischer Unduldsamkeit hin, und doch ist es Thatsache, daß die jüdischen Angriffe auf das Heidentum die älteren und schärferen waren. In Alexandria, wo eine starke nationale Eifersucht und große Reizbarkeit in religiösen Dingen herrschte, konnte man es vollends nicht ertragen, daß Fremdlinge sich am Spott über die heiligen Nationalkulte hervorragend beteiligten und ihre eigene Religion für die Weltreligion erklärten. Dazu kam die Bevorzugung der Juden durch die römische Verwaltung, ihr Uebergewicht im Handel, ihre Aufdringlichkeit und betrügerisches Gebahren, um die Judengegnerschaft begreiflicherweise mächtig anschwellen zu lassen. Wenn der rührige und geschickte Agitator Apion in der Volksversammlung die Uebergriffe der Juden geißelte, wenn er über die Besetzung ganzer Stadtteile klagte, die ihnen nicht gehörten, über die Aneignung des Bürgerrechts, auf das sie keinen Anspruch hätten, über ihre Vorrechte, ihre Unbotmäßigkeit und ihren Eigennutz, dann jauchzten ihm die Alexandriner begeistert zu und geleiteten ihn wie ihren Befreier im Triumph durch die Straßen. Man überhäufte ihn mit Ehren, nannte ihn den Siegreichen, den Arbeitsvollen, den neuen Homer und legte die wichtigsten Staatsgeschäfte in seine Hand. — So war genug Zündstoff zu Feindseligkeiten von beiden Seiten zusammengetragen worden: es bedurfte nur des Funkens, der dann auch bald von den Juden selbst geschleudert werden sollte.[2])

Im Sommer 38 war Herodes Agrippa, der neue König der Juden, von Rom nach seinem Reiche abgegangen.[3]) Da er auch in der guten Jahreszeit der See nicht recht traute, hatte er sich für die Reise ein breites alexandrinisches Lastschiff ausersehn, das ihn statt nach Ptolemais in den Hafen von Alexandria brachte. In seiner Eitelkeit konnte er es sich nicht versagen, seinen Königstitel hier auszuspielen und sich von seinen Stammesgenossen einen glänzenden Empfang bereiten zu lassen, während es der Brauch erheischte, daß er im fremden Lande nicht aus seiner privaten Stellung heraustrat. Die jüdische Majestät wurde sofort von den zahllosen Insassen der zwei Judenviertel lärmend begrüßt und in feierlichem Aufzuge unter den Rufen Marin! Marin! (Unser Herr!) durch die Stadt geleitet. Der römische Statthalter Avilius Flaccus empfing den König trotz seines taktlosen Benehmens mit der Höflichkeit, die gegenüber dem Günstling des Kaisers geboten war. Die Volksmenge dagegen machte ihrem Unwillen über die jüdische Unbescheidenheit in Spottreden Luft. Am Tage nach der Abreise des Agrippa veranstalteten einige Griechen einen Umzug zur Verhöhnung der Juden, indem sie einen stadtbekannten Blödsinnigen, Namens Carrabas, in der lächerlichsten Weise aufputzten und mit ihm unter endlosen Marin-Rufen durch die Judenviertel zogen. Es kam zu einer Schlägerei zwischen Griechen und Juden, die zu einem furchtbaren Kampf ausartete,

[1]) Hist. 5, 2—5. [2]) Nach Hausrath, Neutestamentl. Zeitgesch. II, 235. [3]) s. Seite 5.

als einer auf den Gedanken gekommen war, das Standbild des Kaisers Caligula in die Synagoge zu tragen. Flaccus sah sich nicht veranlaßt, das Kaiserbild entfernen zu lassen, zumal er dies nur auf Gefahr seines Kopfes hätte wagen dürfen: mochten die Juden sehen, wie sie den Handel durchfochten, den sie sich selbst eingerührt hatten. In der erregten Menge ward plötzlich die Losung ausgegeben, die vereinzelten Häuser, die die Juden außerhalb ihrer Stadtteile noch überall unberechtigter Weise an sich gebracht hatten, zu stürmen. Nachdem dies geschehen, und die Häuser — über 400 an der Zahl — ihren Besitzern aberkannt waren, wurden die ankommenden Schiffe der Juden geplündert, und wo sich ein Jude in den griechischen Vierteln zeigte, eine Hetzjagd auf ihn veranstaltet. Die verbrieften jüdischen Vorrechte fanden keinen Schutz mehr, und der Statthalter wollte ferner nicht zulassen, daß die Hebräer sich am Sabbat den öffentlichen Angelegenheiten, Vorladungen u. dergl. entziehen dürften. Die Juden beschlossen über den Kopf des Flaccus hinweg ein Gesuch um Sicherstellung ihrer Rechte an den neuernannten, aber noch nicht im Amte befindlichen Statthalter von Aegypten, Manius Maximus, zu richten. Hierüber erbittert ließ Flaccus 38 Mitglieder des jüdischen Senats ergreifen und öffentlich im Theater geißeln: einige von ihnen starben nach wenigen Tagen. Seinem Nachfolger schickte der Statthalter einen Bericht, der den Juden selbst die Schuld des ganzen Bürgerkrieges zuschob. Jedenfalls ist es nicht ohne Einwirkung des Agrippa und der alexandrinischen Juden geschehn, daß Flaccus schon im Herbst desselben Jahres (38) auf besonderen Befehl des Kaisers nächtlicher Weile verhaftet, verbannt und dann getötet wurde.

Allein der Wechsel im Statthalteramt half den Juden Alexandrias nichts. Maximus fand es keineswegs ratsam, das Hauptärgernis der Juden zu beseitigen und das Standbild des Kaisers aus der Synagoge zu entfernen. Vielmehr ließ er es zu, daß dieselbe durch ein ehernes Kolossalbild zum Tempel des Caligula geweiht wurde. Auch im übrigen Aegypten wurden fast alle Synagogen in Kaisertempel verwandelt. Ueber diesen Frevel waren die Juden aufs äußerste empört und schickten eine Abordnung mit Philo an der Spitze nach Rom (39). Sofort ernannten auch die Griechen eine Gesandtschaft, für die Apion den Sprecher machte. Der Kaiser nahm die Beschwerdeschrift der Juden an und sagte ihnen auch einen Empfang zu, auf den sie aber lange Zeit vergeblich warteten. Schließlich im September 40 wurde ihnen mitgeteilt, daß Caligula beide Gesandtschaften zusammen in seinem Landhause empfangen wolle. Der Herrscher war äußerst gnädig und anscheinend gut gelaunt. Unter dem Gelächter der Griechen fragte er die Juden, warum sie ihn nicht als Gott anerkennen wollten, warum sie kein Schweinefleisch äßen, welche Gründe sie für ihr Bürgerrecht in Alexandria anführen könnten u. s. w. Dann fertigte er sie kurz ab und entließ sie ohne Strafe, aber auch ohne Antwort.

Die Krawalle in Alexandria dauerten fort, bis auf die Kunde vom Tode des Caligula (41) die Juden zu den Waffen griffen und ihre Heiligtümer säuberten. Der neue Kaiser Claudius, ein großer Judenfreund, trat ohne weiteres auf Seiten der Hebräer und stellte den Besitzstand wieder her, wie er vor Caligula gewesen war: die Alabarchenwürde wurde von neuem eingeführt, und der Schutz der jüdischen Vorrechte dem Statthalter anbefohlen.

Doch der Friede währte nicht lange. Im Jahre 66 rief der Ausbruch des jüdischen Krieges auch in Alexandria Unruhen hervor. Einige Juden hatten sich unbefugter Weise in eine Versammlung der Griechen eingeschlichen, in der über eine Gesandtschaft an Nero zwecks Aufhebung der jüdischen Gleichberechtigung beraten

werden sollte. Als man die frechen Eindringlinge bemerkte, fiel man über sie her und mißhandelte sie. Die Folge war ein furchtbarer Straßenkampf, bei dem zumeist durch das Eingreifen der römischen Truppen 60 000 Juden erschlagen wurden. Kurze Zeit darauf, nach der Eroberung Judäas (73), veranlaßten einige nach Alexandria geflohene Hebräer einen wahnwitzigen Angriff auf die Römer, um sich für das Blutbad des Jahres 66 zu rächen. 600 jüdische Eiferer wurden gefangen und hingerichtet, der Tempel in Leontopolis wurde geschlossen. — Der allgemeine Judenaufstand des Jahres 116 kostete sämtlichen alexandrinischen Juden das Leben.

Nachdem sich das Judenvolk wieder ersetzt hatte, blieb die Stadt auch fortan der Schauplatz von Unruhen und Gewaltätigkeiten zwischen den Juden und anderen Nationalitäten. Fast 300 Jahre nach dem letzten Gemetzel spielte sich wieder ein grauenhafter Kampf hier ab. Auf einen kleinen Zwischenfall im Theater hin verabredeten sich die Juden, in der Nacht die Christen zu überfallen und niederzumachen. Nach diesem nächtlichen Blutbade sammelte sich die christliche Menge und trieb unter Führung des Bischofs Cyrill die Juden aus der Stadt (415).

Man kann von Aegypten dasselbe sagen, wie in neuerer Zeit von Polen: es ist an seinen Juden zu Grunde gegangen.[1])

III. Politische und religiöse Verhältnisse der Juden zur römischen Kaiserzeit.

Wir haben nun die Geschichte der Juden in ihren Hauptzügen soweit verfolgt und über der Hebräer Treiben soviel erfahren, daß wir uns von den Bedingungen, unter denen sie im Anfang unserer Zeitrechnung lebten, und von ihren Wechselbeziehungen zum römischen Weltreich und zu den einzelnen Völkern desselben ein ziemlich abgerundetes Bild machen können. Es soll im folgenden Abschnitt versucht werden, dies Bild zu entwerfen. Wir werden dabei fast Zug um Zug an die Gegenwart erinnert, und umgekehrt wird die Erfahrung der Gegenwart den Leser leicht befähigen, das, was etwa dunkel oder lückenhaft bleibt, selbst aufzuhellen oder zu ergänzen.

1. Von Augustus bis Hadrian.

Die Juden sind in den römischen Staat eingetreten mit derselben politischen Selbständigkeit wie die anderen unterworfenen Völker des Reichs. Der Begriff „Jude“ ist natürlich politisch zu verstehen, er umfaßt nicht nur die Juden Palästinas, sondern in gleicher Weise alle über das Reich zerstreuten jüdischen Volksgenossen. Die Sonderstellung, die die römische Regierung den Juden zugestand, verlieh sie ihnen als einer Gemeinschaft im politischen Sinne, allerdings mit Rücksicht auf ihre Religion.

Durch die Gunst der Herrscher hatten die Juden schon vor ihrer Einverleibung in das römische Weltreich fast im ganzen Orient das Bürgerrecht erhalten, und da sie als kluge Leute sich überall sofort auf Seite der Sieger schlugen, so wurden sie auch von den römischen Machthabern im Besitze ihrer Rechte belassen und thatkräftig geschützt.

[1]) s. Antis. Jahrb. 1897, S. 54 Anm.

Daß schon Cäsar (49—44 v. Chr.) ein großer Judenfreund war, steht außer allem Zweifel. Die Einen vermuten, daß er von den Juden Geld zur Tilgung seiner Schulden erhalten habe, andere glauben, daß er die Juden wegen ihrer vermittelnden und zersetzenden Thätigkeit als geeignete Mitarbeiter an seinem Werke, der Schöpfung eines einheitlichen Reichskörpers, bevorzugt habe.[1]) Außerdem hatten ihm ja, wie wir wissen, die Juden in Alexandria wesentliche Dienste geleistet. Es wird nun berichtet, daß Cäsar sowohl in Palästina die Verhältnisse zur Zufriedenheit der Juden ordnete, als auch in den übrigen Staaten und Städten, wo Juden wohnten, ihre Vorrechte bestätigt habe. Ein Senatsbeschluß aus dem Jahre 49 bestimmt, daß in Ephesus die Juden mit römischem Bürgerrecht nicht vor den allgemeinen Gerichtshof gezogen werden dürften. Aus einem römischen Edikte derselben Zeit an die Behörden von Sardes ist zu ersehen, daß dort die Juden von Anfang an ihren eigenen Gerichtshof nach den väterlichen Gesetzen hatten. Hiernach darf man annehmen, daß die Juden wohl überhaupt in allen Städten Kleinasiens schon zu Cäsars Zeit ihre eigene Gerichtsbarkeit besaßen. Möglich auch, daß die Hebräer die Freundschaft des Herrschers in der Weise ausbeuteten, daß sie eine ganze Reihe falscher Dokumente zu ihrem Vorteil daraus herleiteten, um sie den Antisemiten jener Zeit entgegenzuhalten, ist es doch auch kein anderer als der jüdische Schwindler Josephus, der alle Senatsverordnungen zu Gunsten der Juden gesammelt und sorgsam aufbewahrt, die den Hebräern unbequemen aber möglicherweise unterschlagen hat. Wie dem auch sei, feststeht jedenfalls, daß die Juden der ganzen Welt den Diktator als ihren Wohlthäter liebten und verehrten. Unter den zahlreichen Leuten, die nach den Iden des März 44 Trauer anlegten, bemerkte man ganz besonders viele Juden, die mehrere Monate lang an Cäsars Grabstätte erschienen, um über seinen Tod zu jammern.

Mit dem Tode des größten Römers überschreiten wir die Schwelle der Kaiserzeit. In denselben Geleisen wie unter Cäsar bewegte sich im allgemeinen auch die Judenpolitik der ersten Kaiser. Augustus (31 v. Chr. — 14 n. Chr.) erwies den Hebräern nicht die Ehre, sich besonders eingehend mit ihnen zu befassen: er sowohl wie seine ganze Umgebung fühlte die tiefste Abneigung gegen das schmutzige, schachernde Gesindel. Aber gerade durch diese Nichtachtung kamen die Juden, namentlich in Rom selbst, so in die Höhe, daß sich Tiberius (14—37) genötigt sah, auf Veranlassung seines Ministers Sejan gegen sie einzuschreiten.[2]) Diese Maßregel richtete sich jedoch nur gegen die Juden der Hauptstadt, und wir wissen, daß sie dieselben nicht allzu hart betroffen hat, einmal, da sie wahrscheinlich nur von kurzer Dauer war, dann auch, weil die Juden selbst sich im Umgehen der Gesetze sehr bewandert erwiesen. Im übrigen zeigte Tiberius eine den Juden günstige Gesinnung: er machte wiederholt den Prokonsuln Achtung der jüdischen Gebräuche zur Pflicht und gab schließlich dem Wunsche des von Juden geleiteten römischen Pöbels sogar insoweit nach, unter Zurücksetzung seines Enkels, seinen Großneffen

---

[1]) Dieser Ansicht ist Mommsen, und an der Stelle, wo er von dem Ineinanderfluten der griechischen und römischen Welt, von der nationalen und politischen Nivellierung der verschiedenen Volksstämme im Staate Cäsars spricht, da gedenkt er der Juden mit folgenden beachtenswerten Worten (Röm. Gesch. 3, 550): „Der Jude war wie geschaffen für einen Staat, welcher auf den Trümmern von hundert lebendigen Staatswesen erbaut und mit einer gewissermaßen abstrakten und von vornherein verschliffenen Nationalität ausgestattet werden sollte. Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition (zu deutsch: ein wirksamer Gährungsstoff des Weltbürgertums und der volklichen Zersetzung) und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem cäsarischen Staate."

[2]) s. Seite 19.

Caligula zum Thronerben zu bestimmen. Caligula (37—41) mußte den Hebräern sehr genehm sein, da er in Gemeinschaft mit den herodischen Prinzen aufgewachsen war und überhaupt fast nur mit Orientalen verkehrte. Wenn Caligula trotzdem später gegen die Juden vorging, so geschah es lediglich deshalb, weil diese sich hartnäckig weigerten, seiner kindischen Laune nachzugeben und ihn als Gott anzuerkennen. Dagegen beeilte sich der nächste Kaiser, Claudius (41—54), die Sünden seines Vorgängers wieder gut zu machen. Im Jahre 42 erließ er ein Rundschreiben an sämtliche Provinzen, „daß die Juden im ganzen Reiche ihre väterlichen Gebräuche unbehindert beobachten und ihre Rechte genießen sollten, wobei er sie zugleich erinnere, seine freundliche Gesinnung nicht zu mißbrauchen und die Religion anderer Völker nicht zu verachten, sondern sich mit der Beobachtung der eigenen Gesetze zu begnügen." Die Juden erhielten also ihre Gerechtsame (freie Religionsübung und eigene Gerichtsbarkeit) ausdrücklich gewährleistet; die am Schlusse des Erlasses ausgesprochene Mahnung zeigt, daß es von jüdischer Seite an Ausschreitungen und Beschimpfung Andersgläubiger nicht gefehlt hatte. Gegen Ende seiner Regierung sah sich auch dieser große Judenfreund genötigt, den unruhigen Hebräern gegenüber andere Saiten aufzuziehen und sie aus Rom zu verbannen.[1]) Zu Nero's Zeit (54 - 68) fanden alle Juden an der Kaiserin Poppäa stets eine bereite Fürsprecherin. Sie scheint in jeden Itzig beim bloßen Anblick verschossen gewesen zu sein: auch Josephus durfte sich ihrer Huld erfreuen. Als er im Jahre 63 zum ersten Male in Rom war, um einige seiner Landsleute beim Kaiser zu verteidigen, da gelang es ihm, durch einen jüdischen Schauspieler, der bei Nero und seiner Gemahlin in hoher Gunst stand, Zutritt bei Poppäa zu erhalten und die Freilassung der Juden zu erwirken.

Auf die julisch-klaudische Dynastie folgte nach kurzer Unterbrechung die flavische. Es wäre ganz falsch zu glauben, daß die Kaiser Vespasian (69—79) und Titus (79—81), die den blutigen und äußerst grausamen Krieg gegen die Juden zu führen hatten, deshalb nun Judenhasser gewesen seien. Allerdings machte die Anordnung Vespasians, daß die von den Juden bisher für den Tempel gesammelte Steuer fortan, nach der Zerstörung Jerusalems, als fiscus iudaicus für den kapitolinischen Jupiter erhoben werden sollte, öfters strenge Maßregeln notwendig, da sich die Juden dieser Besteuerung auf alle Weise zu entziehen suchten. Es wurden deshalb überall Steuerrollen angelegt, in die sich die Juden eintragen lassen mußten, und Angeber wurden belohnt, wenn sie heimliche Juden verrieten.[2]) Unter Domitian (81—96) stand es den Beamten zu, in zweifelhaften Fällen sogar eine körperliche Untersuchung vornehmen zu lassen[3]), die aber auch nicht immer das gehoffte Ergebnis hatte, da die Juden das Beschneidungszeichen künstlich zu verhüllen suchten. Im übrigen aber scheinen sich alle drei Flavier den Juden gegenüber auf den strengen Rechtsstandpunkt gestellt und alte Vorrechte nicht angetastet zu haben. Von Titus wird erzählt, als er sich nach der Zerstörung Jerusalems der Stadt Antiochia näherte, sei ihm die ganze Bevölkerung entgegengegangen und habe um Ausweisung der Juden aus ihrer Stadt gebeten, er aber habe abschläglich geantwortet, da es eine Ungerechtigkeit wäre, die Juden, die kein Vaterland mehr hätten, auszuweisen. Auch die Bitte der Antiochener, mindestens den Juden ihre Gleichberechtigung zu entziehen, bewilligte Titus nicht. Denselben Bescheid erhielten später die Alexandriner, als sie um Beschränkung ihrer Juden nachsuchten. Zu dieser judenfreundlichen Stimmung des Kaisers dürfte auch seine

[1]) s. Seite 19. [2]) Mart. sat. 7 29, 34, 81; 11, 95, Pers. sat. 5, 180. [3]) Sueton. Domit. 12.

Liebe zu Berenice ihr Teil beigetragen haben: wieder ein Erfolg jüdischer Estherpolitik!

Die Kaiser Nerva (96—98) und Trajan (98—117) waren gegen die Juden nachsichtsvoll und bestätigten ihre mannigfachen Befreiungen von Bürgerpflichten, die sich mit ihrer Sitte und ihrem Glauben nicht vertragen sollten. Es muß anerkannt werden, daß die wiederholten Ausbrüche des jüdischen Hasses gegen die nichtjüdische Bevölkerung, insbesondere der furchtbare Judenaufstand unter Trajan, der mit Strömen Blutes erstickt werden mußte (116), die allgemeine Politik der Regierung in Bezug auf die Juden nicht änderten.

Nach dieser kurzen Uebersicht, aus der eine den Juden im wesentlichen wohlgeneigte Gesinnung der ersten Kaiser zur Genüge erhellt, wenden wir uns zu einer allgemeinen Darstellung der politischen und religiösen Verhältnisse der Juden während derselben Zeit.

Rechtlich war den Juden der Aufenthalt und freie Religionsübung im ganzen Gebiete des römischen Reiches zugestanden. Da die Hebräer am Sabbat weder Waffen tragen noch mehr als 2000 Ellen weit marschieren durften, so wurden sie gänzlich vom Kriegsdienste entbunden, auch konnten sie an ihren Festtagen nicht zu Bürgschaftsleistungen herangezogen oder vor Gericht geladen werden. Eine zarte Rücksicht auf die religiösen Bedenken der Juden war es ferner, wenn ihnen statt des von den Stadtgemeinden gelieferten unkoscheren Oeles entsprechende Geldsummen ausgehändigt wurden, oder wenn man die Bestimmung traf, daß, falls die öffentlichen Geld- und Getreidespendungen auf einen Sabbat fielen, die Juden ihren Anteil am folgenden Tage erhalten sollten. Hieraus geht deutlich hervor, daß der Sabbat als jüdischer Feiertag gesetzlich anerkannt wurde. Als die vorderasiatischen Städte unter Augustus den Versuch machten, ihre Juden bei der Aushebung gleichmäßig heranzuziehen und ihnen die Einhaltung des Sabbats ferner nicht zu gestatten, da entschied der Landpfleger Agrippa im Einverständnis mit dem Kaiser zu Gunsten der Juden.

Einen besonderen Schabbesprozeß hatte damals die Stadt Ephesus mit ihren Juden zu führen. Ephesus war berühmt durch den Kult der Diana, und dieser Kult brachte der Stadt große Ehre. Da es in alten Zeiten üblich war, daß jeder Bürger einer Stadt sich auch zur Religion derselben bekennen mußte, so forderten die Epheser, daß die Juden bei Strafe der Entziehung des Bürgerrechts auf ihren Sabbat zu verzichten und sich am Dianakult zu beteiligen hätten. Die Hebräer weigerten sich; der Prozeß kam 14 v. Chr. vor Agrippa zum Austrag, und der berühmteste Sachwalter der damaligen Zeit, Nikolaus von Damaskus, führte die Sache der Juden zum Siege, indem er mit begeisterten Worten die größte Wohlthat pries, die Rom durch Verkündung der Gewissensfreiheit den Völkern gebracht habe. — Gewissensfreiheit ist gewiß etwas schönes, aber im Munde der Juden bedeutet sie nichts anderes als Bevorrechtung ihrer Stammesgenossen und Begünstigung der jüdischen Unduldsamkeit gegen andere, denn die Juden haben zuerst den Grundsatz aufgestellt und rücksichtslos durchgefochten, daß es ihnen allein zukomme, zugleich das allgemeine Recht zu genießen und ihre Ausnahmerechte zu behalten. Dies Bestreben kam nicht nur in ihrer religiösen, sondern namentlich auch in ihrer politischen Stellung zum Ausdruck.

Die scharfe Grenze, die die Juden selbst zwischen sich und der anderen Völkerwelt zogen, mußte notwendig dazu führen, daß die Hebräer wenigstens da, wo sie in größerer Menge auftraten, eine Gemeinde in der Gemeinde und im ganzen genommen einen Staat im Staate bildeten. Sie organisierten sich überall als

eigene national-religiöse Gemeinschaft um ihre Synagoge als Mittelpunkt. Sie besaßen jeder für sich das Bürgerrecht und als Gesamtheit die Selbstverwaltung, das heißt also, sie hatten das Recht, ihrerseits in die Angelegenheiten der bürgerlichen Gemeinde hineinzureden und darüber mitzubeschließen, hielten sich aber jede Einmischung der bürgerlichen Obrigkeit in ihre innerjüdischen Angelegenheiten fern. Unabhängig von den Magistraten regierten sie sich durch eigene Stammesoberhäupter, Ethnarchen oder Alabarchen, denen ein Aeltestenrat oder Senat und Gemeindeverwalter oder Archonten zur Seite standen. Diese Behörden verfügten über das jüdische Gemeindevermögen und durften eine gewisse eigene Gerichtsbarkeit ausüben. Daneben gab es noch Synagogenvorsteher, welche lediglich Kultusbeamte waren. Von manchen Abgaben und Steuern waren die Juden befreit, städtische Aemter brauchten sie nicht zu übernehmen, eine Bestimmung, die damals nicht als Zurücksetzung, sondern als Vorrecht angesehen wurde. Das Halten eigener Friedhöfe war nur den Juden gestattet: in der Nähe Roms hat man deren sechs gefunden.[1]) Endlich wiesen die Kaiser wiederholt die Statthalter in den Provinzen an, die strengen Reichsgesetze über Vereine und Versammlungen gegen die Juden nicht zur Anwendung zu bringen. Es liegt auf der Hand, welche Vorteile das unangetastete Vereinsleben den Juden bot in einer Zeit, wo überaus strenge Gesetze alles politische Leben darniederhielten, wo man in der Furcht vor Verschwörungen so weit ging, zuletzt nur noch Vereine zuzulassen, die eine ehrenvolle Bestattung ihrer Mitglieder zum Zwecke hatten. Man verhehlte sich indessen nicht, daß diese Ausnahmestellung der Juden den Keim zu fortwährenden Streitigkeiten legte und für den Staat eine praktische Schädigung und grundsätzliche Gefahr in sich trug.

Interessant ist es, dieser Bevorzugung der Juden gegenüber einmal die Stellung der Christen zu der nämlichen Zeit kurz zu betrachten. Auf politische Sonderrechte konnten die Christen als lediglich religiöse Gemeinschaft natürlich keinen Anspruch machen, aber auch in der Ausübung ihres Kultes waren sie weit weniger geschützt als die Juden. Das Christentum an sich war allerdings ebenso wie alle übrigen religiösen Sekten geduldet, aber die christliche Gemeinde befand sich in beständiger Rechtsunsicherheit und durfte nicht offen als solche auftreten. Diese Erscheinung ist um so merkwürdiger, als die Anfänge der Christengemeinden fast überall, und besonders in Rom, auf jüdische Bestandteile zurückweisen, die an Gesetz, Beschneidung und Sabbat festhaltend ihren Gemeinden einen so ausgesprochen jüdischen Charakter verliehen, daß die meisten heidnischen Schriftsteller der ersten Kaiserzeit kaum einen Unterschied zwischen Christentum und Judentum machen und ersteres nicht anders bezeichnen als das Leben nach jüdischer Weise. Die Verfolgung wegen jüdischer Lebensweise bedeutet also nach dem damaligen Sprachgebrauche Verfolgung des Christentums. Der Umstand, daß die Vertreter des Christentums zum größten Teil jüdischer Abstammung waren, trug natürlich wesentlich dazu bei, dieses selbst bei den Römern in schlechten Ruf zu bringen. Andrerseits bewirkten die zahlreichen Christenverfolgungen bald, daß die Christenheit von den ihr anhaftenden jüdischen Elementen gesäubert wurde, indem diese gern wieder in den viel sicherern Schoß Abrahams zurückkehrten.[2]) Unter Vespasian werden die Christen auch zur Judensteuer herangezogen, ohne jedoch weder vorher noch nachher nur eines der den Juden zugebilligten Vorrechte teilhaftig zu werden.

---

[1]) Beschreibung der Gräber s. Berliner, S. 45 ff.

[2]) Vergl. Hebräerbrief (Zeit Trajans) u. Euseb. hist. eccl. 6, 12.

Diese ungleiche Behandlung der beiden, in den Augen der Römer nahe verwandten, religiösen Sekten hat ihren Grund vielleicht darin, daß das Judentum von Anfang an so entschieden national auftrat, daß ein Aufgehen der Massen in dasselbe nicht zu befürchten war, während das Christentum vollständig frei von nationalem Beigeschmack der römischen Staatsreligion eher gefährlich werden konnte; vielleicht ist auch die unfreundliche Behandlung der Christen auf die Treibereien und Verdächtigungen des einflußreichen orthodoxen Judentums zurückzuführen, das nach seiner Art auch hier die abtrünnigen Stammesgenossen mit grimmigem Hasse verfolgt haben wird.[1])

In allen Städten, wo Juden wohnten, — und es wird nicht leicht eine größere Stadt des Reiches judenrein gewesen sein — hatten sie eigene Synagogen oder kleinere Bethäuser, in den Weltstädten Alexandria und Rom sogar kolossale und aufs prächtigste ausgestattete Tempel. Diese Heiligtümer bildeten nicht nur einen religiösen Mittelpunkt, sondern den Brennpunkt des ganzen Gemeindelebens. Unter dem Deckmantel der Religion wurden hier ungestört alle innerjüdischen Gemeindesachen und Streitigkeiten, aber auch Handels- und Staatsangelegenheiten besprochen und entschieden. Lehrer und eingeweihte Sendlinge zogen beständig bei den einzelnen Gemeinden umher, vermittelten den Verkehr mit Jerusalem, überbrachten wichtige Botschaften und richteten oft Worte der Ermahnung an die versammelten Genossen. Geheime Fäden der mannigfachsten Art verbanden so die Judentempel von Antiochia, Alexandria, Jerusalem, Ephesus und Rom. Durch ihre feste Verbindung im ganzen Reiche waren die Juden stets über alle öffentlichen Angelegenheiten aufs beste unterrichtet, ein Umstand, den sie bei ihren Handelsgeschäften und Börsenspekulationen so geschickt ausnutzten, daß sie den eingeborenen Gewerbtreibenden einen unerträglichen Wettbewerb bereiteten und bald nicht nur den Kleinhandel, Judas unbestrittene Domäne seit Anbeginn, sondern auch den Großhandel und namentlich den Geldverkehr fast ganz in ihren Händen vereinigt hatten.[2])

Die enggeschlossene Interessengemeinschaft der Hebräer bot ferner noch den Vorteil, daß gegebenenfalls die gesamte Judenschaft zu derselben Zeit nach einem bestimmten Plane vorgehen und am Kaiserhofe sowie in den entlegensten Provinzen gleichmäßig die Hebel zu Gunsten ihrer Rasse ansetzen konnte. Wenn ein Beamter sich an dem Eigentum einer jüdischen Gemeinde vergriff oder einem einzelnen Schnorrer ein Haar krümmte, so schlug jedesmal die ganze Diaspora los, und gegenüber dem wohleingerichteten Lärmapparat des zu Tumulten, Deputationen, Bittschriften, Beschwerden hervorragend aufgelegten Volkes schwand den Machthabern die Lust, mit ihren jüdischen Gemeinden anzubinden. Trotz ihrer bevorzugten Sonderstellung waren die Juden stets geneigt, sich als die armen Verfolgten hinzustellen und wurden mit ihren ewigen Beschwerden selbst wohlwollenden Beamten zur Plage. Und begründeter als die Beschwerden der Juden waren jedenfalls die der nichtjüdischen Volksteile, die sich im eigenen Hause der Uebergriffe von seiten der Hebräer fast nicht mehr zu erwehren vermochten.

In einer Zeit der Völkermischung, wo nicht wenige Nationalitäten sich allmählich im großen Ganzen der griechisch-römischen Welt verloren, bietet uns das Judentum das merkwürdige Beispiel eines Volkes, das, obwohl über die ganze Welt zerstreut und scheinbar von allem politischen Zusammenhange mit seinem ursprünglichen Vaterlande gelöst, der einheitlichen Sprache entbehrend, trotzdem sein Volkstum

---

[1]) s. Seite 20. [2]) s. Seite 15 (Antiochia), Seite 22 (Alexandria).

aufs zäheste bewahrt, zusammengehalten durch religiöse Bande, ausgeprägtes Rassegefühl und einen gemeinsamen, angeblich nur geistig-religiösen Mittelpunkt, den Tempel zu Jerusalem. In Wahrheit freilich hatte hier eben die politische und wirtschaftliche Centralleitung der gesamten Judenschaft ihren Sitz, nur so, daß die geheimen Fäden dieser Leitung das Licht der Oeffentlichkeit damals ängstlich scheuten und auch heute leider noch nicht in völliger Klarheit vorliegen.

Von der Bedeutung dieses Nationalheiligtums kann man sich einen Begriff machen aus den ungeheuren Schätzen, die seit Jahrhunderten hier aufgespeichert wurden und die als Kapital eines riesigen Bankgeschäfts die umwohnenden Völker auswucherten und die ganze Kulturwelt in ihren Bannkreis zu ziehen anfingen.[1]) Es bestand eine streng beobachtete Bestimmung, daß jeder über 20 Jahre alte Jude jährlich zwei Drachmen (1,50 Mark) Abgabe an den Tempel zu Jerusalem zahlen mußte. In den größeren Städten befanden sich Sammelkassen für die aus den einzelnen Orten zusammenfließenden Gelder, und zu bestimmten Zeiten wurden zuverlässige Männer nach dem Range ihres Geschlechts als heilige Gesandte mit Ueberbringung dieser Gelder betraut. Es war die höchste aller Auszeichnungen, die von jedem Juden sehnlichst erstrebte Ehre, zum heiligen Gesandten gewählt zu werden. In früherer Zeit stieß die Abführung dieser Gelder aus den römischen Provinzen mehrfach auf Widerstand; wir wissen, daß sie durch verschiedene Senatsbeschlüsse verboten wurde, wir wissen ferner, daß der Statthalter Flaccus in mehreren Städten Kleinasiens jüdische Tempelgelder beschlagnahmen ließ.[2]) Es liegt übrigens die Vermutung nahe, daß diese lumpige Kopfsteuer von zwei Drachmen nur äußere Form und Vorwand gewesen sei, die regelmäßigen riesigen Geldsendungen nach Jerusalem zu decken. Es müssen doch ganz gewaltige Summen in die jüdische Centralbank abgeflossen sein, denn ohne triftigen Grund, ohne daß der hervorgerufene Geldmangel fühlbar geworden wäre, würden Statthalter und Senat wohl nicht in der angegebenen Weise eingeschritten sein. Die Juden blieben schließlich in diesem Rechtsstreite Sieger: von Cäsars Zeit an bis zur Zerstörung des Tempels (70) war die Geldausfuhr nach Jerusalem überall gestattet.

Der salomonische Banktempel übte auf das Judentum der ganzen Welt von den Säulen des Herkules bis an den Himalaya einen unerklärlichen Zauber aus. Zu Hunderttausenden zogen die Hebräer damals zu den Hauptfesten (Passah) aus allen Himmelsrichtungen nach Jerusalem herauf und zollten der Tempelverwaltung ihre Huldigung und ihren Dank für die ausgezeichnete Geschäftsführung in Gestalt freigebiger Spenden zu den Kosten des Jehovakultes. Die Zahl der Juden, welche sich bei solcher Gelegenheit in der Hauptstadt einzufinden pflegten, schätzt Josephus auf 2 700 000; die Priester rechneten, wie wir wissen, im Jahre 66 wohl einschließlich der Stadtbevölkerung sogar 8 Millionen Festgäste aus[3]). Es galt unter den frommen Juden als unerläßliche nationale Pflicht, wenigstens einmal während ihres Lebens zu einem Feste in Jerusalem gewesen zu sein.

Außer seiner Bedeutung als Rassenheiligtum und Schatzkammer genoß der Tempel noch ein unbestrittenes Ansehen als hohe Schule der Gesetzeskunde. Dank seines Reichtums konnte er eine zahlreiche Menschenklasse ernähren, die keine andere Beschäftigung trieb, als das Gesetz kennen zu lernen und darüber nachzugrübeln. Hier hatte der Hohepriester seinen Sitz, der in allen geistlichen und weltlichen Dingen als oberster Richter galt: von hier aus gingen die gelehrten Rabbiner in alle

---

[1]) Juda u. Israel, Antis. Jahrb. 1897, S. 61; Meister Josephus S. 36 ff.
[2]) s. Seite 18. [3]) s. Seite 7

Welt, um die geheimen Vorschriften des Judentums zu verkünden, soweit der jüdische Geist seine Wellen schlug.

Wie unbedeutend auch der um den Tempel gruppierte Judenstaat Palästinas erscheinen mochte, die religiös-nationale Gemeinschaft, der er vorstand, war eine ansehnliche, unter Umständen eine furchtbare Macht.

2. Jüdische Propaganda und Antisemitismus.

Die bevorzugte Sonderstellung der Juden äußerte nun ihre Wirkung auf die nichtjüdischen Völker in doppelter Hinsicht: einmal mußte sie nicht wenige Leute anlocken, durch Uebertritt zum Judentum der gleichen Vorteile teilhaftig zu werden, andrerseits vertiefte sie den Abgrund zwischen den so verschieden gearteten Rassen; sie begünstigte also die Proselytenmacherei und den Antisemitismus.

Die Proselytenmacherei bildete für die Juden seit Moses Zeiten das vornehmste Mittel zur Aufrichtung und Befestigung ihrer politischen Macht. In Palästina war ihnen die Ueberführung der einheimischen Volksstämme in den national-religiösen Judenstaat vollkommen gelungen. Unter der Römerherrschaft hatten dann die unternehmungslustigen Hebräer bis zu den Tagen des Kaisers Hadrian hinab reichlich Gelegenheit, im ganzen Gebiete des römischen Reiches ungehindert Bekehrungsversuche unter der Heidenwelt anzustellen: der Uebertritt zum Judentum stand, von einigen vorübergehenden Einschränkungen abgesehen, völlig frei. So hielt es denn jeder in die Fremde verschlagene Itzig für seine Pflicht, eifrig Propaganda für seinen Glauben zu machen, und unermüdlich durchzogen die Rabbiner Erde und Meer, um Judengenossen zu werben.

Bei der Mehrzahl stieß die jüdische Proselytenmacherei jedoch auf lebhafte Abneigung hauptsächlich wegen der zur Bedingung gemachten Beschneidung, mit der man sich keineswegs befreunden konnte. Im Volke war außerdem die Meinung verbreitet, daß heimliche Ritualgesetze den Juden vorschrieben, alljährlich einen Griechen zu opfern. Trotzdem fühlten sich viele, die an ihrer eigenen Götterwelt irre geworden waren, durch die Einfachheit des jüdischen Kultes und die ausländischen Absonderlichkeiten, wie Sabbatruhe, Illumination am Sabbatabend u. s. w. angezogen, sodaß förmliche Uebertritte durchaus nicht selten waren. Der höchste Triumph des jüdischen Werbeeifers war die Bekehrung des parthischen Königshauses von Adiabene, dessen dermaliger Vertreter Izates mit seinen Angehörigen zur Zeit des Claudius zum Judentum übertrat. Auch weltliche Rücksichten wirkten vielfach mit: bei Höherstehenden ist im allgemeinen der Wunsch maßgebend, eine reiche Jüdin heimzuführen, anderen wieder schienen, wie schon gesagt, die mit dem Judentum verknüpften Vorteile groß genug, um sich der Beschneidung zu unterziehen und willig den Spott der Einheimischen auf sich zu nehmen. Wer sich dagegen der Beschneidung nicht unterzog, wurde auch nicht förmlich aufgenommen, sondern nur als Judengenosse betrachtet: so bildete sich im Laufe der Zeit um jede jüdische Gemeinde noch ein kleiner Kreis von unbeschnittenen Anhängern, die die Synagoge besuchten, die Speisegesetze erfüllten, die Grundgedanken des Judentums jener Zeit, die Einheit Gottes und das letzte Gericht, anerkannten und, was die Hauptsache war, kräftig Geld nach Jerusalem beisteuern mußten.[1])

Zur Zeit des Kaisers Domitian konnte Josephus rühmend verkünden: „Es giebt keine Stadt und kein Volk, wohin nicht unsere Gottesverehrung und die Feier

[1]) Tac. hist. 5. 5.

des Sabbats gedrungen wäre". Andrerseits werden von römischen Schriftstellern natürlich häufige Klagen laut über diejenigen ihrer Landsleute, die sich nicht entblöden, zu diesem verächtlichsten aller Völker überzutreten[1]), und die dann so sehr in den mosaischen Riten aufgehen, daß sie gleichgültig werden gegen die Interessen des Reichs und ihrer eigenen Familie. Mit Ingrimm beschreibt Juvenal[2]) die Juden und verjudeten Römer als Leute, die kein Schweinefleisch essen, eher noch Menschenfleisch, die sich die Vorhaut abschneiden, die römischen Gesetze verachten und ihre Kinder dieselben verachten heißen, dafür das dicke Buch des Moses auswendig lernen und anbeten, in der Wildnis Niemandem den Weg, in der Wüste Niemandem die Quelle zeigen als nur ihren Glaubensgenossen, am siebenten Tage faulenzen und ihre Kinder zu gleicher Trägheit anhalten.

Namentlich waren es überall die Frauen, die sich in hellen Scharen zum jüdischen Tempel drängten, erklärlich zum Teil deshalb, weil für sie eine ähnlich anstößige Vorbedingung wie für die Männer nicht bestand. Unzweifelhaft ist hier auch wieder der dämonische Einfluß mit im Spiele, den die Juden zu allen Zeiten auf die Frauenwelt in sinnlicher Beziehung ausgeübt haben; denn wie die meisten Kulte damaliger Zeit der Unsittlichkeit Vorschub leisteten, die sich nirgends so ungescheut breit machte wie in den Tempeln, so vermutet Ovid[3]), daß auch der jüdische Kult hiervon nicht freigewesen sei. Bis in die höchsten Kreise der römischen Aristokratie erstreckte sich die weibliche Anhängerschaft Judas: wir erinnern an Fulvia[4]), an Antonia[5]), die Frau des Drusus Cäsar, und an die Kaiserin Poppäa[6]), Nero's Gemahlin. Zur Zeit Nero's wurde zum ersten Male eine Untersuchung wegen Uebertritts zum Judentum gegen Pomponia Gräcina, eine vornehme Römerin, eingeleitet: die Entscheidung wurde ihrem Ehemanne überlassen, der sie für schuldlos erklärte.[7]) — Aus Damaskus wird erzählt, daß sämtliche Frauen der Stadt zum Judentum hinneigten, und als die Behörden im Jahre 66 die gefangenen Juden töten wollten, wurde verabredet, diesen Beschluß geheim zu halten, damit die weibliche Bevölkerung die Ausführung nicht hindere.[8])

Viel bedeutender jedoch als diese judenfreundliche Strömung, welche in gelegentlichen Uebertritten ihren Ausdruck fand, war die den Juden abgeneigte Volksstimmung, der Antisemitismus, unter allen Nationen des römischen Reichs. „Schon während das Morgenland noch unter den Assyrern, Medern und Persern stand, waren die Juden der verachtetste Teil der Unterworfenen; nachdem die Macedonier zur Uebermacht gelangt waren, versuchte der König Antiochus ihren Aberglauben auszurotten und griechische Sitten einzuführen, ward aber an der Verbesserung dieses abscheulichen Volkes durch den Partherkrieg verhindert"[9]). Auch unter der Römerherrschaft wurden die Juden nicht höher bewertet. Es ist eine unleugbare Thatsache, daß die Hebräer von Anfang an, wo sie in der Geschichte auftreten, überall ohne Ausnahme verhaßt waren, da wir genau soviel Klagen über sie besitzen als Zeugnisse von ihrer Existenz. Gewohnt über Bedrückung zu schreien, wo sie selbst bedrücken, hatten sie auf der weiten Welt keinen Freund als sich selbst und die Staatsgewalt, der sie sich unbedingt verkauften. „Der Judenhaß und die Judenhetzen", sagt Mommsen, „sind so alt als die Zerstreuung der Juden selbst: die Vorrechte der Juden mußten sie so notwendig entwickeln, wie der Sumpf die böse Luft." Die Feindschaft zwischen Juden und Nichtjuden hört denn eigentlich auch nie auf, nur äußerte sie sich damals vielfach anders als heute, den roheren Sitten

[1]) Tac. hist. 5, 5 u. 8; Dio Cass. 86, 1. [2]) Sat. 14, 96. [3]) Ars amat. 1, 75. [4]) f. Seite 19. Seite 20. [6]) f. Seite 29. [7]) Tac. ann. 13, 32. [8]) Joseph. bell. iud. 2, 20. [9]) Tac. hist. 5, 8.

entsprechend in Mord und Totschlag. Die vielgeschmähten Judenverfolgungen waren also in Wirklichkeit nichts anderes als das durchaus berechtigte Ringen der Völker um ihr selbständiges Bestehn, als ein Kampf ums Dasein, und der Antisemitismus ist mithin keine Erfindung der modernen Zeit, denn nie ist er heftiger gewesen als in den zwei Jahrhunderten vor und nach Christi Geburt.

Wenn aber eine solche Erscheinung sich überall und immer wiederholt, so entspringt sie zweifellos ernsten Ursachen, deren Untersuchung sich der Mühe wohl verlohnt. Da sehen wir denn die Hebräer selbst stets eifrig bemüht, unter Irreleitung der öffentlichen Meinung die ihren Rasseeigenschaften geltende Abneigung auf ihren Glauben zurückzuführen. In Wirklichkeit herrschte aber im römischen Reiche kein Glaubenshaß: „in Rom ist jeder Gott willkommen", sagte das Sprichwort, und thatsächlich ist wohl auch in Religionssachen kein Volk auf Erden toleranter gewesen als die Römer.

Die Gründe für die mächtige Judengegnerschaft waren ganz anderer Art. Einmal waren es die mannigfachen Vorrechte der Juden, ihr wirtschaftliches und finanzielles Uebergewicht, die den Groll der Nichtjuden erregen mußten. In zweiter Linie kam hinzu die strenge Absonderung der Juden, ihr hartnäckiges Zusammenhalten und ihre sonderbare Lebensweise, z. B. die Beschneidung, die peinliche Befolgung so vieler grundloser und lächerlicher Gebräuche, ihre unüberwindliche Scheu vor wirklicher Arbeit, die Umständlichkeit der zur Vermeidung jeder Arbeit am Sabbat getroffenen Anstalten u. s. w. Der dritte und hauptsächlichste Grund aber war die den Juden gesetzlich vorgeschriebene Feindschaft gegen die sie umgebenden Völker. Alle Welt war davon überzeugt, daß die Hebräer jeden, der ihrer Rasse oder Sekte nicht angehörte, mit dem wildesten Hasse verfolgten. „Unter den Juden selbst, schreibt Tacitus,[1]) herrscht einträchtiges Zusammenwirken und bereitwillige Freigebigkeit, aber gegen alle anderen feindseliger Haß. Nie speisen, nie schlafen sie mit Fremden und obwohl zur Sinnlichkeit äußerst geneigt, enthalten sie sich der Begattung mit Ausländerinnen[2]) . . . Unaufhörlich trachten sie auf Vermehrung ihres Volkes . . . Wer zu ihnen übertritt, den unterrichten sie in Verachtung der Götter, Verleugnung des Vaterlandes und Geringschätzung der Angehörigen . . . Die jüdischen Gebräuche sind widersinnig und schmutzig." An einer anderen Stelle beschuldigt derselbe Geschichtsschreiber die Juden kurz des „Hasses gegen das menschliche Geschlecht".[3]) Diesem Hasse entsprang einmal der jüdische Wucher- und Schwindelgeist, dann auch ihre hochmütige Verachtung aller anderen nationalen Kulte und Religionen. Nicht zufrieden damit, selbst freie Religionsübung zu genießen, forderten die Juden die Andersgläubigen geradezu heraus, indem sie in Wort und Schrift durch zersetzende Ironie und lieblose Kritik die einheimischen Kulte herabzogen und sogar beim Vorübergehen an heidnischen Tempeln verächtliche Geberden nicht unterdrücken konnten. — Schließlich mußten auch andere harmlosere Eigenschaften dieses Völkchens notwendigerweise dazu führen, ihre Träger lächerlich und verhaßt zu machen. Wie oft finden sich nicht in der alten Litteratur spöttische Anspielungen

---

[1]) Hist. 5, 5.

[2]) Hierin irrt Tacitus leider gewaltig. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die orientalische Sklavinnenwirtschaft haben die Juden früher hervorragend betrieben und haben sie sogar im vollen Lichte der Oeffentlichkeit bis in unsere Zeit fortgesetzt.

[3]) Ann. 15, 44. Obwohl Tacitus diese Bezeichnung hier anscheinend auf die Christen anwendet, so trifft er damit doch nur die Juden, da zu jener Zeit (unter Nero) die Christen ihrer Nationalität nach fast ausschließlich Juden waren (s. S. 31).

auf das schäbige Auftreten der Juden, ihre widerliche Unsauberkeit, ihren schmutzigen Kleinhandel mit Pofelware und alten Hosen, ihre Triefaugen und ihren üblen Atem! Rabbi Abuha klagt, daß Sticheleien auf die Juden auch bei dem geringsten Aufwande an Witz die Theater zum Lachen brächten.

Fast alle Schriftsteller des Altertums erklären sich gegen die Juden: aus der Zeit der Ptolemäer Hekatäus von Abdera, Agatharchides, Manetho von Diospolis, Appollonius Molo, Posidonius von Apamea u. andere. Der bedeutendste römische Redner Cicero geht in seiner Verteidigungsrede des Flaccus [1] (59 v. Chr.) aufs schärfste mit den Juden ins Gericht: „Als noch Jerusalem unbesiegt war, so führt er aus, und die Juden in Frieden lebten, zeigten sie schon eine tiefe Abneigung gegen den Glanz des römischen Reiches, gegen die Würde des römischen Namens und gegen die Gesetze unserer Vorfahren; und jetzt haben sie durch Erhebung der Waffen ihre wahre Gesinnung gegen uns offenbart." Unter Augustus schrieben Chäremon und Lysimachus gegen die Juden; die Dichter Ovid und Horaz [2] sind Antisemiten, desgleichen aus der späteren Kaiserzeit die Satiriker Persius, Juvenal und Martial, die Geschichtsschreiber Strabo, Tacitus, Sueton, Dio Cassius, der Philosoph Seneca und viele andere. Aus der Zeit des Caligula ist als hervorragendster Judengegner der uns schon bekannte Grammatiker Apion [3] zu nennen, der auch die Frage der jüdischen Ritualmorde behandelte. Mit beredten Worten klagt besonders ein römischer Dichter des fünften nachchristlichen Jahrhunderts, Rutilius Namatianus, [4] über die ständig zunehmende Judenplage:

> „Wäre doch nie Judäa von römischen Heeren gefallen, da sie Pompeius bezwang, Titus gewaltig sie schlug. Weiter schleicht ja verpestend die ausgeschnittene Seuche, und das besiegte Volk drücket die Sieger so schwer." . . . .

Die Verteidigung ihrer Stammesgenossen gegen die vielen litterarischen Angriffe übernahmen in erster Linie die Juden Philo und Josephus. Während Philo in Alexandria wirkte, wo wir seine Thätigkeit schon kennen lernten, [5] führte Josephus in Rom die Sache des Judentums. Da der Antisemitismus bei den Römern immer allgemeiner um sich griff, erhielt Josephus von angesehenen Juden den Auftrag, er möge durch ein volkstümlich geschriebenes Werk die zahlreichen Vorurteile über ihre Rasse zerstreuen. Josephus war dazu gern bereit und machte sich gleich an die Arbeit. So entstand die jüdische Archäologie. In der Vorrede sagt der Verfasser: „Wir Juden machen Anspruch auf Toleranz und gleiche Behandlung, wir können es nicht billig finden, wenn man uns um der Verschiedenheit unserer Einrichtungen willen als geduldete Fremdlinge betrachtet. Vielmehr verlangen wir, daß man in diesen Einrichtungen den Geist der Humanität anerkenne, die von allen Völkern auf gleiche Weise angestrebt wird." Toleranz! Humanität! Wahrlich man glaubt einen Judenschützer unserer Tage zu hören. Mit denselben albernen Redensarten kämpft man nun bereits seit fast 2000 Jahren . . . Josephus bemüht sich nachzuweisen, daß das Judentum nicht Gottlosigkeit und Menschenhaß, sondern Frömmigkeit und Nächstenliebe predige. Zur Ehre seines Volkes kommt es ihm auf die größten Schwindeleien nicht an: so behauptet er, Abraham habe die Aegypter erst mit Arithmetik und Astronomie bekannt machen müssen, im Tempel

---

[1] cap. 28.

[2] Horaz geht in seinem Abscheu gegen die Juden so weit, daß er auffordert, sie anzufarzen, vergl. Hor. sat. I, 9, 70.

[3] s. S. 24. [4] De reditu suo 1, 395—398; s. Zumpt, Berl. 1870 S. 77. [5] s. S. 24.

zu Jerusalem hätten die Säulen korinthische Kapitäle gehabt, die beim Auszug aus Aegypten von den Juden gestohlenen goldenen Gefäße seien Abschiedsgeschenke der Aegypter gewesen u. s. w. Andere Anstöße wie das goldene Kalb, die Sünde des Moses, die messianische Verheißung werden einfach unterschlagen.

Da das Buch den gewünschten Erfolg, die Juden reinzuwaschen, nicht hatte und nicht haben konnte, denn das praktische Leben ist ein besserer Lehrmeister als beschriebenes Papier, so beschloß Josephus nochmals einen Versuch zur Ehrenrettung seines Volkes zu machen und schrieb „gegen Apion über das Alter des jüdischen Geschlechts". Der Verfasser stellt die Behauptung auf, daß die Juden das älteste Kulturvolk (!) gewesen seien. Mit der geschichtlichen Wahrheit nimmt er es auch in diesem Werke nicht sehr streng, von einer ausführlichen Darstellung des unhistorischen, den Spott herausfordernden jüdischen Ritualgesetzes sieht er klüglich ab, über den römischen Götterglauben aber, also über die Religion seines Wirtsvolkes, macht er sich in echtjüdischer Frechheit lustig. Trotzdem blieb er unter Domitian völlig unangefochten und scheint zur Zeit Nerva's oder Trajan's gestorben zu sein.

Die Bemühungen des Josephus waren fruchtlos. Wie die Juden selbst sich im Laufe der Jahrtausende äußerlich[1]) und innerlich vollkommen unverändert behauptet haben, so sind auch alle anderen Völker trotz vielfacher Anstrengungen von Seiten der Juden und Judenschützer sich nach wie vor einig geblieben im Abscheu gegen die jüdische Ausbeuterrasse.

3. Von Hadrian bis zum Ende der Kaiserzeit.

In der für die Juden äußerst kritischen Zeit zwischen Titus und Hadrian trat ein Umschwung in der Judenpolitik der Kaiser ein. Dieser Wechsel ergab sich mit Notwendigkeit aus der veränderten Lage, die durch die gänzliche Niederwerfung des Judenstaats und die völlige Zerstreuung des Volkes geschaffen wurde. Das Bewußtsein der Juden selbst, daß es nach ihrer politischen Vernichtung auch mit ihrer bevorrechteten Stellung als Nation im ganzen Reiche zu Ende sein müsse, hatte ihren zahlreichen Aufständen gegen Rom diese furchtbare Heftigkeit verliehen. Es war klar, daß jeder Konflikt zwischen Römern und Juden in Jerusalem den Abgrund, der sich zwischen den anderen Nationen und den unter ihnen lebenden Hebräern aufthat, erweitern und die Gefahr für das Weltreich, die weniger in den Händeln Palästinas als vielmehr in der Unverträglichkeit der vom Schicksal nun einmal zusammengekoppelten Reichsgenossen lag, vergrößern mußte. So hatten sich die Verhältnisse trotz der glänzenden Waffenthaten der Römer mehr und mehr zugespitzt und forderten immer dringender eine entschiedene Abhilfe.

Mit dem Staate der Juden waren die Römer fertig geworden, aber nicht mit dieser hartnäckigen Rasse selbst: Jerusalem und die sichtbaren Formen der nationalen Gemeinschaft konnten sie zerstören, den inneren Zusammenhang der Rasse, die geistige Gemeinbürgschaft vermochten sie nicht zu beseitigen. In der äußeren Behandlung der Hebräer trat zwar keine Aenderung ein: ihre Vorrechte blieben unangetastet, der Ausübung ihres Kultes wurden so wenig Schwierigkeiten gemacht wie früher. Nur die Auffassung der Römer vom Wesen des Judentums änderte sich: an die Stell der privilegierten **Nation**, deren Gefährlichkeit man überwunden z haben schien, trat nunmehr die privilegierte **Religion**, der man ohn Bedenken zahlreiche Zugeständnisse machen zu können vermeinte; a

[1]) Die in uralten ägyptischen Grabgewölben gefundenen Wandbilder stellen uns die Juden genc so geartet dar, wie wir sie noch heute die Straßen und Kaffeehäuser unserer Großstädte zieren sehen.

die Stelle der politischen Gemeinde trat die Synagogengemeinde. Von jetzt ab war ausschließlich die Religion maßgebend: wer nicht als Jude lebte, galt trotz seiner Rassenzeichen als Nichtjude; wer zum Judentum übertrat, erhielt dadurch den Genuß der jüdischen Vorrechte. Allerdings wurde dieser Uebertritt — und das ist das wesentlichste des neuen Zustandes — bereits sehr erschwert, zeitweise sogar verboten; es stand also künftig der Behörde zu, den Uebertritt zu genehmigen oder zu versagen.

Auch die römischen Machthaber scheinen mithin in dem Wahne befangen gewesen zu sein, mit dem Judentum als Religionsgemeinschaft leichteres Spiel zu haben und die Hebräer als lediglich religiösen Bestandteil allmählich verdauen zu können. Doch darin irrten sie sich sehr!

Nachdem Hadrian (117—138) lange Jahre hindurch den Weg der Nachgiebigkeit den Juden gegenüber vergeblich beschritten hatte, faßte er voll Erbitterung den phantastischen Entschluß, das Judentum überhaupt zu beseitigen, indem er die Beschneidung verbot, eine Verordnung, die nicht nur die Juden, sondern auch die Samariter aufs äußerste reizte und einen Aufstand hervorrief. Es muß aber ausdrücklich erwähnt werden, daß das hadrianische Beschneidungsverbot der einzige ernstliche Eingriff der römischen Staatsgewalt in die jüdischen Gebräuche war. Schon der Nachfolger Hadrian's, Antoninus Pius (138—161) sah die Unausführbarkeit dieser Bestimmung ein und zog sie für die Juden zurück, während sie bei Nichtjuden und Proselyten in Geltung blieb und im Uebertretungsfalle die Strafe der Kastration nach sich zog. Daraus geht hervor, daß der förmliche Uebertritt zum Judentum fortan als strafbares Verbrechen angesehen wurde. Von dem folgenden Kaiser Marc Aurel (161—180) wissen wir, daß ihm die Juden ein Greuel waren, daß er aber trotzdem an ihren Rechtsverhältnissen nichts änderte. Der Geschichtsschreiber Ammianus Marcellinus[1]) erzählt, der Kaiser habe auf der Durchreise nach Aegypten in Palästina aus Ekel über die stinkenden und lärmenden Juden schmerzvoll ausgerufen: „O, Markomannen, Quaden und Sarmaten, endlich habe ich Leute gefunden, die noch widerwärtiger sind als ihr". Septimius Severus (193—211) stellte den Uebertritt zum Judentum von neuem unter schwere Strafen, aber er sowohl als Caracalla (211—217) schützten mit Nachdruck die jüdischen Sonderrechte: unter anderem erlaubten sie den Juden städtische Aemter zu bekleiden und befreiten sie von Leistungen, die ihrem Aberglauben zuwiderliefen.

Ein großer Judenfreund scheint der Kaiser Elagabal (218—222) gewesen zu sein: er ließ sich sogar beschneiden, aß kein Schweinefleisch und beabsichtigte, den Kult der Hebräer in Rom öffentlich einzuführen. Er wird jedoch in dieser Hinsicht noch übertroffen von seinem Nachfolger Alexander Severus (222—235), der dem Judentum wie keiner seiner Vorgänger ergeben war. In seinem Privatgemache hatte er ein Bild von Abraham hängen und jüdische Aussprüche führte er ständig im Munde, sodaß man ihm den Spottnamen „Oberrabbiner" (archisynagogus) beilegte. Die Juden fühlten sich während seiner Herrschaft außerordentlich wohl und haben den Kaiser mit einem Nimbus von Größe und Edelmut umgeben, der ihm kaum zukommen dürfte. — Zu derselben Zeit erhob sich im Osten auf den Trümmern der Partherherrschaft das neuperßische Reich der Sassaniden (226), welches den Hebräern noch größere Vergünstigungen als Rom einräumte und sie dadurch in hellen Scharen anlockte. Hier entwickelte sich bald neues geistiges Leben, dessen Haupterzeugnis der babylonische Talmud wurde.

---

[1]) 22, 3.

Der Kaiser Diokletian (284—305) war den Juden nicht abgeneigt, vielleicht um so geneigter, je mehr er die Christen haßte und verfolgte. Trotzdem kannte er auch ihre unangenehmen Stammeseigentümlichkeiten und wußte sie zu schätzen: als er einst jüdische Gesandte empfangen wollte, befahl er ihnen erst mehrere Tage lang Bäder zu nehmen, ehe sie vor ihm erschienen. Konstantin (324—337) war gegen die Juden nur gerecht. Unter dem christlichen Kaiser Konstantius (337—361) erregte die Verfolgung der jüdischen Gesetzeslehrer einen Aufstand in Palästina, der 352 blutig niedergeworfen wurde. Desto günstiger war wieder der heidnische Herrscher Julian (361—363) den Juden gesinnt: er bevorzugte sie in außerordentlicher Weise, befreite sie von Steuern, bestätigte ihre Rechte und trug sich mit dem Gedanken, den Tempel zu Jerusalem wieder aufzubauen. Auch Theodosius I. (394—395) schützte die Ausnahmestellung der Hebräer, und aus der Zeit seiner Söhne Honorius und Arkadius haben wir eine ganze Reihe judenfreundlicher Erlasse. Mit der Regierung Theodosius' II. (408—450) datiert man den Beginn des Mittelalters für die Juden, da dieser Kaiser den Hebräern zuerst verbot, Synagogen zu bauen, das Richteramt zwischen jüdischen und christlichen Parteien auszuüben und christliche Dienstboten zu halten. — Die übrigen Herrscher, die wir nicht genannt haben, beeinflußten die Geschicke des Judentums nicht wesentlich; aus den immer wiederkehrenden kaiserlichen Erlassen gegen die Judenmißhandlung ersehen wir, daß die nationalen Streitigkeiten zwischen den so verschieden gearteten Volksteilen auch in dieser Zeit nicht zur Ruhe kamen.

Die ungleiche Behandlung der Juden und Christen, wie sie im ersten nachchristlichen Jahrhundert der römischen Staatsgewalt beliebte, giebt auch diesem Zeitabschnitte sein Gepräge und zwar um so mehr, als seit der Regierung Domitians die Erkenntnis zum vollen Durchbruch gekommen war, daß das Christentum als selbständige Religion und nicht als Spielart des Judentums aufzufassen sei. Während dem Judentum alle Schonung gewährt wurde, war das Christentum offiziell verboten. Es stand im wesentlichen im Belieben der Statthalter, wie sie mit den Christen verfahren wollten. Als unter der Herrschaft Trajan's (98—117) der Statthalter von Bithynien, Plinius, in Rom anfragte, wie er die Christen behandeln solle, da antwortete der Kaiser, die des neuen Glaubens Ueberführten seien strafbar, er solle aber nicht nach ihnen fahnden, sondern nur auf Anklagen gegen sie vorgehn. Wenn auch dieser Erlaß der vollen Klarheit und Schärfe entbehrt, so zeigt er doch deutlich genug, daß das Christentum auf alle Fälle verboten ist. Plinius verfuhr nun in der Weise, daß er alle Christen, soweit sie nicht römische Bürger waren, hinrichten ließ, falls sie ihren Glauben nicht verleugneten. Die Bürger aber schickte er vor das Gericht des Kaisers nach Rom. Eine neue Anordnung, die über den trajanischen Erlaß hinausging, hat erst Marc Aurel getroffen, indem er im Jahre 177 die Bestrafung von Leuten befahl, die neue Sekten oder unbekannte Religionen einführen wollten. Daß diese Bestimmung auf die Christen zielte und auch so verstanden wurde, beweisen die zahlreichen Christenhetzen unter diesem Kaiser, die auch in der Folge nie ganz einschliefen.

Während die verschiedenartige Behandlung der Juden und Christen seitens der Reichsgewalt trotz der veränderten Verhältnisse auch in dieser Epoche beibehalten wurde, so gestalteten sich die inneren Zustände des Judentums und sein Verhalten zum Christentum jetzt wesentlich anders als im ersten nachchristlichen Jahrhundert.

Seit Juda von Staatswegen nicht mehr als Nation sondern lediglich als religiöse Gemeinschaft aufgefaßt und anerkannt wurde, vollzog sich auch in seinem

Schoße ein wichtiger Umschwung. Nach der gewaltsamen Beseitigung des jüdischen Nationalheiligtums hatten die Hebräer kein Interesse mehr daran, Proselyten zu werben, da sie deren Beiträge ferner nicht zum höheren Ruhme des Judentums nach Jerusalem schaffen konnten: fortan verzichten sie völlig auf die Bekehrung Andersgläubiger[1]) und schließen sich gegen die Außenwelt hermetisch ab. Es liegt eine tiefe Kluft zwischen dem Judentum der älteren Zeit, das für seinen Glauben Propaganda macht, und dem starren Rabbinismus der späteren Kaiserzeit, der sich auf sich selbst zurückzieht und Haß predigt gegen alles, was Nichtjude heißt. Fremde waren die Juden immer gewesen und wollten es sein: aber das Gefühl der Entfremdung steigerte sich jetzt in ihnen selbst und gegen sie in entsetzlicher Weise.

Alles Nichtjüdische galt den orthodoxen Hebräern in Zukunft als unrein und befleckend; die hellenische Litteratur wurde verpönt, sogar der Gebrauch der griechischen Bibelübersetzung erregte die Wut der fanatischen Rabbiner. Ihr Gedanke war so recht eigentlich der: die Juden sollen ihre Perlen nicht vor die Säue werfen; ist es schon zu viel, daß die Heiden die heilige Schrift in der Uebersetzung haben, so sollen sie doch unter keinen Umständen in den Besitz der mündlichen Lehre kommen. Ausschließlich in Gesetzesauslegung und -Sammlung bethätigte sich damals der jüdische Geist, Studium der Schrift wurde fortan als einzige eines Juden würdige Beschäftigung angesehn. Noch abergläubischer als früher klammert sich die Schule an die heiligen Bücher und Einrichtungen der Väter, aber alles historische Verständnis derselben hat aufgehört. Man ergeht sich in den spitzfindigsten Untersuchungen[2]) und stellt die abgefeimtesten Lebensregeln auf und bringt so allmählich ein Werk zustande, das das gehässigste Erzeugnis der Weltlitteratur war, ist und wahrscheinlich für alle Zeiten bleiben wird — den Talmud. Sollten die Rabbiner früher sittliche Verpflichtungen der Juden auch gegen Fremde hie und da anerkannt haben, so hört dies Entgegenkommen jetzt völlig auf. Die talmudische Lehre lautet: „Der Jude ist Gott verantwortlich für Unrecht, das er einem Gliede seines eigenen Stammes anthut, aber einen Nichtjuden mag er betrügen, schänden, berauben, töten, ohne sich gegen seine Religion zu vergehen. Die Gottheit kümmert sich nur um ihre eigenen Leute. Man soll den Fremdling nicht aus Lebensgefahr retten, ihm überhaupt keine Wohlthat erweisen, ja nicht einmal einen Rat geben. Der Handel mit Nichtjuden ist nur gestattet, sofern diesen daraus kein Vorteil sondern lediglich Schaden erwächst: man darf dies aber nicht merken lassen. Die Heuchelei den Fremden gegenüber ist erlaubt. Die nichtjüdischen Völker existieren bloß um der Juden willen und sind diesen zur Ausbeutung anheimgegeben u. s. w." Und ein Buch, das solche Lehren enthält, steht den frommen Juden höher als das alte Testament, welches er als „Wasser" bezeichnet im Vergleich zum „Gewürzwein" des Talmud. „Bei keinem noch so rohen Volke des Altertums, sagt Fritsch,[3]) finden wir eine Vergötterung des Unrechts: die Schurkerei zur Tugend zu erheben, das war dem Judenvolke vorbehalten. In den Verbrecherlehren des Talmud hat sich der Judengeist ein Denkmal gesetzt und sich einen Stempel aufgebrannt für ewige Zeiten".

Auf religiösem Gebiete vollendete sich gleichzeitig mit dieser Entwicklung die endgiltige Auseinandersetzung der Synagoge und der christlichen Kirche, wobei das Judentum seine propagandistische Tendenz an das Christentum abtreten mußte, und dieses, einer lästigen Fessel seines geistigen Fortschritts ledig, nunmehr

[1]) Der babylonische Talmud nennt die Proselyten einen Aussatz für Juda.

[2]) Zum Beispiel wurde ernsthaft darüber gestritten, ob es erlaubt sei, ein am Sabbat gelegtes Hühnerei zu essen u. dergl. mehr.

[3]) Antisemiten-Katechismus S. 184.

einen gewaltigen Aufschwung nahm. Die allgemein menschlichen Ideale des Christentums haben die verknöcherte Rassenanbetung des Judentums fortan für immer sieghaft überwunden. Die Entfremdung zwischen Juden und Christen aber griff immer weiter um sich und wandelte sich nun auch auf christlicher Seite in ausgesprochene Feindschaft. Das Judentum, durch die Macht der neuen Verhältnisse und nicht zum wenigsten durch die hinreißende Werbekraft des christlichen Gedankens in die talmudische Isolierung hineingetrieben, beehrt die siegreiche Kirche und ihren Stifter seit dieser Zeit mit einem geradezu teuflischen Hasse, wie er der Natur des Hebräers entsprechend im Talmud hinterlistig und versteckt zum Ausdruck kommt.

Das Christentum erwidert diese Feindseligkeit in den späteren Büchern des neuen Testaments mit offener, ehrlicher Entrüstung. Im Evangelium des Lukas (2. Jahrhundert) wird die Wirksamkeit Jesu unter den Juden wesentlich an der Hand seines Kampfes gegen das Pharisäertum geschildert. An hundert Zügen werden die Juden als das Volk des Satans, der Finsternis, der Herzenshärtigkeit erwiesen, die die Christen verleumden und die heidnische Obrigkeit gegen sie aufstacheln. Die außerjüdische Welt aber, besonders die Samariter, haben bei Lukas einen höheren sittlichen Anspruch auf das messianische Heil als die Priester und Leviten des Judentums. Und gar bei dem vierten Evangelisten sind die Juden schlechtweg die Hasser des Lichts, des Messias, Gottes; sie bilden die eingefleischte Feindschaft der Wahrheit. So läßt Johannes Jesus zu den Juden sprechen[1]):

> „Ich rede, was ich von meinem Vater gesehen habe; so thut ihr, was ihr von eurem Vater gesehen habt . . . Ihr seid von dem Vater, dem Teufel und nach eueres Vaters Lust wollt ihr thun. Derselbe ist ein Mörder von Anfang . . . . und ein Lügner und ein Vater der Lüge . . . Wer von Gott ist, der höret Gottes Wort; darum höret ihr nicht, denn ihr seid nicht von Gott“ . . . .

Vordem haßte man die Juden allein aus nationaler Abneigung, nunmehr wird auch der religiöse Haß entfacht gegen das verstockte Volk, das Jesus gemordet hat und seine Heilsbotschaft nicht hören will.

Wir stehen am Ende unserer Abhandlung. Die Ausgleichung zwischen den Juden und den andern Völkern des Reiches wurde in diesen letzten Jahrhunderten nicht nur nicht gefördert, sondern ihre Verwirklichung in immer weitere Ferne gerückt. Es zeigte sich wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, daß ein friedliches Zusammenleben der Hebräer mit den Angehörigen anderer Rassen schlechterdings unmöglich ist. Der Jude kann nicht anders leben, als entweder als Herrscher oder als Unterdrückter. Ein Staat, der den Juden gleiche Rechte und Freiheit gewährt, legt damit die Axt an seine eigene Wurzel. Denn der Jude, der nicht Gleichberechtigung sondern Bevorrechtung erstrebt, betrachtet diesen Zustand von vornherein nur als die erste Stufe zu seiner Herrschaft. Die Geschichte hat diesen Entwicklungsgang unzähligemale bestätigt, und alle europäischen Länder machen diese Erfahrung augenblicklich an ihrem eigenen Leibe. So lastet die Erbschaft jener Zeiten noch heute auf der Menschheit.

Titus beging den weltgeschichtlich dümmsten Streich, den man sich denken

---

[1]) Evangel. Johannes 8, 38—59.

kann, indem er nach der Zerstörung Jerusalems die Juden teils in die Gefangenschaft schleppte, teils künstlich zerstreute. Denn dadurch wurde die Verjudung seines Reiches, ja der ganzen Welt, der antiken und modernen Kultur nur beschleunigt.

Der tapfere Römer bezwang in offenem Waffenkampfe die Welt, der schlaue Jude eroberte sie mit seinem Geiste und suchte die Herrschaft auf Schleichwegen an sich zu bringen. Das morsche Römerreich sank dahin vor dem frischen Ansturm germanischer Heerschaaren, aber die jüdische Pest blieb und übertrug sich weiter auf den Sieger. Mit der Niederwerfung Roms übernahm das Germanentum die Kulturmission des Römertums und sonach auch die Verpflichtung, mit dem Semitismus endgiltig abzurechnen.

Hier auf germanischem Boden muß der uralte Kampf zwischen Ariertum und Semitentum in den beiden entgegengesetztesten Zweigen der so verschiedenen Völkerfamilien dereinst ausgefochten werden, und dieser Kampf kann nur enden mit dem Siege der hochherzigen Germanen über die unedlen Juden.

Der jüdische Charakter nach den Rabbinerblättern.

Von Dr. G. Stille.

Obwohl während der beiden letzten Jahrzehnte die Abneigung gegen die Juden in früher nicht geahnter Weise zugenommen hat, so sind sich doch längst nicht Alle darüber klar, was es eigentlich ist, was die Juden von uns scheidet und sie uns so unsympathisch macht. Bei den Meisten ist es ein instinktives Gefühl, keine klare Erkenntniß des jüdischen Volkscharakters; ja es giebt sicherlich Manche, die nur deswegen sich antisemitisch geberden, weil es sozusagen Mode ist. Wir brauchen uns nicht darüber zu wundern; denn bekanntlich verstehen es die Juden meisterhaft, sich zu verstellen. Dazu kommt, daß die meisten unserer deutschen Mitbürger in ihrem Denken und Handeln allzusehr von der Presse bestimmt werden; da nun der größte und gelesenste Teil derselben jüdisch oder judenfreundlich ist, so bekommen die Leser ein ganz verkehrtes Urteil über unsere geehrten „Mitbürger jüdischen Glaubens". Das geht soweit, daß mancher ehrenwerte Mann, der durch böse Erfahrungen Judengegner geworden ist, von seinem Leibblatte überredet wird, zu meinen, die Juden unterschieden sich nur durch ihre „Konfession" — wie diese mit eiserner Konsequenz sich ausdrücken — von uns Nichtjuden. Der Arme macht sich vielleicht, da er das Gefühl der Abneigung mit dem besten Willen nicht los werden kann, Selbstvorwürfe ob seines grundlosen Widerwillens gegen das edle Volk.

Und doch ist es nicht schwer, sichere Beweise für die Denkungsart und den Charakter der modernen Hebräer zu gewinnen. Man hat nur nötig einmal eine Zeitlang einige der Blätter zu lesen, die von Juden für Juden herausgegeben werden. Man faßt diesen Ableger deutschen Zeitungswesens gewöhnlich unter dem Namen „die Rabbinerpresse" zusammen, da er zum größten Teil von Rabbinern herausgegeben und geschrieben wird. Zwar ist das Lesen dieser Blätter für Nichtjuden durchweg nicht gerade interessant. Aber es steht doch manchmal allerlei darin, was man sonst vergebens sucht; und authentisches Material über die Gesinnung und den Charakter unserer orientalischen Gäste zu bekommen, macht es schon der Mühe wert, einen Haufen öden Geschwätzes und allerlei Interna der „Kille" (jüd. Gemeinde) zu durchfliegen.

Man muß diese Blätter natürlich mit Vorsicht genießen. Man kann voraussetzen, daß die schlauen Herausgeber stets darauf ausgehen werden, sich und ihr Volk als möglichst tugendhaft und tadellos hinzustellen; daß sie alles vermeiden werden, was sie für geeignet halten, ein ungünstiges Licht auf das auserwählte Volk zu werfen. Man kann sich von vornherein sagen, daß sie möglichst die Harmlosen spielen werden, die in ihrer Unschuld kein Wässerlein zu trüben imstande sind; daß sie ihre Gesinnung ihren Wirtsvölkern gegenüber als durchaus friedlich und freundlich darstellen werden. Aber trotz all' dieser Vorsicht enthalten die Rabbinerblätter außerordentlich viel für unsern Zweck wertvolles Material.

Anmaßung und Ueberhebung. Was am meisten und fast in jeder Nummer der von uns benutzten Blätter — Allgemeine israelitische Wochenschrift, Jüdische Presse, Allgemeine Zeitung des Judentums — unangenehm auffällt, sind die unglaubliche Anmaßung und Ueberhebung, die aus einem großen Mangel an Selbsterkenntnis hervorgehen. In ihren eigenen Augen sind die Juden das beste, tugendhafteste Volk ohne Fehl und Makel, was unbegreiflicherweise von anderen Völkern nicht eingesehen wird. In der A. isr. W. 1897 Nr. 15 lesen wir: „Wir leben jetzt in einer Zeit, wo ein glühender, unerklärlicher Judenhaß viele Gemüter ganz beherrscht . . . Die Judenfrage ist ein Kulturmesser in dem Sinne, daß überhaupt, wo es eine solche Frage giebt, die Kultur noch nicht zum Durchbruch gekommen ist". Was für eine maßlose Ueberhebung steckt in diesem Satze! Die Kultur eines Volkes wird danach beurteilt, ob es sich zu den Juden freundlich stellt oder nicht. Dann hat also in Frankreich wohl bis vor wenig Jahren die Kultur geherrscht; seit aber der Antisemitismus dort aufgekommen ist, hat plötzlich jede Kultur aufgehört! — Da es jetzt in allen Ländern der Welt, in denen Juden wohnen, eine Judenfrage giebt, existiert in allen keine Kultur; sie hat sich dahin flüchten müssen, wo es noch keine Israeliten giebt, also etwa zu den Eskimos oder Australnegern. Auf solche Thorheit kann nur ein von Rassendünkel erfülltes Rabbinerhirn kommen.

In Nr. 22 desselben Blattes findet sich eine Korrespondenz aus Galizien, in der rührsam geschildert wird, wie dem dortigen jüdischen Händler durch polnische Geschäfte Konkurrenz gemacht wird, so daß er nicht mehr bestehen könne. „Was soll er nun beginnen? Ein Handwerk erlernen? Dazu ist's zu spät. Ein Tagelöhner werden? Dazu reichen meistens seine Kräfte nicht aus und überdies dürfte er als solcher schwerlich genügende Beschäftigung finden. Obendrein dünkt er sich, aufrichtig gesagt, hierzu zu gut, denn er zählt sich, und das mit Fug und Recht, zur Intelligenz[1]), er besitzt durchweg talmudisches Wissen . . . er zieht es vor, zu verkommen, als zu solch' einer Beschäftigung zu greifen". Also selbst der arme galizische Jude dünkt sich zum arbeiten zu gut; lieber schnorrt er sich kümmerlich durch! Hierdurch wird aufs neue bestätigt, daß der Fleiß der Juden absonderlicher Art ist. Er scheut jede eigentliche Arbeit, liebt dagegen jeden durch Schacher und Wucher zu erlangenden Gewinn.

In einer Zuschrift aus Wien (Nr. 23 desselben Blattes) fragt sich der Einsender, ob die Juden selbst nicht durch ihr Thun und Lassen viel zur Bekämpfung der „antisemitischen Hydra", der „Schmach des Jahrhunderts" thun können? Er kommt zu dem Resultat, daß sie das nicht können. „Es scheint mir geradezu lächerlich, meinen Glaubensgenossen einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie temperamentvoller, geistig regsamer und für die höheren Genüsse des Daseins empfänglicher sind, als die auf gleicher Gesellschafts- und Bildungsstufe stehenden Arier." Es steckt doch ein unverbesserlicher Dünkel in diesem „geistig regsamen" Völkchen!

Dafür zeugt auch folgende Notiz (Nr. 26 dess. Bl.) über den Diamantenkönig Barnay Barnato: „ein Emporkömmling, der sich vom gaukelnden Bettler zum vielfachen Pfundmillionär emporgearbeitet (richtiger geschwindelt, d. Verf.) und dabei ein warmes Herz für alles Leid und alle Leidenden bewahrt hat, wie Barnato — eine solche Spezies, das sprechen wir ohne Scheu, aber auch ohne Zimperlichkeit aus, ist nur unter den Juden denkbar".

Wie unglaublich hoch die Meinung ist, die die Juden von sich haben, zeigt klar eine Zuschrift in Nr. 32 dess. Bl., wo es heißt: „Seelsorge ist bei den Juden

---

[1]) Hier wird Intelligenz mit Wissen verwechselt; das „talmudische Wissen" ist dem Korrespondenten ein Beweis von Intelligenz; uns erscheint es sehr geeignet, die Intelligenz zu unterdrücken.

gar nicht angebracht, denn deren bedeutende Intelligenz macht eine solche überflüssig. Es existieren in der jüdischen Gemeinde gar nicht so stupide Elemente, wie anderwärts. Der Bildungsgrad selbst in den ärmsten jüdischen Kreisen ist bedeutend größer, als in den entsprechenden christlichen."

Im Januar 1896 ist nach einem Bericht der A. isr. W. (1898, Nr. 35) eine Bittschrift an den Reichskanzler bezüglich der Ausweisungen russischer Juden gerichtet worden, in der es heißt: „In allen weiland polnischen Ländern sind die Juden ein germanisierendes Element gewesen . . . Auch trifft für sie nicht zu, daß sie ohne Kapital ins Land kommen, denn sie bringen ein reiches Kapital an Arbeitskraft und Betriebsamkeit mit und stellen die nützlichsten Faktoren für die Kapitalbildung — nur ausnahmsweise bei ihnen selbst, zumeist bei andern." (!) Wir hätten das schlaue Gesicht des Juden sehen mögen, als er diese Sätze niederschrieb. Er muß die Intelligenz des Empfängers der Bittschrift nicht hoch veranschlagt haben, wenn er gedacht hat, der sollte ihm das Gesagte glauben.

Auf dem Zionisten-Kongresse, der im Sommer 1897 in Basel abgehalten wurde, hat Herr Max Nordau eine Rede gehalten, die von Ueberhebung strotzt. Er droht den christlichen Völkern förmlich, wenn sie antisemitisch denken und handeln: „es kann zu einer großen Gefahr für die Völker werden, willensstarke Menschen, deren Maß im guten (?) wie im schlechten über den Durchschnitt hinausreicht, durch unwürdige Behandlung zu erbittern". Immer der Anspruch höher, über dem Durchschnitt zu stehen.

In Nr. 15 der A. isr. W. 1898 findet sich ein Bericht aus Berlin: in einer „hiesigen Vereinsversammlung" sei jüngst eine Klage darüber laut geworden, daß Vorsteher oder Vorsteherinnen höherer Töchterschulen im Westen Berlins die Aufnahme jüdischer Zöglinge grundsätzlich abgelehnt oder eingeschränkt hätten. „Mit Recht beklagte man sich über die Erscheinung, die für den herrschenden Antisemitismus illustrativ ist und Zeugnis dafür ablegt, daß die tiefe Unsittlichkeit (!) der antisemitischen Anschauung selbst in den Kreisen noch nicht erkannt ist, die nach ihrem Beruf und ihrer formalen Bildung ein besseres Urteil haben sollten . . . Als in jener Versammlung gesagt wurde, daß die Konsequenz der vorgebrachten Beschwerden zur Einrichtung jüdischer höherer Mädchenschulen dränge, stimmte alles, was zu Worte kam, darin überein, daß dieser Ausweg der schlimmste sei. Es wurde verlangt, daß in die Konzessionen zur Errichtung von Privatschulen die Bedingung der Aufnahme von Schülern aller Konfessionen vorgeschrieben werde." Das übersteigt doch jedes erträgliche Maß. Während wir den Juden nicht wehren, eigene Schulen für ihre „Konfession" einzurichten, während unsere öffentlichen Schulen den jüdischen Schülern offen stehen und von ihnen überschwemmt werden, verlangen unsere bescheidenen Mitbürger aus dem Lande Kanaan, daß deutschen Eltern, die ihre Kinder nicht dem Umgange mit jüdischen aussetzen mögen, die einzige Möglichkeit dazu, nämlich die Errichtung von Privatschulen, in denen keine Judenkinder aufgenommen werden, gewaltsam abgeschnitten werden soll. Solche Proben jüdischer „Toleranz" sollten den stumpfsten Philister aufrütteln, sie zeigen deutlich, daß die Juden nicht mit Gleichberechtigung zufrieden sind, sondern uns völlig beherrschen wollen. — In demselben unbescheidenen Artikel wird sogar ganz unverblümt gefordert, daß alle antisemitischen Lehrer abgesetzt werden sollen: „Gerade unter den Lehrern haben wir nicht wenige Führer des Antisemitismus gesehen und die berufene Aufsichtsinstanz in Staat und Stadt hat hieran keinen Anstoß genommen, hat den Betreffenden geglaubt, daß sie die Lehren, zu denen sie sich öffentlich bekennen, in der Praxis nicht anwenden werden, hat keinen Wert darauf gelegt, daß die Lehrer

nicht bloß Gerechtigkeit üben, sondern auch für ihre Gerechtigkeit Vertrauen finden müssen, daß aber die jüdischen Eltern und jüdischen Kinder antisemitischen Lehrern Vertrauen unmöglich schenken können".

Hier drängt sich uns die Frage auf, ob die Juden wohl bereits darüber nachgedacht haben, warum unter den Lehrern, besonders der höheren Schulen, so viele Antisemiten sind? Wir meinen, diese Erscheinung hat denselben Grund, wie der Antisemitismus der Post- und Zollbeamten, die soviel von jüdischen Unarten zu leiden haben: die Lehrer, welche viele Juden zu unterrichten haben, lernen den jüdischen Charakter zu genau kennen. — Die Juden legen großes Gewicht darauf, daß die Lehrer für ihre Gerechtigkeit Vertrauen finden; da sollten sie es uns doch billigerweise nicht verdenken, wenn wir uns jüdische Richter und Beamte verbitten, zu denen wir nun einmal kein Vertrauen haben.

Man sieht, Dingelstedt hat Recht:

Der Jude ringt uns unter ew'ger Klage
Listig das Heft aus ungeschickter Hand.

Max Nordau hat (s. A. isr. W. 1898 Nr. 19) an die Juden Italiens einen weinerlichen Brief gerichtet, in dem er sie als „Italiener bis ins innerste Mark" begrüßt und sie beschwört, ihrer jüdischen Abstammung nicht ganz uneingedenk zu sein, „die in ihrer Art ebenso ruhmvoll ist, wie selbst die der Quiriten". Dazu bemerkt nun die Redaktion des Blattes: „Liegen die Dinge um die Juden Italiens so schlimm, so haben unsere Glaubensgenossen im Süden mehr verloren, als der Gewinn bürgerlicher Vollrechte auszugleichen vermag". Die Bewahrung der Judenart und jüdischen Standesbewußtseins gilt Herrn M. A. Klausner also höher, als die Erlangung „bürgerlicher Vollrechte!" Wie stimmt das zu der bis zum Ueberdruß wiederholten Behauptung, daß die Juden in Deutschland nichts als gute Deutsche sein wollen; daß sie in jedem Volke zu Mitgliedern desselben werden, die sich nur durch ihre „Konfession" von ihren Mitbürgern unterscheiden? Man liest z. B. in der wissenschaftlichen Beilage zur A. isr. W. Nr. 2: „Es giebt Juden unter allen Völkern und überall ist der Jude ein guter Sohn seines Vaterlandes . . . So haben die Juden in Deutschland thatsächlich keinen andern Ehrgeiz, als den der Mitarbeit an den Interessen der Gesamtheit". Wie stimmt das zu jenem Appell an die italienischen Juden, ihr Stammesbewußtsein nicht aufzugeben?

Diese sich stets wiederholenden Selbstwidersprüche sind besonders charakteristisch für die jüdische Art: ihre ganze Polemik ist nichts als Dialektik, als formale Logik; sie erinnert an die Kampfesweise geschwätziger Weiber, die sich in Ermangelung eigner Gedanken an einzelne Worte klammern und die Besprechung gern auf andere Dinge lenken, wenn sie in die Enge getrieben werden. So macht es auch der Jude; und das wird ihm um so leichter, als er Ueberzeugungen, die ihn leiten könnten, nicht besitzt.

Derselbe Artikel zeigt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wie weit die Anmaßung der Juden geht: „Man hat das Judentum den Sauerteig (wir halten Fäulnisbazillus für eine richtigere Bezeichnung. Der Verf.) unter den Nationen genannt. Die spezifisch jüdischen Eigenschaften üben eine gewisse reifende Wirkung aus im Treibhause der Kultur . . . Wir dürfen uns getrost sagen, daß die spezifisch jüdische Nüanzierung des jüdischen Kulturbegriffes sich für alle Fälle in der Gesamtkultur nach wie vor an führender Stelle behaupten wird . . . Einer ganzen Welt vermochte das Judentum den Stempel seiner geistigen Herrschaft aufzudrücken". (!) Das heißt mit anderen Worten: in unserm Leben ist das, was die Juden „Kultur" nennen, völlig verjudet. Wenn wir Antisemiten aber von der all-

gemeinen Verjudung sprechen, behandelt man uns von jener Seite mit gut gespielter Entrüstung.

Es soll Leute geben, die da meinen, die Juden seien nützlicher Arbeit abgeneigt; daher bezeichneten sie sie manchmal als Drohnen. Diese mögen sich gesagt sein lassen, was „ein Christ" in einem „immer noch zeitgemäßen Mahnworte" in der Jüd. Presse vom 2. Februar 1898 jammert: „Und dieses Volk, den Bienen vergleichbar, will man ausrotten, womöglich vertreiben, seinen Trieb zum Sammeln verkümmern und den besten Träger des Nationalvermögens schädigen?" Es ist zum Haareausraufen, daß man den „Trieb zum Sammeln", der den edlen Juden unausrottbar innewohnt, nicht als erhabene Tugend anerkennen will; daß es böswillige Menschen giebt, denen andere „Träger des Nationalvermögens" lieber wären. Wie kann man diese Engel des Lichts nur so verkennen, von denen der Rabbiner Nehemias Nobel (Jüd. Pr. Nr. 18) sagt: „Betrachten wir in diesen ernsten Sephirah-Tagen unser Volk und seine unvergleichliche Geschichte, dann sehen auch wir seine Gestalt von lichten Strahlen der Verklärung umwoben".

Das die Juden ihre Religion für die höchste, reinste, beste halten, wird man nicht anders erwarten können. Die Rabbiner beanspruchen sogar (Jüd. Pr. vom 9. Mai 1898), daß ihre jüdische Religion in der Frage der Behandlung der Tiere auf dem denkbar höchsten sittlichen Standpunkte stehe. Da sie das Schächten nicht nur nicht verbiete, sondern als religiöse Vorschrift gebiete, könne es nicht tierquälerisch sein. Eine eigentümliche Logik! Wir-Nichtjuden sind geneigt, das Schächtgebot für einen Beweis dafür anzusehen, daß die jüdischen Religionssatzungen — wenn das Schächten eine solche ist — nicht auf dem denkbar höchsten sittlichen Standpunkte stehen.

Das Christentum sehen die Juden als einen mißratenen Sproß ihrer eigenen Religion an. Ein Aufsatz über Chanukah (das jüdische Lichtfest, das um die Weihnachtszeit fällt) in der A. Z. d. J. (1897 Nr. 51) erklärt sich recht deutlich darüber. Als das Christentum entstand, waren Israels Führer entschiedene Gegner desselben; „sie waren der Meinung, daß die neue Lehre zwar manche herrliche Perle der alten Wahrheit entlehnt habe, daß sie aber nimmer so rein und lauter sei, als die Satzungen des Sinai. Wie durften sie einem Glauben sich freundlich zeigen, der bei seinem Entstehen sich fast ausschließlich an die Juden richtete, diesen jedoch ungleich weniger bot an Aufschluß über die Welt und das eigene Gemüt, an Trost und Anhalt in ernsten Stunden, an klaren und sichern Regeln fürs Leben, als die alte, durch die weisen und gottesfürchtigen Meister fortgebildete Lehre." Ganz richtig: der jüdische Geist verlangt „sichere Regeln", wie sie der Talmud bietet, an die er sich rein äußerlich halten und die er mit seiner bekannten spitzfindigen Dialektik umgehen kann, wenn sie ihm unbequem werden. Der christliche Appell ans eigene Gewissen, an Selbstprüfung ist nichts für das jüdische „Gemüt".

Die Juden wissen, daß es in allen Ländern heißt, wir haben Juden genug (Wissensch. Beil. d. A. isr. W. 1898 Nr. 1); sie wissen, daß es „Judenhetzen" durch alle Jahrhunderte und unter allen Völkern gegeben hat (Jüd. Pr. 1898 Nr. 5). Das muß doch einen Grund haben. Daß der in dem Charakter und Betragen der Juden liegen könne, kommt ihnen nie in den Sinn. Die Schuld liegt nach ihrer Ansicht stets an den andern Völkern, da sie das Gefühl haben, nicht bloß von Jahve auserwählt, sondern auch ein sittliches Mustervolk zu sein. Daher ist ihnen jeder Antisemit ein roher, intoleranter Gewaltmensch; der Antisemitismus, obwohl es ihn in allen Jahrhunderten gegeben hat, eine „Schmach des Jahrhunderts", der einen tiefen Niedergang des inneren Wertes des nationalen Lebens anzeigt (A. isr. W. 1897 Nr. 42).

Das ist der Mangel an Selbsterkenntnis, von dem Hoffmann von Fallersleben singt:

O Israel, von Gott gekehret
Hast du dich selbst zum Gott gemacht
Und bist, durch diesen Gott bekehret,
Auf Wucher, Lug und Trug bedacht.

Die Griechen sind keine Freunde des Volkes Israel und werden wohl ihre guten Gründe dafür haben. Die A. isr. W. 1897 Nr. 19 schilt darüber und klagt, daß bereits bei den alten Hellenen eine ausgesprochene Judenfeindschaft geherrscht habe. Die Römer seien keine eigentlichen Antisemiten, sondern nur egoistische Ausbeuter und harte Herren gewesen; „Antisemiten im eigentlichen Sinne waren nur die Griechen, weil unter ihnen alle Vorbedingungen dazu vorhanden waren: ein arbeitsscheuer, vergnügungssüchtiger Pöbel, feile Schreiber, die diesem Pöbel schmeicheln wollten, nichtsnutzige und händelsüchtige Gaffer, Roheit der Gesinnung bei verfeinerter Lebensweise." So also sieht es da aus, wo der Antisemitismus entsteht; nur ein so verkommenes, verrohtes Volk kann die unschuldigen Juden nicht lieben!

Eitelkeit und Renommage. Aus der Selbstüberschätzung der Juden geht eine lächerliche Eitelkeit hervor, die oft an Größenwahn grenzt. Da sie gern alle die Eigenschaften besitzen möchten, die geeignet sind, ihnen bei den übrigen Völkern Respekt zu verschaffen, so ist ihr Sinnen zumal auf eine Tugend gerichtet, die ihnen ziemlich einstimmig abgesprochen wird: auf kriegerischen Mut und Kriegstüchtigkeit. In der A. isr. W. 1898 Nr. 8 wird behauptet, daß die nichtchristlichen (gemeint sind die jüdischen) Soldaten des deutschen Heeres an Tüchtigkeit hinter ihren christlichen Kameraden nicht zurückstehen. In demselben Blatte wird rühmend erwähnt, daß 1870/71 2135 jüdische Soldaten, darunter 25 Lieutenants, 86 Aerzte und 181 Unteroffiziere am Feldzuge teilgenommen haben und daß unter diesen 83 eiserne Kreuze verteilt worden seien, worunter 36 allein an jüdische Aerzte.[1]) — Die Zahl der Auszeichnungen scheint ja verhältnismäßig groß zu sein; sie nimmt uns aber nicht Wunder, da die Juden bekanntlich in allen Lebenslagen ausgezeichnet verstehen, sich vorzudrängen. Die angegebene Zahl der Soldaten beweist aber, daß die Juden verhältnismäßig sehr schwach beteiligt waren. Deutschland hat etwa eine Million Soldaten ins Feld geschickt. Da nun die Juden $^1/_{76}$ der deutschen Bevölkerung ausmachen, so hätten über 13 000 jüdische Soldaten ausrücken müssen. Nach jüdischer Quelle waren es aber nur etwas über 2000, also nicht ganz ein Sechstel der Zahl, die sie hätten stellen müssen.

Die Jüdische Presse 1898 Nr. 3 schreibt in einem Aufsatz über Zolas Auftreten, es sei eine niederbeugende Wahrheit, daß selbst das Volk, das zuerst die Thore des Ghettos gesprengt und die Menschenrechte auch für seine jüdischen Bürger proklamiert habe, kaum ein Jahrhundert später die Juden, die auf tausend Schlachtfeldern für ihr Vaterland geblutet, in Bürgertugend und Bürgeredelmut sich bewährten, Verunglimpfungen und Gewaltakten aussetze. Und die A. isr. W. (1897 Nr. 33) spricht von der unbestreitbaren Tauglichkeit der Juden als Soldaten, von

[1]) In dem Buche „Die Juden als Soldaten", herausgegeben vom Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe, wird behauptet, es seien 4492 jüdische Soldaten im Felde gewesen und sie hätten 373 eiserne Kreuze oder gleichwertige Auszeichnungen erhalten. Welche von den beiden jüdischen Quellen hat nun Recht? Hat das „Komitee" vielleicht einige von Falstaffs Steifleinenen mitgezählt, als es sich anschickte zu deklamieren: so lag ich und so führt ich meine Klinge! Solche Widersprüche sollten uns Antisemiten mal passieren. (D. Herausgeb.)

der sie in den Kriegen und in den Dienstleistungen des Friedens massenhaft Zeugnis ablegten.

Die jüngsten Kriege gaben den Juden Gelegenheit, mit ihrem Makkabäertum zu renommieren. In der Jüd. Pr. 1897 Nr. 28 und 29 findet sich eine Korrespondenz von „einem jüdischen Freiwilligen". Dieser tapfere Krieger berichtet, es hätten sich etwa 400 israelitische Jünglinge Edhem Pascha als Freiwillige angeboten. Dieser habe ihnen geantwortet: er danke für die patriotischen Gefühle und werde dem Sultan davon Mitteilung geben, bedauere jedoch, sie abweisen zu müssen, da Nichtmuslimen unter dem Banner des Halbmonds nicht kämpfen dürften. Der kluge Pascha war sehr höflich; der wahre Grund, weshalb er die jungen Helden nicht in seinem Heere haben wollte, wird wohl derselbe sein, der uns das Ausscheiden der Juden aus unserer Armee wünschenswert erscheinen läßt: geringe militärische Brauchbarkeit und ungünstige Beeinflussung der Mitsoldaten. — Die Korrespondenz berichtet dann, Griechenland zähle 15 000 Juden, von denen sicherlich 1500 im Felde gestanden hätten. Das wären zehn Prozent der Gesamtzahl! Credat Judaeus Apella. — „Und die vielen jüdischen Freiwilligen, die überall mitgekämpft haben, wo Griechen kämpften, haben sich als tüchtige, tapfere Soldaten bewährt, was Bastos, Manos und Smolenski bestätigen werden. Ich habe selbst ein Zeugnis gesehen, das von Bastos ausgestellt, von General Smolenski persönlich unterzeichnet ist und bestätigt, daß am 13. und 14. Mai die Juden es waren, welche, unterstützt von den Garibaldianischen Freiwilligen, die griechischen Soldaten, die noch vor dem Kampfe fliehen wollten, an ihrem Vorhaben hinderten." Wer nun, nach dem Zeugnisse der glänzenden griechischen Heerführer, die leider nicht ein einziges Mal zu siegen verstanden, nicht an den Heldenmut der Juden glaubt, dem ist nicht zu helfen.

Es werden dann von dem ruhmredigen Korrespondenten noch wunderbare Kriegsthaten der Juden erzählt und schließlich berichtet er, daß „unser Kolonel Merren" in einem Kaffeehause geäußert habe: „Ich habe noch nie Gelegenheit und Anregung gehabt, die Juden in ihren sonstigen Berufen zu beobachten (wahrscheinlich hat er immer geschlafen. D. Verf.). Aber als Soldaten haben sie sich tüchtig bewährt; der jüdische Soldat kämpft im Felde mit bewundernswürdiger Tapferkeit!" Nach diesem glänzenden Zeugnis „unseres Kolonel Merren", von dessen Großthaten uns leider bisher nichts bekannt geworden ist, wird gewiß jedermann von den hervorragenden soldatischen Tugenden unserer selbstzufriedenen Mitbürger überzeugt sein.

Ebenso lobpreisende Berichte kommen in diesem Jahre aus Amerika. Am 22. Mai lief die welterschütternde Nachricht ein, daß in Philadelphia sich das erste Freiwilligen-Regiment gebildet habe, das ganz aus Juden bestehe (Jüd. Pr. Nr. 23). Unter den kalifornischen Freiwilligen waren hundert Juden, darunter auch Major Henry Weinstock. Der aus dem Bürgerkriege rühmlichst bekannte General Salomons hat seine Dienste angeboten und ein Kommando bekommen. Herr Lyman Bloomingdale, ein Tuchhändler, hat der Regierung für ein ganzes Regiment Uniformen geschenkt und die Erlaubnis bekommen, auf eigne Kosten ein Freiwilligen-Korps auszurüsten, das den Namen Bloomingdale-Guard, d. h. Blumenthal-Garde erhalten wird. Zur Zeit werden die Rekruten, lauter Juden, von Kapitän Levy einexerziert, später wird Herr Blumenthal selbst das Kommando übernehmen. — Der tapfere Tuchhändler wird gewiß ein ausgezeichneter Truppenführer sein. Bei solcher Hilfe konnte es den Amerikanern nicht fehlen. Wir werden voraussichtlich bald in der Rabbinerpresse lesen, daß die Yankees ihre Siege in Wirklichkeit den Juden verdanken.

Ueberschwenglichkeit. Die Dreyfus-Angelegenheit ist vorzüglich geeignet, die jüdische Ueberschwenglichkeit, die Aufbauschung geringfügiger Ereignisse zu beobachten. Wir gehen auf die völlig ungeklärte Sache selbst hier garnicht ein, sondern wir wollen nur zeigen, welche Besonderheit die Juden bei der Behandlung dieser Angelegenheit offenbaren: Am 12. Januar d. J. verkündigte die jüdische Presse der Oeffentlichkeit: „Mit fieberhafter Spannung ist die ganze gesittete Welt den wechselreichen Phasen des schauerlichen Prozesses gefolgt". Die ganze gesittete Welt muß wohl bloß aus Juden bestehen: die Nichtjuden sind jedenfalls nicht fieberhaft gespannt gewesen. In demselben bombastischen Tone heißt es weiter: „und nun, da der Ausgang gefunden, der erwartet werden mußte, versucht das entsetzte Erstaunen die Gründe zu ergrübeln, die diese Verhöhnung von Recht und Wahrheit möglich gemacht haben . . . Eitles Fragen! Die Bestie des Judenhasses ist losgelassen und erwürgt alle edleren Regungen, wie sie sie in den Schreckensjahren des Mittelalters erwürgt hat." Und die A. isr. W. unterstützt ihre edle Kollegen mit herzzerbrechendem Gewimmer. Am 21. Januar läßt sie einen Finis Galliae überschriebenen Artikel los, in dem Frankreich der Untergang angekündigt wird, weil es Dreyfus verurteilt hat. „Der Antisemitismus hat sich über Frankreich ergossen. Das Land, das vor mehr als hundert Jahren für die Völker des europäischen Kontinents die Freiheit schuf, erweist sich als unfähig, die Freiheit zu ertragen und geht der Auflösung durch innere Fäulnis entgegen. Man darf es sagen: in keinem Lande der Welt wäre ein Urteil möglich gewesen, wie das, dessen Spruch den unglücklichen Hauptmann Dreyfus nach der Teufelsinsel verbannte." —

Zola hat sich zum Anwalt für den als Landesverräter verurteilten Dreyfus aufgeworfen. Nun ist er in den Augen der Juden plötzlich der größte und beste Mann, den die Welt je gesehen. Die jüd. Pr. (1898 Nr. 3) feiert ihn: „Es ist ein erhebendes Schauspiel, dieser Mann, den wir alles zu opfern bereit sehen, Ruhe, Ruhm, Reichtum, Freiheit, das Leben vielleicht, (!) nur um der Wahrheit die Ehre zu geben." Aber sie wird um viele Nasenlängen von dem Rabbiner Dr. Kohn geschlagen, der sich in der A. Z. d. J. (1898 Nr. 10) also vernehmen läßt: „Und er richtet mit Gerechtigkeit die Elenden und entscheidet mit Biederkeit über die Gebeugten im Lande und schlägt das Land mit der Geißel seines Mundes und mit dem Hauch seiner Lippen tötet er den Bösewicht. Und es ist die Gerechtigkeit seiner Lenden Gurt und die Treue der Gurt seiner Hüften (Jes. 11, 4—5) . . . Ist das nicht der vielbewunderte, vielgepriesene Zola? Wie stände es heute um Frankreich, um die Ehre, die Würde, das Ansehen Frankreichs, wenn nicht Emil Zola die Schmach von dessen Haupte abgewälzt und es von neuem mit unsterblichem Ruhm geschmückt, gekrönt hätte! . . . Welch' unermeßlichen Reichtum von Vorzügen des Geistes und des Herzens muß eine Nation besitzen, die einen Emil Zola zeugen und der Welt schenken konnte! . . . Die ganze Welt rühmt und preist in freudiger Begeisterung seine Heldenthat. Die ganze Welt blickt mit Stolz auf diesen Befreier und Erlöser der scheinbar in Fesseln geschlagenen Gerechtigkeit, Wahrheit und Menschlichkeit . . . Emil Zola hat die Menschheit von der Sorge, die schwer auf ihr gelastet, befreit, er hat den Zweifel, diese düstere Wolke am Himmel der Menschheit zerstreut, ihr den Glauben an die Menschlichkeit, an die Hoheit und Gottähnlichkeit des Menschen wiedergegeben. Und wenn die ganze Menschheit nur einen Zola besäße, wir zweifeln und verzweifeln nicht mehr." Um die ganze Abgeschmacktheit dieser geschwollenen Phrasen zu empfinden, muß man sich erinnern, was Zola in Wirklichkeit gethan hat. Hätte er Frankreich vom Untergange errettet, man könnte ihn nicht mit höheren Tönen preisen. Und worin besteht seine Heldenthat, die der

Menschheit den Glauben an die Gottähnlichkeit des Menschen wiedergegeben haben soll? Er hat einen Brief an den Präsidenten der Republik und einen Appell an Frankreich losgelassen, in denen er die Unschuld des Dreyfus behauptet. Hätte er sich für einen Nichtjuden in gleicher Weise verwandt, so würde niemand sich darum aufgeregt haben, am wenigsten die Judenpresse.

Im Jahre 1890 hatte sich Freiherr von Hammerstein in der „Kreuzzeitung" des verfolgten Moris de Jonge[1]) in gleicher Weise angenommen, wie jetzt Zola des Dreyfus. Warum haben sich damals die Rabbinerblätter und Judenzeitungen nicht ebenso für jenen begeistert? Die Antwort ist nicht schwer: von Hammerstein galt für einen klugen und gefährlichen Judengegner; und Moris de Jonge hatte sich taufen lassen und geberdete sich jener Zeit recht antisemitisch.

Jeder Jude, der sich im geringsten auszeichnet, wird von seinen Volksgenossen übermäßig gelobt und gepriesen. Dafür nur ein paar schlagende Beispiele aus den oft genannten Blättern. In den „Sabbatstunden" (1898 Nr. 3), Beilage zur süd. Pr. wird von Maimonides gerühmt, er habe bereits im 12. Jahrhundert alle die Krankheitsquellen gekannt und zu würdigen gewußt, welche die moderne medizinische Forschung annehme. (Da es zu jener Zeit noch keine Mikroskope gab, muß man also annehmen, er sei so scharfsichtig gewesen, daß er Bazillen und Kokken mit bloßen Augen gesehen hat.)

Ludwig Bamberger, der Vater unserer Goldwährung, wird in der A. isr. W. (1897 Nr. 15) folgendermaßen gepriesen: „L. Bamberger ist noch heute, obgleich er auf ein Reichstagsmandat rechtzeitig verzichtet hat (er wäre nämlich voraussichtlich nicht wieder gewählt worden. D. Verf.), der politische Berater seiner Freunde; wo giebt es bald einen gebildeten Geist in deutschen Gauen, wo einen Mann, in welchem die Geistesbildung so intensiv auf den Charakter, auf das Gemüt und die ganze Lebensanschauung zurückgewirkt hat?"

In Berlin wirkt als Chirurg des jüdischen Krankenhauses ein Professor Dr. Israel; am 1. Januar d. J. war er 25 Jahre lang an dem Hospital thätig. Die Juden ließen natürlich die Gelegenheit nicht vorübergehen, ihm eine große Feier zu bereiten. Dabei wirkte der Synagogenchor durch Gesang, der Stadtverordnete Louis Sachs durch eine lobhudelnde Rede mit, in der er den verstorbenen Professor L. Traube den „Schöpfer der modernen Klinik" nannte. Ein Dr. Korewski pries Prof. Israel als pfadfindenden Lehrer und pfadweisenden Meister der Chirurgie. Und doch wird außer seinen Stammesgenossen niemand den Gefeierten für einen Stern erster Größe halten.

Am 25. Januar d. J. ist zu Breslau ein Botaniker Dr. Cohn gestorben. Sofort widmete ihm die jüd. Pr. (Nr. 26) einen pomphaften Nachruf, indem er als Fürst der Wissenschaft, bahnbrechender Geistestitane gefeiert wird. „Was er als Vater der Bakteriologie mit seinen grundlegenden Forschungen auf diesem Gebiete geleistet hat, ist in den Annalen der Wissenschaft mit goldenen Lettern eingezeichnet. Eine edle, harmonische, ideale Persönlichkeit voll liebenswürdiger Einfachheit und Bescheidenheit, einer der hervorragendsten und beliebtesten deutschen Hochschullehrer, der größte Sohn der Stadt, in der er geboren und gestorben und deren Ehrenbürger er gewesen, war F. Cohn eine Zierde und ein Stolz der jüdischen Gemeinschaft."

Wenn man diese maßlosen Lobpreisungen jedes kleinen Verdienstes gewahrt,

---

[1]) Man findet eine genaue Mitteilung des interessanten Falles in dem Buche des Verf. „Deutsche Ziele und Aufgaben" (1898 bei Fr. Luckhardt erschienen) im Kapitel über das Irrenrecht

begreift man, weshalb Stöckers erste Forderung an die Juden blieb: etwas mehr Bescheidenheit!

Und diese gegenseitigen Beräucherungen der Juden untereinander fließen als breiter Reklamestrom aus der Rabbinerpresse in die sogenannte „deutsche", d. h. freisinnige, manchesterliche und farblose Presse; ein sicherer Beweis, daß zwischen ihnen ein innerer Zusammenhang vorhanden ist.

Wie weit sich aber ihre Eitelkeit versteigt, dafür wollen wir noch ein Beispiel anführen, das alles Maß übersteigt. Die A. Z. d. J. behauptet (1898 Nr. 2), daß der Heiland der Christen ein Jude gewesen, aus dem Schoße des Judentums hervorgegangen sei, eine Jüdin Mutter genannt habe, daß er aus jüdischer Quelle geschöpft, an den Brüsten jüdischer Weisheit gesogen, sich in das Meer jüdischer Moral und Sittlichkeit getaucht habe und dadurch und nur dadurch groß und ruhmreich geworden sei. (!)

Unter den deutschen Bädern giebt es manche, die mit Vorliebe von den Juden aufgesucht werden. Diesen zweifelhaften Vorzug genießt auch Norderney. In einer Korrespondenz der A. Z. d. J. (1898 Nr. 32) liest man: „Da ist längs der Ostfriesischen Küste ein Kranz von Inseln . . . einladend zum Besuch, zum Tauchen in die heilkräftige Flut — wenn nicht auf einige derselben jene häßliche Krankheit verschleppt wäre . . . ich meine den Antisemitismus, von dem eine Anzahl der Nordseebäder heimgesucht ist. Welch schöne und rühmliche Ausnahme macht da das herrliche Norderney, oder wie es amtlich heißt: „Das Königliche Nordseebad Norderney". Das Bad verdient die Bezeichnung „königlich" in doppeltem Sinne. Hier sind alle Gäste gleich willkommen, keine Spur jener verletzenden und zugleich unsinnigen Ausschließungen, die auf den benachbarten Inseln den Aufenthalt uns unmöglich machen. Die Königliche Verwaltung würde so etwas nicht aufkommen lassen." (?) In gleichen Tönen wird das als Judenschwemme bekannte Heringsdorf gefeiert. „Es hat wohl seinen guten Grund, daß so viele jüdische Familien sich einfinden; denn noch ist das gute Bad von dem bösen Zeitgeist, genannt Antisemitismus, verschont geblieben." Weiter heißt es dann äußerst geschmackvoll: „Es ist merkwürdig, welche Wunder ein Seebad ausübt. Das arme Herz kommt hier gar nicht zur Ruhe . . . Schelm Amor scheint als Schadchen (!) die Wache am Strande zu halten."

Undank. Aus der Ueberschätzung des eigenen Wertes erklärt sich zum Teil der maßlose Undank der Juden für alle ihnen gewährten Rechte und Freiheiten. Alles was man ihnen zugestanden hat, genügt nicht; sie fordern immer mehr Rechte, bis sie in der That vorberechtigt sind. So findet Herr Dr. Singer aus Koblenz (A. isr. W. 1897 Nr. 26), daß in manchen europäischen Ländern die Juden sich eines leidlichen Daseins erfreuen. Der edle Max Nordau, mit dem wir uns bereits oben beschäftigt haben, klagt folgendermaßen (A. isr. W. 1897 Nr. 37): Die Juden Westeuropas sind keiner Rechtsbeschränkung unterworfen. Aber unter diesen Juden wächst die andre Judennot empor, die sittliche (im Gegensatz zur „sachlichen" in Osteuropa). Der Jude des Westens hat Brot (uns deucht, es ist eine Unverfrorenheit, zu sagen er hat Brot, nachdem er den größten Teil des Nationalwohlstandes an sich gerissen hat[1]) und eine oft unerträgliche Herrschaft ausübt. D. Verf.), aber man lebt nicht vom Brot allein . . . Der Jude des Westens hat die Emanzipation als wirkliche Befreiung gedeutet und hat sich beeilt, aus ihr die letzten Folgerungen zu ziehen. Die Völker bedeuten ihm, daß er Unrecht habe, so unbefangen logisch zu

[1]) Bisweilen wird das zugestanden; wir haben oben bereits eine Korrespondenz angeführt, in der der Jude wegen seines Sammeltriebes und als bester Träger des Nationalvermögens gepriesen wird.

sein; . . . sie sagen ihm: Gemach, dein Menschentum ist mit Vorsicht zu genießen; dir fehlen der richtige Ehrbegriff, das Pflichtgefühl, die Sittlichkeit, die Vaterlandsliebe, der Idealismus, und wir müssen dich deshalb von allen Verrichtungen fernhalten, die diese Eigenschaften voraussetzen." — Durch diese ganz richtige, vernünftige Ansicht ihrer Wirtsvölker — die leider noch durchaus nicht allgemeine Verbreitung gefunden hat — fühlen die Juden sich beschwert. Und so werden sie unzufrieden und undankbar bleiben, bis sie entweder die völlige Herrschaft an sich gerissen haben, oder — bis die westeuropäischen Völker einsehen, daß die Emanzipation ein fehlerhafter Schritt war und daraus die nötigen Folgerungen ziehen.

Die jüd. Pr. stößt in dasselbe Horn; sie klagt (1897 Nr. 27), daß in den Herzen der Juden das Gefühl tiefer Bitterkeit und Verbitterung erregt werde darüber, „daß wir mehr und mehr zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert worden sind." Wie aber diese „Staatsbürger zweiter Klasse" in unserm Deutschland sich als Herren fühlen, zeigt folgender Passus (am gleichen Orte): „Schon in der bloßen Feststellung, daß das betreffende Gymnasium von jüdischen Schülern nicht nur zahlreich, sondern weit über das Bevölkerungsverhältnis hinaus besetzt sei, liegt ein Verstoß gegen das angeführte Gesetz (vom 3. Juli 1869), weil damit zugegeben wird, das die Behörde die Ansicht für berechtigt hält, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses (!) [1]) sei die Beschränkung herzuleiten, den Angehörigen einer Konfession dürfe nur dasjenige Ausmaß in der Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechts zugebilligt werden, welches ihnen nach ihrem statistischem Verhältnisse in der Gesamtbevölkerung zusteht." (Herrliches Deutsch!) Unsere semitischen Gäste, die „Staatsbürger zweiter Klasse" erfreuen sich in der That einer naiven Unverfrorenheit, die ihres Gleichen auf der ganzen Welt nicht hat. Aus dem Gesetz, das ihre Emanzipation ausspricht, ziehen sie schlankweg die Folgerung, daß wir nicht einmal statistisch feststellen dürfen, wo Juden stärker vertreten sind, als das Bevölkerungsverhältnis ergiebt! Diese maßlose Unverschämtheit ist sehr geeignet, den blinden Judenfreunden in unserm Volke die Augen zu öffnen und ihnen klar zu machen, was das ewig über Bedrückung klagende „Lieblingsvolk des Herrn" uns anzusinnen wagt.

Unbescheidenheit. Sehr bezeichnend für die Unbescheidenheit des Völkchens ist ein Passus in einem Aufsatze über die Judenfreundlichkeit der Deutschfreisinnigen in der A. isr. W. (1897 Nr. 48), der lautet: „Wenn nun sogar bei Lieferungen an den Staat heutzutage der Israelit nicht gerade bevorzugt wird, wenn in den allermeisten Fällen Juden vergebens an der Thür des Staates pochen, um ein Amt zu erreichen, so kann man wohl sagen, daß durch diese, wenn auch nicht systematische, so doch thatsächliche Ausschließung der Juden beim Wettbewerb um die öffentlichen Aemter und bei Verleihung von öffentlichen Benefizien der Jude im Erwerb empfindlich eingeengt wird." Ganz recht: die Juden würden es als das einzig richtige ansehen, wenn der Staat sie bei Lieferungen geradezu bevorzugte. Wenn er das nicht thut, hat er gewiß seine guten Gründe. Nur zu oft hat man bei Lieferungen für die Armee u. s. w. von Seiten unserer bescheidenen Gäste aus dem Samen Jakobs Betrügereien erleben müssen; allzugern verfahren sie mit uns, wie ihr Stammvater mit seinem Bruder Esau verfuhr. Trotzdem erhalten jüdische Händler noch viel zu oft wieder Lieferungen, namentlich an Korn, Fleisch, Milch und dergl. für unsre Soldaten.

---

[1]) Diese Wendung zeigt wieder recht deutlich, wie nötig ein konsequenter Rassenantisemitismus ist, um den jüdischen Verdunklungskünsten wirksam begegnen zu können.

In einer späteren Nummer (51) desselben Blattes wird wieder geklagt: „Es ist leider eine unleugbare Thatsache, daß die ökonomische Lage der Juden sich immer verschlimmert". Und in einem Vortrage über die Zionistenfrage sagt ein Herr Maximilian Stein: „Wenn wir an das traurige Schicksal unserer russischen Glaubensgenossen denken, werden wir den Zionismus schon begreiflich finden und uns bei dieser Gelegenheit vielleicht erinnern, daß auch bei uns noch einiges „russisch" ist." Das ist Israels Dank für die völlige Freiheit, die es bei uns genießt. Möchte es doch den Zionisten gelingen, alle Volksgenossen nach dem gelobten Lande zurück zu bringen! Alle europäischen Völker würden, wie von einem bösen Alp befreit, erleichtert aufatmen.

Unwahrheit und Verdrehung. Wer den Charakter des auserwählten Volkes kennt, der wird gleich uns nicht erstaunt darüber sein, daß man in den Rabbinerblättern so außerordentlich viel Unwahrhaftigkeit, Heuchelei und Verdrehung findet. Die Beispiele dafür sind unzählig; wir können nur einige der schroffsten herausgreifen.

Es ist bekannt, daß Juden, denen ein Verbrechen vorgeworfen wird, von ihren Stammesgenossen stets die ausgiebigste Unterstützung erfahren. Wir brauchen gar nicht auf den Dreyfus-Handel hinzuweisen; nicht nur in diesem, zu einer Sensations-Affaire aufgebauschten Prozesse gegen den früheren Offizier finden wir die gesamte Judenschaft der Erde eifrigst an der Arbeit, den verurteilten Verräter zu retten. Bei jeder Anklage gegen einen Juden wiederholt sich in kleinerem oder größerem Maßstabe dasselbe Schauspiel.

Schon vor Beginn des Prozesses pflegt die Presse, soweit sie dem Judentum dienstbar oder zugethan ist, mit großen Artikeln die öffentliche Meinung zu Gunsten des Angeklagten zu beeinflussen; er wird als ein Lamm dargestellt, das zu der ihm vorgeworfenen Strafthat ganz unfähig ist. Reiche Volksgenossen oder die berühmte Wohlthätigkeitsanstalt, die Alliance israélite universelle stellen dem Angeklagten die gewünschten Verteidiger zur Seite. Das alles ist jedem bekannt, der sich einiger Prozesse gegen Juden erinnert. Trotzdem wagt es die A. isr. W. (1897 Nr. 15) in einem Artikel, worin dagegen polemisiert wird, daß der Verein zur Abwehr des Antisemitismus jüdische Verbrecher ausspionieren solle, zu sagen: „In früheren Jahrhunderten mochte wohl häufig die jüdische Gemeinschaft gezwungen sein, die Verbrechen eines einzelnen Juden zu vertuschen; konnte sie anders, da man, was der Einzelne sündigte, der Gesamtheit zur Last legte? Und unter den Auspizien des Abwehrvereins soll dies Verfahren erneuert werden? Was geht euch denn der jüdische Verbrecher mehr an, als der christliche? Wollen wir Nachsicht für den schlechten Juden? Wollen wir nicht vielmehr nur Recht für den Gerechten?"

Jeder weiß, daß die Juden sich in der Presse außerordentlich breit machen. Eine Anzahl reicher Semiten, wie Mosse, Sonnemann, Ullstein, Cohn u. s. w., sind Besitzer großer Zeitungen; viele andere Blätter werden von Erwerbsgesellschaften herausgegeben, deren Aktien meist in Judenhänden sind. Sodann sind unzählige Juden an Blättern der verschiedensten Richtungen, namentlich an sozialdemokratischen und freisinnigen, aber auch an nationalliberalen und freikonservativen, und nicht zu vergessen, an offiziösen Zeitungen als Redakteure, Mitarbeiter, Korrespondenten angestellt. Das geht bekanntlich soweit, daß der größte Teil unserer Presse thatsächlich verjudet ist. Da ist es wirklich ein starkes Stück, wenn in einem „Juden und Griechen" betitelten Aufsatz der A. isr. W. (1897 Nr. 19) behauptet wird: „Es ist eine allgemein verbreitete Fabel, die größtenteils auch von Juden geglaubt wird (die werden's doch wissen!), daß die europäische Presse im allgemeinen von den Juden beeinflußt

sei und daß diese in der Presse dominierenden Juden niemals in den ihnen zur Verfügung gestellten publizistischen Organen die Interessen der Gesamtheit, sondern die ihres Stammes wahrnähmen. Wer wirklich mit der Publizistik vertraut ist, weiß zur Genüge, daß erstens der Prozentsatz der Juden in der Journalistik ein verhältnismäßig geringer ist und daß ferner selbst die wenigen Juden, die hier und dort in der Presse zu Wort kommen, mit nichten die jüdischen Interessen berücksichtigen." An diesen Sätzen ist einfach jedes Wort unwahr.

Wie weisen bei dieser Gelegenheit auf die von jedermann leicht festzustellende Thatsache hin, daß die Polemik gegen den Antisemitismus in der judenfreundlichen „deutschen" Presse und in den Rabbinerblättern nach Form und Inhalt fast identisch ist; höchstens sind letztere noch um einige Grade gehässiger. Dadurch wird unumstößlich bewiesen, daß zwischen beiden Arten von Blättern ein inniger Zusammenhang besteht, der sich sehr einfach dadurch erklärt, daß sie von denselben Leuten, unseren so beliebten Mitbürgern aus dem Lande Kanaan geschrieben werden.

In demselben Aufsatze findet sich die Behauptung, daß die aus Palästina verbannten Juden stets den Anschluß an jene Völker gesucht haben, unter denen sie leben. Und doch ist es eine unbestrittene und allbekannte geschichtliche Thatsache, daß sie sich durch die Jahrtausende völlig exklusiv verhalten, mit keinem ihrer Wirtsvölker sich vermischt haben. Der Anschluß, den sie suchten, entspricht dem Anschluß, den Floh und Wanze am Menschen suchen: sie wollen parasitisch vom Blute dessen leben, an den sie sich anschließen.

Unsere Leser werden wissen, daß die Juden überzeugte Anhänger des ubi bene ibi patria sind. Sie wechseln ihren Wohnsitz mit der größten Leichtigkeit und bewahren dem Lande, in dem sie geboren und erzogen sind, keine Spur von Anhänglichkeit. Auch diese bekannte Eigenschaft, die sie bereits seit ungezählten Jahrhunderten immer wieder in gleicher Weise gezeigt haben, leugnen sie ab, um sich den Anschein guter Patrioten zu geben. In der A. Z. d. J. (1897 Nr. 23) lesen wir: „Wir sind Preußen, wir sind Deutsche", und in Nr. 25: „Der Jude fühlt sich eins mit seinem Vaterlande und geht in der Nationalität des Volkes auf, in dessen Mitte er lebt." In der A. isr. W. (1897 Nr. 24) heißt es: „Niemals werden wir zugeben, daß wir Juden nicht der Nation angehören unter der wir leben." In Nr. 52 wird sogar von „unserm Vaterlande, an dem wir mit allen Fasern unseres Lebens hängen" (Judendeutsch!) gesprochen: und in Nr. 2, 1898: „Der moderne Mensch will ein Vaterland haben, an das er mit ganzem Herzen sich anschließen kann, und gerade der Jude hat überall das reiche Maß seiner Liebe auch ohne Erwiderung seinem Geburts- und Wohnlande geschenkt." Schade, daß ihre sämtlichen Wirtsvölker durch das Betragen der Juden zu einer andern Meinung über den jüdischen Patriotismus gelangen.[1])

[1]) Eine Frankfurter Zeitung brachte im Jahre 1897 die folgende Todesanzeige, die mehr als lange Auseinandersetzungen zeigt, daß die Juden schlechterdings international sind:

„Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß heute früh 5 Uhr unsere liebe Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau Fanni Bendit geb. Putzel im 63. Lebensjahre nach kurzer Krankheit sanft und ruhig entschlafen ist.

Fürth, London, Bamberg, Nürnberg, New-York, Brüssel, Paris, Frankfurt, Würzburg, den 19. Mai 1897.

Der tief trauernde Gatte Carl Bendit zugleich im Namen der Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Freitag, den 21. Mai, vormittags 10½ Uhr, vom israelitischen Leichenhause aus statt."

Wir bitten die Gelehrten der Rabbinerblätter, uns freundlichst zu sagen, ob die Familie Bendit englisch, deutsch, amerikanisch oder französisch ist?

Der jüdische Typus ist so unveränderlich, daß man die Juden, wo sie auch wohnen mögen, mühelos unter allen Völkern erkennt. Trotzdem aber behauptet die jüdische Presse (1897, Nr. 27), daß jede Nation ihre Juden umpräge und sich zum Eigentum mache. „Bei einer Umschau unter den Juden der Welt wird man die Resultate dieser Anpassung zunächst darin zu erkennen haben, daß sie fast stets die Sprache des Volkes sprechen, unter dem sie leben und den Gesichtstypus desselben bis zu einem gewissen Grade sich aneignen." (!)

In einem Aufsatze über die Juristen „mosaischer Konfession" schreibt die A. Z. d. J. (1898, Nr. 30): „Protektion und Konnexion hat der jüdische Jurist nicht zu erwarten, im Gegenteil, Hindernisse auf allen Wegen." Das ist unwahr. Der jüdische Jurist genießt, wo immer er sein mag, die Protektion seiner reichen Stammesgenossen; er hat durch diese in jeder Stadt von vornherein sehr mächtige Konnexionen, wie sie ein Nichtjude in den seltensten Fällen besitzt.

Nach diesen Proben jüdischer Wahrheitsliebe wird es unsere Leser nicht weiter wundern, daß in der A. Z. d. J. (1898, Nr. 1) ein Rabbiner, „Verfasser vaterländischer Reden", ein kerndeutscher Patriot genannt wird. „Es ist erquicklich zu sehen, daß die wüsteste Verunglimpfung nicht im stande war, uns die Freude am Vaterlande zu rauben."

Man muß sagen, daß die Zionisten doch ehrlicher sind, als ihre „patriotischen" Glaubensgenossen, die die westeuropäischen Fleischtöpfe nicht verlassen wollen. Auf dem Kongreß in Basel — August 1897 — äußerte Dr. N. Birnbaum aus Berlin: Die Frage, ob irgend eine Nation existiere, sei in dem Augenblicke entschieden, wo ein Mensch die fragliche Nation anerkenne. Bei den Juden seien es Hunderttausende, die diese Nationalität anerkennen. Die jüdische Nation zerfalle u. s. w.

Daß die Juden, wenigstens im westlichen Europa, sich durchweg durch große Wohlhabenheit auszeichnen und unverhältnismäßig viele Reiche unter sich haben, ist so allgemein bekannt, daß man sich kaum vorstellen kann, auch das könnten sie abzuleugnen versuchen; aber mit eherner Stirn erklären sie auch diese Thatsache für eine Fabel. In der A. isr. W. 1898 Nr. 16 finden wir: „Unsere Leser wissen, daß die Erzählung von dem Anwachsen speziell des jüdischen Reichtums ein Märchen ist." Und in Nr. 45 (1897) wird versucht zu beweisen, daß die Juden in England nicht reich seien. Es wird berichtet, die Zahl der nichtjüdischen Verlassenschaften von über 100 000 Pfund (zwei Millionen Mark) übersteige in einem Jahre regelmäßig um das Doppelte die jüdischen Hinterlassenschaften gleicher Größe in einem ganzen Jahrzehnt. Gut; was folgt daraus? Daß es zwanzigmal mehr reiche Engländer als Juden giebt. Nun beträgt aber die Zahl der Juden nur $^1/_{600}$ der englischen Bevölkerung; es sind also unter der gleichen Anzahl bei den Juden dreißigmal mehr Reiche mit einem Nachlaß von zwei Millionen Mark, als bei den Engländern![1])

Wollten wir alle Fälle von Unwahrheit und Verdrehung, die in den genannten Blättern vorkommen, aufführen, wir würden kein Ende finden. Als charakteristisch sei nur noch angeführt, daß in der jüdischen Presse (1898, Nr. 4) die in Algerien bestehende Erbitterung gegen die Juden eine künstlich geschaffene genannt wird; obgleich es längst feststeht, daß es sich auch dort nur um das Aufbäumen eines maßlos ausgebeuteten und wirtschaftlich unterdrückten Volkes gegen seine Blut-

[1]) Wir erinnern daran, daß, wie oben mitgeteilt, in einem andern Rabbinerblatte die Juden mit den Bienen verglichen werden, deren Sammelfleiß sie zu den besten Trägern des Nationalvermögens macht. Diese sich stets wiederholenden Widersprüche sind etwas spezifisch Jüdisches. Bekanntlich kann man auch aus dem Talmud mit einiger dialektischen Fertigkeit alles beweisen.

sauger handelt. — Auch Folgendes ist sehr bezeichnend: In Nr. 22 des Hirsch Hildesheimerschen Organs wird über die damals bevorstehende Reichstagswahl geschrieben; da heißt es, daß die Gewalt der Thatsachen, „an denen wir schuldlos sind", den Juden eine gesonderte Stellungnahme aufdränge. Wir wissen, was wir trotz dieser dreisten Behauptung von der Schuldlosigkeit derer, für die Hirsch Hildesheimer plaidirt, zu halten haben.

Unduldsamkeit. So lange man das Judenvolk kennt, hat es sich stets durch seinen grimmigen Haß gegen andere Völker und maßlose Unduldsamkeit ausgezeichnet. Natürlich hüten sich die Herausgeber der jüdischen Zeitschriften, die doch ab und zu auch von Nichtjuden gelesen werden, nach Möglichkeit, ihren Fanatismus zu offenbaren und nur zuweilen entschlüpft ihnen eine Aeußerung, die unzweideutig ihre wahre Gesinnung beweist. In der A. isr. W. vom 17. Juni 1898 findet sich ein kurzer, „Osteuropäische Praxis" betitelter Aufsatz, worin über die Behandlung der Juden in Rußland und Rumänien geklagt wird. In ersterem Lande wird durch eine Verfügung des Ministers der Volksaufklärung bestimmt, daß die Zahl der an der Moskauer Universität aufzunehmenden jüdischen Studenten auf drei Prozent der Gesamtzahl in jeder Fakultät zu beschränken sei. (Wie wäre es mit einer solchen Bestimmung für unsere deutschen Universitäten?) „In Rußland ist's schlimm — doch ist es für die Juden ein Paradies im Vergleich zu Rumänien, dessen Schandwirtschaft für Europa eine Schmach ist. Der ganze Witz des verkommenen rumänischen Volkes erschöpft sich in der systematischen Ausgestaltung des administrativen und legislativen Bauernfanges, in der Erfindung von Gesetzen, die den Juden gewisse Freiheiten unter Voraussetzungen gewähren, deren Erfüllung dieselben Gesetze unmöglich machen . . . Seit dem Untergange von Sodom und Gomorra ist unser Herrgott viel nachsichtiger geworden." Also weil die rumänische Regierung in sehr verständiger Weise ihre Unterthanen gegen jüdische Ausbeutung schützt, wird dem Volk der Rumänen das Schicksal von Sodom und Gomorra gewünscht! „Unser Herrgott" scheint glücklicherweise nicht mehr der alttestamentliche eifrige Rachegott zu sein; denn gäbe er den Bitten der Juden nach, so würde ein Greuel der Verwüstung die antisemitisch gesonnenen Völker treffen, desgleichen die Welt noch nicht gesehen hat.

In Nr. 15 desselben Blattes 1897 ist ein „Judenschulen" betitelter Aufsatz enthalten. Darin wird die Unwürdigkeit gegeißelt, daß jüdische Eltern sich freuen, wenn in solchen Schulen, die nur eine beschränkte Anzahl jüdischer Kinder aufnehmen, ihre Kinder gerade noch in den für zulässig erklärten Prozentsatz jüdischer Zöglinge fallen. „Jene Würdelosen verdienen, wie die Heloten, wie Auswürflinge behandelt zu werden. Denn ein Auswurf ist es, wer sich des Ursprungs schämt, der schlimmste Auswurf, wer sich des stolzen Ursprungs schämt, weil andere die Berechtigung des Stolzes nicht anerkennen mögen. Wollten diese doch nur gehen und uns von ihrer befleckenden Gemeinschaft befreien! Trennt Euch doch von uns, denen Ihr eine Schmach seid! . . . Wir werden ewig bedauern, daß wir keine Mittel haben, diese fauligen Glieder zu zwingen, daß sie sich von uns sondern. Ein Schaden sind sie an unserm Leibe, ein Verderb in unserer Gemeinde, ein Greuel vor unsern Augen, ein Gift in unserm Mark." So beschimpfen die fanatischen orthodoxen Juden ihre eigenen Stammesgenossen, die eine gewisse Neigung zur Aufgebung ihrer Sonderart zeigen.

Man muß es als eine bei Juden seltene Aufrichtigkeit bezeichnen, wenn der jüdische Fanatismus als vorhanden zugegeben wird. Davon finden wir ein anerkennenswertes Beispiel in einem Aufsatze, „Erinnerungen an L. L. Rappaport" be-

titelt, von Dr. Jellinek (A. isr. W. 1897 Nr. 47): „Kein Volk auf Erden hat die Folgen des religiösen Fanatismus so schmerzlich empfunden, wie das jüdische . . . Allein es dürfte bereits an der Zeit sein, den religiösen Fanatismus innerhalb des jüdischen Volkes selbst zum Heile desselben zu schildern. Ja, ich behaupte sogar, daß man auf die Abfassung einer Geschichte des religiösen Fanatismus innerhalb der jüdischen Gemeinden einen Preis setzen sollte, um den Juden einen Spiegel vorzuhalten, in welchem sie die abschreckende Gestalt der krankhaften Religionswut erblicken könnten . . . Ja, wir haben Klagelieder auf die Verfolgungen, die die Juden von andern Völkern erlitten; jenes Klagelied aber, das uns schilderte, wie Bekenner des Judentums die besten und edelsten Männer ihres Volkes, die alle ihre Kräfte seiner Aufklärung und Veredlung widmeten, in der herzlosesten Weise kränkten und zu verderben suchten, muß erst gedichtet werden, und ich preise den Mann, der uns das Schauergemälde des jüdischen Fanatismus entrollte." Bravo! Das ist ein sehr wertvolles Eingeständnis. Wir Nichtjuden, die wir uns mit dem auserwählten Volke beschäftigt und es studiert haben, wußten seit langer Zeit, daß es kein fanatischeres Volk auf der Erde giebt. Aber von jüdischer Seite ist das stets bestritten worden; die große Mehrzahl der jüdischen Schriftsteller schildert ihr Volk als ein Muster von Geduld und Toleranz, das stets unschuldig gelitten hat.

Selten wagen es die Juden, öffentlich ihrem Haß gegen das Christentum Ausdruck zu geben. Nur in einzelnen Fällen zeigen sie ihre wirkliche Denkungsart. In einer Besprechung der Judentaufen (A. isr. W. 1897 Nr. 31) wird die Thatsache berührt, daß die Reformjuden selten zum Christentum übertreten; das wird so erklärt: „Gewiß, die jüdischen Reformer, meist arithmetisch geschulte Köpfe, werden sich zur Trinitätslehre noch weniger hingezogen fühlen, als andere Juden." Ein recht freches Gemauschel!

Im Sommer 1897 ist in Schreiberhau ein deutsches Lehrerheim eröffnet worden. In der jüd. Pr. (1897 Nr. 33) findet sich darüber folgendes, den Kultusminister Dr. Bosse anrempelndes Gezeter: „Während die Stifter des Lehrerheims ihre Schöpfung allen Kollegen, welchem Glauben immer sie angehören, offen hielten, hat der Kultusminister, im Widerspruch mit den satzungsmäßigen Bestimmungen, die Anstalt zu einer spezifisch christlichen gemacht, denn er hat das Lehrerheim „im Namen der heiligen Dreieinigkeit" geweiht und gewünscht, „daß allzeit in diesem Heim christlicher Sinn herrschen möge" . . . Das konnten die jüdischen Lehrer doch wohl erwarten, daß eine interkonfessionelle Schöpfung nicht plötzlich durch ein einziges Wort ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen und zu einer konfessionellen gemacht wurde." Wenn es nach den Juden geht, darf ein Christ in Deutschland nicht mehr zu erkennen geben, daß er seinen Glauben hochhält. Das ist derselbe freche, intolerante Geist, der jüdische Blätter ihre absprechenden Bemerkungen machen ließ, als der Kaiser bei der Vereidigung christlicher Rekruten gesagt hatte, nur ein guter Christ kann ein guter Soldat sein.

Bei einer andern Gelegenheit klagt die A. isr. W. (1897 Nr. 49), daß so viele christliche Gebräuche bei den Juden Eingang finden, wie z. B. der Weihnachtsbaum, für den viele Juden eine besondere Vorliebe zeigten; oder Punsch und Pfannkuchen am Sylvesterabend zu genießen, wobei letztere von den Orthodoxen koscher zubereitet werden. Ein Teil der Berliner Judenschaft zahle sogar dem Totensonntag seinen Tribut. „Hat denn die Nachahmungssucht schon alle Pietät und Selbstachtung ertötet, daß sie selbst an den Gräbern . . . vor der Ausübung eines fremden Brauches nicht zurückschrecken und nicht merken, wie lächerlich sie sich durch die Nachäffung in den Augen jedes edlen, denkenden Nichtjuden machen?"

Die Judenmission wird von ihnen mit kaum verhehltem Spott angesehen. In der A. isr. W. (1897 Nr. 45) wird erzählt, daß zwei getaufte Juden als Judenmissionare nach Böhmen gekommen seien, „die die hehre Aufgabe übernommen haben, uns zu bewegen, es ihnen gleich zu thun .... Glück hatten sie keins bei uns; dafür gingen sie nicht ganz ohne Spott fort, es richtete nämlich einer aus der Gesellschaft die Frage an sie:

You changed your name Moses,
Why didn't you charge your noses?“ [1])

(Es ist erfreulich zu sehen, daß sich dieser Jude also vollständig auf den Standpunkt des konsequenten Rassenantisemitismus stellt). Und in dem bereits erwähnten Aufsatz über Judentaufen wird als tröstlich gerühmt, „daß nicht gewissenhafte Prüfung unserer Glaubenssatzungen, nicht bange Zweifel und inneres Abwenden die erschreckende Fahnenflucht ins andre Lager verschuldet, sondern Hoffnungen und Erwartungen so weltlicher Natur, wie sie krasser nicht wohl gedacht werden können. (Das ist genau unsere Ansicht. D. Verf.) Geben sich doch die Missionare selbst kaum der Täuschung hin, als erfolgten die Uebertritte aus rein innerm Drange und blos um Jesu willen. Unsere die Sache industriell betreibenden Bekehrungsritter wissen es so gut wie Martin Luther, daß ein jüdisches Herz, was den Glauben an Jesum betrifft, so stock-stein-eisen-teufels-hart, daß es mit keiner Weise zu bewegen ist und daß die Juden zu bekehren ebenso unmöglich ist, als den Teufel zu bekehren.“ Das ist sehr verständig gesprochen. Wir sind stets Gegner der Judenmission gewesen und haben vor Jahren bereits geschrieben (s. „Der Kampf gegen das Judentum“), daß uns nichts Unerwünschteres passieren könnte, als wenn die Juden sich alle taufen ließen.

Was für eine Bedeutung man den Judentaufen beizulegen hat, beweist folgende Erzählung des Herrn Moritz Scherbel in der A. Z. d. J. (1898 Nr. 36): „Jüngst trafen wir in einer unserer Nachbargemeinden einen Herrn Dr. L., der sich als Arzt vorstellte und auffallenderweise dabei die Bemerkung machte, daß er sich vor einigen Monaten getauft und eine Christin geheiratet habe .... Gefragt, weshalb er das Judentum verlassen, da ihm ja auch in diesem als praktischer Arzt alle möglichen Chancen offen gestanden, antwortete er: Weil das Christentum Staatsreligion ist und weil ich meinen Kindern eine freie, überall offene Bahn in ihrer einstigen Karriere schaffen wollte, und da mein Vater bereits eine Christin zur Frau hatte, so war die Etappe zum Uebertritt bei mir bereits vorhanden. Uebrigens wenn ein geschmadter (getaufter) Jude Ihnen sagt, daß er sich aus Ueberzeugung geschmadt hat, so lügt er. — Wir wollens dem Herrn glauben.“ Wir auch!

Wie sollten die Juden auch anders dazu kommen, zum Christentum überzutreten, außer durch die Aussicht auf sehr reelle irdische Vorteile, da sie — wenigstens die gläubigen — der Hoffnung sind, daß einst die jüdische Religion sich über alle Völker verbreiten werde. Das mag vielen Lesern wenig glaublich erscheinen, da die Juden ja keine Mission treiben, vielmehr „Fremdlinge“ möglichst ihrer Religionsgemeinschaft fern halten. Wir können aber aus den Rabbinerblättern ein paar unzweifelhafte Belegstellen dafür bringen. In der jüd. Pr. 1898 Nr. 23 ist ein Referat über den Zionismus, von Rabbiner Dr. Horowitz; darin ist zu lesen: „Warum ward es wiederum (nach Zerstörung des Tempels) Israels Loos, als unstäter Flüchtling hinauszuziehen in alle Welt? ... Gott wollte nicht, daß das Judentum dort (in Palästina) allein für den jüdischen Stamm bleibe; er

[1]) In freier Uebersetzung etwa: „Statt Schmuhl wird Götze geschrieben, die Nase ist geblieben.“

wollte die jüdische Lehre hinaustragen lassen nach allen Enden der Erde, und nachdem es die Gotteslehre allen Völkern geschenkt, dann sollte Israel heimkehren in das Land der Ahnen . . . Wenn diese ersehnte Zeit kommen wird, da die Völker sagen werden: Dein Gott, Israel, ist mein Gott, dann wird das Davidische Königtum, dann wird das große Ideal, die messianische Hoffnung des Judentums erfüllt sein." Und im israelitischen Jugendfreund (1897 Nr. 10) steht mit dürren Worten: „Das Licht der wahren Gotteserkenntnis, die Religion Israels soll einst noch allen Menschen zuteil werden."

Beschimpfung ihrer Gegner. Der fanatische Haß der Juden gegen alle, die ihnen nicht zugethan sind, befähigt sie zu einer unübertroffenen Virtuosität im Schimpfen. Wollte man alle beschimpfenden Redensarten aus ihren Blättern sammeln, man könnte viele Bogen damit füllen. Ein Wort, das einst in Wien gefallen ist, gefällt ihnen ganz besonders: Der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen (oder der dummen Kerle). Dieser Satz ist auf die urteilslose Menge berechnet, die sich sagen soll, die Ansicht dummer Kerle ist von keinem Gewicht, und wir dürfen uns nicht in antisemitischem Sinne äußern, sonst halten die Leute uns für dumm. Wer so denkt, zeigt in der That, daß er dumm ist.

Gröberes Geschütz führen die Juden auf, indem sie ihren Gegnern alle möglichen Schlechtigkeiten nachsagen. Ist irgenwo ein Antisemit wegen einer Gesetzes-Uebertretung bestraft worden (häufig werden Verbrecher für Antisemiten ausgegeben, die es nie gewesen sind), so heißt es: so sehen sie alle aus, alle. (A. isr. W. 1898 Nr. 21 und an verschiedenen anderen Stellen).

Gelegentlich der Ermordung der Kaiserin von Oesterreich (die als erklärte Judenfreundin und schwärmerische Verehrerin Heine's natürlich mit jüdischer Ueberschwenglichkeit in den Himmel erhoben wird) schreibt die A. isr. W. (1898 Nr. 37): „Der Antisemitismus ist thatsächlich der Sozialismus der dummen Kerle und mit dem Anarchismus völlig wesensgleich."

In dem erwähnten Aufsatze „Juden und Griechen" (A. isr. W.) werden letztere weidlich beschimpft. „Der griechische Antisemit ist der Urtypus aller später entstandenen Judenhasser, wie auch alle boshaften Verleumdungen und Verlästerungen der Juden und des Judentums in der griechischen Litteratur zu finden sind. Am meisten zeichnet sich der altalexandrinische Pöbel aus, unter dem ein gewisser Apion eine herostratische Berühmtheit erlangt hat. Es ist dies der antisemitische Schuft, der durch seine „gelehrten" Verleumdungen und Hetzereien den alexandrinischen Pöbel zu Raub und Plünderung gegen seine jüdischen Mitbürger aufstachelt."

Mit ganz besonderem Haß wird bekanntlich der unerschrockene Stöcker verfolgt. In einem Bericht über die Feier des zwanzigjährigen Bestehens der christlich-sozialen Partei (A. isr. W. 1898 Nr. 1) wird folgendermaßen über ihn hergefahren: „In dem moralischen Bewußtsein des Herrn Hofpredigers a. D. scheint noch immer keine Ahnung darüber aufgestiegen zu sein, welch sittliche Verwüstung und welch ungeheuren moralischen Schaden sein häßliches Treiben nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kulturwelt angerichtet hat; er glaubt noch immer nicht, daß er es mitverschuldet hat, daß unser Jahrhundert mit einem so großen Kulturdefizit (!) endet. Die zwanzig Jahre Antisemitismus, auf die er so stolz ist, werden künftighin als die Aera der Barbarei und der Erregung der brutalsten Instinkte im Menschen bezeichnet werden. Für die Judenheit bedeuten sie eine Epoche der mittelalterlichen Anfeindungen und Verfolgungen."

Als Graf Badeni österreichischer Minister ward, begrüßten ihn die Judenblätter mit Triumphgeschrei; glaubten sie doch, er sei der Mann, die verhaßten Anti-

semiten auszurotten. Als ihm das aber nicht gelang, wandte sich das Blatt und er erntete den Dank vom Hause Israel. Die A. isr. W. vom 2. April 1897 enthält einen Artikel über die Wahlen in Oesterreich, in dem es über Badeni heißt: „Vor etwa 18 Monaten hat der polnische Schlachzig die Regierung in Oesterreich mit einem Wortschwall und einem Phrasengetön übernommen, mit denen er auch ernst denkende und einsichtsvolle Männer täuschen konnte." Er hat, so lange er Statthalter in Galizien war, „praktischen Antisemitismus schlimmster Art getrieben, und nur dann hin und wieder mit einem reichen Juden freundlich und leutselig gethan"; er hat sich „nunmehr als einen Freund und Gönner Luegers entpuppt".

Als im Frankfurter Parlament 1848 über die deutschen Grundrechte beraten wurde, hatte Gabriel Rießer beantragt, daß der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte durch das religiöse Bekenntnis weder bedingt noch beschränkt werde. Der gelehrte Württemberger Moritz Mohl beantragte dagegen: „Die eigentümlichen Verhältnisse des israelitischen Volksstammes sind Gegenstand besonderer Gesetzgebung." Er begründete diesen Antrag damit, daß die Juden ein eigner, nicht deutscher Stamm seien, den der Wucher zu einer Landplage mache; ihre ganze Richtung und Beschäftigung sei eine volksverderbliche." Diese verständigen, von einer genauen Kenntnis der thatsächlichen Verhältnisse zeugenden Aeußerungen nennt die A. Z. d. J. alberne Redensarten.

Wir haben oben gesehen, wie die Juden mit der Wahrheit umspringen. Sie versuchen nun aber den Spieß umzudrehen und ihre Gegner der Unwahrhaftigkeit zu zeihen. Die A. isr. W. (1898 Nr. 5) schreibt in einem Artikel, der „Die Juden und die Parlamentswahlen" betitelt ist: „Die antisemitischen Blätter würden ihre Vergangenheit Lügen strafen und ihre Natur verleugnen, wenn sie nicht den Inhalt unserer Ausführungen entstellt wiedergäben. Sie haben das Recht auf Unwahrheit sich erworben, und lassen sich aus diesem Besitzstande nicht verdrängen."

Sehr gern möchten die Auserwählten — nach Lombroso's Vorbilde — jeden Antisemiten für unzurechnungsfähig erklären. In der A. isr. W. (1898 Nr. 19) wird erzählt, daß in einer konservativen Versammlung ein Herr Blümke (er ist Verwaltungs-Direktor in Danzig) sich geäußert habe: die Juden seien größere Feinde der Deutschen, als die Sozialdemokratie, die ja auch nur eine jüdische Schöpfung sei; gegen die Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse durch das jüdische Großkapital scheue er sich nicht, Ausnahmegesetze zu fordern u. dergl. m. Ein General habe diese Behauptungen zum Teil Lügen gestraft. „Das war gewiß gut gemeint, aber unangebracht. Die Fürsorge eines Arztes oder erprobten Wärters war allein am Platze."

Nur einige der bezeichnendsten Ausdrücke aus dem Schimpfregister gegen den Antisemitismus seien hier angeführt. „Wüster Lärm des antisemitischen Hexensabbats" (Jeschurun Nr. 6, Beilage zur A. isr. W.). „Tiefer Niedergang des inneren Wertes des nationalen Lebens" (A. isr. W. 1897 Nr. 42). „Die antisemitische Bestie" (A. isr. W. 1897, Nr. 46). „Das gegenwärtige Geschlecht, das unheilbar antisemitisch durchseucht ist, hat auf den Schulbänken mit uns zusammengesessen, mit uns die Spiele und Freuden der Jugend geteilt, und ist doch der antisemitischen Pest anheimgefallen"[1]) (A. isr. W. 1898 Nr. 15). „Sittenlose Richtung" (A. isr. W. 1898 Nr. 5). „Spottgeburt von Böswille und Niedertracht" (Jüd. Pr. 1898 Nr. 2). „Ein erschreckendes Zeugnis der Verrohung und Verwilderung, die der Gifthauch

[1]) Der Satz wird vollständig richtig, wenn für das Wörtchen „doch" das Wort „deshalb" gesetzt wird.

des Antisemitismus gezeitigt hat" und „Wiederum bewährt es sich, daß der Judenhaß nur auf dem Giftboden sittlicher Fäulnis, als eine Frucht der Zügellosigkeit und Auflösung aller moralischen Begriffe emporwuchern und nur durch die Mißachtung der elementarsten Forderungen der Wahrhaftigkeit, durch Untergrabung der Grundvesten der staatlichen Ordnung am Leben erhalten werden kann" (Jüd. Pr. 1898 Nr. 3). „Aber lernen, fleißig arbeiten, damit darf man einem echten und gerechten Antisemiten nicht kommen" (A. isr. W. 1898 Nr. 10). (Daß man den Juden mit dem Arbeiten auch nicht kommen darf, hat uns die oben (S. 45) zitierte Korrespondenz aus Galizien gezeigt.) „Der Antisemitismus ist die organisierte Roheit, welche zu aller ernsten politischen und wirtschaftlichen Arbeit unfähig ist, weil seine einzige Existenzberechtigung und Bethätigung eben die Roheit ist"[1]) (A. Z. d. J. 1897 Nr. 22, aus der Newyorker Staatszeitung). „Er ist nicht nur der Gegner des Judentums, sondern des ganzen deutschen Volkes, dessen Sitten er zu verrohen droht, dessen Kulturfortschritt er hemmt und verkümmert" (A. Z. d. J. 1897 Nr. 44). „Die Parole des Antisemitismus: Schimpfe, verfolge und schmähe Deinen Nächsten" (A. Z. d. J. 1897 Nr. 24).

Die Alliance israélite. Die Jüdische Presse (1898 Nr. 20) enthält einen Lobartikel auf die Alliance israélite universelle. Darin findet sich folgende anmutige Schimpferei: „Vor länger als eineinhalb Jahrzehnten hat Herr Sanitätsrat Dr. Neumann-Berlin in einer meisterhaften Schrift jenen, von dem berüchtigten Hochstapler Osman Bey, alias Willinger enthüllten, und seitdem von der ganzen Hetzmeute nachgekläfften Aufruf bei Begründung der Alliance als freche Fälschung festgenagelt, aber trotzdem wird diese pièce de résistance des antisemitischen Schimpfregisters in Wort und Schrift wiederholt und ausgeschlachtet." Dann wird des weiteren nachzuweisen gesucht, daß die Alliance ausschließlich eine Wohlthätigkeitsanstalt für arme und bedrängte Juden sei. — Eine ähnliche Leistung weist die A. Z. d. J. 1897 Nr. 15 auf: „Auch in den zivilisierten Ländern, in denen die widrige und ekle Mistpflanze des Antisemitismus den Boden verseucht und verpestet, ist sie (die Alliance) bemüht, jede That und Schrift, die geeignet sind, die boshaften Lügen und Verleumdungen der Antisemiten zu nichte zu machen, zu unterstützen." — Wir bestreiten nicht, daß die Alliance mit ihren reichen Mitteln Wohlthätigkeit übt und Schriftsteller unterstützt, die die Antisemiten bekämpfen. Aber ihre Wirksamkeit geht trotz aller Ableugnung viel weiter. Auf ihr Betreiben wurde auf dem Berliner Kongreß Rumänien gezwungen, den Juden große Zugeständnisse zu machen. Und daß die famose Wohlthätigkeitsanstalt auch in neuester Zeit noch sehr gut versteht, Großmächte zu Gunsten ihrer Rassengenossen zum Einschreiten zu bewegen, dafür ist die Jüd. Pr. vom 11. August 1897 ein klassischer Zeuge. Da wird berichtet, daß die Juden in Persien mißhandelt und verfolgt worden seien; das Zentral-Komitee der Alliance habe von diesem Vorkommnisse dem Minister des Aeußeren in Paris in folgendem Schreiben Kenntnis gegeben: „Am 15. Dezember 1896 haben wir die Ehre gehabt, Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit auf die unglückliche Lage der Juden in Persien, besonders der außerhalb der Hauptstadt wohnenden, zu richten. Wir offen, daß Sie die arme Bevölkerung dem Vertreter Frankreichs in Teheran npfohlen (man beachte den Ton, der fast klingt, als ob eine vorgesetzte Behörde nem Beamten ihres Ressorts schreibe. D. Verf.) und ihn gebeten haben, ihre Sache

[1]) Dieser Satz läßt sich sehr leicht parodieren; z. B.: das Judentum ist die organisierte Aus..utung, welche zu aller ernsten politischen Arbeit unfähig ist, weil seine eigentliche Existenzberechtigung d Bethätigung eben die Ausbeutung ist.

bei der Regierung des Schah zu führen . . . Wenn man die Juden zwingt, ein Abzeichen zu tragen und die Haare besonders zu schneiden, so ist dies nicht nur eine unserer Zeit unwürdige Schmach, sondern man bezeichnet sie als Juden dem Haß und Fanatismus des verblendeten Volks und setzt sie den schwersten Gefahren aus. Da die Regierung des Schah die Vorstellung, die der französische Vertreter in dieser Frage machen würde, nicht unbeachtet lassen kann, so wenden wir uns an Ihr Wohlwollen mit der Bitte, die Angelegenheit dem französischen Vertreter in Teheran mitzuteilen." Dazu bemerkt die Redaktion: „Aehnliche Schritte sind seitens der Anglo Jewish Association in London bei dem englischen auswärtigen Amte unternommen worden . . . Die neuerdings aus Teheran eintreffenden Nachrichten lauten bereits etwas beruhigender; das Eingreifen der europäischen Mächte scheint also schon jetzt seine Wirkung zu thun." — Eine herrliche Wohlthätigkeitsanstalt, die das Eingreifen der europäischen Mächte zuwege bringt! und dabei leugnen die Juden mit frecher Stirn jeden politischen Einfluß der Alliance ab und beschimpfen die Männer, die ihnen das nicht glauben.

Kriecherei und Aufdringlichkeit. Ganz anders, als gegen alle, von denen sie glauben, daß sie ihnen nicht freundlich gesonnen sind und vor deren Macht sie keine Furcht zu haben brauchen, benehmen die Juden sich gegen Höhergestellte, zumal wenn sie meinen, von diesen Vorteile erlangen zu können. Dann pflegen sie sich mit Kriecherei heranzudrängen und eine dreiste Aufdringlichkeit zu zeigen. Wir haben mehrere bezeichnende Beispiele dieses Charakterzuges in den von uns benutzten Rabbinerblättern gefunden.

Unterm 6. April 1897 berichtet die A. isr. W., daß der Herr Baron Cohn in Dessau der Großherzogin von Baden anläßlich des Gedenktages des Todes Kaiser Wilhelms I. für den badischen Frauenverein 10 000 Mark zur Verfügung gestellt habe.

Dasselbe Blatt brachte in Nr. 4, 1898 die Notiz, der Kaiser von Oesterreich habe dem Baron Nathaniel Rothschild die Hoffähigkeit zuerkannt. Es knüpft daran die spöttische Bemerkung: „Endlich! In Vorahnung der Schwierigkeiten, die hier zu überwinden gewesen, heißt es schon im Erlkönig: erreicht den Hof mit Mühe und Not."

In der A. isr. W. (1898 Nr. 37) wird über die Einweihung zweier Synagogen berichtet. In Berlin „war ein Vertreter der Staatsbehörden nicht zu sehen". Anders in Straßburg. „Vor dem Hauptportale des Gotteshauses hatten sich eingefunden: Gouverneur General der Inf. von Jena, Staatssekretär von Puttkamer, die Unterstaatssekretäre von Schraut und Dr. Petri, Bürgermeister Beck, Präsident der Reichseisenbahnen Wirkl. Geh. Oberreg.-Rat Mebes, Oberpostdirektor Leitolf, kurz alle Spitzen sämtlicher Behörden."

Was soll man zu solchen Vorgängen sagen? Am besten gar nichts. Denn wollte man das aussprechen, was man denkt, so könnte man es leicht mit irgend einem schneidigen Staatsanwalt zu thun bekommen. — Wahrscheinlich glauben die Behörden in den Reichslanden, auch dort seien die Juden ein „germanisierendes Element".

Ein Rabbiner Dr. David in Preßburg gratulierte dem Kardinalbischof Dr. Schlauch in Großwardein zu seiner Priester-Jubiläumsfeier mit folgendem Briefe (A. isr. W. 1897 Nr. 21): „Eure Eminenz! In erfreuender Erinnerung an die ehrende Bekanntschaft, die ich in Ischl mit Eurer Eminenz machte, und gedenkend Ihrer bezaubernden Persönlichkeit, Ihrer hohen Weisheit und Ihres vorurteilslosen Geistes, erlaube ich mir, Ihnen zu Ihrem Priester-Jubiläum aufrichtig und er-

gebenst zu gratulieren. Nach den Worten des Propheten Jesaias, 66. 21, daß Gott auch von andern Völkern zu seinen Priestern nimmt, darf ich Sie auch vom Standpunkte des Judentums als auserwählten Gottespriester betrachten. Die Vorsehung erhalte Sie als Heilboten der Religion und der menschlichen Gesellschaft noch lange in ungetrübter geistiger und körperlicher Frische! Amen!" Das ist doch die gröbste Schmeichelei und Kriecherei, die man sich denken kann.

In einem interessanten Aufsatze über die „Galizische Finsternis" liest man in der A. isr. W. 1897 Nr. 22: „Im Servilismus ist er (der polnische Jude) aufgewachsen." Dann heißt es über die Großen (die reichen Juden): „Sie lassen sich in allerlei Vertretungskörper wählen, haben die Würde, aber ohne die Bürde. Sie machen in polnischem Patriotismus, d. h. in Chauvinismus, denn ihre Thätigkeit gipfelt darin, alles was nicht polnisch zu verdrängen und zu unterdrücken. (Genau wie in Ungarn die Nichtmagyaren von ihnen unterdrückt werden). Sie klammern sich an die Rockschöße der jeweiligen Regierung, tragen dazu bei, jede Volksregung, von welcher Seite immer, zu unterdrücken, treiben allerhand Wahlmißbräuche und wollen nur ihre Knopflochschmerzen befriedigen." Eine nette Gesellschaft das! Vergleichen wir damit unsre einheimischen Juden, so finden wir, daß es mit ihnen mutatis mutandis ebenso steht.

Was in dem soeben angeführten Satze Knopflochschmerzen genannt wird, das Streben nach äußern Ehren und Auszeichnungen ist für die Juden aller Länder charakteristisch. Ihre Blätter registrieren denn auch auf das gewissenhafteste jeden Orden und Titel, der einem Volksgenossen verliehen wird. Ebenso erzählen sie mit Selbstgefälligkeit und lächerlichem Brüsten jedesmal genau, wenn der Kaiser oder ein anderer Fürst in einer Synagoge gewesen ist, einen Rabbiner angeredet hat oder wenn ein Jude zu offiziellen Festen herangezogen wird. Folgende Korrespondenz (A. isr. W. 1897 Nr. 38) ist für die jüdische Art sehr bezeichnend: „Athen, den 18. August. Im hiesigen Spitale befindet sich jetzt der jüdische Soldat Giuseppe Misan aus Korfu. Er war der erste verwundete Soldat, an dem eine Amputation vorgenommen werden mußte, da eine Kanonenkugel ihm einen Fuß zerschmettert hatte. Der Verwundete erfreute sich während seines Siechtums des besonderen Wohlwollens der Königin Olga und der Kronprinzessin Sophie, die oft an seinem Krankenlager erschienen, um ihm Erfrischungen zu bringen, wobei sie ihm zugleich Trost zusprachen."

Der Tod Bismarcks hat den Rabbinerblättern Gelegenheit gegeben, zu zeigen, wie sie selbst Gestorbene nicht mit ihrer Aufdringlichkeit verschonen. Wenn man ihre herzbeweglichen, überschwenglichen Klagen liest, sollte man meinen, der große Einiger Deutschlands sei ein Judenverehrer und -genosse gewesen; und der Zweck des Gejammers ist auch gewiß kein anderer, als diesen Glauben zu erwecken. Die A. Z. d. J. (1898, Nr. 32) schreibt: „Als in diesen Tagen Deutschlands Männer sich trauernd um die Bahre des Fürsten Bismarck vereinten, da standen die Juden schmerzbewegt in stummer Klage mitten unter ihnen. . . . Als Bismarck nach dem deutsch-französischen Kriege unter seinen besten Mitarbeitern nicht wenig Juden sah, kam er von seinem frühern Urteil ab." Mit Genugthuung wird dann mitgeteilt, Moritz Busch habe in seinem bekannten Buche „Graf Bismarck und seine Leute" die Aeußerung Bismarcks aufbewahrt: „Ich werde meinen Söhnen raten, Jüdinnen zu heiraten." Das ist wieder einmal falsch zitiert. Die fragliche Bismarcksche Aeußerung (gefallen in einer Tischgesellschaft zu Versailles im Winter 1870/71) lautete nach Busch in Wirklichkeit folgendermaßen: „Uebrigens ist es wohl umgekehrt besser wenn man einen christlichen Hengst von deutscher Zucht mit einer jüdischen Stute

zusammenbringt. Das Geld muß wieder in Umlauf kommen und es giebt auch keine üble Rasse. (?) Ich weiß nicht, was ich meinen Söhnen einmal raten werde." Wer den Charakter und das Wesen Bismarcks einigermaßen kennt, wird sich sagen, daß diese Aeußerung — wie ja die ganze Form zeigt — nicht als bitterer Ernst zu nehmen ist.

Weit überboten werden diese Ergüsse von der Hirsch Hildesheimerschen Jüd. Presse (vom 3. Aug. d. J.). Da heißt es: „Allüberall wo die deutsche Zunge klingt, wo die widerstreitende politische Anschauung vor der Majestät des Todes pietätvoll verstummt, wetteifert heute, im Schmerz geeint, ein ganzes Volk, den Tribut der Trauer, das Gelöbnis unauslöschlichen, dankbaren Gedenkens niederzulegen an der Bahre, die Otto von Bismarcks sterblich Teil birgt. Und auch wir, die deutsche Judenheit, stimmen in innigstem Mitempfinden, bis ins Mark erschüttert, ein in die Klage, in das Lob und die Dankbarkeit, die dem großen Toten in allen Tonarten aufrichtigster Verehrung erklingen. Wie wir in der heißen, unverbrüchlichen Liebe und Treue zum Vaterlande, in der Freude und dem Stolz über seine Kraft und Größe, in dem opferwilligen Streben, seinem Wachstum und Gedeihen unser Können zu widmen, voll und ganz uns eins fühlen mit allen Bürgern des Staates, so quillt auch unsere Thräne, so schlägt auch unser Herz feurig warm für den Einzigartigen. . . . Das deutschpatriotische Bewußtsein, dessen Idealgestalt Fürst Bismarck gewesen, das stolze Vollgefühl der Zugehörigkeit zu dem geeinten Deutschland, das ihm sein Entstehen und seinen Ruhm dankt, ist der Grundton der Empfindungen, die des Vielbeklagten Heimgang in jedes deutschen Juden Brust weckt und ihn vollen Anteil nehmen läßt an der nationalen Trauer. Aber auch als Juden haben wir gerechten Anlaß, unsere Schuld der Dankbarkeit abzutragen und dieselbe, das Grab überdauernd, unseren Nachfahren als theures Vermächtnis zu vererben. Rein und unbefleckt haben unsere Ahnen auch was die Anhänglichkeit und den Opfersinn für das Vaterland betrifft, unter allen Gestaltungen der Verhältnisse den Namen des jüdischen Stammes uns überliefert. . . . Den Staatsleitern, die ihren Arm über die wehrlose Schar der Gehetzten hielten, haben sie allerzeit und allerorten mit unerschütterlicher Treue angehangen: der Makel schnöder Undankbarkeit hat das Schild unserer Vergangenheit nie befleckt." (!) Das ist wirklich eine starke Leistung; so viel Sätze, so viel Unwahrheiten.

Der geschmacklos giftige Aufsatz ergeht sich dann weiter in wüsten Schimpfereien auf die antisemitische Bewegung. Die von Wilmanns u. s. w. angezettelte Judenhetze sei von Hofprediger Stöcker mit verstärkter Schamlosigkeit propagiert worden; die aberwitzige Bewegung habe giftsäend immer weitere Kreise gezogen und wie eine Seuche über die Landesgrenze hinausgegriffen. In jener niederträchtigen Petition (B. Förster) an den Reichskanzler sei mit lakonischer Frechheit die völlige Beseitigung der Gleichberechtigung gefordert. „Aber gerade dieses aberwitzige Verlangen sollte die wahre Stellung des Fürsten Bismarck zu dem Antisemitismus und seinen Forderungen offenbaren: wie man weiß, hat er die elende Zumutung der aufdringlichen Sippe weder einer persönlichen Entgegennahme noch irgend welcher Beantwortung gewürdigt, ja dieselbe, ohne sie auch nur anzusehen, in dem Aktenmoder des Ministeriums ihr ruhmloses Grab finden lassen." — Dann wird als Zeugnis dafür, wie Bismarck in den Tagen, da er im Vollbesitze der Macht war, über die Juden urteilte, die „bedeutsamste Kundgebung" mitgeteilt, die ein „süddeutscher Politiker" in der „Neuen freien Presse" (bekanntlich ganz in Judenhänden wie etwa das „Berliner Tageblatt") veröffentlicht hat, laut welcher Bismarck geäußert haben soll: Er halte die Beimischung des jüdischen Elements zu dem germanischen für nützlich.

Es stecke in den Juden etwas drin, was wir nicht hätten (Gott sei Dank nicht haben!). Die Juden seien infolge ihrer Veranlagung in Geldsachen meist klüger und geschickter, als die Christen. . . Dazu komme, daß der Jude . . . mitunter auch wohl etwas weitherziger verfahre, als sein christlicher Konkurrent (wie zart drückt der süddeutsche Politiker sich aus!). . . Er halte die Juden für nützliche Mitglieder des heutigen Staates und dergleichen mehr. — Es ist natürlich unmöglich zu kontrollieren, wie weit der Gewährsmann der „Neuen freien Presse" Bismarcks Aeußerungen genau wiedergegeben hat. Wir wissen aber aus den Veröffentlichungen des ehrlichen Memminger (Redakteur der „Neuen Bayerischen Landeszeitung"), daß Bismarck sich auch ganz anders über die Juden geäußert hat, z. B.: „Aus den jüdischen Männern kann man den Rasseteufel weder mit Beelzebub noch mit Sammthandschuhen austreiben." Und man will uns glauben machen, daß er dies Volk geliebt habe? — Auch jüdische Dankbarkeit hat er zur Genüge kennen gelernt. Memminger gegenüber hat er sich namentlich über zwei Juden beklagt, die beide die größte Ursache hatten, ihm dankbar zu sein: über den früheren Kolonialdirektor Kayser und den ersten Präsidenten des Reichsgerichts Simson. Von ersterem sagte Bismarck: „Er war ihm (dem alten Kaiser Wilhelm) unsympathisch und ich muß sagen, daß der alte Herr, wie manches Mal, so auch hier, eine bessere Nase hatte, als ich selber. Wenn der Jude in eine hohe Stellung hinaufpuzziert ist, dann erwacht bei ihm der bisher mit Not zurückgehaltene Hochmut, jenes hochfahrende Bewußtsein und jener widrige Strebergeist, den schon Jesus und lange vor ihm die Propheten so gegeißelt haben." Wir sehen also, daß Fürst Bismarck durch die gemachten Erfahrungen zu einem für die Juden durchaus nicht schmeichelhaften Urteil kam. Der täppische Versuch, ihn als einen der Ihren auszugeben, kann jedem Kundigen nur ein Lächeln entlocken.

Taktlosigkeit. Nicht allein den Großen der Erde gegenüber benehmen die Juden sich mit aufdringlicher Taktlosigkeit; in jeder Lebenslage zeigen sie sich takt- und geschmacklos. Dafür giebt es in den Rabbinerblättern eine große Zahl von Beispielen, aus denen wir nur einige auswählen können.

Daß die A. isr. W. (1898 Nr. 6) meint, die jüdische Bibel enthalte die schönste Poesie der Welt, wollen wir ihr noch nicht allzu hoch anrechnen. Bedenklicher und geringe Selbsterkenntnis beweisend ist ein Ausspruch des Rabbiners Horovitz in der jüd. Pr. 1898 Nr. 23. Er beklagt sich da über die geringe Höflichkeit und Duldsamkeit der Zionisten und meint dann: „Ich sage nicht, daß wir (die Rabbiner) darum auf diesen Ton nicht eingehen, weil wir etwa keinen Mut hätten, grob zu sein; nein, wir haben nur nicht die Fähigkeit dazu. Diese Fähigkeit scheint die Vorsehung dort für überflüssig zu halten, wo die Wahrheit ist." Dann ist die Wahrheit jedenfalls nicht bei den Rabbinerblättern, denn sie haben eine großartige Fähigkeit, grob zu sein.

In der A. Z. d. J. 1897 Nr. 14 wird der Antisemitismus an deutschen Universitäten besprochen; es wird gefragt, was haben die jüdischen Studenten gegenüber dieser Gefahr gethan? Die Antwort lautet: Der moderne jüdische Student suche sich zu assimilieren in der Art, daß er die Sitten, vielmehr aber noch die Unsitten der christlichen Kommilitonen nachahme, daß er die eigene Individualität aufgebe und gelegentlich einen Fußtritt mit in den Kauf nehme, um in Kreise sich hineinzudrängen, die ihn doch als minderwertig, nicht als gleichberechtigt betrachten.

Vom Zionismus handelt ein Aufsatz in der A. isr. W. Nr. 26; darin werden die verschiedenen Abarten desselben besprochen. Eine derselben sei der Radau-Zionismus, der von einigen verbummelten, lernfaulen Studenten kultiviert worden

sei. „Es war dies eine Art Boxklub, von einigen bemoosten Häuptern aus der Studentenschaar ins Leben gerufen, die sich eines fast arischen Durstes rühmen konnten."

Wenn die Juden einander bekämpfen, schlagen sie häufig einen ebenso unhöflichen, groben Ton an, als den Antisemiten gegenüber. Charakteristisch aber ist: wenn sie ihrem Gegner etwas ganz besonders Schlimmes nachsagen wollen, so behaupten sie, er sei ganz wie die Arier (Deutschen).

In einem Jubelartikel feiert die Jüd. Pr. 1898 Nr. 26 den Ausfall der diesjährigen Reichstagswahlen; vor Freuden außer sich über den angeblichen Rückgang der antisemitischen Stimmenzahl ruft sie in vorschnellem Triumph aus: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich auch an den modernen Nachfahren Hamanns bewahrheiten, was dieser selbst erfahren hatte." Der edle Rabbi möchte gern jeden Antisemiten an einem fünfzig Ellen hohen Galgen hängen sehen.

Der vor zwei Jahren verstorbene Türken-Hirsch hat bekanntlich einen großen Teil seiner ungezählten Millionen bei den Eisenbahnbauten im Reiche des Sultans „erworben" (manche bezeichnen seine Thätigkeit mit einem andern Ausdruck). Jetzt macht die Wittwe „des bekannten Millionärs Baron Moritz von Hirsch-Gereuth", wie die A. isr. W. (1898 Nr. 4) mit Stolz sich ausdrückt, in Wohlthätigkeit, womit sie sich in fast allen europäischen Ländern „unvergängliche Denkmale" gesetzt hat. „Wir wollen nur einer neuerlichen hochherzigen Entschließung dieser Wohlthäterin gedenken, die darin besteht, daß sie allen ehemaligen Beamten und Bediensteten der orientalischen Bahnen, die zehn Jahre unter ihrem verstorbenen Gemahl treu und ehrlich gedient haben, oder deren Wittwen und Waisen einen Jahresgehalt ausgeworfen hat. Im gleichen Ausmaß sind alle niederen Bediensteten und Arbeiter, die noch im Dienst stehen und eine zehnjährige Thätigkeit unter Hirsch aufweisen, bedacht worden. Für die aktiven Beamten der orientalischen Bahnen hat bekanntlich Frau Baronin von Hirsch zum Andenken an ihren verstorbenen Gemahl zwei Millionen Francs zur Gründung einer Pensionskasse gespendet, die mit dem 1. Juli d. J. zu funktionieren begonnen hat. Möge die edle Frau in ihrem segensreichen Streben in jenen Kreisen Nachahmung finden, die in der Lage sind, die sozialen Ungleichheiten und Gegensätze auf diesem Wege abzuschwächen." Das ist echt jüdische Manier: erst nehmen sie's den Leuten mit Scheffeln, dann geben sie Almosen zurück mit Löffeln. Und daß dieser Edelmut in allen Landen gepriesen werde, dafür sorgt die verjudete Presse, die eben in der Hauptsache nichts weiter ist, als das getreue Echo der Rabbinerblätter.

Die hier als edle Frau gepriesen wird, hat früher in demselben Blatte (1897 Nr. 20) bittere Pillen zu schlucken bekommen. „Baronin Hirsch hatte 25 000 Frcs. (zu der Sammlung des Figaro) beigesteuert, außerdem aber schickte sie am gestrigen Jahrestage des Todes ihres Gatten dem Baron Mackau 934 438 Fr., um den frommen Werken, die am ersten Tage 45 000 Fr. eingenommen hatten, den Betrag zu vervollständigen, den ihnen der vorjährige Bazar zugeführt hatte, nämlich 982 438 Fr. Es wird allgemein bemerkt, daß ungefähr alle Spenden über 2000 Fr. von Juden herrühren, so von den verschiedenen Rothschild's 147 000 Fr.; diese lärmende Freigebigkeit für streng und ausschließlich katholische Werke wird von der öffentlichen Meinung als würdelose Aufdringlichkeit empfunden und keineswegs so beurteilt, wie die jüdischen Geber sich anscheinend schmeichelten . . . Ist es soweit gekommen, daß wir uns von Andersgläubigen (die Vossische Zeitung hatte darüber geschrieben) belehren lassen müssen, was wir uns selbst schuldig sind? Vergißt man vor eitler Prunksucht alle Forderungen eines berechtigten Selbstbewußtseins, einer vernünftigen

Diplomatie? Denn darüber kann doch nachgerade kein Zweifel sein, daß diese lärmende Freigebigkeit mehr schadet als nützt." Wohl! Doch ist es echt jüdisch, erst Geld zusammenzuraffen, ob man auch dabei mit dem Aermel das Zuchthaus streift, und dann mit dem Erbeuteten den Wohlthätigkeits-Protz zu spielen.

Und echt jüdisch ist es auch wieder, daß in einem und demselben Blatte die großmächtige Madame Hirsch wegen der gleichen Geldprotzerei einmal in den höchsten Tönen als Wohlthäterin gepriesen und das andre Mal abgekanzelt wird.

Der A. Z. d. J. war es vorbehalten, ihre Kolleginnen an Taktlosigkeit zu überbieten. In Nr. 7, 1898 schreibt in einem Aufsatze über Th. Herzl's „Das neue Ghetto" Prof. L. Geiger: „Franzos hat einmal das Wort gebraucht: jedes Land hat die Juden, die es verdient; ein Wort das ich übrigens für falsch halte, da es manches Land giebt, das viel bessere Juden hat, als es augenblicklich verdient." Hoffentlich verdient Deutschland nicht solche Juden, wie Prof. Geiger.

Mangel an Takt beweist es auch, wenn jemand über Dinge spricht, die er nicht kennt. Ein Dr. Kantorowicz behandelt (A. Z. d. J. 1897 Nr. 45) die Krankheiten der Juden; er rät aus hygienischen Gründen Einschränkung des Fleischkonsums an. Zur Begründung führt er aus: „Wovon lebt der Landarbeiter, der Bauer gerade in der Zeit, wo er am kräftigsten arbeiten muß, der Ernte? Von Milch, Brod, Käse, Gemüse. Und im Winter, wo er nichts thut, ißt er Fleisch." In welcher Gegend mag der Herr wohl seine Studien über Ernährung der Bauern gemacht haben? Mit Ausnahme vielleicht ganz armer, durch Wucher ausgebeuteter Landstriche essen sie im Sommer so gut ihren Speck, als im Winter. Und dann die Behauptung, daß der Bauer im Winter nichts thut! Der Bauer hat jeden Tag im Jahr zu arbeiten; für ihn giebt es keine Ferienzeit und der Winter ist nur deswegen für ihn weniger beschwerlich, weil es sich in der Kälte besser arbeitet, als in der Sommerhitze.

Unredlichkeit. Daß man über die Neigung zu Betrug und Unredlichkeit, über die besondern, nicht mit den unsern übereinstimmenden Moralanschauungen der Juden in den Rabbinerblättern nicht viel liest, wird niemand wundern. Doch findet sich hie und da einiges sehr Bezeichnende. Die A. isr. W. 1897 Nr. 42 enthält folgende bemerkenswerte Mitteilung: „Aeltere Leute, die aus Oesterreich stammen, werden aus ihrer Jugendzeit sich noch erinnern, welcher Schrecken in den cisleithanischen, jüdischen Gemeinden sich verbreitete, wenn der Kantor am Sabbat vor dem Einheben der Thora die bevorstehende Rekrutierung ankündigte (das stimmt herrlich zu der oben beleuchteten großen Kriegslust und Tüchtigkeit der Juden! D. Verf.). Der Gemeindevorsteher faltete seine Stirn und nahm die Miene eines Staatsmannes an, auf dessen Schultern der Ausgleich zwischen den Forderungen der Regierung und der militärpflichtigen Jugend seiner Gemeinde lastete; die armen Väter und Mütter aber zitterten für ihre herangewachsenen Söhne. Denn die Kunst eines jüdischen Vorstehers während der Rekrutierung bestand früher darin, daß er die reichen Jünglinge oder die Söhne seiner Verwandten für untauglich zum Militärdienst, die armen Burschen aber für fehlerfrei bei der Assentierung erklären ließ." Das erinnert an die auch bei uns nicht unbekannten Befreiungen reicher Juden vom Militärdienst.[1])

In der isr. W. 1897 Nr. 22 ist die Rede von den Bemühungen des Baron Hirsch in Galizien jüdische Handwerker zu unterstützen. Da wird erzählt: „Selbst die Wohlthätigkeitsbüreaus, die an Handwerker und kleine Handelsleute monatlich

[1]) s. „Deutsche Ziele und Aufgaben" S. 124.

öſtr. fl. 12 000 an Unterſtützungen verteilten, mußten aufgehoben werden, da es ſich herausſtellte, daß die Gelder nicht an die richtigen Adreſſen gelangten. Die Bittſteller mußten jahrelang auf die Erledigung ihrer Eingaben warten, wer aber Protektion ſich zu verſchaffen wußte, der erhielt prompt eine Subſidie, ſelbſt wenn ſein Anrecht kein beſonders begründetes war."

Die A. isr. W. 1897 Nr. 48 enthält eine Korreſpondenz aus Riga, laut welcher der Polizeimeiſter alle bisherigen Beſchränkungen für auswärtige Juden aufrecht erhält und die Priſtows (Polizeiorgane) der betreffenden Bezirke anweiſt, Verzeichniſſe der hebräiſchen Handwerker zu führen, damit ſie ſich mindeſtens zweimal jährlich überzeugen, ob dieſe thatſächlich ihrem Gewerbe nachgehen. Dazu bemerkt der Korreſpondent: „Für die Leſer im Auslande fügen wir erläuternd hinzu, daß jüdiſchen Handwerkern der Aufenthalt in unſerer Stadt geſtattet iſt. Es ſoll nun vorgekommen ſein, daß in vereinzelten Fällen Lehrer, kleine Geſchäftsleute u. a. Innungsatteſte über ihre Zugehörigkeit zu irgend einer Handwerkerzunft beigebracht hatten, um ſo in Riga leben zu dürfen."

Ein Herr L. Klausner hat ein Drama „Jakob" verfaßt. In der A. isr. W. 1893 Nr. 4 findet ſich eine Beſprechung (aus den Blättern für litterariſche Unterhaltung), in der es heißt: „Jakob geht mit einer gewiſſen jeſuitiſchen (richtiger: echt jüdiſchen; d. Verf.) Rückſichtsloſigkeit vor. Im Dienſte ſeines Gottes- und Volksgedankens darf er lügen, heucheln, ſchmeicheln, Weiber nehmen, ſoviel er will, ſeinen Wohlſtand mit ſchmutzigen Mitteln mehren — er darf alles thun, was ihm nützlich iſt und bleibt doch der reine, hohe, der fürſtliche Prieſter, bei dem der Zweck die Mittel heiligt. In dieſer Auffaſſung Jakobs liegt eine gewiſſe Großartigkeit, ſie iſt vielleicht die einzige, die möglich iſt, wenn man Jakob idealiſieren will." Das iſt echte Judenmoral. Daß ſolche Auffaſſung eine Idealiſierung enthalte, kann nur ein jüdiſcher Geiſt denken. Den Erzvater Jakob aber lieben die Juden ſo, weil er das genaueſte Vorbild ihres Volkscharakters iſt.

Seltene Selbſterkenntnis. Wir wollen nicht verhehlen, daß in den Rabbinerblättern an einigen ſeltenen Stellen eine gewiſſe Selbſterkenntnis zu finden iſt, die mit unſerem Urteil über die Juden eine überraſchende Uebereinſtimmung zeigen. Ein mit B. unterzeichneter Artikel in der A. isr. W. 1897 Nr. 31, der die Seelſorge beſpricht, iſt außergewöhnlich aufrichtig und offenherzig. Darin wird bemerkt, daß es allgemein heiße, die Rabbiner glauben ihre Pflicht vollauf gethan zu haben, wenn ſie in der Synagoge gepredigt haben, obgleich die Predigt, weil in der Regel allgemein gehalten, höchſtens nur, wenn ſie beſonders geiſtreich und zündend ſei, eine vorübergehende Wirkung auf die ſpärlichen Hörer üben könne. Die Seelſorge in dem üblichen Sinne ſei bei den Juden etwas fremdartiges; erſt in neuerer Zeit habe man ſich daran gewöhnt, das religiöſe und ſittliche Leben in der Gemeinde von den Rabbinern gefördert zu ſehen. Wolle man aber eine Seelſorge nach Art der bei den chriſtlichen Konfeſſionen üblichen, ſo müſſe man dafür die Vorausſetzungen ſchaffen. In chriſtlichen Kirchen bringe man den Geiſtlichen Vertrauen und Achtung entgegen. Man könne das leicht wahrnehmen, wenn man des Sonntags eine Kirche während der Predigt betrete. Die andächtig lauſchende Gemeinde ſei da, um Gottes Wort zu vernehmen. Dies gefalle gerade wegen ſeiner Schlichtheit und ergreifenden Natürlichkeit. Man könne ſehen, wie hohe Offiziere und Beamte, die doch dem ſynagogenbeſuchenden Publikum an Bildung gewiß nicht nachſtehen, mit ungekünſtelter Aufmerkſamkeit die Predigt anhören und ſichtlich befriedigt aufnehmen. „Bei uns ſoll der Kanzelredner, wenn er anders unſerm Publikum gefallen will, „geiſtreich und zündend" ſein; uns fehlt der Sinn für das Einfache und Natürliche (ſehr richtig!); wir verlangen

glänzende Paradoxa und geistreiche Sentenzen, sonst langweilen wir uns. Es ist dies der eigentliche Grund dafür, daß viele Rabbiner nach hochtrabenden Phrasen haschen, daß unsere Predigten, wenn wir sie gedruckt lesen, zumeist den Eindruck eines Phrasengemengsels machen."

Des weiteren wird dann erörtert, wie der Rabbiner Seelsorge treiben könne. „Will er sich den ärmeren Volksklassen widmen, so gehört dazu in erster Reihe Geld . . . Wollte der Rabbiner in seiner seelsorgerischen Thätigkeit die reichen Glaubensgenossen in Anspruch nehmen, da käme er in den meisten Fällen sehr schön an. Unter hundert „vornehmen" Juden würden neun und neunzig die „Zudringlichkeit" des Rabbiners höchst übel aufnehmen. Man will nicht belästigt sein und vom Rabbiner, „der ein bischen Talmud und dergleichen Schnickschnack weiß", hat doch der reiche Jude im neunzehnten Jahrhundert eine sehr despektierliche Meinung . . . Will man überhaupt die soziale Stellung unserer Rabbiner richtig beurteilen, so halte man bei unsern reichen Juden Umfrage, wen sie zu ihren Gesellschaftsabenden einladen. Abgesehen von Berufsgenossen werden in der Regel ein paar Männer der Wissenschaft, der Kunst und Litteratur zur Dekoration mit eingeladen, bei Leibe aber nicht der Rabbiner, mit dem man doch keinen Staat machen könne (auf Staat machen d. h. protzen, kommt es den Leuten doch besonders an. D. Verf.). Es muß ein Sänger dabei sein, ein Dichter . . . oder zum wenigsten ein berühmter Kritiker. Beiläufig gesagt hat der Durchschnittsjude des 19. Jahrhunderts vor keinem Manne der Feder einen so heillosen Respekt, als vor dem Theaterrezensenten, der alles so höllisch „verreißt". Dies steht mit den natürlichen Anlagen des Juden in enger Verbindung, an allem nörgelnde Kritik zu üben." — Das ist alles sehr richtig beobachtet und mit anerkennenswerter Wahrheitsliebe dargestellt.

Daß aber, wie die bösen Antisemiten stets behaupten, die Juden sich nicht geändert haben, sondern durch die Jahrhunderte hindurch genau dieselben geblieben sind, dafür giebt derselbe Aufsatz ein schönes Beispiel. Am Ende des vierzehnten Jahrhunderts, berichtet B., hat ein Salomo Alami folgendes niedergeschrieben: „Wenn sich die Gemeinde in der Synagoge versammelt, um den gottesdienstlichen Vortrag anzuhören, da schlafen dabei die Reichen in der Regel sanft ein. Die andern, namentlich die Frauen auf den Galerien schwatzen; wagt der Prediger, ihnen ins Gewissen zu reden, so treiben sie es noch ärger. Wie anders ist es bei den Christen, wenn sie Sonntags in das Gotteshaus kommen! . . . Ach, daß wir von unserer Umgebung Anstand und Achtung vor den Lehren des Glaubens lernten!"

Auch der Jüd. Pr. (1898 Nr. 25) ist in einem unbewachten Augenblick ein für die Juden nicht eben schmeichelhaftes Zeugnis entschlüpft: „In Galizien stehen Wucherer an der Spitze der Kultusgemeinden, der Handelskammern, und sie beherrschen das ganze jüdische Leben." Nun, dann sollte man nicht so entsetzlich auf die polnischen Bewohner Galiziens schimpfen, die durch ihre Revolten sich nur der jüdischen Wucherer zu erwehren streben. Wenn die Juden dort Wucherer an die Spitze ihrer Gemeinden stellen, so kann man sicher annehmen, daß sie im Wucher nichts Schlimmes sehen und ihn treiben werden, wo es angeht.

Ueber die Stellung zu Ackerbau und Handwerk äußert sich die A. isr. W. (1897 Nr. 35) und bemerkt: „Die Juden haben nur all' die überschwengliche Verehrung, die sie vormals der Thora und dem religiösen Studium (des Talmud, muß man wohl ergänzen) entgegenbrachten, auf allgemeine wissenschaftliche Bildung übertragen; aber das Verständnis für den Wert der Arbeit, für die Ehrwürdigkeit, die dem Handwerk innewohnt, ist ihnen noch immer nicht erschlossen." Und wird ihnen

auch nie erschlossen werden, so lange sie, zwischen andern Völkern zerstreut, die Möglichkeit haben, Schacher und Wucher zu treiben, durch parasitisches Dasein Reichtum und Genuß einzuheimsen!

Ueber den Zionismus schreibt Dr. Singer in Nr. 26 der A. isr. W. 1897 einen offenen Brief an Dr. Herzl, in dem sich folgende Stelle findet: „Daß der Türkei ein paar tausend reiche Juden nicht unangenehm sein würden, ist für einen Kenner der türkischen Finanzen nicht schwer zu erraten — aber wie wollen Sie diese Steuerkräftigen da hinbekommen? Daß die reichen Leute, selbst von der Liebe zum Geburtslande abgesehen, selbst diejenigen, welche aus Langerweile mit Ihnen den Sport betreiben, den Zionismus mit Ihnen zu trainiren (Judendeutsch!), nicht im entferntesten daran denken, Ihnen, wie die Herde ihrem Leithammel, freiwillig zu folgen um mit ihrem Gelde den Schweiß ihrer armen Brüder zu trocknen und den steinigten Boden Palästinas zu düngen, das wissen Sie selber." Leider, leider hat Herr Singer recht. Mit Güte wird man sie nie dahin bringen, höchstens mit Gewalt!

Von einer gewissen Selbsterkenntnis zeugt auch folgendes Urteil in der A. Z. d. J. (1897 Nr. 44): „Nicht genug beklagt muß es werden (Judendeutsch!), wenn zur Abwehr antisemitischer Unthaten, die Schaffung jüdisch-politischer Vereine beliebt worden ist. Ohne auch nur im entferntesten den mit ihr beabsichtigten Zweck zu erreichen, facht vielmehr diese Verteidigungsmethode das Feuer wilden Hasses (!) zu mächtigen Flammen." Obwohl in späteren Nummern versichert wird, diese Sätze bezögen sich nicht auf den Verein mit dem langen Namen (Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens), so scheinen sie uns doch auch auf ihn genau zu passen.

Von der A. Z. d. J. (1897 Nr. 50) wird zugestanden, daß die Juden sich niemals wirklicher Sympathie erfreut haben. Diese Selbsterkenntnis sollte vernünftigerweise so viel weiter gehen, daß sie sich sagte, der Grund für die befremdende Erscheinung müsse im jüdischen Volkscharakter liegen.

Sogar Herr Nordau hat in manchen Aeußerungen, die er auf dem Zionisten-Kongreß in Basel 1897 gethan, nicht ganz unrecht. An einer Stelle spricht er von den überreichen Juden und meint, sie begreifen die niedrigsten Naturen der Judenheit in sich. Zwar glauben wir ihm nicht recht, daß diese Leute in einer vollständig normalen Judengesellschaft die allerunterste Stufe einnehmen würden; für unsere Staatsmänner und regierenden Herren aber ist es jedenfalls beschämend, wenn er behauptet, in der „normalen Judengesellschaft" hätten diese Reichsten niemals die Adelstitel und Orden bekommen, mit denen sie die christliche Gesellschaft auszeichnet!

Wir schließen hiermit für diesmal unsere Forschungen in den Rabbinerblättern. Unsere Leser werden uns zugeben, daß eine solche Beschäftigung eine recht ergiebige Ausbeute liefert: wer für die Erkenntnis der Nachkommen Jakobs sicheres Material haben will, kann nichts besseres thun, als einige Jahrgänge der genannten und ähnlicher Blätter recht genau zu studieren.

Warum gab es im Jahre 1819 eine „Judenhetze“?

Ein Beitrag zur Geschichte des Antisemitismus

von

C. Krollmann.

Einleitung.

Die Geschichte der Entstehung und des Verlaufes der „teutonischen Judenhetze“ vom Jahre 1819 ist noch nicht geschrieben, so sehr sie es auch verdient. Nur Treitschke hat sie in seiner Deutschen Geschichte so eingehend behandelt, wie es der Raum seines großen Werkes erlaubte, nicht eingehend genug für den Deutschen, der sich auch auf geschichtlicher Grundlage über den Rassenwiderstreit zwischen Deutschtum und Judentum klar werden will. Nachfolgender Aufsatz macht nicht den Anspruch, dieser Aufgabe zu genügen; er soll nur aus dem umfangreichen Stoffe das Wichtigste leserlich gruppieren. Im Anhang ist eine Zusammenstellung des Quellenmaterials gegeben, soweit es dem Nichtfachmanne im allgemeinen zugänglich ist. Es würde uns freuen, wenn es uns damit gelänge, die Aufmerksamkeit der Parteigenossen auf diesen interessanten Abschnitt in der Geschichte des Kampfes um das reine Deutschtum hinzulenken.

* * *

I.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die bürgerliche, rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Juden in Deutschland, wie es die Vielgestaltigkeit des zusammenbrechenden Heiligen römischen Reiches deutscher Nation mit sich bringen mußte, je nach dem Orte ihrer Niederlassung sehr verschieden und durchlief alle Stufen, von der vollkommenen bürgerlichen Gleichberechtigung bis zur Vogelfreiheit. In den linksrheinischen Gebieten, die seit zirka sechs Jahren in Besitz der Franzosen waren, galten die Gesetze der Republik, durch die die Juden den christlichen Bürgern völlig gleichgestellt waren. Es mag hierbei erwähnt werden, daß das Decret der Nationalversammlung, welches die bürgerliche Gleichstellung der Juden aussprach, erst nach langen Kämpfen durchgesetzt wurde, indem namentlich die Elsässer Widerspruch erhoben; ein Vertreter des Straßburger Magistrats hatte erklärt, er sei untröstlich, eine solche Geißel nicht abzuwenden vermocht zu haben, sintemalen die Straßburger Bürgerschaft bei einer vorläufigen Befragung sich fast einstimmig gegen die Anerkennung der Juden als Aktivbürger ausgesprochen hatte.[1]) In allen rechtsrheinischen Staaten aber waren die Juden noch gewissen Beschränkungen unterworfen, am wenigsten in Oesterreich, wo sie durch das Toleranzedikt des schwärmerischen Joseph II. fast völlig emanzipiert worden waren. Da mit diesem Schritt zeitlich

die Angliederung der judenreichsten und verkommensten Gegenden Europa's an die habsburgische Monarchie zusammenfiel, wurde durch ihn der Grund gelegt zu der heute den österreichisch-ungarischen Staat so schwer bedrückenden Judenherrschaft.

In Preußen galt noch das Reglement Friedrichs des Großen vom 17. April 1750 [2]), welches den Juden eine Schutzbürger-Stellung anwies und ihnen zum Besten der deutschen Unterthanen erhebliche Beschränkungen auferlegte. Der Erlaß dieses Reglements wird ausdrücklich damit begründet, daß „die zunehmende Vermehrung der Juden den christlichen Einwohnern ungemein Schaden und Bedrückung zugefüget" und deshalb „zwischen der Christen- und Juden-Nahrung und Gewerbe Proportion gestifftet" werden solle. Die Zahl der Juden wurde durch dies Reglement fixiert; sie zahlten Schutzgeld und besondere Steuern; durften nur unzünftige Handwerke treiben; ihr Handelsbetrieb war in Bezug auf verschiedene Artikel beschränkt; Grundbesitz durften sie allein in den Städten und auch dort nur unter Beschränkung erwerben; auch Vorschriften gegen ungebührliche Ausschweifung gelegentlich ihrer Feste, namentlich des Purimfestes, gegen angemaßte Gerichtsbarkeit fanatischer Rabbiner u. dergl. m. waren in dem Reglement enthalten. Alle ihre religiösen Zeremonien 2c. wurden dadurch aber ausdrücklich geschützt, und in zivilrechtlichen Angelegenheiten, „so in den jüdischen Ritus einschlugen" wurde nach den Dispositionen des mosaischen Gesetzes erkannt.

Die bunte Mannigfaltigkeit der Lage der Juden in den kleinen und kleinsten Staaten des Reichs kann hier nicht ausgemalt werden, zumal die gesetzlich ihnen eingeräumte Stellung häufig genug mit der thatsächlich eingenommenen nicht übereinstimmte. Es sei nur noch erwähnt, daß eine Reihe von Staaten, Württemberg z. B. und viele Reichsstädte judenfrei waren und Juden nicht über die Grenze ließen, während die Kleinsten der Kleinen, Grafen und Reichsritter sie mit Vorliebe in ihren Gebieten hegten, als einzige nie versiegende Quelle des sonst so spärlich fließenden baren Geldes. Der Merkwürdigkeit halber sei erwähnt, daß hie und da, z. B. in der Grafschaft Wittgenstein die Juden nach den geltenden Gesetzen [2]), wenn auch keineswegs mehr thatsächlich, vogelfrei waren.

Während in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Abneigung gegen die Juden als Religionsgesellschaft noch manchmal die Triebfeder für die, im Grunde freilich stets wirtschaftlichen, Maßregeln zu ihrer Beschränkung gewesen zu sein scheint, finden wir also seit dem Regierungsantritt Friedrichs des Großen die Juden ausgesprochenermaßen immer als fremde Nation behandelt. In allen religiösen Angelegenheiten genossen sie völlige Toleranz, ihre wirtschaftlich gefährlichen Stammeseigentümlichkeiten allein suchte man nach Kräften einzuschränken. Man kann nicht behaupten, daß die damalige Judenschaft diese einschränkenden Maßregeln schwer empfunden hätte, — sie gaben sich höchstens den Schein, darunter moralisch ebenso zu leiden, wie vielleicht geschäftlich —, sonst hätte man nicht die merkwürdige Thatsache erlebt, daß trotz aller Abwehr Deutschland, namentlich Preußen, sich der hauptsächlich von Osten her einströmenden Juden gar nicht erwehren konnte. Unzählige königliche Erlasse machen immer wieder auf das Anwachsen der Judenschaft in den preußischen Provinzen aufmerksam, schärfen die diesbezüglichen Vorschriften den Behörden immer wieder ein, vergeblich! Und was für Individuen sind die Eindringlinge? Häufig genug: „Allerhand fremde Betteljuden, von welchen nichts anderes als Diebereien und anderer Unfug vermutet werden kann" [3]) oder „Fremde Juden, welche sich zu Spionen und Anführern der Feinde und andern Raubgesindels gebrauchen lassen" [4]) oder „bey denen auf dem platten Lande zeithero vorgegangenen

verschiedenen Einbrüchen und Diebstählen ist wahrgenommen worden, daß solche größtenteils von schlechtem Judengesindel verübt worden“[5]). Als der große König 1772 von Westpreußen Besitz ergriff, wurden vor Erlaß eines Judenprivilegs für die neue Provinz zunächst 4000 Betteljuden, das waren $^4/_5$ vom Hundert der ganzen Bevölkerung über die Grenze geschafft. Ueberbleibsel dieser jüdischen Bettlerwirtschaft haben wir aber heute noch, z. B. in Gestalt der berüchtigten Nomaden von Flatau; selbst eine einhundertundfünfundzwanzigjährige preußische Verwaltung hat diesen Augiasstall nicht ausmisten können! Auf die große Menge der Juden in Deutschland war dazumal gewiß der Ausspruch Voltaire's mit Recht anzuwenden: „Die Juden sind nichts als ein unwissendes und barbarisches Volk, das seit langer Zeit die schmutzigste Habsucht mit dem verabscheuungswürdigsten Aberglauben und dem unauslöschlichsten Hasse gegen alle Völker verbindet, bei denen sie geduldet werden und an denen sie sich bereichern.“[6]) Und Herr von Voltaire mußte es ja wissen, sein schmutziger Handel mit Veitel Ephraim und Abraham Hirsch weist auf vertraute Beziehungen zum Judentum hin.

Trotz der niedrigen Kulturstufe der Durchschnittsjuden, trotz der Unduldsamkeit der fleißig den Bannstrahl handhabenden Rabbiner, übte jedoch das aufgeklärte fridericianische Regiment auf die ununterbrochen anwachsende Judenschaft Berlins und anderer größeren Städte seine erziehliche Wirkung aus. Hier leisteten die brauchbaren Elemente dieses Handelsvolkes, stets von oben überwacht und gezügelt, verhältnismäßig Tüchtiges auf ihrem eigensten Gebiete und in der lebhaft aufblühenden Industrie. Mit dem wachsenden Wohlstande kam ihnen dann auch das Bedürfnis nach besserem Umgange, d. h. mit Deutschen, und damit das Streben nach einer gewissen Bildung, die dazu unumgänglich notwendig war. Nichts ist aber lächerlicher, als die sehr durchsichtigen Bestrebungen gewisser Kreise, die Judenschaft Berlins als die eigentliche Trägerin der Aufklärung des Zeitalters Friedrichs des Großen zu verherrlichen. Der einzige Mendelssohn muß dazu immer und immer wieder den Vorwand geben. Gerade die ungeteilte Bewunderung, welche die deutschen Zeitgenossen viel mehr als die jüdischen[7]) dem Moses Mendelssohn zu teil werden ließen, ist ein Beweis dafür, daß dieser Mann einzig in seiner Art war, in einem Riesenabstande über seinen Volksgenossen emporragte, und war mehr diesem Umstande, als seinen Leistungen, denen die Deutschen selbst mehr wie genug zur Seite zu setzen hatten, zu verdanken. Wenn wir heute, wo wir gelernt haben in Bezug auf alles, was mit dem Judentume zusammenhängt vorsichtiger zu urteilen, jede Ueberschätzung Mendelssohns zurückweisen, *was* er als Mensch und Philosoph geleistet hat, erkennen wir gern an. Die sentimentale Art, wie er sich und seine Volksgenossen als die gekränkte Unschuld hinzustellen beliebt, ist uns freilich schier unleidlich. Der Deutsche liebt es, seinem Gerechtigkeitsgefühle freien Lauf zu lassen, sobald es sich um die Theorie oder um — Fremde handelt, namentlich wenn man es versteht sein Mitleid zu erregen. Von diesem Standpunkte aus müssen wir Lessing's Auftreten für die Juden auffassen. In ihm wirkt dies Gefühl des Mitleids und der Gerechtigkeit so stark, daß er in einseitigem Eifer gegen seine eigenen Volksangehörigen und Religionsgenossen im höchsten Grade ungerecht wird. Bei der weiten Verbreitung dieser Charakteranlage unter den Deutschen ist es der Dialektik Lessings gelungen, Zeitgenossen und Nachwelt lange Zeit darüber hinweg zu täuschen, daß es etwas anderes ist, religiöse Toleranz zu üben, etwas anderes, fremden, unharmonischen Eindringlingen Bürgerrechte zu gewähren. Das haben auch diejenigen übersehen, die in Lessings Fußtapfen auf praktischem Gebiete für die Emanzipation der Juden zu wirken begannen. Bahnbrechend war für diese Bestrebungen eine Schrift des

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Auch das alte morsche Reich schien sich dem von Oesterreich und dann von Frankreich gegebenen Anstoße zur Judenemanzipation nicht mehr entziehen zu können. Schon beim Rastatter Kongreß petitionierten die Juden um eine allgemeine Aufbesserung ihrer Lage in Deutschland, vielleicht aufgemuntert von Oesterreich, das dadurch anderen Staaten Unbequemlichkeiten im Inneren zu bereiten hoffen mochte. Jedenfalls war es wieder diese Macht, die nach der Auflösung der Rastatter Versammlung durch den Vertreter der churböhmischen Stimme einen Antrag auf bürgerliche Gleichberechtigung aller Juden in Deutschland bei dem Regensburger Reichstage einbrachte.[16]) Petitionen von den Juden selber sollten diesen Antrag unterstützen. Doch bevor es zu einem Beschlusse darüber kam, fand der lange Reichstag sein längst verdientes, schmähliches Ende.

II.

Wenn wir bisher unser Augenmerk vornehmlich auf die Entwicklung der Dinge in Preußen richteten, so hat das seinen Grund darin, daß in Oesterreich die Verhältnisse der Juden bereits seit dem Toleranzedikte eine gewisse Stätigkeit erreicht hatten, im Westen und Süden dagegen bei den dauernden Kriegsläuften und Umwälzungen eine übersichtliche Entwicklung nicht zu verfolgen ist. Desto besser aber können wir beobachten, wie das Judentum sich die gewaltigen Völkerkämpfe dieser Epoche zu Nutze machte. Kriege und Unruhen sind immer ein fruchtbares Feld für die Juden gewesen. In jenen Jahren hatten die Juden ein doppeltes Interesse am Kriege. Erstens gewannen sie durch den Krieg an sich. Wie von Alters her — leider ist es auch heutzutage noch so — waren sie die geborenen Lieferanten für die Armeen, die Unternehmer für die Verproviantierung, die Pächter der Lazarette, — kein Wunder, daß diese damals die Hölle auf Erden bedeuteten und für den Ort ihrer Niederlassung die Pest! — und nicht zu vergessen, die gutbezahlten Spione beider Parteien. Neben diesen „anerkannten" Geschäftsbetrieben fanden sie aber dann noch weitere lohnende Thätigkeit als Aufkäufer der Beute[23]), als Hyänen der Schlachtfelder[17]) und als Organisatoren, Mitglieder und Hehler der Räuberbanden, die fürchterlich in den Gegenden hausten, wo die Kriegsfurie Unordnung und Verwirrung hinterlassen hatte.

Die Geschichte des Räuberwesens am Rhein um die Wende des Jahrhunderts ist auch für die Beurteilung der Judenfrage ungemein lehrreich. Seit dem Oktober 1792 waren die Franzosen in das Rheingebiet eingedrungen und setzten sich auf dem linken Ufer fest. Das andauernde Kriegsgetümmel lockerte alle Bande und begünstigte das Emporblühen eines ausgedehnten gewaltthätigen Gaunertums. Die einheimischen Behörden, an und für sich schwach durch die politische Zersplitterung und die allgemeine Verlotterung in den geistlichen Gebieten, verloren in diesen stürmischen Zeiten alle Aktionsfähigkeit. Alle Verantwortlichkeit fehlte, die rechtmäßigen Machthaber waren entflohen; die Franzosen durch Krieg und heimische Wirren in Anspruch genommen, konnten noch nicht als dauernde Herren des Landes betrachtet werden; oft fehlte es an gutem Willen, wo dieser vorhanden war, lähmte die Gleichgiltigkeit des Nachbarn. Nachdem das Uebel einmal eingefressen war, wurde es auch dem mächtigen Organisationstalent der Republikaner schwer, wieder Ordnung zu schaffen. Erst nach und nach gelang es, der linksrheinischen Räuberbanden Herr zu werden. Denn die Landbevölkerung konnte sich mit den neuen Institutionen nicht befreunden und legte den neuen Regierungsgewalten die größten Schwierigkeiten in den Weg, namentlich da z. B. der Schinderhannes, der Führer der gefährlichsten, der Hundsrückräuberbande, den Vorwand gebrauchte, er habe es nur auf die Juden abgesehen. Das machte ihn bei der verarmten und bewucherten

Bevölkerung überaus populär. Kecke Räuberstückchen an Juden ausgeführt, begründeten vor allem den Nimbus, den dieser Mensch im übrigen keineswegs verdiente. Bei der Verfolgung der Räuber versagten überdies vielfach die neuen Justizeinrichtungen; namentlich die trotz der „antisemitischen" Räuber zumeist jüdischen Hehler (Scherfenspieler in dem Gauner-Rotwelsch) verstanden es vortrefflich, sich das den Einwohnern ungewohnte Institut der Geschworenen zu Nutze zu machen, wobei ihnen die wie Pilze nach dem Regen aufschießenden jüdischen Sachwalter getreulich sekundierten.[18]) Wenn daher schließlich auch das Schicksal die Räuber ereilte, die jüdischen Hehler blieben meist — „getragen von der Sympathie ihrer Mitbürger" — ungeschoren.

Ganz anders ging es auf dem rechten Rheinufer zu. Gegen die jüdischen Räuberbanden, die hier Jahre lang die Gebiete von der Mündung des Rheins bis an die Schweizergrenze unsicher machten, sind Schinderhannes und Genossen die reinen Kinder. Hier feierte das Organisationstalent der Hebräer glänzende Triumphe. In den Niederlanden machte sich diese gefährliche Sippschaft zuerst bemerkbar. An ihrer Spitze stand Anfangs ein alter Jude aus dem Ostfriesischen, Namens Jacob Moyses, gleich genial als Leiter, wie als Lehrmeister des Räuberhandwerks. Sein Sohn Abraham gründete eine einträgliche Filiale in der Umgegend von Paris. Seine beiden Schwiegersöhne Picard Kotzo oder Abraham Picard und Jan Losbek, ein zum Judentum übergetretener Christ, machten erst die Niederlande, dann die deutschen Gebiete zwischen Ruhr und Main zum Schauplatz ihrer gewinnbringenden, für die betroffenen Einwohner jener Gegenden aber verderblichen Thätigkeit. Die Banden dieser Juden, zumeist aus Glaubensgenossen bestehend, entwickelten sich zu umfangreichen, festgegliederten Organisationen. An der Spitze standen die Chefs, im Handwerk ergraute, durch Kühnheit und Anschlägigkeit sich auszeichnende Räuber. Die zweite Klasse bildeten die Baldowerer (wie die meisten Ausdrücke des Gauner-Rotwelsch aus dem „Ebräischen"), deren Aufgabe es war, die Gelegenheit zum Raube auszuspüren; sie waren bei den Gewaltthaten nicht zugegen, erhielten aber stets einen bedeutenden Anteil von der Beute. Die dritte Klasse setzte sich aus den Veteranen zusammen, ähnliche Leute wie die Chefs, welche aber die Ueberlegenheit jener bereitwillig anerkannten. Die vierte und letzte Klasse waren die Jungens, meistens liederliches Gesindel aus der Umgegend des Schauplatzes der Räubereien. Die ersten drei Klassen bestanden fast ausschließlich aus Juden, die vierte, wenig von den andern geachtete, setzte sich aus Christen zusammen. Diese Banden trieben ihr Handwerk im großen und mit für Juden ungewöhnlichem Mute. Gewaltsamer Einbruch war das beliebteste Vorgehen. Mit bewaffneter Macht zog man vor die einzelliegenden Höfe und Mühlen, häufig aber auch mitten in starkbevölkerte Dörfer, stürmte mit Rennbäumen die zu plündernden Wohnungen und vollführte den Raub mit Mißhandlungen, selbst Mordthaten an den Bewohnern. Für die gemachte Beute fand man natürlich bereitwillige Abnehmer an den Glaubensgenossen (am Schabbes machten sie freilich bei Leibe keine Ankäufe) in den rheinischen Städten. Ueberhaupt war die Existenz dieser Banden nur dadurch möglich, daß sie überall Unterstützung und Unterschlupf fanden bei den sogenannten Kochemer Beyes, die fast ausnahmslos identisch waren mit den Judenherbergen, deren es rheinauf, rheinab in jedem Orte gab. Auch bei den Behörden fanden sie manchen ungetreuen Beamten, der nicht ängstlich war, gegen klingende Münze ein Auge zuzudrücken, einen falschen Paß auszustellen und dergl. mehr. Erst das Eingreifen der erstarkten französischen Regierung machte in den Jahren 1803 und 1804 dem Unwesen einigermaßen ein Ende. Doch gelang es vielen jüdischen Räubern, namentlich dem Picard, sich der

Bestrafung zu entziehen. Der Schaden, den diese Landplage verursacht hat, beläuft sich auf viele Millionen. Der damalige öffentliche Ankläger für das Roer-Departement, Keil, berechnet in seinem jetzt sehr selten gewordenen Buche über diese Räuberbanden[18]) den Ertrag von 360 ihm zur Kenntnis gekommenen gewaltsamen Diebstählen derselben auf $3^1/_2$ Millionen Francs! Man sieht, auch dies Geschäft verstanden die Juden lukrativ zu betreiben. Daß auf die rheinischen „Mitbürger israelitischer Konfession" der jahrelange Verkehr mit diesen Räubern nicht gerade kulturfördernd wirkte, läßt sich denken, ebenso, daß derselbe nicht förderlich war für das Verhältnis zur christlichen Bevölkerung, die es durchaus nicht mit leichtem Herzen ansah, wie man diese Gesellschaft mehr und mehr mit dem Bürgerrechte beschenkte. Uebrigens werden wir weiter unten noch das Nachspiel zu diesem Räuberdrama zu erwähnen haben.

Andererseits blühte der Weizen der Juden in dem in der ersten Blüte stehenden Anleiheweſen und bei der kräftig ins Kraut schießenden Börsenspekulation. London, Amsterdam, Frankfurt waren die Orte, wo die Zeitereignisse sich wiederspiegelten im wilden Tanze der Papiere. Die Unsicherheit und der schnelle Wechsel aller staatlichen Verhältnisse boten eine wundervolle Gelegenheit für die frechsten und unerwartetsten Jobbereien. Damals legte der alte Amschel Rothschild den Grund zu Reichtum und Macht, weniger durch die treue Verwaltung fürstlicher Vermögen, wovon so manche rührende, aber unwahre Anekdote umgeht, als durch geschickte Papierspekulationen und einträglichen Handel mit Kontrebande.[19]) In vielen Gegenden Deutschlands gaben auch die Säkularisationen Anlaß zu horrenden Gewinnsten für die mit barem Gelde zum Ankaufe der Kirchengüter fast allein genügend versehenen Juden. So namentlich in Bayern. „Da haben die Hirsch, Seligmann (Eichthal), Beling, Kraft u. s. w. ihr Vermögen geholt[20]). Sie haben die kostbaren Kelche der Bischofskathedralen, Stifts- und Klosterkirchen eingeschmolzen. Sie brachten um Bagatellsummen die reich mit Gold gestickten Kirchengewänder an sich und verwerteten den Erlös zu den höchsten Preisen. Sie kauften Kirchen, Klöster und Kultusgebäude und schlugen aus dem Kupfer der Dächer höhere Summen heraus, als das ganze Kaufgeld betrug. . . . Es war eine Milliardenverschwendung in Bayern! Es war die Zerstörung von ersparten Werten, durch Jahrhunderte gesammelt und für schwere Zeiten als Sparpfennig angelegt; es war eine zwecklose und kopflose Vernichtung von litterarischen Werten, von Kunstwerken aller Art."

Boten so der Krieg und seine Folgen dem Juden Gelegenheit zu reichem materiellen Erwerb, so brachte er ihm auch, wenn der Sieg sich an die französischen Fahnen knüpfte, einen idealen Gewinn von höchster Bedeutung: Die bürgerliche Gleichstellung der Juden kam mit den Heeren Frankreichs, mochten sie nun im Namen der Republik oder im Namen Napoleons anrücken, in den abhängigen Gebieten so gut wie in den annektierten. So ist es kein Wunder, wenn die Juden in ganz Europa die Franzosen gern kommen sahen, und wo sie noch fern waren, im Geheimen die stillen aber erfolgreichen Förderer französischer Ziele waren. Wo es den Anschein hat, als sei das gerade Gegenteil der Fall, wie z. B. bei den Rothschilds liegen die Gründe auf der Hand, einmal verdirbt man sich doch nicht das gute Geschäft, und sodann vergißt das vorsichtige Israel niemals die nötige Rückversicherung abzuschließen, für den gar nicht einmal so unwahrscheinlichen Fall, daß die alten Machthaber schließlich wieder die Oberhand gewinnen sollten.

Nach Kräften haben die Juden aus den angegebenen Gründen damals auch am Sturze Preußens mitgewirkt. Die Sympathieen, die ihnen die Gebildeten entgegenbrachten, die laxe Gutmütigkeit, mit der die Behörden die Judengesetze hand-

haben, wurden übel gelohnt. Das Treiben der norddeutschen Juden ging bis zu Spionage und Hochverrat. So wurde um 1806 herum der preußische Geheimrat Benjamin Veitel Ephraim, ein Sohn des berüchtigten Münzjuden Friedrichs des Großen von der preußischen Regierung als Spion ertappt und in Haft genommen. Ein Fall von viel weittragenderer Bedeutung, der aber keine Sühne fand, war der Hochverrat des Rabbi und Hofagenten in Braunschweig, Israel Jacobsohn, welcher noch heute eine von den Juden hochgefeierte Größe ist. Seine Thätigkeit, die hochinteressante Streiflichter auf die napoleonische Politik wirft, schildert uns Garlieb Merkel[21]), zu jener Zeit schneidig nationaler Publizist in Berlin, folgendermaßen: „Eines der arglistigsten Mittel, das Bonaparte damals ergriff, war, daß er die Juden in Deutschland an sich zog, die durch ihren Reichtum, an den meisten Orten durch ihre Einmischung in die politischen Geschäfte und Verhältnisse ihm jedes Geheimnis verraten und die Maßregeln der einzelnen Regierungen lähmen konnten. Der Bischof Grégoire, ein redlicher, wohlwollender Mann und ein vorzüglicher Gelehrter, hatte ein Buch[22]) geschrieben zu Gunsten der Juden, das diese mit Enthusiasmus lasen. Ihn also schickte Napoleon im Sommer 1805 nach Norddeutschland ab, um Verbindungen anzuknüpfen. Als Vorwand wurde vorgeschützt, er solle die Schuleinrichtungen und Erziehungsanstalten Deutschlands kennen lernen. Thatsächlich gab er sich nur mit den jüdischen Gemeinden ab, um deren Leistungsfähigkeit und Einfluß kennen zu lernen. Am längsten — mehrere Wochen — hielt er sich in Braunschweig auf bei dem Rabbi und Hofagenten Israel Jacobsohn. Dieser hatte in letzterer Qualität, da alle Gelder des Herzogs, der Regierung und fast des ganzen Herzogtums durch seine Hände gingen, ungeheuren Reichtum erworben und wandte ihn mit viel Klugheit zum Besten seines Volkes an. Man behauptet, seine Verwendung, d. h. sein Geld, habe die Juden in mehreren deutschen Staaten von dem schmählichen Leibzoll befreit. Bei diesem Manne hielt sich Grégoire mehrere Wochen auf und kehrte dann nach Paris zurück. Die Früchte dieser Reise zeigten sich bald. Von dem Reichtum und dem Einflusse der Juden in Norddeutschland unterrichtet, berief Napoleon einen Sanhedrin, der ihre Verfassung und ihre Verhältnisse als Nation erwägen und Vorschläge zu deren Verbesserung machen sollte. Diese Maßregel wirkte in Deutschland sehr aufregend. Das war offenbar ihr Zweck, und um diesen zu befördern, ließ Jacobsohn Napoleon eine Bittschrift überreichen, des Inhalts: „Um die deutschen Juden glücklich zu machen, müsse ein souveräner jüdischer Rat mit einem Patriarchen an der Spitze in Frankreich niedergesetzt werden; müsse die ganze jüdische Gemeinde (communauté, hier so viel als Nation) in Distrikte eingeteilt werden, von denen jeder einen eigenen Synod besäße, der unter Aufsicht der französischen Regierung und des souveränen jüdischen Rates in allen gottesdienstlichen Angelegenheiten entscheide und die Rabbiner ernenne; müsse der souveräne Rat die Gewalt haben, jedem Juden die nötige Autorisation zu erteilen, um in allen Ländern die Bürgerpflichten zu erfüllen." Diese Bittschrift wurde in vielen tausend Exemplaren, deutsch und französisch, in Deutschland verteilt. Die Idee war nicht schlecht; schon der Gedanke, was dieser Plan, in Ausführung gebracht, für Folgen gehabt hätte, mußte in ganz Deutschland Aufregung hervorrufen: Ein jüdischer Staat in jedem christlichen Staate, und das Oberhaupt dieses Schmarotzerstaates der Beherrscher Frankreichs! Das hieß französische Universalmonarchie.

Napoleon indessen lagen solche Abenteuer gänzlich fern. Es genügte ihm, wenn Unruhe gestiftet wurde, im übrigen interessierten ihn die Juden nur insofern sie Bürger seines Reiches waren. In dessen Gebieten aber, namentlich im Elsaß, dem Rheinlande und den Niederlanden hatten sie bereits Probe abgelegt, daß sie

nicht wert waren mit den übrigen Einwohnern gleichgestellt zu sein. Sie plünderten die Landbevölkerung aus durch Wucher und Güterzertrümmerung, daß es zum Himmel schrie. Napoleon blieb nicht taub für den Notschrei einer Provinz, deren Bewohner ihm die besten Soldaten lieferte. Wie er sich 1806 im Staatsrate[22]) über die Juden im Elsaß aussprach, zeugt davon, daß er seine Leute kannte: „Ganze Dörfer sind durch die Juden ihren Eigentümern entrissen worden. Die französische Regierung kann nicht gleichgültig zusehen, wie eine feile, heruntergekommene, aller Niedertracht fähige Nation ausschließlich Besitz ergreift von den zwei schönsten Departements des Elsaß. Es wäre gefährlich, die Schlüssel Frankreichs, Straßburg und das Elsaß, in die Hände einer Nation von Spionen fallen zu lassen, die in keiner Weise dem Lande zugethan ist. Man muß die Juden als eine Nation, nicht als Sekte betrachten; es ist eine Nation in der Nation . . . Wir müssen durch gesetzliche Maßregeln der Selbsthülfe zuvorkommen, zu der man sich schließlich gegen die Juden gezwungen sähe. Sie riskieren es wirklich, von den Christen des Elsaß eines Tages massakriert zu werden, wie es ihnen schon oft, und fast allemal durch ihre eigene Schuld, begegnet ist. — Ich möchte ihnen, wenigstens für eine bestimmte Zeit, das Recht entziehen, Geld auf Hypotheken auszuleihen. Man könnte ihnen den Handel untersagen, gestützt darauf, daß sie ihn durch Wucher besudeln, daß sie ihn mißbrauchen, wie man einem Goldschmied sein Geschäft entzieht, wenn er falsches Gold herstellt. — Ich mache darauf aufmerksam, daß man sich nicht in dem Grade beklagt über die Protestanten, noch über die Katholiken, wie über die Juden. Das hat seinen Grund darin, daß das Unheil, das die Juden anrichten, nicht von Individuen kommt, sondern von der Gesamtheit dieses Volkes selbst. Es sind Raupen und Heuschrecken, die Frankreich verwüsten. — Ich will nicht, daß man theoretischen und egoistischen Prinzipien das Wohl der Provinzen opfert." — Napoleon also sah ein, daß etwas geschehen müsse und griff nach seiner Weise kräftig zu. Durch kaiserliches Dekret vom 30. Mai 1806 wurden alle Exekutionen gegen Landleute im ehemaligen Elsaß, in Lothringen und auf dem linken Rheinufer, welche aus Schuldforderungen von Juden herrührten, vorläufig auf ein Jahr suspendiert[2]), gleichzeitig aber eine Zusammenkunft der angesehensten Juden aus allen Teilen des Reiches zu Paris angeordnet. Napoleon kannte die Solidarität des gesamten Judentums und mußte daher erwarten, daß die harte Maßregel gegen die linksrheinischen Juden — allein die elsässischen behaupteten 70 Millionen von den Bauern fordern zu dürfen — in ganz Europa ein Zetergeschrei hervorrufen werde. Da er aber die Juden in den auswärtigen Staaten noch brauchte, wurde jene Zusammenkunft berufen, — ein Eitelkeitspflaster und ein Zankapfel zugleich, — die das jüdische Publikum für längere Zeit in Atem halten sollte. Dieser Judenkongreß trat dann im Juli 1806 zusammen. Schon die Art der Fragen, welche die französische Regierung den dazu versammelten jüdischen Notabeln vorlegte, deutet darauf hin, daß die ganze Geschichte nicht ernst zu nehmen war. Es berührt im höchsten Grade komisch, wenn diese Männer z. B. offiziell befragt wurden: „Sind in den Augen der Juden die Franzosen Brüder oder Freunde?" und „In welchen Verhältnissen stehen dann in beiden Fällen die Juden nach ihrem Gesetz gegen die Franzosen, welche nicht ihres Glaubens sind?" Wir brauchen nicht auszumalen, wie salbungsvoll die Herren Notabeln auf diese kindlichen Anzapfungen zu antworten wußten. Napoleon war denn auch mit diesen Antworten sehr zufrieden und beschloß die Juden Europas darauf festzulegen. Demgemäß ergingen Einladungen an alle europäischen Synagogen, Deputirte zu einem großen Sanhedrin nach Paris zu schicken, der den den napoleonischen Staatszwecken angepaßten Grundsätzen jenes Kongresses die nötige religiöse

Weihe und bindende Kraft für das ganze Judentum geben sollte. Dieser Sanhedrin trat am 4. Februar 1807 zusammen, erklärte sich für gesetzmäßig konstituiert und that, wie der Meister geheißen.[24]) Die Folgen, welche Napoleon dieser Komödie gab, beschränkten sich auf Verordnungen über die Kultusverfassung der französischen Juden und ein provisorisches Wuchergesetz[2]) gegen die rheinländischen und elsässischen Juden vom 17. März 1808. Nachdem die letzteren seit 15 Jahren gleiche Rechte mit den übrigen Einwohnern genossen, mußten sie also jetzt infolge eigener Verschuldung unter den Druck der Ausnahmestellung zurückkehren.

III.

Inzwischen hatte die Niederlage Preußens auch im Norden und Osten gewaltige Umwälzungen im Gefolge. Es ist bekannt, daß dieser Schicksalsschlag in Preußen selber, namentlich in Berlin, vorläufig nicht das Echo weckte, das man von einer sittlich intakten Bevölkerung hätte erwarten dürfen. Viel Niederträchtiges und Gemeines geschah, aber auch jetzt war es der Jude, der darin das Unsäglichste leistete. Nur ein Beispiel von vielen. Varnhagen erzählt[25]): „Am ärgsten trieb es ein feiler, dem französischen Interesse verkaufter Schreiber, Namens Lange, der ein neues Blatt, „Der Telegraph" genannt, herausgab, worin nicht nur alle Ereignisse feindlich und hämisch, zum Nachteile Preußens erzählt, sondern auch die gehässigsten persönlichen Schmähungen, selbst gegen die unglückliche, hochverehrte Königin ausgestoßen wurden, so daß das Volk darüber in Wut geriet, und der Zeitungsschreiber und sein Laden oftmals durch französische Wache geschützt werden mußte". Es ist charakteristisch, daß Varnhagen nicht erwähnt, daß L. ein Jude war, und auch seinen Vornamen Davidsohn verschweigt.

Die beiden neugegründeten Staaten der Napoleoniden zwischen Rhein und Elbe führten sofort die französische Gesetzgebung und damit auch die völlige Emanzipation der Juden ein. (In Berg eingeschränkt seit 1808 wie in Frankreich.[2])) Namentlich in dem abenteuerlichen Königreich Westfalen war diese Freilassung der Hebräer von übler Wirkung. Am Hofe des leichtfertigen König Jerome spielte das Judentum bald eine große Rolle. Jüdische Kommissionäre und Kuppler wußten sehr schnell alle Hof- und Staatslieferungen an sich zu reißen, wodurch das ausgeplünderte Volk auch noch die Einnahmequelle verlor, die der üppige Hof doch gewissen Bürgerkreisen hätte bieten können.[26]) Zahllose Juden brachten es in diesem Musterstaate zu Rang und Ehren. Davon zeugt noch ein Spottlied auf den wackeren Hieronymus, das nach seiner eiligen Flucht und noch viele Jahre später die Buben in Kassel auf der Straße sangen:

Juden schlug ich einst zu Rittern
Schmückte sie mit Stern und Band;
Doch bei solchen Ungewittern
Hält da wohl ein Mauschel Stand?

Ihr sollt ja zu Rosse sitzen
Und mit eurem Ritterschwert
Euren bangen König schützen,
Der so hoch die Juden ehrt.

Auch in den übrigen Rheinbundstaaten brachten die gewaltigen Umwälzungen der napoleonischen Zeit große Aenderung in der Lage der Juden hervor. Die völlige Emanzipation freilich nur hier und da, z. B. im Großherzogtum Frankfurt (seit 1811) und in Würzburg.

Bayern, Württemberg, Baden und Darmstadt hatten einen ungeheuren Ländergewinn davongetragen. Zu ihrem angestammten Besitz, der in Württemberg und Altbayern judenrein gewesen war, waren zahllose kleine Fürstentümer, geistliche und Ordensherrschaften, ritterschaftliche Gebiete, Reichsstädte und Dörfer gekommen, in denen zum größten Teil die Juden, durch die alten Territorialgrenzen eingeengt, ihre eigentlichen Brutnester gehabt hatten. Von diesen Freistätten aus verbreiteten sie sich plötzlich über das ganze Gebiet der Staaten, in denen sie früher beschränkt oder ausgeschlossen gewesen waren, da die gleichmacherischen Tendenzen eines Montgelas und ähnlicher führender Geister zum Niederreißen der alten Schranken und zur Zulassung der Juden als neue gleichberechtigte Unterthanen führten. Ein Zeitgenosse, Prof. Fries in Heidelberg, schildert diesen Ausbruch sehr anschaulich[27]): „Vor den französischen Unordnungen hatte man in vielen deutschen Ländern, wie in Württemberg dies verzehrende und fressende Gewürm ganz von sich abgehalten, in anderen Gegenden sie scharf beschränkt, nur in einigen kleinen Bezirken, wie im Anhaltischen, einigen ritterschaftlichen Orten u. a. hatte man ihnen übermäßige Freyheit gelassen. Von da aus haben sie nun, seitdem der französische Einfluß die heilsamen Bande sprengte, angefangen, unser ganzes bürgerliches Leben zu durchfressen. Und mit welchem Erfolg? Das ist allgemein bekannt, wie einzelne durch Wucher mit Staatspapieren, Münzpachtung und den Greueln der Lieferungen viele Millionen zusammengescharrt haben — doch das ist das minder Bedeutende. Aber seht einmal auf das Innere der Handelsverhältnisse selbst und auf den Wohlstand von Bürger und Bauer. Seit den 25 Jahren, daß der unglückliche Brand die Juden durch ganz Frankfurt verbreitete, und besonders durch die letzte französisch-jüdische Regierung von Frankfurt haben die Juden schon über die Hälfte des ganzen Frankfurter Handelskapitals in ihre Hände zu bringen gewußt. Laßt sie nur noch 40 Jahre so weiter wirtschaften, und die Söhne der christlichen ersten Häuser mögen sich als Packknechte bei den jüdischen verdingen. In Frankfurt ging jene Regierung so weit, christliche Schulen von jüdischen Studienräten visitieren zu lassen! — Sind nicht schon jetzt in so manchem kleineren Orte, wo sich die Juden anhäuften, die Christen fast nur Knechte der Juden? Seht einmal zu, wie im Badischen auf dem platten Lande in jedem Dorfe, in dem man sie zugelassen hat, der Vermögenszustand der Bauern in Unordnung gekommen ist; wie oft in wenigen Jahren durch einen einzigen Juden, der sich in einem Dorfe ansiedelte, die Einwohnerschaft korrumpiert wurde." So Fries, und er konnte jedenfalls aus Erfahrung sprechen, denn er lebte in Heidelberg, der wichtigsten Stadt des Teiles der Rheinpfalz, der an Baden gefallen war und seit dem Herrschaftswechsel bis auf die heutige Zeit ein Eldorado der Juden geblieben ist. Heidelberg selbst, das unter dem Churfürsten Maximilian Joseph (später der erste König von Bayern; seine Person muß übrigens eine besondere Anziehungskraft für die Juden gehabt haben[20]) laut Regierungsbefehl noch 1799 nur 2 Judenfamilien zulassen durfte, beherbergte deren seit der kurzen Herrschaft Badens im Jahre 1811 bereits 213.

Am verderblichsten wirkte die Emanzipation der Juden in dem Großherzogtum Warschau, dessen Souverän von Napoleons Gnaden König Friedrich August von Sachsen war. Hier hatte sie am allerwenigsten Berechtigung, wenn man den Kulturstand der jüdischen — und der polnischen Bevölkerung ins Auge faßt. Auch in Warschau war sie eingeführt im Zusammenhange mit der ganzen französischen Gesetzgebung. Schon im Jahre 1808, ein Jahr nach ihrer Einführung, sah man sich aber genötigt, Abänderungen eintreten zu lassen. Zunächst wurden auf die polnischen Juden dieselben Wuchergesetze angewandt wie in Frankreich, und ferner be-

freite man sie gegen eine Abgabe von 700 000 polnischen Gulden (ca. 117 000 Thaler) vom Dienst im stehenden Heere, aus dem einfachen Grunde, weil man die Juden nicht zum Militärdienst zu zwingen vermochte. Trotz strengster Maßregeln waren die jüdischen Militärpflichtigen überhaupt nicht zur Gestellung zu bringen. Die sich infolge der Emanzipation entwickelnde Mißwirtschaft in Warschau übte auch einen empfindlichen Einfluß auf Preußen aus, dessen Nachbar im Westen, das Königreich Westfalen, übrigens zu ähnlichen Klagen Anlaß gab. Namentlich das Räuberwesen, das am Rhein durch drakonische Maßregeln endlich ausgerottet war, lebte in diesen beiden Grenzstaaten Preußens jetzt lustig wieder auf. In seinem Buche: „Die jüdischen Gauner in Deutschland“[28]) erzählt uns der Kriminalaktuar Thiele davon erbauliche Sachen: „Im Westfalen König Jeromes, des Lustigen, konnte sich jeder Fremde an jedem beliebigen Orte niederlassen und das Bürgerrecht erwerben, wenn er nur irgend ein Sittenzeugnis vorlegen und eine Summe zur Begründung eines Gewerbes aufweisen konnte. Welchen Namen er sich beilegte, welchen Erdenwinkel er als Vaterland nannte, war den Behörden so gleichgiltig, daß sie sich nie veranlaßt sahen, die Angaben durch amtliche Nachforschungen auf ihre Wahrheit zu prüfen. Je ärger aber der Gauner, je gefährlicher der Dieb, desto bessere Zeugnisse für Ehrlichkeit hält er bereit. Auch an Geldsummen fehlt es ihm nicht, wenn er sie nur vorzuzeigen, nicht ihren ehrlichen Erwerb nachzuweisen braucht. Diese ohnehin schon leichte Ansiedelung der Gauner wurde an leider nicht wenigen Orten noch unterstützt durch die Unwissenheit der Maires in Verwaltungs-Pflichten; ja noch schlimmere Eigenschaften dieser Beamten bewirkten, daß ihre Orte mit allerhand schlechtem, heimatlosen Gesindel überflutet wurden. Namentlich im Osten dieses Bummelkönigreichs, in manchem Städtchen des Elbufers zeigt die Einwohnerschaft noch heute (1841!) nur zu deutliche Merkmale der Verwahrlosung seiner ehemaligen königl. westfälischen Obrigkeit. Selbst die höheren Regierungsbehörden öffneten durch zu leichte Prüfung des sittlichen Wertes der Einnistung von Verbrechern Thür und Thor. Noch schlimmer stand es in dem nach der Unglücksschlacht von Jena geschaffenen Staate Warschau. Dreizehn Jahre lang hatte die preußische Regierung mit thatkräftiger Ausdauer sich bemüht, dem verkommenen Lande gute Einrichtung und geordnete Verwaltung zu geben; jetzt bildeten die in blinder Nachäffung französischer Formen errichteten Friedensgerichte und Korrektionstribunale willkürliche, an kein Gesetz gebundene Behörden, die mit ihrer Bestechlichkeit das Herzogtum zum Herde des Gaunerwesens machten. Zumal die Maires der kleinen polnischen Städte standen nur zu oft in Einvernehmen mit dem Gesindel. So war es denn natürlich, daß die jüdischen Gauner, aus ihren bisherigen Tummelplätzen vertrieben, sich hier zusammenfanden, umsomehr als ja die meisten in Polen ihre Geburtsstätte hatten. Als 1814 die Gebiete an der Elbe, wie an der Netze und Warthe wieder preußisch wurden, da hatte unsere Regierung auch diese jüdischen Gaunerlegionen zu übernehmen; denn sie hatten sich geeilt während der französischen Willkürherrschaft überall in Städten und Dörfern festen Wohnsitz zu gewinnen. Aehnlich haben sie es anderwärts gemacht; so daß die meisten jüdischen Gauner in der Zeit der französischen Fremdherrschaft zu festem Wohnsitz und zu Heimatsberechtigung gelangt sind.“

IV.

Die drückende Fremdherrschaft fachte überall in Norddeutschland den Patriotismus zur lodernden Flamme. Mit dem erstarkenden Nationalgefühl wuchs aber auch die Abneigung gegen das Judentum. Treitschke[30]) glaubt sogar einen aus mittelalterlicher Schwarmgeisterei entspringenden, finsteren Judenhaß nachweisen zu können.

Daran änderte auch nichts der Umstand, daß feinfühlige Juden, die eine gute politische Witterung hatten, wie z. B. die Rahel Lewin, begannen sich auf die Seite der Patrioten zu schlagen. Selbst die litterarischen Kreise, die sonst den Verkehr in den Salons der geistreichelnden Jüdinnen nicht verschmäht hatten, verhielten sich jetzt ablehnend gegen die Juden, wie z. B. die Tischgesellschaft, in der Kleist, Brentano, Achim von Arnim und andere zusammenkamen. Die Zeitschriften dieser Kreise zeigten eine ganz besondere Vorliebe für Judenanekdoten.[26]) Leute wie Jahn traten bereits mit lautschallenden Protesten gegen die „Morgenländerei" auf. Alles das hinderte jedoch die Juden nicht, die schwärmerische Verehrung für das deutsche Mittelalter, womöglich für das katholisch-mystische mitzumachen. Naturgemäß verfielen sie dabei in echt orientalische Uebertreibungen. So brachten es romantisch angekränkelte Judenseelen fertig, bei der ersten Wiederkehr des Todestages der lutherischen Königin Louise ein katholisches Hochamt abhalten zu lassen![25]) Diese Sorte von Heiligen ist meisterhaft gezeichnet in einer später, um 1815, verfaßten Posse „Unser Verkehr", die unter dem Pseudonym Sessa[31]) geht.

Trotz der schlechten Erfahrungen, die man in Frankreich und auch in deutschen Staaten mit der Judenemanzipation gemacht hatte, glaubte man in Preußen die Neuorganisation des Staates durch die Freilassung der Juden krönen zu müssen. Hardenberg war eben ein besonderer Judenfreund, wozu ihn nicht nur liberalisierende Anschauungen, sondern vor allen Dingen auch seine Leichtlebigkeit und Verschwendungssucht gebracht haben mögen. Bis auf geringfügige Kleinigkeiten verlieh das Edikt vom 11. März 1812 allen Juden der preußischen Monarchie gleiche Staatsbürgerrechte, wie den übrigen Einwohnern[2]). Doch wurde die Verleihung des Staatsbürgerrechtes an die Bedingung geknüpft, — und das ist bezeichnend für den damaligen Kulturstand der Juden — daß die Betreffenden Familiennamen annehmen und rechtlich führen sollten, sowie sich im bürgerlichen und rechtlichen Leben der deutschen Schriftsprache und deutscher oder lateinischer Buchstaben bedienen. Gegen beides sträubten sich die orthodoxen Juden nach Kräften.[9]) Das preußische Volk indessen sah die Neuerung nicht gern. Die Bürger von Berlin erhoben Widerspruch, ließen sich aber bald zur Ruhe bringen. Der brandenburgische Adel dagegen legte lebhaft Protest ein.[9]) Die Stände des Lebusschen, Storkow- und Beeskowschen Kreises sagten z. B. in einer Eingabe an den König:

„Der uns mitgeteilte Entwurf zu einem Edikte über die bürgerlichen Verhältnisse unter einander redet von den großen ländlichen Besitzungen, die man sonst wohl Rittergüter nennt. Den Juden hingegen (um nur ein Beispiel anzuführen) giebt man auch ihren Namen nicht mehr — aber aus dem entgegengesetzten Grunde, nämlich weil man ihn zu schlecht für sie hält. — In der Verordnung, wo ihnen Grundeigentum zu acquirieren erlaubt wird, heißen sie: die Bekenner der mosaischen Religion. Diese Juden, wenn sie ihrem Glauben treu sind, die notwendigsten Feinde eines jeden bestehenden Staates, wenn sie ihrem Glauben nicht treu sind — Heuchler — haben die Masse des Geldes in ihren Händen, sobald aber das Grundeigentum so in seinem Werte gesunken sein wird, daß es für sie mit Vorteil zu acquirieren ist, wird es sogleich in ihre Hände übergehen, sie werden, als Grundbesitzer die Hauptrepräsentanten des Staates, und so unser altes, ehrliches brandenburgisches Preußen ein neumodischer Judenstaat werden. Der mit seinem Grundbesitz stets handelnde Eigentümer ist losgerissen vom Staate, und will dahin, wo mehr Geld zu erwerben ist. Dadurch wird alles Spekulation, und mit dem Verfall des Ackerbaus tritt allgemeine Nahrungslosigkeit ein, die Gleichmachung aller Stände macht die unteren, ungebildeten trotzig, sie sehen nur sich und den Wert ihrer Person, niemand über sich . . . 2c.

Selbstverständlich, sollte man meinen, waren mit der bürgerlichen Gleichstellung der Juden etwaige Privilegien, die sie ihrerseits genossen hatten, z. B. die Erlaubnis ungewöhnlich hohe Zinsen zu nehmen und dergl. mehr, aufgehoben; daß indeß die Juden selber anderer Meinung waren, beweist der Umstand, daß die Regierung im folgenden Jahre einen Spezialbefehl erlassen mußte, wonach die in einigen Landesteilen „bestandene Wucherfreiheit" der Juden ausdrücklich aufgehoben wurde.

V.

Der Zug Napoleons gegen Rußland begann mit einer moralischen Niederlage, die ihm durch die polnischen Juden bereitet wurde. Er hatte sie durch sein Machtgebot mit dem Bürgerrecht im Großherzogtum Warschau beschenkt; sie aber verziehen ihm nicht, daß die französische Gesetzgebung ihnen nicht nur bürgerliche Freiheit brachte, sondern auch eine gewisse Zivilisation aufdrängte, und die haßten sie doch wie ein reines Hemd. Jetzt unternahm es dieser Napoleon, ein Heer von 600 000 Mann durch ihr Land zu führen, ohne ihnen die Lieferung und Transporte anzuvertrauen! Um keinen Preis! Und richtig, mit Hilfe ihres Kahals und ihrer undurchdringlichen Verfilzung zwangen sie dem Eroberer den Tribut ab. Verpflegung und Transporte für das Riesenheer mußten in ihre Hände gelegt werden.[32] Napoleon hat diese Nachgiebigkeit später bitter bereut.[33] Daß die Juden auch in diesem Feldzuge den Spionagedienst versahen, braucht kaum erwähnt zu werden.[32] Es ist bekannt, daß der gewaltige Zug nach Rußland vor allem an der mangelhaften Verproviantierung zu Grunde ging. Als dann die Trümmer der großen Armee sich durch Polen zurückwälzten, waren es wieder die Juden, die dem sterbenden Löwen den Fußtritt versetzten. Heimtückisch fielen sie die von den Russen bedrängten versprengten Haufen im Rücken an, in Wilna[32] metzelten sie die Verwundeten in den Lazareten nieder, lockten die Flüchtigen in ihre Häuser, um sie auszuplündern, und warfen sie dann beim Anrücken der Russen nackt auf die eisigen Straßen, um sie den Geschossen der Feinde oder dem Tode des Erfrierens preiszugeben. Mancher deutsche Conscribierte mag damals nach überstandenem Schrecken der Steppe in Wilna statt der erhofften Rettung durch der Juden Schuld einen entsetzlichen Tod gefunden haben.

Die Niederlage Napoleons in Rußland leitete die Auflehnung der Deutschen gegen die Fremdherrschaft ein. In Preußen wurde gerüstet. Jetzt sollten die neuen Gesetze über die allgemeine Wehrpflicht die Feuerprobe bestehen. Die Juden waren es, die mit ungeheurem Eifer zuerst zu den Sammelplätzen eilten — um die Lieferungen zu erhalten. Und sie erhielten sie auch, denn wer hätte außer ihnen noch Mittel gehabt? Die Wehrgesetze jedoch standen für die jüdische Nation nur auf dem Papier. Wir können nicht bestreiten, daß auch in manchen nichtjüdischen Kreisen, namentlich unter der ländlichen Bevölkerung des Ostens eine große Abneigung gegen die Wehrpflicht herrschte, vor allem gegen den Dienst in der Landwehr. Diese Abneigung erklärt sich aber dadurch, daß die ungebildete Bevölkerung mit der unerhörten neuen Institution noch nicht vertraut sein konnte und sich naturgemäß gegen diese äußerst lästige Neuerung sträubte. Was aber die Juden leisteten, um dem schießenden Gewehr und dem hauenden Säbel möglichst fern zu bleiben, ist außerordentlich. Die Neue Preußische Zeitung veröffentlichte 1891 das amtliche Material darüber. In einigen Kreisen Westpreußens war die ganze waffenfähige Mannschaft der jüdischen Gemeinden in das in den Händen der Russen befindliche Herzogtum Warschau ausgewandert, und die Aeltesten erklärten sich außer Stande, die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Dafür mußten sie 11 160 Thaler in die

Kreiskasse zahlen. Die Juden der Stadt Dirschau zahlten für ihre Befreiung von der Losung 1000 Thaler und lieferten die Ausrüstung für sechs Landwehrleute. In Neustadt zahlten vier bereits zur Landwehr designierte Juden 600 Thaler und lieferten sechs volle Monturen. Ebensolche Bedingungen erfüllten die Juden von Putzig, um zu Hause bleiben zu dürfen. Die Judenschaft im Kreise Deutschkrone, von der unmittelbaren Behörde abschlägig beschieden auf das Gesuch, ihre 129 Gestellungspflichtigen loskaufen zu dürfen, ging bis zur höchsten Instanz. Der Vorsteher dieser Gemeinde, ein Kaufmann Friedberg aus Märkisch-Friedland, bat das Militärgouvernement um gänzliche Befreiung der Glaubensgenossen von allem Militärdienst während dieses Krieges und erbot sich, dafür 10 000 Thaler in die Staatskasse und 3000 in die Kreiskasse zu zahlen. Ferner verpflichtete er sich, 100 Gewehre und 50 Säbel für die Landwehr zu liefern, drei Husaren und vier Landwehrreiter vollständig auszurüsten. Den Antrag begründete er mit den denkwürdigen Worten: „Ich würde mich diesem Gesuche gar nicht unterzogen haben, wenn ich nicht völlig überzeugt wäre, daß bei den jetzigen Zeiten feige Memmen gar nichts, dagegen 10 000 Thaler baar Geld sehr viel helfen können". Herr Friedberg kannte seine Pappenheimer! Der König Friedrich Wilhelm III. aber auch. Er erklärte sich durch Kabinetsordre mit einem solchen Arrangement ganz einverstanden, indem er derartige Leistungen von seiten der Juden dem persönlichen Dienste derselben vorzöge. Hierdurch wurde zugleich das entsprechende Verfahren der anderen Kreisausschüsse legalisiert, und das Militärgouvernement regelte die Verhältnisse auch in den übrigen Kreisen Preußens auf gleiche Weise. Infolgedessen kauften sich unter andern auch die Juden von Zempelburg, Flatow, Krojanke und Kammin für 16 530 Thaler los. So wurde ein großer Teil der Kosten für die Einrichtung der westpreußischen Landwehr aus den jüdischen Loskaufungsgeldern bestritten.[34]) Im ganzen haben nur ca. 340 Juden den Krieg von 1813—1814 mitgemacht, zum Teil Freiwillige aus solchen Familien, deren gesellschaftliche Stellung in Berlin einen gewissen Zwang dazu aufzuerlegen schien. Als 1815 das preußische Heer seinen höchsten Stand erreichte, standen nach den höchsten Berechnungen etwa 700 Juden unter den Fahnen[35]), wie Treitschke betont, eine ganz unverhältnißmäßig geringe Zahl.

VI.

Mehr und mehr hatten sich im Laufe der Zeit die Zündstoffe zu einem Ausbruche der Volksleidenschaft gegen das Judentum gehäuft. Ueberall zeigten sich die üblen Folgen der Emanzipation. Von Jahr zu Jahr fast gingen von der höchsten Stelle Preußens Einschränkungen der durch das Edikt von 1812 gewährten Freiheit aus. (In den 10 Jahren von 1812—1822 nicht weniger wie 14 mal!) In Bayern sah man sich genötigt eine neue straffere Juden-Ordnung zu erlassen, die namentlich die Einwanderung der Juden verbot.[36]) Die öffentliche Meinung schwieg indessen vorläufig. Solange der grimme Kampf um die Freiheit tobte, hatte das deutsche Volk keine Zeit, sich um die Judenfrage zu kümmern. Sobald aber 1815 der Friede die Bevölkerung wieder zur Besinnung kommen ließ, da brach der allgemeine Unwillen gegen das Judentum los wie ein Ungewitter. Der gewaltige Krieg hatte die Herzen gestählt und geweitet, die Gewissen aufgerührt, so daß sich der Deutsche einmal wieder ganz als Deutscher fühlte und sich dessen bewußt war. Mit feinerem Empfinden spürte er deshalb das Fremdartige und mit dem deutschen Wesen so ganz und gar nicht Zusammenpassende der semitischen Rasse heraus. Die öffentliche Meinung wurde lebhaft erregt durch einen andauernden Broschürenkampf für und gegen die Juden, woran namentlich die Jugend leidenschaftlich Anteil nahm.

Auch auf politischem Gebiete kam der Kampf zum Ausbruch. Zuerst und am lebhaftesten erhob sich Widerspruch gegen die aufgedrungene Mitbürgerschaft der Juden dort, wo das Bürgertum einen bestimmten Einfluß im Staatswesen hatte, in den freien Städten. Die drei Hansastädte Hamburg, Bremen und Lübeck waren bekanntlich nach langer Bedrückung 1811 dem französischen Kaiserreiche einverleibt worden. Hamburg, das übrigens bereits seit dem 17. Jahrhundert den Juden bedeutende Zugeständnisse gemacht hatte, und Bremen stellten in Bezug auf die Juden den alten Zustand wieder her. Bremen ist denn auch bis zur Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes judenfrei geblieben. In Lübeck gab es vor 1811 ein sogenanntes Siedlungsgesetz, wonach niemand ohne Patent, das der Senat verlieh, sich in der Stadt dauernd aufhalten durfte. Dieses Gesetz führte man wieder ein. Die Juden aber leisteten gegen die Anwendung desselben einerseits den zähesten passiven Widerstand, andererseits setzten sie draußen alle Hebel in Bewegung, um sich als Gleichberechtigte in der Stadt zu behaupten, während der Senat sie wie früher in Moisling zu internieren gedachte, um ihre notorische Schmuggler- und Hehlerthätigkeit besser überwachen zu können. Schon damals standen offiziöse, und in Oesterreich offizielle Zeitungen zur Verfügung der Juden. Der „Courier", ein englisches Blatt, war frech genug, vorzuschlagen, Lübeck müsse wegen seiner Haltung gegen die Juden des Titels und der Privilegien einer freien Stadt beraubt werden. Das „Politische Journal" und der „Oesterreichische Beobachter" schlossen sich dieser Ansicht an. Alle drei Blätter standen unter dem Einfluß der Rothschildgruppe, die nach der Schlacht bei Waterloo durch eine fürchterliche Börsenschlacht in London auf dem englischen Markte, wie schon vorher in Wien und Frankfurt, Vormacht geworden war. Ihr Einfluß auf Metternich, namentlich durch den offenkundig bestechlichen Friedrich von Gentz, bewirkte es, daß die Lübecker Juden ihren Willen durchsetzten[37]). Wie die von Lübeck hatten auch die Juden von Frankfurt auf dem Wiener Kongreß ihre offiziellen Vertreter, Franz Johs und Jacob Baruch, Ludwig Börnes Vater. Auch sie fanden die freundliche Unterstützung der ewig geldbedürftigen Staatsmänner Oesterreichs und des Preußen Hardenberg. Die Frankfurter Juden verteidigten ihren Anspruch auf volles Bürgerrecht damit, daß sie 1811 durch eine einmalige Zahlung von 440000 Gulden den alten Judenschoß abgelöst hatten. Ihre Klage wurde indeß vom Spruchkollegium der Berliner Fakultät abgelehnt auf Grund des Paragraph 16 der Bundesakte, von dem sogleich die Rede sein wird. Die Sympathieen des Volkes waren mit den Frankfurtern, und diese leisteten einen zähen Widerstand gegen die Anmaßung des Judentums, so daß erst nach und nach auf Drängen der Großmächte die Bürgerrechte der Juden in Frankfurt wiederhergestellt wurden[47]).

Der Lärm der Judenschaft beim Wiener Kongreß hatte veranlaßt, daß man dort in Beratungen eingetreten war über die zukünftige Stellung der Juden in den einzelnen Bundesstaaten. Preußen trug darauf an, den Israeliten im ganzen Bunde die Bürgerrechte zu verleihen. Die Kleinstaaten wehrten sich indeß entschieden, und das Resultat der Verhandlungen war der Paragraph 16 der Bundesakte: „Die Bundesversammlung wird in Beratung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei und insonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne. Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens die bis dahin denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten."[2])

Die Folge dieses Paragraphen war die, daß die Bundesstaaten, namentlich die Mittelstaaten, deren Herrscher sich nicht gern dreinreden ließen, in der Judenfrage entweder alles beim alten ließen oder thaten was sie wollten. Kurhessen z. B. führte eine strenge Judenordnung ein[38]). Mecklenburg hob die gleichzeitig und fast mit denselben Ausdrücken wie in Preußen eingeführte Emanzipation gänzlich wieder auf[2]). Und Preußen selber? Es hütete sich wohl die Emanzipation auch in den wieder- und neugewonnenen Provinzen einzuführen. Das Edikt von 1812 hatte nur in den alten Provinzen Giltigkeit, in allen anderen Landesteilen suchte man, wenn es irgend anging, die vornapoleonische Gesetzgebung wieder hervor oder that sonst, was ohne schreiende Rechtsverletzung sich durch Verfügung von oben erreichen ließ, zur Einschränkung des Judentums.

Wir müssen noch etwas näher eingehen auf die immer schärfer sich zuspitzende öffentliche Erörterung der Judenfrage. Wir haben schon erwähnt, daß einige offiziöse Blätter für die Juden Partei ergriffen. Ihnen schlossen sich wie in früherer Zeit ideologische Deutsche an, die ihr Gerechtigkeitsfanatismus auf die falsche Seite führte. Der größte Teil der Presse aber vertrat die deutschen Interessen. Uebrigens schufen sich die Juden auch eigene Organe, z. B. Zeitschwingen und Wage Börnes. Die Regierungen, die vielleicht nicht ungern sahen, wenn die Aufmerksamkeit des Publikums auf die sonstigen öffentlichen Vorgänge dadurch abgelenkt wurde, ließen der Besprechung der Judenfrage den weitesten Spielraum. Unter dem Banne der verrufenen Censur durfte man sich freier und kräftiger über die Juden äußern, als es heutzutage die Praxis unserer Gerichte erlaubt. Neben der Presse war es in jener Zeit weit mehr als heute das Theater, welches die öffentliche Meinung beschäftigte und — lenkte. Es ist daher kein Wunder, daß damals auch der Antisemitismus auf der Bühne das Wort erhielt — Oh, schöne Zeit, wie bist du weit! — Ueberall nahm das Publikum antisemitische Bühnenstücke mit Jubel auf. So schreibt Achim von Arnim an Clemens Brentano aus Berlin[26]): „Hier ist jetzt schier alle Abend im Theater lärmendes Begehren nach einem Judenstück „Unser Verkehr" (von Seffa), das, einstudiert und angekündigt, durch die Juden — Jacobsohn an der Spitze — von Hardenberg abgebettelt worden. Brühl (Graf Brühl, der königl. Intendant) ist auf Seite des Publikums. Man ist begierig wer siegt." Nun, das Publikum siegte und das Stück wurde zur größten Wut der Juden — in den Schriften Börnes[39]) und den Briefen der Rahel[40]) findet man dafür vollgültige Zeugnisse — nicht nur in Berlin aufgeführt, sondern auch durch den Schauspieler Wurm, dessen Name Börne dankenswerterweise überliefert hat, nach anderen Orten Deutschlands, z. B. Frankfurt verpflanzt und fand überall den größten Beifall. Uebrigens erwähnt Börne[39]) auch längst der Vergessenheit anheimgefallene Bühnenstücke judenfreundlicher Tendenz, deren Erscheinen ja bei den Nachkommen Lessings nicht verwunderlich ist.

Sehr energisch wurde der Kampf gegen das Judentum von den akademischen Lehrern geführt. Bewährte deutsche Männer wie Jahn, Ernst Moritz Arndt[41]), Rühs in Berlin, der bereits erwähnte Fries[27]) in Heidelberg, die Staatsrechtslehrer Leonhard von Dresch, Klüber[42]) und andere mehr erhoben ihre Stimme gegen die jüdische Gefahr. Rustert man die Schriften der Deutschen, so kann man mit Genugthuung wahrnehmen, ie schneidig, aber sachlich und maßvoll die Verfasser im allgemeinen vorgehen. Manchmal freilich, wenn dessen Erwähnung geschieht, was die deutschen Heere unter er Schlechtigkeit der jüdischen Lieferanten und Hospitalpächter haben leiden müssen, der wie die Bauern ausgesogen werden, geht der Ingrimm mit den Worten durch. Aber darf man z. B. dem berühmten Oberpräsidenten von Westfalen, von Vincke,

einen Vorwurf daraus machen, wenn er nach eigener Anschauung die Wucherjuden im Paderborner Gebiete entrüstet „die Pest des Landes" nennt?[43]) Mit wie ganz anderen Waffen dagegen führen die Juden den Kampf! Es sind dieselben, deren sich das Judentum noch heute bedient; statt sachlicher Erörterungen ein Schwulst von Phrasen, persönliche Verdächtigungen, freche Lügen und Verdrehungen. Börne war es, der damals das freche Wort erfand, die Judengegner gehörten samt und sonders ins Zuchthaus oder in die Irrenanstalt, welcher Meinung unsere Judenpresse ja noch heute von Zeit zu Zeit Ausdruck giebt. Ganz unerhört ist die freche Ruhmredigkeit mancher maccabäischer Broschürenschreiber. Ein Frechling, Saul Ascher in Berlin schrieb in einem Pamphlete: „Die Germanomanie",[44]) das 1817 beim Wartburgfeste von den entrüsteten Burschenschaftern verbrannt wurde: „Man vergißt, daß Deutschlands Heere in dem Kampfe gegen Frankreich unterlagen, ehe noch die Juden daran teilnahmen, und erinnert sich nicht, wie folgenreich sie in den Jahren 1813 und 14 kämpften, als die Juden aus Rußland, Polen, Oesterreich und Preußen mit ihnen in Reih' und Glied standen." Noch frecher lügt ein Sigmund Zimmern,[45]) indem er behauptet: „In den Jahren 1812 und 1813 haben 3000 Juden mitgekämpft und 55 jüdische Offiziere aus der Landwehr sind bei Waterloo gefallen." Es steht aktenmäßig fest, daß bei Belle-Alliance überhaupt nur 24 preußische Offiziere gefallen sind, darunter 23 von altem Adel, und der vierundzwanzigste ist auch kein Jude. Freilich jüdische Spione[46]) und Leichenräuber mögen in diesen Feldzügen zahlreich geblieben sein, aber wohl zumeist am Strick zwischen Himmel und Erde. Als interessanten Beleg, daß auch die „gebildeten" Juden sich gern dem Waffendienste zu entziehen pflegten, sei bei dieser Gelegenheit noch erwähnt, daß Heinrich Heine sich der Aushebung entzog, indem er von seinen Eltern seinen Geburtsschein fälschen ließ; sie machten aus 1797 1799 und das Söhnlein dadurch um 2 Jahre jünger. Wenn einmal ein Jude ehrlich in den Kampf eingriff, und gleichzeitig seine Stammesgenossen mahnte, ihre Talmudgesinnung und Ghettositten abzulegen, erfuhr er von seiten der gesamten Judenschaft die schärfste Mißbilligung und zog sich ihren wütenden Haß zu. Börne, der von seinem Vater beauftragt war, im Interesse der Juden zu schreiben, verfaßte unter vielen andern und meistens sehr frechen auch eine Schrift, in der er den Juden empfahl, sich gründlich zu bessern, im übrigen aber sie gegen die Angriffe deutscherseits in Schutz nahm. Dies Buch ließ der Vater sofort nach Erscheinen vernichten, sein Sohn sollte sich nicht bei den Glaubensgenossen unmöglich machen.[47])

Während es in Norddeutschland trotz aller Aufregung bei dem schriftlichen Kampfe gegen die Juden blieb, (abgesehen von den bereits oben erwähnten behördlichen Maßregeln), nahmen die Verhältnisse südlich vom Main einen bedrohlichen Charakter an. Dem durch Kriegslasten — auch hier waren die Juden im Gegensatz zu dem hartbedrückten Landvolke von der Konscription befreit gewesen — erschöpften Bauernstande in Baden, Franken und den Rheingegenden wurde zu allem Unglück in den Jahren 1816 und 1817 von der Vorsehung auch noch eine Teuerung auferlegt. Die Juden — obgleich sich die Zeichen der stillen Wut und des lauten Zornes gegen sie täglich mehrten, konnten es sich, auf den Schutz der Regierungen bauend, nicht versagen, die schreckliche Notlage der Bauern auf ihre Art auszubeuten, bis es eben zur Katastrophe kam.

Bezeichnenderweise war es der badische Staat, der nach eigenem Zeugnis jüdischer Zeitgenossen den Israeliten die größte Freiheit gewährte, wo der Sturm zuerst losbrach. Das Landvolk erhob sich gegen seine Peiniger, demolierte jüdische Wohnhäuser, Synagogen und Friedhöfe, und suchte die Schuldscheine, unter denen

es erdrückt wurde, zu vernichten. Die Kleinbürger mancher Städte folgten dem Beispiele der Bauern. In einem elsässischen Dorfe umstellten die Bauern nachts die Judenhäuser, holten die Inwohner aus den Betten, warfen alles was nicht niet- und nagelfest war auf die Straße und rissen dann die Häuser vollkommen nieder, so daß kein Stein auf dem andern blieb. Den Juden selbst thaten sie nichts zu Leide, nicht einmal ein hartes Wort gönnten sie ihnen. Das ist nur ein Beispiel für viele. Die gebildeten Stände und die Studentenschaft, so sehr es unter der letzteren gährte, verhielten sich ruhig, ja in Heidelberg schützte sie unter Führung des Rechtslehrers Thibeaut die Juden mit eigener Lebensgefahr gegen die Angriffe eines verwilderten Volkshaufens. Das ist besonders bemerkenswert, weil man später vielfach bemüht gewesen ist, den ganzen Aufstand als Pöbel- und Studentenkrawall hinzustellen. Dem war nicht so, die Bewegung ging durch ganz Deutschland und ergriff alle Stände, die Ausschreitungen aber waren rein örtlicher Natur.

Das war die teutonische Judenhetze vom Jahre 1819. Sie hat dem Judentum damals schwere Sorgen gemacht, davon zeugt drastisch ein Brief der Rahel Lewin[40]), welche befürchtete, daß die Volksaufstände auch nach Norddeutschland, insbesondere Berlin übergreifen könnten. Da aber der Verlust der Juden im allgemeinen nicht groß war und die staatliche Gewalt sich beeilte, den Aufruhr, nötigenfalls mit Waffengewalt, niederzuschlagen, blieb alles beim alten, und die Juden selbst blieben erst recht die Alten. Das niedere Volk beruhigte sich, sobald die ärgste Not vorüber war — in späteren Teuerungsjahren, 1847, 1866, flammte es hier und da noch einmal auf, namentlich in Franken, — und die Gebildeten, wenngleich einzelne nie aufgehört haben, den Einfluß des Judentums zu bekämpfen, wurden bald von einem anderen Streite in Anspruch genommen, dem Kampfe um die Freiheit im Innern. Merkwürdigerweise waren die heftigsten Judengegner, wie Jahn und Arndt, auch die ersten Opfer der Reaktion. In dem Kampfe gegen die Reaktion aber waren bald die Juden, eben erst von oben gegen das Volk geschützt, die lautesten und eifrigsten Schreier, und nicht lange dauerte es, so waren sie die Herren der Situation. Indem sie vorgaben für die allgemeine Freiheit zu kämpfen, verfolgten sie lediglich die Interessen ihres Volkes, unter dem Beifall der bethörten Deutschen. Und noch heute ist Israel bei dem Streite zwischen der nationalen Gesinnung und dem Weltbürgertum der tertius gaudens.

Anmerkungen und Quellen-Nachweis.

[1]) Glaser, Geschichte der Juden in Straßburg. Straßburg 1894, S. 51 ff., und dazu die Besprechung in den D. soz. Blättern, IX. Jahrg. Nr. 331.

[2]) Abgedruckt in von Rönne und Simon, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in sämtlichen Landesteilen des preußischen Staates. Breslau 1843. Alle Anziehungen dieses wichtigen Werkes werden der Raumersparnis halber nur durch [2)] angedeutet werden. Seitenangabe nach der Reihenfolge im Text S. 240 ff, 360 f., 366 ff., 370 ff., 376, 264, 19 f., 23 f.

[3]) Reskript vom 29. Juni 1752.

[4]) Proklama der pommerschen Kriegs- und Domänenkammer vom 22. Juli 1758.

[5]) Edikt vom 17. November 1763. Siehe dazu auch die Erwähnung der pommerschen Räuberbande vom Jahre 1771. D. soz. Bl. Jahrg. XIII., Nr. 529.

[3])—[5]) in Jungfer, Die Juden unter Friedrich dem Großen. Das jüdische Räubergewerbe im 18. u. 19. Jahrhundert, wofür es noch zahlreiche Belege giebt, kann hier nicht weiter verfolgt werden. *Auch die größten Schwindler des 18. Jahrhunderts, Graf St. Germain, alias Simon Wolff, und Cagliostro, alias Balsamo,

waren Juden. Siehe: Henne am Rhyn, Kulturgeschichte des Zeitalters der Aufklärung. S. 158 f.

[6]) Dictionnaire philosophique XXV. S. 462. Andere Stellen bei Voltaire giebt zum Teil der Antisemiten-Katechismus.

[7]) Namentlich die orthodoxen Juden haßten Mendelssohn geradezu. Siehe Oskar Schwebel, Geschichte der Stadt Berlin. 2. B. S. 350 f. Schwebel giebt über die Verhältnisse der Juden in Berlin überhaupt bessere und unparteiischere Aufschlüsse als der echt „freisinnige" Streckfuß in seinem Werke: 500 Jahre Berliner Geschichte.

[8]) C. K. W. von Dohm, Ueber die bürgerliche Verbesserung der Juden. 2 Teile. Berlin 1781 u. 1783. — Schon vorher erschienen über dasselbe Thema: Bitte an die Großen wegen der Juden, Ephemeriden 1776 und 1777. — Von Duldung der Juden, Schmohl's Aufsätze Nr. 3. — Weißenborn, Ueber Staatsverfassung und Gesetzgebung, Berlin 1782. Im Anschluß an die Dohm'sche Schrift erschienen: Anmerkungen zu der Schrift des Hrn. v. Dohm, Altona 1783. — Diez, Ueber die Juden, an Dohm, Dessau, 1783. — Anmerkungen über Dohms Verbesserung der Juden, Berlin und Stralsund 1789. Fernere gleichzeitige Erscheinungen: Mirabeau, Sur Moses Mendelssohn sur la reforme politique des Juifs, deutsch Berlin 1788. — Hartmann, Untersuchung der Frage: ob den Juden bürgerliche Freiheit zu gestatten sei. Berlin 1785. — Vorschläge und Mittel über die bürgerliche Kultur und Religionsaufklärung der Juden. — Schlegel, Zusätze zu den Vorschlägen und Mitteln, Königsberg 1795. — v. Zangen, Ueber die bürgerliche Verfassung und Verbesserung der Juden, Gießen 1788. — Joseph Isaak, unmaßgebliche Gedanken über die Betteljuden 2c. Nürnberg 1791. — Freymüthige Gedanken über die vorgeschlagene Verbesserung der Juden in den Preußischen Staaten. Halle 1792.

[9]) Streckfuß, 500 Jahre. S. 455, 361 ff., 650, 651. Mißgunst der Juden untereinander. S. 456.

[10]) Biedermann, Geschichte der letzten 25 Jahre. II. S. 10.

[11]) Geschildert in den „Bambocciaden", 4. Teil, Berlin 1801, in der Erzählung „Sechs Stunden aus Fink's Leben", wo auch eine jüdische Salonhälterin arg mitgenommen wird. Hier angezogen als Beispiel des gegen das Eindringen des Judentums in der Bellettristik lautwerdenden Widerspruchs. — Siehe auch: Jahrbücher der preußischen Monarchie. 1798. D.-soz. Blätter 8. 12. 1898.

[12]) Varnhagen von Ense, der Gatte der Rahel Lewin hat in seinen verschiedenen Schriften eine große Menge Material über das vorliegende Gebiet hinterlassen. Alles, wie sich denken läßt, stark zu Gunsten der Juden gefärbt. Hat er sich doch sogar nicht gescheut, den Briefwechsel Achim von Arnims und Clemens Brentanos, der ihm von der Bettina anvertraut war, wo es sich um Juden handelt, zu verstümmeln und zu fälschen. Siehe „Achim von Arnim und Clemens Brentano, von Reinhold Steig. S. 122 u. 295. B. v. Ense Ausgewählte Schriften. 1875.

[13]) Grattenauer, Wider die Juden, ein Wort zur Warnung. Berlin 1803. — Derf., Erklärung meiner Schrift wider die Juden. Berlin 1803. — Derf., Erster Nachtrag dazu. Berlin 1805. Gleichzeitige Schriften: Für die Juden. 1803. — Friedrich Buchholz, Moses und Jesus. Berlin 1802.

[14]) Immanuel Kant, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht. Königsberg 1798. S. 129 f.

[15]) J. G. Fichte, Beiträge zur Berechtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution. 1793. In den sämtlichen Werken, Band VI, S. 149 f.

[16]) Die Juden in Deutschland und deren Annahme zu Reichs- und Provinzialbürgern. Heilbronn 1803.

[17]) z. B. in den Memoiren des Fürsten Talleyrand erwähnt. Figaro 26. 11. 1891.

[18]) Aktenmäßige Geschichte der Räuberbanden an den beyden Ufern des Rheins. I. Teil. Enthält die Geschichte der Moselbande und der Bande des Schinderhannes, von B. Becker. Köln 1804. Becker nennt außer zahlreichen jüdischen Hehlern und Baldowern, auch den berüchtigten getauften Juden Bruttig nebst verschiedenen Dieben, die zu Köln hingerichtet wurden.

Aktenmäßige Geschichte 2c. II. Teil. Enthält die Geschichte

der Brabäntischen, Holländischen, Mersener, Crefelder Reußer, Neuwieder und Westphälischen Räuberbande, von Keil. Köln 1804. Dieser äußerst interessante Beitrag zur Kulturgeschichte des Judentums ist sehr selten geworden. Schadenberechnung S. 474. Juden als Assignatenfälscher ebda. S. 20. — Siehe auch [27]).

[19]) Edouard Demachy, Les Rothschild. Paris 1896. Wir fügen, um nicht an dieser Stelle zu oft auf die Rothschild zurückkommen zu müssen, gleich hier einige Werke über diese interessante Familie an: Friedrich von Scherb, Zur Geschichte des Hauses Rothschild. Berlin. J. L. Kober, Das Haus Rothschild. Prag u. Leipzig 1857. John Reeves, Die Rothschild als finanzielle Vernichter der Völker. Chikago 1887. Wir machen hier auch gleich auf die zwar eine etwas spätere Zeit betreffende, aber auch hierher bis auf geringe Abweichungen passende Schilderung der Frankfurter Börse in den Memoiren des Satans von Wilh. Hauff aufmerksam. Sehr unterhaltend und scharf!

[20]) Das Judentum in Bayern, von G. Wolff. München 1867. S. 30 ff., ebda. auch von dem Anleihewesen S. 34. Edikt vom 10. 6. 1813, S. 39.

[21]) J. Eckardt, Die Aufzeichnungen Garlieb Merckels. Berlin 1887.

[22]) Gemeint ist: Grégoire, Essai sur la régénération physique, morale et politique des Juifs. Metz 1789. Das Resultat jener verfänglichen Studienreise Grégoires war eine Schrift: Observations nouvelles sur les Juifs, et specialement sur ceux d'Amsterdam et de Francfort. Paris 1807.

[23]) Opinions de Napoléon sur divers sujet de politique et d'administration par Pelet de la Lozère. Paris 1833. S. 211 ff. Siehe auch: Dictionnaire Napoléon éd. par Damas Hinard. Paris 1854.

[24]) Gesammte Aktenstücke und öffentliche Verhandlungen über die Verbesserung der Juden in Frankreich. Herausgegeben von Alex. Bran. 1806. 8 Hefte. — Lamourette, Ueber den bürgerlichen Zustand der Juden. Aus dem Französischen. 1806. — Joseph Bamberger, Ein Wort zu seiner Zeit, oder Betrachtungen bei Gelegenheit des großen Sanhedrin in Paris 1808. Archiv, Beiblatt der Bamberger Zeitung.

[25]) Varnhagen von Ense, Ausgewählte Schriften. 1875. I. 381. Das Juden-Hochamt. Band III.

[26]) Achim von Arnim und Clemens Brentano. B. aus Kassel. 1808. S. 234, 288, 342, 246. — Brentano: Philister vor, in und nach der Geschichte. Berlin 1811. Eine Satire gegen die Juden.

[27]) Fries, Ueber die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden. 1816. Heidelberg. S. 17. Erwähnt auch das jüdische Räuberunwesen.

[28]) u. [29]) A. F. Thiele königl. preuß. Kriminal-Aktuarius, Die jüdischen Gauner in Deutschland. Berlin 1841. 2. Aufl. 1842. S. 13 ff.

[30]) Deutsche Geschichte I. 314, wo Treitschke wie auch sonst im ersten Bande antisemitische Regungen weniger wohlwollend bespricht als im II. Bande. Namentl. S. 420 u. 525 ff.

[31]) K. B. A. Sessa, Unser Verkehr. Reclam. Auch unter dem Titel: Die Judenschule. Köln 1816.

[32]) Ségur, Geschichte Napoleons und der großen Armee I. S. 125. deutsch, Berlin 1825. Beleg für jüdische Spionage Bd. II, S. 257. Wilna Bd. II, 316.

[33]) H. Naudh, Die Juden und der deutsche Staat. 12. Aufl. Leipzig. S. 135.

[34]) Geschichte der Organisation der Landwehr in Westpreußen. S. 120. Militär. Wochenblatt 1858.

[35]) Militär-Wochenblatt vom Jahre 1843.

[36]) Edikt vom 10. Juni 1813. Siehe [20]).

[37]) O. A. Buchholtz, Ueber die Aufnahme der jüdischen Glaubensgenossen zum Bürgerrecht. Lübeck, 1814. Ebenders. Aktenstücke, die Verbesserung des bürgerlichen Zustandes der Israeliten betreffend. 1815. Stuttgart u. Tübingen.

[38]) Verordnung vom 14. Mai 1816. Sammlung von Gesetzen für die kurhessischen Staaten. Abgedruckt: D. soz. Bl. X., 342.

[39]) Börne. Wichtige Quelle. „Für die Juden", B. II., 26. Unser Verkehr, IV., 181. Cumberland's judenfreundliches Stück „Der Jude", IV., 12. Gesammelte Werke. Wien 1868.

[40]) Deutsch-soz. Blätter X., 345.

[41]) Arndt, Blicke aus der Zeit auf die Zeit, Germanien 1814.

[42]) Joh. Ludw. Klüber, Uebersicht III., S. 390 ff. Frankfurt 1816.

[43]) Vincke, Uebersicht über die Verwaltung Westfalens 1817, bei Treitschke D. G. II., 265.

[44]) Ascher, Germanomanie, Berlin 1815. S. 67.

[45]) Bemerkungen zu den Schriften der Prof. Rüß und Fries über die Juden. Frankfurt 1816. S. 4.

[46]) Parole-Buch der Schlesischen Landwehr des Korps von Dobschütz. Parole-Befehl vom 21. Nov. 1813. D. soz. Bl. 3. 2. 98.

[47]) Noch nicht erwähnte, zu diesem Abschnitte gehörige polemische Schriften: Die Juden und ihre Gegner. Teutschland 1816. — Deutschlands Forderungen an den teutschen Bund. Mainz 1816. — Ed. Rühs, Die Rechte des Christentums und des deutschen Volkes, verteidigt gegen die Ansprüche der Juden und ihrer Verfechter. Berlin 1816. — Friedr. Rühs, Ueber die Ansprüche der Juden an das deutsche Bürgerrecht. Berlin 1816. — Krämer, Die Juden und ihre gerechten Ansprüche an den Staat. Nürnberg 1816. — Frank, Die Juden und das Judentum, wie sie sind. Köln 1816. Juden oder — Israeliten als Landstände? Rhein. Merkur Nr. 11, 1816. — Ewald, Ideen über die nötige Organisation der Juden in den christlichen Staaten. Karlsruhe 1816. — von Spaun, Der sarmatische Lykurg. 2. Nürnberg 1817. Patriotische Wünsche zur Beherzigung der baierischen Ständeversammlung. 1818. — Sulamith, eine Zeitschrift zur Beförderung der Kultur der Juden, Herausgeber Fränkel. 1817. — Raingruber, Ueber die Brottaxe, nebst Ansichten über Güterzertrümmerung. Landshut 1818. — Litterarische Monatsberichte für baierische Staats- und Geschäftsmänner. Neuburg. Dezember 1818. — Fränkel, Randglossen zu einem Aufsatze im Allgem. Anzeiger der Deutschen über die Juden. Dresden 1815. — Schmidt, Ueber das Bürgerrecht der Juden in Deutschland. Hildburghausen 1816. — Charakter des Judentums von J. Wolff u. G. Salomon. Leipzig 1817. — Heß, Prüfung der von Fries und Rühs gegen die Juden gerichteten Schriften. Dessau 1817. — Kurzgefaßte Charakteristik der heutigen Juden und ihre Würdigung zur Freimaurerei, von J. L. Albanus. Leipzig 1818. — Beleuchtung des Herrn von Utzschneiders ꝛc. Anträge. Münster 1819. — Die Hep Heps in Franken und anderen Orten von J. von Voß. Teutonien 1819. — Beleuchtung der Stimme des Volks über die Juden, von Philalethes. Niedersachsen 1819. — L. L. Hellwitz, Versuch einer Organisation der Israeliten in Deutschland. Magdeburg 1819. — Wieder Juden, v. Dr. Wolff. Berlin 1819. — Ueber die Verbesserung der Israeliten im Königreich Polen, von David Friedländer. Berlin 1819. — Prof. Lips, Ueber die künftige Stellung der Juden in den deutschen Bundesstaaten. Erlangen 1819. — Judenspiegel, von Hartwig von Hundt Radowski. Würzburg 1819. — Die Christen und die Juden. Frankfurt 1819. — Denkschrift an die hohe Ständeversammlung des Königreichs Baiern, von Simon Wolf. Rosenfeld 1819. — Krug, Ueber die Emanzipation der Juden. 1819. — Elkan Henle, Die Stimme der Wahrheit. 1819. — Lüders, Ueber die sittliche Veredlung der Juden. 1820. — Beitrag zur Geschichte der Verfolgung der Juden im 19. Jahrhundert durch Schriftsteller. Berlin 1820. — Ueber die Gefahren, welche Deutschland bedrohen, von Sartorius. Göttingen 1820. — Dr. L. Holst, Das Judentum in allen dessen Teilen. Mainz 1821. — Paulus, Beiträge zur Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens. — Welche Hindernisse stehen der bürgerlichen Verbesserung der Juden entgegen, von Sensberg. — Ein freundliches Wort an die Christen, von einem Juden. 1816. — M. Heß, Freimütige Prüfung der Schrift von Rühs. Frankfurt 1816. — Patriotischer Aufruf eines treuen Israeliten. Büdingen 1816. — An die hohe deutsche Bundesversammlung. Beurkundete Verteidigung der Rechte der Bürgerschaft zu Frankfurt a. M. Frankfurt 1817. — Vergl. auch Antisemitisches Jahrbuch f. 1897, S. 99 ff.

Eine Judenmatrikel.

Vorbemerkung des Herausgebers. Die Frage, wer vor dem Gesetz als Jude gelten solle, ist bereits auf dem Erfurter Parteitag der Deutsch-sozialen Reformpartei (Okt. 95) gelegentlich der Programmberatung lebhaft erörtert worden. Herr Dr. Müller wies darauf hin, daß die in Punkt 19 des Programmes geforderte Judenstatistik nur dann durchführbar sein würde, wenn man genau feststelle, wer als Jude betrachtet werden solle, und forderte zu dem Ende Einführung einer Stammrolle für Juden. Herr Rechtsanwalt Schnauß beantragte ins Programm die Forderung aufzunehmen, daß als Juden diejenigen gelten sollten, unter deren Vorfahren bis in die dritte Generation zurück auch nur ein Jude nachgewiesen werden könnte. Herr Weule hielt das Zurückgehen bis auf die zweite Generation für ausreichend. Der Parteitag stellte die Anträge auf Vorschlag des Reichstagsabgeordneten Zimmermann zurück, weil die Angelegenheit noch nicht genügend geklärt sei, und die Judenpresse witzelte und spöttelte darüber, daß die offenbar gar nicht vorbereitete Besprechung dieser Frage kein Ergebnis gehabt hätte. Da könnte man sehen, daß die Antisemiten auch hier nicht einmal wüßten, was sie wollten.

Die damals gegebenen Anregungen haben aber fortgewirkt und in einem Gesetzentwurf, der am 1. Juni 98 in der Staatsbürger-Zeitung veröffentlicht wurde, ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Ich halte diesen Entwurf mit seiner Begründung in mehrfacher Hinsicht für so wichtig, daß ich ihn unsrem Jahrbuche einverleibe: Er ist geeignet, die Ansichten auf antisemitischer Seite zu klären, er ist für die Agitation verwertbar, weil er feste, greifbare Ziele aufstellt und er bricht dem Einwande unsrer Gegner, daß ein gesetzgeberisches Einschreiten gegen die Juden „unmöglich" sei, die Spitze ab.

Der Merkwürdigkeit wegen mag hier erwähnt sein, daß zur Veröffentlichung des Entwurfes kein anderer als Herr v. Gerlach, der nationalsoziale Kandidat im Wahlkreise Marburg den Anstoß gegeben hat. Er machte nämlich den Versuch in Wahlversammlungen gegen unsre Redner die Frage „was die Antisemiten denn eigentlich unter einem Juden verständen?" auszuspielen, so z. B. am 5. April 98 zu Schweinsberg (Kreis Kirchhain) und noch Anfang Mai in Böhl (Kreis Marburg). Als er aber darauf sehr präzise Antworten im Sinne des unten folgenden Entwurfes erhielt, die den Beifall der Wähler fanden, zog er es vor, über diesen Punkt fernerhin zu schweigen. Auch Naumann soll es lieben, dieselbe Frage zu stellen. Von Hessen aus wurde aber nun der noch nicht genannte Verfasser gedrängt, seinen Entwurf zu veröffentlichen und so erfolgte der Abdruck in der „Staatsb.-Ztg."

Bezeichnend ist die Art, wie die „Allgem. Israel. Wochenschrift" (3. Juni 98) das Erscheinen des Entwurfes zur Kenntnis ihrer Leser brachte. Sie schrieb:

„(Eine Judenmatrikel.) Der beschäftigungslose Rechtsanwalt der „Staatsbürger-Zeitung“ hat die Muße, die sein Geschäfts-Antisemitismus ihm läßt, dazu verwendet, eine Judenmatrikel auszuarbeiten, die seinem Ideale entspricht und das Ideal der Probearbeit eines antisemitischen Referendars darstellt. Es lohnt sich nicht, auf die schriftstellerische Leistung einzugehen, die mit 5 Pfennig pro Zeile überzahlt ist.“

Weiter nichts. Das ist bezeichnend für die Ratlosigkeit der „A. J. Wochenschrift“, denn falls sie irgend einen angreifbaren Punkt gefunden hätte, so würde sie da sicher eingesetzt haben, wenn sie sich doch einmal mit der Sache beschäftigen wollte. Es ist auch bezeichnend für den Ton, den sich die Juden uns gegenüber unter dem Schutz unsrer Gesetze in unsrem eignen Lande herauszunehmen erlauben. Die angeführten Sätze sind aber noch in anderer Hinsicht denkwürdig: Sie stellen nämlich, so viel mir bekannt geworden ist, die einzige Aeußerung dar, mit der die jüdische und judenfreundliche Presse auf den Entwurf eingegangen ist. Bei der Geschwätzigkeit, mit der diese Blätter sonst über alles herzufallen pflegen, was von antisemitischer Seite kommt, macht dies Schweigen den Eindruck einer gewissen Beklommenheit. Ein Zufall war diese Einmütigkeit im Schweigen jedenfalls nicht: Die Judenpresse arbeitet nach gemeinsamem Plane, und wenn man sich dem Entwurfe der „Staatsb-Ztg.“ gegenüber anstellte, als ob man das Lesen verlernt hätte, so that man das jedenfalls, weil man nach reiflicher Erwägung festgestellt hatte, daß das unter den gegebenen Verhältnissen die vorteilhafteste Taktik sei. Man konnte dem Dinge eben nicht recht beikommen. Daß die gesamte Judenpresse sachlich nichts auf die Herausforderung durch den Aufsatz zu antworten wußte, verdient besonders festgestellt zu werden, weil er in seinem letzten Absatze den Nachweis führt, daß verfassungsmäßige Bedenken der Einführung einer Judenmatrikel (und eines besonderen Strafgesetzbuches für Juden) nicht entgegenstehen.

Und nun lasse ich den Entwurf mit seiner Begründung in ungeändertem Abdrucke folgen.

* * *

Häufig wird gegen die antisemitischen Bestrebungen von den Juden der Einwand erhoben, daß die Antisemiten im Grunde ja selbst nicht wüßten, was sie unter einem Juden verstehen sollten, und die judenfreundlichen deutschen Michel sagen wohl: „Es ist ja doch unmöglich etwas gegen die Juden zu machen“. Richtig ist, daß die Juden, was nur in ihren Kräften stand, gethan haben, um die Feststellung ihrer Abstammung zu erschweren. Darum waren sie z. B. so eifrig für die Einführung der Civilehe und der bürgerlichen Standesregister. Aber unmöglich ist es keineswegs, den Juden auch jetzt noch zu fassen. Die folgenden Zeilen sollen den Nachweis dafür erbringen.

Es ist die Form eines Gesetzentwurfes mit Begründung gewählt worden, weil sich so die zahlreichen zu berücksichtigenden Einzelheiten am kürzesten zusammenstellen lassen. Selbstverständlich handelt es sich nur um einen Rohentwurf, der auf das Detail nicht eingeht. Bekanntlich bringt ja auch unser Reichstag kaum noch ein Gesetz zu stande, zu dem nicht der Bundesrat nachher die „Ausführungsbestimmungen“ erlassen müßte.

Der Gesetzentwurf mit seiner Begründung soll den Freunden, allen deutschen Antisemiten, zur Anregung und zur Begutachtung hiermit übergeben sein. Die Gegner mögen ihn begeifern, mögen sich nach ihrer Art mit Verdrehungen daran versuchen, das soll uns nicht anfechten.

Entwurf eines Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung von Personen jüdischen Stammes.

§ 1. Jüdischen Stammes (Jude) im Sinne dieses Gesetzes ist

a) Jede in Deutschland zur Zeit, wo dieses Gesetz erlassen wird, lebende Person, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört oder angehört hat.

b) Jede in Deutschland zur Zeit, wo dieses Gesetz erlassen wird, lebende Person, von deren Eltern oder Großeltern einer (oder mehrere) der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

c) Jede in Deutschland einwandernde Person, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört oder angehört hat oder die nicht nachweisen kann, daß unter ihren Eltern und Großeltern kein Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft gewesen ist.

d) Die sämtlichen Nachkommen der unter a, b und c aufgeführten Personen.

§ 2. Für die Juden sind besondere Standesregister zu führen. Ehen zwischen Juden und Nichtjuden sind in das Register für Juden einzutragen. Die beglaubigten Auszüge aus diesen Registern (siehe §§ 15 und 16 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung) sind ausdrücklich als solche kenntlich zu machen, die sich auf Juden beziehen, und sollen sich auch im Format und in der Farbe des Papieres deutlich von den sonst üblichen unterscheiden.

§ 3. Jede Person, auf die die Bestimmungen des § 1 Anwendung finden, (Jude), hat innerhalb eines Jahres nach Erlaß dieses Gesetzes ihre Eintragung ins Judenregister und ihre Löschung im allgemeinen Register selbst zu beantragen.

Wer den Antrag unterläßt, verliert die Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Bei Unmündigen wirkt die Unterlassung des Antrages durch die Eltern oder durch den Vormund wie eigenes Verschulden.

§ 4. Die Standesbeamten haben bei jeder Eintragung in die Standes-Register zu prüfen, ob sie in die allgemeinen oder in die Juden-Register gehört. Das erforderliche Beweismaterial beizubringen ist Sache dessen, der eine Eintragung beantragt. Wenn Juden hierbei den Standesbeamten täuschen, so zieht das für den Antragsteller und denjenigen, auf den die Eintragung sich bezieht, den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit nach sich.

§ 5. Bei Personen, welche in das Reich eingewandert sind, ist jede Eintragung in die Standesregister so lange auszusetzen, bis von dem Beteiligten der nach § 1 c für die Eintragung in die allgemeinen Register erforderliche Nachweis nichtjüdischer Abstammung erbracht worden ist.

§ 6. Die Standesamts- und Polizeibehörden sind, sobald ein Jahr seit Erlaß dieses Gesetzes verstrichen ist, verpflichtet, auf Antrag das Verfahren zur Ermittelung der Abstammung einer jeden, ihnen genau bezeichneten lebenden Person einzuleiten, die in den allgemeinen Standesregistern geführt wird. Jeder großjährige Angehörige des Deutschen Reiches, der sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, ist berechtigt, einen solchen Antrag zu stellen. Einer Begründung bedarf der Antrag nicht.

§ 7. Das Verfahren ist ohne Vorwissen desjenigen, auf dessen Abstammung es sich bezieht, zu führen. Es erstreckt sich auf die Frage, ob unter seinen Eltern und Großeltern Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft waren. Finden sich unter diesen Personen, die in das Reich eingewandert sind, so wird es Sache

[illegible] [illegible] [illegible] [

Kein Gesetz erreicht seinen Zweck mit absoluter Vollkommenheit, und praktisch wird es nur sehr wenige Gesetze geben, die das, was sie anstreben, vollkommener erreichen, als es unser § 1 mit der Feststellung darüber erreicht, wer in Deutschland vor dem Gesetz als Jude gelten soll.

Zu § 1a. Durch die Bestimmung, daß als Jude auch der gilt, der früher einmal der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, ist klar ausgesprochen, daß der Uebertritt zum Christenthum oder die formelle Erklärung „Dissident" zu sein, den Juden nicht davor schützt, durch dieses Gesetz gefaßt zu werden. Es geht aus dieser Bestimmung klar hervor, daß nicht die Religion, sondern die Abstammung gefaßt werden soll.

Zu § 1b. Ob bei Bestimmung der Abstammung auf die formelle Zugehörigkeit der Eltern, der Großeltern oder der Vorfahren überhaupt zur jüdischen Gemeinschaft zurückgegriffen werden soll, ist selbstverständlich ein Punkt, über den sich sprechen läßt, und über den die Meinungen auseinandergehen werden. Im Entwurf ist bei der Zugehörigkeit der Großeltern zur jüdischen Gemeinschaft Halt gemacht worden, weil angenommen werden darf, daß jedermann genau darüber Bescheid weiß, ob unter seinen Großeltern Juden waren oder nicht. Durch die gewählte Beschränkung wird es möglich gemacht, den Juden die Anzeigepflicht aufzuerlegen, wie es durch § 3 des Entwurfes geschieht.

Die Frage, ob man nicht für die Kinder getaufter Juden eine Ausnahme machen solle, oder ob man nicht vielleicht die Kinder, die von Deutschen mit Jüdinnen gezeugt sind, als Deutsche betrachten dürfe, muß auf das bestimmteste verneint werden. Wollten wir die Kinder getaufter Juden als Deutsche anerkennen, so hieße das eine Prämie auf erheuchelten Religionswechsel setzen. Und was die Kinder aus deutsch-jüdischen Mischehen betrifft, so ist bekanntlich in nationaler Hinsicht der Einfluß der Mutter bestimmender, als der des Vaters. Man denke an das bedeutungsvolle Wort „Muttersprache", man denke an die zahlreichen Polen mit deutschen Namen (Wolszlegier, Sulcz 2c.). Was aber die Hauptsache ist, die Mischlinge aus Geldehen von Deutschen mit Jüdinnen sind besonders gefährlich. Sie haben vom Vater den vornehmen Namen und von der Mutter die Geldmacht, ihnen ist es am leichtesten gemacht, sich in die leitenden Kreise einzuschleichen und dort einen Geist zu verbreiten, der diese Kreise dem deutschen Volke entfremdet. Endlich ist es auch keine Härte, solche Mischlinge unter die Juden zu verweisen, sind doch diese deutsch-jüdischen Geldehen in der Volksmeinung die verächtlichsten von allen, und die Kinder büßen nur, wie überall in der Welt, die Sünden ihrer Väter, die ihre eigene Würde um des Geldes willen verkauft haben.

Uebrigens ist die Zahl der deutsch-jüdischen Mischlinge keineswegs so groß, wie man gewöhnlich annimmt. In Preußen dürfte es im Jahre 1890 in keinem Falle mehr als 40 000 Halbblutjuden gegeben haben, ja, die amtliche Statistik schätzte sie sogar nur auf 16 900. Diese Zahl ist vermutlich aber zu niedrig gegriffen. Daß ihre Zahl vielfach so stark überschätzt wird, hat wohl darin seinen Grund, daß sie meist in den großen Städten und in bevorzugter Lebensstellung vorkommen und sich daher der Wahrnehmung unverhältnismäßig aufdrängen.

Zu § 1c und d. Gerade unter der jüdischen Bevölkerung sind die Einwanderer sehr zahlreich, deshalb mußten für sie besondere Bestimmungen getroffen werden, wie sich denn auch die §§ 5, 7 und 9 noch ganz besonders mit ihnen beschäftigen. Zweifellos würden die vorgeschlagenen scharfen Bestimmungen auch von nichtjüdischen Einwanderern schwer empfunden werden. Das sollen sie auch; denn wir brauchen in unserm übervölkerten Lande durchaus keinen Bevölkerungs-

zuwachs von außen her. Es kann gar nichts schaden, wenn in unserm Zeitalter des Verkehrs gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, die den Zuzug fremdartiger Elemente von außen her erschweren.

Es wird vielleicht gegen diese Bestimmungen eingewendet werden, daß das Ausland Repressalien gegen die dort lebenden Deutschen üben könnte. Die Deutschen hätten sie nicht zu fürchten, weil es ihnen unter allen Umständen leicht sein würde, den erforderlichen Nachweis aus der Heimat zu erhalten. Man könnte es vielmehr nur wünschen und mit Freuden begrüßen, wenn das Ausland auch seinerseits mit ähnlichen Gesetzen gegen das Judentum vorginge. Das wird auch nicht ausbleiben, wenn Deutschland vorangeht.

Zu § 2. Die jüdischen Standesregister sind selbstverständlich ganz entsprechend wie die allgemeinen bei jedem Standesamte zu führen. Die Personen, welche in das jüdische Register eingetragen werden, sind gleichzeitig in dem allgemeinen Register zu löschen. — Die Auszüge aus den Judenregistern (Eintragsbescheinigungen, Bescheinigung über Ehen 2c.) durch besonderes Format 2c. kenntlich zu machen, das ist eine wesentliche Forderung. Nach Einführung des Gesetzes würde es dadurch leicht sein, bei jedermann festzustellen, *ob er Jude ist* oder nicht: Man braucht ihn nur zu ersuchen, die Bescheinigung über die Eintragung seiner Person in das Geburtsregister vorzuzeigen.

Zu § 3. Dieser Paragraph enthält eine der Hauptbestimmungen des Entwurfes. Die Schwierigkeiten bei der Ermittelung der jetzt in Deutschland lebenden Juden würden keine geringen sein. Am besten wissen es natürlich die Beteiligten selbst, welches Stammes sie sind. Dadurch, daß man ihnen die Verpflichtung auferlegt, selbst die Eintragung zu veranlassen, und die Nichterfüllung dieser Verpflichtung mit dem Verluste der Reichsangehörigkeit bestraft, erleichtert und beschleunigt man die Anlegung der neuen Standesregister wesentlich. — Außerdem giebt der Verlust der Reichsangehörigkeit die Möglichkeit, renitente Juden sofort *auszuweisen*. Beiläufig gesagt, wird es sich auch späterhin, wenn wir es einmal soweit bringen, besondere Strafgesetze gegen die Juden zu erlassen, empfehlen, in möglichst vielen Fällen als Zusatzstrafe den *Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit* bei spezifisch-jüdischen Delikten in Anwendung zu bringen, um unser Land von den ausgesprochen kriminellen jüdischen Elementen zu säubern. Unser Strafgesetzbuch kennt ja schon jetzt den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Es könnte der Einwand erhoben werden, daß solche Juden, die nach § 3 ihre Staatsangehörigkeit verlieren, dann überhaupt jeder Staatsangehörigkeit entbehren und heimatlos sein würden, und die Frage aufgeworfen werden: Wohin mit ihnen, falls die Ausweisung über sie verhängt wird (siehe § 10)? Darauf ist zu antworten, daß wir die Sorge, wo sie bleiben sollen, ruhig ihnen selbst überlassen können, sie werden sich auch ohne die deutsche Reichsangehörigkeit durch die Welt finden, wie sie sich früher durchgefunden haben. Sollten einzelne von ihnen erklären das nicht zu können, so würde man sie eben dauernd *internieren müssen*. Dann würde sich der gute Wille, anderswo unterzukriechen, bei ihnen ohne Zweifel sehr schnell einfinden.

Zu § 4. Dieser Paragraph wiederholt im wesentlichen nur diejenigen Bestimmungen, die schon jetzt durch die §§ 21 und 45 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes getroffen sind, wie sich denn überhaupt der ganze Entwurf in allen Punkten an das jetzt bestehende Gesetz anschließt und im wesentlichen nur eine Novelle zu diesem darstellt. Neu ist in der Hauptsache nur die *unerläßliche Strafandrohung* gegen solche Juden, die das Gesetz zu umgehen suchen.

Die Bestimmung, daß die Eintragung in die Standesregister solange auszusetzen ist, bis die erforderlichen Nachweise über die Abstammung erbracht sind, könnte die Befürchtung erregen, daß dadurch nach und nach eine Klasse von Menschen entstehen könnte, die in die Geburtsregister überhaupt gar nicht eingetragen sind. Das ist nun zwar kaum zu befürchten, weil die Angehörigen jedes Neugeborenen und später er selbst ein Interesse an seiner Eintragung in das Geburtsregister haben; denn auf diese stützen sich alle familienrechtlichen Ansprüche (wie z. B. Erbansprüche). Immerhin könnten zur Beschwichtigung solcher Befürchtungen Aushilfs-Register geschaffen werden, durch die für die in sie Eingetragenen zwar sämtliche Pflichten (wie z. B. die Verpflichtung zum Heeresdienst), aber keine persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte begründet würden.

Zu § 6. Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind geeignet, die Besorgnis zu erregen, daß sie uns in eine Aera der Judenriecherei hineinführen könnten. Das sollen sie auch. Wenn die Juden nicht unter dem Einfluß dieser Besorgnis stehen, werden sie sich nicht bequemen, ihre Eintragung in die Judenregister zu beantragen. Daß durch die Judenriecherei etwa Personen deutschen Stammes belästigt werden könnten, daß beispielsweise etwa gegen jemanden die Denunziation, er sei Jude, eingereicht werden könnte, nur um ihm einen Possen zu spielen, ist ausgeschlossen, weil die Bestimmung getroffen ist, daß das Verfahren ohne Wissen des Beteiligten geführt werden muß (s. § 7). Durch ein Verfahren, von dem er nichts weiß, kann niemand belästigt werden. Es erstreckt sich ja wesentlich nur auf die Rückfrage von Behörde zu Behörde, ob die Eltern oder Großeltern desjenigen, auf den das Verfahren sich bezieht, der jüdischen Gemeinschaft angehört haben.

Die Bestimmung, daß der Antrag keiner Begründung bedürfe, erscheint unerläßlich; denn es wird in vielen Fällen, wo der Antrag sachlich durchaus gerechtfertigt ist, dem Antragsteller sehr schwer fallen, ihn in irgend einer Form zu begründen, es müßte denn sein, daß man als Begründung zuließe: „Der Kerl hat eine Judennase", oder „er mauschelt", oder „er zeigt ausgesprochen jüdische Charaktereigenschaften". Dem Antragsteller die Pflicht einer ausführlichen Begründung zuzuschieben, hieße in den allermeisten Fällen den ganzen Zweck des Paragraphen vereiteln. Sollte aber dennoch dem Antragsteller diese Verpflichtung zugeschoben werden, so müßte zum mindesten die Bestimmung getroffen werden, daß die Geburts- und Polizei-Register jedem auf Wunsch zur Einsicht vorzulegen sind, damit jeder imstande ist, das für die Begründung des Antrages erforderliche Material zu beschaffen. Unter diesen beiden Möglichkeiten ist jedenfalls der Verzicht auf eine Begründung diejenige, der die geringeren Bedenken entgegenstehen.

Zu § 7. Die Besorgnis, daß durch die Einleitung des Verfahrens gegen zahlreiche Personen ein ungeheures Schreibwerk heraufbeschworen werden könnte, ist ungerechtfertigt. Wir bewältigen heutzutage die Arbeit einer Volkszählung, soweit es sich dabei um die Beschaffung des Rohmaterials handelt, in wenigen Wochen. Ein Verfahren zur Ermittelung der Abstammung aller in Deutschland gegenwärtig lebenden Personen würde nicht mehr als 100 Millionen Fragekarten erforderlich machen, d. h. die doppelte Arbeit einer Volkszählung, ganz abgesehen davon, daß die Fragestellung in unserem Falle unvergleichlich viel einfacher ist, als in dem einer Volkszählung. Dazu käme nun freilich noch die Ermittelung der Abstammung bei der vorausgegangenen Generation, die aber sehr viel weniger Anfragen nötig machen würde, da durchschnittlich aus jeder Ehe etwas mehr als drei Kinder entspringen. Nun aber handelt es sich nicht um 50 Millionen Deutsche,

sondern nur um 500 000 bis 600 000 Juden, von denen sich obenein ein großer Teil freiwillig zur Eintragung melden wird.

Zu § 9. Bei der heutigen Entwickelung des Weltverkehrs erscheint die für den Nachweis der Abstammung gewährte Frist von einem Jahre nicht zu knapp bemessen. Eventuell könnte aber die Zurückschreibung in die allgemeinen Register vorgesehen werden, wenn der Nachweis nichtjüdischer Abstammung nachträglich noch gelingt.

Zu § 10. Diese Bestimmung gehört streng genommen nicht in unseren Gesetzentwurf. Sie soll nur andeuten, in welcher Weise mit solchen Personen jüdischen Stammes, die ihre Eintragung in das Judenregister nicht beantragt haben 2c., zu verfahren ist, um sie los zu werden. Die Bestimmung soll also den praktischen Wert des ganzen Gesetzes veranschaulichen.

Wenn wir dann späterhin noch ein besonderes Strafgesetzbuch für Juden schaffen, das der jüdischen Eigenart angepaßt ist, das heißt für die einzelnen Vergehen und Verbrechen Definitionen giebt, die ebenso dehnbar sind, wie das talmudisch geschulte jüdische Gewissen; wenn in diesem Strafgesetzbuch vorgesehen ist, daß bei den eigentlich jüdischen Verbrechen auf Verlust der Reichsangehörigkeit erkannt werden muß und daß eine Verurteilung im Rückfalle unweigerlich die Ausweisung nach sich zieht, so steht zu hoffen, daß die Juden nach und nach unter der Einwirkung einer solchen Gesetzgebung sich von selbst entschließen, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln, und daß wir dann schließlich nur noch jene „anständigen" Juden im Deutschen Reiche behalten, die es ja bekanntlich „auch" geben soll. Es werden das nicht so viele sein, daß wir nicht mit ihnen fertig werden könnten.

Schlußbemerkungen. Nach den landläufigen Begriffen über Rechtssicherheit würde vielleicht noch die Schaffung eines Rechtsmittels als notwendig erscheinen, das denen Schutz gewährt, die etwa durch einen Mißgriff der beteiligten Behörden zu Unrecht in die Judenregister eingetragen worden sind. Die große Frage wird nur sein, wie soll die Behörde, der Gerichtshof oder die Jury, die über solche Fälle zu befinden hat, zusammengesetzt werden, wenn sie Sicherheit dafür bieten soll, daß durch diese Instanz nicht etwa die Juden vor der vom Gesetz gewollten Eintragung in die Matrikel beschirmt werden? Denn ganz sicher würden die Juden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin streben, den Gerichtshof zu beeinflussen.

Es bleibt nur noch die Frage zu erörtern, ob das Gesetz eine Verfassungsänderung erforderlich machen würde. Die Frage ist mit Entschiedenheit zu verneinen. Die Gesetzgebung über die Beurkundung des Personenstandes 2c. ist Sache des Reiches und wird durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches ohne jede erschwerende Nebenbestimmung ausgeübt. Die Reichsverfassung bestimmt, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Auch die Landesverfassungen sind nur Landesgesetze und ihre Bestimmungen müssen den Reichsgesetzen weichen, darunter auch diejenigen Bestimmungen, aus denen die Juden ihre Ansprüche auf Gleichberechtigung als verfassungsmäßig gewährleistet abzuleiten versuchen. Es bleibt also nur die Frage, ob etwa die Reichsverfassung irgend welche Bestimmungen enthält, aus denen die Juden derartige Ansprüche herleiten könnten. Das ist aber nicht der Fall!

Die Sozialdemokratie im Wahlkampf.

Von O. H. Böckler.

1. Erfolge und Rückschläge.

„Die charakteristische Signatur der jüngsten Reichstagswahlen war das starke Anwachsen der sozialistischen Stimmenzahlen." So beginnt der „Vorwärts" (27. Juli 1898) in seiner ruhmredigen Weise einen Rückblick auf die Reichstagswahlen des Jahres 1898 und als „besonders interessant und erfreulich" bezeichnet er „die verstärkte Ausbreitung des sozialistischen Gedankens über die mittel- und kleinstädtischen und die rein ländlichen Gebietsteile des Reiches".

Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen betrug 1893: 1 786 738 und ist 1898 auf 2 107 076, also um 320 388 gewachsen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie in 396 von 397 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt hatte, während 1893 in 386, 1890 in 330 und 1887 in 260 Kreisen „Genossen" kandidierten. Der einzige diesmal nicht besetzte Wahlkreis war der 15. reichsländische Saarburg-Chateau-Salins, bezeichnenderweise der einzige ländliche Wahlkreis mit überwiegend französisch sprechender Bevölkerung, wie ja auch augenscheinlich in den Provinzen Posen und Westpreußen am wenigsten eifrig gearbeitet ist, dort sind die sozialdemokratischen Stimmen von 4953 auf 4586 bezw. von 11 770 auf 11 190 zurückgegangen.

Daß ein großer Teil dieser Kandidaturen Zählkandidaturen waren, versteht sich von selbst, trotzdem der „Vorwärts" auf diese „Schlachtordnung ohne Riß" sehr stolz war. Die „Vossische Ztg." (13. Juni 98) erinnerte hierzu an die Erfahrungen der 98er Wahlen:

> „In dem Meppener Wahlkreise, den der Genosse Schumann, wie der „Vorw." zu hoffen vorgiebt, als zweite Perle von Meppen erobern wird, sind bei der letzten Wahl — 67 Stimmen zu Gunsten der Sozialdemokratie abgegeben worden. Und sehen wir uns die Kandidatenliste der Partei einmal etwas näher an, so finden wir, daß 16 aufgestellt sind in Wahlkreisen, in denen bisher noch keine Stimme zu Gunsten der Sozialdemokratie abgegeben wurde, 19 in solchen, in denen bis 100 sozialdemokratische Stimmzettel gezählt wurden, und 100, in denen es die Partei des Zukunftsstaates auf 500 bis 1000 Stimmen gebracht hat. In all' diesen Wahlkreisen — und es müßten dazu auch noch eine Anzahl von Kreisen gerechnet werden, in denen die Sozialdemokratie über 1000 Stimmen verfügt — kann die Kandidatur eines Sozialdemokraten nur die Bedeutung einer Zählkandidatur haben".

Diesmal gestaltete sich das Ergebnis folgendermaßen: in 14 Wahlkreisen wurden sozialdemokratische Stimmen überhaupt nicht gezählt, in 15 Kreisen wurden weniger als 100 und in 58 Kreisen 100 bis 500 „rote" Stimmzettel abgegeben. Das Verhältnis zu früheren Wahlen kennzeichnen auch die folgenden Zahlen: Sozialdemokratische Stimmen wurden abgegeben 1871 in 91, 1874 in 162, 1877

in 196, 1878 in 190, 1881 in 173, 1884 in 219, 1887 in 257, 1890 in 343, 1893 in 381, 1898 in 383 Wahlkreisen. Gewählt wurden hierbei im ersten Wahlgange 1871: 2, 1874: 8, 1877: 10, 1878: 2, 1881: 0, 1884: 9, 1887: 6, 1890: 20, 1893: 24 und 1898: 32. In den Stichwahlen vermochten die Sozialdemokraten erst von 1878 an Erfolge zu erringen. 1878 gewannen sie von 16 Stichwahlen 7, 1881 von 22: 13, 1884 von 24: 13, 1885 von 24: 15, 1887 von 18: 5, 1890 von 57: 15, 1893 von 83: 20, 1898 von 98 Stichwahlen 24.

Es ist auch, wie wir sehen werden, unter den „Genossen" selbst die Erwägung aufgetaucht, ob bei einer so ausgedehnten Kampflinie nicht schließlich die Opfer im Verhältnis zum Erfolge zu bedeutend werden. Eine andere Frage ist die, ob der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen in den evangelischen oder katholischen Landesteilen stärker sei. Das Zentrum hält die Angehörigen der katholischen Kirche für widerstandsfähiger, eine Ansicht, der allerdings die Erfolge der „Genossen" in München und Oberschlesien widersprechen. Auch darf nicht vergessen werden, daß sich in manchen Orten das Zentrum nicht allzusehr von der Sozialdemokratie unterscheidet oder doch mit ihr Arm in Arm geht. Die „Genossen" haben natürlich ein lebhaftes Interesse daran, zu beweisen, daß ihrer Lehre nichts, vor allem kein christliches Bekenntnis widerstehen könne. Als daher auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Pfarrer Lehne aus Koblenz die allerdings etwas gewagte Behauptung aufstellte, die Sozialdemokratie habe von ihren 2 Millionen Stimmen im „katholischen Deutschland" nur 100 000 erhalten, beeilte sich der „Vorwärts" (30. Aug. 98) dies zu widerlegen, indem er schrieb:

„Da bisher noch kein Mittel gefunden wurde, um jede einzelne Stimme auf ihre konfessionelle Herkunft zu prüfen, so sind wir bei der folgenden Betrachtung gezwungen, diejenigen sozialistischen Stimmen als aus dem „katholischen Deutschland" stammend anzusehen, die in Gebietsteilen mit überwiegend katholischer Bevölkerung abgegeben worden sind. Das „katholische Deutschland" würde sich demnach aus den preußischen Provinzen Posen (66,5 pCt. Katholiken), Schlesien (53,2), Westfalen (51,5), Rheinlande (71,2) sowie aus den süddeutschen Bundesstaaten Bayern (70,8), Baden (62,0) und Elsaß-Lothringen (76,5) zusammensetzen. Es entfielen auf die Kandidaten der Sozialdemokratie

in	im Jahre 1893	im Jahre 1898	
Provinz Posen	4 953	4 506	(4 586)[1])
„ Schlesien	102 023	142 000	(134 117)
„ Westfalen	64 324	78 500	(76 779)
„ Rheinpreußen . .	103 000	115 000	(111 955)
Königr. Bayern	125 952	137 000	(138 218)
Großherzogt. Baden . . .	37 559	50 200	(50 325)
Elsaß-Lothringen	46 186	52 000	(51 990)
Zusammen also	483 997	575 200	(567 971)

Es waren demnach bereits bei den Wahlen 1893 nicht weniger als 484 000 sozialistische Stimmen im „katholischen Deutschland" aufgebracht worden, eine Zahl, die bei der jüngsten Reichstagswahl auf über 575 000, also um mehr als 90 000 (etwa 84 000*)), anwuchs und damit die Lehne'sche Schätzung um nahezu das sechsfache überstieg. Der sich hieraus ergebende relative Zuwachs der im „katholischen Deutschland" abgegebenen sozialistischen Stimmen von 19 pCt. zwischen den Wahlen von 1893 und 1898 entspricht genau dem Wachstum, das die Gesamtzahl der sozialistischen Wähler des Reiches in dem genannten Zeitraum zu verzeichnen hatte."

Der „Ausdehnungskraft der sozialistischen Propaganda" entspricht nun, wie der „Vorwärts" (27. Juli 98) im weiteren hervorhebt, „die interessante Erscheinung,

[1]) Die inzwischen berechneten amtlichen Zahlen.

daß der relative Anteil der in den großstädtischen Wahlbezirken abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl der sozialistischen Wähler von Jahr zu Jahr ein geringerer wird." Er beleuchtet dies durch die folgenden Zahlenreihen.

Sondert man die in den 35 rein städtischen, oder doch zum weitaus überwiegenden Teil städtischen Reichstagswahlkreisen (Berlin 1—6, Hamburg 1—3, München 1 und 2, Breslau 1 und 2, Dresden 1 und 2, Altona, Chemnitz, Nürnberg, Braunschweig, Stettin, Elberfeld-Barmen, Hannover, Königsberg i. Pr., Frankfurt a. M., Magdeburg, Bremen, Stuttgart, Halle a. S., Leipzig, Straßburg i. Els., Düsseldorf, Köln, Danzig, Aachen, Krefeld) abgegebenen sozialistischen Stimmen aus der Gesamtzahl der letzteren aus, so ergeben sich für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei den jeweiligen Hauptwahlen zum Reichstag seit Einführung des Sozialistengesetzes folgende Gesamtstimmenzahlen:

	im ganzen Reich	in den Großstädten	Prozentanteil d. Großstädte
1881	311 965	161 058	51,62
1884	549 990	265 453	48,27
1887	763 128	350 396	45,90
1890	1 427 298	510 975	35,80
1893	1 786 738	555 343	31,08
1898	2 120 000*)	625 000*)	29,48

*) Nach vorläufiger Feststellung.

Diese Verschiebung fällt, wie das sozialdemokratische Blatt bemerkt, um so mehr ins Gewicht, da der Anteil der betr. Großstädte an der Gesamtbevölkerung des Reiches von etwa 10 pCt. im Jahre 1880 auf rund 15 pCt. im Jahre 1895 gestiegen sei. Und es berechnet nun weiter, seit 1893 sei die Summe der in den Großstädten abgegebenen sozialistischen Stimmen um etwa 69 650 = 12,54 pCt. gewachsen, während die in den Kreisen der Mittel- und Kleinstädte und des Landes um etwa 263 000 = 21,36 pCt. zugenommen, also die Zunahmeziffer der im ganzen Reiche auf Sozialdemokraten gefallenen Stimmen (18,76 pCt.) erheblich überstiegen habe.

Diese Zahlen bedürfen allerdings einer Korrektur, da nach den Zusammenstellungen des Reichstags-Bureaus nicht 2 120 000, sondern nur 2 107 076 Stimmen insgesamt bei den 1898er Wahlen auf Sozialdemokraten gefallen sind; immerhin bleibt die Thatsache bestehen, daß die Sozialdemokratie außerhalb der Großstädte und sonstigen Industrie-Mittelpunkte von Wahl zu Wahl mehr Boden gewinnt.

„Noch augenfälliger", fährt der „Vorwärts" fort, „tritt die wachsende Bedeutung der nichtgroßstädtischen Gebietsteile für die sozialistische Bewegung im Reiche bei der Frage der numerischen Gestaltung unserer Reichstagsfraktion in die Erscheinung. In der im Frühjahr zu Ende gegangenen Legislaturperiode war genau die Hälfte der Arbeitervertreter des Reichsparlaments, 23 von 46, in Großstädten gewählt. Die jüngsten Wahlen ergaben ein wesentlich verändertes Bild; nur 22 von den 56 sozialistischen Wahlsiegen sind in großstädtischen Kreisen erfochten worden; selbst von den 32 im ersten Wahlgange genommenen Kreisen entfällt die volle Hälfte auf Gebiete ohne Großstädte."

Daß durch diese Verschiebung die Lage der Partei schwieriger wurde, ist klar; ja der „Vorwärts" muß, wenn auch widerwillig, zugeben, daß dieselbe schon ein gewisses Erkalten der roten Glut in den alten Agitationsherden andeutet. Er äußert sich wie folgt: „Diese Erscheinung findet ihre Erklärung einerseits darin, daß in den volkreichsten Industrie- und Handelscentren infolge der langjährigen, von den thatsächlichen Verhältnissen in ihrem Erfolg begünstigten Organisation und Agitation nachgerade ein Zustand der Sättigung mit sozialdemokratischen

Wählern erreicht wurde, insofern jeweils die große Mehrzahl derjenigen bereits im Lager des kämpfenden Proletariats zu finden ist, welche nach Maßgabe ihrer gegenwärtigen sozialen Position überhaupt schon ein Interesse an der anzustrebenden Sozialisierung der Gesellschaft haben . . . Man darf daher den Schluß ziehen, daß für die Zukunft jedenfalls in den Großstädten unser Vordringen immer schwieriger werden wird, weswegen dort unsere Agitation sich immer intensiver entwickeln muß."

Das ist zweifelohne nicht logisch; man sollte im Gegenteil bei dem ständigen Wachsen der Industriebevölkerung und der Großstädte auch ein entsprechendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen gerade in ihren alten Sitzen erwarten. Wir konnten schon im vorigen Jahre (Ant. Jahrb. 98. S. 178) darauf hinweisen, daß der „Siegeszug" der Sozialdemokratie nicht ohne erhebliche Rückschläge geblieben ist. In der damaligen Liste war als besonders schmerzlicher Verlust der der Hochburg Mainz verzeichnet; die Wiedereroberung derselben ist auch diesmal nicht gelungen. Ueberhaupt ist durch die 1898er Wahlen das Märchen von der Unbesiegbarkeit der Sozialdemokraten gründlich widerlegt worden. Weder sind überall die Mandate noch die Stimmenzahlen behauptet worden. Daß die Zahl der gewonnenen Mandate der großen Stimmenzahl nicht entsprach, ist selbstverständlich bei der Ausdehnung des Kampffeldes. Im ersten Wahlgange wurden 32 Wahlkreise erobert, darunter 29, welche von Sozialdemokraten vertreten gewesen waren, während Hanau, Lübeck und Stuttgart neu gewonnen wurden. Dieser Zuwachs wurde jedoch durch den Verlust der drei Kreise Straßburg i. Els., Reichenbach-Neurode i. Schl. und Mittweida-Frankenberg i. Sachs. (Rochlitz-Flöha) ausgeglichen. Sechzehn der zuvor von „Genossen" vertretenen Kreise mußten in der Stichwahl verteidigt werden, außerdem stand die Partei noch in 97 weiteren Kreisen in der Stichwahl. Das Ergebnis dieser 113 Stichwahlen waren 24 Siege, so daß die Partei im ganzen 56 Mandate errang, von denen sie 35 bereits in der vorigen Legislaturperiode besaß, 21 neu oder zurückeroberte; es waren nämlich von den letzten Kreisen fünf bereits in früheren Jahren sozialdemokratisch vertreten gewesen. Von den 16 Wahlkreisen des früheren Besitzstandes, die diesmal in der Stichwahl zu verteidigen waren, gelang es nur sechs (Berlin 3, Breslau-Ost, Braunschweig, Halle, Teltow-Beeskow und Waldenburg i. Schl.) zu behaupten; zehn von diesen Kreisen (Berlin 2 und 5, Brandenburg, Dortmund, Höchst-Usingen, Kiel, München 1, Plauen, Solingen und Stettin) gingen verloren. Unter den diesmal in der Stichwahl neu eroberten Kreisen befinden sich drei, Dresden-Altstadt, Hanau und Mannheim, die bereits in früheren Legislaturperioden von „Genossen" vertreten gewesen, doch 1893 nicht wiedergewonnen waren.

Daß sich in den Reihen der Partei über diese Verluste alter Kreise große Unzufriedenheit zeigt, ist erklärlich, zumal die „Genossen" selbst am besten wissen, daß sie die neuerworbenen Stimmen zum erheblichen Teil nicht der Zugkraft des Programms, sondern gerade der Verleugnung desselben verdanken. Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag bestreitet das zwar, doch gerade die gereizte Form, in der er dies thut, ist bezeichnend: „Es kann uns kalt lassen, wenn unsere Gegner nach den Wahlen behaupteten, der Ausfall desselben habe in unsren Reihen sehr verstimmt, denn wir hätten sowohl in Bezug auf die Mandate, als auch auf die Zahl der abgegebenen Stimmen viel weitergehende Erwartungen gehabt." Auch sprachen „Genossen" wie Stadthagen und Bebel auf dem Parteitag in Stuttgart ganz offen aus, daß die gehegten Erwartungen nicht erfüllt sind.

Der Stimmenzuwachs verteilt sich auf die einzelnen Gebiete wie folgt: Preußen insgesamt 178 651, Ostpreußen 22 308, Berlin 4289, Brandenburg 33 655,

Pommern 1 630, Schlesien 32 094, Prov. Sachsen 25 934, Schleswig-Holstein 6194, Hannover 16 211, Westfalen 12 455, Hessen-Nassau 16 331, Rheinland 8 556; Baiern rechts d. Rh. 1 449, Pfalz 10 817, Kgr. Sachsen 28 536, Württemberg 19 651, Baden 12 766, Grh. Hessen 11 423, beide Mecklenburg 14 710, Oldenburg 1 533, Freie Städte 17 981, Reichslande 5 804, Thüring. Staaten, Anhalt, Lippe, Waldeck 18 300.

Es ist natürlich nicht gesagt, daß ein Zuwachs auch ohne weiteres eine Verbesserung der Stellung in dem betr. Gebiete bedeutet. In Pommern z. B. ist die Lage der „Genossen" nicht günstiger geworden; den einzigen Kreis, den sie besaßen, Stettin, haben sie verloren, und in Randow-Greifenhagen, wo sie 1893 in die Stichwahl kamen, fielen sie diesmal sofort aus. In den Reichslanden hat die Sozialdemokratie von ihren zwei Sitzen nur einen behauptet, in der Rheinprovinz vollends von dreien nur einen. Stimmenrückgang in einzelnen Kreisen gehört keineswegs zu den Seltenheiten, so haben in Berlin die Stimmen nur im 5. und 6. Wahlkreise zugenommen, in den anderen sind sie, wie die folgende Zusammenstellung zeigt, zurückgegangen.

	1893:	1898:	Verlust:
1. Wahlkreis	4 069	3 635	434
2. „	26 667	26 269	398
3. „	12 732	11 411	1 321
4. „	46 356	45 293	1 063

Zur Stimmenverschiebung im Königreich Sachsen stellt „Leipziger Tagebl. u. Anz." folgendes fest:

„Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß von dem Mehr der sozialdemokratischen Stimmen 20 891 auf das östliche Sachsen (Wahlkreise 1—8) entfallen und nur 7 645 Stimmen auf das ganze übrige Sachsen (Wahlkreise 9—23). In sieben Kreisen des letzteren Teiles von Sachsen hat die sozialdemokratische Partei sogar Einbuße an Stimmen erfahren, so in Glauchau-Meerane 1797 Stimmen, Oschatz-Wurzen 1303 Stimmen und Frankenberg-Mittweida (Rochlitz-Flöha) 919 Stimmen. Am stärksten war die Zunahme im 4., 6. und 13. Wahlkreise (Umgebung Dresdens und Leipzigs) mit zusammen 15 940 Stimmen. Gerade die hier erzielten Erfolge, die im wesentlichen auf das Anwachsen der industriellen Bevölkerung zurückzuführen sind, zeigen, daß man sich bei der Aufstellung von Kandidaten in solchen Wahlkreisen eines jeden Experimentierens zu enthalten hat."

Im letzten Jahrfünft ist, wie das genannte Blatt hervorhebt, das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei in Sachsen schwächer gewesen als in den früheren Perioden: „es entsprach nur genau der Zunahme der Wahlberechtigten (10,54 Proc.). Hätte sich also die allgemeine Wahlbeteiligung auf der Höhe von 1893 gehalten, so würde das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen nur als natürliche Folge der Bevölkerungszunahme zu registrieren sein. Bedrohlich wird es aber durch die Lauheit der bürgerlichen Wähler und den dadurch hervorgerufenen Stimmenrückgang dieser Parteien."

Zurückgegangen sind ferner die sozialdemokratischen Stimmen außer in den Provinzen Posen und Westpreußen in Hohenzollern von 280 auf 221, in Schaumburg-Lippe von 1304 auf 1237 und ferner im Großherzogtum Braunschweig von 27555 auf 26272 (— 1283). Der Grund für den Rückgang in Braunschweig liegt in alten Streitigkeiten unter den dortigen „Genossen". Vor etwa drei Jahren wurde der „Volksfreund" aus dem Privatbesitz des Druckers Günther in den der Partei übernommen, und seitdem sind zwei sich heftig befehdende Parteien vorhanden. Mißhelligkeiten zwischen dem Redakteur des Blattes, Berthold Heymann, und dem Vorsitzenden der Preßkommission, Simon Färber, die beide für Juden

gehalten werden, machten Heymann's Stellung unhaltbar; und um sich zu rächen, kramte er in öffentlicher Versammlung nun eine dunkle Parteiangelegenheit wieder aus, in die zwei Anhänger Färber's, die „Genossen" Kießling und Pistorius verwickelt waren. Diese Sache hat schon den Gothaer Parteitag (Okt. 96) beschäftigt, dessen Protokoll die folgende, offenbar stark gemilderte Darstellung über dieselbe nach dem Bericht des „Genossen" Ehrhardt bringt:

„Ein Schiedsgericht im Mai d. J. (also 1896) hat bereits Pistorius aus der Partei ausgeschlossen und Kießling für unfähig erklärt, ferner ein Parteiamt zu bekleiden. Beide waren jahrelang Freunde und haben ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan, aber auch immer vereint andere Richtungen nach Kräften angerempelt. Im Frühjahr gerieten sie in Streit, Pistorius teilte dem Redakteur Jäckh mit, daß Kießling sich in dem unseligen Bierboykott von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover durch die Summe von 300 Mk. hat bestechen lassen (nämlich den Boykott in die Länge zu ziehen. D. V.). Jäckh beging dann die Taktlosigkeit, die Sache an die Oeffentlichkeit zu bringen. Unser eigenes Parteiorgan wühlte diesen Schmutz auf, während die gegnerische Presse viel milder darüber urteilte.[1]) Das Schiedsgericht, das dann eingesetzt wurde, hat sich in etwa vier Sitzungen mit der Frage beschäftigt. Es konnte nicht festgestellt werden, daß sich Kießling durch 300 Mk. habe bestechen lassen, wohl aber wurde erwiesen, daß Pistorius von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover 500 Mk. erhalten hat. Hiervon gab er 300 Mk. an Kießling als Entschädigung für Arbeitsleistungen, da Kießling das Hannoversche Bier eingeführt und verschleißt hatte. (Es war somit jedenfalls sein Vorteil, wenn der Boykott recht lange währte. D. V.) Sonderbarerweise hat Pistorius von den 500 Mk. 200 Mk. für sich behalten, die er dann verrechnet hat. Es war eine sehr unnoble Handlungsweise von Pistorius, daß er zwei Jahre lang über diese Vorkommnisse schwieg und erst dann damit herausrückte, als er sich mit Kießling verfeindet hatte. Gegen Kießling muß ferner der Vorwurf erhoben werden, daß er, ohne ein Schiedsgericht abzuwarten, sich mittels der Faust Recht verschaffte, er der kräftigere gegen den schwächeren Mann." Des weiteren teilte dann Ehrhardt dem Parteitage mit, daß für die Ausschließung der beiden „Genossen" diese Vorgänge als „kein völlig genügender Grund" angesehen seien, man vielmehr gegen sie vorgegangen sei, weil sie durch „unaufhörliche Reibereien und Intriguen" allgemeine Entrüstung hervorgerufen hätten.

Nun folgen eine Reihe von Erklärungen, Flugblättern und Versammlungen der verschiedenen Braunschweiger „Genossen" gegeneinander, von deren Tonart eine vom bisherigen Parteipascha Färber erlassene Streitschrift einen Begriff geben mag; es heißt da:

„Ein Mensch (natürlich Heymann), der das von ihm geleitete Organ zum Tummelplatze persönlicher Angriffe herabwürdigt, der in einer Versammlung[2]), die unter Mißbrauch des Amtes des Vertrauensmannes einberufen worden, zum Ergötzen der Gegner seine vorgesetzte Behörde, die Preßkommission, verunglimpft, deren Vertreter sowie den Vertrauensmann von einer durch entstellte Berichte aufgeregten Menge niederbrüllen läßt, ist nicht würdig, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden." — Ungemein komisch wirkt es, wenn unmittelbar hier anschließend der Freund des Faustkämpfers Kießling, — der ebenso wie Pistorius längst wieder in den Parteischoß aufgenommen war —, fortfährt: „In der sozialdemokratischen Partei war es stets Ehrensache, ruhig und in anständigen Formen zu diskutieren," und dann weiter unten sagt: „Von dem Schützling Heymann gehen wir zu seinem Beschützer Günther über. Dieser berechnete den hiesigen Genossen für den Druck einer Nummer des „Volksfreund" 95,60 Mk., während andere Parteiblätter bei gleicher Auflage und viel mehr Satz um durchschnittlich 21 Mk. pro Nummer oder mit

[1]) Wie immer bedeckte also die jüdisch-freisinnige Presse die unliebsamen Vorgänge im Lager der „Genossen" mit dem Mantel der Liebe, während sie sonst nicht Klatsch genug an die Oeffentlichkeit zerren kann.

[2]) Am 15. Juli 1898.

Berücksichtigung der Beilage um 8000 Mk., sage und schreibe Achttausend Mark jährlich billiger gedruckt wurden. Unser Geschäftsführer Färber, der durch eigene Berechnungen und durch Umfragen bei Fachmännern diese horrende Ueberteuerung feststellte und für angemessene Ermäßigung des Preises energisch eintrat, war deshalb auch der Gegenstand besonderer Angriffe des Herrn Heymann in der letzten Versammlung. Herr Günther war zu einer Herabsetzung des Preises nicht zu bewegen, erst wollte er gar nichts, nach 14 Tagen 5 Mk. pro Nummer nachlassen, nach weiteren 14 Tagen bequemte er sich zu einem Nachlaß von 12 Mk. und endlich zu einem solchen von 15 Mk. Dadurch wird das Blatt heute um über Fünftausend Mark pro Jahr billiger als bisher, aber immer noch um Zweitausend Mark teurer als die meisten andern Parteiblätter hergestellt. — Für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November bestand Herr Günther aber auf den horrenden Preis von Mk. 95,60 bezw. Mk. 91,60 für die geringere Auflage und strich von der Proletarierpartei einen Extraprofit von zirka Zweitausend Neunhundert Mark ein. — Er berechnete dem Verlage des „Volksfreund" für 10 000 Streifbänder 30 Mk., die dieser in einer anderen Parteidruckerei für 12,90 Mk. bezogen hat, was einer Ueberteuerung — fast hätten wir gesagt Uebervorteilung — von über 140 Prozent gleichkommt."

In einer zweiten Versammlung am 18. Juli verliefen die Auseinandersetzungen der „Genossen" so „ruhig und anständig", daß die polizeiliche Auflösung erfolgte; in einer dritten am 23. Juli hielt die Partei Heymann ein furchtbares Ketzergericht, indem sie den Vorstand des Arbeitervereins und die Färbersche Preßkommission für abgesetzt und die „Genossen" Kießling und Pistorius nochmals für ausgeschlossen erklärte. Die Färberschen „Behörden" ihrerseits protestierten in einem Flugblatt, überschrieben „Ein sozialdemokratischer Staatsstreich",

„energisch gegen die gewaltsame, den Parteigesetzen widersprechende Handlungsweise der Herren Blos, Heymann, Günther und Konsorten. Die von der Preßkommission eingesetzte Redaktion, die der Reichstagsabg. Blos unter Androhung von Gewalt ihres Amtes enthoben hat, hat sich im Parteiorgan ... aller Angriffe gegen einzelne Parteigenossen enthalten."

Der „Volksfreund" vom 26. Juli gab hierzu folgende Erläuterung: „Zur Kenntnis der Parteigenossen bringen wir hiermit, daß am Sonnabend der frühere Geschäftsführer Färber durch unsern Genossen Blos nur unter Berufung auf das Hausrecht entfernt werden konnte, die Uebergabe der Kasse und Bücher aber verweigert hat. Es sind infolgedessen die notwendigen gerichtlichen Schritte gegen ihn eingeleitet worden, welche bereits das Ergebnis gezeitigt haben, daß der Geschäftsführer sich bereit erklärt hat, noch heute die verlangte Abrechnung zu liefern. Auch der Expedient Kießling ist auf Grund des Parteibeschlusses vom letzten Freitag gekündigt worden und hat am Montag bereits das Geschäft verlassen."

Es folgten seitdem noch mancherlei Flugblätter und Versammlungen, die im wesentlichen jedoch stets den alten Schmutz in Form neuer Beschimpfungen und Verdächtigungen wiederholten, somit ein weiteres Interesse nicht haben.

Daß übrigens die Presse den „Genossen" viel mehr Kopfschmerzen macht, als es ihre prahlerischen Berichte vermuten lassen,[1]) zeigt auch die folgende Mitteilung der „Saale-Ztg." (27. Sept. 98) aus Weimar:

„Im sozialdemokratischen Lager unserer Nachbarstadt Apolda, der Metropole der Genossen in unserem Großherzogtum, spielt sich gegenwärtig ein öffentlicher Skandal ab. Im Auftrag der an der Spitze der Partei stehenden Persönlichkeiten, des Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Baudert, des Reichstagskandidaten und Gemeinderatsmitgliedes Leutert und andern Größen, hatte Genosse Buchdrucker Berger den Druck der vor mehreren Jahren in Apolda erschienenen „Freien Presse" besorgt. Als das Unternehmen ins Wanken kam und schließlich aufhören mußte, war es der arme Drucker, der die Zeche bezahlen

[1]) Auch der Fall Lütgenau, den wir weiter unten besprechen, gehört hierher.

mußte. Die edlen Volksbeglucker strichen zwar als Verleger bis zum letzten Tage die Abonnements- und Inseratengelder ein, gaben aber dem Drucker für das letzte Quartal nicht einen Pfennig und beriefen sich später vor Gericht darauf, daß sie den Weiterdruck des Blattes nicht „bestellt" hätten. Leutert hatte schon früher öffentlich erklärt, „wenn nicht mehr Geld für die „Freie Presse" eingehe, so werde man den Drucker besch . . ., der bekomme dann nichts!" Jetzt teilt nun der betrogene „Genosse" Berger den ganzen Sachverhalt in Flugblättern mit. Baudert vertritt bekanntlich den ersten weimarischen Wahlkreis im Reichstag und die Stadt Apolda im Landtag, während Leutert beinahe Reichstagsabgeordneter für Jena geworden wäre."

Ein besonders bitterer Tropfen im Freudenbecher war der Verlust Solingens, weil er durch Vorgänge herbeigeführt wurde, wie sie nach dem Berichte des Parteivorstandes seit der Vereinigung der beiden Parteigruppen im Jahre 1875 nicht mehr dagewesen sind. Ein alter Zwist, der schon viele Parteitage beschäftigt hat, führte zum völligen Bruch zwischen dem früheren Abgeordneten Schumacher und der Partei. Schumacher sollte mit Geld abgefunden und kalt gestellt werden, hatte jedoch keine Neigung hierzu und ließ es auf eine Kraftprobe ankommen. Der Vorstandsbericht schreibt voll Erbitterung über diese Revolution im eigenen Lager:

„Obwohl seitens der Parteileitung alles geschah, um den Hamburger Beschluß durchzuführen und Georg Schumacher, unter der Zusicherung, daß er die vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten Arrangements der Solinger Blatt- und Druckereiverhältnisse als Ausführung der Hamburger Beschlüsse anerkannte, es erreichte, daß mehrere Tausend Mark Parteigelder zur Verfügung gestellt wurden, um Verpflichtungen aus der Schumacher'schen Blattgründung zu decken, für welche Schumacher neben einigen seiner Freunde die Bürgschaft übernommen hatte, brach er doch nach dem Empfange des Geldes sein in Hamburg und dem Parteivorstand gegenüber verpfändetes Wort. Unter lächerlichen Vorwänden behauptete er später, die in Hamburg gemachten Zusagen seien vom Vorstand nicht erfüllt und deshalb sei auch er an sein gegebenes Wort nicht mehr gebunden. Er ließ sich von seinen Freunden wieder als Kandidat aufstellen und die Folge war, daß sich im Kreise zwei sozialdemokratische Kandidaturen gegenüber standen. Von seiten des Parteivorstandes wurde nichts versäumt, um die Parteigenossen und Arbeiter des Kreises über den wirklichen Sachverhalt und den eigentlich Schuldigen aufzuklären. Der Erfolg blieb auch insofern nicht aus, als von den fünf in dem Kreise aufgestellten Kandidaten Schumacher erst an dritter Stelle rangierte, während unser Parteikandidat mit einem Liberalen in die Stichwahl kam. Bei dieser zeigte es sich nun erst eklatant, wie vollständig entfremdet Schumacher der Partei bereits war. Statt, wie von seinen alten Parteibekannten als selbstverständlich betrachtet wurde, nunmehr seine Anhänger aufzufordern, wie ein Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Liberalen einzutreten, stellte er Bedingungen für seine Entscheidung bei der Stichwahl, die einfach für jeden Ehrenmann unannehmbar waren und denen man es auf den ersten Blick ansah, daß sie nur gestellt waren, um eine Verständigung unmöglich zu machen. Unsere Genossen im Kreise gaben die einzige, einem solchen Verhalten gegenüber gebührende Antwort, sie straften den abtrünnigen Verräter mit Verachtung, nahmen aber den Stichwahlkampf mit verdoppelter Energie auf. Schumacher aber und das Gros seiner Anhänger schwenkte zu den Liberalen ab und verhalf diesen auch zum Siege. So ist der Partei ein alter und sicherer Wahlkreis verloren gegangen durch das verräterische Gebahren eines Mannes, der sich seit 30 Jahren zu ihr zählte und sie 14 Jahre als Abgeordneter im Reichstag vertrat. Die Genossen im Solinger Kreise haben Schumacher und fünf Genossen aus der Partei ausgeschlossen." [1])

[1]) Anmerkung bei der Korrektur: Die zur Partei gehörigen „Genossen" haben übrigens bei den Stadtverordneten-Wahlen Wiedervergeltung geübt. „Das Volk" (15. Dezember 1898) berichtete hierüber wie folgt: „Neben den offiziell-sozialdemokratischen Bewerbern Weck, Forkert und Bollengraben hat auch Schumacher mit seinem Anhänger Heßmer in der Hauptwahl als „Sozialdemokrat" kandidiert, und zwar mit dem Erfolge, daß er den Gegengenossen mit mehr als der dreifachen Stimmenzahl (460 gegen 140)

Die Antwort auf diesen Bannfluch des Parteivorstandes war, daß eine Solinger Arbeiterversammlung dem Stuttgarter Parteitage mitteilte, sie erkläre sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch.

Wahlmittel und Wahlmache.

Alles in allem bleibt immer die sehr unerfreuliche Thatsache bestehen, daß die Sozialdemokraten in einem großen Teil des Reiches auch auf dem Lande festen Fuß gefaßt haben, und dies in vielen Gegenden ohne auch nur einen einzigen Saal zu Versammlungen erhalten zu können. Lediglich durch Flugblattverbreitung und Kleinagitation sind in manchen Kreisen 3—4000 Stimmen gewonnen worden. Welchen Umfang diese ziemlich unbemerkt vor sich gehende Arbeit der „Genossen" hat, ist kaum zu glauben. In manchen brandenburgischen Wahlkreisen sollen am letzten Tage etwa hundert sozialdemokratische Agitatoren unterwegs gewesen sein. Wenn diese Leute auch meist keine sehr hellen Köpfe sind, so sind sie immerhin gefährlich, weil sie ohne Gefahr für die Partei das Blaue vom Himmel herunterlügen und versprechen können. Wird ein solcher Wahlschwindel hinterher auch wirklich entdeckt, so ist meist gar nicht einmal festzustellen, wer der Betreffende war.

Ueber ein solches Wahlmanöver berichtete die „Staatsbürger-Ztg." vom 21. Mai 1898 aus Schleswig. Dort fiel es auf, daß auf der von Schiffern und Fischern bewohnten Insel Maasholm an der Schleimündung 1893 sehr viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren, trotzdem die Bevölkerung durchweg als königstreu bekannt war. „Man erfuhr jedoch bald darauf, daß die guten Maasholmer das Opfer eines dreisten Schwindels geworden waren: der sozialdemokratische Agitator hatte ihnen die Versicherung gegeben, daß seine Partei für einen hohen Zoll auf — Häringe eintreten werde."

Und welche Massen von Flugblättern durch die Scharen der „Genossen" in der Bevölkerung verbreitet werden, dafür einige Zahlen. Im Wahlkreise Weimar-Apolda wurden nach dem „Vorwärts" (7. September 98) vom Central-Wahlkomitee drei Flugblätter jedes in einer Auflage von 40 000 Exemplaren herausgegeben (also 120 000 Stück); „dazu kommen noch die in den einzelnen Orten von den Lokalkomitees herausgegebenen Flugblätter." In der Parteiversammlung für den 7. sächsischen Wahlkreis wurde, wie die „Sächs. Arbt.-Ztg." (16. Sept. 98) mitteilt, berichtet, daß bei den Landtagswahlen in diesem Kreise 4000 Kalender und 2 Flugblätter in 34 000 Stück verbreitet seien, bei der Reichstagswahl 186 000 Stück Flugblätter! In Berlin wurden laut „Vorwärts" am letzten Sonntag vor der Reichstagswahl im ersten Wahlkreis 30 000, im fünften 40 000 und im sechsten 200 000 Flugblätter verteilt. Der Bericht des Parteivorstandes („Vorw." 20. Sept. 98) erwähnt u. a., „dem Central-Wahlkomitee in Königshütte, für den Regierungsbezirk Oppeln, wurde gleich zu Beginn des Wahlkampfes ein mehrseitiges Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache in einer Auflage von 120 000 Exemplaren zur Verfügung gestellt. Von dem „Handbuch für sozialdemokr. Wähler" sind ca. 3000 Exemplare an unsere Agitatoren und Vertrauenspersonen gratis abgegeben worden." Aus dem Bericht über die Thätigkeit des Agitationskomitees für den 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig und Umgegend) hebt „Leipzig.

---

schlug und mit den Kandidaten der bürgerlichen Parteien zur Stichwahl stand. Das hatte aber die parteistrengen Genossen ins Feuer gebracht, und es wurde in einer am Sonntag (11. Dezember) abgehaltenen Wählerversammlung die bereits vom „Vorwärts" ausgegebene Parole: „Nieder mit dem Renegaten!" adoptirt und einmütiges Eintreten für die bürgerlichen Kandidaten beschlossen. So ist denn Schumacher mit 600 gegen 750 Stimmen unterlegen."

Tagebl. u. Anzeiger" (24. August 98) hervor, „daß das Komitee nicht nur für die beiden Leipziger Wahlkreise, sondern auch in der weiteren Umgegend thätig gewesen ist, 21 verschiedene Flugblätter in zusammen 530 000 Exemplaren zur Verbreitung gebracht, in den beiden Leipziger Wahlkreisen 93 Wahlversammlungen — im Landkreise allein 81 — veranstaltet hat."

Die Kosten einer so gewaltigen Agitation sind ohne weiteres nicht zu berechnen, da die offiziellen Mitteilungen der Parteiblätter offenbar große Lücken enthalten. Der Bericht des Parteivorstandes äußert im allgemeinen: „Hier sei nur bemerkt, daß der Wahlkampf dieses Mal Summen gekostet hat, wie noch nie ein Wahlkampf vorher"; die Centralkasse der Partei allein habe für Wahlagitation im Berichtsjahre 213 217,70 Mk. ausgegeben, trotzdem in den örtlichen Kassen hohe Beträge gesammelt gewesen seien.

Der „Hannov. Courier" brachte (gegen Ende Juli 98) einen interessanten Ueberschag über die Kriegskosten der Sozialdemokratie, den wir, wenn er auch nur zum Teil hierher gehört, folgen lassen:

„In sonst ganz gut unterrichteten Kreisen der „Genossen" nimmt man an, daß die Reichstagswahlen der Partei über eine Million Mark gekostet haben. Die Abrechnung über die Kriegskosten im Wahlkreise Kalbe-Aschersleben liegt vor: Die Wahl kostet 5245 Mk.[1]) In etwa zweihundert Wahlkreisen hat die Partei die Wahlarbeit intensiv betrieben und die Rechnung, daß sie für Reichstagswahlen etwa eine Million ausgegeben, dürfte stimmen. Die Gewerbegerichtswahlen sind ja bedeutend billiger, aber mehrere tausend Mark kosten dieselben in jeder größeren Stadt ebenfalls; auch die Stadtverordnetenwahlen verursachen nennenswerte Kosten. Die Wahlen für die Delegierten zu den Ortskrankenkassen, deren Verwaltung fast allgemein in sozialdemokratische Hände übergeht, sind nicht umsonst, denn das weiß ja nicht jedermann, daß es eine Phrase ist, wenn die Herren Agitatoren von der „gewaltigen freiwilligen, unbezahlten Arbeit" der „Genossen" so viel Lärm machen. Die Wahlen zu den Einzellandtagen sind auch nicht billig; sie werden ja oft viele Wochen vor dem Wahltermine aufgenommen. Daß die Streiks im vorigen Jahre Millionen gekostet haben, ist bekannt. Für ausländische Wahlen und ausländische Streiks werden ebenfalls hohe Summen geopfert, desgleichen für die Maifeier. Kurzum die Kriegskosten, welche die Arbeiter für die sozialdemokratische Agitation aufzubringen haben, belaufen sich sicherlich in jedem Jahre auf 5 bis 6 Millionen Mark; bei 400 000 zahlenden „Genossen" hat also jeder jährlich 15 Mk. für Parteizwecke zu opfern. Die Anhänger der bürgerlichen Parteien bringen bei weitem für ihre Parteizwecke nicht so viel auf."

Daß diese Angaben, wenigstens in Bezug auf die Kosten der Reichstagswahlen, wahrscheinlich noch viel zu niedrig sind, beweist folgende Mitteilung der „Hamburger Nachr." (vom 5. Sept. 98) aus dem Bericht über die sozialdemokratische Parteikonferenz für den 8. und 10. schleswig-holst. Wahlkreis:

„Aus dem vom Vertrauensmann Heinrich erstatteten Bericht über die letzte Reichstagswahl ergiebt sich, daß die letzte Reichstagswahl im 8. und 10. Schleswig-holsteinschen Wahlkreis 19 045,57 Mk. Unkosten verursacht hat, wovon allein 7000 Mk. auf die Stichwahl im 10. Wahlkreise entfallen."

In der Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg erklärte, wie die „Deutsche Wacht" (2. Sept. 98) meldet, der Obmann, der neugewählte Reichstags-

---

[1]) Diese Angabe kann unmöglich richtig sein. In genanntem Kreise erhielten die Sozialdemokraten im ersten Wahlgange 17 090 Stimmen. Schon wenn diese mit den 5245 Mk. errungen wären, würde dies fabelhaft billige Arbeit sein; dann aber kam noch die Stichwahl hinzu (18 300 Stimmen), deren Kosten sicherlich auch nicht unbeträchtlich waren. Es müssen jedenfalls noch anderweit erhebliche Zuschüsse vom „Mond" gefallen sein.

abgeordnete Antrick: „Der Bauer ist für die sozialdemokratische Agitation nicht zugänglich gewesen, es sei daher Thorheit, für einen Kreis 3000 Mk. auszugeben, wenn man bei der Wahl nur 193 Stimmen erhalte." — Die Erfolge auf dem Lande scheinen demnach doch recht teuer gewesen zu sein.

Es sind somit selbst für völlig aussichtslose Kreise erhebliche Summen aufgewendet worden. Und trotz der unstreitigen Erfolge kann man eine gewisse Katzenjammer-Stimmung nicht unterdrücken: es ist etwas bei der Sache nicht richtig. Dies äußerte noch deutlicher der hessische Landtagsabgeordnete Dr. David auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Darmstadt. Er sagte, wie „Das Volk" (22. Sept. 98) berichtet, u. a.:

„Manche Fortschritte auf dem Lande beweisen noch nicht ohne weiteres unser Eindringen in die eigentliche Bauernschaft. Von dieser haben wir zwar einzelne gewonnen, aber die Mehrheit steht uns noch ablehnend, zum Teil sogar feindlich gegenüber. Das tritt am klarsten gerade in den Orten nahe den Industriezentren zu Tage, wo sozialdemokratische Organisationen sind und kein Mittel unversucht gelassen wird, den landwirtschaftlichen Teil der Einwohnerschaft zu gewinnen. Gerade dort ist der politische Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft am schärfsten".

Damit ist entschieden der Nagel auf den Kopf getroffen: Wo die Landbevölkerung Gelegenheit hat, die großstädtische Sozialdemokratie aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wendet sie sich schroff von ihr ab. Die Erfolge der „Genossen" beruhen zum erheblichen Teil auf einer mit größter Dreistigkeit durchgeführten Verschleierung der Parteiziele. Die Anweisung zu diesem unehrlichen Spiel war ja auf den Parteitagen schon deutlich genug gegeben. Auf dem zu Halle 1890 wurde empfohlen, von der Verstaatlichung von Grund und Boden, wie ihn das Programm verlangt, auf dem Lande noch nicht zu sprechen, das sei „verfrüht" (vergl. Jahrb. 97, S. 116). Andere Redner erklärten es für ratsam, bei der Agitation auf den Dörfern „die Religion ganz aus dem Spiel zu lassen". (Jahrb. 98, S. 162 ff.) Aehnliche gute Ratschläge wurden auf dem Hamburger Parteitag (1897) erteilt, auf dem Bebel auch die bekannte Losung ausgab: die Taktik müsse geändert werden. (Jahrb. 98, S. 154.)

Nach diesen Grundsätzen wurde diesmal bei den allgemeinen Reichstagswahlen vorgegangen. Trotzdem wären nicht so viele „kleine Leute" auf dem Lande den roten Rattenfängern gefolgt, wenn diejenigen, die für sich das Monopol beanspruchen, die Verhältnisse auf dem Lande zu kennen, nicht in geradezu erschreckender Verständnislosigkeit der Volksstimmung gegenüber gestanden hätten. Bezeichnend für die unwissende Selbstüberhebung dieser Kreise ist ein Aufsatz, den die „Deutsche Tageszeitung" wenige Tage vor der Wahl (am 10. Juni) vom Stapel ließ:

„Die sozialdemokratischen Versuche, das Land zu erobern, zeigen durchweg eine so kindliche Unterschätzung des Verstandes der Landleute, wie sie nur die sich überhebende durch Schlagwörter genährte städtische Halb- oder vielmehr höchstens Viertelsbildung der sozialdemokratischen Führer hervorbringen kann. Einen sehr scherzhaften Eindruck macht z. B. ein Flugblatt mit der Ueberschrift „Bauern, Landleute", das sich einen geschichtswissenschaftlichen Anstrich zu geben sucht und einen höchst komischen Liederton anschlägt. Der Verfasser behauptet sogar, selbst Landwirt zu sein, was ihm niemand glauben wird. Uebrigens erkennt das Flugblatt an, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht günstig liegen. In einem Abschnitt „Wem das Land gehören soll" schreibt der gute sozialdemokratische Landmann: „Das Land soll seinem Bebauer gehören und nicht dem Kapitalisten oder großen Grundherrn, der andere für sich im Schweiße ihres Angesichts arbeiten läßt. Das Gemeindeeigentum, zu dessen Zeiten Eure Väter sorglos und glücklich waren, soll in neuer, aber verschönter Form wiedererstehen." Auf diesen Leim wird kein Bauer

kriechen. Er wird es vorziehen, auf eigener Scholle zu leben, und läßt sich durch die Redensart nicht berücken, die an anderer Stelle gebraucht wird, daß später im neuen Zukunftsstaate die Bauern insgesamt als freie Genossenschafter den Grund und Boden mit den besten technischen Hilfsmitteln zu ihrem Nutzen (d. h. natürlich zu dem der durch die sozialdemokratischen Führer geleiteten Gesamtheit) bearbeiten werden . . .

Sehr komisch ist es auch, wie man die Wahlgespräche, die im „Berliner Blatt" veröffentlicht wurden und wegen ihrer allgemeinen Verständlichkeit eine so bedeutende Wirkung ausüben, nachzuahmen sucht. In einem in Ostpreußen veröffentlichten Flugblatte: „Vater, Vater! dort kommt der Franz an!" spielt dieser Franz die Rolle des „Aufklärenden", und der ländliche Vater, der mit seiner Familie die fabelhaftesten Erfahrungen gemacht und die entsetzlichsten Unbilden von dem Großgrundbesitzer erduldet hat, wird natürlich bekehrt. Es werden sogar die Chinesen ins Feld geführt, die dem Vater die Arbeit nehmen werden, wovor ihn natürlich nur die Sozialdemokratie beschützen kann. Die Chinesen werden auch den mecklenburgischen Arbeitern als Schreckgespenst gezeigt, die im übrigen nicht über die beabsichtigte Verstaatlichung des Grund und Bodens aufgeklärt, sondern nur in ganz einfacher Weise gegen ihre Brotherren aufgehetzt werden . . ."

Zum Schluß stellt das Blatt fest:

„Im allgemeinen ist der Inhalt der sozialdemokratischen Flugblätter höchst dürftig. Nichts von den alten Schlagworten, den alten mündlich oft gebrauchten Redensarten und Verdrehungen. Dazu kommt, daß dieselben Flugblätter augenscheinlich in vielen Kreisen verbreitet werden, wenigstens gehen sie uns aus den verschiedensten Gegenden zu. So kann man denn sagen, daß sich die Herren Singer und Genossen nicht in große geistige Unkosten gestürzt haben, um die Genossen bei der Stange zu halten und neue Mitläufer zu fangen."

Vielleicht auch ist dieser ganze Aufsatz nicht die wahre Meinung der „D. Tagesztg.", und sie hoffte mit diesem seichten Spott den Eindruck der „dürftigen" Flugblätter noch abzuschwächen. Dann hat sie sich auch hier wieder geirrt, denn die „komischen" Wahlgespräche haben, wie wir sahen, in Ostpreußen sehr gewirkt.

Zu ernster Bekämpfung der Sozialdemokratie hatten die konservativ-bündlerischen Redner und Blätter ja auch keine Zeit. Viel wichtiger erschien es ihnen, sich den Mitbewerb der bürgerlichen Parteien vom Halse zu schaffen und vor allem das Emporkommen des Antisemitismus zu verhindern. Dabei merkten diese klugen Herren offenbar gar nicht, daß sie den „Genossen" den denkbar größten Dienst erwiesen, wenn sie beständig wiederholten, die „sozialen" Antisemiten wollen schließlich nichts andres als die Sozialdemokraten auch. Gerade diese Unterstellung erleichterte naturgemäß manchem den Uebergang ins rote Lager. Die Antisemiten bekam man zu sehen, was sie vorbrachten, war vom vaterländischen wie christlichen Standpunkt aus unbedenklich und sprach an; aber man hörte ja immer, es sei eine junge, schwache, unklare Partei; die Sozialdemokratie dagegen eine starke, einflußreiche, ihre Flugblätter waren so viel besser als ihr Ruf, und wenn beide doch so ziemlich gleich sein sollten, — dann ging man doch lieber mit der mächtigeren Partei.

So bildeten vielfach die unredlichen Ausstreuungen der Konservativen den Nährboden, in dem der Same der sozialdemokratischen Flugblätter keimen konnte. Diese nun beschränkten sich nicht darauf alles zu vermeiden, was Anstoß erregen konnte, sie drehten vielmehr den Spieß um und wiesen mit erheuchelter Entrüstung alle Vorwürfe der Gegner als Verleumdungen zurück.

So wurde u. a. eine umfangreiche Schrift „Wen wähle ich?" massenhaft verbreitet, die endlich auf der 15. von 16 Seiten auch auf die Sozialdemokratie zu sprechen kommt, aber nur um durch folgende Bemerkungen die Wähler irre zu leiten:

„Daß man unsere Partei bekämpft, gut, das mag geschehen, aber wir können verlangen, daß es sachlich geschehe. Es wird aber auf dem Lande zum Teil eine Kampfesweise gegen die Sozialdemokratie beliebt, über die wir einige Bemerkungen zu machen haben. Es wird versucht, die Sozialdemokraten gleichsam als Menschen darzustellen, die weder Pflichten gegen sich, noch solche gegen Familie, Gemeinde und Vaterland kennen, die lieber heute wie morgen eine blutige Revolution machen möchten, die lächelnd Meineide und sonstige Verbrechen begehen. Solchen und ähnlichen Verleumdungen gegenüber weisen wir darauf hin, daß es sittlich geradezu verwerflich ist, jemand zu verleumden. Denn Verleumdungen, niederträchtiger Verleumdungen macht sich der schuldig, der solche Dinge kolportiert. Und wenn es ein Beamter, ein Pfarrer, ein Lehrer oder Ortsvorsteher ist, der mit diesen Lügen hausieren geht, dann erst recht Pfui über seine Handlungsweise. Er ist und bleibt ein gewissenloser Schuft. Wenn nun solche Leute gar nicht stille zu kriegen sind, dann mache sie darauf aufmerksam, daß die Sozialdemokraten sich allerdings nicht mit jenen Leuten messen können, die gewissen Regierungs- und Hofkreisen so nahe stehen. Erinnere sie an die Skandalaffären, die am kaiserlichen Hofe mit den anonymen Schmähbriefen gespielt haben, erinnere sie an die Affäre Tausch, wo ein Beamter, der den Kaiser zu bewachen hatte, ein förmliches Spionagesystem einrichtete und alle möglichen nachteiligen Dinge über den Kaiser weiterschwatzte, erinnere sie an den konservativen Führer Freiherrn von Hammerstein, der jetzt im Zuchthause sitzt und an seinen Freund Stöcker, der den Scheiterhaufenbrief geschrieben und nachher abgeleugnet hat, erinnere sie an alle jene national-liberalen Helden, die für das Gefängnis reif waren."

Besonders raffiniert ist hier die Erwähnung des „Scheiterhaufenbriefes". Ohne Zweifel ist sie darauf berechnet, bei den Lesern der Flugschrift, die entweder nie gewußt oder längst wieder vergessen haben, was es mit den „Scheiterhaufen" auf sich hat, die Vorstellung zu erwecken, als habe Stöcker zu Hexenverbrennungen oder derartigem „reaktionären" Greuel aufgefordert. Die „Genossen" verstehen es doch sonst, so hübsch verständlich zu reden, warum also, wenn nicht Täuschung beabsichtigt war, hier diese Unklarheit?

Nach demselben Rezept ist ein Flugblatt hergestellt, mit dem in dem eroberten ersten Weimarischen Wahlkreise, also mit gutem Erfolge Stimmenfang getrieben wurde. Es heißt dort:

„Glaubt nicht den ehrabschneidenden Verleumdungen der gebildet sein wollenden, reaktionären Gesellschaft.

Es ist eine Verleumdung — daß die Sozialdemokratie das Vaterland wehrlos machen will. — Wir fordern zunächst weitere Verkürzung der Dienstzeit und allgemeine Wehrpflicht.

Es ist eine Verleumdung — daß die Sozialdemokratie die Religion zerstören will. Unser Programm fordert: Religion ist Privatsache, das heißt die Staatsgewalt hat sich jeder Einmischung in Religionsfragen zu enthalten, es soll die Religion Herzens- und Privatsache jedes Einzelnen sein.

Es ist eine Verleumdung — daß wir die Familie, die Ehe zerstören wollen; gerade die großkapitalistische Ausbeutungspolitik hat Tausende von Familien ruiniert, und so manches Eheglück ist von Wüstlingen aus jenen Kreisen zerstört. Wir wollen, daß sich auch der Aermste seines Familienglückes freuen kann.

Es ist eine Verleumdung, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland nicht liebten, weil sie international wären, — ja, international ist auch das Christentum in ausgeprägtestem Maße, denn „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker", verlangte der Gründer des Christentums von seinen Jüngern. Es ist ein schamloser Betrug, wenn unsere Gegner dem Volke vorgaukeln, weil wir international sind, seien wir antinational, volks- und vaterlandsfeindlich.

Schon oft hat die Sozialdemokratie bewiesen, daß sie größere Liebe zum Volke, zur Heimat, zur Familie hat, wie so mancher aus den höchsten Schichten der Gesellschaft. Während der Cholerazeit flüchteten in Hamburg die „Reichsten und Edelsten" des Volkes, und die Sozialdemokraten stellten sich in opfermütiger

Weise der Polizei zur Bekämpfung der Seuche zur Verfügung.

Wähler in Stadt und Land! Die Sozialdemokratie kämpft auch bei dieser Wahl, trotz aller Verleumdungen und Anfeindungen, aus der großen Liebe zum Volke, zur Heimat, zur Familie, für eine edle Sache, der Aermste soll sich im Vaterlande wohl fühlen!

Es ist eine Verleumdung, daß wir den gewaltsamen Umsturz wollen. Keine Partei steht so wie die Sozialdemokratie auf dem Boden der geschichtlichen Entwickelung. Jawohl, wir wollen das Alte und Schlechte beseitigen helfen, aber auf friedlichem Wege, im Rahmen des Gesetzes, damit Schiller's Worte zur Wahrheit werden:

Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen!"

Dieselbe Verheimlichung der eigenen Ziele, stets unter gehässigster Verdächtigung der „Bourgeois", finden wir in einem Flugblatt aus dem Kreise Delitzsch-Bitterfeld-Eilenburg, in dem es die „Genossen" diesmal zur Stichwahl brachten:

... „glaubt den Lügen nicht, die über diese Partei verbreitet werden, denn es ist ganz erklärlich, daß die Gegner nur deshalb das Blaue vom Himmel herunterlügen, um das arbeitende und gedrückte Volk von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Die Sozialdemokratie denkt nicht an das „Teilen der Arbeitergroschen", das besorgen viel mehr die Kapitalisten, Großgrundbesitzer und alle die Herren, die in Wirklichkeit von den Groschen leben, die die Arbeiter so sauer verdienen müssen. Ebensowenig will die Sozialdemokratie den „blutigen Umsturz", sie ist nicht „vaterlandslos" im Sinne der Gegner usw. Was die Sozialdemokratie in Wirklichkeit will, das ist: daß Jeder, der arbeitet, auch so viel erhalten soll, daß er sich und seine Familie ernähren kann, wie es einem Menschen zukommt, und daß jeder in dem Staatswesen, in dem er lebt, auch ein vollberechtigter Mensch ist."

Noch unverfrorener traten die „Genossen", um nur noch ein Beispiel anzuführen, im Kreise Landeshut-Bolkenhain-Jauer auf. Ein dort verteiltes Flugblatt enthielt folgende Stelle:

„Nun, trotzdem man es also den Sozialdemokraten unmöglich macht, den Wählern zu sagen, was sie wollen, scheuen sich viele Gegner nicht, über die sozialdemokratischen Bestrebungen die schlimmsten Lügen zu verbreiten. Sie reden den Leuten auf dem Lande wie in der Stadt ein, die Sozialdemokraten seien die schlechtesten und gefährlichsten Menschen, die man sich nur denken könne, denn sie wollten Jedem sein Eigentum nehmen und eine allgemeine Teilerei veranstalten, sie wollten weiter den Staat umstürzen, Ehe und Familie zerstören, das deutsche Vaterland dem Feind ausliefern, die Religion ausrotten usw. Und wenn das alles geschehen, wollten sie einen Zukunftsstaat errichten, der wie ein richtiges Zuchthaus sei, in dem Jeder essen müsse, was für Alle gekocht werde, wo alles gleiche Kleider tragen müsse, den Eltern ihre Kinder weggenommen würden und dergleichen Wahnsinn mehr. Dumme und alberne Lügen sind das, was man freilich einem verständigen Menschen schon jetzt nicht mehr auseinanderzusetzen braucht, denn dieser hat längst erkannt, daß die Sozialdemokraten an solche Verrücktheiten und Verbrechen nie gedacht haben. Aber doch hoffen die Verbreiter dieser Lügengeschichten immer noch wieder Dumme zu fangen und besonders in Wahlzeiten, wie eben jetzt, gehen sie mit ihren Lügen über die Sozialdemokratie von Haus zu Haus, um sich als Staatsretter zu empfehlen, womit sie freilich von Wahl zu Wahl weniger Erfolg haben."

Die Sozialdemokratie wollte also nichts weiter sein als eine Reformpartei, die sich zur Zeit nur wegen der Böswilligkeit, Korruption und Habgier der „Junker", „Kapitalisten" usw. gezwungen sieht, ein wenig, wenn auch etwas scharfe, Opposition zu machen. Ganz harmlos z. B. heißt es in demselben Jauerschen Flugblatt:

„Gewiß will die Sozialdemokratie die untauglichen Grundlagen unseres Staatswesens ändern, aber auf friedlichem, gesetzlichem Wege, nicht durch blutigen, gewaltsamen Umsturz. Gewiß will die Sozialdemokratie einen Zukunfts-

staat — wer wollte den denn nicht? — aber kein schwindelndes Wolkenkuckucksheim will sie, sondern einen vernünftig geregelten, auf Gerechtigkeit und Freiheit für alle gegründeten Staat, keinen Militär- und keinen Klassenstaat. Weise Jeder die albernen Lügen vom Teilen, von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokraten, von ihrer Feindschaft gegen Staat, Religion, Ordnung und Familie weit von sich, schare sich dagegen alles um die Fahne der Sozialdemokratie, dann wird Friede, Wohlfahrt, Glück und Freiheit für Jedermann im Vaterlande zur herrlichen Wahrheit werden!"

Noch einige Schritte weiter ging der „Vorwärts", der in letzter Stunde vor der Wahl (16. Juni) folgende verblüffende Betrachtung über Rechte und Pflichten der Beamten der Sozialdemokratie gegenüber zum besten gab:

„Der Eid des Beamten wird in dem Flugblatt zu Gunsten des Kandidaten der konservativ-antisemitischen Partei des zweiten Berliner Wahlkreises, Postassistenten Stockmann, ins Feld geführt. Es wird in dem farblosen Flugblatt, . . ., gesagt, der Eid des Beamten verbiete diesem, sozialdemokratisch zu stimmen. Die Stöckerschen Stockmann-Freunde behaupten da wieder etwas, was der Wahrheit platt ins Gesicht schlägt. Der Eid der Beamten enthält keine Silbe davon, daß ein Beamter nicht für eine bestimmte Partei stimmen darf. Im Gegenteil. Nach seinem Eid hat der Beamte die Gesetze, insbesondere die Verfassung zu achten. Die Verfassung enthält als Grundlage der Einheit Deutschlands das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime Wahlrecht. Der Beamte hat nach der Verfassung, die zu halten er im Eid gelobt hat, lediglich nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. (?) Fürst Bismarck erkannte, daß der Eid, die Gewissenspflicht und die Ueberzeugung des Beamten diesen nötigen könnten, gegen die Regierung als Abgeordneter aufzutreten . . . . Freilich setzt man nicht als Regel voraus, daß ein Beamter sich als Kandidat aufstellen lassen würde, der glaubt nicht an seine, sondern an die Ueberzeugung der Regierung gebunden zu sein. Herr Stockmann dürfte nach seiner unhaltbaren Theorie vom Eid nur so stimmen, wie die Regierung verlangt. Der zweite Berliner Wahlkreis, insbesondere auch seine Beamten, mag heute durch den Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten, den bewährten Genossen Richard Fischer die richtige Antwort auf den Versuch, die „Heiligkeit" des Eides und der Ueberzeugung den Beamten zu nehmen, geben."

Wenn es somit, nach Ansicht des Zentralorgans, für Beamte unter Umständen sogar Pflicht ist, sozialdemokratisch zu stimmen, was Wunder, wenn die „Genossen" sogar den Kaiser als Eideshelfer ausnutzten, wie es ein Eisenacher Flugblatt mit folgenden Worten thut: „Als vor 7 Jahren ein neuer Kurs eingeschlagen wurde, sollten durch die Februarerlasse die Forderungen der Arbeiterschaft berücksichtigt werden. Damit hat man von höchster Stelle aus zugegeben, daß die internationalen Arbeiterforderungen durchaus berechtigt sind!" — Man sieht, die „Genossen" hatten von den Konservativen gelernt und machten das Taschenspielerstückchen, sozial und sozialdemokratisch zu vertauschen, mit größter Gewandtheit nach. Da aber denkende Leser nun zu dem Schluß kommen konnten, es sei demnach gerade für den Arbeiter das Vernünftigste, diese Politik des Kaisers zu unterstützen, wird schleunigst hinzugesetzt: „Aber die Berliner Konferenz, die nur ein armseliges, totgeborenes Kind von Arbeiterschutz zur Welt brachte, hat denn auch gleich deutlich genug bewiesen, daß man seitens der Regierung nicht im stande ist, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen."

Dann thäte der Kaiser ja am besten, anstatt sich mit den unbrauchbaren „Bourgeois" abzuärgern, in die Reihen der „Genossen" zu treten, die alsbald alle seine Verbesserungspläne durchsetzen würden. Der Gedanke ist keineswegs so ungeheuerlich, haben die Sozialdemokraten doch schon, wie wir gleich sehen werden, den

Gründer der christlichen Religion mit Beschlag belegt.[1]) Daß sie die besten Patrioten sind, kann in Stendal wenigstens niemand mehr bezweifeln, haben doch dort die „Genossen", wie die „Deutsch-Sozial. Blätter" (19. Mai 98) erzählen, den ersten Mai recht patriotisch gefeiert. „Nicht nur den Hohenfriedberger und Torgauer Marsch ließen sie sich von ihrer Musik vorspielen, sondern auch die Wacht am Rhein. Und beim Ausmarsche wurden ihnen zwei Fähnlein in den preußischen und deutschen Farben vorangetragen."

So also wurde vor den Wahlen planmäßig ein Patriotismus geheuchelt, für den man sonst nur Schimpfworte wie „Mordpatrioten", „Hurrahkanaillen" u. dergl. hat (vergl. Antisem. Jahrb. 98, S. 159).

Da könnte ein kluger „Freisinniger" einwenden, die „Genossen" haben sich eben so weit gemausert, daß sie solche früher vorgekommenen pöbelhaften Verletzungen unserer vaterländischen Gefühle jetzt selbst mißbilligen. Der lese freundlichst den Begrüßungsartikel des „Vorwärts" zum Stuttgarter Parteitage (Oktober 1898). Da finden wir, nach den Wahlen wieder den altbekannten Ton:

> „Fünf Wochen später wurde die Emser Depesche von Bismarck gefälscht und der in eine Falle gelockte Napoleon, obgleich gänzlich unvorbereitet, zum Kriege gezwungen. Niemals hat Ehrgeiz, Herrschgier und gewissenlose Machtpolitik ein größeres Verbrechen begangen, als diesen Krieg, der, über die Köpfe der zwei Hauptkulturvölker des europäischen Festlandes hinweg, von unverantwortlichen Gewalthabern entzündet ward, — der Hunderttausenden den Tod, Millionen das Elend gebracht hat und unter dessen verderblichen Folgen wir heute noch leiden."

Die Stendaler „Genossen" werden doch den Text der „Wacht am Rhein" kennen?

Und hatten sich sonst die „internationalen Proletarier" stets gerühmt, einzutreten für „alles, was Menschenantlitz trägt", so lautete es jetzt ganz anders. Kam es doch darauf an, die Stimmen der durch Wettbewerb von Ausländern allmählich vielfach in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter wiederum für die Ausländer-freundliche Partei einzufangen. Nur ein paar Proben aus verschiedenen Landesteilen. Im Teltower Flugblatt liest man folgendes:

> „Der Arbeiter soll (von den Agrariern) gezwungen werden, für einen Hungerlohn zu frohnden. Die Staatsgewalt kommt nach Kräften diesem Verlangen entgegen, sie trifft Maßregeln, wonach künftig die einheimischen Arbeiter gegen die ausländischen Arbeiter bei der Beschäftigung mit Staatsarbeiten zurückgesetzt werden, damit die Agrarier billige einheimische Arbeitskräfte haben. Wähler! Auf solche volksfeindlichen Bestrebungen giebt es nur eine Antwort — die Wahl eines Sozialdemokraten."

Ganz ähnlich sagt ein Flugblatt im Kreise Landeshut-Bolkenhain-Jauer: „Die polnischen und russischen Arbeiter sind den Herren schon viel zu teuer, sie

---

[1]) Ein weiteres Beispiel, wie die Sozialdemokraten nach jüdischem Muster hervorragende Männer für sich mit Beschlag belegen, bietet der „Vorwärts" vom 27. Juli 98. Er äußert in einer Polemik gegen den „Reichsboten": „So der „Reichsbote". Und so dieser muckerisch-polizeigeistige Gallimathias, für welchen der Urheber in seiner Reaktionswut den sonst so verhaßten Dichter der „Räuber", des „Fiesko", des „Don Carlos" und des „Wilhelm Tell" als Eideshelfer anruft." — Natürlich weiß die Redaktion des „Vorwärts" sehr wohl, daß sich so ziemlich in jedem deutschen „Bourgeois"-Hause ein oder mehrere Exemplare von Schillers Werken befinden, daß die genaue Kenntnis des Inhalts der genannten Stücke von jedem „Bourgeois"-Schüler erwartet wird, aber man will denjenigen, die nur rote Zeitungen zu Gesicht bekommen, die Vorstellung einflößen, als sei die „Angst" der „Bourgeois" vor „Gedankenfreiheit" so groß, daß sie den volkstümlichsten deutschen Dichter auf den Index der verbotenen Schriften gesetzt hätten. So soll der Dichter der „Glocke" zum „Genossen" gestempelt werden.

verlangen schon nach den chinesischen Arbeitern, welche bald kommen sollen, die neben grenzenlosem Schmutz und Elend die gefährlichsten Krankheiten ins Land bringen und so billig arbeiten, daß der deutsche Arbeiter dabei einfach verhungern muß."

Noch schärfer äußert sich ein Wahlaufruf im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise:

„Zur Konkurrenz gegen die ländlichen Arbeiter sollen Ausländer herangezogen werden, Galizier, Polen, Russen, sogar die Einführung chinesischer Kulis ist der Regierung schon angeraten worden. Zuchthäusler, Korrigenden sollen ebenfalls aushelfen, Soldaten zu ländlichen Arbeiten beurlaubt werden. — „Vaterlandsfreunde", „Patrioten" nennen sich die Herren Junker bei jeder Gelegenheit. Vaterlandsfeinde ist die einzig richtige Bezeichnung für Leute, die uns die bedürfnislosen, zum Teil mit der entsetzlichsten, ansteckendsten Krankheit, die man sich denken kann, dem Aussatz, behafteten chinesischen Kulis ins Land bringen wollen."

Wie haben sich die Sozialdemokraten stets entrüstet, wenn die Antisemiten Beschränkung der Judeneinwanderung verlangen, oder wenn gar darauf hingewiesen wird, daß durch die galizischen Schnorrer Krankheiten eingeschleppt werden können! Und hier? Die vollendetste „Hetze", nicht ungerechtfertigt, aber mit den sozialdemokratischen Parteigrundsätzen völlig unvereinbar. Das hielt übrigens im Reichstage der antisemitische Abg. Werner auch Herrn Bebel vor, als dieser am 8. Februar die Besprechung über die Besetzung von Kiautschau dazu benutzte, um zum Fenster hinaus auf die vielleicht drohende Einfuhr billiger chinesischer Arbeiter hinzuweisen.

Bezeichnend ist, daß man, bei dem gesunden Gedanken einmal angekommen, sich überflüssige Ausländer vom Halse zu halten, nur arbeitswillige „Proletarier" in ihrer Freizügigkeit beschränken will, nicht auch die schmarotzenden Stammesgenossen Singers. Wer nun aber wagte, auf den früher wesentlich anderen Standpunkt der Sozialdemokratie hinzuweisen, bekam natürlich den Vorwurf der „Verleumdung" zu hören.

Eine ebenso „dicke Lüge" ist nach den Wahlflugblättern auch die Behauptung, daß die „Genossen" Feinde des Christentums seien. Im Gegenteil, sie allein sind die wahren Christen. So heißt es in einem Teltower Flugblatt:

Die Sozialdemokratie wird von ihren Gegnern „gehaßt, beschimpft, verfolgt und verleumdet. Es ist heute noch wie zu Christi Zeiten: Wer die Wahrheit sagt, ist ein Feind des Staates und der öffentlichen Ordnung und wird verfolgt. Käme heute Christus wieder, er stände nicht auf Seiten der herrschenden Klassen, auf Seiten unserer Gegner, er stände auf Seiten der Sozialdemokratie (vergl. auch Antis. Jahrb. 1898, S. 165). Unsere Feinde nennen sich trotzdem mit Vorliebe Christen und wüten gegen uns als Atheisten, aber sie selbst treten alle christlichen Grundsätze mit Füßen."

Und mit geflissentlicher Niedertracht gegen den Gegenkandidaten, Superintendenten Vorberg, bemerkt dasselbe Blatt an anderer Stelle:

„Je reicher die Natur die Menschen mit Gaben bedenkt, um so mehr ist dieses in den Augen der Agrarier ein Unglück. Sie beten zwar in den Kirchen um gute Ernten, fluchen aber, wenn die gute Ernte nicht nur ihnen, sondern auch ihren Klassengenossen in anderen Ländern zu teil wird. Das ist ihre Moral, in der sie von christlichen Priestern unterstützt werden."

Das Wohl der katholischen Kirche lag den „Genossen" nun mit einmal ganz besonders am Herzen, wenigstens will ein Aufruf „An die Reichstagswähler Württembergs" diese Vorstellung erwecken, wenn er sagt: „die katholischen Wähler werden begreifen, daß alles, was die katholische Kirche

braucht, die Freiheit ihres Wirkens und ihrer Lehre, ihr durch die sozialdemokratische Partei ebensogut erkämpft und gewahrt werden kann, wie durch das Zentrum! Was aber das katholische Volk braucht, ist genau dasselbe, was das gesamte deutsche Volk zu fordern hat." . . .

Und wo solche heuchlerischen Worte noch nicht „zogen", ging man zu noch dreisteren Schwindeleien über. So stellten sie in Altendorf bei Ratibor einen „Genossen" vor das Wahllokal, der den streng katholischen Wählern mit ernster Miene einen Rosenkranz vorzeigte, den angeblich Bebel bei seinen täglichen Gebeten für die Arbeiter benutzte! Natürlich ist von sozialdemokratischer Seite hinterher der Versuch gemacht worden, die Sache abzuleugnen; aber die „Genossen" selbst werden das schwerlich ernst genommen haben; für uns jedenfalls fällt nach all' den eigentümlichen Vorgängen bei den Wahlen ein sozialdemokratisches Dementi gegenüber Berichten der „National-Ztg.", „Deutschen Ztg." usw. wenig ins Gewicht.

Und das war dieselbe Partei, in deren Versammlungssälen außer der Büste Lasalles nur die eines gewissen Marx geduldet wird, der einst sagte, die Partei muß „die Gewissen vom religiösen Spuk befreien" (vergl. Jahrb. 98, S. 164.).

Selbstverständlich konnte es nicht ausbleiben, daß gelegentlich von gegnerischer Seite solche unlösbaren Widersprüche so direkt durch Belagmaterial bewiesen wurden, daß ein Ableugnen nicht wohl anging. Dann hieß es ganz einfach: Das war früher 'mal, gilt aber nicht mehr. So erklärte z. B. am Tage vor der Wahl in einer freisinnigen Versammlung in Berlin ein „Genosse", Schlächter Keslinke, weder er noch irgend ein vernünftiger Sozialdemokrat glaube an den Zukunftsstaat. Was Bebel und Liebknecht darüber sagten, seien „Privatansichten". Nach diesem Ausspruch müßte allerdings Bebel, als er das Buch „Die Frau" schrieb, unvernünftig gewesen sein.

Wurde somit bei diesen Wahlen der „Zukunftsstaat" endgültig, wie schon so manches vor ihm, zum alten Eisen geworfen, so mußte man doch in anderer Weise etwas bieten. Da behalf man sich denn mit allerhand Versprechungen, die allerdings wieder mit dem Parteiprogramm nicht in Einklang zu bringen und klüglich möglichst allgemein gehalten waren. Ein Teltower Flugblatt verspricht kurzweg, „die Erde sei unser Himmelreich", in dem „alle sich ihres Lebens freuen können, in dem sie die Früchte ihrer Arbeit, ihres Wissens und Könnens genießen."

Da sich nun aber mit dem Versprechen der unvermeidlichen Heineschen Zuckererbsen nebst Rosen und Myrrhen der bedrängte Mittelstand nicht abfüttern läßt, mußte man versuchen, auch ihn von der Biederkeit seines Todfeindes zu überzeugen. Das war freilich schwer und man kam denn auch über inhaltlose Phrasen nicht hinaus. So versichert das erwähnte Flugblatt im Kreise Landeshut-Bolkenhain-Jauer:

> „Für den Arbeiter und nicht minder für den Handwerker und kleinen Geschäftsmann, die der Sozialdemokrat nicht ruiniren will, wie gewisse Gegner eifrig lügen, sondern für deren wirtschaftliches und politisches Interesse der Sozialdemokrat nach bestem Wissen und Kräften eintritt, giebt es im nächsten Reichstage nur eine wirklich brauchbare Vertretung: das sind die sozialdemokratischen Abgeordneten."

Man vergleiche zu dieser erheuchelten Mittelstandsfreundlichkeit die verderbliche Wirkung des sozialdemokratischen Konsumvereinswesens (Antis. Jahrb. 98, S. 175) oder mache sich einmal klar, welcher Grad von Gewissenlosigkeit dazu gehört, wenn sich eine Partei, deren Programm ausdrücklich die Verstaatlichung des Grund und Bodens fordert, in demselben Flugblatte mit folgenden Ausführungen an die Landleute wendet:

„Nein, dem Kleinbauern so wenig wie dem ländlichen Arbeiter bringt der Bund der Landwirte mit der Erhöhung der Getreidezölle wahren Segen! Im Gegenteil, wenn die großen Herren auf dem Lande ihren Beutel besser füllen, sind sie nur um so besser im stande, den Kleinbauern zu bedrücken, ihn von seiner Scholle zu verdrängen und ihre Güter zu vergrößern. Seit Jahrhunderten verstehen ja die Herren trefflich das „Bauernlegen". Wie viele Tausende gut gestellter Bauern könnten allein in Schlesien gemächlich auf ihren Höfen sitzen, wenn der Großgrundbesitz verschwinden würde, wenn das Land wieder der Masse gehören würde. Dreißig große Herren haben den sechsten Teil von Schlesien, rund 2 Millionen und 700 Tausend Morgen Land in Besitz! Wie viele Hunderttausende, ja Millionen freier Bauern könnten im deutschen Vaterlande leben, wenn der Großgrundbesitz aufgeteilt und die Bauernschaft sich genossenschaftlich zum Großbetrieb verbinden würde! Das ist ein sozialistischer Gedanke, dessen Ausführung unserer Landwirtschaft in Wahrheit Glück und Segen bringen würde, während die Erhöhung der Getreidezölle **jetzt** die Großen auf dem Lande nur größer, die Kleinen nur kleiner machen wird." — Hier wird doch den Bauern nicht nur der Besitz und die Vermehrung ihrer Höfe zugesichert, sondern auch Erhöhung der Getreidezölle in Aussicht gestellt, sobald die Sozialdemokratie am Ruder ist. Und weiter heißt es dann ebenso unlogisch wie unsozialdemokratisch:

„Wenn einmal das Land nicht mehr in den Händen freiheitsfeindlicher Junker und Großgrundbesitzer, sondern in den Händen der Masse, der freien und freiheitsliebenden Bauernschaft ist, dann wird sich auch Gelegenheit finden, staatliche Hilfe für die Befreiung des Kleinbauerntums von der drückenden Last der Hypothekenschulden anzuwenden, eine Hilfe, die jetzt nur als eine Stärkung des kultur- und freiheitsfeindlichen Großgrundbesitzes angesehen werden müßte."

Man sollte meinen, die möglichst schnelle Befreiung des Bauern von der Hypothekenlast sei das beste Mittel, ihn vor den Bauerlegern zu schützen, — ebenso wie vor den jüdischen Güterschlächtern, über die sich das sozialdemokratische Flugblatt natürlich ausschweigt, — aber dann würden die Bauern ja zufriedener, und damit wäre der Sozialdemokratie schlecht gedient.

Daß dasselbe Flugblatt auch darauf hinweist, daß „die Sozialdemokraten es gerade waren, die volle Entschädigung der vom Hochwasser betroffenen Bauern vom Reiche verlangten an Stelle der Almosen, die ihnen jetzt gegeben worden sind", kann man den „Genossen" so übel nicht nehmen. Schämten sich die Freisinnigen und selbst die „vornehmen" Konservativen doch nicht, in unlauterer Weise das schwere Unglück des Landes politisch auszubeuten. Was sollte man da von der Sozialdemokratie erwarten?

Mit derselben Unverfrorenheit, mit der sie ihre Parteigrundsätze verleugneten, schüttelten sie auch Vorhaltungen über ihre Führer ab, obgleich sie selbst, wie wir sahen, es keineswegs verschmähten, aus dem, was nach ihrer Meinung gegen die Person gegnerischer Politiker eingewendet werden kann, Kapital zu schlagen. Besonders unbequem sind ihnen erklärlicherweise Erinnerungen an die geschäftlichen Gepflogenheiten in der ehemaligen Mäntelfabrik Singers (vergl. Jahrb. 1897, S. 221). Wie man sich aber auch mit dieser kitzlichen Sache abzufinden weiß, schildern die „Deutsch. Soz. Blätter" vom 7. Juli 1898:

„Sind unter den Anwesenden nur wenige „Genossen", so heißt es dann: „Die Geschichte ist ja richtig, aber „Genosse" Singer ist sofort aus der Firma ausgetreten, als er Kenntnis von den Ansichten seines Teilhabers Rosenthal bekam." Kann sich der gegnerische (sozialdemokratische) Redner dagegen auf seine Schutzgarde verlassen, so erklärt er mit donnernder Stimme: „Das ist gelogen". Und dann verlangt er den Wortlaut des Urteils. Wird ihm dieser nun unter die Nase gehalten, so lautet die Antwort einfach: „Genosse Singer hat mir erklärt,

daß alles aus dem Urteil Singer gegen Dopp vorgebrachte infam erlogen ist." Selten dagegen versteigt sich eine sozialdemokratische Zeitung dazu, so etwas zu wiederholen; in der Regel wird darüber mit einigen Schimpfworten hinweggegangen. Eins von den wenig bekannten Provinzialblättern der „Genossen", die „Sonntagszeitung" in Halberstadt, hat es bei der Wahlagitation aber fertig gebracht, in dem Bericht über eine Versammlung der deutsch-sozialen Reformpartei zu Osterwieck (Harz) zu schreiben: „Herr Schumann verstand sehr gut, die Sozialdemokratie in den Schmutz zu ziehen. So tischte er auch die alte Lüge der Antisemiten wieder auf, daß Singer früher als Konfektionär zu seinen Arbeiterinnen gesagt habe, wenn sie mit ihren Löhnen nicht auskämen, so sollten sie des Abends auf den Strich gehen. Wir wollen zur Ehre des Herrn Schumann annehmen, daß es ihm unbekannt ist, daß diese Geschichte vor Gericht als eine ganz gemeine Verleumdung festgestellt worden ist, und daß schon einige antisemitische Verleumder dieserhalb verurteilt worden sind. Der Herr sollte sich in Acht nehmen, daß ihm nicht etwas ähnliches passiert."

Natürlich hat, bemerken dazu die „Deutsch-Sozialen Blätter", Herr Obermeister Schumann nicht behauptet, von Singer stamme jene schamlose Aeußerung, sondern er hat vielmehr von Rosenthal, dem Teilhaber Singers, gesprochen. Und dieser Umstand ist von uns schon in hunderten von Versammlungen öffentlich erwähnt; das betreffende Urteil, das ausdrücklich Singer für jene Worte Rosenthals mit verantwortlich macht, ist schon oft öffentlich verlesen und abgedruckt worden, ohne daß bis jetzt irgend Jemand als Verleumder bestraft worden wäre. Wir fordern darum die „Halberstädter Sonntagszeitung" auf, uns das Gericht und das Urteil zu nennen, welches festgestellt hat, daß der Kaufmann Rosenthal als Teilhaber des Abg. Paul Singer nicht gesagt hat: „Laßt doch die Mädels auf den Strich gehen, aber liefert die Mäntel billiger!" Wir fordern die „Halberstädter Sonntagsztg." weiter auf, uns die „antisemitischen Verleumder" namhaft zu machen, die verurteilt sind, weil sie jene Behauptung öffentlich vertraten.

Vermag die „Halberstädter Sonntagszeitung" nicht knapp und klar solche Thatsachen vorzubringen, so wird sie sich gefallen lassen müssen, daß wir unsererseits ihre Angaben als bewußte Verleumdungen kennzeichnen, und daß wir diesen Umstand in Sachsen mit allen Kräften gegen sie und ihren volksverdummenden Einfluß ausnützen werden."

Natürlich wußte das sozialdemokratische Blatt nichts zu antworten. Ebenso erging es dem Abgeordneten Zubeil, der in einer Versammlung in Steglitz am 14. Februar behauptet hatte, Singer sei aus jenem Prozesse ganz engelrein hervorgegangen, und damit nichts weiter erreichte, als daß nun das Urteil vorgelesen wurde.

Noch kecker trat „Genosse" Bebel auf, gegen den, bekanntlich durchaus mit Recht, im Teltower Kreise der Vorwurf erhoben wurde, er habe im Reichstag in höchst leichtfertiger Weise unwahre Behauptungen über Soldatenmißhandlungen aufgestellt (vergl. Jahrb. 1898, S. 144). Es erschien in einem sozialdemokratischen Flugblatte die folgende Erklärung:

„Zur Beachtung!

In Bezug auf die gemeine Kampfesweise der Gegner in unserem Wahlkreise, wie sie sich in einigen konservativen und freisinnigen Blättern wiederspiegelt, sendet uns Genosse Aug. Bebel folgende Erklärung, die wir in der gesamten Auflage dieses Flugblattes zum Abdruck bringen.

Erklärung!

Der „Vorwärts" hat bereits in seiner Donnerstag-Nummer Bezug genommen auf einen frechen, ehrabschneiderischen Angriff, den die „Steglitzer Zeitung" und „Südender Tageblatt" gegen mich veröffentlichten und in dem es unter anderem hieß:

„daß ich von der Armee die unglaublichsten Dinge behauptet, sodaß in einer anderen Partei ich wegen meiner wahrheitswidrigen Gesinnung längst unmöglich geworden wäre".

Und weiter:

„daß ich, der ich für die Wahrheit fechte, es fertig gebracht, einen Falscheid vor Gericht abzulegen, so daß ich schon mit einem Aermel das Zuchthaus gestreift."

Dieser Schmähartikel scheint fast gleichlautend der gesamten Presse im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg zur Veröffentlichung zugegangen zu sein, wie ich aus der mir ferner zugesandten „freisinnigen" „Friedenauer Zeitung" vom 17. Mai und dem konservativen „Teltower Kreisblatt" vom 19. Mai ersehe, welche fast wörtlich dieselben ehrabschneiderischen Angriffe gegen mich enthalten.

Es drängt mich, diesem schamlosen Preßpiratentum gegenüber öffentlich zu erklären, daß ich sowohl den Verfasser jener Artikel wie die Redakteure der Blätter, die dieselben aufnehmen, für elende Buben und Verleumder ansehe, für die es nur eine angemessene Züchtigung giebt, und zwar die mit der Hundepeitsche.

Berlin, den 19. Mai 1898.

Aug. Bebel.

Nachschrift. Da ich wegen der Wahlagitation Berlin auf einige Zeit verlassen muß, bitte ich die Parteigenossen des Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburger Wahlkreises weitere Angriffe jenes gegnerischen Preßgesindels gegen mich gebührend zurückzuweisen. Das Weitere werde ich später besorgen."[1])

Daß neben den gewissermaßen als „Spezialitäten" bei den Wahlen von 1898 neu auftauchenden Wahlmitteln die üblichen aus dem eisernen Bestande zum großen Teil wieder hervorgeholt wurden, versteht sich von selbst. Der „Moloch Militarismus" fand sein Seitenstück in der Marinevorlage, dann die üblichen Fragen, „was kostet dich das Reich?" usw. mit der üblichen Aufzählung, was eine Arbeiterfamilie an indirekten Steuern aufzubringen hat. Die Höhe dieses Betrages scheint lediglich nach der mehr oder minder großen Leichtgläubigkeit, die man den Wählern des einzelnen Kreises zutraut, angesetzt zu sein. In dem allgemeinen Flugblatt „Auf zur Reichstagswahl" wird behauptet, ein Arbeiter mit einem Einkommen von 800—1000 Mk. habe für sich und seine Familie jährlich an indirekten Steuern 60—80 Mark zu zahlen, „also eine Summe, die einem Monatseinkommen entspricht". Die Schrift „Wen wähle ich?" macht's milder, sie berechnet die jährliche indirekte Belastung der Familie auf genau 43,67 Mk. „Zu diesen 43 Mk. kommen noch die übrigen Zu-

---

[1]) Man muß nach dieser Erklärung annehmen, daß Bebel, wenn er die Macht dazu hätte, alle, die eine ihm unbequeme Kritik an seiner Reichstagsthätigkeit üben, auspeitschen lassen würde. Dies ist um so interessanter, als sich für seine Partei inzwischen infolge der Ermordung der Kaiserin von Oesterreich (10. September 1898) Gelegenheit zu einer unzweideutigen Aeußerung über die Stellung zur Prügelstrafe bot. Im Eifer, die Anarchisten von den Rockschößen der Sozialdemokratie abzuschütteln, war die „Rheinisch-Westfäl. Arbeiter-Ztg." in Dortmund so weit gegangen, die Prügelstrafe gegen anarchistische Mordbuben zu empfehlen. Sofort erließ der Parteivorstand folgenden schneidigen Ukas:

„In der heutigen Sitzung des Parteivorstandes nahm derselbe auch Stellung zu den Auslassungen der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Ztg." über die Anwendung der Prügelstrafe für anarchistische Attentäter. Der Vorstand kam dabei einstimmig zu dem Ergebnis, daß die bezüglichen Auslassungen der „Rh.-Westf. Arb.-Ztg." im schroffsten Widerspruch zu den bisher in der Partei hoch gehaltenen Grundsätzen stehen und deshalb auf das Entschiedenste zurückzuweisen sind. Die Partei hat von jeher den Standpunkt eingenommen, daß Prügel verrohen, den, der sie bekommt, und den, der sie austeilt. Von diesen Grundsätzen abzugehen, dazu kann uns auch der tiefste Abscheu vor den anarchistischen Mordthaten nicht bestimmen. Gestützt auf den § 15 unseres Organisationsstatuts, welcher die Parteileitung mit der Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Partei-Organe betraut, geben wir hiermit der Redaktion von dem vorstehenden Beschlusse mit dem Ersuchen Kenntnis, den Lesern des Blattes davon Mitteilung zu machen. Mit sozialdemokratischem Gruße der Parteivorstand."

Und sofort brachte die gemaßregelte Zeitung einen Leitaufsatz, der sich entschieden gegen die Prügelstrafe wandte, und der Redakteur Dr. Lütgenau erließ gehorsamst wiederholt öffentlich Erklärungen, er habe das gar nicht so gemeint, sei auch nicht für's Prügeln, sondern habe sich nur im Ausdruck „verhauen". Aber alles vergeblich, er „flog hinaus" und rächte sich dadurch, daß er bei der Landtagswahl öffentlich für einen Nationalliberalen eintrat. Die Dortmunder „Genossen" aber traten in ihrer großen Mehrheit auf die Seite Dr. Lütgenau's. In einer Versammlung (21. Novbr.) ging der bekannte Ludwig Schröder mit der Berliner Parteileitung und ihren Dortmunder Anhängern, dem neuen Redakteur Block und dem Expedienten Lehmann scharf ins Gericht: diese Leute besäßen keinen Funken Ehrgefühls, sonst hätten sie schon längst vom Schauplatz abtreten müssen, bevor ihr Rückzug von der Dortmunder Partei verlangt worden wäre. Als vor einiger Zeit Gerisch von Berlin nach Dortmund gekommen sei, um die Untersuchung zu führen, hätte er vor allen Dingen ein Faß voll Seife mitbringen müssen, um hier die Kerle einmal ordentlich zu waschen, damit ihre wahre Gestalt zu erkennen gewesen wäre; auch habe man nicht unterlassen sollen, Lehmann auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen, schon deshalb, weil er mehr als einem Dutzend „Genossen" Prügel angeboten habe usw. usw. — Wie dieser Prügel-Streit noch enden wird, ist nicht abzusehen; Bebel jedenfalls ist noch heute in der Partei; denn er wollte ja nur „Bourgeois" auspeitschen, die die Wahrheit gesprochen, nicht aber, wie Lütgenau, brutale Meuchelmörder.

schläge bei Bier, Schnaps, Zigarren usw., so daß von der hier angeführten Familie annähernd rund 50 Mk. an das Reich bezahlt werden muß." Dieser Anschlag schien der Firma Herbert-Knappe in Stettin nicht ausreichend, sie stellte daher in einem für Ueckermünde-Usedom-Wollin bestimmten Flugblatte folgendes Rechenexempel auf: Die indirekten Staats-Steuern betragen auf den Kopf der Bevölkerung ausgerechnet 16,26 Mk., also für eine Familie von 10 Köpfen 10 mal 16,26 Mk. = 162,60 Mk.

Es ist hier offenbar einfach der Durchschnitt aller indirekten Steuern, ganz gleich, worauf sie liegen, als Maßstab genommen, 162,60 Mk. auf 10 Einwohner würde auf 52 000 000 Einw. 845 520 000 Mk. indirekte Steuern machen. Das stimmt aber mit den eigenen Angaben der „Genossen" nicht, denn die Flugschrift: „Wen wähle ich?" sagt: „Welche Summen fließen nun aber jedes Jahr aus indirekten Steuern und Zöllen in die Reichskasse? Gegenwärtig sind es im Jahre rund 650 Millionen Mark." Also schon ein Rechenfehler von „rund" 200 Millionen bezw. „rund" 30 %. Die Flugschrift aber führt weiter aus, diese Summe „setzt sich in der Hauptsache zusammen aus:

150	Millionen	Mark	auf	Getreide und Mehl
103	„	„	„	Zucker
60	„	„	„	Tabak
59½	„	„	„	Petroleum
52	„	„	„	Kaffee
49	„	„	„	Salz
150	„	„	„	Branntwein
3½	„	„	„	Heringe."

Diese Posten würden, vorausgesetzt daß sie richtig angegeben sind, die Summe von 627 Mill. Mark ergeben, — 23 Mill. Mk. würden also schon auf weniger notwendige Artikel fallen. Nun aber kommt der Hauptkniff der Berechnung: der, daß eine Arbeiterfamilie von 10 Köpfen 10 mal so viel verbrauche, als der Durchschnitt des einzelnen beträgt! Dies trifft doch nur bei wenigen Posten zu, gar nicht aber bei Tabak, Branntwein und Petroleum. Oder hat eine Arbeiterfamilie das Bedürfnis, 10 mal so viel Lampen zu brennen, wie ein „Bourgeois"-Junggesell?

Das aber scheint man den Wählern vorreden zu wollen. Wenigstens behauptet das Ueckermünder Flugblatt:

„Soviel zahlt Jeder; auch der reichste Rittergutsbesitzer zahlt keinen Pfennig mehr wie der ärmste Tagelöhner seines Gutes an indirekten Steuern. Deshalb bekämpfen die Sozialdemokraten diese Art der Besteuerung, weil die Ungerechtigkeit zu groß ist." — Wenn die „Genossen" diesen Unsinn wirklich glauben, ist es vollends unverständlich, warum sie nicht dieser Ungerechtigkeit durch kräftige Luxussteuern zu Leibe gehen. Aber das würde ja wiederum die Leute zufriedener machen, paßte also nicht in das sozialdemokratische Agitationsprogramm. Deshalb wurde dagegen gestimmt. (Vergl. Ant. Jahrb. 98, S. 177.) Man will eben nicht bessern, sondern nur hetzen.

Und dies geschieht denn auch in ausgiebigster Weise. Der Abgeordnete Zubeil z. B. hielt es (nach dem „Stegl. Anz.", 24. 2. 98) für zulässig, zu äußern, die Arbeiter müßten sich Jahr aus Jahr ein bei Hungerlöhnen für das Unternehmertum schinden; erst kürzlich seien 130 Bergleute verunglückt, während die Kohlen-Barone herrlich und in Freuden lebten; der Moloch Industrie fordere jährlich unerhörte Opfer an Menschenleben; das Schlachtfeld der Industrie fordere mehr als uns die letzten Kriege gekostet haben. Dieselben Verdächtigungen des Unternehmertums enthielt ein Flugblatt im 6. schlesw.-holst. Wahlkreise:

„Infolge mangelhafter oder gar gänzlich mangelnder Schutzvorrichtungen an den Maschinen, infolge der übermäßig langen Arbeitszeit, und infolge der wegen niedriger Löhne ungenügenden Ernährung eintretenden Erschlaffung und Ermüdung der Arbeiter ereignen sich zahlreiche Unglücksfälle. — Von den 1886 bis 1895 Verunglückten waren sofort tot oder starben bald nach dem Unfall 51 761 Personen, ganze Krüppel wurden 23 818, halbe Krüppel 236 470 Personen und nur 119 441 wurden von den Aerzten als geheilt entlassen. Die Zahl dieser Opfer ist größer, als ein furchtbarer Krieg sie fordert!"

Auf gleicher Höhe stehen folgende Hetzereien eines Eisenacher Flugblattes:

„Und wie steht's mit den Kulturaufgaben? Trauernd stehen sie beiseite, für sie ist kein Pfennig übrig. Jeden Tag werden neue Fälle bekannt über undenkbare Schulzustände! Oft genug droht eine elende Baracke, die als Schulhaus dient, den Lehrern und Kindern über dem Kopfe einzustürzen. Mehr als Tausende von Lehrern in Preußen erhalten nur 600 Mk. jährliches Gehalt! Neulich lief eine Notiz durch die Blätter, wonach in Schlesien noch 1200 Lehrer angestellt werden müßten, falls auf jeden Lehrer nur 80 Kinder kommen sollten. Nur 80! Wenn es vierzig sind, so ist das schon mehr als genug. — Wie steht es mit der Volksgesundheit? Geld für neue große Krankenhäuser, für Anstalten, in denen sich die auf dem Schlachtfelde der Arbeit Verunglückten, die Schwindsüchtigen und Siechen in rechter und genügender Weise erholen und stärken können, sucht man in Deutschland vergebens... Man schaffe ordentliche, menschenwürdige Zustände, man sorge dafür, daß alle Menschen Brot haben, daß nicht die größte Mehrzahl hungert und darbt und nur einige wenige in Fett und Ueberfluß geradezu ersticken. Wenn man das durchsetzt, so wird die Sozialdemokratie mit einem Schlage verschwunden sein, denn dann ist das erreicht, was wir wollen."

„Drauf und dran! Der große Gerichtstag ist erschienen!" ruft ein Flugblatt in Halle den „Proletariern" zu: „Heraus aus den elenden Dachwohnungen, ihr verhärmten Proletarier! Heraus aus den dumpfen Kellerwohnungen, aus ärmlichen Hintergebäuden ihr Männer der harten Arbeit, für die der herrliche Gegenwartsstaat nur Büttel, Gefängnisse und den Gerichtsvollzieher übrig hat! Heraus! Draußen stehen Eure Feinde; schlagt sie mit dem Stimmzettel aus dem Reichstage hinaus."

Von diesen allgemein gehaltenen Verhetzungen gegen die „Ausbeuter" ging man natürlich auch zur persönlichen Verdächtigung einzelner über. Ein derartiges Stückchen wurde am 22. Oktober vor der Strafkammer zu Halle a. S. scharf beleuchtet. Die „Hallesche Ztg." vom 24. Oktober berichtet darüber folgendes: Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Adolf Thiele hatte in der Nr. 149 vom 29. Juni des von ihm redigierten „Volksblattes für Halle und den Saalkreis" von seinem Gegenkandidaten, dem Rittergutsbesitzer Dippe in Plotha behauptet, dieser sei infolge nachstehenden Vorfalles durchgefallen: „er habe seinen Tagelöhnern gleich nach der Hauptwahl ein Stück Kleefeld in Akkord zu mähen gegeben, dann aber, als die Arbeiter von früh 4 Uhr bis in die Nacht „geschuftet" hätten, ihnen nur den Tagelohn zahlen wollen, worauf es zu einer erregten Szene gekommen sei, bei der Herr Dippe schlecht „abgeschnitten" haben solle", „wenigstens führen die Eingeweihten die tags darauf in den bürgerlichen Blättern erschienene Mitteilung, Herr Dippe sei krank und könne deshalb bis zur Stichwahl nicht mehr als Redner auftreten, auf die Auseinandersetzung mit den Tagelöhnern zurück." — Der Angeklagte, „Genosse" Thiele, mußte zugeben, er wisse nicht, ob die Angaben dieses Artikels richtig seien, er habe denselben auch vor der Veröffentlichung gar nicht gelesen. Er habe aber diesen Vorgang mehrfach auch in Weißenfels und Teuchern erzählen hören. Er wollte seine Unkenntnis

damit entschuldigen, er sei mit Redaktions- und Wahlgeschäften (fünf Tage nach der Stichwahl!) überlastet gewesen. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Behauptungen des Artikels direkt unwahr waren, und der frischgewählte Herr Reichstagsabgeordnete wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das war ja immerhin unbequem; aber die Ausstreuung dieses erlogenen Gerüchts hatte ihm doch den Kreis eingebracht. Und was machen einem „Genossen" zwei Monate Gefängnis aus? Die kommen mit auf die große Märtyrer-Liste und dienen somit wieder zu weiterer Verhetzung. Daß sie nur der gebührende Lohn für ein elendes Bubenstück sind, davon schweigt die wahrheitsliebende Presse der „Genossen". Immerhin wird man gut thun, sich die Sache zu merken, und sollte „Genosse" Thiele gelegentlich das Bedürfnis fühlen, im Reichstag nach Bebels Muster „Enthüllungen" zu machen, so weiß man, wie viel Glauben denselben beizumessen ist.

Ein ähnlicher nichtswürdiger Streich wurde vor den Landtagswahlen vom „Vorwärts" ausgeführt. Dieser brachte in seiner Nr. 187 eine Notiz, in der behauptet wurde, Dr. Röſicke nutze seine Stellung als zweiter Vorsitzender des Bundes der Landwirte zu seinem eigenen Vorteil aus, indem er auf die von ihm abhängigen Angestellten des Bundes einen Druck ausübe, daß sie die Butter aus seiner Wirtschaft kaufen müßten. Dr. Röſicke verklagte den verantwortlichen Schriftleiter des „Vorwärts", August Jacobey, und die Sache wurde am 7. November (also 4 Tage nach den Wahlen) verhandelt. Der Angeklagte behauptete, er habe die Nachricht aus zuverlässiger Quelle, wollte aber den Namen seines Gewährsmannes nicht nennen. Der Gerichtshof stellte fest, daß der in dem Artikel enthaltene Vorwurf des außerordentlich großen Mangels an vornehmer Gesinnung „in allen seinen Teilen vollständig unbegründet" sei. „Genosse" Jacobey wurde auch wirklich zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Eine so unbedeutende Ausgabe kann sich eine so reiche Partei wie die Sozialdemokratie natürlich leicht gestatten; der Zweck der Verleumdung war ja erreicht, der Bund der Landwirte und Herr Röſicke in ihrem Ansehen schwer geschädigt, mancher Wähler den verhaßten „Agrariern" abspenstig gemacht. Nun greift „der Mann im Mond" in seine große Tasche und denkt bei sich: „Das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein."

Auch vor direkten Betrügereien schreckt die Partei, die stets über die „Korruption" der „Bourgeoisie" wettert, nicht zurück. In Nürnberg war schon vor den Wahlen laut geworden, daß man in sozialdemokratischen Kreisen ein eigenes Manöver den „Genossen" anrate, indem Arbeiter, welche die Woche über in Nürnberg beschäftigt sind und den Sonntag bei ihrer Familie an einem anderen Orte zubringen, sowohl in Nürnberg als an dem betreffenden Wohnorte der Familie sich in die Wahlliste eintragen ließen, um das Wahlrecht doppelt auszuüben. Es war vor diesem Manöver in der antisozialistischen Presse vergeblich gewarnt worden. Und als nach den Wahlen der Behörde ein Mann angezeigt wurde, der sein Wahlrecht zweimal ausgeübt hatte, soll dieser süddeutschen Blättern zufolge erklärt haben, er stehe keineswegs vereinzelt da, sondern eine große Anzahl „Genossen" sei in gleicher Weise vorgegangen.

In Dresden trug dem „Genossen" Baugewerker Paul Schulz ein kleiner Wahltrick, den er sich gestattet hatte, vier Wochen Gefängnis wegen Unterschlagung ein. Er beobachtete nämlich am Wahltage, wie ein Kontrolleur der Konservativen einem Dienstmann zwei Briefe für säumige Mitglieder der konservativen Partei gab. „Genosse" Schulz überredete den Dienstmann, ihm die Briefe zu übergeben, er habe gerade Gelegenheit, sie an die richtige Adresse zu befördern; Schulz unterschlug die Briefe jedoch und ließ den Wählern sozialdemokratische Stimmzettel zukommen. Die

„Sächsische Arbeiterzeitung", weit entfernt, diese Versündigung an Treu und Glauben ernstlich zu rügen, nennt diesen Vorgang eine „eigenartige, originelle Sache", der „man eigentlich nur eine humoristische Seite abgewinnen kann", und meint: „das hat sich dieser (Schulz) gewiß nicht träumen lassen, daß man ihm eine Versündigung an der konservativen Partei so hoch anrechnen würde, am wenigsten hat er sicher an eine „Unterschlagung" gedacht." — Bei einer Partei, deren Abgeordnete gefundene Privatbriefe, statt sie zurückzugeben, veröffentlichen (vergl. Ant. Jahrb. 97, S. 126 f.), kann man freilich eine schärfere Auffassung von Ehrlichkeit kaum erwarten.

Ein anderes Stückchen sozialdemokratischer Wahlmache erzählt die „Hessische Reform" vom 1. August 98:

„Wie der Darmstädter Tägliche Anzeiger schreibt, wird im Wahlausschuß für die Kandidatur Rodnagel die Anfechtung der Reichstagswahl für Darmstadt-Groß-Gerau vorbereitet. Es handelt sich namentlich um die Täuschung der Wähler, die durch Verbreitung zweier Flugblätter am Tage der Stichwahl durch die Sozialdemokraten unternommen wurde. Das eine der Flugblätter war unterzeichnet „Mehrere israelitische Wähler"; es richtete sich „An die israelitischen Wähler" und forderte die „Glaubensgenossen" auf, für Balthasar Cramer zu stimmen, da ihrem Glaubensgenossen Wolfskehl bei der Wahl des Kammerpräsidenten im Landtage so schweres Unrecht geschehen und allen Juden damit ein „Faustschlag ins Gesicht" versetzt worden sei. Das andere Flugblatt, unterzeichnet „Mehrere antisemitische Wähler" wendet sich „An die antisemitischen Wähler" und fordert dieselben auf, Männer zu sein und zu zeigen, daß sie noch Mark in den Knochen haben und Männerstolz besitzen und deshalb Balthasar Cramer zu wählen, da die Nationalliberalen die antisemitische Partei so maßlos geschmäht und verlästert hätten. Diese beiden Flugblätter, das angeblich israelitische und das angeblich antisemitische, stammen aus derselben Quelle; sie rühren nicht von Juden und Antisemiten her, sondern von den Sozialdemokraten. Beide Flugblätter sind in gleichem Format hergestellt und tragen beide die Druckereifirma „B. Bassenauer in Griesheim", die auch noch andere Flugblätter des sozialdemokratischen Wahlkomitees gedruckt hat. Das Schönste dabei ist noch, daß die beiden Flugblätter gemeinsam von den Sozialdemokraten am Tage der Stichwahl in Darmstadt und den Landgemeinden verbreitet und nebeneinander an allen möglichen Stellen angeklebt worden sind."

Am schlausten aber machte es „Genosse" Buchbinder Jahn, der Kandidat im Sternberger Wahlkreise; er erließ am Wahltag im Zielenziger „Neumärkischen Polit. Wochenbl." folgenden, wie Zeugen bekunden, von ihm selbst aufgegebenen und bezahlten Aufruf: „Mitbürger! Landwirte, Handwerker, Arbeiter 2c. Wer seine Stimme nicht den konservativen Beutepolitikern und Brodverteurern geben will, giebt am Wahltage, den 16. Juni, seine Stimme dem Kandidaten der Volkspartei, Buchbinder Paul Jahn, Berlin! Thue jeder Wähler seine Schuldigkeit." „Genosse" Jahn muß demnach doch der Ansicht gewesen sein, daß es in dem fast durchaus ländlichen Sternberger Wahlkreise vorteilhafter sei, sich nicht als sozialdemokratisch zu bezeichnen, sondern nur als antikonservativ, wobei er den Umstand, daß auch ein antisemitischer Kandidat vorhanden war, geflissentlich unerwähnt ließ. Die Stimmen, die Herr Jahn auf diese Weise zusammengebracht hat, rechnet sich die Sozialdemokratie natürlich zu als ein Zeichen, wie sich auch in rein ländlichen Gebietsteilen der sozialdemokratische Gedanke einer verstärkten Ausbreitung erfreue. Denn das soll ja nach dem „Vorwärts" das „besonders interessante und erfreuliche" an der Signatur der letzten Reichstagswahlen sein. Uns scheint, daß diese vielmehr die immer mehr einreißende Unehrlichkeit im Wahlkampfe ist; und daß die „Genossen", die sich bei jeder Gelegenheit über die „Korruption" und „Brutalität" der „Bourgeois" sittlich entrüsten, in dieser Beziehung auch einen ganz hübschen Rekord erzielt haben, dürften die vorstehenden Mitteilungen zur Genüge beweisen.

Die Konservativen im Wahlkampf.

Von O. H. Böckler.

Die Konservativen begannen ganz gegen ihre Gewohnheit diesmal ihre Wahlvorbereitungen überaus früh. Vielfach noch ehe das Wahljahr angebrochen war. Wirkte hierbei auch vielleicht das Gefühl mit, in der alten gemächlichen Weise bleibe man hinter den Gegnern zu weit zurück, so hatte diese zeitige Rührigkeit in der Hauptsache doch andere Gründe. Zunächst hofften sie unter dem Schlagworte „Sammlung der staatserhaltenden Elemente" gegen die anwachsende Sozialdemokratie, das ja dann durch den Aufruf der Abgeordneten Graf Schwerin-Löwitz und Bopelius (März 1898) offiziell in die Mode gebracht wurde, ein gutes politisches Geschäft zu machen. Dazu aber mußten sie früh aufstehen, um denen, die „gesammelt" werden sollten, sofort mit Vorschlägen kommen zu können.

Es war ja auch zu natürlich, daß sich Leute genug fanden, denen eine solche „Sammlungspolitik" ungemein praktisch und vor allem — was in politischen Dingen dem Deutschen die Hauptsache ist — ungemein bequem schien, — da konnte sich bei der Arbeit immer einer hübsch auf den andern verlassen und, wenn es schief ging, die Schuld auf andere Parteien wälzen. Er selbst hatte ja seine Pflicht gethan, er hatte sich mit „gesammelt". Auch klingt es ja so einleuchtend: wenn wir alle zusammenhalten, so müssen wir die Sozialdemokraten doch unterkriegen! Man vergißt nur dabei, daß ein Kandidat, der es allen recht machen will, sicherlich nicht ein Mann ist, für den politische Charaktere freudig eintreten können. Und diese allein sind es doch, die die Wählermenge aufzurütteln und an die Urne zu bringen wissen.

Auch war die „Sammelpolitik" vielfach gar nicht ehrlich gemeint, sondern sollte nur dazu dienen, den Konservativen ihren gefährdeten „Besitzstand" zu retten, wohingegen sie ihrerseits Zugeständnisse nicht machen wollten. Hatte man die Vertrauensmänner der Nachbarparteien erst zusammen, so suchte man sie durch die drohende Vorstellung: Wenn ihr euch uns nicht anschließt, unterstützt ihr die Sozialdemokratie! mürbe zu machen. Und wo dies nicht verfing, schreckte man auch nicht vor Ueberrumpelung und Vergewaltigung der Bundesgenossen zurück. Dafür bieten Vorgänge in einer Vertrauensmänner-Versammlung zu Erfurt ein bezeichnendes Beispiel. Voll Schadenfreude berichtet hierüber die „Tribüne" (16. Febr.):

„Zum „Sammeln" war man zusammengekommen, uneiniger als je ist man auseinandergegangen. Sagte doch der Antisemitenführer Kurzhals zum Schluß: „Wir Antisemiten stellen hiermit Herrn Schack als Sonderkandidaten auf und erklären die hier gefaßten Beschlüsse für ungiltig, da wir durch unlautere Mittel majorisiert worden sind." Die Einladungen waren nämlich durch das gewählte Komitee versandt worden, und zwar an alle Parteien in gleicher Anzahl. Die Konservativen hatten aber für ihren Verein besondere Einladungen drucken lassen und sogar einen Vortrag des Herrn Jacobskötter (ihres Kandidaten) angekündigt. Dadurch waren die Nationalliberalen und Antisemiten, welche nur

über je 30 Einladungen verfügen konnten, im Nachteil. Obwohl auf den Einladungen des Komitees der Vermerk stand: „Nur diese Einladung berechtigt zum Eintritt", waren ca. 120 Konservative anwesend, während die Nationalliberalen und Antisemiten nur ca. 25 Anhänger stellten."

Mit demselben Manöver wollten die Herren im Kreise Potsdam-Spandau-Osthavelland die Antisemiten überrumpeln. Sie luden dieselben (wie auch die kaum in Betracht kommenden Nationalliberalen) zu gemeinsamen Verhandlungen ein, die wider Erwarten in einem engeren Ausschuß zu dem Ergebnis führten, daß den Antisemiten, die dafür in Teltow auf eine eigene Kandidatur verzichteten, Osthavelland zufallen sollte, wenn die den Konservativen genehme Kandidatur Pauli in Osthavelland an Stelle der Kandidatur Frölich trete. Die Ausschußmitglieder (darunter die Konservativen Abg. Schall, von Massow-Potsdam und von Tiedemann-Potsdam) unterschrieben diese Beschlüsse und man verpflichtete sich, in einer weiteren Vertrauensmänner-Versammlung für dieselben einzutreten.

So weit war alles ehrlich hergegangen, und da eine Einigung gesichert schien, empfahl ich als antisemitischer Verbandsvertreter, man solle zur nächsten Besprechung möglichst viele maßgebende Parteigenossen hinzuziehen. Dies wurde von den Konservativen unter Hinweis auf die beschränkten Räumlichkeiten des betr. Lokals abgelehnt. Um so mehr erstaunt waren die Antisemiten, als die nächste Besprechung in einer anderen Wirtschaft angesetzt wurde und sie, von denen nur drei oder vier Einladungen erhalten hatten, gegen 50 konservative Vertrauensmänner vorfanden, von denen ein großer Teil augenscheinlich das Gefolge des Landrats Steinmeister bildete. Eine sachliche Besprechung war unmöglich, da Herr v. Tiedemann, der wegen eines Trauerfalles abwesend war, das Protokoll der vorigen Sitzung vergessen hatte abzuliefern und der zum Vorsitzenden gewählte Abg. Schall einen Bericht des Herrn v. Massow, der zu vermitteln suchte, einfach abschnitt, worauf die übrigen konservativen Herren erklärten, da die Mehrzahl ihrer Parteigenossen die bisherigen Abmachungen nicht billige, hielten sie sich durch dieselben nicht für gebunden, ein Gebahren, das die Antisemiten als nackten Wortbruch ansahen. Die antisemitischen Redner wurden durch lärmende Zwischenrufe („Ahlwardt! Ahlwardt!") unterbrochen, und mit höhnischem Hinweis auf ihre Uebermacht verlangten die Konservativen Abstimmung nach Köpfen. Der geplante Gewaltstreich wurde schließlich nur dadurch vereitelt, daß ich erklärte, ich müsse es ablehnen, in einer so tumultuarischen Versammlung weiter zu verhandeln, der Provinzialverband werde die Beschlüsse derselben nicht anerkennen. Man trennte sich ohne Einigung, nachdem abgemacht war, über diese unerfreulichen Vorkommnisse nichts an die Oeffentlichkeit zu bringen, trotzdem erschien in der „Schlesischen Zeitung" ein zu Gunsten der Konservativen gefärbter Bericht.

Besonders interessant an der Sache ist, daß Herr Steinmeister dasselbe Verfahren gelegentlich auch seinen eigenen Parteigenossen gegenüber in Anwendung brachte. Die „Frankfurter Zeitung" erzählte (am 6. Oktbr. 98) hierüber folgendes:

„Einen bemerkenswerten Verlauf hat die Wahlvorbereitung der Konservativen im Landtagswahlkreise Spandau-Osthavelland genommen. Vertreter im Abgeordnetenhause ist seit 5 Jahren der Pastor Schall in Kladow a. d. Havel; auch Reichstagsabgeordneter dieses Wahlkreises war er in der letzten Legislaturperiode; bei der Wahl im Juli (soll heißen Juni) trat er aber sein Mandat an den antisemitisch-konservativen Tischlermeister Pauli in Potsdam ab[1]). Jetzt

[1]) Diese Darstellung ist nicht genau. Herr Schall mußte zurücktreten, da die Antisemiten seine Unterstützung entschieden ablehnten. Dies war von seiten des Provinzial-Verbandes schon am 12. Novbr. 1897 in der „Staatsbürger-Zeitung" erklärt worden, zur Begründung war angegeben, Herr Schall sei 1893 nur durch die antisemitische Unterstützung gewählt, nachdem sich die Konservativen verpflichtet hatten, nach der Stichwahl für den schwer persönlich verdächtigten deutsch-sozialen Kandidaten eine Ehrenerklärung abzugeben, dies Versprechen sei nicht gehalten worden, auch habe Herr Schall im Reichstage nicht Widerspruch erhoben, als Caprivi die Antisemiten als „Vorfrucht der Sozialdemokratie" bezeichnete.

wäre Herr Schall, allerdings gegen seinen Willen, beinahe um das Landtagsmandat gekommen, das er gar zu gern behalten will. In der Person des Landrats Dr. Steinmeister in Nauen (Osthavelland) war ihm nämlich ein mächtiger Mitbewerber erstanden; der Landrat meinte wohl, Herr Schall könnte auch mal zu Hause bleiben. Um für die landrätliche Kandidatur Stimmung zu machen, wurden eines Tages sämtliche Gemeindevorsteher des Kreises nach der Kreisstadt eingeladen. So leicht ergab sich Herr Schall indes nicht; als er von den gegnerischen Plänen im eigenen Lager erfuhr, wurde er sehr unwillig und erklärte, unter keinen Umständen weichen zu wollen. Und der streitbare Seelenhirte hat gesiegt. In der kürzlich abgehaltenen konservativen Vertrauensmänner-Versammlung wurde er, wenn auch mit ganz kleiner Majorität, wieder als Kandidat zur Landtagswahl aufgestellt. Die sehr zahlreiche Minorität stimmte für den Landrat, der nunmehr auf die Kandidatur verzichtet hat."

Der zweite Grund, der die Konservativen veranlaßte, so früh mit der Kandidaten-Aufstellung zu beginnen, lag in der Stellung zum Bund der Landwirte. Vorsichtige Bundesmitglieder mußten sich sagen, daß es nach den bisherigen Erfahrungen überaus unklug ist, sich der konservativen Partei mit Haut und Haar zu verschreiben. Aber die örtliche Leitung des Bundes liegt fast allenthalben in den Händen konservativer Rittergutsbesitzer, und diese suchten, was auch meist gelang, in den von ihnen beherrschten Vertrauensmänner-Versammlungen die Anerkennung der ihnen genehmen Kandidaturen als offizieller Bundeskandidaturen durchzudrücken, womöglich ehe eine Gegenkandidatur im Kreise bekannt war. Die zahlreichen höchst bedenklichen Manöver, die zu diesem Ende angewendet wurden, und die Rolle, die der trotz seiner großen Mittel völlig aktionsunfähige Bund hierbei spielte, gedenken wir im nächsten Jahrbuch eingehend zu beleuchten und gehen somit zum eigentlichen Wahlkampf über.

Die konservativen Agitatoren lieben es, die Antisemiten als Sozialdemokraten hinzustellen. Klug ist das nicht, denn sie vergessen dabei, daß gerade zwischen der konservativen und der sozialdemokratischen Partei recht auffallende Aehnlichkeiten bestehen. Beide Parteien sind mit den Grundlagen des heutigen Deutschen Reichs unzufrieden und möchten an Stelle desselben einen Zukunftsstaat setzen, die Sozialdemokraten einen, der sich noch nicht erprobt hat, die Konservativen einen, den man als veraltet beseitigt hat, aus der Rumpelkammer wieder hervorholen. Ihnen sind die Volksrechte ein Gräuel; Vereins- und Versammlungsrecht, gleiches und geheimes Wahlrecht möchten sie je eher je lieber beseitigen, damit die alte „Ordnung" wieder Platz greife.

Es ist nun aber den Konservativen, genau so wie den Sozialdemokraten, klar, daß die Mehrzahl unseres Volkes gar keine Neigung hat, auf ihre Zukunftspläne einzugehen, daß man somit recht bald abgewirtschaftet haben würde, wenn man den Wählern ehrlich heraus sagen wollte, was man erstrebt. Deshalb besteht die konservative Wahltaktik, genau so wie die sozialdemokratische, in der Hauptsache im Verschweigen und Verhüllen der wahren Parteiziele. Die Wahlaufrufe und Wahlreden waren sachlich infolgedessen meist überaus dürftig und kahl, und weil man das selbst empfand, redete man gern von andern Parteien, die mehr versprächen, als sie halten könnten, indem man es geflissentlich so darstellte, als werde für die nächste Zukunft versprochen, was als letztes Endziel für erstrebenswert erklärt wird. Weil man sich selbst nicht binden wollte, um den Mantel gelegentlich möglichst ungeniert nach dem Winde hängen zu können, wurden die Gegner verdächtigt. Darauf lief die gesamte konservative Wahlmache hinaus. Ueber unbequeme Dinge in der Vergangenheit der eigenen Partei ging man mit größter Kaltblütigkeit zur Tagesordnung über. So traten die Konservativen natürlich als die zuver-

läſſigſten Schirmer der Landwirtſchaft und nackenſteifſten Gegner ſchädlicher Handelsverträge auf. Und machte einmal ein böſer Antiſemit auf die ziemlich klägliche Haltung ihrer Reichstagsfraktionen in dieſer Frage aufmerkſam, ſo hieß es: nun ja, es ſeien ein paar Herren für die Verträge eingetreten, die ſeien aber deshalb aus der Partei entfernt oder dergl. m. Oder man drehte auch, wie wir noch ſehen werden, den Spieß um und zieh den Gegner der Unwahrheit. Genau wie die Sozialdemokraten! Man konnte dieſe Rolle ja um ſo leichter durchführen, da man meiſt unter den Fittichen des Bundes der Landwirte ſteckte und in ſeine Aufrufe nur einfach den Namen des Kandidaten einſetzte, der dann eben als „Bundeskandidat“ über allen Zweifel erhaben war, und da die ſonſtigen konſervativen Redner meiſt zugleich als Mitglieder irgend eines Bundeskreisvorſtandes nach Belieben ſtatt der Wadenſtrümpfe die agrariſchen Stulpſtiefel anziehen konnten. Daß dies Doppelſpiel nicht mehr ehrlich iſt, wenn z. B. der Kandidat, wie Herr Stubbendorf in Weſtprignitz, erklärt, der freikonſervativen Partei anzugehören, von der doch ſ. Zt. alle bis auf zwei für den öſterreichiſchen und italieniſchen Vertrag ſtimmten, liegt auf der Hand.

Auf ſolche Kleinigkeiten aber kommt es den Herren nicht an; denn ſie ſind ſo durchdrungen von der Anſicht, ihre Sache ſei die einzig gute, daß ſie ein Recht des Gegners von vorne herein nicht anerkennen. An mich richtete einmal in einem Dorfe bei Havelberg der als Gegenredner auftretende Pfarrer die bezeichnende Frage: „Wenn Sie auch in vielen Stücken recht haben, aber wie können Sie gegen die konſervative Partei auftreten, die doch die wahren, ewigen, ſozuſagen göttlichen Grundſätze vertritt?“

Solch Parteifanatismus iſt ſchon deshalb nicht ſelten, da es die Konſervativen in ihrer Ueberhebung meiſt nicht für der Mühe wert halten, ſich über die Beſtrebungen der Gegner zu unterrichten, und in jedem, der ihnen unbequem iſt, den verkappten Umſtürzler wittern. Das führt dann von ſelbſt dazu, daß man einmal einen „frommen“ Betrug mit unterlaufen läßt, wenn es gilt, die wählenden Schäflein in die richtige Hürde einzufangen, daß man den Gegner verunglimpft und, wo es angeht, mit Liſt und Gewalt unterdrückt, beſonders natürlich die antiſemitiſchen Ketzer, die ja von vielen Konſervativen einfach als „Renegaten“ angeſehen werden.

Das ſind denn auch die drei hervorſtechendſten Seiten in der konſervativen Wahlmache: Täuſchung der Wähler über die Endziele der eigenen Partei, Verdächtigung und Herabwürdigung der Gegner und Mißbrauch amtlicher oder wirtſchaftlicher Macht zur Knebelung derſelben.

Der größte Stein des Anſtoßes iſt den Konſervativen das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht (vergl. Jahrb. 97, S. 162 ff. u. 98, S. 239) und ihr Grimm gegen dasſelbe wird noch dadurch erhöht, daß ſie wohl ſelbſt fühlen, wie ſie ſeit ihrer Entwickelung zur gouvernementalen Partei im Volke den Boden verlieren. Sie erkennen, daß der Tag kommen muß, an dem die konſervative Fraktion aus dem Reichstage verſchwindet, — wenn es nicht inzwiſchen gelingt, das Wahlrecht zu ändern. Nun wird aber niemand den Aſt abſägen, auf dem er ſitzt, und niemand das Wahlrecht benutzen, um einen Gegner desſelben in den Reichstag zu ſchicken. Deshalb heißt's vor den Wahlen hübſch vorſichtig! Und da das allein es nicht thut, da die Gegner natürlich die zahlreichen Sünden der Konſervativen gerade in dieſer Beziehung ans Licht holen, ſo muß nötigenfalls die Geſinnung verleugnet werden, um den Wählern Sand in die Augen zu ſtreuen. Im ſchlimmſten Fall erklärt man einfach, wenn dieſer oder jener Abgeordnete oder eine oder die andere Zeitung gegen das Wahlrecht polemiſiert habe, ſo ſei das für die Partei

„nicht maßgebend". Ganz wie bei den Sozialdemokraten! Dabei müssen freilich zuweilen die seltsamsten Bocksprünge gemacht werden; so warf die früher leidlich verständige „Pommersche Reichspost" (Stettin) am 22. Mai entrüstet die Frage auf:

> „Wer will das Reichstagswahlrecht ändern? Herr Singer erklärte am Freitag in einer Berliner „Volksversammlung": „Das jetzige Wahlrecht genügt der Sozialdemokratie durchaus nicht. Sie ist der Ansicht, daß die 21jährigen Reichsbürger, die gut genug zum Kanonenfutter sind und ihre Bürgerpflichten genau erfüllen müssen, das Recht haben, an der Gesetzgebung teilzunehmen." — Wie man auch hier sieht, gehen alle Bestrebungen, das Wahlrecht zu verändern, von der radikalen Linken aus, die nicht aufhört, an diesem Punkte der Reichsverfassung zu rütteln."

Sollten die Herren in Stettin wirklich nicht besser unterrichtet sein? Dann erkundigen sie sich vielleicht einmal bei dem Abgeordneten Jacobskötter. Dieser vielgewandte Herr kam am 9. Mai auch nach Angermünde, um unter der Flagge einer Handwerkerversammlung für die konservative Partei Stimmung zu machen, und behauptete dabei u. a. auch, es sei nicht wahr, daß die Konservativen Gegner des heutigen Reichswahlrechts seien. Leider stellten die bösen Antisemiten sofort fest, daß Herr Jacobskötter selbst am 3. November 94 in einer Versammlung in Erfurt die Forderung erhoben hatte, das Wahlrecht erst mit dem 30. Lebensjahre beginnen zu lassen.[1])

Als die Wahlen dann vorüber waren und die Konservativen sahen, daß es trotz ihrer ängstlichen Sammelrufe in ihren Reihen wieder erheblich lichter geworden war, schob man wie üblich die Schuld auf das Wahlsystem. Und nun begann wieder eine fröhliche Hetze der „Staatserhaltenden" gegen diesen Teil der Reichsverfassung. Als einer der ersten Rufer im Streit war auch diesmal Graf Mirbach-Sorquitten zur Stelle (vergl. Ant. Jahrb. 97, S. 165), und damit man ja nicht im Zweifel sein konnte, welches Gewicht die Partei auf diese Stimme aus Masuren legt, öffnete ihm die parteioffizielle „Konserv. Korresp." die Spalten. Er erinnerte an seine Verdienste um die Bekämpfung des Wahlrechts, wie er im Reichstag am 8. Februar 1896 anregte, das Wahlalter zu beschränken, mit dem Wahlrechte die Wahlpflicht zu verbinden und das Wort „geheim" im Wahlgesetze zu streichen, da, wenn auch in der Tendenz des Wortes vielleicht

---

[1]) Herr Jacobskötter hat übrigens auch in anderer Beziehung eine recht zweideutige Haltung eingenommen. So forderte er (nach dem „Volk" vom 20. Aug. 98) auf dem 13. deutschen Schneidertag in Kassel die Einführung der obligatorischen Innungen und des Befähigungsnachweises, während er doch am 31. März 1897 im Reichstage für die neue Handwerkervorlage eingetreten war, die bekanntlich den Befähigungsnachweis nicht brachte, und bei dieser Gelegenheit betont hatte, er habe sich „immer" für den Befähigungsnachweis „im milderen Sinne" ausgesprochen, weil derselbe nicht für alle Gewerbe dieselben Folgen habe. Als notwendig hatte er damals den Befähigungsnachweis nur für die Gewerbe, bei denen „es sich um ein öffentliches Interesse handelt" (z. B. Baugewerbe), bezeichnet. — Das Bild des Herrn Jacobskötter wird noch durch folgendes ergänzt: Er war früher Vorsitzender des antisemitischen Erfurter Reformvereins und 1893 mit antisemitischer Hilfe gewählt, trat dann aber in die konservative Fraktion ein. Seine Scheidung von der Reformpartei hat nach seiner eigenen Darstellung hauptsächlich ihren Grund in der Feindseligkeit derselben gegen die Konservativen, vor allen gegen Stöcker bei der Wahl 1893. Als ihm hierauf vorgehalten wurde, er habe 1890 auf dem Erfurter Parteitag selbst mit den Vorsitz geführt, als die Verdrängung Stöckers beschlossen sei, antwortete er, daß er allerdings tief bereue, den damaligen Angriffen auf Stöcker nicht entgegen und aus der damaligen antisemitischen Partei nicht sofort ausgetreten zu sein. Nun hat aber inzwischen die konservative Partei Stöcker hinausgedrängt, und Jacobskötter ist geblieben. Wie verträgt sich das mit der in den erwähnten Erklärungen zur Schau getragenen Anhänglichkeit an Stöckers Person und Politik?

etwas Ideales liege, es doch in der Praxis das Mittel zu einer wüsten, vergifteten Agitation liefere.[1]) Er fährt sodann fort:

„Von meinem besonderen Standpunkte aus, beklage ich es durchaus nicht, daß das Reichstags-Wahlrecht in neuester Zeit einer umfassenden Erörterung unterzogen wurde. Zunächst ist dadurch klargestellt worden, welche Parteien ein besonderes Interesse an dem geheimen Wahlrecht haben. Sind es die vorzugsweise staatserhaltenden? Das geheime Reichstagswahlrecht ist eins der wichtigsten, vielleicht das bedeutsamste Mittel, über welches die Sozialdemokratie verfügt, um ihre Macht zu befestigen und erweitern. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, liegen wohl nicht zu fern."

Auch in Sachsen bekannte die Geheimratspartei jetzt nach der Wahl Farbe. Die „Deutsche Wacht" (17. Juli) nagelte dies zweideutige Gebahren an:

„Nach den Wahlen beschäftigt sich die Presse der Konservativen mit der Frage des Wahlrechtes in einer Weise, die mit den Erklärungen ihrer Kandidaten vor der Wahl nicht recht in Einklang zu bringen ist. Wohl sucht das sächsisch-konservative Landesvereinsorgan („Das Vaterland") den Widerspruch dahin zu entschuldigen, es habe keinen Hehl daraus gemacht, daß es keine besondere Vorliebe für das allgemeine Wahlrecht hätte oder dasselbe überhaupt nur für nützlich und auf die Dauer erträglich hielte, sondern nur behauptet, daß sich mit Plänen zur Abschaffung dieses Wahlrechtes weder die Regierung noch die Parteien trügen. Das „Vaterland" ist der Ueberzeugung, „daß es mit dem allgemeinen Wahlrecht so nicht weiter gehen kann," und bezeichnet diese seine parteiliche Meinung keck als allgemeine Ansicht in bürgerlichen Kreisen. Gestützt auf Ausführungen des „Reichsboten", steht das „Vaterland" nicht an, das jetzt bestehende Reichstagswahlrecht als das „unvernünftigste" aller Wahlsysteme zu bezeichnen ... Wenn das Blatt sich als Organ „sämtlicher konservativer Vereine im Königreich Sachsen" bezeichnet, werden die sächsischen Konservativen wohl oder übel Farbe bekennen müssen. Das Blatt schließt seine politische Weisheit dahin: „Der Unsinn und die Unvernunft des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, wie es sich im Laufe der Zeiten allmählich herausgebildet hat, ist handgreiflich."

Der „Reichsbote" war natürlich ganz in seinem Element, so leitartikelte er „Zur Frage des allgemeinen Wahlrechts":

„Das Volk als Masse ist ein Kind, zu dessen Vormund die legitime Obrigkeit gesetzt ist und bei dem Rechte und Pflichten auf das sorgfältigste gewogen werden müssen, wenn es nicht in Gefahr und Irrwege stürzen soll. Bei dem allgemeinen gleichen Wahlrecht fehlt bisher jeder erzieherische Grundgedanke, es ruht auf den falschen Fundamenten der entchristlichten naturalistischen Weltanschauung und jener Fiktion der Volkssouveränität, wie sie der Liberalismus als Nachklang der französischen Revolutionsideen in Deutschland gepflegt hat. Aber nicht nur antiautoritär, antimonarchisch, antinational wirkt dies Wahlrecht mehr und mehr, es ist auch vielfach vernunft- und kulturfeindlich. Wenn schon der große Dichter sagte, daß Verstand immer nur bei wenigen gewesen sei, und er daher die majestas populi in seinem Distichon ebenso kühl und abweisend behandelte wie in seinem „Demetrius", so wird das Verständnis für die idealen geistigen Güter, für die höheren politischen Potenzen des Staatslebens, für die ewigen, geschichtlichen Realitäten, in der Masse immer nur ein unvollkommenes bleiben, nicht wenige derselben werden gegen ihren Durchschnittsverstand erhalten, geschützt und fortgepflanzt werden müssen ... Völlig versagt die atomistische Grundlage dieses arithmetisch-mechanischen Wahlrechts endlich für Lösung religiöser und sittlicher Probleme. Hier wird sie geradezu zu einem Hemmnis, weil wahre Fortschritte zuerst immer nur gegen den Strom der Zeit, der ja selbst im falschen Bett läuft, erstrebt werden müssen. Hier hängt sich das Wahlrecht in die Speichen mit der Erregung der niedrigsten Instinkte gegen religiöse und sittliche Hebungen des Volkes."

[1]) Die Konservativen haben, wie wir sehen werden, bewiesen, daß sie eine derartige Agitation auch unter dem Landtagswahlrecht zu treiben verstehen.

Wie gelehrt! Da drückte sich der konservative Rittergutsbesitzer v. Wedell-Polzen einfacher aus, er erklärte in einer Versammlung in Schmiedeberg (Kr. Angermünde), er sei sich bis zum 30. Jahre noch recht grün vorgekommen und sei deshalb für Verschiebung des Wahlrechts auf dieses Jahr.

Und damit auch die süddeutschen Konservativen nicht fehlten, klagte auch die „Badische Landpost" (vgl. „D. Volkswacht", 14. Sept.) über „die sittlichen Verwüstungen, die die Reichstagswahlen dank dem gleichen und geheimen Wahlrecht, fast überall anrichten".

Den geradezu frivolen Ton, in dem diese Herren Augurn, wenn sie unter sich sind, ihre Anschläge gegen die Volksrechte besprechen, kennzeichnet vortrefflich eine Bemerkung des Reichstagsabgeordneten für Freiberg in Sachsen, Chefredakteurs der „Deutschen Tageszeitung" Dr. Oertel, der in einer Versammlung in Berlin nach dem Bericht des „Reichsboten" (12. Nov. 98) bemerkte: „Als in Sachsen bei der Abänderung des Landtagswahlrechts Professoren mit den Sozialdemokraten gingen, ging man lächelnd über diese Herren zur Tagesordnung über."

Auch über andere reaktionäre Gelüste sprach man sich nach den Reichstagswahlen mit anerkennenswerter Offenheit aus. So gab eine Auseinandersetzung mit den Christlich-Sozialen in Berlin wegen Unterstützung bei der Landtagswahl der „Kreuz-Ztg." Gelegenheit sich zur Frage der Vereinsgesetzgebung zu äußern. Die Christlich-Sozialen hatten eine parteipolitische Hilfeleistung für die Kandidaturen Ulrich und Pretzel davon abhängig gemacht, daß sich diese ausdrücklich verpflichteten, „jeder wie immer gearteten Einschränkung der Volksrechte" entgegenzutreten. Die „Kreuz-Ztg." erklärte hierzu:

> „Damit scheint von vorne herein festzustehen, daß die christlich-soziale Partei als solche die Herren Pretzel und Ulrich nicht unterstützen will. Denn ihre Presse hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auch in der Vereinsgesetznovelle eine „Beschränkung der Volksrechte" erblickt. Auf eine Bedingung, deren Zugeständnis die Zusicherung der Ablehnung eines ähnlichen Gesetzes in sich schließen würde, können sich aber andererseits die Herren Pretzel und Ulrich nicht einlassen, wenn sie nicht auf die Mehrzahl der konservativen Stimmen verzichten wollen."

Das Humoristische an der Sache ist, daß die Betreffenden trotz dieser Drohung die verlangte Verpflichtung eingegangen sind, — und es hat auch den Kopf nicht gekostet. Die „Kreuz-Ztg." war wahrscheinlich wieder einmal „nicht maßgebend".

Ein weiteres Pröbchen von der Art, wie die Konservativen ihre unvolkstümlichen Gelüste vor den Wahlen verbergen, bot die Ersatzwahl in Schaumburg-Lippe (5. Nov. 98). Es wurde von gegnerischer Seite darauf hingewiesen, daß es dem konservativen Kandidaten schwer sein würde, seinem Versprechen gemäß für die Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit einzutreten, denn in der konservativen Partei sei eine starke Strömung für die Wiederherstellung der dreijährigen Militärdienstzeit, was um so weniger zu leugnen war, als die „Kreuz-Ztg." gerade kurz zuvor in einer Reihe von Aufsätzen die Unzulänglichkeit einer zweijährigen militärischen Ausbildung nachzuweisen gesucht hatte. Da hatte die „Schaumburg-Lippische Landeszeitung" (3. Nov.) die Keckheit zu schreiben: „Abgesehen davon, daß kein Mensch an die Wiederabschaffung der zweijährigen Dienstzeit denkt, das ist nur eine Vorspiegelung der Freisinnigen und ähnlicher Agitatoren, die es mit der Wahrheit nicht genau nehmen, weshalb sollte Herr Stroffer nicht sein Wort halten?"

Natürlich waren die Konservativen vor den Wahlen auch wieder so anti-

semitisch, daß eine besondere antisemitische Partei, nach ihrer Ansicht, gar nicht nötig war. Herr Rechtsanwalt Dietrich, konservativer Kandidat (jetzt Abgeordneter) für Ruppin-Templin ließ sich z. B. vom Bund der Landwirte bescheinigen, er sei „auch Antisemit genug", eine Erklärung, die sicherlich die Juden nicht sonderlich aufgeregt haben wird. Im Sternberger Kreise behaupteten die Konservativen gar, die Juden hätten jetzt vor ihnen mehr Furcht, als vor den Antisemiten; leider konnte ihnen ein Flugblatt der Reformpartei demgegenüber vorhalten, daß die Juden Rosenthal in Göritz und Gerson in Kriescht den konservativen Kandidaten von Waldow öffentlich empfohlen hatten.

Noch einfacher machte sich Herr Oberamtmann Ring-Düppel, der in Arnswalde-Friedeberg Ahlwardt verdrängen sollte, die Sache; er behauptete, er sei auch von antisemitischer Seite aufgestellt. Offenbar spekulierte er darauf, daß Leute, die etwas hatten läuten hören, daß Ahlwardt nicht zur Deutsch-sozialen Reformpartei gehört, annehmen sollten, diese stehe hinter Ring gegen Ahlwardt. Etwas verspätet wurde diese Angelegenheit in der „Staatsbürger-Ztg." (28. Okt. 98) aufgeklärt:

„In den „Charlottenburger Nachrichten" veröffentlichten zwei bekannte Bürger aus Driesen im Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde folgende Erklärung: „Wir Endesunterschriebene bekunden und bezeugen hiermit an Eidesstatt, daß der konservative Kandidat Herr Oberamtmann Ring (Düppel), am Ende Mai oder Anfang Juni d. J. in einer von ihm abgehaltenen Versammlung in Neu-Anspach bei Driesen im Sale des Herrn Sommerfeld sich ausdrücklich dahin ausgesprochen und gesagt hat, daß er auch von der antisemitischen Partei als Kandidat aufgestellt ist. Driesen, den 23. September 1898. A. Zielke, Ackerbürger. Albert Fritsch, Drechsler." — Hierzu teilt uns der Vorsitzende des zuständigen Provinzial-Verbandes der Deutsch-sozialen Reformpartei für Brandenburg und Berlin, Herr Böckler (Schöneberg) mit, daß der Verband von vorn herein beschlossen hatte, im Arnswalder Kreise eine für Ahlwardt freundliche Neutralität zu wahren. Ein Eintreten für Herrn Ring war für den Verband völlig ausgeschlossen, der Verbandsvorstand hat vielmehr schon im Februar eine Erklärung veröffentlicht, die sich gegen die unehrlichen Machenschaften des Herrn Ring bei der Kandidaten-Aufstellung im Kreise Teltow richtete. Herr Ring würde demnach gut thun, wenn er nicht in den Verdacht kommen will, auch im Arnswalder Kreise unlautere Wahlmittel angewendet zu haben, möglichst genau anzugeben, wen er mit der „antisemitischen Partei" gemeint hat."

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß schon bei der Wahl 1893 Herr Ring, der im Teltower Kreise kandidierte, in einer Versammlung am 26. Mai in Glienicke Aeußerungen gethan hatte, die von den Zuhörern so verstanden wurden, als wolle der antisemitische Gegenkandidat, Prof. Förster, zu Gunsten des Herrn Ring zurücktreten. Es scheint demnach doch an Herrn Ring und nicht etwa an seinen Zuhörern zu liegen, daß diese aus seinen Ausführungen Behauptungen heraushören, die mit den Thatsachen nicht übereinstimmen.

Wie wenig ernst dieser konservative Wahlantisemitismus zu nehmen ist, zeigte sich auch bald genug. Die Berliner Parteileitung fühlte nach den Reichstagswahlen plötzlich das Bedürfnis, ein eigenes Parteiblatt zu besitzen, natürlich nur, um die schon wiederholt versuchte reinliche Scheidung von der Deutsch-sozialen Reformpartei ins Werk zu setzen. Die Wahl fiel auf das „Berliner Fremdenblatt". Ueber dies neue konservative Parteiorgan fällten allerdings die eigenen Parteigenossen ein recht absprechendes Urteil. Rechtsanwalt Ulrich bemerkte in einer Versammlung am 7. November: „Eine schlechtere Wahl, als ein Parteiblatt, wo Juden mitbestimmend sind (Herausgeber Russak, Drucker S. Hermann), habe man gar nicht treffen können." Natürlich aber wurde in derselben Versammlung wie üblich

betont, zu Mißtrauen gegen die Konservativen betr. der Judenfrage sei kein Anlaß, man stehe ja auf dem Boden des Tivoli-Programms. Das trifft auch für einen großen Teil der Berliner Parteigenossen zu, die Leitung aber möchte, selbst mit Hilfe der Juden, diese Gesinnung ausrotten. Ein anderer Redner, Lehrer Seifert, äußerte, er habe in diesem Organ der konservativen Partei bisher vergeblich einen konservativen Gedanken gesucht.

Diese Verkoppelung des offiziellen Konservatismus mit dem Judentum ist übrigens keineswegs etwas neues. Ist ja doch auch das, nach dem Vorwort der zweiten Auflage von sechs konservativen Abgeordneten herausgegebene „Konservative Handbuch" (vergl. auch Jahrb. 97, S. 154 ff.) bei einem Juden (Isidor Samuel Preuß) gedruckt!

Was die wahre Meinung gewisser Kreise ist, plauderte denn auch wieder die „Schlesische Ztg." aus (19. Oktob.), die schon früher (vergl. Ant. Jahrb. 98, S. 244) die interessante Ansicht zum besten gegeben hatte, die Aufnahme der Judenfrage ins Tivoli-Programm habe nur den Zweck gehabt, „den antisemitischen Agitatoren auf konservativen Gebieten den Boden abzugraben". Sie erklärte mit Bezug auf die preußischen Landtagswahlen in einem langen Artikel u. a. folgendes:

> „Wir sind überzeugt, daß ein gut Teil Antisemitismus aus unserm Volksleben verschwinden wird, sobald die innige Verbindung zwischen Judentum und Demokratie gelöst sein wird", und weiter „Eine Lockerung der bisher noch innigen Verbindung zwischen Freisinn und Judentum könnte die Stellung des letzteren im deutschen Volksbewußtsein nur heben. Dann würde der Ruf, den wir in dieser Wahlzeit immer wieder an die Urwähler in Stadt und Land ergehen lassen, auch von dem Judentum nicht als gegen seine Interessen gerichtet angesehen werden, der Ruf: Wählt die Wahlmänner der gegen den Freisinn geeinten Parteien!"

Also mit andern Worten: wenn die Juden nur hübsch artig konservativ wählen und brav in den konservativen Parteisäckel zahlen, soll die ganze unangenehme Judenfrage als gelöst gelten. Natürlich werden Deutsch-Konservative, wo es gut scheint, eiligst erklären: das geht uns nichts an, ein freikonservatives Blatt ist nicht maßgebend. Wie ja auch in obiger Versammlung die Thatsache, daß die freikonservative „Post" für Virchow's Landtags-Kandidatur gegen die Deutsch-Konservativen eingetreten war, von dem Vorsitzenden der Berliner Organisation, Polizeirat von Löbell, mit den Worten abgethan wurde, das „gehe die Parteileitung nichts an, sie könne nicht für solche Auslassungen verantwortlich gemacht werden". Dann sollte man sich aber auch nicht so eng mit den Freikonservativen verbrüdern, wie es unter dem Namen „der konservativen Parteien" bei den Wahlen geschehen ist. Herrscht doch heute noch über die gewählten Abgeordneten mancher Kreise (z. B. Westprignitz, Oldenburg-Plön, Rosenberg-Löbau, Heilbronn) Meinungsverschiedenheit in Betreff der Parteizugehörigkeit. Wenn z. B. in Westprignitz die Parteileitung deutsch-konservativ, der Kandidat freikonservativ ist, so kann man in diesem Apparat mit doppeltem Boden so ziemlich alle Vorwürfe spurlos verschwinden lassen. Eine schöne Partei übrigens die freikonservative! Das eine ihrer Hauptblätter will alles, selbst die Juden, zum Sturm auf den Freisinn sammeln; das andere stellt sich auf Seiten des Freisinns gegen die Zwillingspartei! Da ist doch nur zweierlei möglich: entweder ist diese Zwiespältigkeit der konservativen Richtungen nur scheinbar, also auf unlauteren Stimmenfang berechnet, oder sie ist den Herren selbst ernst. In letzterem Falle würde das eine Uneinigkeit und Zerfahrenheit sein, wie man sie sich toller kaum denken kann. Und diese Herren gestatten sich nur zu gern Bemerkungen über die Uneinigkeit der Antisemiten!

Bei den preußischen Landtagswahlen, bei denen man keine Rücksicht auf nationale Gefühle der Wähler zu nehmen brauchte, da das Wahlsystem eine viel größere Beeinflussung ermöglicht, sahen die Konservativen mit einem Male ganz anders aus als kurze Zeit zuvor. In Posen fanden sie sich bereit, den von der „Freisinnigen Vereinigung" aufgestellten jüdischen Kandidaten, Rechtsanwalt Lewinski zu unterstützen, über dessen Befähigung zur Vertretung des Deutschtums die „Deutsche Zeitung" (29. Sept. 98) berichtete, daß in seinem Hause „zumeist französisch oder polnisch gesprochen wird, weil seine Frau, eine Jüdin aus Lodz, die deutsche Sprache ursprünglich nur mangelhaft beherrschte". In Konitz zogen sie den in Aussicht genommenen Kandidaten Hilgendorff zurück, und zwar war nach einer Mitteilung der „Deutschen Tagesztg." „die Ablehnung der Kandidatur des Abgeordneten Hilgendorff auf einige jüdische einflußreiche Männer zurückzuführen, denen Herr Hilgendorff angeblich zu antisemitisch gewesen sei. Auf diese Juden habe man Rücksicht nehmen zu müssen geglaubt".

Auch gegenüber der immer mehr um sich greifenden litauischen Bewegung bewiesen die Konservativen wiederum (vergl. Jahrb. 97, S. 159) einen erschreckenden Mangel an nationalem Verständnis, wie sich aus folgender Notiz der „Deutschen Zeitung" (27. Juli 98) ergiebt:

„Nach der „Tilsiter Allg. Ztg." beabsichtigen die Konservativen, neben ihren Kandidaten auch drei Litauer für die Landtagswahl aufzustellen, und zwar für Tilsit-Niederung Prediger Buskies (Buske) aus Kaukehmen, für Ragnit-Pillkallen Besitzer Varutzky aus Paskallwen und für Memel-Heidekrug Besitzer Grigg aus Medischkehmen. Indem die Konservativen von der Voraussetzung ausgehen, daß die Mittel des litauischen Wahlvereins erschöpft seien, glauben sie durch Bewilligung dieser drei Kandidaten und durch thatkräftige materielle Unterstützung den Litauern entgegenzukommen und verlangen als Entgelt, daß der litauische Wahlverein mit aller Kraft für diese und ihre Kandidaten eintrete." Aber, wie weiter berichtet wird, sollte aus diesem Wahlhandel nichts werden, weil die Litauer mehr Nationalgefühl hatten als die „Deutsch"-Konservativen, „verschiedene reiche Litauer haben, damit die einmal begonnene litauische Nationalpolitik bis auf die äußersten Konsequenzen strikte durchgeführt werde, bedeutende Summen zum Agitationsfonds gezeichnet; ein Besitzer verpflichtete sich zu 500, andere zu 300 Mk. u. s. w. Angesichts dieser Opferfreudigkeit wird der litauische Wahlverein von dem besagten Kompromiß absehen und die drei Wahlkreise mit seinen eigenen Kandidaten besetzen".

Als Ergänzung hierzu teilte die „Deutsche Zeitung" am 21. Oktober mit: „Der litauische konservative Wahlverein nominierte die Litauer Smalakys und Strelys."

Genau ebenso will man in Masuren den polnischen Teufel durch Beelzebub austreiben. Hierüber berichtete die „Deutsche Wacht" (25. Februar 98): „Die „Gazeta Ludowo" meldet aus Lyck: Die konservative Partei giebt vom 1. März ab eine neue Zeitung in polnischer Sprache für die evangelischen Masuren Ostpreußens heraus. Der Zweck der neuen Zeitung, die sich betitelt „Gazeta Mazurska", ist die Bekämpfung der masurischen Volkspartei besonders bei den bevorstehenden Wahlen." — Sehr wacker! Den evangelischen Stämmen polnischer Zunge, die gar nicht polnisch-national fühlen wollen, erst recht zum Bewußtsein gebracht, daß auch sie Polen sind. Dann wird das Deutschtum im Osten bald ganz einpacken können! [1])

[1]) Der Einwurf, daß man ohne Anwendung der polnischen Sprache keinen Einfluß auf die evangelischen Polen gewinnen könne, ist nicht stichhaltig; der Verfasser hat, ohne einen Satz polnisch sprechen zu können, in derartigen Landstrichen große Erfolge gehabt — allerdings nicht mit dem konservativen Programm.

Also deutsch-konservativ, jüdisch-konservativ, litauisch-konservativ, polnisch-konservativ; fehlt nur noch, daß in Lothringen ein französisch-konservativer Wahlverein gegründet wird!

Ein weiteres konservatives Hauptmittel im Wahlkampfe war die Verunglimpfung der Gegner, sowohl der Parteien, als besonders der Persönlichkeit des Gegenkandidaten. Da ich selbst bei den Ersatzwahlen der letzten Jahre und bei den allgemeinen Reichstagswahlen vielfach im Kampfe gegen die konservative Partei gestanden habe, im Wahlkreise Prenzlau-Angermünde und bei der Ersatzwahl vom 5. November 98 in Schaumburg-Lippe auch als Kandidat, so habe ich reichlich Gelegenheit gehabt, die Kampfesweise der Konservativen in diesem Punkt aus eigenster Anschauung kennen zu lernen. Was ich selbst erlebt habe, weiß ich natürlich genauer, als was mir von andern berichtet wird oder was ich aus Zeitungen entnehme. Ich werde daher in diesem Punkt meine Darstellung vornehmlich auf meine eigenen Erfahrungen stützen. Ich habe mich dabei bemüht, jede Aeußerung der Verstimmung, die die persönlich gehässige konservative Kampfesweise selbstverständlich erregen muß, zu unterdrücken. Sollte es trotz des guten Willens nicht völlig gelungen sein, so wolle der Leser es damit entschuldigen, daß es sehr schwer war. Wie schwer, das wird er beurteilen können, wenn er das Folgende gelesen hat.

Schon die Art, wie die Konservativen ihren Mandatsbewerber einzuführen pflegen als den „Kandidaten der staatserhaltenden Parteien", ist doch ein lediglich auf Verdächtigung der anderen Mitbewerber berechnetes Manöver. Dann ist ein beliebter Trick, die Gegenkandidaten als „Fremde", die im Kreise unbekannt seien, hinzustellen. Es hat das ja zuweilen etwas erheiterndes, wenn z. B. in Westprignitz der bisherige Abgeordnete Max Schulz als „ein uns völlig unbekannter Berliner, dem unsere ländlichen und provinzialstädtischen Verhältnisse fremd sind", hingestellt wird; desgleichen in Neustettin der Mann, der den Kreis fünf Jahre lang vertreten hatte, plötzlich ein „Fremder" sein sollte; aber in der Sache liegt System: es wird bei den Wählern ein unnationaler Kreispatriotismus großgezogen, sie glauben z. T. schließlich wirklich, wenn sie nicht einen „Einheimischen" wählten, werde ihr Kreis zu kurz kommen. Deshalb ist es wichtig, stets darauf hinzuweisen, daß die Konservativen den von ihnen gepredigten Grundsatz selbst nicht durchführen. So wurden bei den letzten Wahlen folgende nicht in ihren Kreisen ansässige Konservative gewählt: v. Staudy-Posen in Angerburg-Lötzen, Kropatscheck-Berlin in Belzig-Jüterbog, Henning-Berlin in Kalau-Luckau, v. Plötz-Döllingen (Bez. Merseburg) in Pyritz-Saatzig, Graf v. Roon-Krobnitz (Bez. Liegnitz) in Minden-Lübbecke, Förster-Spremberg in Löbau, Oertel-Steglitz bei Berlin in Freiberg (Sachsen), Rettich-Rostock in Hagenow; auch Herr v. Hammerstein wohnte in Berlin und war Abgeordneter für Herford, Herr Ring-Düppel (bei Berlin) kandidierte in Arnswalde, Herr Stroffer-Herford in Schaumburg-Lippe u. s. w.

Es sind also eine ganze Anzahl Herren, die ihren Wohnsitz in und um Berlin haben. Wehe aber dem Gegner, wenn er ein Berliner oder auch nur etwas ähnliches ist! So schrieb zur Ersatzwahl in Schaumburg-Lippe (5. Novb. 98) die „Schaumburg-Lippesche Landeszeitung" (3. Novb. 98): „Ein Redakteur Otto Heinrich Böckler aus Schöneberg bei Berlin reist in unserem Lande herum und wirbt Stimmen für sich. Uns kommt der Name dieses Herrn zum ersten Male vor. War schon die Aufstellung des Herrn Pastor Jacobsen im Juni d. J. unseres Erachtens ein verfehlter Versuch, so fehlt für einen Vertreter der speziellen Berliner Spielart des Antisemitismus in Schaumburg-Lippe nicht nur jede

Berechtigung, sondern auch jedes Verständnis." — Das ist konservative Gewissenhaftigkeit! Der Gegner ist uns zwar völlig unbekannt, aber wir wissen doch, weß Geistes Kind er ist. Wenn nun die Antisemiten geantwortet hätten: Euer Kandidat kommt aus Herford, da wird er wohl ein Vertreter Hammersteinscher Anschauungen sein? Sicherlich hätten die Konservativen sich über solche persönliche Kampfesweise gewaltig entrüstet.

Ferner belieben es die Konservativen stets, unbequeme Gegner als „Agitatoren", „Wanderredner", „Hetzredner" u. dergl. zu bezeichnen, was in der Bevölkerung die Vorstellung erwecken soll, als seien dieselben Leute, die nur aus Geschäftsrücksichten Politik trieben. Wie leichtfertig auch hier vorgegangen wird, zeigt, daß z. B. in Sternberg der antisemitische Kandidat Herr Frölich in einem konservativ-bündlerischen Flugblatt als „Agitator" bezeichnet ist. Ja, wie soll man denn alsdann die konservativen Abgeordneten Jacobskötter, v. Plötz, v. Manteuffel, v. Zedlitz-Neukirch, Dr. Oertel u. s. w. nennen, die doch auch außerhalb ihrer eigenen Kreise Agitationsreden gehalten haben? Und wenn man von Leuten sprechen will, die „berufsmäßig" Politik treiben, sollte man doch die Abgeordneten v. Hammerstein, Kropatscheck, Dr. Oertel und Schrempf nicht vergessen. Ueber andere Ungehörigkeiten, z. B. daß das erwähnte Flugblatt in Sternberg von der „sogenannten" Deutsch-sozialen Reformpartei spricht, wie auch der „Reichsbote" die Antisemiten mit Vorliebe als eine „Sekte" bezeichnet, bemerken wir nur, daß solche Ungezogenheiten lediglich die Kreise kennzeichnen, denen sie entstammen.

Den mit besonderem Nachdruck und besonderer Leichtfertigkeit stets erhobenen Vorwurf, der Gegenkandidat verstehe nichts von den Verhältnissen im Kreise, der Landwirtschaft u. s. w., wies ich einmal Herrn v. Wedell-Polzen gegenüber mit Glück zurück, indem ich bemerkte, ein Mensch mit offenen Augen, wenngleich er nicht Landwirt in der Uckermark sei, könne vielleicht mehr von diesen Dingen verstehen, als ein Rittergutsbesitzer, der Offizier gewesen sei und seine Zeit zwischen Exerzierplatz und Kasino geteilt habe und dann vielleicht später zum Schrecken seines Verwalters anfange, selbst zu wirtschaften[1]). Nach dem Eindruck, den diese Worte, durch die sich Herr v. Wedell anscheinend getroffen fühlte, hervorriefen, kann es nur empfohlen werden, konservativer Anmaßung dergleichen nützliche Erwägungen öfter vorzuführen.

Doch das sind alles noch harmlosere Dinge; leider sind über persönliche Angriffe und Verdächtigungen in den Wahlkämpfen viel bösere Sachen zu berichten. Ich lasse aus der Fülle des vorliegenden Stoffes zur Kennzeichnung der konservativen Mache nun im folgenden eine Reihe von Einzelbildern aus dem Wahlkampfe folgen, in dem ich mir vorbehalte, etwaige Lücken dieser Gallerie ein anderes Mal auszufüllen.

Im Kreise Westprignitz verdankten schon bei der Ersatzwahl 1897 die Konservativen ihre Niederlage in erster Linie ihrer persönlich gehässigen Kampfesweise, die die Antisemiten zwang, ihnen einmal schärfer zu Leibe zu gehen. Ueber die Mittel, die schon damals angewendet wurden, berichtet die „Staatsbürger-Ztg." vom 22. Juli 1897:

> „Die Konservativen spielen bisher im Wahlkampfe infolge des eigentümlichen Eifers ihrer Parteigänger die bedauerlichste Rolle. Noch talentvoller aber ist die Agitationsweise des „christlichen" Rechtsanwalts Heinemann-

[1]) Ein klassisches Bild eines solchen „praktischen" Landwirts hat ja Fritz Reuter, dem doch gewiß niemand „Junkerhetze" vorwerfen wird, in der „Stromtid" im Axel von Rambow geschaffen; es erübrigt daher, hier näher auf die Sache einzugehen.

Perleberg. Dieser Herr sendet an ihm bekannte Mitglieder des Bundes der Landwirte „im Auftrage des konservativen Wahlkomitees" Briefe, in denen er auffordert, die Mitteilung des Dr. Wohlfarth, daß er Bundesmitglied ist, öffentlich als unwahr hinzustellen. . . . Für die konservative Partei wäre es wichtig, sich möglichst bald und genau über die Sache zu äußern."

Da die Herren nun damals sahen, daß persönliche Verdächtigungen des Kandidaten nicht ungefährlich sind, wenn man selbst im Glashause sitzt (vgl. Antis. Jahrb. 98. S. 117 f.), machten sie sich diesmal daran, die antisemitische Partei zu verunglimpfen. Der konservativ-freikonservative Kandidat (jetzige Abgeordnete) Gutspächter Stubbendorf-Zapel behauptete nach dem Berichte des konservativen „Kreisblattes f. d. Westprignitz" in einer Versammlung in Perleberg am 22. März: „Die Deutsch-soziale Reformpartei, die sich als Mittelstandspartei bezeichne, verlange, daß sich nicht große Vermögen in einigen wenigen Händen anhäufen. Mit anderen Worten sei dies dasselbe, was auch die Sozialdemokratie wolle." In andern Versammlungen hat er nach den Zeitungsmitteilungen ähnliche Redensarten gemacht, z. B. „Der Antisemitismus führe zum Kommunismus" u. dergl. mehr. Merkwürdig bleibt dabei nur, daß Herr Stubbendorf vor der Stichwahl sehr hübsch um die Stimmen dieser Sozialdemokraten oder Kommunisten hat bitten können; Beweis jedenfalls, daß er selbst nicht an seine Behauptungen glaubt.

Mit der Kampfesweise des konservativen Abgeordneten für Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde, Prof. Kropatscheck hatte sich am 14. November das Berliner Schöffengericht zu befassen, ein Prozeß, der zugleich auch ein grelles Streiflicht auf die leichtfertige Art warf, mit der in konservativen Parteiblättern verleumderische Klatschereien über politische Gegner weiter kolportiert werden. Die „Staatsbürger-Ztg." berichtete darüber das folgende:

„Eine Privatklage des Abg. Liebermann von Sonnenberg gegen den Chefredakteur der „Kreuzztg.", Prof. Kropatscheck, und den Redakteur der „Konservativen Korrespondenz" A. Klar beschäftigte am Montag das Schöffengericht. Im letzten Reichstagswahlkampfe brachte das in Dresden erscheinende „Vaterland", das offizielle Organ der konservativen Partei in Sachsen, einen heftigen Artikel gegen die Antisemiten, insbesondere den Abg. Liebermann von Sonnenberg und erörterte die Frage, „was die Konservativen von den reinen Antisemiten zu erwarten haben". Es wurde darin Herr Liebermann von Sonnenberg in irgendwelche Beziehungen zu einem Streit des Schriftleiters der „Deutschen Wacht" Welcker zu einem Führer der antisemitischen Bewegung in Baden, Vogel, gebracht und angedeutet, daß er schlimme Enthüllungen zu fürchten habe, zu deren Vermeidung er plötzlich eine politische Schwenkung gemacht habe. Es sei nun für Eingeweihte kein Geheimnis, daß er aus diesem Grunde Leibeigner seiner früheren Gegner geworden sei, daß er das thun müsse, was diese wollten u. s. w. Der Artikel ging in die Nr. 6 der „Konservativen Korresp." und aus dieser in Nr. 27 der „Kreuzztg." vom 18. Januar d. J. über und hat zu der Privatklage Veranlassung gegeben. Der Kläger bestritt, daß er irgend welche Beziehungen zu dem Streite Welcker-Vogel gehabt habe, und versicherte, daß die vom „Vaterland" erhobenen Beschuldigungen, daß er irgend etwas Schlimmes zu verschleiern habe, jeglicher Begründung entbehre. Er halte es für eine Anstandspflicht der „Kreuzzeitung", den Wahrheitsbeweis anzutreten, und wenn dieser — wie ganz sicher sei — vollständig mißlungen sein werde, offen zu erklären, daß die Verdächtigungen unwahr seien. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Eschenbach erklärte, daß die Angeklagten die Verantwortung für den Artikel übernehmen, machte aber darauf aufmerksam, daß letzterer in der Hitze des Wahlkampfes (fünf Monate vor den Wahlen!) geschrieben und von den Angeklagten gutgläubig aufgenommen sei und daß die Konservativen auch sehr oft in die Lage gekommen seien, sich gegen heftige Angriffe der Antisemiten wehren zu müssen. So habe der Privatkläger einmal in einer

Wahlrede gesagt, daß, wenn er die Wahl habe zwischen einem konservativen Halbjuden und einem freisinnigen Deutschen, er dem letzteren den Vorzug gebe. Der Kläger bemerkte hierzu: Rechtsanwalt Eschenbach werde aus eigener Wissenschaft nicht bestreiten, daß Halbjuden an der Spitze der konservativen Partei stehen.[1]) — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Artikel über die im Kampfe politischer Gegner erlaubten Grenzen hinausgehe und die darin enthaltene Verdächtigung geeignet sei, das bürgerliche Ansehen des Privatklägers zu schmälern. Da die Angeklagten nicht imstande seien, diesen Verdacht irgendwie zu erhärten, so müsse ihn das Gericht für völlig grundlos halten. Der Artikel stelle positive Behauptungen nicht auf (?), und deshalb sei nur § 185 anwendbar. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage habe der Gerichtshof auf je 50 Mk. Geldstrafe, eventuell je 10 Tage Gefängnis, Publikationsbefugnis für den Beleidigten und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen erkannt."

Herr Kropatscheck wird sich nicht verhehlen können, daß wenn er vor demselben Gerichtshofe gestanden hätte, wie sein Kollege Thiele (vergl. S. 125), er ohne Zweifel auch ein paar Monate hinter Schloß und Riegel gekommen wäre, und er dürfte sich nicht wundern, wenn ihm dies im Reichstag gelegentlich in Erinnerung gebracht würde.

Das Beste aber kommt noch. Als die „Kreuzztg." ihre Verurteilung veröffentlichen mußte, bemerkte sie dazu:

> „Der Artikel, der uns die Verurteilung zugezogen hat, war unter Zitierung einfach der „Konservativen Korrespondenz" entnommen, die ihrerseits ihn aus dem Organ des Landesvereins der Konservativen im Königreich Sachsen unter ausdrücklicher Berufung auf diese Quelle abgedruckt hatte. Unsere Thäterschaft war also eine sehr beschränkte. Daher heißt es auch schließlich in den Erkenntnisgründen, „daß wir nicht aus Gehässigkeit gegen Privatkläger gehandelt haben." Die Redaktion der Neuen Preußischen Zeitung."

Fertig ist die Mohrenwäsche. Man hat nur „einfach" ein klein Bischen mit andern Klatschbasen mitgelästert, ohne sich auch nur die geringste Mühe zu geben, sich über die Wahrheit der Ausstreuungen zu unterrichten, hat auch jetzt kein Wort des Bedauerns für den in seiner Ehre schwer verdächtigten Gegner. Man hat auch nicht aus Gehässigkeit gegen den Privatkläger so gehandelt; gewiß nicht, jedem andern Gegner hätte man womöglich noch übler mitgespielt, denn Herr Kropatscheck war sogar, was der Sache die Krone aufsetzt, persönlich mit dem Kläger bekannt.

---

[1]) Herr v. Liebermann dachte hierbei wohl u. a. an den Grafen zu Limburg-Stirum. Ueber den Stammbaum dieses Herrn schreibt die „Deutsche Wacht" am 24. Novb. 98: „Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" berichtet (18. November), daß Georg Ebers (ebenso wie der Schriftsteller Eberty!) aus der Familie des berühmten Berliner Münzjuden Veitel Heine Ephraim stammt. Somit wären dann vermutlich die Ephraims auch die Stammväter des konservativen Parteiführers Grafen zu Limburg-Stirum, dessen Mutter eine geborene Ebers war (vergleiche Gothaisches Geneal. Taschenb. der Gräfl. Häuser 1898, S. 592). — Es soll hier auch das Urteil verzeichnet werden, das Bismarck über den jüdisch-konservativen Parteiführer Stahl, Mitglied der ersten preußischen Kammer fällte, den das „Konserv. Handbuch" (2. Aufl. S. 14) zu den „sehr nützlichen Elementen" rechnet, die „dem deutschen Wesen und selbst dem Konservatismus mitunter aus jüdischen Kreisen zugewachsen sind". In den (im Novbr. 98) im „Daheim" veröffentlichten „Erinnerungen eines alten Mannes an den Fürsten Bismarck" erzählt A. Andrae-Roman hierüber folgendes:

> „Stahl erweckte ihm (Bismarck) doch zuweilen Bedenken. Ich erinnere mich, daß ich einst zu Bismarcks kam, als sie noch höchst bescheiden in einer Stube mit Alkoven in der Behrenstraße 60 parterre wohnten, und mich Frau von Bismarck mit den Worten empfing: „Otto liegt zwar noch zu Bett: aber kommen Sie nur herein, er muß doch einmal aufstehen." „Noch zu Bett?" rief ich erschrocken. „Es ist ja zehn Uhr, er ist doch nicht krank?" „Gesund ist er nicht," war die Antwort, „aber was ihm fehlt, kann ich nicht verstehen. Die ganze Nacht hat er sich umhergewälzt, und als ich ihn gegen Morgen frage: Warum stöhnst Du so, Otto? Was fehlt Dir denn eigentlich? antwortet er, als wenn ihm etwas weh thut: Er ist doch nur ein Jude!" In dem Augenblick rief Bismarck hinter dem Vorhang: „Ja, es ist leider wahr, er ist doch nur ein Jude!" „Wer denn?" rufe ich ganz erstaunt. „Von wem sprechen Sie denn?" „Nun, wen soll ich meinen?" antwortet er. „Stahl meine ich, keinen anderen." Darauf ich: „Von Stahl, diesem Fahnenträger der konservativen Partei, von einem unserer ersten Führer wissen Sie nichts anderes zu sagen, als daß er ein Jude ist?" „Jawohl," entgegnete Bismarck, „Führer, Fahnenträger ist er, weil Gerlach ihm zur Seite steht. Was meinen Sie, würde aus Stahl werden, wenn Gerlach (der Präsident) nicht neben ihm stände?" Dann setzte er mir auseinander, wie nahe Stahl schon oft daran gewesen wäre, auf gefährliche Bahnen zu geraten. Ein Fels dagegen sei Gerlach, auf den man sich in jeder Lage verlassen könne."

Im Wahlkreise Prenzlau-Angermünde, wo ich gegen den bisherigen konservativen Mandatsinhaber Landrat a. D. Geheimrat v. Winterfeldt-Menkin als Mitbewerber auftrat, zogen die Konservativen alle Register auf. Das folgende Flugblatt giebt eine gute Uebersicht über ihre alle Erwartungen übertreffenden Leistungen:

„Seit Beginn des Wahlkampfes wird der Kandidat der Deutsch-sozialen Reformpartei, Herr Redakteur Otto Heinrich Böckler, von gewisser Seite aus mit den gehässigsten Hetzereien, Verdächtigungen und Verleumdungen verfolgt. Wir haben dem gesunden Sinn der uckermärkischen Bevölkerung bisher das Urteil über solche schmutzige Kampfesweise überlassen, die geradezu eine moralische Bankerott-Erklärung derjenigen ist, von denen sie ausgeht. — Besonders sind es die beiden Amtsblätter unseres Wahlkreises, die „Prenzlauer Ztg." und die „Angermünder Ztg.", die sich in wahrheitswidrigen Aeußerungen gegen Herrn Böckler überboten haben. — und die Konservativen, in deren Dienste diese Blätter stehen, haben nichts gethan, um dieser widerwärtigen Hetze Einhalt zu thun. Unrichtige Versammlungsberichte der genannten Blätter stellen es so dar, als hätten die Wähler es gar nicht der Mühe für Wert gehalten, die Vorträge des Herrn Böckler zu besuchen, oder als habe dieser sich in den Versammlungen arg blamiert. Damit soll in denjenigen Orten, die Herr Böckler nicht besuchen kann, die Stimmung für seine Kandidatur gedrückt werden. So berichtete die „Prenzlauer Zeitung": in Seelübbe hätten sich zur reformerischen Versammlung nur 6 Zuhörer eingefunden, während die konservative stark besucht gewesen sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß Herr Böckler gegen 40 Zuhörer hatte, während, nach den uns zugegangenen Meldungen, zur konservativen Versammlung — 10 Mann erschienen waren, unter ihnen noch mehrere überzeugte Antisemiten. In einer Versammlung in Grünow sollte, nach dem Bericht desselben Blattes, Herr August Mieck[1]) Herrn Böckler in langer Rede völlig widerlegt haben. Es genügt, dem gegenüber festzustellen, daß Herr Mieck diese Rede überhaupt nicht gehalten hat; er brachte einige ziemlich belanglose Entgegnungen vor und verließ sodann eiligst das Lokal, offenbar um sich der Antwort des Herrn Böckler zu entziehen. — Diese Versammlung in Grünow gab der „Prenzlauer Zeitung" Anlaß, einen langen Schmähartikel gegen Herrn Böckler loszulassen, in welchem ihm eine Reihe von Behauptungen in den Mund gelegt wurde, die sich bei näherer Betrachtung lediglich als Verdrehungen seiner Worte, bezw. als freie Erfindungen der betr. Redaktion herausstellen. Trotzdem also Herr Mieck selbst in jener Versammlung anwesend war, konnte oder wollte er nicht wahrheitsgemäß berichten? — So soll Herr Böckler gesagt haben: „Beim russischen Handelsvertrage hätten von den Konservativen von 36 Anwesenden nur 18 gegen den Vertrag gestimmt." — Eine solche Behauptung hat Herr Böckler nie aufgestellt, er hat vielmehr der Wahrheit gemäß berichtet, daß bei Abschluß der österreichisch-ungarischen und italienischen Handelsverträge von den Deutsch-Konservativen nur 36 Konservative[2]) gegen diese Verträge, aber 18 dafür stimmten und 16 im Reichstage fehlten. — Die Thatsache suchen die Konservativen jetzt allerdings zu vertuschen; so berichtete die „Angermünder Ztg." (8. Juni 1898), Herr Leyn[3]) habe in Gramzow erklärt: „Herr Böckler hat auf Wählerversammlungen behauptet, die Konservativen seien bei der Abstimmung über die Handelsverträge nicht auf dem Posten gewesen. Konservative und Reichspartei seien (nämlich nach Leyns Behauptung) im Reichstage zusammen genau 100 Mitglieder gewesen; von diesen 100 nahmen (nach Leyn) 15 eine abweichende Stellung ein, die übrigen 85 aber sind mit einem Mut gegen die Handelsverträge, namentlich den russischen, eingetreten, daß es heute noch nicht oben vergessen ist." — Das ist, wie wir feststellen, dreiste Fälschung der Thatsachen, von

[1]) Verleger der „Prenzlauer Zeitung".

[2]) Die Wiederholung des Wortes Konservative ist lediglich ein Druckfehler, das Flugblatt wurde sehr eilig hergestellt.

[3]) Herr Leyn wurde im Prenzlauer Kreise als „konservativer Parteisekretär" bezeichnet, er soll sonst Börsenredakteur der „Kreuzztg." sein. Die unbeholfene Sprache ist wohl auf Rechnung der „Angermünder Ztg." zu setzen.

den 100 Abgeordneten der „beiden konservativen Parteien" haben nur 38 gegen die österreichischen und italienischen Verträge gestimmt. Die 62 übrigen stimmten für die Verträge oder glänzten durch Abwesenheit! — Ferner soll Herr Böckler in Gramzow gesagt haben: „Auf der Mehrzahl der Güter seien die Arbeiterwohnungen elende Hütten." — Das ist wiederum eine *kecke Verdrehung* seiner Worte. Herr Böckler hat erwähnt, daß im Landtage der Minister geäußert hat, man solle auf den Gütern für bessere Wohnungen und bessere Behandlung der Arbeiter sorgen, und daran die Bemerkung geknüpft: Der Minister habe damit nicht so ganz unrecht; gern werde man ja zugeben, daß auf manchen Gütern sehr schöne luftige Arbeiterhäuser seien und auf anderen Gütern bei der heutigen Lage die Herstellung neuer Arbeiterwohnungen nicht thunlich sei, aber es gäbe auch Gutsherren, die wohl etwas für Besserung der Arbeiterwohnungen thun könnten, aber es unterließen; ein uckermärkischer Edelmann, *Rittmeister a. D. von Wedell-Polzen*, habe ihm gesagt, es sei zwecklos, helle, luftige Häuser zu bauen, *die Arbeiter wohnen lieber in den alten niedrigen Baracken*! — *Und wie wenig ehrlich* ist die Entrüstung der Konservativen über diese ruhige, sachliche Besprechung eines selbst vom Minister anerkannten Mißstandes! Im Wahlkreise *Westprignitz* hat der bekannte Abgeordnete v. *Zedlitz-Neukirch*, der dort für den Kandidaten der „*Konservativen Parteien*" agitiert hat, laut Bericht des „Prignitzer Volksboten" (vom 5. Juni), in einer Versammlung in Wittenberge geäußert: „*Nur wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter in Lebenshaltung und Wohnung besser gestellt würden*, könne deren Streben nach der Großstadt ein Damm gesetzt werden."[1]) — *So suchen* die Herren in dem sozialdemokratischen Wittenberge die *Arbeiterstimmen zu fangen*, in der Uckermark aber entrüsten sie sich über die „Hetzereien" unseres Kandidaten! Ist das nicht die *vollendetste Heuchelei*? — Auch die *schwersten persönlichen Verdächtigungen* hat man gegen Herrn Böckler geschleudert. So soll er nach der „Prenzlauer Ztg." ein Mensch sein, *den „man" in Berlin gar nicht kennt*, der *„ohne feststehenden Beruf"* sei und *„für 15 Mark (einschließlich Reisekosten) eine Wahlrede halte"*. — Wir stellen fest, daß alles dies *Verleumdungen* sind: Herr Böckler ist 2. Vorsitzender des Berliner Wahlvereins der Deutsch-sozialen Reformpartei und Vorstandsmitglied des Brandenburgischen Provinzial-Verbandes der genannten Partei; zu beiden Ehrenämtern ist er durch das Vertrauen der Parteigenossen gewählt. Auch den Konservativen Berlins ist er nicht so ganz unbekannt: vielleicht erkundigt sich das betr. Blatt einmal bei Herrn v. d. Bottlenberg-Schirp. Daß Herr Böckler einen feststehenden Beruf hat und ein festes Gehalt bezieht, hätte die „Prenzlauer Ztg." bei etwas mehr Gewissenhaftigkeit selbst in Erfahrung bringen können; daß er nicht genötigt ist, seine Arbeitskraft in der täglichen Kleinarbeit einer einzelnen Zeitungsredaktion zu verbrauchen, ist nur erfreulich, da er in freier geistiger Thätigkeit unserer guten Sache weit mehr nützen kann. Daß er „eine Wahlrede" für eine Bezahlung von 15 Mk. halte, ist einfach *eine Lüge*; Herr Böckler hat noch niemals für seine Mithilfe in Wahlkämpfen einen Pfennig verlangt und meist sogar aus eigener Tasche erhebliche Opfer gebracht. — Die ewig wiederholte Behauptung, *Herr Böckler sei gar nicht offizieller Kandidat der Partei*[2]), erledigt sich durch die Erklärungen der Abgeordneten *Bindewald* und *von Liebermann*. Wir haben wiederholt an die Verbreiter dieser Behauptung die Aufforderung gerichtet, doch endlich *den Namen des sich klüglich in Anonymität versteckenden Hintermannes zu nennen*; das ist nicht erfolgt. Die „Prenzlauer Ztg." macht geheimnisvolle Andeutungen über einen Brief „aus dem Reichstage". Wir fragen: „*Wer hat ihn geschrieben*? Jetzt heraus mit der Sprache, Ihr Herren! Erfolgt auch diesmal keine Antwort, so müssen wir annehmen, daß es *sich nicht um Irrtum, sondern um Unwahrheit handelt*." . . . (Nun folgt eine Entgegnung auf die Angriffe gegen die Fraktion der Deutsch-sozialen Reformpartei im Reichstage, dann heißt es weiter:) . . . „Ferner soll nach dem Bericht der „Angermünder Ztg." (vom 8. Juni) Herr *von Arnim-Züsedom*[3])

[1]) Vermutlich hatte Herr v. Zedlitz, ehe er diesen überraschenden Ausspruch that, die Arbeiterhäuser in *Dallmin*, dem „Mustergute" des Herrn v. *Podbielski*, besichtigt.

[2]) Darüber siehe Näheres weiter unten.

[3]) Konservativer Landtagsabgeordneter.

in Gramzow gesagt haben: Die Antisemiten wollen wenigstens eine Stichwahl erzielen, um nachher den Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Sollte Herr von Arnim dies in der That geäußert haben, so hätte er sich einer schweren Verleumdung schuldig gemacht." . . .

Die Leser werden staunen über diese Fülle von Verdächtigungen und Verleumdungen, die gleichsam kübelweise ausgeschüttet wurden; wir bemerken nur noch, daß die in dem Flugblatt genannten Herren alles dies ruhig eingesteckt haben. Die landrätliche „Prenzl. Ztg." (16. Juni) schimpfte natürlich weiter über „Radau-Antisemitismus"; daß es sich hier um Fragen der Ehrenhaftigkeit handelte, dafür scheint diesen Herren das Verständnis abzugehen. Uebrigens verriet das Blatt in seiner blinden Wut, daß es seine Kenntnisse über die Antisemiten „wörtlich dem Eugen Richterschen Politischen A-B-C-Buch, 1898er Ausgabe, entnommen" habe.

Aber nicht genug mit all diesen Verunglimpfungen, auch mein Familienleben zerrte man in den Wahlkampf zur Strafe dafür, daß ich es gewagt hatte, einem konservativen Kandidaten entgegenzutreten. Kurz vor der Wahl, so daß eine Entgegnung nicht mehr möglich war, erschien noch ein konservatives Flugblatt, in dem die alten Verleumdungen wiederholt und dann bemerkt war: „Wir unterlassen es, auf die Person des Herrn Otto Heinrich Böckler näher einzugehen, es mag genügen, daß er der Mann ohne Ar und Halm, zerfallen mit seinem eigenen Vater, sich erst die Sach- und Fachkenntnis erwerben muß" . . .

Diese Behauptung wurde von mir am 15. Juni öffentlich in Prenzlau als „dreiste Verleumdung" und das ganze Flugblatt als „ein konservatives Bubenstück" bezeichnet, und ich fügte unter dem brausenden Beifall der Versammlung hinzu, ich müsse feststellen, daß sich auch der konservative Kandidat, Herr v. Winterfeldt-Menkin selbst im Privatgespräch ähnliche Aeußerungen über mich erlaubt habe; ich könnte jetzt zur Vergeltung einiges aus der Familien-Geschichte derer von Winterfeldt mitteilen, — dazu aber habe mich mein Vater zu gut erzogen.

Als ein ganz besonderes Stückchen unlauterer Ausbeutung persönlicher Beziehungen im politischen Kampfe muß noch die oben erwähnte Ausstreuung der Konservativen, ich sei nicht offizieller Kandidat der Deutsch-sozialen Reformpartei, näher besprochen werden. Diese Behauptung tauchte sofort, nachdem meine Kandidatur bekannt geworden, in der „Prenzlauer Ztg." auf, worauf alsbald in den maßgebenden Blättern („Staatsbürger Ztg.", „Deutsch-soz. Bl." u. s. w.) festgestellt wurde, meine Kandidatur sei unter Wahrung aller vorgeschriebenen Formen aufgestellt, folglich als offiziell anzusehen, und an die Konservativen die Aufforderung gerichtet wurde, die Quelle ihrer Mitteilung zu nennen (vgl. „Staatsbürger-Ztg." 9. März 98). Trotzdem hielt sich Herr v. Winterfeldt für berechtigt, in einer Versammlung in Prenzlau am 4. April zu äußern: „Die Führer der Antisemiten hätten ihm erklärt, daß sie positiv gegen die Kandidatur des Herrn Böckler seien" (nach der konservativen Prenzlauer Ztg. v. 16. Juni). Bis hierhin ist es noch möglich, daß Herr von Winterfeldt im guten Glauben handelte, da er vielleicht die betr. Zeitungen nicht gelesen hat. Nun aber hielt von 8.—11. Mai Abg. Bindewald im Kreise (in Günterberg, Greiffenberg, Prenzlau, Angermünde und Schwedt) Vorträge, in denen er als Vorstandsmitglied der Partei erklärte, an dieser ganzen Ausstreuung sei kein wahres Wort, ich sei offizieller Parteikandidat. Von da ab war die bona fides ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger hat, wie durch einwandfreie Zeugen festgestellt ist, einige Tage vor Wahl Herr Mieck einen Brief am Biertisch vorgezeigt, der die Behaupt-

Herrn von Winterfeldt bestätigen sollte. Der Verfasser des Briefes wurde nicht genannt, doch schlossen Uneingeweihte aus gemachten Andeutungen auf Herrn v. Liebermann. Natürlich wurde dieser alsbald benachrichtigt, und er sandte dem Vorsitzenden des Prenzlauer Vereins den folgenden Brief, der im „Uckermärkischen Courier" veröffentlicht wurde:

„Geehrter Herr Lorenz! Herr Böckler schickt mir Zeitungsausschnitte und macht mir Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß in Prenzlau allerlei Wahlklatsch verbreitet wird. Danach soll der Verleger der „Prenzlauer Ztg.", Herr Mieck, einen Brief von mir besitzen, worin bestätigt sein soll, daß die „Führer" gegen die Kandidatur Böckler seien. Daran ist kein Wort wahr. Ich habe weder an Herrn Mieck, noch sonst an irgend jemand einen derartigen Brief geschrieben und die Parteileitung hat keinerlei Veranlassung gehabt, gegen die ordnungsmäßig von den Vertrauensmännern des Kreises Prenzlau-Angermünde aufgestellte Kandidatur des Herrn Böckler Einspruch zu erheben. Wabern (Bezirk Kassel), 9. Juni 1898. Mit deutschem Gruße Ihr ergebenster Liebermann von Sonnenberg."

Als Antwort brachte am Wahltage selbst die „Prenzlauer Ztg." eine lange gewundene Erklärung, in der sie ihre früheren Behauptungen trotz des Liebermannschen Briefes aufrecht zu erhalten suchte. Darin wurde als letzter Trumpf das nachstehende Telegramm des Geheimrats von Winterfeldt veröffentlicht:

„Herrn Redakteur A. Mieck in Prenzlau. Der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg hat mir nicht einmal, sondern wiederholt gesagt, von seiner Partei werde mir ein Gegenkandidat nicht aufgestellt. Dasselbe haben mir die Reichstagsabgeordneten Werner und Iskraut gesagt. Ich bitte dies im Kreisblatt zu veröffentlichen. Menkin, den 15. Juni 1898. Geheimrat von Winterfeldt."

Wenn es, gestützt auf diese Winterfeldtsche Mitteilung, das konservative Blatt wagte, an dem Schreiben des Parteivorsitzenden von Liebermann herumzudeuteln, so ersieht man daraus nur, wie vorsichtig man sein muß, wenn man je in die Lage käme, mit diesen Herren verhandeln zu müssen. Kein Wort, selbst das scheinbar klarste, darf man ihnen glauben. Offenbar ja suchen die Herren andere hinter dem Busch, hinter dem sie selbst zu sitzen pflegen und auch diesmal saßen. Die telegraphische Erklärung des Herrn v. Winterfeldt besagt doch ganz etwas anderes als seine frühere Behauptung: davon daß „die Führer positiv gegen die Kandidatur Böckler" seien, kein Wort mehr. Jetzt am Wahltage nimmt Herr v. Winterfeldt mit den seit Monaten geforderten Namen; und was bleibt von seinen Behauptungen übrig? Nichts, als daß ihm angeblich drei Abgeordnete ganz unverbindlich ihre Ansicht über die Prenzlauer Kandidatenfrage gesagt haben. Eine Prüfung, ob sich das wirklich so verhielt, war vor der Wahl ja nicht mehr möglich, und in dieser Zusammenstellung mit den früheren Ausstreuungen mußte das Manöver seinen Zweck erreichen, die Wähler über den wahren Sachverhalt zu täuschen.

Zu alledem muß ich aber [illegible] feststellen, daß Herr v. Winterfeldt gar nicht im guten Glauben [illegible] n. Er hat allerdings, wie mir der Abgeordnete Werner mit[illegible]esem irgend eine Erklärung herauszuquetschen, die sich im [illegible]ließ; Herr Werner hat ihn jedoch lediglich über die [illegible]tsch-sozialen Reformpartei für die Aufstellung [illegible] und die eben in diesem Falle durchaus gewa[illegible]eschah, versteht sich von selbst. Das berechti[illegible] über die Thatsache hinwegzusetzen, daß [illegible]en Bescheides genau das Gegenteil [illegible] haben behauptet.

Herr v. Winterfeldt mußte nach diesem Gespräche wissen, daß jeder Versuch, meine Kandidatur als nicht offiziell anzufechten, eine unlautere Wahlmache war. Herr Werner hat mich demgemäß bevollmächtigt, an dieser Stelle mitzuteilen, daß er über den Mißbrauch seines Namens durch Herrn Geheimrat von Winterfeldt-Menkin entrüstet ist und einem jeden, der sich vor Unannehmlichkeiten bewahren will, rät, sich mit Herrn v. Winterfeldt in keiner Weise einzulassen.

Mit ähnlichen Ausstreuungen bekämpften die Konservativen die von den Antisemiten im Kreise Kottbus in Aussicht genommene Zählkandidatur. Der Umstand, daß der Reichstagsabgeordnete Werner Herrn v. Werdeck, dem bisherigen konservativen Vertreter des Wahlkreises, auf Befragen erklärt hatte, er könne sich in Kottbus nicht aufstellen lassen, weil es ihm an Zeit fehle, dort so zu agitieren, wie es nötig sein würde, genügte den Konservativen, um das Gerücht zu verbreiten, Herr Werner kandidiere aus persönlicher Rücksicht auf Herrn v. Werdeck nicht. Man stellte sich, als hätte man besonders gute Beziehungen zu den leitenden Personen in der Deutsch-sozialen Reformpartei und sei über ihre Entschlüsse und Absichten besser unterrichtet, als deren eigene Parteigenossen.

Das hat nun zwar nicht verhindert, daß die antisemitische Zählkandidatur aufgestellt wurde, wohl aber hat es vorübergehend bei den Anhängern der Partei lebhafte Verstimmung gegen die Parteileitung erregt.

Von einem dritten Falle solcher unwahren Behauptungen über Beziehungen unserer Parteileitung zu konservativen Kandidaten, deren sich der Oberamtmann Ring schuldig gemacht hat, ist schon oben (S. 135) in anderem Zusammenhange die Rede gewesen. Im Neustettiner Kreise hat nach der Darstellung des Herrn Prof. Förster der Landrat von Bonin behauptet, „in Stettin ist zwischen den Konservativen und der Parteileitung der Deutsch-sozialen Reformpartei eine Vereinbarung zu stande gekommen, und Herr Liebermann von Sonnenberg, der Vorsitzer jener Partei, hat versprochen, daß diese bei allen Haupt- und Stichwahlen die konservativen Kandidaten in Pommern unterstützen wolle. Es sei also jeder Anhänger der Reformpartei verpflichtet, für ihn zu stimmen und zu wirken!" — Das ist völlig unwahr. Herr von Liebermann hat, wie er in den „Deutsch-soz. Bl." (Nr. 515, 30. Juni 98) demgegenüber feststellt, überhaupt nicht mit den Konservativen, sondern mit dem Bund der Landwirte verhandelt, und die Verabredung ging ausdrücklich dahin, daß in Neustettin der Kandidat der Deutsch-sozialen Reformpartei vom Bunde unterstützt werden sollte. Wußte das der Landrat wirklich nicht? Woran das Uebereinkommen scheiterte, wird an anderer Stelle berichtet.

Die konservativen Ränkeschmiede arbeiten in solchen Fällen nach denselben Grundsätzen, wie die jüdisch beeinflußten Zeitungen: Mag eine über den Gegner in Umlauf gesetzte Behauptung auch noch so unwahr sein, ihre Wirkung thut sie doch; die Berichtigung dringt überhaupt nicht überall hin, wo die Erfindung bekannt wird, und auf alle Fälle hat die Erfindung mehrere Tage Vorsprung; wenn sie zur rechten Zeit in die Welt gesetzt ist, gerade die entscheidenden.

Die Ausstreuung falscher Gerüchte, das Heraushängen angeblich besonders vertraulicher Beziehungen zu leitenden Antisemiten gehört also mit zum eisernen Bestande der konservativen Kampfmittel und hat schon unendlich viel Mißtrauen in den antisemitischen Reihen gestiftet. Die oben angeführte Warnung des Abg. Werner sollte also überall im Verkehr mit den Konservativen beachtet werden.

Im Wahlkreise Ruppin-Templin hatten die Konservativen, da sie sahen, daß es mit den Kandidaten aus der landrätlichen Adelsvetterschaft nicht mehr gehen wollte, diesmal, ebenso wie in Westprignitz, einen Bürgerlichen aufgestellt, den

Rechtsanwalt Dietrich aus Prenzlau. Das Auftreten dieses Herrn als Gast in einer antisemitischen Versammlung in Flieth am 27. März schildert die „Staatsbürger-Ztg." (1. April 98) folgendermaßen:

„Herr Dietrich glaubte es „gebührend brandmarken" zu müssen, daß die Antisemiten in „seinen" Kreis (der Kreis hat nun schon zweimal freisinnig gewählt), wo sie „nichts zu suchen" hätten, „einbrächen". Herr Dietrich war überhaupt so erregt, daß Herr Böckler ihn ersuchen mußte, falls man sich öfter träfe, in den antisemitischen Versammlungen wenigstens den unter gebildeten Leuten üblichen Ton nicht außer Acht zu lassen. Im einzelnen waren seine Ausführungen nicht uninteressant. So entwickelte er die seltsame Anschauung, die Opposition (der Antisemiten) gegen den russischen Handelsvertrag sei eine „versteckte Hetze gegen den Kaiser" gewesen, da der Kaiser diesen Vertrag gewünscht habe; auf die Anfrage, ob es ihm denn unbekannt sei, daß auch die Mehrzahl der Konservativen und der Bund der Landwirte gegen diesen Vertrag „gehetzt" haben, wußte er nichts zu erwidern. Sodann wollte er nach Zusammenstellungen auf einem Zettel, deren Quelle er nicht angab, nachweisen, daß „die 16 Abgeordneten der antisemitischen Partei" im Reichstage nicht wüßten, was sie wollten. Herr Böckler gab ihm den guten Rat, im eigenen Interesse seine Notizen, die augenscheinlich aus dem „Nationalliberalen Handbuche" stammten, nicht wieder zu benutzen. Es sei nachgewiesen, und er könne den Beweis auf Wunsch erbringen, daß das genannte Buch viele grobe Entstellungen der Wahrheit und leichtfertige Angaben enthält, und wenn es trotz dieser Warnung im Wahlkampfe noch ferner benutzt werde, so werde man feststellen, daß wissentlich wahrheitswidrige Behauptungen als Waffe verwendet werden. Die Vorwürfe, die gegen die konservative Partei erhoben wurden, konnte Herr Dietrich nun vollends nicht entkräften; er suchte sich damit abzufinden, daß er erklärte, „es gefalle auch ihm vieles bei den Konservativen nicht", er werde aber dafür sorgen, daß „in der konservativen Partei der kleine Mann etwas mehr gehört werde" und daß „die Parteigrundsätze auch wirklich befolgt würden." Herr Böckler entgegnete ihm, bei solchen Anschauungen hätte er nichts verkehrteres thun können, als sich als konservativen Kandidaten aufstellen lassen; denn er werde mit seinen Anschauungen in der konservativen Partei nie durchdringen, sondern wie schon mancher andere gutmeinende Mann statt andere zu bekehren, selbst „bekehrt" werden. Und was denn nun die konservativen Parteiführer zu solchen Aeußerungen eines Kandidaten sagen würden, der ihrer Partei doch ein recht schlechtes Zeugnis ausstelle? Man darf wohl darauf gespannt sein, was die „Kons. Korrespondenz" und die „Kreuz-Ztg." zu den vorstehenden Aeußerungen des konservativen Kandidaten sagen werden?"

Natürlich haben sie nichts gesagt. In solchem Fall ist ein guter Konservativer blind und taub. Wenn nur das Mandat ergattert wird. Wie? darauf kommt's nicht an, die Auserkorenen sind ja über Recht und Unrecht erhaben.

Aber noch in einem ganz besonderen Lichte müssen die Ausführungen Herrn Dietrichs erscheinen, wenn man sie mit einem Vortrage vergleicht, den er am 18. Februar in Neu-Ruppin gehalten hatte. Er entwickelte dort nach dem Bericht der freikonservativen „Märkischen Ztg." im wesentlichen das Programm der Deutschsozialen Reformpartei. Die konservative Partei empfahl er damit, daß sie keineswegs, wie man ihr vielfach vorwerfe, in zärtlichem Verhältnis zur Staatsregierung stände; „das letzte Jahrzehnt habe überaus zahlreiche Proben kräftiger Opposition gegen die Regierung gegeben; diese Opposition sei erfolgt, nicht etwa trotzdem, sondern weil wir konservativ wären, — nicht aus Lust zum Opponieren, sondern weil's dringend notwendig war. . . . . Die Politik der Handelsverträge habe der Landwirtschaft schwere Nachteile gebracht. Als Opfer, das man der äußeren Politik, der Erhaltung guter Beziehungen zu anderen Staaten, bringe, könnten sie nicht gelten. Unsere Beziehungen zu Rußland z. B. seien durch den Handelsvertrag nicht im geringsten gebessert oder verschlechtert worden und das Liebäugeln mit fremden Staaten auf Kosten der Existenz der eigenen Unterthanen sei durchaus zu mißbilligen."

Nach dem oben angeführten Ausspruch in Flieth zu schließen würde Herr Dietrich dies doch gewiß „Hetze gegen den Kaiser" nennen, wenn es ein Antisemit gesagt hätte. Und nach diesem Vortrage wurde eine von Herrn von Quast-Bichel vorgeschlagene Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: „er (Dietrich) erstrebt in versöhnlichstem Sinne ein Zusammengehen aller christlichen, monarchischen und staatserhaltenden Elemente, einschließlich der deutsch-sozialen Reformpartei, gegen Freisinn und Sozialdemokratie." — Also einmal für, einmal gegen den Kaiser; einmal mit den Antisemiten, und einmal gegen sie. Wie's trefft! Merken wollen wir uns auch, daß Herr Dietrich nach obigem Zeitungsberichte versprochen hat, für die „Verstaatlichung" der Reichsbank einzutreten, denn sie sei „durchaus notwendig"; ferner hat er erklärt, er sei „grundsätzlicher Gegner der Konsumvereine, des Zusammenschlusses leistungsfähiger Stände, wie Beamte und Offiziere, zur Unterstützung einer illoyalen Konkurrenz." — Daß der Hauptförderer dieser „illoyalen" Vereinigungen s. Z. der konservative Abgeordnete von Podbielski war, scheint Herr Dietrich nicht erwähnt zu haben.

Ein recht häßliches Stückchen konservativer Wahlmache aus dem Kreise Schlawe-Bütow-Rummelsburg schildert auch das „Berliner Tageblatt" (25. Juni):

„In der „Zeitung für Hinterpommern" erschien am Dienstag im Inseratenteil folgende Erklärung: „Steinhauer, der Vorsitzende vom „Nordost", hat zu seinem Freunde, dem Mühlenbesitzer Knaak in Gewiesen, Kreis Rummelsburg, gesagt: „Die Arbeiter gebrauchen wir jetzt zu den Wahlen, darum muß ich denselben in meinen Versammlungen schon alles versprechen. Nach den Wahlen können sich die Arbeiter unsertwegen aufhängen." Arbeiter! Wollt Ihr bei der Stichwahl jetzt auch noch einen „Nordöstler" wählen? Bauerhofsbesitzer Latotzki-Bartin." Diese „Erklärung" wurde von den Konservativen in Bütow massenhaft als Flugblatt verbreitet. Als der freisinnige Kandidat Steinhauer davon Kenntnis erhielt, sandte er folgendes Telegramm ab: „Mühlenbesitzer Knaak-Gewiesen bei Röhr. Latotzki veröffentlicht eine Erklärung, ich hätte zu Ihnen gesagt, wir brauchen die Arbeiter zu den Wahlen, und ich muß ihnen schon alles versprechen; nachher können sie sich unsertwegen aufhängen. Habe ich jemals zu Ihnen derartiges geäußert? Bitte um sofortige Rückantwort. Steinhauer." Die Rückantwort traf während einer Versammlung, die Herr Steinhauer abhielt, ein und lautete: „Nein, Latotzki unbekannt. Knaak." — Wo derartige Dinge möglich sind, fügt das Blatt hinzu, glaubt man auch die Mitteilung, daß in einem Wahlbezirk desselben Kreises von dem konservativen Wahlvorstand 16 freisinnige Stimmen in der Hauptwahl abgegeben sein sollten[1]), während 21 freisinnige Wähler bereit sind, eidlich zu erklären, freisinnige Zettel abgegeben zu haben."

Es giebt nun noch immer Idealisten, die da meinen, solche widerwärtigen Auseinandersetzungen ließen sich vermeiden, wenn man an die Ritterlichkeit der Gegner appellierte und mit ihnen ausmachte, daß nur ehrlich und sachlich gefochten werden soll. Das ist auch bei diesen Wahlen wieder, sowohl den Konservativen als auch den Nationalliberalen gegenüber versucht worden. Wie letztere ihr Wort gehalten haben, wird im nächsten Jahrbuche besprochen werden; über die Erfahrungen, die man hierbei mit den Konservativen gemacht hat, berichtet ein Flugblatt aus dem Sternberger Kreise:

„Wir Gegner hatten uns das Versprechen abgenommen, nur sachlich, nicht persönlich gegen einander zu kämpfen. Wie aber hält man sein Versprechen? Herr Pappritz (Vorsitzender des konservativen Wahlkomitees und Kreisvorsitzender des Bundes) sagte u. a. in Göritz, es sei unehrlich, daß Herr Frölich als Bundesmitglied in den Kreis einbräche und sich als Bundesmitglied bezeichne. Nach dem Vorhergesagten bedarf es keiner weiteren Bemerkung; nur noch

[1]) Gemeint ist wohl, dem Wahlkommissar eingesandt.

Die Frage: Ist das nicht persönlich? Es soll ferner „unehrlich“ sein, die progressive Reichseinkommensteuer aufs Programm zu setzen, da ein solches Versprechen sich nicht erfüllen lasse. Nachdem Herr Frölich diese Entgegnung eingehend widerlegt hat, trat auch Herr von Waldow (der konserv. Kandidat, Rittergutsbesitzer in Königswalde) in einer Versammlung in Krieścht warm für diese Steuer ein. Da nun auch Herr von Waldow hierfür eintritt, ist das Versprechen natürlich nicht unehrlich. Wir fragen: Auf welcher Seite ist sachlicher Kampf?“

Bei einer derartigen Auffassung von Ehrlichkeit konnten sich die Konservativen nicht wundern, daß man das plötzlich im Kreise auftauchende Gerücht, Herr Frölich sei allerdings Kaufmann, aber bankerott, auch ihnen zuschrieb, zumal keine dritte Partei ernstlich in Betracht kam. Also Ehre und Kredit setzt aufs Spiel, wer es wagt, in einen Kreis „einzubrechen“, den gewisse Herren als ihr Fideikommiß ansehen. Nur nebenbei sei bemerkt, daß es die Herren auch für geschmackvoll hielten, Herrn Frölich verächtlich als einen „Potsdamer“[1]) zu bezeichnen. Da fragt man sich doch, hat man mit reifen Männern oder Schulbuben zu thun?

Bei den preußischen Landtagswahlen wieder dieselben Erscheinungen. Besonders im Kreise Homburg-Ziegenhain wurde über unlautere Wahlmache geklagt. Die „Deutsch-Soz. Bl.“ (17. Septemb.) meldeten hierüber, daß in einer Versammlung des Bundes der Landwirte Herr v. Liebermann einen Brief vorlegte, aus dem sich ergab, daß sich in verschiedenen Dörfern die Wähler schon vor Wochen durch Unterschrift verpflichtet hatten, für den konservativen Herrn v. Baumbach einzutreten, da man ihnen vorgeredet hatte, „Herr v. Liebermann und Herr v. Baumbach haben sich dahin geeinigt, daß Herr v. Liebermann auf die Landtagswahl zu Gunsten des Herrn v. Baumbach verzichtet.“ Nach der Enthüllung dieser Wahlmache fuhr, wie das genannte Blatt weiter berichtet, Herr v. Baumbach schleunigst nach dem betreffenden Ort und ließ sich die Unterschriften „nochmals geben“, und am Wahltage erschien mit diesen Unterschriften nachstehende Erklärung im Kreisblatt:

„In der gestrigen Versammlung in Neukirchen hat Herr Liebermann von Sonnenberg einen Brief aus Röllshausen, leider ohne Namensnennung des Briefschreibers, verlesen, wonach wir Röllshäuser auf Grund falscher Vorspiegelungen uns bereit erklärt haben sollen, für Herrn v. Baumbach den Wahlaufruf zu unterschreiben. Diese Unterschiebung erklären wir für unwahr. Wir haben aus freien Stücken unsere Unterschrift für den Wahlaufruf gegeben und treten auf das Entschiedenste für die Wahl des Herrn von Baumbach ein.“

Die Behauptung aber, daß die konservativen Agitatoren überall die Nachricht von der „Einigung“ verbreitet hätten, wollte trotzdem im Kreise Ziegenhain nicht verschwinden.

Wo Lüge und Verdächtigung nicht wirkten, griffen die „Ordnungs“-Leute auch wohl gelegentlich zu roher Gewalt, indem sie die Versammlungen unbequemer Gegner störten. So teilt ein Flugblatt aus dem Sternberger Kreise mit, daß in der antisemitischen Versammlung zu Krieścht ein Konservativer die um ihn Sitzenden aufforderte, beim Schlußwort des antisemitischen Kandidaten — nachdem dem konservativen Kandidaten v. Waldow in ausgiebigster Weise das Wort gewährt war — den Saal zu verlassen, um den Eindruck der Worte zu verwischen; als dies Manöver nicht gelang, störten die Herren durch beständige Schlußrufe.

In Strasburg in der Uckermark (Kreis Prenzlau) beherrschen die Konser-

[1]) Herr Frölich ist Stadtverordneter in Potsdam. Die „Potsdamer“ sind bekanntlich nach Ansicht der Berliner Leute von kleinstädtischer Beschränktheit. Die Thatsache, daß u. a. Wilh. v. Humboldt, Helmholtz, York und Tauenzien „Potsdamer“ sind, widerspricht dieser Auffassung.

vativen, wenigstens äußerlich, so das Feld, daß kein Wirt bei Strafe des Boykotts[1]) seinen Saal einer andern Partei überlassen darf. Einer der Haupt-Erntetage der Wirte sind nämlich die von der Zuckerfabrik der v. Arnim u. Gen. veranstalteten Festlichkeiten. Nebenbei bemerkt hat diese Gewaltpolitik es dahin gebracht, daß etwa die Hälfte der in Strasburg abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch ist. Und als nun eine antisemitische Wählerversammlung unter freiem Himmel, in einem Wirtsgarten, geplant war, verabredeten die konservativen Stadtherren, daß ich nicht zu Worte kommen sollte. Unter Führung des Bürgermeisters Merk und des Rechtsanwalts Trapp fanden sie sich zahlreich ein, zum Teil anscheinend nachdem sie sich vorher Mut getrunken hatten. Schon vor Eröffnung der Versammlung betrugen sich mehrere der Herren so ungebührlich, daß sie an das Hausrecht gemahnt werden mußten; sobald ich mich als Kandidaten der Reformpartei vorstellte, schrie Herr Trapp dazwischen, das sei unwahr; als ich sodann die konservativen Verdächtigungen zurückwies und mir ein derartiges Betragen verbat, erhoben sich die Herren lärmend und forderten die anwesenden Konservativen auf, das Lokal zu verlassen. Kaum jedoch sahen sie, daß die Mehrzahl der Anwesenden diesem Kommando nicht gehorchte, da besann sich der Bürgermeister plötzlich auf seine Eigenschaft als Polizeichef und ließ die Versammlung durch einen seiner Beamten für aufgelöst erklären. Gleichwohl randalierten die konservativen Herren im Lokale weiter und hielten Schimpfreden auf die Antisemiten, und da der anständigere Teil der Anwesenden — Arbeiter und kleine Handwerker — für mich Partei nahm, wären Thätlichkeiten kaum zu vermeiden gewesen, wenn nicht der Sache dadurch ein Ende gemacht wäre, daß dem Bürgermeister, der sich am herausforderndsten benahm, bedeutet wurde, der Wirt könne ihn nicht länger als Gast betrachten, worauf die konservativen Helden unter Getöse das Lokal räumten.

All diese Vorgänge aber werden in Schatten gestellt durch ein vertrauliches konservatives Flugblatt im Neustettiner Kreise, das so ziemlich das Ungeheuerlichste ist, was die Wahlkämpfe von 1898 aufweisen. Es lautet („Neue Stettiner Zeitung" 26. April):

„Vertraulich! Geehrter Herr! Wie wir aus der „Norddeutschen Presse" entnommen haben und auch Ihnen nicht entgangen sein wird, beabsichtigt Herr Professor Förster am Mittwoch, den 13. April cr., abends 7½ Uhr, in Bärwalde i. P. politische Versammlungen abzuhalten bezw. die Ortschaften zu besuchen.

Wir bitten Sie dringend, für diese Versammlungen die Gegenagitation zu Gunsten unseres Kandidaten, des Herrn Landrats v. Bonin, in die Hand zu nehmen und zu diesem Behufe sich schleunigst mit geeigneten Herren Ihrer Nachbarschaft in Verbindung zu setzen.

Wie den Bestrebungen der Herren Förster und v. Mosch am wirksamsten zu begegnen und die Gegenagitation für unsern Kandidaten am besten einzuleiten ist, muß sich natürlich nach den örtlichen Verhältnissen richten. Wir können Ihnen in dieser Beziehung keine speziellen Ratschläge geben, bitten Sie vielmehr, diese Frage mit dortigen Gesinnungsgenossen zu erwägen und dann nach eigenem Ermessen zu handeln.

Ohne diesen Ihren Erwägungen und Entschließungen vorgreifen zu wollen, bemerken wir ganz allgemein nur Folgendes:

Wenn es in einzelnen Ortschaften gelänge, Herrn Professor Förster dergestalt zu isolieren, daß niemand die anberaumten Versammlungen besuchte, die letzteren mithin gar nicht stattfinden,

[1]) Es scheint das im dortigen Kreise übrigens nicht der einzige Fall von Boykottdrohung gewesen zu sein. Der Gastwirt Straßburg in Fahrenwalde gab als Grund für den Bruch seines geschäftlichen Wortes an, ihm sei mitgeteilt worden, wenn er sein Lokal den Antisemiten überließe, würde kein Mitglied des unter geistiger Leitung des konservativen Landtagsabgeordneten von Arnim-Züsedom stehenden landwirtschaftlichen Vereins bei ihm weiter verkehren, eine Aeußerung, die durch die öffentlich gemachten Bemerkungen eines Vorstandsmitgliedes des genannten Vereins bestätigt wurde.

so wäre das ja das Einfachste und Bequemste. Hierauf wird aber in den seltensten Fällen zu rechnen sein, da unsere Gegner jedenfalls Radfahrer oder sonstige Emissäre vorausschicken, die Reklame für die Versammlungen machen.[1])

Finden die Versammlungen statt, was die Regel sein wird, so halten wir es für dringend geboten, daß Sie mit möglichst vielen Gesinnungsgenossen an den Versammlungen teilnehmen und den Ausführungen der Herren Förster und v. Mosch widersprechen. Es braucht das gar nicht in langen, wohlgesetzten Reden zu geschehen; vielmehr werden einige kräftige, allgemein verständliche Worte, wie sie der eigenen Redeweise und dem Standpunkte der Zuhörer entsprechen, häufig viel wirksamer sein. Ferner werden Sie sich einen festen Kern zuverlässiger Männer sichern müssen, der Ihren und sonstiger Freunde Ausführungen kräftig und laut Beifall spendet, **dagegen etwaige Beifallskundgebungen für unsere Gegner hindert und stört.** Sehr erwünscht wird es sein, wenn Sie oder ein anderer einheimischer Gesinnungsgenosse zum Vorsitzenden der Versammlungen gewählt werden.[2])

Vermieden muß unter allen Umständen werden, daß unsere Gesinnungsgenossen die Versammlungen besuchen, ohne zu widersprechen, da ein solches Schweigen von unkundigen Leuten immer als Zustimmung ausgelegt wird und daher nur unsern Gegnern zu Gute kommen würde.

Bare Auslagen, die Sie aus diesem Anlasse haben sollten **(eventl. auch für Freibier u. s. w.)**, sind wir bereit, Ihnen zu erstatten, und bitten zutreffenden Falles um deren Angabe.

Schließlich bemerken wir ergebenst, daß wir bezüglich der eingangs erwähnten Versammlungen an die Herren — folgen mehrere Namen — gleichlautende Zuschriften gerichtet haben und bitten wiederholt, gerade diesen ersten Versammlungen Ihr ganzes Interesse zuzuwenden, denn es wird den gegnerischen Bestrebungen jetzt viel leichter und wirksamer entgegengetreten werden können, als später, wenn die Gemüter erst wieder verwirrt und die Bevölkerung aufgehetzt ist. Der Vorstand des konservativen Vereins. Im Auftrage: Snethlage. Zinzow."

Die Unterzeichner, Landschaftsrat Snethlage-Borntin und Rechtsanwalt Zinzow können sich doch nicht im unklaren darüber befunden haben, daß, wenn sich „Gesinnungsgenossen" zu einer derartigen Kampfesweise hergaben, eine solche mit Versprechen von Freibier verbundene Aufforderung, Störungen in gegnerischen Versammlungen hervorzurufen, zum Landfriedensbruch führen mußte, oder doch konnte. Glücklicherweise wurde das gefährliche Rundschreiben von den Gegnern sofort aufgefangen (wie ja derartige „vertraulich" angesponnene Streiche meist bald ans Sonnenlicht kommen) und der öffentlichen Beurteilung vorgelegt. Die „Neue Stettiner Ztg." meldete darüber folgendes: „Dies Treiben kam gelegentlich einer am letzten Sonntag in Bärwalde abgehaltenen, von etwa 400 Personen besuchten antisemitischen Wähler-Versammlung zur Sprache. Es wurde fast einstimmig eine ein derartiges Vorgehen auf's schärfste verurteilende Resolution angenommen."

Da die Konservativen also sahen, daß es unklug sei, so offen zu Gewaltthätigkeiten aufzureizen, kehrten sie zu der üblichen Kampfesweise zurück. Professor Förster hatte der Schaffung kleiner bäuerlicher Anwesen das Wort geredet. Dies wurde schleunigst benutzt, um ihn zu verdächtigen, er wolle wie die Sozialdemokraten „teilen". Er antwortete hierauf in einem Flugblatte:

„Ich habe von der ungerechten Verteilung und Verschiebung des Besitzes gesprochen und als Ziel nicht eine Gleichmacherei, sondern eine Ausgleichung hingestellt. Und das betrifft auch den Großgrundbesitz. Hier Herren von vielen Tausenden, ja Hunderttausenden von Morgen — dort fleißige Hände und

[1]) Man achte auf den widerwärtig gehässigen Ton!

[2]) Man soll also, wenn man die Macht hat, Bureauwahl verlangen. — Ganz wie bei den Sozialdemokraten!

gleichberechtigte deutsche Bürger mit wenig oder ohne allen Besitz. — Der Staat kann jede Gelegenheit wahrnehmen, große Güter aufzukaufen und freie Bauerngüter daraus zu machen; so thut er es ja in den polnischen Landesteilen, und Herr v. Hertzberg und v. Bonin haben die 100 Millionen-Fonds doch mit beschlossen. — Herr von Hertzberg kann es uns, bei aller Wertschätzung seiner Person, doch nicht verdenken, wenn wir an Stelle des einen Großgrundbesitzes von Lottin 7000 Morgen und so und so vielen abhängigen Verwaltern, Arbeitern usw. lieber 70 freie Besitzer sähen. — Gewaltsam geteilt soll nicht werden, weder der Großgrundbesitz noch das Geldkapital; sondern auf dem Wege der Gesetzgebung soll der Ausgleich zu stande gebracht werden, und desgleichen die Entschuldung des Grundes und Bodens. Mittelstand, d. h. Mittelbesitz."

Das bot den gewünschten Anlaß. Herr von Hertzberg verbreitete nun als Flugblatt einen offenen Brief an Prof. Förster, der als überaus kennzeichnend hier seinen Platz finden soll. Er lautet:

„Sie haben in den letzten Versammlungen sowie in Ihrem letzten Flugblatt meiner Person in einer mich hochehrenden Weise gedacht. Selbstverständlich kann mich ein antisemitischer Sozialdemokrat nicht beleidigen. Dagegen halte ich es für meine Pflicht, als ständiger, von Seiner Majestät dem Kaiser berufener Vertreter des Volkes im Preußischen Landtage, unsere königstreue, friedliche Bevölkerung vor dem Umsturz zu bewahren und werde ich auf Grund Ihres letzten Flugblattes und anderer Aeußerungen bei Ihrer vorgesetzten Behörde eine Disziplinaruntersuchung gegen Sie beantragen, da der Preußische Staat, wenn er sich nicht aufgeben will, Sozialdemokraten, sie mögen sich in der Oeffentlichkeit nennen, wie sie wollen, in öffentlichen Aemtern nicht dulden darf. Was für Sie gilt, gilt natürlich für alle mittelbaren und unmittelbaren Beamten, seien sie im Eisenbahn- oder Postdienst beschäftigt. Sie allein tragen die Verantwortung, wenn infolge Ihrer Volksverführung Familien brodlos werden. Diese Volksverführung ist um so gewissenloser, als Sie nicht in der Lage sind, den durch Ihre Verführung brodlos gewordenen Beamten und Arbeitern auch nur einen Thaler des jüdischen Kapitals oder einen Ar von meinen 7000 Morgen als Entschädigung zu geben. Darin liegt ja gerade die große Perfidie Ihres Auftretens. Sie wissen ganz genau, daß Ihre Teilungsgelüste weder gesetzlich noch gewaltsam durchführbar sind, so lange die Welt bestehen wird; trotzdem versuchen Sie die Wähler in dieser schamlosen Weise für sich zu gewinnen, nur um Ihren politischen Ehrgeiz zu befriedigen. Diese Spekulation auf die Dummheit der Wähler im hiesigen Kreise wird Sie doch gründlich im Stiche lassen, das wird der 16. Juni beweisen. Lottin, den 13. Juni 1898. von Hertzberg, Mitglied des Preußischen Herrenhauses."

Anmaßender in der That kann das eingebildete Gottesgnadentum der Konservativen nicht auftreten. Sie haben die „ewigen" Grundsätze und ihr Besitz wird erhalten bleiben, „so lange die Welt bestehen wird"! Dabei vergessen diese Großgrundbesitzer wohl ganz, daß sich ihre heutige Stellung erst im Laufe dieses Jahrhunderts entwickelt hat und daß ihre Zertrümmerung durch gesetzliche Maßnahmen schon wieder in vollem Gange ist. Hat doch bereits der Staat mehrere Gesetze und Behörden geschaffen, deren Zweck und Aufgabe es ist, zur Vermehrung kleinerer ländlicher Besitzungen größere Güter zu zerschlagen.

Und wenn trotz alledem ein Kreis verloren scheint, so giebt es noch ein weiteres Mittel, um das Wahlglück zu korrigieren, die amtliche Wahlmache. Zutreffend schrieb mit Bezug auf die Ersatz-Wahl in Westprignitz (30. Okt. 97) die „Freisinnige Ztg." über „künstlich befestigte Wahlburgen des Junkertums":

„Die Stärke der Konservativen liegt im platten Lande . . . Das platte Land zerfällt bei etwa 10 000 Wahlberechtigten in nicht weniger als 156 Wahlbezirke, so daß im Durchschnitt auf jeden Wahlbezirk nur etwa 60 Stimmen entfallen.

In kommunaler Beziehung ist das platte Land eingeteilt in 145 Landgemeinden und 76 Gutsbezirke. Man hat eine Anzahl Dörfer mit Gutsbezirken zusammengelegt und zum Wahllokal das Gutshaus gemacht. In nicht weniger als 36 Wahlbezirken findet die Wahl im Gutslokal statt, das heißt in dem Wohnzimmer oder im Arbeitszimmer des gnädigen Herrn oder seines Rechnungsführers. Der Gutsbesitzer ist Wahlvorsteher, der Schulze sein Stellvertreter. In andern Fällen aber bilden die Gutsbezirke auch für sich einen eigenen Wahlbezirk. So kommen in der Westprignitz Wahlbezirke vor, welche weniger als zwanzig, ja selbst weniger als zehn Wahlberechtigte zählen. Natürlich ruht man in diesen kleinen Bezirken nicht eher, als bis der letzte Wahlberechtigte an der Urne erschienen ist und seinen selbstverständlich konservativen Wahlzettel abgegeben hat. Denn von Wahlgeheimnis kann in solchen kleinen Bezirken ganz und gar nicht die Rede sein. Die Bildung solcher kleinen Wahlbezirke ist ein besonderer Wahlkniff aus der Regierungszeit des Ministers von Puttkammer. Ein anderer Wahlkniff der Konservativen besteht darin, daß man die Gemeindevorsteher durch die Gemeindeboten Unterschriften für Aufrufe einsammeln läßt, in denen die Unterzeichner den konservativen Kandidaten empfehlen. Die Gemeindevorsteher und Gemeindediener nehmen es damit so ernsthaft, daß in einer Gemeinde sogar die Wittwen zur Unterzeichnung herangezogen worden sind. Hat man dann aus allen Dörfern die Unterschriften zusammen, so werden dieselben in einem besonderen Extrablatt des Kreisblattes abgedruckt. Vor uns liegt ein solches Extrablatt, welches etwa 3000 Namen enthält. Auf diese Weise sucht man die Unterzeichner moralisch zu zwingen, auch für den konservativen Kandidaten ihren Stimmzettel abzugeben."

Wie dies System der Beeinflussung nach Bedarf immer weiter ausgebildet wird, dafür bietet gerade der Kreis Westprignitz ein klassisches Beispiel. Er wird von den Konservativen zu ihrem „Besitzstand" gerechnet. Aber trotz aller Mache war schon 1893 ihre Mehrheit überaus knapp und 1897 bei der Ersatzwahl fiel der konservative Kandidat in der Stichwahl durch. Es mußte also durchaus etwas Durchgreifendes geschehen, wozu der wegen seiner Energie auch außerhalb seines Amtsbezirks bekannte Landrat von Jagow natürlich gern die Hand bot. Es wurden einfach die Wahlbezirke von 170 auf 213 vermehrt, indem die Gutsbezirke von den Gemeindebezirken getrennt wurden, was allerdings die Kontrolle über die Abstimmung sehr erleichterte. So wurde im Orte Mansfeld bei Putlitz, wie die „Freis. Ztg." (15. Juni) mitteilte, der Gutsbezirk mit seinen 9 Wählern vom Gemeindebezirk getrennt, trotzdem der Gutsbezirk vollständig im Gemeindebezirk liegt. Wahlvorsteher des neuen Bezirks war natürlich der Gutsinspektor.

Ein ähnliches Kunststück von Wahlgeometrie ist bei der Landtagswahl in dem durch die Kandidatur von Liebermanns arg bedrohten Wahlkreise Homberg-Ziegenhain angewendet worden. Zwölf Tage vor dem Wahltermin veröffentlichte der Ziegenhainer Landrat von Schwertzell eine Neuordnung der Urwahlbezirke, die zahlreiche Aenderungen enthielt. So waren von den 19 aus mehreren Orten bestehenden Urwahlbezirken 16 anders zusammengesetzt und ein neuer geschaffen, in 7 Bezirken hatte die Urwahl in einem anderen Vororte stattzufinden als bisher u. s. w. Ganz abgesehen von der Verwirrung, die hierdurch entstehen mußte, waren für die antisemitischen Gemeinden — natürlich zufällig — die Wahllokale so ungünstig gelegt, daß diese Neueinteilung vielen das Wählen nahezu unmöglich machte.

In beiden Fällen wurde bekanntlich der Zweck erreicht.

Außer diesen krassesten Formen von Wahlmache giebt es natürlich noch mancherlei kleinere Mittel, um die Wahlaussichten für die Konservativen zu verbessern. Auf der einen Seite vereitelt man dem Gegner die Vorarbeiten durch Einschüchterung der Gastwirte und Vertrauensmänner, auf der anderen Seite benutzt man den amtlichen Apparat, um konservative Versammlungseinladungen und Stimm-

zettel ohne Mühe und Kosten zu verbreiten, oder fordert durch den „Kerbstock“[1]) direkt auf, den gewünschten Kandidaten zu wählen. Der Landrat von Osthavelland Steinmeister-Nauen drohte ganz ungeniert in einer gemeinsamen Vertrauensmänner-Versammlung der Antisemiten und Konservativen, wenn ein ihm nicht genehmer (d. h. antisemitischer) Kandidat aufgestellt werde, wollte er seinen großen Einfluß im Kreise gegen denselben schon geltend machen — natürlich als Privatmann, setzte er klüglich hinzu.“[2])

Die vorgesetzten Behörden sind denn auch meist, wenn Beschwerden über Wahlbeeinflussungen einlaufen, so sehr geneigt von vorne herein anzunehmen, daß der Beamte als Privatmann gehandelt habe, daß praktisch in jedem einzelnen Falle der Beschwerdeführer gezwungen ist, aus den Umständen des Falles nachzuweisen, daß die Beeinflussung amtlich erfolgt sei, als wäre das ein feststehender Rechtsgrundsatz. Eine Musterleistung dieses eigenartigen Rollentauschs war jedenfalls das Auftreten des Strasburger Bürgermeisters Merk, der zunächst mit den Lärmmachern an einem Tische Platz nahm — natürlich als Privatmann, sodann als Chef der Ortspolizei die Auflösung der Versammlung wegen eben dieses Lärms anordnete, um dann — natürlich wieder als Privatmann — mit weiter zu skandalieren (s. S. 150).

Hält man den Konservativen gelegentlich das Unehrenhafte solcher amtlichen Eingriffe vor, so weisen sie das mit dem Brustton der Entrüstung als unwahre Unterstellung von sich. Wenn die Herren aber am eigenen Leibe einmal spüren, wie eine solche Beeinträchtigung thut, dann wissen sie nicht laut genug nach Abhilfe zu schreien. So schrieb kurz vor der Wahl die „Deutsche Tagesztg.“:

„Die staatserhaltenden Parteien geben hier im Wahlkreis Königsberg-Fischhausen ein eigentümliches Schauspiel. Die konservative Kandidatur, die, wie hier in der ganzen Provinz, gemeinsam mit dem Bunde der Landwirte aufgestellt ist, wird von einer Staatsbehörde bekämpft. Es war gegründete Hoffnung, den Kandidaten dieser beiden Parteien, den Grafen Dohna-Wundlacken, im ersten Wahlgange durchzubringen. Aber das frühere Reichstagsmitglied Graf Dönhoff-Friedrichstein erklärte, seine Kandidatur ebenfalls aufrecht halten zu wollen. Unter seinem

---

[1]) Der „Kerbstock“ ist die in vielen ländlichen Gegenden noch heute übliche Form amtlicher Bekanntmachung: Das Schriftstück, dessen Inhalt im Ort die Runde machen soll, wird an einem derben Knüppel befestigt, damit es nicht abhanden kommt. Ursprünglich machte wohl jeder, der Kenntnis genommen hatte, eine Kerbe in den Stock, sodaß sich nachzählen ließ, ob alle benachrichtigt waren.

[2]) Zu dieser Art von Beeinflussung gehört es auch, wenn man mehr oder weniger deutlich durchblicken läßt, daß der amtliche Einfluß zum Vorteil oder Nachteil der Orte geltend gemacht werden könne oder dergl. Wie in dieser Beziehung der Wassernotstand herhalten mußte, ergiebt sich aus folgender Notiz der „Freis. Ztg.“ (15. Juni!):

„Ein eigentümlicher Zufall. In Sprottau kandidiert der Landrat v. Klitzing gegen den freisinnigen Abg. Dr. Müller. Gerade jetzt sind „infolge dringlicher Vorstellungen des Landrats von Klitzing“, wie es heißt, den Ueberschwemmten der dortigen Kreise noch 60 000 Mark aus Staatsfonds bewilligt worden.“

Ein ähnliches Manöver bei der Nachwahl in der Westprignitz wurde damals von demselben Blatte zur Sprache gebracht:

„Die Frau des konservativen Reichstagskandidaten v. Salbern hat gerade jetzt unmittelbar vor der Reichstagswahl aus Mitteln des „Vaterländischen Frauenvereins“ Unterstützungen für die Ueberschwemmten der Elbniederung in Beträgen von 20 Mk. versandt. Auf den Abschnitten der Postanweisungen ist als Absender J. A. Frau v. Salbern in Perleberg verzeichnet. Der Vaterl. Frauenverein hat im ganzen für die Elbniederung 2000 Mk. bestimmt. Seltsam, daß der Verein eine solche Verteilung nicht durch die Gemeindevorsteher besorgen läßt, auch nicht durch die Vorsitzende dieses Frauenvereins, sondern gerade durch Frau v. Salbern, die zufällig auch die Gattin des konservativen Reichstagskandidaten ist. Vorsitzende des Vereins ist die Frau Landrat v. Jagow, die ebenso zufällig gerade jetzt vor dem Wahltage behindert sein soll, die Postanweisungen abzusenden.“

Wahlaufruf hat nur ein einziger namhafter Konservativer gestanden. Dagegen hat ein Teil der Liberalen einen Aufruf für ihn erlassen. Diese Kandidatur wird nun von dem Landrate des Königsberger Kreises, Baron von Hülleſſem, in unerlaubter Weise unterstützt. Dieser Herr hat die Gastwirte des Kreises auf sein Steuerbureau bestellt, und es sind dort nachweislich verschiedene derselben für die Kandidatur des Grafen Dönhoff-Friedrichstein bearbeitet worden. Die Folge dieses Treibens dürfte sein, daß der Sozialdemokrat Schnell in die Stichwahl mit einem der staatserhaltenden Kandidaten kommt und dann in derselben vermutlich siegt. Es kann nicht als eine Politik der Sammlung betrachtet werden, wenn die Kandidatur der staatserhaltenden Parteien aus persönlichen Rücksichten durchkreuzt wird. Die Aufstellung einer zweiten, angeblich konservativen Kandidatur ist schon von dem Vorstand der konservativen Partei genügend gekennzeichnet worden. Doppelt traurig ist aber eine solche in einem von der Sozialdemokratie gefährdeten Wahlkreise; sehr bedenklich aber ist es, wenn ein königlicher Staatsbeamter für eine solche eintritt und dadurch dem Sozialdemokraten in die Stichwahl verhilft. Wenn die Staatsregierung noch mehr derartige Landräte besitzt, so kann sie es im nächsten Reichstage zu einer stattlichen Zahl von sozialdemokratischen Abgeordneten bringen."

Die Vorgänge in diesem Kreise gewährten überhaupt den besten Einblick in gewisse Treibereien, die sich allerdings nicht nur hier, doch hier am offenkundigsten geltend machten.[1])

Es ist nämlich auch noch an anderen Orten der amtliche Einfluß gegen die wirklich unabhängigen Elemente vom Bunde der Landwirte geltend gemacht worden, natürlich unter verständnisvoller Mitwirkung des gouvernementalen Flügels in der konservativen Partei.

Am deutlichsten läßt sich das daran erkennen, daß die große konservative Partei keinen sicheren Wahlkreis für Herrn v. Plötz, den konservativen Vorsitzenden des Bundes übrig zu haben schien. Sein bisheriger Wahlkreis Sorau war durch die Sozialdemokraten aufs äußerste gefährdet und ist auch wirklich von ihnen genommen worden. v. Plötz sollte darum in Dramburg-Schievelbein aufgestellt werden, das wurde aber durch Einflüsse von außen her hintertrieben. Welcher Art sie waren, läßt sich unschwer daraus erkennen, daß sie dem Landrat des Kreises Dramburg v. Brockhausen zur Kandidatur und zum Mandat verhalfen. v. Plötz aber würde wirklich nicht gewählt worden sein, wäre nicht kurz vor den Wahlen der langjährige Vertreter von Pyritz-Saatzig, v. Schöning gestorben. Dort stellten die Konservativen und der Bund nun Herrn v. Plötz auf. Aber, o Wunder, auch hier tauchte ein konservativer Mitbewerber, v. Glasow, Regierungsrat in Breslau und früher Landrat des Kreises auf. Das Manöver mißglückte diesmal allerdings gründlich. v. Plötz wurde mit 8043 Stimmen gewählt und v. G. brachte es nur auf 2733 Stimmen. Nachträglich wurde dann behauptet, die Glasowsche Kandidatur sei ein freisinniges Wahlmanöver gewesen, was innerlich durchaus unwahrscheinlich ist. — In diesem Zusammenhange verdient auch der bekannte Brief des Reichskanzlers an den Prinzen Karolath Erwähnung: Dadurch machte der höchste Reichsbeamte seinen Einfluß zu Gunsten des manchesterlichen Prinzen und gegen seinen agrarischen Gegenkandidaten im Kreise Guben, v. Heydebrand, geltend.

In solchen Fällen, wo er gegen sie arbeitet, erkennen dann wohl auch die Konservativen an, wie ungehörig das Eingreifen amtlichen Einflusses in die Wahl-

[1]) Anmerkung bei der Korrektur. Es hat denn auch der Wahlkampf im Kreise Königsberg-Land-Fischhausen noch ein gerichtliches Nachspiel gehabt, bei dem höchst befremdliche Dinge festgestellt wurden. Wir behalten uns vor, diese Zustände im nächsten Jahrbuche eingehend zu beleuchten.

bewegung ist. Aber in den allermeisten Fällen wirkt er zu ihren Gunsten, und dann haben sie nichts dagegen einzuwenden.

Es ist nach alledem wohl kein zu hartes Urteil, wenn man das gesamte Rüstzeug der Konservativen für den Wahlkampf mit den lutherischen Worten „groß Macht und viel List" kennzeichnet. Und was haben sie mit all dieser Mache erreicht? Offenbar nichts weiter, als daß sie ihre Partei in den Augen des deutschen Volkes zwecklos herabgewürdigt haben. 1893 zählte die amtliche Wahlstatistik 72 deutschkonservative Abgeordnete (darunter allerdings 8 Hospitanten und 4 „nicht zur Fraktion") und 28 freikonservative, zusammen also 100 (bezw. 96) Abgeordnete „der konservativen Parteien"; 1898 dagegen 56 Deutschkonservative und 23 Freikonservative, zusammen 79 (eine Unterscheidung, ob Hospitanten, ist nicht gemacht; die Fraktionsliste zählt gar nur 52 Deutsch- und 22 Freikonservative), wozu allerdings noch der eine oder andere Kreis kommt, der dem Bunde der Landwirte zugerechnet ist, z. B. Pyritz-Saatzig. Dafür rechnet die auch sonst auf etwas unsichere Angaben über die Parteistellung der Kandidaten aufgebaute amtliche Statistik zu Unrecht den Deutsch-Konservativen den Kreis Potsdam-Spandau-Osthavelland zu, dessen Vertreter sich verpflichtet hat, fraktionslos zu bleiben. Noch schärfer tritt der gewaltige Rückgang des „konservativen Gedankens" hervor, wenn man die Zahlen der abgegebenen Stimmen vergleicht (für die Deutsch-Konservativen setzen wir die wirkliche Summe, nach Abzug der 13 293 Stimmen in Osthavelland, in Klammer):

	1893:	1898:		Verlust:	
Deutsch-Konservative	1 038 353	859 222	(845 929)	179 131	(192 424)
Freikonservative	438 435	343 642		94 793	
Zusammen	1 476 788	1 202 864	(1 189 571)	273 924	(287 217)

Die Zahlen beweisen zum mindesten, daß die heutige konservative Partei in weiten Kreisen früherer Anhänger das Vertrauen derart eingebüßt hat, daß sich dieselben weder durch List noch Gewalt mehr unter ihrer Fahne sammeln lassen.

Die konservative Partei spielt sich als die allein wahrhaft nationale Partei auf und fordert als solche die Unterstützung der national Gesinnten als ein ihr zukommendes Recht. Mögen diejenigen, die sich in ihrer Gutgläubigkeit hierdurch noch täuschen lassen, sich einmal klar machen, wie schlimm es um unser deutsches Volkstum bestellt wäre, wenn seine Sache mit so schmutzigen Mitteln, wie die geschilderten, vertreten werden müßte.

Wahrer Konservativismus ist eine schöne Sache, ebenso wie wahrer Freisinn. Beides steckt jedem Deutschen in den Knochen und beides war 1893 in der konservativen Partei vertreten. Aber die Konservativen von 1898 sind nicht mehr die Alten, sie haben die volkstümlichen Elemente abgestoßen (vgl. Ant. Jahrb. 97 u. 98). Was blieb, macht die Partei zu einer Karrikatur des konservativen Gedankens. Die einzige Rettung in der Reaktion suchend, sind sie servil nach oben und brutal nach unten. Uns soll es wundern, wie lange wahrhaft konservative Männer das noch mitmachen, d. h. sich durch den Partei-Namen täuschen lassen werden.

S. 175

Adressen-Verzeichnis.

Zeichenerklärung: Es bedeutet 1. **V.** erster Vorsitzender; 2. **V.** zweiter Vorsitzender; **S.** Schriftführer; **K.** Kassenwart; **T.** Turnwart. — Die Namen derjenigen Vorstandsmitglieder, an die für den Verein bestimmte Sendungen zu richten sind, sind gesperrt gedruckt. — Unter Sitzg.: ist angegeben, wo der Verein seine Sitzungen abhält, auch an welchen Tagen im Monat, sofern die Sitzungstage im voraus feststehen.

I. Deutsch-soziale Reformpartei.

Parteileitung.

Vorsitzende: Liebermann von Sonnenberg, M. d. R., Gr.-Lichterfelde bei Berlin, Jägerstr. 10.
Oswald Zimmermann, Direktor, Dresden, Blochmannstr. 20 II.
Schriftführer: Ludwig Werner, M. d. R., Kassel, Kirchditmolderstr. 4.
Stellvertretender Schriftführer: Fritz Bindewald, M. d. R., Berlin W., Passauerstr. 5.
Kassenwart: Rechtsanwalt Dr. G. W. Vielhaben, M. d. R., Hamburg, Hohe Bleichen 31.

Reichstagsabgeordnete.

Fritz Bindewald, Kunstmaler, Berlin W., Passauerstr. 5.
Gustav Gäbel, Gutsbesitzer, Kleffig bei Starrbach.
E. H. Gräfe, Fabrikbesitzer, Bischofswerda (Sachsen).
Liebermann von Sonnenberg, Gr.-Lichterfelde bei Berlin, Jägerstr. 10.
C. F. Lotze, Dresden, Radebergerstr. 60.
Jul. Müller, Gutsbesitzer, Nutzhorn bei Grüppenbühren.
Fr. Raab, Porzellanmaler, Hamburg-St. Georg, Neuestr. 40.
G. W. Vielhaben, Rechtsanwalt Dr., Hamburg, Hohe Bleichen 31.
Ludwig Werner, Schriftsteller, Kassel, Kirchditmolderstr. 4.
Hospitant der Fraktion: Philipp Köhler VI., Langsdorf in Oberhessen.

Landtagsabgeordnete.

1. Königreich Preußen.

Ludwig Werner, Schriftsteller, Kassel, Kirchditmolderstr. 4.

2. Großherzogtum Hessen.

W. Bähr, Landwirt, Herrenhaag bei Büdingen (Oberhessen).
Joutz, Bürgermeister, Butzbach, Großh. Hessen.
Philipp Köhler VI., Langsdorf in Oberhessen.
Ohl, Beigeordneter, Groß-Umstadt, Großh. Hessen.
Ph. Ripper, Landwirt, Pfaffenbeerfurth im Odenwald.
H. Schmalbach VI., Bürgermeister, Crainfeld (Vogelsberg).

3. Großherzogtum Baden.

F. Mampel, Landwirt, Kirchheim (Baden).
Pfisterer, Stabhalter, Pleikarts Försterhof bei Heidelberg.

4. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Kortum jr., Sondershausen, Wippermühle.

5. Freie und Hansestadt Hamburg.

Fr. Raab, Porzellanmaler, Hamburg-St. Georg, Neuestr. 40.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 44.

Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen.

Königsberg i. Pr., Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. **V.** C. E. Stoermer, Kaufmann und Glasermeister, Glaserstr. 4. 2. **V.** v. Puttkamer, Hauptmann a. D., Ziegelstr. 7. **S.** Thiele-Müller, Wiesenbaumeister, Sackheim rechte Straße 121. **K.** Heinr. Migeod, Kaufmann, Theaterplatz 2. Sitzg.: Montag nach dem 1. in Britisch Hotel.

Thorn, Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** H. Schneider, Zahnarzt, Neustädt. Markt. **S.** Illig, Ingenieur, Mocker bei Thorn. **K.** W. Becker, Buchhalter, Windstraße 5. Sitzg.: Dienstag nach dem 1. bei Ed. Kohnert, Windstr. 5.

Bromberg, Deutsch-sozialer Ver. für Bromberg und Umgegend. **V.** Emil Schönert, Kaufmann, Elisabethmarkt. **S.** Wilh. Neumann, Königl. Forstaufseher, Kujawierstr. 24. **K.** Albert Priebe, Hauptlehrer, Lieutenant a. D., Jägerhof bei Bromberg.

Pommerscher Provinzial-Verband. Vorstand: **V.** Reichstagsabg. Liebermann von Sonnenberg, Gr.-Lichterfelde, Jägerstr. 10. **S.** Fratzke, Kreisausschuß-Sekretär, Swinemünde, Bismarckstr. **K.** W. Rahn, Buchhändler, Stettin, Paradeplatz 8. Obmänner: für Ueckermünde-Usedom-Wollin: Scheu, Kaufmann, Swinemünde, Kl. Marktstraße; für Pyritz-Saatzig: Fetting, Tierarzt, Pyritz; für Demmin-Anklam: Fr. Schulz, Uhrmacher, Anklam, Frauenstr. 12; für Stettin: Dr. med. Schultz, Stettin, Moltkestr. 3 I.

Vereine:

Stettin, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. **V.** M. Martinu, Manufakturist, Mönchenstr. 24 I. 2. **V.** Wilh. Rahn, Buchhändler, Paradeplatz 8 III **S.** Otto Wernecke, Kaufmann, Kurfürstenstr. 15 III. **K.** Karl Klode, Schneidermeister, Aschgeberstr. 9 II.

Swinemünde, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. **V.** Kempke, Kgl. Landmesser, Moltkestr. 2. **V.** Döring, Navigationslehrer, Krausestraße. **S.** Kropp, Schiffskapitän, Gartenstraße. **K.** H. Fratzke, Kreisausschuß-Sekretär, Bismarckstraße. Sitzg.: jeden Donnerstag nach dem 1. u. 15. „Elysium".

Schlesischer Provinzial-Verband. Geschäftsführer: L. Th. Wolff, Kaufmann und Stadtverordneter, Breslau, Rosenthalerstr. 13a.

Vereine:

Brieg (Bez. Breslau), Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** G. Krusch, Kaufmann, Ring 36. **S.** Dr. Schmidt, Ohlauerstr. 13. **K.** Eduard Hentschel, Kaufmann, Ring 38/39. Sitzg.: jeden Montag nach dem 1. und 15. „Goldener Krug".

Bunzlau, Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** Hugo Klapper, Konditor, Klosterplatz. **S.** B. Heinze, Kaufmann, Bahnhofstraße. Sitzg.: jeden Donnerstag nach dem 1. „Hopfenblüthe".

Görlitz, Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** W. Schneidinger, Schneidermeister, Luisenstr. 15. **S.** Kahlert, Wäschefabrikant, Bismarckstr. 28. Sitzg.: jeden Donnerstag nach dem 1. „Hotel zum Stern", Luisenstr. 18.

Hirschberg i. Schl., Deutsch-sozialer Ver. **V.** Johannes Timm, Baumeister. **S.** H. Thiemann, Kaufmann. **K.** J. A. Wendlandt, Schuhmachermeister. Sitzg.: „Deutsche Bierhalle".

Provinzial-Verband für Brandenburg und Berlin. Vorstand: 1. **V.** Otto Heinrich Böckler, Schriftsteller, Schöneberg bei Berlin, Frankenstr. 79. 1. **S.** W. Ruschke, Weißensee bei Berlin, Parkstr. 90. 1. **K.** Paul Strenge, Kaufmann, Berlin, Blumenstr. 70. Beisitzer: Konrad Ehlers, Schlächtermeister, Perleberg, Uferstr. 17 (zugleich Obmann für Westprignitz); Emil Schükerk, Kaufmann, Neu-Ruppin (zugleich Obmann für Ruppin-Templin); Ernst Frölich, Kaufmann, Potsdam, Viktoriastr. 63; Hermann Brandt, Buchdruckereibesitzer, Küstrin II., Landsbergerstr. 97 (zugleich Obmann für Königsberg i. Nm.); Karl Wodara, Kaufmann, Sommerfeld, Bez. Frankfurt a. O. Mitglieder des Gesamtvorstandes: J. Krug, Kottbus, Wallstr. 33; Windpfennig, Direktor, Fredersdorf a. Ostbahn; W. Michels, Landwirt, Dergenthin; Fritz Schultz jr., Schneidermeister, Wilsnack; Aug. Schultze, Gutsbesitzer, Kaakstedt bei Gerswalde; Bernh. Reinert, Kaufmann, Angermünde; Gronwald, Prenzlau, Stettinerstr. 5; Höft, Gutsbesitzer, Alt-Tornow bei Freienwalde a. O.; Dr. Veit, prakt. Arzt, Biesenthal; Weitlich, Gemeindesekretär, Neu-Weißensee bei Berlin; W. Wernitz, Bauerngutsbesitzer, Vehlefanz; K. Benz, Kaufmann, Rathenow; Paul Aue, Kaufmann, Friesack; Hans Krüger, Kaufmann, Charlottenburg, Kurfürstendamm 20; Heuking, Arnswalde; Hellm. Kutzer, Kaufmann, Friedeberg i. Nm.; Ewald, Fabrikbesitzer, Küstrin II.; Paul Gorgas, Königsberg i. Nm.; H. Jericke, Gastwirt, Berlin, Dresdenerstr. 111; G. Voigt, Kaufmann, Berlin, Alexandrinenstr. 84; Fritz Weber, Drogist, Berlin, Palisadenstr. 1; Ludw. Wurl, Kaufmann, Berlin, Neue Königstr. 93; Martin Naß, cand. phil., Berlin, Gr. Hamburgerstr. 33; Reinboth, Malermeister, Berlin, Neue Königstr. 88; C. Letz, Expedient, Berlin, Bandelstr. 9; Osk. Müller, Kaufmann, Berlin, Schönhauser Allee 34; O. Krüger, Berlin, Marsiliusstr. 17; Georg Dittebrand, Kaufmann, Berlin, Reinickendorferstr. 4.

Vereine:

Berlin, Wahlverein Berlin der Deutsch-sozialen Reformpartei. 1. **V.** A. Strumpf, Zahnarzt, Wilhelmstr. 27 I. 2. **V.** O. H. Böckler, Schöneberg bei Berlin, Frankenstr. 79. 3. **V.** v. d. Planitz, Oberstlieutenant a. D., Fennstraße 53/54 II. **S.** Karl Christoffers, Privatier, Derfflingerstr. 23. **K.** O. Müller, Kaufmann, Schönhauser Allee 34 II. Sitzg.: jeden Donnerstag bei Rieprich, U. d. Linden 27.

Berlin, „Deutscher Antisemiten-Bund", begründet 1884. 1. **V.** Wilhelm Kretzer, Kaufmann, Charlottenburg, Berlinerstraße 116. 2. **V.** Bernh. Brause, Kaufmann, SW. Lankwitzstr. 6 I. 3. **V.** Johs. Wilberg, Redakteur, S. Kottbuser-Ufer 58.

Kottbus, Deutscher Reform-Ver. der Niederlausitz. 1. **V.** August Jenzen, Lieutenant a. D., Berlinerstr. 115. 2. **V.** Johannes Krüdecke, Sandowerstr. 58 II. **S.** Johannes Krug, Lehrer, Wallstr. 33. **K.** Richard Schlepping, Wallstr. 53. Sitzg.: 1. und 3. Donnerstag „Deutsche Wein- und Bierstube", Berlinerstr. 115.

Küstrin, Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** Aug. Timner, Abdeckereibesitzer. **S.** Herm. Brandt, Buchdruckereibesitzer. **K.** Th. Ewald, Fabrikbesitzer. Sitzg.: „Schützenhaus".

Perleberg, Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Perleberg und Umgegend. 1. **V.** Konrad Ehlers, Schlächtermeister. 2. **V.** Traug. Schmidt, Viehhändler. **S.** Ackermann, Braumeister. **K.** L. Runge, Viehhändler. Sitzg.: Mittwoch nach dem 1. „Stadt Berlin".

Perleberg, Kreiswahl-Ver. der Deutsch-sozialen Reformpartei für Westprignitz (Sitz in Perleberg). 1. **V.** Konrad Ehlers, Schlächtermeister. 2. **V.** Rehl, Fischermeister, Wittenberge (Bez. Potsdam). **S.** Bartels, Kanzlist, Perleberg. **K.** Siebert, Buchbindermeister, Wittenberge (Bez. Potsdam), Bahnstr. Sitzg.: bei Gastwirt Marquardt, Wittenberge (Bez. Potsdam).

Potsdam, Deutscher Reform-Ver. 1. **V.** G. Dornath, Cafétier, Am Wilhelmplatz. 2. **V.** Ernst Froelich, Kaufmann, Viktoriastr. 63. **S.** H. Wünsche, Tischlergeselle, Waisenstr. 69. **K.** Ernst Schmidt, Tischlermeister, Breitestraße 43. Sitzg.: Donnerstag nach dem 1.

Prenzlau, Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Prenzlau und Umgegend. 1. **V.** Julius Lorenz, Rentier, Neustadt 692a. 2. **V.** Karl Katoll, Schneider-

meister, Steinstr. 454 I. K. Richard Gronwald, Stettinerstr. 5 II. Sitzg.: Freitag nach dem 1. „Schützenhaus".

Sommerfeld (Bez. Frankfurt a. O.), Deutsch-antisemitischer Reform-Ver. 1. V. Karl Wodara, Kaufmann, Nikolaistr. 15. 2. V. R. Schneider, Schneidermeister, Wilhelmstr. K. Hermann Linke, Zigarrenfabrikant, Nikolaiplatz.

Spandau, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. V. Paul Sambach, Zimmermeister, An der Havel Nr. 6. 2. V. E. Strube, Lederhändler, Potsdamerstr. 33. S. Otto Dannenberg, Registrator, Seeburgerstr. 16. K. Wilhelm Neumann, Restaurateur, Lutherstr. 4. Sitzg.: Dienstag nach dem 1. und 15. Schönwalderstraße 2 bei August Konrad.

Steglitz, Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Steglitz und Umgegend. 1. V. F. Herter, Hauptmann a. D., Ringstr. 4. 2. V. A. Schultz, Rentier, Viktoriastraße 1. S. H. Giese, Hubertusstr. 11. K. M. Bürkner, Architekt, Schützenstr. 8. Sitzg.: Albrechtstr. 124 bei Rönnebeck.

Weißensee bei Berlin, Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Weißensee und Umgegend. 1. V. Max Kehler, Neu-Weißensee, Königchaussee 45b. 2. V. Hermann Euen, Neu-Weißensee, Königchaussee 8. S. Max Weilich, Gemeindesekretär, Neu-Weißensee, Parkstr. 60. K. Otto Raschig, Neu-Weißensee, Königchaussee 75. Sitzg.: 2. Freitag nach dem 1., Neu-Weißensee, Königchaussee 67, bei Koch.

Wittenberge (Bez. Potsdam), Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Wittenberge und Umgegend. V. C. Nehl, Fischermeister. S. H. Grambow, Bahnstr. K. Hering, Tischlermeister, Zimmerstr. Sitzg.: im Marquardt'schen Lokal.

Zehlendorf (Kr. Teltow), Deutsch-sozialer Reform-Ver. V. F. Kleinau, Predigtamtskandidat, Lehrer, Alsenstr. S. Schlieben, Geheimsekretär, Bergmannstraße 3.

Landesverein für das Königreich Sachsen. Vorstand: 1. V. Osw. Zimmermann, Direktor, Dresden-A., Cirkusstr. 37. 2. V. Max Kämnitz, dipl. Chemiker, Dresden-N., Bautzenerstr. 79 II (zugl. Obmann für Stadt Dresden r. d. Elbe). 3. V. Alfred Klemm, Fabrikant, Mohsdorf bei Burgstädt. S. Karl Meyrose, Architekt, Dresden-A., Gr. Plauenschestr. 27. 1. K. E. J. Blumenau, Kaufmann, Dresden-A., Elisenstr. 74. (Zugl. Obmann für Stadt Dresden l. d. Elbe.) 2. K. Max England, Fabrikant, Dresden-Löbtau, Reisewitzerstr. 55. Beisitzer: C. F. Lotze, Fabrikant, M. d. R., Dresden-N., Radebergerstr. 60. Heinrich Gräfe, Kaufmann, M. d. R., Bischofswerda (Sachsen). Gustav Gäbel, Gutsbesitzer, M. d. R., Klessig bei Starrbach (zugl. Obmann für Döbeln). Obmänner: für Zittau: O. Demisch, Rentier, Zittau; für Löbau: John, Baumeister, Löbau (Sachsen); für Bautzen-Kamenz: Dr. med. Rohr, prakt. Arzt, Bautzen; für Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt-Dippoldiswalde: E. Clausen, Buchdruckereibesitzer, Dresden-Striesen, Wittenbergerstr. 26; für Meißen-Großenhain: B. Knauth, Drogist, Meiß[illegible] für Pirna: Kluge, Baumeister, Pirna; für Freiberg: H. Küttner, Kaufmann, Fr[illegible]berg (Sachsen); für Stadt Leipzig: Dr. med. Hädicke, Leipzig, Burgstr.; für Amtshauptmannschaft Leipzig: Karl Wilh. Wüstling, Leipzig, Zeitzerstr. 35; für Borna Falland, Seminarlehrer, Borna (Bez. Leipzig); für Mittweida: Krussig, Buchdruckereibesitzer, Burgstädt; für Chemnitz: O. Theuerkorn, Patentanwalt, Chemnitz; für Glauchau-Meerane: Curt Brox, Apotheker, Glauchau; für Stollberg-Lößnitz-Schneeberg: Roßbach, Fabrikant, Schneeberg (Sachsen); für Marienberg: Glöckner, Brauereibesitzer, Sayda (Erzgeb.); für Annaberg-Schwarzenberg: Edelmann, Buchdruckereibesitzer, Schlettau (Erzgeb.); für Auerbach: Otto Zschoch, Kaufmann, Elsterberg.

Vereine:

Gruppe 6. Reichstagswahlkreis Dresden-Land. 1. V. E. Clausen, Buchdruckereibesitzer, Dresden-Striesen, Wittenbergerstr. 26. 2. V. Jos. Kadner, Uhrmacher, Coffebaude. 3. V. W. Tauscher, Kaufmann, Plauen-Dresden, Poststr. 9. 4. V. Th. Simmgen, Kunst- und Handelsgärtner, Dresden-Strehlen, Reickerstr. 1. S. Osw. Kuzzer, Kaufmann, Plauen-Dresden, Rücknitzstr. 10. 2. S. Fr. Krümmer, Löbtau-Dresden, Reisewitzerstr. 26. K. Max England, Fabrikant, Löbtau-Dresden, Reisewitzerstr. 55.

Bannewitz, Deutscher Reform-Ver. Goldene Höhe und Umgegend. S. Adolf Israel. K. Friedrich Manitz, Schmiedemeister, Boderitz b. Dresden.

Brettnig, Deutscher Reform-Ver. für das Röderthal (Sitz Brettnig). 1. V. Robert Seifert, Fabrikbesitzer, Nr. 12. 2. V. Georg Otto Hause, Lederhändler, Nr. 156.

Chemnitz, Deutsch-sozialer (antisemitischer) Verein für Chemnitz und Umgegend. 1. V. Curt Michael, Kaufmann, Platanenstr. 9. 2. V. Feodor Schubert, Kaufmann, Langestr. 43. S. Herm. Christoph, Buchdrucker, Lohgasse 37. K. Herm. Geier, Kaufmann. Limbacherstr. 4. Sitzg.: „Deutscher Krug".

Dippoldiswalde, Deutscher Reform-Ver. V. Ernst Schmidt, Töpfermeister. S. Carl Dittrich, Gelbgießermeister. K. Ernst Aßmuß, Kürschnermeister. Sitzg.: „Goldner Stern" und Bahnhofshotel.

Dresden, Deutscher Reform-Ver. 1. V. C. F. Lotze, Kaufmann, M. d. R., Radebergerstr. 60. 2. V. Dr. jur. P. Häckel, Rechtsanwalt, Kaiserpalast Pirnaischer Platz. 3. V. F. Meyrose, Architekt, Dresden, Gr. Plauenscheстr. 27. S. Kämnitz, Chemiker, Bautzenerstr. 74. K. H. Kluge, Kaufmann, Ritzenbergerstr. 6. Sitzg.: Dienstags, „Deutscher Krug", Moritzstr.

Dresden-Löbtau, Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Löbtau und Umgegend. V. Max England, Gießereibesitzer, Reisewitzerstraße 55. S. Alfred Fuhrmann, Kaufmann, Reisewitzerstraße 55. K. Hermann Bieber, Kaufmann, Tharandterstr. 6. Sitzg.: 3. Sonnabend.

Dresden-Strehlen, Deutscher Reform-Ver. für Dresden-Strehlen und Umgegend. 1. V. Th. Simmgen, Gärtnereibesitzer, Reickerstr. 44. 2. V. Kegel, Gärtnereibesitzer, Reik bei Dresden. S. L. Reichenbach, Lockwitzerstr. K. R. Ackermann, Leubnitz-Neu-Ostra bei Dresden. Sitzg.: 1. Dienstag „Goldene Krone".

Dresden-Striesen, Deutscher Reform-Ver. V. Max Grützner, Kaufmann.

Ehrenfriedersdorf, Deutsch-sozialer (antisemitischer) Reform-Ver. V. Otto Arnold, Schneidermeister.

Elsterberg, Deutscher Reform-Ver. für Elsterberg und Umgegend. V. Otto Zschoch, Kaufmann. K. Otto Piehler, Baumeister. Sitzg.: „Goldenes Lamm".

Gombsen bei Kreischa, Deutscher Reform-Ver. V. Fröde, Gastwirt.

Großenhain, Deutscher Reform-Ver. für Großenhain und Umgegend. 1. V. Hugo Weber, Kaufmann, Weßnitzerstr. 714 m. 2. V. Louis Seifert, Schneidermeister, Siegelgasse. S. Josef Hechtberger, Schneidermeister, Meißnerstr. K. Rob. Reimann, Amalienallee 555 E. Sitzg.: Hotel z. gold. Löwen, am Markt.

Kamenz (Sachsen), Deutscher Reform-Ver. 1. V. Paul Schaefer, Drogist. 2. V. Moritz Lahl. S. Alwin Milde. K. Hermann Müller, Schneidermeister.

Kemnitz bei Dresden, Deutscher Reform-Ver. für Kemnitz und Umgegend. 1. V. Joseph Kadner, Uhrmacher, Cossebaude (Elbthal), Bismarckstr. 4. 2. V. Eduard Fehrmann, Privatus, Cossebaude (Elbthal), Mittelstr. 3. S. Erich Krümmer, Stetzsch bei Dresden, Meißnerstr. 58. K. Hermann Schwenke, Zimmerpolier, Briesnitz bei Dresden, Meißnerstr. 31. Sitzg.: „Weinholds Restaurant", Kemnitz.

Königsbrück, Deutscher Reform-Ver. für Königsbrück und Umgegend. 1. V. G. Reinhardt, Fabrikant. 2. V. H. Hentschel, Baumeister. 3. V. O. Naumann, Fleischermeister. S. K. Gnauck, Restaurateur. K. J. Riedrich, Kaufmann.

Leipzig-Reudnitz, Deutsch-sozialer Reform-Ver. „Leipzig-Ost", 1. V. Hugo Prager, Charlottenstr. 10 III. 2. V. Rich. Listing, Fabrikant, Konstantinstr. 10 I. S. Erich Dolsius, Eilenburger Bahnhof. K. Carl Morgenstern, Kaufmann, Kapellenstr. 3 I. Sitzg.: „Schloßkeller".

Meißen, Deutsch-nationaler Ver. Meißen und Umgegend. V. Otto Fischer, Zündwarenfabrikant, Weinböhla. S. Bernhard Knauth, Drogist, Meißen.

Mittweida, Deutsch-sozialer Reform-Ver. V. Emil am Ende, Kaufmann, Fabrikstr. 3.

Neustadt (Sachsen), Reform-Ver. für Neustadt und Umgegend. 1. V. Oswin Kunath, Kaufmann. 2. V. Ernst Wulschner, Handelsgärtner, Langburkersdorf, S. W. Hultsch, Blumenfabrikant. K. Max Hahnewald, Kaufmann.

Niederseditz (Sachsen), Deutscher Reform-Ver. für Niederseditz, Lockwitz, Leuben und Umgegend. S. Paul Welzel, Buchdruckereibesitzer, Lockwitz. K. Franz Müller, Privatus.

Nossen, Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Nossen und Umgegend. 1. V.

in Gramzow gesagt haben: Die Antisemiten wollen wenigstens eine Stichwahl erzielen, um nachher den Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Sollte Herr von Arnim dies in der That geäußert haben, so hätte er sich einer schweren Verleumdung schuldig gemacht." . . .

Die Leser werden staunen über diese Fülle von Verdächtigungen und Verleumdungen, die gleichsam kübelweise ausgeschüttet wurden; wir bemerken nur noch, daß die in dem Flugblatt genannten Herren alles dies ruhig eingesteckt haben. Die landrätliche „Prenzl. Ztg." (16. Juni) schimpfte natürlich weiter über „Radau-Antisemitismus"; daß es sich hier um Fragen der Ehrenhaftigkeit handelte, dafür scheint diesen Herren das Verständnis abzugehen. Uebrigens verriet das Blatt in seiner blinden Wut, daß es seine Kenntnisse über die Antisemiten „wörtlich dem Eugen Richterschen Politischen A-B-C-Buch, 1898er Ausgabe, entnommen" habe.

Aber nicht genug mit all diesen Verunglimpfungen, auch mein Familienleben zerrte man in den Wahlkampf zur Strafe dafür, daß ich es gewagt hatte, einem konservativen Kandidaten entgegenzutreten. Kurz vor der Wahl, so daß eine Entgegnung nicht mehr möglich war, erschien noch ein konservatives Flugblatt, in dem die alten Verleumdungen wiederholt und dann bemerkt war: „Wir unterlassen es, auf die Person des Herrn Otto Heinrich Böckler näher einzugehen, es mag genügen, daß er der Mann ohne Ar und Halm, zerfallen mit seinem eigenen Vater, sich erst die Sach- und Fachkenntnis erwerben muß" . . .

Diese Behauptung wurde von mir am 15. Juni öffentlich in Prenzlau als „dreiste Verleumdung" und das ganze Flugblatt als „ein konservatives Bubenstück" bezeichnet, und ich fügte unter dem brausenden Beifall der Versammlung hinzu, ich müsse feststellen, daß sich auch der konservative Kandidat, Herr v. Winterfeldt-Menkin selbst im Privatgespräch ähnliche Aeußerungen über mich erlaubt habe; ich könnte jetzt zur Vergeltung einiges aus der Familien-Geschichte derer von Winterfeldt mitteilen, — dazu aber habe mich mein Vater zu gut erzogen.

Als ein ganz besonderes Stückchen unlauterer Ausbeutung persönlicher Beziehungen im politischen Kampfe muß noch die oben erwähnte Ausstreuung der Konservativen, ich sei nicht offizieller Kandidat der Deutsch-sozialen Reformpartei, näher besprochen werden. Diese Behauptung tauchte sofort, nachdem meine Kandidatur bekannt geworden, in der „Prenzlauer Ztg." auf, worauf alsbald in den maßgebenden Blättern („Staatsbürger Ztg.", „Deutsch-soz. Bl." u. s. w.) festgestellt wurde, meine Kandidatur sei unter Wahrung aller vorgeschriebenen Formen aufgestellt, folglich als offiziell anzusehen, und an die Konservativen die Aufforderung gerichtet wurde, die Quelle ihrer Mitteilung zu nennen (vgl. „Staatsbürger-Ztg." 9. März 98). Trotzdem hielt sich Herr v. Winterfeldt für berechtigt, in einer Versammlung in Prenzlau am 4. April zu äußern: „Die Führer der Antisemiten hätten ihm erklärt, daß sie positiv gegen die Kandidatur des Herrn Böckler seien" (nach der konservativen Prenzlauer Ztg. v. 16. Juni). Bis hierhin ist es noch möglich, daß Herr von Winterfeldt im guten Glauben handelte, da er vielleicht die betr. Zeitungen nicht gelesen hat. Nun aber hielt vom 8.—11. Mai Abg. Bindewald im Kreise (in Günterberg, Greiffenberg, Prenzlau, Angermünde und Schwedt) Vorträge, in denen er als Vorstandsmitglied der Partei erklärte, an dieser ganzen Ausstreuung sei kein wahres Wort, ich sei offizieller Parteikandidat. Von da ab war die bona fides ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger hat, wie durch einwandfreie Zeugen festgestellt ist, einige Tage vor der Wahl Herr Mieck einen Brief am Biertisch vorgezeigt, der die Behauptung des

Herrn von Winterfeldt bestätigen sollte. Der Verfasser des Briefes wurde nicht genannt, doch schlossen Uneingeweihte aus gemachten Andeutungen auf Herrn v. Liebermann. Natürlich wurde dieser alsbald benachrichtigt, und er sandte dem Vorsitzenden des Prenzlauer Vereins den folgenden Brief, der im „Uckermärkischen Courier" veröffentlicht wurde:

„Geehrter Herr Lorenz! Herr Böckler schickt mir Zeitungsausschnitte und macht mir Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß in Prenzlau allerlei Wahlklatsch verbreitet wird. Danach soll der Verleger der „Prenzlauer Ztg.", Herr Mieck, einen Brief von mir besitzen, worin bestätigt sein soll, daß die „Führer" gegen die Kandidatur Böckler seien. Daran ist kein Wort wahr. Ich habe weder an Herrn Mieck, noch sonst an irgend jemand einen derartigen Brief geschrieben und die Parteileitung hat keinerlei Veranlassung gehabt, gegen die ordnungsmäßig von den Vertrauensmännern des Kreises Prenzlau-Angermünde aufgestellte Kandidatur des Herrn Böckler Einspruch zu erheben. Wabern (Bezirk Kassel), 9. Juni 1898. Mit deutschem Gruße Ihr ergebenster Liebermann von Sonnenberg."

Als Antwort brachte am Wahltage selbst die „Prenzlauer Ztg." eine lange gewundene Erklärung, in der sie ihre früheren Behauptungen trotz des Liebermannschen Briefes aufrecht zu erhalten suchte. Darin wurde als letzter Trumpf das nachstehende Telegramm des Geheimrats von Winterfeldt veröffentlicht:

„Herrn Redakteur A. Mieck in Prenzlau. Der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg hat mir nicht einmal, sondern wiederholt gesagt, von seiner Partei werde mir ein Gegenkandidat nicht aufgestellt. Dasselbe haben mir die Reichstagsabgeordneten Werner und Iskraut gesagt. Ich bitte dies im Kreisblatt zu veröffentlichen. Menkin, den 15. Juni 1898. Geheimrat von Winterfeldt."

Wenn es, gestützt auf diese Winterfeldtsche Mitteilung, das konservative Blatt wagte, an dem Schreiben des Parteivorsitzenden von Liebermann herumzudeuteln, so ersieht man daraus nur, wie vorsichtig man sein muß, wenn man je in die Lage käme, mit diesen Herren verhandeln zu müssen. Kein Wort, selbst das scheinbar klarste, darf man ihnen glauben. Offenbar ja suchen die Herren andere hinter dem Busch, hinter dem sie selbst zu sitzen pflegen und auch diesmal saßen. Die telegraphische Erklärung des Herrn v. Winterfeldt besagt doch ganz etwas anderes als seine frühere Behauptung: davon daß „die Führer positiv gegen die Kandidatur Böckler" seien, kein Wort mehr. Jetzt am Wahltage nimmt Herr v. Winterfeldt mit den seit Monaten geforderten Namen; und was bleibt von seinen Behauptungen übrig? Nichts, als daß ihm angeblich drei Abgeordnete ganz unverbindlich ihre Ansicht über die Prenzlauer Kandidatenfrage gesagt haben. Eine Prüfung, ob sich das wirklich so verhielt, war vor der Wahl ja nicht mehr möglich, und in dieser Zusammenstellung mit den früheren Ausstreuungen mußte das Manöver seinen Zweck erreichen, die Wähler über den wahren Sachverhalt zu täuschen.

Zu alledem muß ich aber nun noch feststellen, daß Herr v. Winterfeldt gar nicht im guten Glauben gehandelt haben kann. Er hat allerdings, wie mir der Abgeordnete Werner mitteilt, versucht, aus diesem irgend eine Erklärung herauszuquetschen, die sich im Sinne dieses Tricks verwenden ließ; Herr Werner hat ihn jedoch lediglich über die Formen aufgeklärt, die in der Deutsch-sozialen Reformpartei für die Aufstellung offizieller Kandidaturen vorgeschrieben sind und die eben in diesem Falle durchaus gewahrt seien. Daß dies in höflicher Form geschah, versteht sich von selbst. Das berechtigt aber Herrn v. Winterfeldt nicht, sich über die Thatsache hinwegzusetzen, daß der unzweideutige Sinn des ihm gewordenen Bescheides genau das Gegenteil von dem war, was er verstanden zu haben behauptet.

Spangenberg, Korrespondent, Zwingerstr. 15. Sitzung: jeden Dienstag bei Petzold, Charlottenstr. 17.

Magdeburg, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. V. Max Remmler, Architekt und Maurermeister, Schmiedehofstr. 5/6. 2. V. Schaeberle, Werkführer, Magdeburg-Sudenburg. 3. V. von Schirp, Hauptmann a. D., Regierungsstr. 22. S. Richard Busse, Kaufmann, Venedischestr. K. Georg Wagner, Posamentier, Georgenstr. 8. Sitzg: „Zu den drei Kaisern". Im Winter jeden Donnerstag, im Sommer nur Donnerstag nach dem 1.

Osterwieck a. H., Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Osterwieck und Umgegend. V. Fr. Lindner, Pastor. S. Rich. Brandes, Kaufmann. K. Carl Knauth. Sitzg.: im „Deutschen Hause".

Wegeleben, Deutsch-sozialer Reform-Ver. V. Hermann Hoffmann, Kaufmann. S. W. Heuke, Kürschnermeister. K. W. Rodé, Kaufmann.

Lübeck, Deutsch-sozialer Ver. 1. V. Gust von Huth, Hauptmann a. D., Krempelsdorf bei Lübeck. 2. V. Fritz Frosch, Schuhmachermeister, Aegidienstr. 40. 3. V. H. A. Lühr, Schuhmachermeister, Aegidienstr. 29. 4. V. J. Jäger, Schneidermeister, Mühlenstr. 3.

Verband für Schleswig-Holstein und Hamburg. Vorstand: 1. V. F. Raab, Porzellanmaler, M. d. R., Hamburg-St. Georg, Neuestr. 40. 2. V. Graf Ludwig Reventlow, Gutsbesitzer, Wulfshagen bei Gettorf (zugleich Obmann für Schleswig-Eckernförde). S. W. Schack, Kaufmann, Hamburg, Gr. Reichenstraße 30. K. A. M. Jacobsen, Rechtsanwalt, Hamburg, Neust. Fuhlentwiete 95 I. Kassenprüfer: Herm. Ehler, Ziegeleibesitzer, Elmshorn; Herm. Blume, Hamburg, Osterstr. 45.

Obmänner (zugl. Beisitzer): für Apenrade-Flensburg: L. Unruh, Hofbesitzer, Esruphof bei Flensburg; für Tondern-Husum-Eiderstedt: Peyer, Husum; für Norder- und Süder-Dithmarschen: Musseleck, Heide i. Holstein; für Pinneberg-Segeberg: Dr. O. Scholz, Oberlehrer, Altona-Ottensen, Moltkestr. 10 II; für Kiel-Rendsburg: H. Boysen, Privatier, Kiel, Harmstr. 7; für Altona-Stormarn: R v. Pein, Kaufmann, Altona, Stiftstr. 14 II; für Oldenburg-Plön: W. Wittmack, Fabrikant, Segeberg; für Herzogtum Lauenburg: H. Martens, Gerichtsbeamter, Schwarzenbeck; für Stadt Hamburg Ost: A. Westphal, Zahnkünstler, Hamburg-St. G., Langereihe 37 II; für Stadt Hamburg-West: A. Bruns, Schlächtermeister, Hamburg-St. Pauli, Rosenhofstr. 13; für Geest- und Marschlande: H. Thams, Kaufmann, Lohmühlenstr. 50.

Vereine.

Altona, Verein der Deutsch-sozialen Reformpartei. 1. V. R. von Pein, Handlungsgehilfe, Stiftstr. 14 II. 2. V. Aug. Kerling, Korbmachermeister, Bürgerstraße 84. S. M. Oestmann jr., Buchhalter, Turnstr. 15. K. C. Görn, Fischhändler, Wielandstr. 29. Sitzg.: 1. Dienstag in der „Deutschen Eiche", Bahnhof-Ecke Turmstr.

Cuxhaven, Deutsch-sozialer Reform-Ver. V. H. Wöbber jr., Goldarbeiter und Graveur, Nordersteinstr. 41. S. Wilh Tonagel, Kaufmann, Südersteinstr. 5. Sitzg.: 1. und 3. Mittwoch bei A. v. Freuden, Marktplatz.

Flensburg, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. V. L. Unruh, Landwirt, Esruphof bei Flensburg. 2. V. Fornefelt, Gastwirt („zur Börse"), Großestr. S. F. Knop, Landwirt, Kollund bei Flensburg. K. Wegner, Gastwirt („Sanssouci"). Sitzg.: „Sanssouci".

Hamburg, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. V. F. Raab, Porzellanmaler, M. d. R., Hamburg-St. Georg, Neuestr. 40. 2. V. W. Schack, Kaufmann, Gr. Reichenstr. 30. S. J. Gollé, Schriftleiter, Rödingsmarkt 23. K. G. Garfs, Billwärder Steindamm 3.

Kiel, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. V. Graf L. Reventlow, Gutsbesitzer, Wulfshagen p. Gettorf. 2. V. H. Havemann, Techniker, Gerhardstr. 40. S. Franz Henkel, Gymnasiallehrer, Neumarkt 9. K. F. A. Otzen, Muhliusstr. 62. Sitzg.: 1. Mittwoch „Kolosseum".

Pinneberg, Verein der Deutsch-sozialen Reformpartei für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Sitz Pinneberg). 1. V. Dr. Oskar Scholz, Altona-

Ottensen, Moltkestr. 10 II. 2. V. Hermann Eyler, Ziegeleibesitzer, Elmshorn, Sandberg 50. S. Bruno Geißler, Fabrikant, Altona-Ottensen, Friedensallee 73 pt. K. Christian Christiansen, Kaufmann, Altona-Ottensen, Arnoldstr. 13 II.

Verband für die Provinz Hannover. Vorstand: 1. V. Dr. phil. Th. Lindström, Hannover, Kronenstr. 37 A. 2. V. Wilh. Weule, Fabrikant, Goslar (zugl. Obmann f. Goslar-Zellerfeld-Ilfeld). S. Georg Weber, Kaufmann, Peine (zugl. Obmann f. Celle-Peine-Gifhorn-Burgdorf). K. F. W. Giesecke, Fabrikant, Peine. Obmänner: f. Osnabrück-Versenbrück-Iburg: Muff, Drogist, Osnabrück, Domhof 8; f. Neustadt a. R.-Fallingbostel-Nienburg-Stolzenau: C. Müller, Zimmermeister, Walsrode; f. Hannover-Linden Stadt: A. Oehlmann, Apotheker, Wülfel b. Hannover; f. Hameln-Linden Land-Springe: A. v. Unger, Amtmann a. D., Hameln; f. Hildesheim-Marienburg i. Hann.-Alfeld-Gronau: J. Förster, Apotheker, Alfeld (Leine); f. Northeim-Einbeck-Osterode a. Harz-Uslar: E. Girmann, Kaufmann, Northeim; f. Göttingen-Duderstadt-Münden: F. Gerstung, Kaufmann, Hann.-Münden; f. Neuhaus a. d. Oste-Lehe-Kehdingen-Geestemünde: Dr. med. Stille, Arzt, Ihlienworth; f. Schaumburg-Lippe: Fr. Helmke, Leiter der Privatschule, Steinhude.

Vereine:

Alfeld (Leine), Deutsch-sozialer Reform-Ver. für Alfeld und Umgegend. 1. V. J. Förster, Apotheker. 2. V. G. Friese, Tierarzt. S. Max Fricke, Sparkassenbuchhalter. K. H. Rohde, Maurermeister. Sitzg.: 1. Dienstag „Deutsches Haus".

Goslar, Deutscher Ver. 1. V. Dr. Th. Lindström, Hannover, Kronenstraße 37 A. 2. V. Wilh. Weule, Fabrikant. S. H. Ulrich, Rechtsanwalt. K. C. Berke. Kaufmann. Sitzg.: jeden 3. Freitag.

Hameln, Deutsch-sozialer Reform-Ver. V. von Unger, Amtmann a. D., Pyrmonterstr. 6. S. Professor Dr. Kummer, Oberlehrer. K. Schlotheuber, Vermessungsrevisor a. D., Kaiserstraße 18. Sitzg.: Gastwirt Fritz Bähre, Unter den Linden.

Hannover, Deutsch-sozialer Reform-Ver. 1. V. Ad. Oehlmann, Apotheker, Wülfel vor Hannover. 2. V. Dr. Th. Lindström, Kronenstr. 37 A. S. A. Götting, Geschäftsführer, Lavesstr. 48. K. Fr. Schrader, Schuhmachermeister, Breitestr. 5. Sitzg.: 1. Montag „Münchener Bürgerbräu", Theaterstraße.

Osnabrück, Deutscher Ver. V. Ernst Muff, Drogist. S. Fr. Rawie, Kunstschlossermeister. K. B. Wehberg, Buchdruckereibesitzer.

Peine, Deutsch-sozialer Reform-Ver. V. Georg Weber, Kaufmann. K. S. Anders, Kaufmann, i. Fa. Anders & Wiekenberg. Sitzg.: 1. Sonnabend in der Hagenschenke.

Herzogtum Braunschweig.

Braunschweig, Deutsch-sozialer Reform-Ver. für das Herzogtum Braunschweig. V. Bertr. Walterscheid, Kaufmann, Riedestr. 1. Sitzg.: 1. Montag „Wilhelmsgarten".

Helmstedt, Deutsch-sozialer Ver. für Helmstedt und Umgegend. V. Herm. Dressel, Kaufmann, Markt 2. S. Dr. Ruschhaupt, Batteriewall 15. K. Aug. Schilling, Cigarrenfabrikant, Heinrichsplatz 2. Sitzg.: „Petzolds Brauerei".

Münster (Westfalen), Deutscher Reform-Ver. V. Ludwig Fürstenberg, Kaufmann. S. Ferd. de Baay, Kaufmann. K. Franz Gripekoven, Kaufmann, Kuhstr. 5/6. Sitzg.: jeden Donnerstag „Altdeutsche Bierhalle".

Verband für die Rheinprovinz. Vorstand: 1. V. D. H. Tebay, Ingenieur, Düsseldorf, Reichsstr. 29. 2. V. Adolf Josti, Kaufmann, Elberfeld. S. Wilh. Nelles, Barmen, Wischlinghausen. K. J. Bovenkerk, Kaufmann, Duisburg, Königstr. 76. Beisitzer: Joh. Schäfer, Bäcker, Gerresheim; Gg. Herold, Schuhmacher, Solingen; G. Westhofen, Schuhmacher, Mülheim a. d. Ruhr; J. Kurz, Solingen, Schlagbaum; A. Allenspach, Kaufmann, Saarbrücken; G. Hahn jr., Manufakturist, Mülheim a. d. Ruhr; Hch. Westermann, Gärtnereibesitzer, Duisburg.

Verein:

Duisburg, Deutsch-sozialer Ver. 1. **V.** J. Bovenkerk, Kaufmann, Königstraße 76. 2. **V.** C. Gripekoven, Kaufmann, Luigerstr. **S.** Otto Wolf, Buchbinder, Engegasse 22. **K.** E. Esch, Kaufmann, Charlottenstr. Sitzg.: 1. u. 3. Dienstag „Duisburger Hof".

Verband für Kurhessen und Waldeck. Vorstand: 2. **V.** Dr. Wilh. Stehlich, Oberlehrer, Kassel, Bismarckstr. 22. 1. **S.** J. Schwarz, Kassel. 2. **S** J. Beißner, Kaufmann, Kassel, Untere Karlstr. 10. **K.** Th. Scheld, Kassel. Obmänner: für Kassel-Melsungen: Christian, Drechslermeister, Kassel, Schomburgstr.; für Marburg-Frankenberg-Kirchhain: Maus, Sattlermeister, Marburg a. d. L.

Verein:

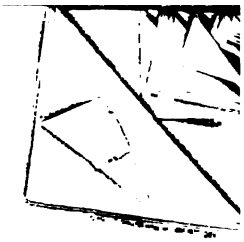
Kassel, Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** Dr. Wilh. Stehlich, Oberlehrer, Bismarckstr. 22. **S.** Dr. jur. Franz Winterstein, Assessor, Humboldtstr. 30. Sitzg.: jeden Dienstag im „Restaurant Heß", Mauerstr. 4.

Landesverein für das Großherzogtum Hessen und angrenzende Bezirke. Vorstand: 1. **V.** Otto Hirschel, Offenbach a. M., Obermainstr. 27. 2. **V.** Ferd. Bormet, Stadtverordneter, Darmstadt, Heinrichstr. 22 (zugl. Obmann für Darmstadt-Groß-Gerau). 1. **S.** Ludw. Götz, Hauptstaatskassenbuchhalter, Darmstadt, Pallaswiesenstr. 11. 2. **S.** Adolf Wolff, Buchdruckereibesitzer, Frankfurt a. M., Dreieichstr. 52 I (zugl. Obmann für Frankfurt). 1. **K.** Adam Schüttler, Finanzaspirant, Darmstadt, Orangeriestr. 6. 2. **K.** Dr. Ernst Stöcker, Gymnasiallehrer, Frankfurt a. M., Blumenstr. 18 (zugl. Obmann für Wetzlar-Altenkirchen). Beisitzer: Eugen Ledig, Kaufmann, Mainz, Am Markt 27 (Obmann des Kreises Mainz-Oppenheim); Karl Werner, Schlossermeister, Reichelsheim i. Odenw. (Obmann des Kreises Bensheim-Erbach); Peter Stein, Landwirt, Hochstadt, Kr. Hanau (Obmann des Kreises Hanau); Otto Luft, Gastwirt, Gießen (Obmann des Kreises Gießen); Wilh. Bähr, Landwirt, Landtagsabg., Herrnhaag b. Büdingen O.-H. (Obmann des Kreises Friedberg-Büdingen); Phil. Ripper, Landwirt, Landtagsabg., Pfaffenbeerfurth i. Odenw; Michael Wolf VI., Landwirt, Stadecken, Rheinhessen (Obmann des Kreises Bingen-Alzei); Richard Geyer, Möbelfabrikant, Alsfeld, Oberhessen (Obmann des Kreises Alsfeld); Eidmann, Bierbrauer, Groß-Umstadt (Obmann des Kreises Offenbach-Dieburg).

Vereine:

Mitteldeutscher Bauernbund. 1. **V.** Landtagsabg. Ph. Köhler VI., Mitglied des Reichstags, in Langsdorf; 2. **V.** Beigeordneter L. H. Völp, Landwirt in Bergen; **S.** Otto Hirschel, Redakteur, in Offenbach a. M. Beisitzer: Landtagsabg. Wilh. Bähr, Landwirt auf Herrnhaag (Kreis Büdingen); Friedr. Fenchel, Landwirt in Griedel (Kreis Friedberg); Vikt. Habicht, Landwirt in Echzell (Kreis Büdingen); J. Langheintz, Müller in Groß-Umstadt (Kreis Dieburg); K. Luley, Landwirt, in Trebur (Kreis Groß-Gerau); Bürgermeister Mettenheimer, Landwirt, in Eichelsachsen (Kreis Schotten); Landtagsabg. Ernst Ohl, Beigeordneter, in Groß-Umstadt (Kreis Dieburg); Julius Philippi, Landwirt, in Wohnbach (Kreis Friedberg); Landtagsabg. Ph. Ripper, Beigeordneter, in Pfaffenbeerfurth (Kreis Erbach); Gemeinderat W. A. Rompf, Landwirt, in Langgöns (Kreis Gießen); Ad. Hofferbert IV., Landwirt, in König i. Odenw. (Kreis Erbach); Landtagsabg. Schmalbach, Bürgermeister, in Crainfeld i. Vogelsberg (Kreis Lauterbach); Bürgermeister Anton Schmidt, Landwirt, in Damshausen (Kreis Biedenkopf); Gemeindeschöffe Peter Stein, Landwirt, in Hochstadt (Kreis Hanau); Gemeinderat Adam Weidmann, Landwirt, in Winterkasten (Kreis Bensheim); Mich. Wolf VI., Landwirt, in Stadecken (Kreis Mainz); Karl Zulauf, Landwirt, in Elpenrod (Kreis Alsfeld).

Frankfurt a. M., Deutscher Ver. 1. **V.** Adolf Wolff, Buchdruckereibesitzer, Dreieichstr. 52 I. 2. **V.** Georg Kaemmer, Patentanwalt, Bleichstr. 24 I. **S.** Ludwig Heun, Frankfurterstr. 51. **K.** Dr. Ernst Stöcker, Blumenstr. 18. Sitzg.: 1. Donerstag „Kölner Hof".



Verband für Baden, die Rheinpfalz und die Reichslande.

V. W. A. H. Köster, Konsul, Heidelberg, Kaiserstr. 14. **S.** Otto Werner, Kaufmann, Heidelberg, Brückenstr. 24. **K.** Gg. Stachel, Privatmann, Heidelberg, Hauptstr. 35. Obmänner: für Engen-Donaueschingen-Villingen-Triberg: J. G. Rosenfelder, Hotelier, Peterzell, Amt Villingen; für Waldshut-Säckingen-Schopfheim-Schönau: H. Specht, Pfarrer, Zell i. Wiesenthal; für Lörrach-Müllheim-Staufen-Breisach: Rud. Vogel, prakt. Arzt, Oberweiler i. Baden; für Freiburg-Emmendingen-Waldkirch: Dr. Pfaff, Universitäts-Bibliothekar, Freiburg i. Baden; für Ettenheim-Lahr-Wolfach: E. Himmelsbach, Kaufmann, Lahr i. Baden; für Offenburg-Oberkirch-Kehl: Friedr. Sänger, Molkereibesitzer, Diersheim bei Kehl; für Ettlingen-Durlach-Pforzheim: Fr. Anspach, Ingenieur, Durlach i. B.; für Karlsruhe-Bruchsal: Frz. Schmidt, Schuhmachermeister, Karlsruhe i. B., Amalienstraße; für Mannheim-Schwetzingen-Weinheim: Carl Schilling, Kaufmann, Mannheim, Dammstraße 9; für Heidelberg-Eberbach-Mosbach: Otto Werner, Kaufmann, Heidelberg, Brückenstr. 24; für Sinsheim-Eppingen-Bretten-Wiesloch: Hch. D. Gillardon, Fabrikant, Bretten i. B.

Vereine:

Müllheim (Baden), Deutsch-sozialer antisemitischer Ver. **V.** Carl Greif Gastwirt („Zum Löwen"). **K.** Ludwig Krafft, Architekt. Sitzg.: „Zum Löwen".

Zell im Wiesenthale, Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** Hermann Specht, evgl. Pfarrer. Sitzg.: „Brauerei Montfort".

II. Bayerische Reformpartei.

Landesverband:

V. L. Wenng,, Ingenieur, München, Auenstr. 84 I, **S.** A. Schmalix, Schriftsteller, München, Claude Lorainstr. 11. **K.** Hermann Seidel, Bamberg, Hainstr. 2.

Vereine:

München, Wahlver. der bayer. Reformpartei (Volksbund München). 1. **V.** L. Wenng, Ingenieur, Auenstr. 84 I. 2. **V.** A. Schmalix, Schriftsteller, Claude Lorainstr. 11. **K.** G. Siegert, Augustenstr. 56 II.

München, Antisemitischer Arbeiterver. Neuhausen. **V.** G. Wellner, Maler. **S.** Zugschwert, Redakteur. **K.** Wilkening, Gastwirt.

Augsburg, Reform-Ver. **V.** A. Moschel, Kaufmann. **K.** Heinrich Blauhorn, Privatier.

Würzburg, Antisemitischer Volksver. **V.** Malo, Bäckermeister. **S.** Heinrich Ehrlich, Mützenfabrikant. **K.** L. Weber, Buchhändler.

Nürnberg, Deutsch-sozialer Reform-Ver. **V.** Wildenhof, Fabrikbesitzer, Zickstr. **S.** Fr. Meyer, Techniker, Nadlersgasse 18. **K.** Freitag, Schreinermeister.

Weiden, Antisemitischer Volks-Ver. **V.** Heinrich Otto, Prokurist.

Landshut, **V.** Tippl, Gastwirt. **S.** Schnitzler. **K.** Bertlein, Uhrmacher.

Traunstein, Antisemitischer Volksver. **V.** Baldauf, Kaufmann.

III. Unpolitische Vereine.

Vereinigung deutscher Geschäftsreisender.

Hauptstelle Münster i. W. 1. **V.** L. Fürstenberg, i. Fa. Fürstenberg & Kraus, Münster i. W. 2. **V.** A. Schornberg, Münster i. W., Wilhelmstr. **S.** F. Stanlein, Münster i. W. **K.** Rob. Wiekenberg, Münster i. W., Fürstenstr. 12. Sitzg: jeden Sonnabend „Centralhof" (Kreuzgewölbe).

Vereinsstelle Leipzig. **V.** E. Große, Leipzig, Brühl 75, Treppe B. Sitzg: jeden Sonnabend „Gasthof zum weißen Schwan", Gerberstr.

Ortsgruppen in Dresden, Aschersleben, Hamburg, Mainz, Köln a. Rh., Düsseldorf, Bonn, Elberfeld, Bremen, Osnabrück, Dülmen i. W., Hagen i. W., München, Gelsenkirchen.

Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband (juristische Person). Hauptstelle: Hamburg, Gr. Reichenstr. 30. Vorsteher: W. Schack, Hamburg, Gr. Reichenstr. 30.

Gaue:

Badisch-Pfälzischer. V. Heinr. Müssig, Mannheim, K. 3. 16 II.
Beider Mecklenburg. V. Heinr Rost, Schwerin i. M., Werderstr. 46.
Hansa. V. Carl Gronau, Bremen, Wartburgstr. 5.
Königreich Sachsen. V. Fr. Böhme, Leipzig, Elisenstr. 89 I.
Kyffhäuser. V. Joh. Sachtleben, Nordhausen, Weinberg 6.
Main-Weser. V. Franz Hase, Frankfurt a. M., Seehoferstr. 19 II.
Niederrhein-Westfalen. V. Paul Elberding, Elberfeld, Stuttbergstr. 31.
Nordmark. V. J. Henningsen, Schleswig, Friedrichstr. 69.
Nordsachsen-Anhalt. V. Friedr. Schicke, Magdeburg, Gartenstr. 35.
Oldenburg-Ostfriesland. V. Wilh. Elvers, Oldenburg, Haarenstr. 55.
Ost-Thüringen. V. R. Hochheimer, Zeitz, Neuestr. 9.
Süd-Hannover-Braunschweig. V. Carl Weber, Braunschweig, Rosenstraße 17a.
Süd-Sachsen-Anhalt. V. Jos. Adler, Halle a. S., Augustastr. 15 p.
Schlesien. V. Hugo Endler, Breslau, Vincenzstr. 10a.
Schwaben. V. A. Walther, Reutlingen, Ulrichstr. 6.
Teutoburg. V. Cl. Schwane, Osnabrück, Krahnstr. 1.
West-Thüringen. V. Ernst Arndt, Erfurt, Moritzwallstr. 12a.

Vorsitzende der **Ortsgruppen:**

Aalen i. Wrtb. Ernst Holz, Bahnhofstraße 19.
Alfeld a. d. Leine. G. Homrichhausen, i. H. C. Tappe, Leinstr.
Altenweddingen i. Altm. H. Menke, i. H. Ed. Kärsten.
Altenburg (Sachsen-Altenburg). Gustav Trautmann, Karlstr. 2a.
Altona. R. von Pein, Stiftstr. 14 II.
Annaberg-Buchholz. Max Illing, Gr. Sommerleite 13.
Aschersleben. Wilh. Wilke, Hintere Breite 8 II.
Aurich (Ostfriesland). H. Wield, Am Markt 30.
Aussig. Arthur Berger, Elbestr. 28.
Aschaffenburg. Aug. Lutz, Laudingstraße 7.
Altena i. Westf. Gust. Winner, i. H. Wilh. Winner.
Apolda Rud. Häußler, Untere Bahnhofstraße 53.
Bamberg. Heinr. Koch, Altenburgerstraße 10.
Barmen. Fritz Metzler, Wertherhofstraße 15.
Bautzen. Rudolf Mauer, Seminarstr. 2.
Bergedorf. Carl Buck, Kupferhof 2.
Berlin. G. Sünderhauf, S. Gräfestraße 68 III.
Bernburg a. S. Oskar Taubert, Wilhelmstr. 10.
Bielefeld. Paul Koch, Turnerstr. 52.
Bischofswerda i. S. F. Rehfeld, i. H. F. G. Herrmann & Sohn.
Blankenburg a. H. Fritz Spannuth, Langestr. 37.
Bochum. Otto Möller, Castroperstr. 44.
Böblingen i. W. Robert Hopf, Bahnhofsfußweg.
Bonn. H. Strübind, Bonngasse 38.
Bracke i. O. E. Grabe, Breitestr. 6.
Bramsche b. Osnabrück. Heinr. Bartelheimer, i. H. H. Frommeyer.
Brandenburg a. H. Curth Rüdiger, Klosterstr. 42.
Braunschweig. Carl Weber, Rosenstraße 17a.
Bremen. Carl Gronau, Wartburgstr. 5.
Bremerhaven. Aug. Meyer, Bürgermeister-Schmidtstr. 42.
Breslau. H. Bechly, Albrechtstraße 37 III.
Bromberg. R. Esser, Thornerstr. 55.
Bünde i. W. M. Scheinert, i. H. F. W. Eggermann.
Bützow i. Mecklbg. W. Schacht, i. H. J. C. Appel.
Burgstedt i. S. Paul Einbock, i. H. Hermann Reichelt, Schulplatz 198.
Buxtehude. G. Bollmeyer, Harburgerstraße 151a.
Cassel Georg Petri, Entengasse 5.
Celle. E. A. Braun, Bahnhofstr. 26.
Chemnitz. Alfred Trübenbach, i. H. B. Arens & Co.
Coblenz. C. Schneckenberg, Rheinstraße 5 III.
Coburg. Alexander Koch, Mauer 7.
Cöln a. Rh. F. Martin, Comödienstr. 13.

Cöthen. Adolf Bormann, Markt 8 p.
Cottbus. G. Barthel, Berlinerstr. 119.
Crefeld. Gustav Boelker, Hubertusstraße 179.
Crimmitschau. Emil Krause, Wiesenstraße 15 I.
Cuxhaven. August Lüken, i. H. Aug. Mangels & Co.
Charlottenburg. Wilhelm Lange, Wallstr. 95.
Danzig. O. Schulz, Breitgasse 31 III.
Darmstadt. Jean Jentsch, Erbacherstraße 3.
Delitzsch. Emil Hönig, Markt 12.
Delmenhorst. Joh. Leymann, i. H. H. Mühlenbrack, Oldenburgerstr.
Dessau. E. Heinmüller, Leipzigerstraße 61 I.
Detmold. H. Dimmers, i. H. C. Urhohn, Elisabethstr. 19.
Döbeln. Felix Beschorner, Albertstr. 19.
Dortmund. Hermann Krüger, Ostenhellweg 28.
Dresden-Altst. Hugo Reinhold, Könneritzstr. 15.
Dresden-Neust. Franz Dießelmann, Bischofsweg 18 III.
Dresden-Löbtau. Paul Mai, Saxoniastraße 1.
Düsseldorf. Heinrich Werner, Concordiastr. 33 I.
Duisburg. H. Nelles, kl. Gasse 10.
Ebingen i W. W. Rominger.
Eckernförde. F. Eckert i. H. Ernst Lorenzen, Kielerstr. 21.
Eilenburg. Paul Reichenheim, Oststraße 3.
Eisenach. Harry Müller, Bahnhofstraße 39 I.
Eisleben. Otto Bense, Rathausstr. 9.
Elberfeld-Barmen. Carl Stief, Ripdorfstr. 69.
Elbing. G. Büttner, Petristr. 22.
Elmshorn. Oscar Seidler, Peterstr. 24.
Emden. D. Buß, Sielen 21.
Erfurt. E. Arndt, Moritzwall 12a.
Eschwege. Johann Braun i. H. Roßbach's Buchhandlung.
Essen. Herm. Mäder, Steinstr. 12.
Eßlingen. Emil Höfliger, Ehmsstraße 9 II.
Eutin. Otto v. Spreckelsen, Lübeckerstraße 10.
Eberstadt. Jakob Dächert, Darmstädterstraße 56.
Flensburg. Albert Schulz, Graben 81.
Frankfurt a. M. Franz Hax, Seehofstraße 19 II.
Frankfurt a. O. R. Bernet, Friedrichstr 1.
Freiberg i. S. Herm. Freund, Burgstraße 44 I.
Friedenau bei Berlin. E. Juhl, Lauterstraße 35 I.
Frankenthal (Pfalz). Paul Rochga, Blumenstr. 20.
Geestemünde. Herm. Janßen, Georgstraße 47.
Gelsenkirchen. Paul Schmidt, Bochumerstr. 12 II.
Gera i. Reuß. H. Sievers i. H. Theod. Hoffmann's Verlag.
Gießen. H. W. Horst, Westanlage 37.
Glauchau. Ernst Voigtmann, Schlachthofstr. 765c.
Glogau. J. Juraske, Mohrenstr. 2.
Glückstadt. Johann Brumm, Gr. Kremperstr. 26.
Göppingen. Adolf Bäßler, Geißlingerstraße 23.
Görlitz. Fritz Bauernstein, Emmerichstraße 78 III.
Goslar. Ernst Frick, Marktstr. 1.
Gotha. Max Rust, Bürgeraue 25.
Grabow i. M. Louis Thomas i. H. Fr. Martinsen.
Graudenz. Bruno Herzberg, Markt 12.
Greiz. Ernst Röhr, Wilhelmstr. 2.
Greußen. Herm. Ludewig in Clingen bei Greußen.
Großenhain. Max Pönitz, Berlinerstraße 258a.
Güsten i. Anh. Franz Lange.
Güstrow. Aug. Berger, Spaldingstr. 3.
Göttingen. Otto Albrecht i. H. A. Welge, Buchstr 1.
Gößnitz S.-A. Otto Hünerbein i. H. Anhöck & Co.
Gifhorn. Fritz Schaeffer i. H. W. Limberg & Co.
Hagen i. W. W. Weishaupt, Hochstraße 106 II.
Halberstadt. Gust. Liebau, Schmiedestraße 32.
Halle a. S. Wilh. Otto, Thomasiusstraße 13 pt.
Hamburg I. A. Tarnowski, Gr. Reichenstraße 30.
Hamburg II. Eilbeck. Carl Bey, Eilbeckerweg 148.
Hamburg III. Karl Voß, Kielerstr. 38.
Hameln. Karl Jürgens i. H. F. Hothorn, Bäckerstr. 19.
Hannover. Ernst Kohn, Weberstr. 29.
Harburg a. E. J. L. Bartelsen, Rathausstr. 21.
Heide i. Holst. Johs. Burmeister, Süderstraße 26.
Heidelberg. F. Reichardt, Rohrbacherstraße 47 I.
Heilbronn. Carl Ficker, Sülmerstraße 65 II.
Helbra. Willy Brennecke, Chausseestr. 42.

Helmstedt. Paul Liestmann, Schützenwall 1.
Herford. E. Nitsche, Elisabethstr. 9.
Herne i. W. Victor Fattiger, Bahnhofstraße 21.
Hersfeld. Const. Werschmidt i. F. Wilh. Seelig.
Hilden. Paul Kohl, Mittelstr., „Bergischer Hof".
Hildesheim. P. Seeger, Hoherweg 21.
Hirschberg i. Schl Max Buhtz, Ziegelstraße 13.
Hochspeier. C. Glahn i. H. A. H. Müller & Co.
Hohenstein-Ernstthal. Joh. Walther, Altmarkt 35.
Husum. Chr. Toßtmann i. H. Johs. Topf.
Hemelingen. E. Rohweden i. H. Joh. Eggers.
Jena. W. Pfeiffer i. H. Pfeiffer & Sohn.
Ilversgehofen bei Erfurt. Herm. Jäger i. H. Julius Frohberger, Erfurt.
Itzehoe. Hugo Möller, Viktoriastr. 2.
Kaiserslautern. L. Urspruch, Riesenstraße 5.
Karlsruhe. Th. Weber, Donglaßstr. 20.
Kiel Conr. Ingwers, Eckernf. Chaussee 2.
Königsberg i. Pr. Herm. Reinhard, Krugstr. 12a.
Königslutter i. Brwg. Herm. Habekost i. H. Wilh. Habekost.
Landsberg a. W. Wilh. Rasch, Bergstraße 41 III.
Langen in Hessen. Georg Aßmuß, Fahrgasse 18.
Langensalza. Oskar Eldrich, Hinterm Rathaus 8.
Leer i. Ostfr. F. W. Grote, Wilhelmstr.
Leipzig II. West. Carl Naucke, Leutzscherstr. 11 pt., Lindenau.
Lemgo. Ernst Haberland i. H. Fr. Eldajsen jr.
Lichtenstein i. S. W. Langguth, Markt.
Limbach. Oscar Lohschmidt, Frohnaerstraße 51.
Löbau. Otto Hoffmann. Poststr. 3.
Lößnitz-Ortschaften. Otto Müller, Kötschenbroda, Güterhofstr. 9.
Ludwigsburg. Felix Walther, Heilbronnerstr. 33.
Ludwigslust. V. E. Reumann i. H. Ernst Karstadt.
Lübeck. Ad. Wulfes, Schwöneckenquerstraße 16.
Lüneburg. Ad. Dittrich, b. d. Michaeliskirche 12.
London N. Paul Büchtemann, 3. Beresford Road Canonburg.
Magdeburg. August Wilke, Knochenhaueruferstr. 39.
Mannheim. Georg Lohnert, U. 4. 13.
Marburg a. L. A. Zimmermann, Markt 11.
Marne i. H. Herm. Becker, Königstr. 12.
Meerane i. S., M. H. Steinbach, Poststraße 38.
Merseburg. Reinhardt Raschdorff, Am Markt 4.
Meißen. Arthur Jaehnig, Stadtpark 15 II.
Meldorf Ludwig Schulze i. H. P. H. Borofsky's Warenhaus.
Minden i. W. H. Hintze, Obermarkt 34.
Mittweida i. S. Alfr. Stöckel, Deckerstraße 20.
Mölln i. Lbrg. C. Filter i. H. C. Rohschuldt.
Mühlhausen i. Th. Rudolf Ludewig, Jüdenstr. 24 I.
Mülheim a. d. Ruhr. Fritz Eimler, Aktienstr. 47.
München. Daniel Rummel, Häberlestraße 8.
Münden i. Hannover. Walter Augustin.
Meuselwitz. Ernst Enge, Neumarkt 2.
Naugard i. Pom. Ed. Brüssow i. H. Th. Beynsdorff.
Naumburg a. S. Fritz Wolf, Menzels Promenade 6.
Neumünster. Otto Timm, Altonaerstraße 4.
Neu-Ruppin. Friedr. Menke i. H. Schönfeld, Friedr. Wilhelmstr. 62/63.
Neuß. Jos. Kercher, Friedrichstr. 43.
Neustadt i. Holst. Fr Kröger, Hafen 115.
Neiße. Hugo Schetter, Berlinerstr. 13.
Neuwied. Phil. Mongert, i. H. P. Kreutzer.
Nienburg a. Weser. Wilh. Plumhoff. Langestr. 9/11.
Niedersedlitz i. S. Richard Fischer, i. H. Hugo Gaitzsch
Nörten i. Hann. Herm. Godmann i. H. Richter & Kleeberger.
Nordhausen. Eugen Völkel, Hagen 16.
Nordenham. H. Lampke, Bahnhofstr.
Northeim. Carl Hartmann jr., Breitestraße 166.
Nürnberg. O. Kettenbeil, Aeußr. Kramer Klettstr. 17.
Oberhausen. Th. Neuhaus i. H. F. A. Krebber, Stöckmannstr. 35.
Oels i. Schl. Emil Schmidt, Luisenstraße 3.
Oelsnitz i. V. Otto Pause, Bahnhofstraße 12 I.
Oldenburg i. Großherzogtum. Wilh. Elvers, Haarenstr. 55 I.
Oppeln. Paul Hanke, Goretzkistr. 7 I.

Oschersleben. Otto Tobich, Braunschweigerstr. 9.
Osnabrück. Carl Holst, Schillerstr. 28.
Oeynhausen. Adolf Breker, Wilhelmstraße 86.
Peine i. Hann. R. Giesecke, Kaiserstraße 14.
Pforzheim. Herm. Herb i. H. Weber & Langeneckert.
Pirna. Alwin Schmiedel, Holdergasse 3 III.
Plauen i. V. Alfred Spindler, Böhlerstraße 9.
Plauen'scher Grund. E. Fuchs, Deuben b. Dresden, Marktstr. 7.
Plön. G. Hagen i. H. C. H. Heuer.
Pößneck i. Th. Max Ködderitz, Bahnhofstr. 21 II.
Quedlinburg. M. Krey, Hoheste. 33.
Radeberg i. S. Carl Eckhardt, Thalstraße 1.
Ratibor. Herm. Faupel, Langestr.
Ratzeburg. Emil Rump, Schrangenstraße 178.
Reutlingen. Albert Walter, Ulrichstraße 6.
Riesa a. E. Wilh. Meyer i. H. Aug. Schneider.
Rinteln a. d. W. G. Schönfeld i. H. G. L. Poppelbaum Nachfl.
Ronneburg i. S.-A. Rob. Oberlein, Schloßstr. 56.
Rostock. Arthur Mylau, Paulstr. 31 II.
Ruhrort. C. Schweppe, Landwehrstr 52.
Ragnit i. Ostpr. Otto Kankars i. H. F. Gude.
Sangerhausen. W. Ehricht, Hüttenplatz 2.
Salzwedel. Herm. Kramer, Altperverstraße 10.
Segeberg i. H. Bernh. Steffens i. H. W. Wittmack.
Seesen a. H. Emil Momberg i. H. H. Krugmann.
Siegen. Fr. Nicolai, Heeserstr. 10.
Siegmar b. Chemnitz. A. L. Müller, Reichenbrand b. Fleischermstr. O. Hähle.
Solingen. Gottfr. Dahl.
Spremberg i. d. L. Adolf Götze, Forsterstraße 13.
Spandau. Johannes Rennow, Jagowstraße 28 I.
Speyer. Alfred Witte, Korngasse 15.
Schleswig. J. Henningsen, Friedrichstraße 69.
Schmalkalden i. Th. Max Ungelenk, Altmarkt 5.
Schneeberg. W. Schuffenhauer, Bahnhofstr 602 B.
Schönebeck a. E. Arth. Mittmann.
Schöneberg b. Berlin. Joh. Achcenich, Hauptstr. 4.
Schöningen. Heinr. Wachtmann i. H. C. Rückmann.
Schöppenstedt. H. Rowohlt i. H. H. Garbe.
Schw. Gmünd. Richard Wilke, Remsstraße 6.
Schwedt a. O. Fritz Schestzer i. H. E. Stolzenberg, Berlinerstr.
Schweinfurt. Martin Kupfer, Bauerngasse 113.
Schwerin i. M. Paul Horringer.
Schwetzingen. Rudolf Völker i. H. Kerbes & Rennwagen.
Schwenningen. Eugen Clauß.
Stade. Aug Riep, Bungenstr. 702.
Steele a. Ruhr. Ferd. Rauwald.
Stettin. Fr. Repenning, Bogislawstraße 38 II.
St. Johann. Hermann Werner i. H. Pasquay & Lindner, Saarlouis.
Stralsund. Herm. Fuchs i. H. Rob. Husch, Heil. Geiststr. 72.
Straßburg i. Els. Fr. Hennersdorf, Kalbsgasse 12 I.
Stuttgart. Heinr. Wissenbach, Silberburgstraße.
Steyerberg a. W. Ernst Kammann i. H. Wilh. Fritsch.
Thorn. Max Rönsch, Alst. Markt 8.
Tondern. A. Petersen, Süderstr. 53.
Tübingen. Emil Weihemayer, Christophplatz 12 pt.
Uelzen. F. Lühr i. H. A. Hoevermann.
Ulm. Benno Kändler, Zeitblomstr. 14 II.
Vaihingen. Adolf Koepf i. H. Behr & Vollmüller.
Vegesack. W. Bergmann i. H. O. G. Goldenstedt.
Velbert. Otto Trappmann i. H. Schloßfabr. A. G. (Wilh. Schultze).
Verden a. d. Aller. E. Kracke, Brückstr.
Waldenburg i. S. Max Keller i. H. Heinr. Ch. Härtel.
Weida i. Th. Alfr. Pfeifer i. H. Franz Leuschel.
Weimar. Feodor Zieschaug, Falkstr. 5 I.
Weißenfels. Joh. Brill, Beuditzstr. 17.
Werdau. Ernst Richter, Bahnhofstr. 8.
Wernigerode. Paul Wilkerling, Westernstr. 3.
Wesel a. Rh. Arth. Voß i. H. Fr. Kühnen.
Wiesbaden. Hans Oberfrank, Jahnstraße 44.
Wilhelmshaven. Willy Zitzlaff, Kronprinzenstr. 5.
Wilster. Karl Göttsche, Deichstraße.
Winsen a. Luhe. Heinr. Bartels i. H. Herm. Wolters.
Wismar. F. Geese i. H. Beeck & Lange.

Witten a. Ruhr. Jos. Kraus, Herbede i. W., Hauptstr. 14.
Wittenberg Bez. Halle. Georg Kissel i. H. P. Wunschmann.
Wittenburg i. M. Rob. H. Beyer i. H. F. Martens.
Wolfenbüttel. C. Klages, Ockerstraße 16/17.
Worms. Karl Ruegg. Gutleutstr. 1.
Würzburg. Herm. Franke, Damerpfaffengasse 9.
Wurzen. Herm. Kaack, Schweizergartenstr. 7.
Zeitz. Rud. Hochheimer, Neuestr. 9.
Zerbst. Louis Engelhard, Breitestr. 19.
Zittau. Otto Wendt, Dresdenerstr. 3 pt.
Zschopau. Hermann Schmidt, Feldgasse 472.
Zwickau. Bruno Kiersch, Moritzstr. 27 pt.

Wartburgbund deutscher Jugendbünde. Eisenach. 1. V. C. Müller, Dresden-A., Marschallstr. 44 III (Geschäftsstelle der Vereinszeitung „Der Wartburgbund"). 2. V. Herm. Abicht, Charlottenburg, Bismarckstr. 26 II. K. F. Meyrose, Dresden-A., Kl. Plauenscherstr. 49 II. Alle den Bund betreffenden Schriften sind an Herrn C. Müller, alle Zahlungen an Herrn F. Meyrose zu richten.

Vorsitzende der **Jugendbünde**:

Aue i. Erzgeb., D. J.-V. Hugo Seidel, Mehnerstraße.
Barmen, D. J.-V. Ernst Wiener, Rödigerstr. 50.
Berlin, N. V. „Jung-Deutschland" H. Abicht, Charlottenburg, Bismarckstr. 26.
—, N. V. „Cherusker". Hans Heenemann, Wilmersdorf, Uhlandstr. 75.
Bischofswerda, D. J.-V. Oskar Rösch, Altmarktstr. 6.
Braunschweig, D. J.-V. Rob. Gebensleben, Charlottenstr. 8 II,
Chemnitz, D. J.-V. Arno Gey, Maxstraße 16 I.
Charlottenburg, N. V. „Jung-Deutschland". Vandersee, Berlinerstraße 121.
Darmstadt, D. J.-V. Adam Schüttler, Orangeriestr. 6.
Dresden, D. J.-V. Ernst Tänzler, Uhlandstr. 18 IV.
Dresden-Striesen, D. J.-V. Paul Hübsch, Mathildenstr. 56.
Frankfurt a. M., D. J.-V. Oskar Eisinger, Offenbach a. M. (Sendungen an Alb. Winselmann, Frankfurt a. M. Gr. Gallusstr. 3 II).
Görlitz, „Bund junger Deutscher". Hans Janicke, Kaltwasser O.-L.
Goslar, D. J.-V. Albert Hemme.
Großenhain, D. J.-V. Lehrer M. G. Zobler.
Hannover, D. J.-V. A. Götting, Lavesstr. 48.
Helmstedt, D. J.-V. Fr. Rademacher, Beguinenstr. 16.
Kassel, D.-n. J.-V. Dr. Winterstein, Humboldtstr. 30.
—, N. V. „Cherusker". Justus Beißner.
Leipzig, D. J.-V. Gotthold Schubert, Mittelstr. 12 II.
Mainz, D. J.-V. Josef Fesch, Hauptweg 44.
Mannheim, D. J.-V. J. Mechler.
Offenbach a. M., D. J.-V. Oskar Eisinger, Senefelderstr. 18.
Pinneberg, D. J.-V. Heinrich Block.
Plauenscher Grund, D. J.-V. Lehrer Hermann Pietsch, Deuben.
Stuttgart, D. J.-V. Adolf Kuehr, Johannesstr. 6.
Wilsdruff, D. J.-V. Max Hunger.
Würzburg, D. J.-V. A. Deppisch, Handg. 9 I.
Zittau, D. J.-V. J. Wehnert, Roßplatz 1.

Gewerbebank, früher Hanseatische Spar- und Vorschuß-Bank, Hamburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Mönkedamm 14 pt., Zweiggeschäft Barmbeck, Hamburgerstr. 85 pt. Vors. d. Aufsichtsrats: Fr. Raab; stellvertretender Vors. d. Aufsichtsrats: Julius Kast; Direktor: J. Müller; Kassierer: Johannes Heyl; Kontroleur: F. Lüttgens. (Zweck der Genossenschaft ist, den kreditfähigen und kreditwürdigen Genossen die zu ihrem Wirtschaftsbetriebe nötigen Geldmittel zu beschaffen, um namentlich die kleinen deutschen Gewerbetreibenden

und Handwerker vor dem Wucher zu schützen. Ausführung aller Bankgeschäfte, Annahme von Sparkasseneinlagen, Ratschläge in allen Geldangelegenheiten, auch nach außerhalb.)

Deutscher Turnerbund.

Gau Brandenburg. Gauvertreter: Richard Lencer, Köpenick bei Berlin, Grünstr. 29.

Deutscher Turnverein Berlin. V. Dr. G. Benischke, Berlin, Jasmunderstr. 12.
I. Männer-Abteilung: Auguststr. 21, Montag u. Donnerstag 8—10 Uhr.
II. „ „ Alexandrinenstr. 5/7, Dienstag u. Freitag 8—10 Uhr.
III. „ „ Wilhelmstr. 117, Mittwoch u. Sonnabend 8—10 Uhr.
V. „ „ Gerhardstr. 4/5, Dienstag u. Freitag 8—10 Uhr.
I. Lehrlings-Abteilung: Auguststr. 21, Dienstag u. Freitag 8—10 Uhr.
II. „ „ Gneisenaustr. 7, Montag u. Donnerstag 8—10 Uhr.
III. „ „ Schönhauser Allee 166a, Montag u. Donnerstag 8—10 Uhr.
Damen-Abteilung: Schönhauser Allee 166a., Mittwoch 8—9½

Deutscher Turnverein Jahn-Berlin. V. Oskar Domke, Berlin, Großbeerenstraße 27.
Männer-Abteilung: Kochstr. 66, Dienstag u. Freitag 8—10 Uhr.
Lehrlings-Abteilung: Blumenstr. 63a, Montag u. Donnerstag 8—10 Uhr.

Deutscher Turnverein Frisch Auf-Berlin. V. Wilhelm Lübcke, Berlin, Höchststr. 30.
Männer-Abteilung: Rüdersdorferstr. 4, Dienstag u. Freitag 8½—10 Uhr.
Lehrlings-Abteilung: „ 4, Montag u. Donnerstag 8½—10 Uhr.

Deutscher Turnverein „Theodor Körner"-Berlin. V. Karl Krüger, Berlin, Schwedterstr. 240.
Männer-Abteilung: Chorinerstr. 74, Montag u. Donnerstag 8½—10 Uhr.

Deutscher Turnverein „Armin"-Berlin. V. W. Schröder, Berlin, Wrangelstraße 84.
Männer-Abteilung: Köpenickerstr. 4/5, Mittwoch u. Sonnabend 8—10 Uhr.
Lehrlings-Abteilung: „ 4/5, Montag u. Donnerstag 8—10 Uhr.

Deutscher Turnverein Friesen-Berlin. V. H. Böttcher, Berlin, Augsburgerstraße 47.
Männer-Abteilung: Genthinerstr. 4, Dienstag u. Freitag 8—10 Uhr.

Turnverein „Jahn"-Angermünde. V. Kaufmann Bernhard Reinert.
Turnt: Mittwoch u. Sonnabend Abend „Reichshalle".

Turnverein Germania-Blumberg. V. Lehrer Ewest.

Turnverein Friesen-Dalldorf a. Nordb. V. Lehrer Wöller.

Deutschvölkischer Turnverein Dessau. V. Oberpostassistent Karl Dähling, Cavalierstr. 40.
Turnt: Donnerstag 8—10 Uhr abends, Chaponschulhalle; Sonntags 7—9 Uhr früh, Sommerturnplatz.

Deutscher Turnverein „Glück auf"-Gusow a. d. Ostbahn. V. Sattlermeister Dückert.

Turnverein „Froher Mut"-Hennigsdorf. V. Max Müller.

Deutscher Turnverein Jahn-Hohenneuendorf. V. Kaufmann Lippert.

Deutscher Turnverein Jahn-Lindenberg. V. Lehmann.

Deutscher Turnverein Frisch Auf-Mühlenbeck. V. Gastwirt Müller.

Deutscher Turnverein Jahn-Neu-Weißensee. V. Lehrer Koffatz, Königschaussee 22.

Männerturnverein Storkow. V. Seilermeister Karl Kühne.

Männerturnverein Wendisch-Buchholz. V. O. Fähndrich.

Turnverein „Froh und Heiter"-Westreinickendorf. V. Gastwirt Thomas, Eichbornstraße.

Turnverein „Hohenzollern"-Stettin. V. W. Engel, Kleine Domstr. 8.

Gau Niedersachsen.

Deutscher Turnverein Hannover. 1. S. H. Schumann, Kirchwenderstr, 12. III.

Gau Westfalen. Gauvertreter: Bernh. Krevert, Münster i. W., Frauenstraße 23.

Turnverein „Deutsche Wacht"-Münster i. W. V. Bernh. Krevert, Frauenstraße 23.

Ostgau. Gauvertreter: Johannes Schlecht, Oberlehrer, Inowrazlaw, Soolbaldstr. 12.

Gauturnwart:: Karl Brauß, Kürschnermeister, Friedeberg Nm., Markt.

Turnverein „Jahn"-Inowrazlaw, gegr. 16. 9. 1896, 70 Mitglieder. 1. V. Paul Kalliese, Kaufmann, Thornerstraße 19. T. K. Jausly, Salinenfaktor, Kgl. Saline.
Turnt: Dienstag u. Freitag, abends 8½ Uhr. Turnhalle des Kgl. Gymnasiums am Neuen Markt.

Christlich deutscher Turnverein „Jahn"-Birnbaum a. W., gegr. 17. 1. 1896, 40 Mitglieder, 15 Zöglinge. 1. V. Gustav Duncke, Kaufmann. T. Fritz Würfel, Bäckermeister, Großdorf bei Birnbaum.
Turnt: im Sommer, Dienstag u. Freitag, abends 8 Uhr; im Winter, Mittwoch abends 8 Uhr. „Schützenhaus in Lindenstadt".

Deutscher Turnverein „Jahn" zu Flatow i. Westpr., gegr. 1. 11. 1894, 55 Mitglieder, 1. V. Max Dänicke, Amtsrichter, Schulstr. 17. 1. T. Bernh. Möckel, Katasterzeichner, Gerichtsgasse 2.
Turnt: Dienstag u. Freitag, abends 8 Uhr. Gesellschaftshaus „Freundschaftsgarten".

Turnverein „Jahn" zu Friedeberg Nm., gegr. 1. 5. 1887. 51 Mitglieder. 1. V. August Bahr, Gastwirt. T. Paul Kirmis, Schuhmachermeister.
Turnt: Dienstag u. Freitag, abends von 8—9½ Uhr. Königl. Turnhalle.

Männerturnverein Kolmar i. Pos., gegr. 14. 10. 1861, 22 akt., 10 pass. Mitglieder, 27 Turnfreunde. 1. V. Otto Casten, Rektor, Lindenstr. 23. 1. T. Rudolf Fandler, Eigentümer, Budsiner Vorstadt.
Turnt: Dienstag und Freitag, abends 8½ Uhr. Saal des Gasthofsbesitzers Franke.

Deutscher Turnverein „Jahn"-Görlitz. 1. V. Carl Teuber, Berlinerstraße 10 I. S. Gehler, Bureaubeamter, Löbauer- u. Krölstr. Ecke.
Turnt: Dienstag u. Sonnabend, abends 8½—10½ Uhr. Städtische 9. Gemeindeschule, Kottbuserstraße.

Deutsch-nationaler Radfahrer-Verband. Schriftführeramt: Hamburg-St. Georg, Langereihe 115. Obmann: A. M. Jacobsen, Rechtsanwalt, Hamburg, Neust. Fuhlentwiete 95. Schriftführer: Hugo Jordan, Kaufmann, Hamburg-St. Georg, Langereihe 115. — Der Verband ist in über 100 Ortschaften vertreten. Darunter bestehen in Hamburg und Berlin Unterverbände und in Magdeburg, Stuttgart, Charlottenburg, Strehlen, Oels i. Schl. u. s. w. Ortsgruppen.

Folgende Vereine gehören dem Verbande an:

Deutsch-nationaler Radfahrer-Verein Hamburg. Vereinsheim bei Wenzel, Ernst Merkstr. Versammlungen an jedem 1. und 3. Freitag im Monat. Obmann: Th. Röver, 2. Alsterstr. 29.

Radfahrer-Verein Breslau 1897. Vereinsheim bei Böttcher, Neuegasse 15. Versammlungen an jedem 1. und 3. Freitag im Monat. 1. V. H. Schmieder, Gertrudenstr. 12 I. 2. V. F. Strohé, Schießwerderstr. 25 I. K. A. Breddin, Paulstr. 30. 1. S. P. Scheidel, Kronprinzenstr. 38 III. 2. S. F. Moh, Trebnitzerplatz 1 III. 1. Fahrwart: E. Zebe, Vorwerkstr. 70. 2. Fahrwart: K. Grauer, Stein bei Sibyllenort.

Verein Deutsch-Nationaler Radfahrer Charlottenburgs. Jeden Freitag, abends 8½ Uhr. Sitzung im „Türkischen Zelt" (Bachmann), Berlinerstraße 52. Zuschriften an Richard Voigt, Wilmersdorf, Bingerstr. 82 I.

Berliner Radler-Verein „Durch", 1898. Versammlungen jeden Mittwoch Abend 8 Uhr, Aegirsäle, Chausseestr. 116. V. E. Friedrich, Spenerstr. 14a. S. P. Pannwitz, Adlershof b. Berlin. K. W. Stratenwerth, Chausseestr. 45. Fahrwart: R. Steinmetz, Schönhauser Allee 45.

Deutsch-Nationaler Radfahrer-Verein Hannover. Zuschriften an Th. Meyer, Cellerstr. 11. Vereinsheim: Hotel „Stadt Braunschweig", Artilleriestr. 12.

Deutsch-Nationaler Radfahrer-Verein im Amte Ritzebüttel. Zuschriften an H. J. Lorenz, Friedrichstr. 7.

Hamburg. Deutscher Gesangverein von 1892. 1. V. Martin Guhl, Kl.-Beddel. 2. V. Heinr. Wölper, Wendenstr. 6a. S. Matthias Oestmann d. J., Altona, Turnstr, 15. K. Hugo Pfeiffer, Ankelmannstr. 124.

Thätigkeit der Deutschsozial-reformerischen Abgeordneten in den Volksvertretungen während der Session 1897—98.

Von K. M. Spamitz.

In der vergangenen Session 1897—98 war die Deutschsoziale Reformpartei im Reichstage durch 12 Abgeordnete vertreten (Bindewald, Gräfe, Hirschel, Iskraut, Klemm, Köhler, Liebermann von Sonnenberg, Lotze, Müller, Dr. Vielhaben, Werner, Zimmermann). Obwohl diese also die zur Bildung einer selbständigen Fraktion erforderliche Zahl nicht aufzuweisen hatten, so ermöglichte es ihnen doch ihr freundnachbarliches Zusammenhalten mit verschiedenen Abgeordneten verwandter Richtung, als solche aufzutreten. Dadurch wahrten sie sich die Berechtigung, ohne fremde Unterstützung Anträge einzubringen und in die größeren Ausschüsse Vertreter zu entsenden. Demgemäß arbeitete die Deutschsoziale Reformpartei in den Ausschüssen mit: Von den Fachausschüssen in dem für Reichshaushalt und Rechnungswesen, der auch die Flottenvorlage überwiesen erhielt, durch Abg. Werner, für Bittschriften durch Abg. Müller, für Wahlprüfungen durch Abg. Zimmermann, ferner von den erst im Laufe der Session gebildeten Ausschüssen in dem für Abänderung der Civilprozeßordnung, Konkursordnung und der Bestimmungen über die freiwillige Gerichtsbarkeit durch Abg. Dr. Vielhaben und Abg. Iskraut, für Aenderung des Strafgesetzbuches durch Abg. Iskraut (der später auch in den Unterausschuß davon gewählt wurde), für die Militärstrafgerichtsordnung durch Abg. Liebermann von Sonnenberg und Abg. Iskraut, für Besteuerung des Saccharins durch Abg. Lotze, für Abänderungen im Postwesen durch Abg. Zimmermann, für die Postdampfervorlage durch Abg. Bindewald; im Seniorenkonvent vertrat die Fraktion wie bisher Abg. Zimmermann.

Der Landtag des Großherzogtums Hessen zählte unter seinen Mitgliedern 6 Deutschsozial-reformerische Abgeordnete (Bähr, Joutz, Köhler, Ohl, Ripper, Schmalbach), also doppelt so viele als bis 1896 dort vorhanden gewesen waren; sie bildeten mit 2 Abgeordneten ähnlicher Richtung zusammen eine antisemitische Fraktion, die „Freie Vereinigung". Im badischen Landtag gewann unsere Partei im Jahre 1897 den zweiten Sitz (außer Pfisterer noch Mampel) und im hamburgischen, der „Bürgerschaft", den ersten (Raab), während in dem von Schwarzburg-Sondershausen nach wie vor 1 Abgeordneter (Kortum) unsere Anschauungen vertrat. In Sachsen brachte uns dagegen die reaktionäre, hauptsächlich von den Konservativen herbeigeführte, Aenderung des Wahlrechts den Verlust unserer dort bisher behaupteten beiden Landtagssitze. In Hessen saßen, wie schon in der vorletzten Session, Vertreter unserer Partei in sämtlichen ständigen Ausschüssen, je einer in dem für Finanzwesen

(dem wichtigsten des hessischen Landtags), für Wahlprüfungen und für Gesetzgebung, zwei Vertreter in dem für Bittschriften. In Baden wurden unserer Partei Sitze in 3 Ausschüssen zugestanden, darunter in dem für Verfassung und in dem für Bittschriften. Auch unser hamburgischer Abgeordneter wirkte in einem Ausschuß mit, nämlich in dem, der seinen Antrag auf Einführung einer Umsatzsteuer für Großbetriebe zu beraten hatte.

Während der letzten Sitzungsperiode des Reichstags haben unsere Abgeordneten 4 selbständige Anträge eingebracht: Auf Verbot der Einwanderung ausländischer Juden (s. S. 183), auf Verbot des Schächtens (s. S. 183), auf Erweiterung des Wahlrechts zur Wahlpflicht (s. S. 182) — alle drei Wiederholungen früherer Anträge — und auf Regelung des Versicherungswesens (s. S. 185), der dann als einziger zur Beratung gelangte. Die Rednerliste für die 84 Sitzungen (30. November 1897 bis 6. Mai 1898) stellt sich folgendermaßen:

Bindewald: 28. März 1898 Gesetzentwurf über die deutsche Flotte, 3. Lesung

Gräfe: 11. März 1898 Postdampfervorlage, 2. Lesung: Verpflichtungen des Unternehmers.

Iskraut: Reichshaushalt, 2. Lesung, 22. Febr. 1898 Heeresverwaltung: Militärärzte (2 Mal), Mundverpflegung (2 Mal). 1. März 1898, Reichseisenbahnamt: Eisenbahnunfälle. 3. März 1898 Richterliche Beamte und Hilfsarbeiter.

Reichshaushalt, 3. Lesung, 29. März 1898 Allgemeine Erörterung. 30. März 1898 Patentamt, Militärintendanturen.

28. April 1898 Antrag v. Salisch zur Straf- und Civilprozeßordnung über Zeugenaussagen, 2. Lesung: Zeugnisverweigerung der Geistlichen. 2. Mai 1898 Civilprozeßordnung, 2. Lesung: Unterfagung des Verhandelns vor Gericht für Rechtsagenten.

Strafgesetzbuch (lex Heinze, Kuppelei), 1. Lesung 19. Januar 1898 2. Lesung 26. April 1898 (2 Mal). — Im ganzen 14 Mal.

Liebermann von Sonnenberg: Reichshaushalt, 2. Lesung, 4. Februar 1898 Post- und Telegraphenverwaltung: Staatssekretär, allgemeine Verwaltung.

Reichshaushalt, 3. Lesung, 31. März 1898 Artilleriewesen, Post- und Telegraphenverwaltung.

26. März 1898 Flottengesetz, 2. Lesung. 28. März 1898 Flottengesetz, 3. Lesung: Allgemeine Erörterung (2 Mal). Militärstrafgerichtsordnung, 2. Lesung, 17. März 1898 Beeidigung der Richter; 18. März 1898 Märzereignisse des Jahres 1848. 16. Februar 1898 Antrag Auer über Versammlungs- und Vereinigungsrecht, 2. Lesung. 16. Februar 1898 Antrag Müller-Waldeck über Versicherungswesen. — Im ganzen 10 Mal.

Lotze: 29. April 1898 Baugewerbe und Bittschriften dazu, Besteuerung von Saccharin und anderer, ähnlicher Süßstoffe.

Müller: 29. April 1898 als Berichterstatter des Bittschriftenausschusses: Garnisonbauschreiberstellen, Bekämpfung des Mädchenhandels. 16. Februar 1898 Versicherungswesen (als Antragsteller). — Im ganzen 2 Mal.

Werner: Reichshaushalt, 2. Lesung, 22. Januar 1898 Staatssekretär des Innern. 25. Januar 1898 Statistisches Amt, Büreaubeamte. 7. Februar 1898 Oberpostassistenten, Wohnungsfrage für Postbeamte, Postunterbeamte. 3. Februar 1898 Postverwaltung, Staatssekretär. 9. Februar 1898 Auswärtiges Amt. 3. März 1898 Reichseisenbahnamt. 21. März 1898 Invalidenfonds (2 Mal), Eisenbahnverwaltung, Bittschriften dazu.

Reichshaushalt, 3. Lesung: 29. März 1898 Auswärtiges Amt, Kolonialverhältnisse (2 Mal). 30. März 1898 Statistisches Amt (2 Mal), Heerlieferungswesen. 31. März 1898 Postassistenten.

4. März 1898 Antrag Winterer bezgl. Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen. 26. März 1998 Flottengesetz. 2. Lesung. 14. Januar 1898 Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung. 17. Dezember 1897 Militärstrafgerichtsordnung. — Im ganzen 20 Mal.

Zimmermann: Reichshaushalt, 1. Lesung: 14. Dezember 1897 Allgemeine Erörterung. 9. Dezember 1897 Flottengesetz, 1. Lesung. 19. Januar 1898 Strafgesetzbuch (lex Heinze), 1. Lesung (2 Mal). 7. März 1898 Aenderungen im Postwesen, — Im ganzen 5 Mal.

Nach dieser Aufstellung, in der von Bemerkungen zur Geschäftsordnung und persönlicher Art abgesehen worden ist, haben von den 12 Abgeordneten 8 zusammen 56 Mal das Wort ergriffen und zu allen wichtigeren Fragen geredet. Von den größeren Parteien hat keine in gleicher Art zwei Drittel ihrer Mitglieder als Redner gestellt.

Die 10 namentlichen Abstimmungen der letzten Session ergeben folgendes Bild:[1])

11. März 1898. Zusatzantrag Molkenbuhr zu § 4 des Entwurfes für ein Gesetz über Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern: Verpflichtung des Unternehmers zur Anmusterung weißer Schiffsmannschaften für die Ausreise gemäß den Besatzungsangaben im Handbuch für die deutsche Handelsflotte. Abgelehnt mit 172 gegen 39 Stimmen; 5 Ja, 2 beurlaubt, 5 fehlen.

11. März 1898. Zusatzantrag v. Levetzow zum Antrag Heim zu § 4 des vorstehenden Entwurfes: Nichtbeförderung von Wolle, Getreide, Fleisch u. s. w. als Rückfracht. Abgelehnt mit 157 gegen 47 Stimmen; 5 Ja, 2 beurlaubt, 5 fehlen.

15. März 1898. Antrag Munkel-Beckh auf Streichung der Nr. 2 in § 2 des Entwurfes einer Militärstrafgerichtsordnung (Militärgerichtsstand der Offiziere des Beurlaubtenstandes in Duellsachen). Haus nicht beschlußfähig; 6 gegen Antrag, 6 fehlen.

16. März 1898. Derselbe Antrag. Abgelehnt mit 143 gegen 84 Stimmen; 8 gegen Antrag, 1 beurlaubt, 3 fehlen.

16. März 1898. Antrag Auer zu § 3 desselben Entwurfes: Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte für Strafsachen, die vor Eintritt in das Heer begangen sind. Abgelehnt mit 172 gegen 55 Stimmen; 8 Nein, 1 beurlaubt, 3 fehlen.

22. März 1898. § 1 des Gesetzentwurfes über Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen. Angenommen mit 171 gegen 36 Stimmen; 7 Ja, 1 beurlaubt, 4 fehlen.

24. März 1898. § 1 der Flottenvorlage: Sollbestand der künftigen Flotte, jährliche Festsetzung der Neubauforderungen durch den Reichshaushalt. Angenommen mit 212 gegen 139 Stimmen; 8 Ja, 1 beurlaubt, 3 Nein.

26. März 1898 § 2 der Flottenvorlage: Ersatzbauten, Aeternat, jährliche Festsetzung der nötigen Mittel. Angenommen mit 193 gegen 118 Stimmen; 7 Ja, 2 beurlaubt, 3 Nein.

4. Mai 1898. § 8 der Militärstrafgerichtsordnung nach dem Antrage Arenberg: Zuständigkeit der Militärgerichte für Beleidigung, Körperverletzung und Herausforderung zum Zweikampf, die innerhalb eines Jahres nach Ausscheiden aus dem Heeresverbande gegen einen früheren, noch im Dienste befindlichen Vorgesetzten begangen werden. Angenommen mit 150 gegen 101 Stimmen; 2 Ja, 3 Nein, 1 beurlaubt, 6 fehlen.

4. Mai 1898. Gesamtabstimmung über die Militärstrafgerichtsordnung. Angenommen mit 177 gegen 83 Stimmen; 5 Ja, 1 beurlaubt, 6 fehlen.

Außerdem haben noch die Unterstützung unserer Abgeordneten gefunden die Gesetzesvorlagen über die Aenderungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Zivilprozeßordnung u. s. w., über die Postdampferunterstützung, über die Aufhebung der Kautionen für Reichsbeamte; ebenso der Antrag Auer auf Deckung der Kosten für die Flottenvergrößerung durch eine fortschreitende Reichseinkommensteuer, der Antrag Winterer auf Aufhebung des Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen, der Antrag Gröber auf Schutz der Namen von Bittschriftenunterzeichnern, der Antrag des Seniorenkonvents auf Errichtung eines Kaiser Friedrich-Denkmals von Reichswegen, die beiden Anträge Graf Oriola zu gunsten der Kriegsinvaliden und, wenn auch nur teilweise, der Antrag Prinz Arenberg zum Strafgesetzbuche (lex Heinze); ferner auch die vom Ausschusse für Reichshaushalt eingebrachte Entschließung, die

[1]) Vergl. zu dieser Aufzählung den vortrefflichen Aufsatz des Amtsrichters Lattmann im Am. Jahrbuch für 1898, der die früheren Abstimmungen unserer Abgeordneten gegen Angriffe verteidigt.

von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfes über Einführung der Berufung in Strafsachen für die nächste Session verlangte.

Ueber die Thätigkeit unserer Landtagsabgeordneten ist, soweit sie von allgemeinem Interesse ist, folgendes zu berichten: Unsere badischen Abgeordneten (von denen übrigens nur der eine in einer einzigen Sitzung, und zwar entschuldigt, fehlte) sprachen in den 145 Sitzungen der letzten Session (November 97 bis Juli 98) zusammen 77 Mal, davon Pfisterer 42 Mal, Mampel 35 Mal. Raab brachte in der hamburgischen Bürgerschaft 11 Anträge ein, darunter solche auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für Staatsarbeiter und Zulassung ausländischer Arbeiter nur in Fällen eines besonderen Bedürfnisses, Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren, Einsetzung einer Senatskommission als Einigungsamt für Lohn- und andere Streitigkeiten (s. S. 191), Einführung einer Umsatzsteuer für Bazare, Konsumvereine u. s. w., Verpflichtung der Ladeninhaber auf deutliche Anbringung ihres vollen Namens (s. S. 189), Beseitigung von Wahlvorrechten und Wahlverkürzungen, Aufbesserung für mittlere und untere Beamte und Verbot des Schächtens (s. S. 182, 183, 184, 188). Er hat in der letzten Session (September 97 bis Juni 98) ungefähr 12 Mal das Wort ergriffen.

Nach dieser allgemeinen Uebersicht soll nunmehr auf die parlamentarische Arbeit unserer Abgeordneten im einzelnen eingegangen werden. Sie läßt sich, dem Parteinamen entsprechend, im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkte zusammenfassen, den deutschen und den sozialen.

1. Vertretung deutschvölkischer Forderungen.

Am 14. Dezember 1897 nahm der Abg. Zimmermann, wie schon in der vorhergehenden Session, Gelegenheit, unseren deutschvölkischen Standpunkt klarzulegen gegenüber den Deutschen außerhalb des Reiches, besonders gegenüber den seit Jahren in großer Bedrängnis befindlichen Stammesgenossen in Oesterreich. Er wies auf die schweren Kämpfe hin, die sie gegen die Anmaßungen der Tschechen Polen und anderer kleinerer Völker zu führen hätten, und auf die große Teilnahme, die sie dabei in weiten Kreisen unseres Volkes fänden. Deshalb forderte er nachdrücklich, daß die deutschen Regierungen sich endlich auf ihre Pflicht, auch ihrerseits hier nach Möglichkeit zu helfen, besinnen möchten. Und in Uebereinstimmung mit der wiederum auf dem Parteitage von 1897 einstimmig gefaßten Entschließung gab er dem ihn dabei leitenden Gesichtspunkt durch die Worte Ausdruck: „Wir werden stets auf seiten unserer Volksgenossen stehen . . ., wir sind Blutsgenossen und bleiben es, auch wenn die Diplomatie anders denkt". Wie sehr er damit im Sinne unserer Parteigenossen gesprochen hat, beweist der Umstand, daß die von mehreren tausenden Deutschen aus Oesterreich und dem Reiche besuchte Dresdener Tagung vom 9. Mai 1897 als erste derartige Versammlung von unserer Partei anläßlich der Sprachenverordnungen einberufen worden war.

Derselbe Grundgedanke deutscher Gesinnung war es, der unsere Abgeordneten dazu bewog, im Reichstage alle Bestrebungen, die die Macht und Kraft unseres deutschen Reiches zu fördern geeignet waren, nach Kräften zu unterstützen.

Bei der Beratung der Flottenvorlage traten die Abgg. Zimmermann und Liebermann von Sonnenberg für die Bewilligung der Schiffe nach den von dem Ausschusse aufgestellten Gesichtspunkten ein. Sie thaten dies, wie sie in längeren Reden ausführten, deshalb, weil sie eine von einem jeweiligen Reichstage unabhängige starke Flotte für notwendig hielten zur Geltendmachung der

Weltmachtpolitik Deutschlands und ebenso im Kriegsfalle zum Schutze seiner Küste. Den ersten Punkt faßte der Abg. Zimmermann hierbei in den Satz zusammen: „Wir sind bereit, diejenigen Opfer zu bringen, die notwendig sind zum Schutze deutscher Ehre und deutscher Interessen im Auslande". Allerdings verhielten sich die Abgg. Bindewald, Köhler und Hirschel wie viele andere süddeutsche Abgeordneten ablehnend gegen das Gesetz, aber ihre Gründe waren immerhin schwerwiegend. Sie erklärten durch den erstgenannten, daß zwar auch ihnen die erwähnten Beweggründe als bedeutsam erschienen, daß sie aber in der aus einer starken Flotte folgenden Begünstigung der Industrie- und Handelsbeziehungen zu anderen Ländern eine allzu schwere Gefahr für die deutsche Landwirtschaft sähen.

Gelegentlich der zweiten Beratung des Reichshaushaltes ergriff der Abg. Werner das Wort und drückte im Namen seiner Fraktionsgenossen seine Freude darüber aus, daß das deutsche Reich durch die Erwerbung von Kiautschau sich eine feste Stellung in Ostasien geschaffen habe, die auch infolge der Fruchtbarkeit des Landes, der dortigen Kohlenlager u. s. w. in wirtschaftlicher Beziehung eine gute Zukunft habe. Gleichzeitig wies er die Angriffe Bebels scharf zurück, der das Vorgehen der deutschen Regierung mit dem berüchtigten Freibeuterzuge Jamesons nach Transvaal verglichen hatte.

Hauptsächlich im Interesse dieser neuen Erwerbung war von der Regierung ein Gesetzesentwurf eingebracht worden, der dem Norddeutschen Lloyd eine weitere jährliche Beihülfe durch das Reich von 1 500 000 Mark zusicherte, falls er sich verpflichtete, eine regelmäßige zweiwöchentliche Schiffsverbindung nach Ostasien zu unterhalten. Bei der Abstimmung im März 1898 stimmte die deutschsozialreformerische Fraktion für die Vorlage.

Während der dritten Beratung des Reichshaushalts sprach Abg. Werner sein Bedauern darüber aus, daß während der Amtszeit Caprivis unter offensichtlicher Uebervorteilung des deutschen Reiches die kleine Insel Helgoland gegen Witu, ein nach Größe und Wert bedeutendes Land unserer ostafrikanischen Kolonien, eingetauscht worden sei. Er berührte dann im Verlaufe seiner Rede auch die ungerechtfertigten Schädigungen, die einigen unserer Landsleute, den Brüdern Denhardt in Witu, von den Engländern widerfahren seien. Hiervon ausgehend hob er hervor, daß es Pflicht des Vaterlandes sei, die Deutschen im Auslande in ihren berechtigten Interessen zu schützen, und daß diese, die leider schon an sich fremdländischen Einflüssen gegenüber gar zu wenig zu widerstehen pflegten, sonst mit Gewalt zur Abwendung von ihrem Volkstum getrieben würden. Daher forderte er von der Regierung für solche Fälle thatkräftiges Vorgehen ohne zaghafte Rücksichten.

Den deutschen Standpunkt auf anderem Gebiete wahrte die Fraktion am 10. März 1898. Die Sozialdemokraten hatten den eventuellen Antrag gestellt zum § 175 des Gesetzesentwurfes über die freiwillige Gerichtsbarkeit:

„Erklärt ein (bei der Gerichtsverhandlung) Beteiligter, daß er der deutschen Sprache „nicht mächtig sei, so muß bei der Beurkundung ein vereideter Dolmetscher zu„gezogen werden." („Dolmetscherparagraph".)

Gegen diesen Antrag stimmten — leider vergeblich — unsere Abgeordneten, von der Erwägung ausgehend, daß der planmäßigen Verleugnung der deutschen Sprache, die erfahrungsgemäß besonders von den Polen in der Ostmark beliebt wird, nicht Vorschub geleistet werden dürfe. Auf denselben Boden hatte sich der Parteitag von 1897 gestellt durch folgende Entscheidung: „Die Deutschsoziale Reformpartei wird

wie bisher allen Versuchen der polnischen Agitation gegen das Deutschtum in unseren Ostmarken aufs nachdrücklichste entgegentreten".

Bemerkenswert ist ferner noch eine längere Rede des Abg. Liebermann von Sonnenberg vom 18. März 1898. Bebel hatte in einer außergewöhnlich fanatischen Rede die Revolution der Märztage von 1848 in Berlin gefeiert, und auch der freisinnige Abg. Munckel hatte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, diese Vorgänge unter persönlichen Angriffen auf die Antisemiten zu preisen. Nunmehr ergriff Abg. Liebermann von Sonnenberg das Wort und beleuchtete kurz den wahren Hergang der Sache: Wie das Volk hauptsächlich von Juden, Polen und Franzosen, darunter Gesindel der zweifelhaftesten Art, planmäßig aufgereizt und zu den erbitterten Straßenkämpfen getrieben worden sei, und wie dann zwar mancher Mann aus dem Volke auf den Barrikaden gefallen sei, jene anderen aber hierbei plötzlich verschwunden gewesen seien. Er zog daraus den Schluß, daß man sich, wenn natürlich auch der große Nutzen nicht zu verkennen sei, den die Revolution dem deutschen Volke gebracht habe, hüten müsse, ihren Ausbruch und dessen Formen auf rein ideale Beweggründe zurückzuführen und zu verherrlichen.

Am Tage darauf brachte Abg. Zimmermann mit den anderen Mitgliedern des Seniorenkonvents zusammen (außer Singer) einen Antrag ein, der die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzes aufforderte mit folgendem Inhalt: dem hochseligen Kaiser Friedrich III. soll von Reichswegen ein Standbild errichtet werden, dessen Form und Platz der kaiserlichen Bestimmung unterliegt.

Da aber unsere Abgeordneten von der Ueberzeugung ausgehen, daß sich ein starkes Nationalbewußtsein und ein diesem entsprechendes thatkräftiges Handeln nicht wohl denken lasse, wenn nicht dem deutschen Volke die ihm gebührenden Volksrechte unverkürzt zugestanden werden, so haben sie stets die Gelegenheit wahrgenommen, für die Wahrung dieser Rechte in den Volksvertretungen zu wirken. In der letzten Session konnte dies wieder in einigen Fällen geschehen.

Am 16. Februar 1898 brach Abg. Liebermann von Sonnenberg eine Lanze für die reichsgesetzliche Regelung der Vereinsbestimmungen, für die unsere Abgeordneten schon in der vergangenen Session (durch Abgg. Werner und Zimmermann anläßlich der Besprechung des Gesetzesentwurfes über das Vereinswesen," den damals die ganze Fraktion unterzeichnet hatte,) eingetreten waren. Vor allem wünschte er endlich die Aufhebung des Verbotes für die politischen Vereine, mit einander in Verbindung zu treten, das sich als ebenso lästig wie unpraktisch erwiesen habe; weiter sprach er auch für Bildung von Berufsvereinen und, wie schon Abg. Werner kurz vorher am 22. Januar gethan hatte, für Schaffung bezw. Erhaltung von Koalitionsfreiheit.

Am 4. März 1898 stand ein Antrag Winterer auf Aufhebung des sog. Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen zur Beratung: des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, der den Statthalter ermächtigt, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit sofort alle Maßregeln zu treffen, die er für nötig hält. Im Namen seiner Fraktion entwickelte Abg. Werner deren Ansicht hierüber. Dieser Paragraph errege begreiflicherweise bei den Elsaß-Lothringern allgemeine Unzufriedenheit, da er der dortigen Regierung infolge seiner unbestimmten Fassung die Berechtigung zu einem mehr oder minder willkürlichen Vorgehen gebe. Dadurch mache er jene allen anderen Deutschen gegenüber zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Und naturgemäß käme der Unwillen darüber hauptsächlich den Sozialdemokraten und Französlingen zu statten. Dem Regierungsvertreter, der die Ansicht vertrat, daß die verbündeten Regierungen die Zeit zur Aufhebung des Gesetzes noch nicht für gekommen hielten,

entgegnete der Redner treffend: „Wenn man es den verbündeten Regierungen überlassen will, dann brauchten wir überhaupt keinen Reichstag".

Derselbe Abgeordnete trat bei der zweiten Beratung des Reichshaushalts als Sprecher für die Bittschriftenfreiheit der Beamten ein. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß die Bittschriften aus Beamtenkreisen ohne Vorwissen des Reichstagsausschusses gewohnheitsmäßig der Regierung zur Einsicht übergeben worden waren. Dies rügte der genannte Abgeordnete und verlangte für die Zukunft Aenderung. Denn, so führte er ungefähr aus, wenn die Regierung die Unterschriften der Beamten in die Hände bekommt, so ist dies selbstverständlich in anbetracht der Beamtenstellung eine schwere Beeinträchtigung ihrer Bittschriftenfreiheit; diese aber muß ihnen ebenso wie jedem anderen Deutschen gewahrt bleiben.

So stimmte denn auch die ganze Fraktion für den kurz darauf eingebrachten Antrag Gröber, der den Geschäftsordnungsausschuß beauftragte, dafür zu sorgen, daß die Einsicht in diese Bittschriften nur Mitgliedern des Reichstages selbst gestattet bleibe.

Auch unsere Landtagsabgeordneten nahmen wiederholt Gelegenheit, für Wahrung und Erweiterung der Volksrechte einzutreten.

Am 12. März 1897 stellten unsere hessischen Abgeordneten den Antrag auf endliche Aufhebung der verfassungswidrigen Ministerialverfügung vom 20. Oktober 1892. Diese hatte unter Bezugnahme auf einen Erlaß des Großherzogs an eine jüdische Rabbinerabordnung sämtlichen Beamten jegliche Teilnahme an antisemitischen Parteibestrebungen streng verboten und ihnen sonst mit Disziplinarstrafen gedroht.

Am Tage vorher hatten sie bei der Regierung angefragt über die bekannte Maßregelung einiger Mainzer Gymnasiallehrer wegen angeblicher Beteiligung an der antisemitischen Bewegung bei der Reichstagsersatzwahl 1896 in Mainz-Oppenheim. Sie hatten hiergegen in nachdrücklicher und scharfer Weise Verwahrung eingelegt.

Der Abgeordnete Raab brachte in der Hamburger Bürgerschaft einen Antrag ein, der sich gegen das dort bestehende Wahlvorrecht der Grundeigentümer und sog. Notabeln richtete, einen anderen auf Beseitigung des Artikels 36 der Verfassung, der sehr vielen Beamten das Recht nimmt, sich in die Bürgerschaft wählen zu lassen.

Der Abgeordnete Mampel ergriff in der Wahlrechtserörterung im badischen Landtage das Wort und verlangte, nachdem er in längerer Rede die Vorzüge des direkten Wahlrechts auseinandergesetzt hatte, dessen Einführung auch in Baden.

Einen großen Uebelstand wollte ein Antrag beseitigen, den die Reichstagsfraktion in der vergangenen Session stellte, allerdings leider, ohne daß er zur Verhandlung kam:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen „Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht „zu einer Reichstagswahlpflicht erweitert wird."

Die Bedeutung, die ein derartiges Gesetz haben würde, springt zu sehr in di Augen, als daß sie verkannt werden könnte. Zweifellos bestehen die Hunderttausen von Wahlsäumigen, abgesehen von Kranken und sonstigen dringend Verhinderte auf die natürlich Rücksicht zu nehmen wäre, mit verschwindenden Ausnahmen a solchen Leuten, die auf dem Boden der staatserhaltenden Parteien stehen. Um di bestätigt zu finden, braucht man nur zu beobachten, wie die Sozialdemokratie ihr

letzten Mann an die Urne bringt. Es würde also recht wohl möglich sein, eine erhebliche Anzahl von Sitzen abzunehmen. Abg. Liebermann von S berg hatte damals, als er den Antrag zum er e einbrachte, Hand der Wahlstatistik berechnet, daß ihre Stimme r in ganz Kreisen mehr als die Hälfte der stimmberechtigte tragen ha jeder vaterlandsliebende Mann eine Verschiebung d hältnisse i tage in diesem Sinne wünschen muß, unterliegt ke

An dieser Stelle mag ferner die Thätigkeit rdneten auf die Judenfrage angeführt werden, weil Belegenh deren soziale Seite einzugehen, als vielmehr auf rischen und deutschem Geist.

Der zweite Antrag der Reich wiederholt eingebracht wurde, lautete:

§ 1. Die Einwanderung von Jude angehörig sind, ist untersagt.

§ 2. Ausländische Juden, die sich Deutschland aufhalten, um sich dauernd ni deutschen Bundesstaate die Staatsangehörig schon vor dem .... ein selbständiges Ger betrieben, sollen alsbald aus dem Gebiet werden.

§ 3. Die Gewährung der Staatsa an ausländische Juden ist untersagt.

§ 4. Die Begünstigung der Einwan fängnis bestraft.

§ 5. Der Bundesrat erläßt die zur Vollzugs dieses Gesetzes erforderlichen Anordn

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag

Der dritte Antrag, der ebenso wie schon Schicksal des vorhergehenden, nicht auf die Tagesor folgender:

§ 1. Beim Schlachten aller Tiere, mit A der Blutentziehung die Betäubung vorausgehen.

Ausgenommen bleiben die wegen Unglüc krankungen notwendig werdenden Notschlachtungen, s den thatsächlichen Verhältnissen nicht ausführen läßt.

§ 2. Beim Rinde soll die Betäubung unter maske ausgeführt werden, soweit nicht bei Jungvieh die des Schädels eine Ausnahme erfordert.

§ 3. Alle Schlachtungen, mit Ausnahme der nich schlachtungen, dürfen nur von des Schlachtens durchaus k doch unter deren Aufsicht und Mithilfe ausgeführt werden.

§ 4. Alles Schlachten hat in geschlossenen, dem P lichen Räumen stattzufinden. Nur wo solche nicht in Verfügung stehen, darf das nicht gewerbsmäßige Schlachten ist aber auch dann derart vorzunehmen, daß es nicht von Wegen und Plätzen aus zu sehen ist.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werd bis zu 150 Mark oder mit Haftstrafe geahndet.

§ 6. Den einzelnen Landesregierungen bleibt der E führung und Sicherstellung des Vollzugs dieses Gesetzes e ordnungen überlassen.

§ 7. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündu

Einen ähnlichen Antrag stellte Abgeordneter Raa burgischen Bürgerschaft:

„Alles auf dem Schlachthof zu tötende Großvieh ist vor der Blutentziehung zu betäuben."

Ebenso richtete er am 24. November 1897 an die Schlachthofdeputation eine Anfrage über die Tierquälerei, die beim Schächten vorgekommen sein sollte. Er nahm dabei Bezug darauf, daß der Schlachthofdirektor in einem Briefe selbst zugegeben hatte, daß er das Schächten für Tierquälerei hielte.

Der Reichstagsausschuß für Bittschriften beriet am 2. März 1898 über ein eingelaufenes Gesuch um staatliche Uebersetzung des Schulchan Aruch. Der Abgeordnete Müller-Waldeck sprach als Berichterstatter für Ueberweisung an die Regierung, doch wurde Erledigung durch Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Kurz vorher, im Januar, hatte der Abgeordnete Pfisterer im badischen Landtage die Erklärung abgegeben, daß er und sein Kollege Mampel die Forderungen sowohl für den evangelischen wie auch für den katholischen Kultus anstandslos bewilligen würden, nicht aber die für den jüdischen Kultus, solange nicht der Schulchan Aruch staatlich übersetzt und damit volle Klarheit über das eigentliche Wesen des jüdischen Glaubens geschaffen sei.

Auf die bedenkliche Erscheinung, daß sich auf den deutschen Schulen und Universitäten das Judentum und mit ihm der jüdische Geist mehr und mehr eindränge, wies bei der ersten Beratung des Reichshaushalts Abg. Zimmermann hin. Den Hauptgedanken seiner Ausführungen drückte er in dem Satze aus: „Wir gehen von der Ueberzeugung aus, daß das heranwachsende Geschlecht nur von Männern erzogen werden darf, die auf christlich-deutschem Standpunkte stehen."

Auf eine Anfrage Bebels an die Regierung gelegentlich der zweiten Beratung über den Reichshaushalt, ob nicht die maßgebenden Stellen im Heere Schuld daran trügen, daß es so auffällig wenig jüdische Militärärzte gäbe, erwiderte Abg. Iskraut durch die Darlegung, daß der Geist unseres Heeres den Juden eher abstoße als anziehe, daß ferner auch dessen geldgierigem Sinne die Bezahlung dieser Beamten nicht verlockend genug erscheine, daß also der von Bebel gerügte angebliche Uebelstand sich hieraus sehr leicht erkläre.

Bei Beratung des § 39 der Militärstrafgerichtsordnung sprach der Abg. Liebermann von Sonnenberg für Annahme eines von dem Ausschusse beantragten Zusatzes: „Dem Schwörenden ist es gestattet (d. h. dem zu vereidigenden Richter), den Schlußworten der Eidesformel eine seinem Glaubensbekenntnisse entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen." Eine eingehende Begründung hierfür gab er nicht, sondern erinnerte anstatt dessen an seine Ausführungen in der vorhergehenden Session, als seine Fraktion folgenden Antrag zur Besprechung gebracht hatte:

„Die Bundesregierungen zu ersuchen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach „bei allen gerichtlichen Beeidigungen von Parteien, Zeugen oder Sachverständigen „die konfessionelle Eidesformel wieder eingeführt wird."

Er hatte damals, abgesehen davon, daß schon wiederholt Leute sich in ihrem Gewissen beschwert gefühlt hätten, als sie ohne konfessionellen Zusatz schwören sollten, im wesentlichen zwei Gründe dafür angegeben: Einmal würden ja leider heutzutage aus Gewissenlosigkeit oder Fahrlässigkeit so viele Falscheide geschworen, daß die Ausstattung der Eideshandlung mit einer gewissen, dem religiösen Gefühle des Schwörenden möglichst angepaßten Feierlichkeit dringend notwendig sei; dann aber sei es für die Angehörigen der christlichen Konfessionen beschämend, wenn sie einen Eid schwören müßten, den zuerst der preußische Landtag im Jahre 1869 den Juden

gestattet und der Reichstag dann im Jahre 1877 plötzlich aus einem Nur-Judeneid zu einem allgemein verbindlichen gemacht habe.

Dieser seit 1894 regelmäßig immer wieder gestellte Antrag war übrigens der erste von unserer Partei selbständig eingebrachte gewesen, der angenommen wurde.

2. Vertretung sozialer Forderungen.

Nach der sozialen Seite hin sind unsere Abgeordneten vielfach thätig gewesen. Sie haben sich nach Kräften bemüht, Uebelstände der heutigen Wirtschaftsordnung zur Besprechung zu bringen und ihre Abänderung anzuregen.

An erster Stelle ist hier zu nennen der nachdrückliche Hinweis des Abg. Zimmermann bei der ersten Beratung des Reichshaushalts darauf, daß noch immer für das deutsche Volk die Gefahr bestände, nach Belieben der Amerikaner durch ein Petroleummonopol ausgebeutet zu werden. Er erinnerte dabei an die Anfrage, die die Deutschsozial-reformerische Fraktion am 2. Mai 1895 im Reichstage eingebracht hatte:

„Welche Maßregeln gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die „Ausbeutung, von der das gesamte deutsche Volk durch die künstlichen Preis„treibereien des Petroleums augenblicklich betroffen ist, zu beseitigen?"

Diese Anfrage war damals darauf begründet worden, daß durch die Preistreibereien des übermächtigen Amerikaners Rockefeller mit seiner Standard Oil Kompany der Preis des Petroleums plötzlich von 15 auf 32 Pfg. hinaufgeschnellt worden war. Und es war betont worden, daß die Regierung unbedingt die Verpflichtung habe, gegen ein solches ausbeutendes Privatmonopol mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Jedoch war die Anfrage damals nicht zur eingehenden Besprechung gelangt, da trotz der Wichtigkeit des Gegenstandes nicht die zur Unterstützung erforderlichen 50 Stimmen aufgetrieben werden konnten. Auf eine erneute Anfrage am 2. Dezember 1896 hatte dann der Staatssekretär v. Bötticher entgegnet, die Erwägungen, die im Mai 1895 in Aussicht gestellt worden waren, hätten einen gewissen Abschluß gefunden, so daß gegen eine abermalige plötzliche Preissteigerung Maßregeln in Aussicht genommen seien. In dieser letzten Session nun hatten dann die Nationalliberalen unsere Anregung, die sie früher verworfen hatten, weil sie von der antisemitischen Fraktion eingebracht worden war, aufgegriffen und die oben erwähnte Anfrage bei der ersten Beratung des Reichshaushaltes gestellt.

Eine andere wichtige Frage berührte der vierte Antrag unserer Fraktion:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, um den vielfach hervortretenden Mißbräuchen „auf dem Gebiete des Privatversicherungswesens entgegenzuwirken, einen Gesetzes„entwurf einzubringen, wonach für alle Privatversicherungsgesellschaften eine „staatliche Prüfung und Genehmigung der von ihnen aufgestellten Versicherungs„bedingungen vorgeschrieben wird."

Dieser Antrag, der der Ueberzeugung entsprungen war, daß das Versicherungswesen von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei, kam als einziger zur Verhandlung. Am 16. Februar 1898 gab der Abg. Müller-Waldeck, den dann auch Liebermann von Sonnenberg unterstützte, in längerer Rede eine ausführliche Begründung dafür, deren Gedankengang im wesentlichen ungefähr folgender war: Die Bestimmungen über das Versicherungswesen sind, trotzdem ihre Regelung nach Art. 4 der Reichsverfassung ausdrücklich der Reichsgesetzgebung unterliegt, bisher den Einzelstaaten überlassen geblieben. Dies hat dazu geführt, daß solche in ein-

zelnen Staaten, wie Hamburg und Bremen, überhaupt nicht vorhanden sind. Dadurch wird natürlich dem Schwindel Thür und Thor geöffnet. Wozu dies vielfach geführt hat, ist am besten aus einer Verhandlung der Bremer Bürgerschaft zu entnehmen, in der zur Sprache kam, daß wiederholt gänzlich verkrachte Existenzen Versicherungen auf Gegenseitigkeit gegründet und dann einfach die eingezahlten Prämien „verwaltet" haben, ohne daß jemals auch nur ein Pfennig von ihnen ausgezahlt worden ist.

Aber auch hinsichtlich solider Gesellschaften bestehen große Unzuträglichkeiten, insofern als vielfach der Versicherungsvertrag ein anderes Ende findet, als der Versicherte ursprünglich wollte. Dies geschieht, abgesehen von wirklich freiwilligen Austritten, entweder dadurch, daß gegen einzelne von den auf den Policen angeführten, oft unverhältnismäßig streng und dabei oft schwer verständlich gehaltenen Bedingungen verstoßen wird, oder — und dies kommt außerordentlich häufig vor — der Versicherte nicht mehr im stande ist, die Prämien regelmäßig zu zahlen. Der Wert des Abgangs an Lebensversicherungen, der durch Lösung des Versicherungsvertrages aus solchen Gründen sämtlichen Gesellschaften im Jahre 1894 entstand, betrug mit 139 235 177 Mark nicht weniger als 62,79 v. H. des Gesamtabgangs. Nun werden aber in diesen Fällen von den Gesellschaften, wenn überhaupt, nur geringe Summen zurückgezahlt, nämlich je nach der Zeit der Vertragslösung 50 bis 100 v. H. der sogenannten Prämienreserven, eines kleinen Teils der eingezahlten Prämien, den die Gesellschaften als Deckung von diesen zurückbehalten haben. Infolgedessen fällt den Gesellschaften auf diese Weise ein unberechtigt hoher Verdienst zu. Ferner wäre es wünschenswert, wenn Lebensversicherungsgesellschaften nicht so hohe Prämien nehmen dürften, wie es geschieht, denn während alle anderen Versicherungen ein gewisses Wagnis für die Gesellschaft mit sich bringen, wird bei der Lebensversicherung einfach mit der Durchschnittssterblichkeit gerechnet, also eigentlich mit voller Gewißheit.

Dieser Antrag fand bei allen Parteien volle Anerkennung; jedoch wurde er nachträglich zurückgezogen, da vom Regierungstische aus zugesagt wurde, daß ein derartiger Gesetzentwurf in Vorbereitung sei und nächstens dem Reichstage zugehen werde.[1])

---

[1]) Inzwischen hat der Reichsanzeiger vom 26. November 1898 den Entwurf eines Gesetzes über die *privaten* Versicherungsunternehmungen veröffentlicht. Das Gesetz behandelt nur die öffentlich-rechtliche Seite des Versicherungswesens, während die Regelung der privatrechtlichen einem besonderen Gesetze vorbehalten wird. Es trifft also lediglich Bestimmungen darüber, welche Befugnisse der *Staat* gegenüber den Versicherungsunternehmern hat, nicht aber, welche Rechte dem *Versicherten* gegen sie zustehen. Die Grundzüge sind ungefähr folgende:

1. Die *Aufsicht* über inländische und ausländische Versicherungsanstalten steht nicht mehr den einzelnen Landesregierungen, sondern dem Reiche zu. Dieses übt sie durch ein besonderes *Reichsamt* aus, das in Besetzung von 3 Mitgliedern und mindestens 2 Angehörigen eines ständigen, aus Sachkundigen bestehenden Versicherungsbeirats entscheidet. Die einzigen Formen, in denen das Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer- und Hagelversicherungsgewerbe betrieben werden darf, sind *Aktiengesellschaften*, oder *Gesellschaften auf Gegenseitigkeit*.

2. a) Jede Versicherungsanstalt bedarf zum Geschäftsbetriebe der *Erlaubnis* des Reichsamts und muß, wenn sie um diese nachsucht, einen ausführlichen Geschäftsplan einreichen. Die Erlaubnis darf versagt werden, wenn vom Standpunkte des Gemeinwohls Bedenken gegen Zweck oder Einrichtung des Unternehmens vorliegen oder keine genügende Sicherheit dafür vorhanden zu sein scheint, daß die zu übernehmenden Verpflichtungen erfüllt werden.

b) Die zugelassenen Versicherungsanstalten unterliegen dauernd der *Beaufsichtigung* des Reichsamtes. Sie sind verpflichtet, jährlich einen Geschäftsbericht an dieses einzureichen. Das Reichsamt hat das Recht, durch Anordnungen nach seinem Gutdünken oder Geldstrafen dafür zu sorgen, daß der Betrieb gemäß dem Geschäftsplan geschieht. In gleicher Weise darf es dahin wirken, daß die gesetzlichen Vorschriften (die bestimmen, daß seine Beamten auf Verlangen jederzeit zur Einsicht in die Geschäftsbücher, zum Erscheinen und Sprechen in den Generalversammlungen u. s. w. zuzulassen sind) eingehalten werden. Falls eine Versicherungsanstalt ihren nach Geschäftsplan oder Gesetz bestehenden Pflichten fortgesetzt nicht nachkommt oder bei einer Prüfung die Rechte der Versicherten oder das Gemeinwohl als gefährdet erscheint, so ist die Behörde befugt, jede Erweiterung des Be-

Den Standpunkt unserer Abgeordneten zu Steuer- und Gehaltsfragen, den sie teils bei Beratung des Reichshaushalts teils bei derjenigen der betreffenden Einzelgebiete gelegentlich darlegten, war folgender: das jetzt bestehende Steuersystem ist zu verwerfen, an seiner Selle ist ein anderes zu erstreben, das, der Billigkeit entsprechend, die leistungsfähigeren Schultern mehr belastet, die weniger kräftigen dagegen entlastet. Es ist daher in erster Linie eine stark fortschreitende Reichseinkommensteuer einzuführen (daher die Unterstützung des Antrags Auer auf Einführung einer solchen zur Deckung der Kosten für die Vergrößerung der Flotte), und ebenso eine erhebliche Luxus- und Börsensteuer. Bei Verwendung der Steuern und anderer Reichseinnahmen muß haushälterisch umgegangen werden; soweit aber die Staatsgelder für Beamtenbesoldungen verfügbar sind, sind zunächst diejenigen zu berücksichtigen, die am meisten eine Aufbesserung brauchen, also die unteren und verschiedene Gruppen von mittleren Beamten.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushalts sprachen demgemäß die Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Werner am 3. und 4. Februar 1898 für den Antrag des Ausschusses, die für den Staatssekretär des Postamts von der Regierung geforderte Gehaltserhöhung von 24 000 auf 30 000 Mark nicht zu bewilligen, ebenso der Abg. Iskraut gegen die Regierungsvorlagen, die für den Präsidenten des Reichseisenbahnamts eine Gehaltserhöhung von 5000 Mark und die Erhöhung des Reichskanzlergehaltes von 54 000 auf 100 000 Mark bezweckten. Die Fraktion stimmte denn auch gegen die Bewilligung dieser höheren Gehälter, ferner noch dafür, daß das Gehalt des Staatssekretärs des Justizamts von 30 000 auf 24 000 Mark herabgesetzt werde. Der Abg. Iskraut wandte sich auch gegen die Ausgabe von 2 500 000 Mark für ein Präsidialgebäude des Reichstags.

Im hamburgischen Landtage bekämpfte Abg. Raab am 5. Januar 1898 die Aufbesserung des Gehaltes für den Generalzolldirektor von 20 000 auf 22 000 Mark. Bereits im September 1897 hatte er grundsätzlich der weiteren Erhöhung aller höchsten Gehälter widersprochen, solange die unteren noch nicht vergrößert wären.

In seiner schon erwähnten Rede zur ersten Lesung des Reichshaushalts erklärte Abg. Zimmermann in ähnlicher Weise, daß es nach seiner Ansicht viel sozialer sei, wenn man, ehe den höheren Beamten bessere Gehälter mit Rücksicht auf ihre Aufwandsverpflichtungen bewilligt würden, in ausreichender Weise für die anderen Beamten sorgte, die dies eher beanspruchen dürften.

Bei der zweiten Berathung über den Reichshaushalt trat Abg. Werner

---

triebes durch Abschluß neuer oder Abänderung bestehender Versicherungen zu verbieten. Ferner steht ihr das Recht zu, bei schlechter Vermögenslage der Anstalt die Gewinnverteilungen vorläufig zu verbieten oder auch Konkurseröffnung zu beantragen. Für die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates der Gesellschaften sind Gefängnis- und Geldstrafen festgesetzt für den Fall, daß sie den Aufsichtsbeamten falsche Angaben machen, schlechten Geschäftsgang verschleiern oder durch Unredlichkeiten die Versicherten schädigen.

Durch den Entwurf werden also alle Versicherungsanstalten einer einheitlichen Aufsichtsbehörde unterstellt; hierin liegt sicherlich den bisherigen Zuständen gegenüber ein Fortschritt. Leider sind jedoch die Umstände, die ein Einschreiten dieser Behörde oder eine Versagung der Erlaubnis durch sie begründen, infolge des außerordentlich dehnbaren Wortlautes der Vorlage so unklar gekennzeichnet, daß es in sehr vielen Fällen fraglich sein wird, ob sie vorhanden sind oder nicht. Es muß daher zunächst noch als sehr zweifelhaft erscheinen, ob nicht die ganze „Aufsicht" mehr oder minder auf eine reine Formsache hinauslaufen wird. Sehr zu bedauern ist auch, daß nicht zugleich die Verpflichtungen der Versicherungsanstalten gegenüber den Versicherten gesetzlich geregelt werden. Denn dadurch würde diesen eine weit bessere Sicherstellung berechtigter Ansprüche gegeben werden als durch die staatliche Aufsicht, soweit es sich wenigstens um solide Gesellschaften handelt. — Wenn daher die Vorlage auch ihrem Wortlaute nach dem Antrage des Abgeordneten Müller zu entsprechen scheint, thatsächlich wird sie schwerlich geeignet sein, die von ihm gerügten Uebelstände hinreichend zu verhindern.

dafür ein, daß für die unteren Postbeamten die Gratifikationen und Stellenzulagen, die oft genug zur Liebedienerei erzögen, wegfallen und sie anstatt dessen lieber mit einem besseren Gehalt bedacht werden möchten. Daher sprach er auch kurz darauf mit Wärme für den Ausschußantrag, daß das Anfangsgehalt dieser Beamten von 800 auf 900 Mark erhöht würde.

Derselbe Abgeordnete gab am 25. Januar 1898 der Beschwerde der Hilfsarbeiter beim Statistischen Amt wiederholt Ausdruck, wie er dies auch schon in der vorhergehenden Session gethan hatte. Ende März 1898 sprach er ferner für eine Bittschrift der Betriebssekretäre um Gleichstellung mit den Eisenbahnsekretären.

In der Hamburger Bürgerschaft brachte der Abg. Raab einen Antrag ein, der die Neuregelung der Anstellungsverhältnisse für die mittleren und unteren Beamten und die Aufbesserung ihrer Gehälter nach folgenden Gesichtspunkten forderte:

1. Die Gehälter der mittleren und unteren Beamten sind in demselben Verhältnis zu bemessen, wie ein solches bei den höheren Beamten Hamburgs gegenüber denen Preußens besteht.
2. Die Gehaltszulagen sind sämtlichen Beamten in dreijährigen Zwischenräumen zu zahlen.
3. Beamte, die gleiche Dienste verrichten, haben der gleichen Gesellschaftsklasse anzugehören.
4. Die Stellen der Diätare sind einzuziehen und nur in den Fällen zu belassen, wo es sich um eine vorübergehende Beschäftigung handelt; die aufgehobenen Stellen der Diätare sind mit festangestellten Beamten zu besetzen, wobei die bisherigen Inhaber zu berücksichtigen sind.

Ein ähnliches Verlangen wie Abg. Raab in Nr. 4 seines Antrages stellten unsere hessischen Abgeordneten im Oktober 1897, indem sie für Aufhebung des Edikts vom 12. April 1820 eintraten. Dieses Edikt bestimmte nämlich, daß sämtliche hessische Subalternbeamte nur widerruflich angestellt werden sollten. In treffender Weise wiesen unsere Abgeordneten darauf hin, daß dadurch die Stellung jener Beamten eine unsichere und von den oberen Behörden mehr oder minder abhängige sei, und daß es endlich an der Zeit sei, diesen Zustand zu beseitigen.

Die Reichstagsfraktion unterstützte einstimmig den Antrag auf Aufhebung der drückenden Kautionspflicht der Reichsbeamten.

Der Abg. Liebermann von Sonnenberg forderte bei der zweiten Beratung des Reichshaushalts für die Landbriefträger eine Winterdienstmütze zum wirksamen Schutz gegen die Kälte; er sprach auch seine Freude darüber aus, daß man diesen endlich, was unsere Partei früher wiederholt befürwortet hatte, eine passende Sommerkleidung schaffen wolle.[1]) Gleichzeitig sprach er für Aufbesserung der Postsekretäre.

Kurze Zeit später drang Abg. Werner darauf, daß man die lästige Bestimmung, wonach die Beamten der Oberpostdirektion Berlin im Weichbilde der Stadt wohnen müssen, aufheben möge.

Am selben Tage ersuchte er auch den Staatssekretär des Postamtes, daß er den Maßregelungen, denen einzelne Postassistenten infolge ihrer Zugehörigkeit zum Postassistentenverbande ausgesetzt gewesen seien, gründlich nachforsche und

[1]) Bekanntlich ist es auch dem neuen Staatssekretär des Reichspostamtes immer noch nicht gelungen, diese anscheinend ungeheuer schwierige Frage zu lösen. Das ist um so verwunderlicher, als man doch sonst in den letzten Jahren bei uns in der Erfindung neuer Uniformen erstaunlich fruchtbar gewesen ist.

dergleichen Bevormundungen in Zukunft verhüten möge. Im Anschluß hieran brachte er dann weiter zur Sprache, daß unberechtigterweise öfters Militäranwärter den Postassistenten an Dienstalter und Gehalt vorgezogen würden.

Einige Wochen später wendete er sich dagegen, daß in den meisten Zweigen unserer Verwaltungen die Juristen immer noch vor den Fachbeamten für die höheren Stellen bevorzugt würden. Zum Beweise dafür, daß dies recht bedenkliche Erscheinungen zeitigen könne, führte er — und ebenso auch Abg. Iskraut — die mehrfachen Eisenbahnunfälle an, die damals gerade kurz aufeinander gefolgt waren; sicherlich seien sie zu einem guten Teile durch die bürokratischen und manchmal recht schwer verständlichen Vorschriften vom grünen Tische veranlaßt worden.

Auch die Kreise des Mittelstandes, die sich aus Handwerkern und Gewerbetreibenden zusammensetzen, sind Gegenstand der Fürsorge für unsere Abgeordneten gewesen.

Im Verlaufe seiner Rede zum Reichshaushalt schilderte Abg. Zimmermann die Unzuträglichkeiten, die den Bäckern aus der Bäckereiverordnung erwachsen sind. Ein näheres Eingehen darauf ersparte er sich, weil sich die Fraktion von Anfang an dagegen erklärt und ihre Gründe hierfür schon vor der Abstimmung ausführlich dargelegt hatte.

Am 31. März 1898 tadelte Abg. Liebermann von Sonnenberg die Art und Weise, wie die Postverwaltung in Frankfurt a. M. den Handwerkern gegenüber handele, da sie die Dachdeckerarbeiten, welche die Anbringung der Fernsprechleitungen nötig machte, nur durch eigene Beamte ausführen ließe, ja daß sie sogar die Hausbesitzer zwinge, entweder sich dem zu fügen oder auf solche Leitungen zu verzichten.

Am 27. Mai 1898, als einige Bittschriften beraten wurden, benutzte Abg. Lotze die Gelegenheit, auf die Mißstände im Bauwesen einzugehen. Er trat dabei im Sinne der vereinigten Bauhandwerker-Innungen und des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe ein.

Der Befähigungsnachweis und die Zwangsinnung für den ganzen Handwerkerstand zu verlangen, wie es in der vorigen Session Abg. Dr. Bielhaben gethan hatte, dazu fehlte diesmal die genügende Veranlassung.

Gelegentlich der zweiten Lesung des Reichshaushalts wendete sich Abg. Werner dagegen, daß aus der Zuchthausarbeit einzelne Privatunternehmer Nutzen ziehen dürften. Er führte aus, wie großer Schaden durch diese ungerechtfertigte Bevorzugung dem Handwerksmeister erwüchse, der naturgemäß nicht über so billige Arbeitskräfte verfüge.

Ein Antrag des Hamburger Abgeordneten Raab ging dahin, gesetzlich die Verpflichtung für jeden Ladeninhaber festzulegen, seinen vollen Namen sichtbar an und in seinem Geschäfte anzubringen. Hierdurch sollte dem Unwesen der Deckfirmen gesteuert und dem Publikum die Möglichkeit gegeben werden, sich jederzeit zu vergewissern, bei wem es eigentlich kaufe und sich nötigenfalls schadlos halten könne.

Ein fernerer Antrag Raabs war gegen das Ueberwuchern der die soliden Geschäfte vernichtenden Ramschbazare und Konsumvereine gerichtet,

„eine stufenweis aufsteigende Umsatzsteuer solchen Großgeschäften aufzuerlegen, die „hauptsächlich unmittelbar an den Verbraucher absetzen".

Denselben Gesichtspunkt erörterte Abg. Zimmermann in seiner eben erwähnten Rede. Er forderte dabei, daß möglichst gegen die einzelnen Beamten-

und Offiziervereine mit ihren teilweise recht umfangreichen Konsumvereinen und Warenhäusern eingeschritten werde. Uebrigens hatte ihn schon in der Session 1896—97 eine Anfrage Auer an die Regierung über Besteuerung von Konsumvereinen in Sachsen veranlaßt, damals die Verderblichkeit des Konsumvereinswesens zu geißeln.

Die Interessen der nicht selbständigen Kaufleute, also der Handlungsgehülfen, versuchte bei passender Gelegenheit Abg. Raab zu wahren.[1]) Während des Turnerfestes (im Sommer 1898) in Hamburg hatte die dortige Polizei die Sonntagsruhe dadurch eingeschränkt, daß sie die Zeit von 4 bis 9 Uhr nachmittags für die Beschäftigung im Handelsgewerbe freigab. Gegen diese Verfügung hatten zahlreiche Handlungsgehilfen, sogar auch eine Menge von Ladeninhabern Eingaben eingereicht. Für diese ersuchte Raab die Bürgerschaft, wenn auch leider ohne Erfolg, sie solle beim Senat die Zurücknahme der Anordnung erwirken.

Auch die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft fanden in unseren Abgeordneten wiederholt warme Befürworter, wie sie sich ja schon früher unverkennbar als solche gezeigt hatten, als sie als einzige Partei geschlossen die Handelsverträge ablehnten

Im Verlaufe seiner ersten Rede zum Reichshaushalt fragte Abg. Zimmermann bei der Regierung an, wie weit denn die Versuche mit einer Spiritusbeleuchtung gediehen seien, für die auf eine frühere Anregung unserer Partei im Winter 1896 die Regierung Wohlwollen und Unterstützung zugesagt hatte. Er wiederholte dabei, daß er es denn doch für weit besser hielte, wenn die großen Geldsummen, die für Beleuchtung ausgegeben würden, in die Taschen unserer Landwirtschaft, also des deutschen Volkes, flössen, als in die der amerikanischen Petroleumkönige. Ferner wies er auf die schädlichen Wirkungen hin, die die Handelsverträge besonders für die Landwirtschaft gehabt hätten, ohne dabei der Industrie erheblich zu nützen.

Bei gleicher Gelegenheit sprach Abg. Werner seine Verwunderung darüber aus, daß im letzten Jahre die Regierung kaum mehr als die Hälfte des im vorigen Jahre ausgesetzten Betrages für Untersuchungen über Maul- und Klauenseuche bewilligt habe.

Als die Unterstützung der ostasiatischen Lloydlinie auf der Tagesordnung stand, sprach Abg. Gräfe als Fraktionsredner für einen Zusatzantrag Dr. Heim-v. Levetzow:

„Der Unternehmer ist zu verpflichten, als Rückfracht nach europäischen „Häfen Getreide, Fleisch, Wolle oder Molkereiprodukte nicht zu befördern."

Die damit verfolgte Absicht ging natürlich dahin, die deutsche Landwirtschaft vor einem weiteren übermächtigen Wettbewerb des Auslandes zu schützen.

Ein ähnlicher Gedanke lag den Ausführungen zu Grunde, die Abg. Iskraut am 22. Februar 1898 vorbrachte. Er widerlegte nämlich die Behauptungen des Abg. Haase, daß in dessen Wahlkreis Königsberg durch eigennützige Handlungsweise der „Agrarier" die Fleischpreise in die Höhe getrieben wären. Er wies nach, daß nicht die Landwirte, sondern vielmehr eine Vereinigung von Viehhändlern dahinter steckte. Der jüdische Abgeordnete versuchte vergebens, die „Verleumdungen" Iskrauts zu widerlegen.

---

[1]) Daß unsere ganze Partei als solche den Handlungsgehilfen großes Wohlwollen entgegenbringt, beweist deutlich genug die Aufstellung des Vorstehers des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes", Schack, als Reichstagskandidaten für 1898 in zwei Kreisen, Kassel und Erfurt.

Der Abg. Mampel begründete am 25. Februar 1898 im badischen Landtag in eingehender Weise die Notwendigkeit der Errichtung von weiteren landwirtschaftlichen Winterschulen. Ebenso befürwortete er die Beförderung der Viehversicherung durch die Regierung. Sein Kollege Pfisterer schloß sich diesen Ausführungen an. Ebenso legte Mampel ein Wort für den Tabaksbau ein, den er vor allem durch einen angemessenen Schutzzoll zu helfen bat.

Aber auch die unteren Stände gingen nicht leer aus; wiederholt haben unsere Abgeordneten den Beweis dafür erbracht, daß das Gerede unserer Gegner, die deutschsoziale Reformpartei schütze nur ganz einseitig die Interessen des Mittelstandes, nicht zutrifft.

Am 22. Januar 1898 nahm Abg. Werner Stellung zum Maximalarbeitstag. Er vertrat die Ansicht, daß man hierin den Arbeitern möglichst entgegenkommen müsse. Am ehesten wären die Staatsbetriebe dazu im stande, für ihre Angestellten eine bestimmte Dauer der Arbeitszeit festzusetzen. Sie hätten sogar die Pflicht, hierin mit gutem Beispiele voranzugehen. Wünschenswert wäre es, daß die Privatunternehmer dann nach Möglichkeit folgten, aber der gesteigerte Wettbewerb lasse es leider zunächst noch nicht zu. Eine Ausnahme müsse natürlich für die Fabrikzweige gelten, deren Eigenart eine derartige Einschränkung überhaupt ausschlösse. Unsinnig freilich sei es, so hielt er weiter den Sozialdemokraten vor, wenn man, um der Schablone willen, diese Bestrebungen auch auf die Landwirtschaft ausdehnen wolle. Denn jeder nur einigermaßen einsichtige Mann müsse doch zugeben, daß hier die verschiedenen Jahreszeiten auch eine verschiedene Menge der zu bewältigenden Arbeit bedingten.

Abg. Raab beantragte bei der Hamburger Bürgerschaft:

1. für alle Staatsarbeiter den neunstündigen Arbeitstag, jedoch ohne Herabsetzung der Löhne, einzuführen;

2. bei Uebertragung der Staatsarbeiten den Unternehmern die Bedingung aufzuerlegen, daß diese von ihren Arbeitern keine längere als die in ihrem Gewerbe übliche Arbeitszeit fordern dürfen, jedoch mindestens die nach Angabe der Arbeitsgeber- und Arbeiterverbände hierorts üblichen Löhne zahlen müssen;

3. die Zulassung ausländischer Arbeiter nur in besonderen Fällen oder nach erfolgtem Nachweise eines Bedürfnisses zu gestatten, wobei jedoch eine ausgebrochene Arbeitseinstellung ein Bedürfnis nicht begründen kann.

Er stellte ferner noch zwei Anträge aus demselben Gebiete, den einen, weibliche Fabrikinspektoren einzusetzen, den anderen, durch Umgestaltung eines bestimmten Senatsausschusses zu einem Einigungsamte die schnelle und sachgemäße Entscheidung von Lohn- und ähnlichen Streitigkeiten zu ermöglichen. Auch befürwortete er am 14. Juli 1897, daß der Staat einer von wohlwollenden Bürgern eingerichteten Arbeitsvermittelungsstelle Zuschuß gewähren möge.

Für eine ganz bestimmte Art von Arbeitern trat am 7. März 1898 der Abg. Zimmermann bei den Verhandlungen über das Postwesen im Reichstage ein. Bekanntlich hatte der Staatssekretär von Podbielski die Unterdrückung der Privatposten als notwendig bezeichnet. Dies gab er an sich zu. Aber, so erklärte er ungefähr im Namen der Fraktion weiter, es ist eine Forderung der einfachsten Billigkeit, daß dann nicht nur die Unternehmer entschädigt, sondern auch, daß ihre vielen Unterbeamten nun nicht etwa plötzlich ihre Stellung verlieren, die sie sich vielfach vielleicht mühsam erst geschaffen haben. Ihnen kann und soll der Staat entsprechende Stellen in seinem Postbetriebe gewähren. Einige Wochen früher hatte sich Abg. Werner in demselben Sinne ausgesprochen.

Im Laufe der zweiten Lesung des Reichshaushalts nahm Abg. Werner Bezug auf die dem Reichstage vorliegenden Bittschriften des deutschen Kriegerbundes und des Verbandes deutscher Kriegsveteranen zugunsten der Militärinvaliden. Er empfahl zwei Anträge des Grafen Oriola zur Annahme, die eine richtige und ausreichende Ausführung des Gesetzes von 1895 (Bewilligung von 120 Mark Unterstützung an die Kriegsinvaliden) sowie die Berücksichtigung der berechtigten Wünsche betreffs angemessener Versorgung von Witwen und Waisen, Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheines u. s. w. bezweckten. Treffend erklärte er hierbei, es genüge nicht, durch Niederlegung von Kränzen auf die Gräber die Gedenktage zu feiern, man müsse auch der Lebenden gedenken, damit diese nicht ihr Leben in Not und Elend vertrauerten. Den Dank hierfür erhielt der Abgeordnete einige Zeit später durch eine Dankesdepesche, die ihm die Versammlung deutscher Invaliden übersandte.

Hierbei mag auch erinnert werden an einen Antrag unserer Abgeordneten im hessischen Landtage vom Februar 1897, der ungefähr folgenden Wortlaut hatte:

> Dienstboten, die treu und ehrlich derselben Herrschaft längere Zeit gedient haben, soll von Staatswegen nach je 5 Jahren eine Ehrengabe ausgezahlt werden, die so viel Mark beträgt wie die zehnfache Zahl ihrer Dienstjahre. Die dafür erforderliche Summe soll durch eine, allen Dienstherrschaften auferlegte Steuer von einer Mark für das Jahr und den Dienstboten, nötigenfalls durch Beihilfe vom Staate, gedeckt werden.

Schließlich sind noch als bemerkenswert einige Reden zu erwähnen, die unsere Abgeordneten zu verschiedenen Gebieten im Reichstage gehalten haben.

Bei der Beratung der Vorlagen juristischer Natur ergriffen die Abgeordneten Werner und Iskraut wiederholt das Wort. Der erstere sprach für eine alte Forderung unserer Partei, für die Einführung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern, brachte auch später in Gemeinschaft mit anderen Abgeordneten (v. Levetzow, Graf Bernstorff u. s. w.) mit Erfolg eine Entschließung ein, wodurch die Regierung ersucht wird, einen dahingehenden Entwurf in der folgenden Session dem Reichstage vorzulegen. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung ist nämlich die Berufung nur zulässig gegen die Urteile der Schöffengerichte, gegen die der Strafkammern aber und Schwurgerichte, die im allgemeinen viel schwerere Strafen verhängen, nur die Revision. Der wichtige Unterschied hierbei ist: Bei dieser letzteren ist nur dann überhaupt die Möglichkeit einer Abänderung vorhanden, wenn nachgewiesen wird, daß durch das Urteil oder in dem ihm vorausgehenden Verfahren gesetzliche Vorschriften verletzt worden sind; ist dagegen Berufung eingelegt, so hat das höhere Gericht stets die Freiheit, nach seinem Ermessen die ergangene Entscheidung abzuändern, darf auch die hierfür grundlegenden Beweise prüfen, erneuern und ergänzen, wenn ihm dies als zweckmäßig erscheint. Es liegt also auf der Hand, um wieviel durch Einführung der Berufung gegen Strafkammerurteile die Aussicht der Verurteilten wüchse, eine vollständig gerechte Strafe zu finden.

Kurz hierauf ergriff Abg. Iskraut zum § 143 des Abänderungsentwurfes zur Zivilprozeßordnung das Wort. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß es im Interesse besonders der einfacheren Leute liege, wenn Rechtsagenten und Konsulenten, soweit nichts gegen sie vorliege, grundsätzlich vor Gericht zugelassen würden; zumal da sich sonst an kleineren Amtsgerichten, wo kein Rechtsanwalt ansässig sei, ein recht empfindlicher Mangel fühlbar machen würde.

Die Fraktion stimmte gegen die Regierungsvorlage zum § 508 desselben

Gesetzes, der die Revision in Zivilsachen, also die Anrufung des Reichsgerichts als obersten Gerichtes, nur dann gestatten wollte, wenn die Summe des Streitgegenstandes mindestens 3000 Mk. betrüge. Da die Vorlage nicht angenommen wurde, bleibt der jetzige Zustand bestehen, der nur die Höhe von 1500 Mk. vorschreibt. Es ist zweifellos, daß es dem Interesse aller Stände, besonders der weniger wohlhabenden, entspricht, wenn der letzte Rechtsweg schon bei der kleineren Summe jedem freisteht.

Endlich sind noch einige kleinere Reden anzuführen. Abg. Iskraut bat am 26. April 1898, es den Geistlichen zu ermöglichen, daß sie das, was ihnen lediglich in Ausübung ihres Amtes anvertraut würde, als Geheimnis auch den Gerichten gegenüber bewahren dürften. Abg. Lotze sprach am nächsten Tage für einen Antrag, der den Zusatz von Sacharin und anderen künstlichen Süßstoffen zu Nahrungsmitteln verbot. Und Abg. Zimmermann nahm die deutschen Kegler gegen die unberechtigten Angriffe Bebels bezüglich ihres sittlichen Verhaltens während des Dresdner Kegelfestes nachdrücklich in Schutz.

3. Stellung unserer Abgeordneten in den Volksvertretungen.

Nachdem im Vorstehenden die Thätigkeit unserer Abgeordneten lediglich unter Berücksichtigung ihrer sachlichen Ausführungen und des materiellen Inhalts ihrer Abstimmungen und Anträge besprochen worden ist, dürfte noch ein Blick auf die äußeren Verhältnisse zu werfen sein, unter denen sie in den Volksvertretungen zu arbeiten gezwungen sind. Da muß denn mit aller Bestimmtheit ausgesprochen werden, daß die Mehrheiten und Präsidien allein oder zusammen fast in allen Volksvertretungen, ganz besonders aber im Reichstage, sich bemühen, ihnen die Mitarbeit nach Möglichkeit zu erschweren, ihre Anträge und Anfragen zu verhindern, sie durch Schlußanträge, Unterbrechungen, Willkürlichkeiten jeder Art mundtot zu machen; daß sich ebenso vielfach das Bestreben bei den gegnerischen Parteien zeigt, unsere Vertreter mit allen Mitteln aus den Volksvertretungen fernzuhalten. Wahrlich, eine bittere Satire auf „parlamentarische Redefreiheit" und „Achtung des Volkswillens" in unseren konstitutionellen Staaten! Es sollen hier nur einige Fälle angeführt werden, die besonders bemerkenswert sind.

Reichstag. Am 4. Februar 1898 stand, während der zweiten Lesung des Reichshaushalts, das Gehalt des Staatssekretärs des Reichspostamts auf der Tagesordnung. Abg. Liebermann von Sonnenberg ergriff das Wort und brachte die Wünsche unserer Fraktion zum Ausdruck. Im Verlaufe seiner Rede kam er auf die Gehälter einiger Arten von mittleren und unteren Beamten zu sprechen, um deren Aufbesserung zu verlangen. Hier unterbrach ihn der Präsident von Buol, und zwar mit der Begründung, das gehöre zu späteren Titeln. Nun ist es aber im Reichstage üblich, bei dem Gehalt des leitenden und verantwortlichen Beamten alles zur Sprache zu bringen, was man zu dessen ganzem Verwaltungsgebiete erörtert wissen will. Und außerdem gehörten die erwähnten Gehaltsverhältnisse hier insofern zur Sache, als der Reichstag mit seiner Ablehnung der Gehaltszulage für Podbielski bekunden wollte, er halte die Aufbesserung bei den kleinen Beamten für notweniger als bei den großen. Demgemäß hatten auch die Abgeordneten Singer und Lenzmann bereits über die Gehälter der Unterbeamten gesprochen, ohne unterbrochen zu werden.

Am 18. März 1898 wurde über § 172 der Militärstrafgerichtsordnung (vor-

läufige Festnahme) verhandelt. Die Sozialdemokraten und Freisinnigen wollten an diesem Tage zu agitatorischen Zwecken eine Erörterung über die Märzereignisse von 1848 herbeiführen. Dank der unbegreiflichen Schlappheit des Präsidiums gelang es ihnen denn auch, anstatt zur Tagesordnung zu sprechen, die Revolution unter mannichfachen Ausfällen gegen die heutige Staatsordnung in langen Reden zu verherrlichen; und einige Redner der Rechten entgegneten darauf. Frhr. von Buol schien es lange Zeit hindurch nicht für erforderlich zu halten, dieser völligen Entgleisung der Erörterung entgegenzutreten. Mit einem Male jedoch griff er ein und bat die zukünftigen Redner „ . . . das nicht zur Hauptsache werden zu lassen." (Reichsanzeiger vom 19. März 1898.) Dies that er vor der Rede des wild-antisemitischen Abgeordneten Förster-Neustettin. Kaum hatte aber dieser kurz zur Sache gesprochen, so nahm das Reden für und wider die Revolution seinen Fortgang. Ein Abgeordneter nach dem anderen trat auf; jedoch der Präsident hüllte sich, bis auf eine schüchterne Wiederholung seiner Bitte, in tiefes Schweigen. Als nun aber Abg. Liebermann von Sonnenberg sprach und eben begonnen hatte, zur Erläuterung der Sache eine Liste von jüdischen Rädelsführern im Jahre 1848 zu verlesen, gerade da raffte er sich wieder auf, da fühlte er das dringende Bedürfnis, darauf hinzuweisen, daß ein derartiges näheres Eingehen auf die Märzereignisse nicht zur Sache gehörte. Er unterbrach also einfach den Redner und verbot ohne weiteres die Fortsetzung der Verlesung. Also eine ganze Anzahl von Rednern durften ohne Rücksicht auf die Tagesordnung lange und sehr lange Reden über die Revolution halten, ohne gestört zu werden; ja sogar nach dem Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg durfte Bebel noch in seiner fanatischen Art weiter sprechen, nur gerade bei den beiden antisemitischen Rednern erinnerte sich der Präsident sonderbarer Weise seiner Pflicht.

Bekanntlich war die Haltung unserer Abgeordneten zur Flottenvorlage nicht einheitlich. Es mußte deshalb der Fraktion viel daran liegen, die Ansichten der beiden verschiedenen Richtungen hierin zum Ausdruck zu bringen und zu begründen, wie es beispielsweise auch das Centrum in mehr als hinreichender Weise that. Noch mehr Interesse aber mußten die anderen Parteien, mit denen wir hauptsächlich bei den bevorstehenden Wahlen zu kämpfen hatten, daran haben, dies zu verhindern, um dann die Abstimmung unserer Abgeordneten je nach Bedürfnis nach dieser oder jener Richtung ausnützen zu können. Vor Schluß der am 23. März 1898 stattfindenden Sitzung — Tagesordnung § 1 des Flottengesetzes — hatte sich nun Abg. Liebermann von Sonnenberg zum Worte gemeldet, um die Stellung der Fraktion zur ganzen Vorlage darzulegen. Diese Meldung wiederholte er am folgenden Tage, an dem die Beratung fortgesetzt wurde, als erster vor dem Beginn der Sitzung. Nach der Geschäftsordnung hätte er nunmehr (vergl. Deutsch-soziale Blätter Nr. 503) an diesem Tage auch als erster das Wort erhalten müssen. Jedoch erteilte der Präsident, der aufgrund eines schon seit langer Zeit geltenden Gebrauchs die Reihenfolge der Redner willkürlich bestimmt, das Wort nacheinander den Vertretern verschiedener Parteien, für die entsprechende Erklärungen teilweise schon vorher, vereinzelt sogar wiederholt, abgegeben worden waren. Mehrere Anfragen unsererseits bei den Schriftführern wurden dahin beantwortet, daß unser Redner nach dem Abg. Bebel und noch vor Schluß der Sitzung sprechen sollte. Jedoch wurde nach Bebel wider Erwarten vom Präsidenten Abg. von Kardorff aufgerufen. Und als nunmehr alle Parteien außer der unsrigen geredet hatten — da kam wieder ein Redner des Centrums an die Reihe, und zwar

der vierte! Während dieser redete, sammelte der konservative Abg. v. Massow mit großem Eifer Unterschriften für einen Schlußantrag. Und wirklich, kaum hatte der Centrumsredner geendigt, so zeigte der Präsident das Einlaufen dieses Antrages an und stellte die Unterstützungsfrage. Sofort verlangte Abg. Liebermann v. Sonnenberg mit sehr lauter Stimme das Wort zur Geschäftsordnung, aber ohne Erfolg. So wurde denn der Schlußantrag angenommen, und damit war unsrer Partei wieder einmal geschäftsordnungswidrig das Wort abgeschnitten. Zu Gunsten des schwerhörigen Freiherrn v. Buol könnte vielleicht angenommen werden, daß er die Worte unseres Abgeordneten nicht gehört hätte, zweifellos hätten aber dann die neben ihm sitzenden Schriftführer Abgg. Bassermann (nationalliberal) und Kropatscheck (konservativ) die Pflicht gehabt, ihm dies bemerkbar zu machen und dadurch den beabsichtigten Streich von Massows zu verhindern. Jedoch das spätere Verhalten des Präsidenten war derartig, daß es eine solche Annahme wohl ausschließen muß.

Unser Abgeordneter hatte nämlich, nachdem ihm so die Gelegenheit abgeschnitten worden war, ebenso wie die anderen Parteien die Stellung seiner Fraktion zur Flottenvorlage ausreichend klarzulegen und zu begründen, noch an dem genannten Tage kurz bemerkt, daß er dies bei Beratung des § 2 desselben Gesetzes nachholen würde. Als nun jedoch dieser auf der Tagesordnung stand, da richtete vor Beginn der Erörterung und unmittelbar, bevor Abg. Liebermann v. Sonnenberg das Wort erteilt wurde, derselbe Präsident die Mahnung an die Redner, nicht wieder in die Generaldiskussion zurückzufallen; d. h. er verlangte nicht mehr und nicht minder von unserem Redner, als daß er ausschließlich zum Inhalte des §. 2 reden, nicht aber allgemein hierbei die Stellung unserer Fraktion zum ganzen Gesetze darlegen sollte. Also versuchte er nicht einmal, seine Ungerechtigkeit vom vorhergehenden Tage nachträglich zu mildern, trotzdem ihm diese inzwischen in ihrem vollen Umfange bekannt geworden sein mußte. Damit hat er deutlich genug gezeigt, daß er mit den Mehrheitsparteien unter Leitung des Abg. von Massow unsere Partei vergewaltigen wollte.

Mit sattem und glattem Behagen kam der Abg. Eugen Richter auf diese Vorgänge zurück, als Herr v. Liebermann endlich in der dritten Lesung das Wort erhalten hatte. Er begann seine Erwiderung so: „Was den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg betrifft, so hat derselbe zweimal mit Stentorstimme am Sonnabend und Donnerstag seine heutige Rede uns angekündigt.“ Es war doch eine gar zu erhebende Erinnerung, daß Herr v. Liebermann in der zweiten Lesung nicht zum Worte gekommen war, daß der Präsident ihn trotz seiner überlauten Meldung nicht einmal zur Geschäftsordnung hatte sprechen lassen. Es geht eben nichts über echten „Liberalismus“.

Hessische Ständekammer. Bei den hessischen Landtagswahlen im Herbst 1896 war auch der von unserer Partei aufgestellte Kandidat Ohl in Groß-Umstadt gewählt worden. Die Nationalliberalen, die uns in Hessen wegen ihrer Wahlverluste an uns nicht sonderlich freundlich gesinnt sind, hatten im Wahlprüfungsausschuß mit ihrer Mehrheit diese Wahl für ungültig erklärt. Die Kammer hatte nunmehr in dieser Angelegenheit das entscheidende Wort zu sprechen. Darüber, wie sich nun hierbei die nationalliberale Parteileitung verhielt, mag der „Frankfurter Zeitung“ des jüdischen Demokraten Sonnemann, der man schwerlich besondere Voreingenommenheit für uns nachsagen kann, das Wort gegeben werden. Sie schrieb:

„Herr Osann, der Führer der Nationalliberalen, wie er mit sichtbarem Wohlgefallen sich selbst vor einigen Tagen noch nannte, mußte es in der

Kammer erleben, daß ihn seine Getreuen bis auf 5 in einer Frage im Stiche ließen, in der er sich und seine Partei aufs stärkste engagiert hatte. Er wollte durchaus die Wahl des Antisemiten Ohl für ungiltig erklärt wissen, weil die Agitation der gegnerischen ultramontan-antisemitischen Koalition die nationalliberale Partei im Wahlkampfe „verleumdet" und „verhetzt" hätte. Daß dieses Verlangen eine ganz neue Erscheinung im politischen Leben bedeute, gaben Herr Osann und Leidensgenossen freiweg zu, aber — so meinten sie — einmal müsse doch der Anfang mit der Sanierung der politischen Moral gemacht werden, und wenn die Herren vom nationalliberalen Tugendbunde nicht schon früher auf diesen moralischen Gedanken gekommen seien, zum Exempel bei der Entscheidung über aus ähnlichen Gründen angefochtene nationalliberale Wahlen, sondern just bei einer antisemitisch ausgefallenen, so sei das ja bedauerlich für die Antisemiten, solche Bedenken könnten indessen ein nationalliberales Herz nicht rühren. Herr Osann machte den Cato im Vergleich zu sich zum Waisenknaben. Er hat niemals den politischen Gegner herabgesetzt, er hat niemals mit Verunglimpfungen im Wahlkampfe gearbeitet, er hat solches auch niemals in seiner Partei bemerkt, diesem Reinen ist eben alles rein! Als nun die Sozialdemokraten mit einer ganz respektablen Reihe von „Ehrentiteln" aufwarteten, mit denen man sie aus dem „patriotischen", zum „Schutz von Thron und Altar" in erster Linie berufenen nationalliberalen Lager zu traktieren pflegt, als ebenso die ultramontanen Redner packende Illustrationen zu der „loyalen" Kampfesweise der „Partei Osann" gaben — da meinte Herr Osann kalt lächelnd, das gehöre nicht hierher. Jedes Ding müsse für sich betrachtet werden. Exemplifikationen seien unerlaubt. Wer aber den Mann während seiner Rede gesehen hat, wer seine vom Abg. Schmitt charakterisierte Eigenart kennt, der weiß, daß hinter der olympischen Stirne der Gedanke lebte: Quod licet Jovi, non licet — diis minorum gentium (was sich der höchste Gott erlauben kann, geziemet nicht den unteren Göttern). Herr Osann gehört, wie der Abg. Schmitt bemerkt, zu den Männern, die für sich selbst alles das als erlaubt ansehen, was sie bei anderen tadeln und verbieten . . ."

Dasselbe Bestreben zeigten die Nationalliberalen bei Prüfung der Wahl des Abg. Schmalbach. Trotzdem nämlich die Anfechtungen des unterlegenen nationalliberalen Kandidaten Muth sich als so völlig haltlos erwiesen hatten (vgl. Hessische Reform vom 1. Juli 1897), daß der ganze Ausschuß die Erklärung der Giltigkeit beantragte, waren sie gleich bereit, die Sache nochmals an diesen zurückzuverweisen. Den Grund hierfür hatte man darin gefunden, daß neue Beläge, unterschrieben von einigen gegnerischen Wahlmännern, eingelaufen seien. Die Gesetzesbestimmung, daß die Frist für Einreichung von Protesten schon nach zwei Wochen (es waren schon Monate verstrichen) nach Eröffnung der Kammer für die Wähler abläuft, war den nationalliberalen Herren in diesem Falle nicht erinnerlich.

Denkwürdig waren ferner die Kammerverhandlungen über die Wahlen von Grüneberg und Darmstadt. In beiden Kreisen waren unsere Kandidaten gegen Nationalliberale unterlegen, im ersteren Fleischhauer mit 16 gegen 18 Stimmen, in letzterem Götz mit einem weniger guten Zahlenverhältnis. Nun erboten sich unsere Parteigenossen im Wahlprotest, zu beweisen, daß einer der Wahlmänner, die gegen Fleischhauer gestimmt hätten, ein Nichthesse, d. h. nicht wahlberechtigt gewesen sei, womit die Möglichkeit einer unentschiedenen Wahl (17 gegen 17 Stimmen) gegeben worden wäre, da das Mandat des Nichthessen hätte kassiert werden müssen. Diese Kleinigkeit wurde aber weiter nicht beachtet. Die Wahl wurde ohne weiteres bestätigt. Der Protest gegen die Darmstädter Wahl wurde in ähnlich einfacher Art erledigt, die allerdings noch den Vorzug hatte, im parlamentarischen Leben unerhört zu sein. Da die gesetzliche Bestimmung, „es sollen drei Urkundspersonen bei einer Wahl im Wahllokal vorhanden sein", unbestritten verletzt worden

war, weil deren nur zwei anwesend gewesen waren, so schien eine Ungiltigkeitserklärung selbstverständlich zu sein, und sämtliche Parteien außer den Nationalliberalen erklärten sich hierin einig. Nun stellten diese, als die Abstimmung erfolgen sollte, den naiven Antrag, man solle sie verschieben, bis zwei fehlende und drahtlich benachrichtigte Fraktionsgenossen anwesend wären; diese brauchten sie nämlich gerade, um die Mehrheit zu bekommen. Der Antrag wurde von den anderen Parteien geschlossen abgelehnt, aber wenigstens Fortsetzung der Erörterungen auf Nachmittag festgesetzt. Die dann wieder beginnenden Verhandlungen suchten nun nationalliberale Redner durch endlose und zahlreiche Reden zu verschleppen. allen voran wieder Abg. Osann; es sollen (vgl. „Badischer Volksbote" vom 8. Mai 1897) über diese einfache Sache nicht weniger als 15 Redner 23 mal gesprochen haben. Aber auch das half nichts, die Ersehnten kamen immer noch nicht. Indessen die nationalliberalen Volksvertreter wußten Rat: sie verließen einfach den Saal und machten dadurch die Kammer beschlußunfähig. Und wirklich haben sie denn auch dadurch ihren Willen erreicht. Denn als dann später die Abstimmung endlich vorgenommen wurde, hatten sie gerade, da die Säumigen zugegen waren, unser Abg. Schmalbach aber wegen Krankheit fehlte, die Mehrheit und machten davon auch unbedenklich Gebrauch.

Es verdient hier noch ein Fall kurz behandelt zu werden, der seinerzeit großes Aufsehen erregte und abfällige Beurteilung nicht nur in unseren Blättern, sondern auch in vielen anderen fand, die uns in der Regel nicht eben wohlwollen. Während der Wahlagitation für die Reichstagsersatzwahl im November 1896 hatte sich die Stadtverwaltung von Mainz, offenbar infolge jüdischen Einflusses, geweigert, unserem Kandidaten Wolf den Saal der Stadthalle zur Abhaltung von Versammlungen zu geben, trotzdem er bis dahin allen Parteien ohne Ausnahme zur Verfügung gestellt worden war. Daraufhin bewarb sich eine Anzahl von Mainzer Bürgern schriftlich darum, um ihn dann Wolf zu überlassen. Gleich darauf veröffentlichten die judenfreundlichen Blätter (zweifellos auf Grund eines groben Vertrauensbruches durch einen städtischen Beamten) ihre Namen, um sie zu „brandmarken". Nunmehr wurden 5 Gymnasiallehrer, die zu den Unterzeichnern gehörten, nach Darmstadt ins Ministerium beschieden und dienstlich verwarnt, einer sogar strafversetzt. Und wer war es, der als Dezernent also bestimmte? Herr Geh. Oberschulrat Soldan, der nationalliberale Gegenkandidat! Aber er hatte daran nicht genug, er hielt es noch für nötig, in einer öffentlichen Versammlung in Mainz die Drohung auszustoßen: „Was ich als Oberschulrat thun werde, um das Eindringen des Antisemitismus in die Schule zu verhindern — nun, meine Herren, warten Sie's nur ab." Und dabei hatten sämtliche Unterzeichner der fraglichen Eingabe ausdrücklich — der Wahrheit gemäß — hervorgehoben, daß keiner von ihnen der Deutsch-sozialen Reformpartei angehöre! Natürlich aber thaten die Nationalliberalen weder vor noch nach der Wahl das Geringste gegen diesen Mißbrauch des Amtes durch ihren Kandidaten, fanden sich auch durchaus nicht veranlaßt, sich etwa bei Gelegenheit der deshalb eingebrachten antisemitischen Anfrage in der Kammer (Bähr und Genossen) irgendwie dazu zu äußern.

Hamburger Bürgerschaft. Während der allgemeinen Hamburger Wahlen im Februar 1898 waren im 27. Bezirk (Barmbeck), wo Abg. Raab außer in seinem alten Wahlkreise aufgestellt worden war, ganz offenbare Gesetzeswidrigkeiten vorgekommen. Trotzdem nämlich § 21 Abs. 3 des Hamburger Wahlgesetzes lautet: „Jeder Wähler hat seinen Zettel, auf welchem die Personen, denen er seine Stimme geben will, namhaft zu machen sind, nachdem derselbe verdeckt gestempelt worden, per-

sönlich in den verschloſſenen Zettelbehälter zu legen", hatte der Wahlvorſteher, wie er auch ſelbſt zugab, den Wählern, zum Teil gegen ihren Widerſpruch, die Zettel abgenommen und ſelbſt in den Behälter gelegt. Damit war natürlich der Zweck des Geſetzes, den Wähler davor zu ſchützen, daß ſeine Abſtimmung etwa durch Befühlen des Zettels ermittelt werde, vereitelt. Daraufhin beantragte der Ausſchuß für Wahlprüfungen einſtimmig, die Wahl für ungiltig zu erklären. Es hieß in ſeinem Berichte: „Dieſe Verletzung hat zur unvermeidlichen Folge, daß die Wahl beanſtandet werden muß" Trotzdem ſprachen für den Antrag nur ganz wenige Mitglieder der Bürgerſchaft, und bei der Abſtimmung erklärte ſich die große Mehrheit dagegen. Der Präſident, der wohl glaubte, mißverſtanden zu ſein, ließ, wie es nur ſehr ſelten vorkommt, zum zweiten Male abſtimmen. Aber das Ergebnis blieb dasſelbe. Die wackere Mehrheit hatte alſo gegen die Wahl, deren Ungeſetzlichkeit gar nicht verkannt werden konnte, nichts, rein gar nichts einzuwenden. Ja, warum wurde denn aber der Ausſchuß in dieſer unverfrorenen Weiſe vor den Kopf geſtoßen und das Recht ohne Bedenken gebeugt? Weil bei einer Nachwahl ein Kandidat unſerer Partei, die nur um 18 Stimmen geſchlagen war, aller Wahrſcheinlichkeit nach gewählt worden wäre. Das ſtellte ſogar der „Vorwärts" feſt, dem eine derartige Behandlung der ſonſt ſo gehaßten Antiſemiten denn doch zu — wenig unparteiiſch war. Abg. Raab ſtellte bei paſſender Gelegenheit in einer Geſamtſitzung der Bürgerſchaft an den erwähnten Ausſchuß die Anfrage, ob er etwa gewillt ſei, eine ſolche Mißtrauenskundgebung ruhig einzuſtecken. Der Erfolg davon war freilich ein anderer, als man hätte erwarten ſollen. Der Redner wurde fortgeſetzt durch Zwiſchenrufe und Lärmen unterbrochen und von dem jüdiſchen Präſidenten Hinrichſen nach Möglichkeit mit Ordnungsrufen bedacht; ſchließlich hielt dieſer es für ſeine Pflicht, die angegriffene Bürgerſchaft dadurch zu ſchützen, daß er ihm ſchlankweg das Wort entzog. Der tapfere Ausſchuß aber — ergab ſich ſtill und gefaßt in ſein Schickſal.

Abg. Raab hatte überhaupt in der Bürgerſchaft, die aus lauter waſchechten Liberalen verſchiedener Schattierungen beſteht, einen nicht leichten Stand. Er wurde grundſätzlich als Eindringling angeſehen und daher ſo wenig wie nur irgend möglich beachtet. So fanden auch ſeine Anträge eine wenig liebevolle Behandlung. Der Antrag, die Sonntagsruhe auch für die Dauer des Turnerfeſtes beizubehalten, kam allerdings auf die Tagesordnung, wurde dann aber gegen 10 Stimmen abgelehnt, trotzdem er auf Wunſch zahlreicher ſelbſtändiger Gewerbetreibender und großer Handlungsgehilfenvereine geſtellt worden war. Der auf Einführung der Umſatzſteuer wurde einem Ausſchuſſe überwieſen, aber offenbar nur mit Rückſicht auf die immer mehr wachſende Strömung zu Gunſten einer ſolchen Beſtimmung, denn bis jetzt hat man davon noch nichts Erhebliches wieder gehört. Die anderen Anträge ließ die Bürgerſchaft einfach alle unter den Tiſch fallen. Bezeichnend iſt aber, daß einige Zeit ſpäter der jüdiſche Abg. Heßlein den Antrag auf Beſſerung der Gehalts- und Anſtellungsverhältniſſe der unteren und mittleren Beamten wieder aufnahm und nunmehr ohne weiteres erreichte, daß er einem Ausſchuſſe zur Vorberatung übergeben wurde. Doch iſt auch hierbei ein Erfolg noch nicht eingetreten, vielmehr wurde die ganze Sache (wie damals das „Deutſche Blatt" treffend ausführte) nur zu einem Wahlmanöver benutzt, um die Stimmen der Beamten einzufangen.

Die Deutsch-soziale Reformpartei
und
Die Reichstagswahlen des Jahres 1898.

Von W. Giese.

I. Vorzeichen und Vorbereitungen.

Um den Ausgang der letzten Reichstagswahlen, soweit die Deutsch-soziale Reformpartei dabei beteiligt war, richtig zu beurteilen, muß man einen Rückblick auf die Entwickelung der Partei in den vorausgehenden Jahren, auf ihre Vertreter im Reichstage, ihre Presse, ihre Stellung zu den anderen Parteien und den modischen, parteilosen politischen Gebilden werfen. Ich beschränke mich hierbei auf die Zeit seit Konstituierung der Partei (Oktober 95, Erfurter Parteitag) und beginne mit den Vorgängen innerhalb der Fraktion.

Am 1. Juli 96 trennte sich der Abg. Lieber-Stroga (Vertreter des Wahlkreises Meißen-Großenhain) von der Fraktion bei der namentlichen Schluß-Abstimmung über das bürgerliche Gesetzbuch: Während die Fraktion Stimmenthaltung beschlossen hatte, stimmte Herr Lieber mit „Ja", ohne vorher seinen Fraktionsgenossen gegenüber seine abweichende Stellungnahme begründet oder auch nur bekundet zu haben. Einige Tage darauf erklärte er schriftlich seinen Austritt aus der Fraktion und bereits am 8. Juli hatte sich die sofort zusammenberufene Vertrauensmännerversammlung des Wahlkreises mit dem Vorfall zu beschäftigen. Sie nahm von der folgenden Erklärung des Abg. Lieber, der übrigens selbst erschienen war, Kenntnis:

> „Meinen Wählern gebe ich hierdurch bekannt, daß ich aus der Reichstagsfraktion der Deutsch-sozialen Reformpartei ausgetreten bin, da ich deren Stellungnahme zum Bürgerlichen Gesetzbuche nicht teilte und nach reiflicher Ueberlegung meiner persönlichen Einsicht folgte. Ich werde mein Mandat auch weiterhin treulich erfüllen, ohne mich einer anderen Fraktion anzuschließen und bleibe im übrigen meiner Ueberzeugung und der bisher von mir vertretenen Sache treu. Großenhain, den 8. Juli 1896. Heinrich Lieber, Mitglied des Reichstages." —

Das hieß also, daß Herr Lieber seinen Austritt aus der Fraktion aufrecht erhielt, sich im übrigen aber nach wie vor zu den Grundsätzen der Partei bekannte. Die Vertrauensmänner gaben sich damit zufrieden und es behielt bis zu den Neuwahlen dabei sein Bewenden.

Im Juni 1897 überraschte der Abgeordnete Professor Paul Förster seine Fraktionsgenossen dadurch, daß er seinen Austritt aus der Fraktion erklärte. Diese ließ über den Vorfall folgende Mitteilung an die gesinnungsverwandten Blätter versenden:

Professor Dr. Förster's Austritt aus der Fraktion der Deutsch-sozialen Reformpartei ist durch die Presse bekannt geworden. Um allen irrtümlichen Vermutungen, die sich in den Kreisen unserer Parteifreunde an diese Thatsache knüpfen könnten, und allen Entstellungen der Gegner von vornherein den Boden zu entziehen, hat die Fraktion heute einstimmig beschlossen, den Briefwechsel zu veröffentlichen, der über den Austritt zwischen den Herren Abgeordneten Zimmermann und Förster stattgefunden hat. Wir bemerken ausdrücklich, daß kein anderer mündlicher oder schriftlicher Meinungs-Austausch über diese Angelegenheit vorhergegangen ist, und überlassen es unseren Parteifreunden, danach selbst zu entscheiden, ob die Gründe Dr. Försters stichhaltig sind.

I.

Friedenau, 11. 6. 97. Werter Herr Amtsgenosse Zimmermann! Hierdurch erkläre ich meinen Austritt aus der Fraktion der Deutsch-sozialen Reformpartei. Den Entschluß habe ich gefaßt, weil ich mich mit der Führung der Partei je länger je weniger eins weiß, sowohl was unsere politische Fortbildung, den weiteren gedanklichen Ausbau auf Grund des Programms betrifft, als bezüglich unserer Taktik und Agitation und Geschäftsführung. Irgend eine Gegenstellung zu der Partei liegt für mich ausgeschlossen; von Fall zu Fall werde ich weiter mit ihr arbeiten. Ich lehne aber eine Verantwortung für ihre Thätigkeit bezw. Unthätigkeit ab. Dem Bureau des Reichstages mache ich selbst Mitteilung. Heil! Ihr ergeb. Paul Förster.

II.

12. 6. 97. Geehrter Herr Kollege! Falls Sie Ihre Erklärung betr. Austritt aus der Fraktion noch nicht dem Bureau des Reichstages und der Oeffentlichkeit unterbreitet haben, wie ich hoffe, möchte ich Sie bitten, diesen Schritt, bezw. die Entscheidung bis nach einer Unterredung mit mir oder nach einer Fraktionszusammenkunft hinauszuschieben.

Sie können und werden sich selbst sagen, welche Deutungen und Mißdeutungen Ihr Schritt in der Oeffentlichkeit finden wird, wie insbesondere die Gegner helle Freude haben werden. M. E. kann und könnte die antisemitische Bewegung in Deutschland durch nichts zu Grunde gerichtet werden, außer durch die Antisemiten selbst. Aus Ihren allgemein gehaltenen Wendungen in Ihrem Briefe vermag ich nicht zu ersehen, was Sie zu diesem unerwarteten Schritt treibt. Ich muß Sie also bitten, Ihre Anschuldigungen gegenüber der Fraktion und der Parteileitung im einzelnen auch durch Thatsachen belegen zu wollen.

Das hätte ich bei der persönlichen Wertschätzung, die ich Ihnen stets bewiesen, aber wohl erwarten dürfen, daß Sie mir mündlich oder schriftlich erst Ihre Beschwerden vorgetragen und nachher erst einen so weittragenden Entschluß gefaßt,[1]) wenn die Fraktion sich ablehnend oder abweisend verhalten hätte. Ihrer ev. näheren Mitteilung entgegensehend, mit deutschem Gruß Ihr ergebener Zimmermann.

III.

Friedenau, 13. 6. 97. Geehrter Herr Abgeordneter Zimmermann! Den Schritt habe ich mir seit längerem weislich überlegt, ich werde ihn nicht zurückthun.

Auf eine Mißdeutung desselben muß ich es schon ankommen lassen, indes das kann ich wohl um so eher, als ich, wie ich Ihnen schon schrieb, in ein gegensätzliches Verhältnis zu der Partei nicht treten will.

Sie wünschen Thatsachen. Ich könnte allerlei anführen, begnüge mich aber mit dem Folgenden:

Fraktionssitzungen sind seit Monaten gar nicht mehr abgehalten worden, früher auch nicht in genügender Weise. Die beiden Wahlen in Königsberg und Wiesbaden sind nicht besprochen, kein Entschluß ist gefaßt worden. Der nächste Parteitag hätte m. E. längst vorbereitet werden müssen, soll er nicht eine ziemlich belanglose Zusammenkunft, wie der in Halle, werden. Dazu hätten dann auch die Dr. Stolp'schen Sätze mit besprochen werden müssen, die wohl umständlich, aber doch geeignet sind, uns ein Stück vorwärts zu bringen. Und gerade in der sozialen Politik fehlt es uns noch an der rechten Stellungnahme und an der rechten Auslegung unseres vorläufig brauchbaren, indes doch nicht ausreichenden Programms. Mittelstand und Mittelstand,

[1]) Der Wortlaut der Briefe ist sichtlich durch einige kleine Inkorrektheiten entstellt. Ob sie der mir vorliegenden Vervielfältigung zur Last fallen, vermag ich nicht zu entscheiden.

darauf sitzen wir fest, ohne daß recht ersichtlich wird, was wir wollen und was wir nicht wollen.

Von dem überaus mangelhaften Besuche des Reichstages auf seiten unserer Fraktion, von unseren ganz unzureichenden Preßverhältnissen will ich nicht weiter reden. Die Folge jenes Besuches und des Mangels an aller Beredung ist, daß die Stellung zu den wichtigsten Gegenständen dem Belieben des Einzelnen überlassen bleibt.

Und demgemäß wird unsere Bewegung auch im Lande keine rechten Fortschritte machen. Stillstand und Mangel am Leben überall! Oder zu viel Leben, d. h. oberflächlicher Radau mit verbrauchten Schlagworten!

Welchen Wert hat die Zugehörigkeit zu einer solchen Partei! Und welche Lücke andererseits reißt mein Austritt in das Parteigefüge! Ich will also auch ferner in allem mithelfen, was ich vertreten kann, lehne aber jede Verantwortung ab und gehe meinen eigenen Weg. Heil! P. Förster.

Die in diesem Schreiben gegen die Fraktion und die Partei erhobenen Vorwürfe sind im wesentlichen dieselben, die schon seit Jahren in der gegnerischen Presse wiederkehren und in der öffentlichen Diskussion schon oft genug widerlegt worden sind. Insonderheit ist es unrichtig:

1. daß keine Fraktionssitzungen seit Monaten stattgefunden hätten. Wohl aber hat Herr Prof. Förster mehrfach bei solchen Sitzungen gefehlt;

2. ist es irrtümlich, daß die Wahl in Königsberg nicht besprochen worden sei: Die Beteiligung an dieser Wahl ist im Parteivorstand vielmehr aller Form nach besprochen. Die Wiesbadener Kandidatur ist bekanntlich überhaupt nicht zu stande gekommen;

3. daß der Parteitag in Halle eine „ganz belanglose Zusammenkunft" gewesen sei, ist eine Auffassung, für die Herr Prof. Förster schwerlich unter den Teilnehmern an jenem Parteitage einen Gläubigen finden wird;

4. es ist ganz unrichtig, daß der Besuch des Reichstages seitens unserer Fraktion besonders mangelhaft gewesen sei. Im Gegenteil sind wir nach der darüber aufgestellten Statistik relativ fleißige Besucher gewesen, trotzdem die Schwierigkeiten für unsere Abgeordneten, immer in Berlin zu sein, größer sind, als bei irgend einer anderen Partei;

5. der Behauptung Dr. Förster's, daß unsere Bewegung im Lande keine rechten Fortschritte mache, stehen schon die entgegengesetzten, in diesem Falle beweiskräftigen Notrufe in der jüdischen Presse gegenüber;

6. wo Herr Prof. Förster seine Erfahrungen über Radauversammlungen unserer Partei gemacht hat, wissen wir nicht, verwahren uns aber gegen eine Verallgemeinerung seiner persönlichen Erlebnisse auf die Zustände in der Partei;

7. wenn Herr Prof. Förster die auf Erhaltung des Mittelstandes gerichtete Thätigkeit ermüdend findet, so wissen wir uns eben von Einseitigkeit in der Auffassung frei, wenn wir im Gegenteil es für Pflicht unserer Partei erachten, unermüdlich auf die sozialpolitische Bedeutung des Mittelstandes, und zwar nicht lediglich in seinem, sondern im Interesse der Allgemeinheit hinzuweisen.

Herr Prof. Förster hat in seinem an den Vorstand des Provinzialverbandes für die Provinz Brandenburg gerichteten Schreiben, worin er sein Amt als Vorsitzender niederlegt, auch seinen Austritt aus der Partei ausdrücklich erklärt. Wir nehmen davon mit der Erklärung Kenntnis, daß wir selbstverständlicherweise den Kreis Neustettin als zum Besitzstand der Partei gehörig betrachten und die entsprechenden Folgerungen für die nächsten Wahlen ziehen werden. — Berlin, den 23. Juni 1897. Die Fraktion der Deutschsozialen Reformpartei.

Ich halte es nicht für meine Aufgabe, an dieser Stelle Vermutungen über die tieferliegenden Beweggründe Försters aufzustellen. Der Leser muß sich da selbst ein Urteil aus den Thatsachen bilden, die der Austrittserklärung vorausgegangen sind. Darüber ist in Kürze folgendes zu berichten. Förster hatte Anfangs der Deutsch-sozialen Partei angehört, die in Bochum 1889 ihren Namen nach seinem Antrage erhielt.

Am 26. Juni 1892 wurde dann in Berlin der „erste norddeutsche Antisemitentag", an dem sich auch Förster beteiligte, abgehalten. Man setzte unter dem Namen „antisemitischer Agitationsverband für Norddeutschland" einen Ausschuß

nieder, dem auch F. angehörte. Die Ziele des Verbandes wurden durch folgende Beschlüsse festgelegt:

„Zur Einleitung einer einheitlichen Agitation und Organisation beschließt der erste norddeutsche Antisemitentag in Berlin die Begründung eines antisemitischen Agitations-Verbandes für Nord-Deutschland, der die Aufgabe hat, die Anhänger aller antisemitischen Gruppen für die gemeinsame Sache dienstbar zu machen durch Gründung von Vereinen und Abhaltung von Versammlungen. Dieser Verband wird aus 15 Personen gebildet. Ausführender Körper der Beschlüsse ist der deutsche Antisemitenbund in Berlin. . . . Der norddeutsche Antisemitentag erwartet von den gegenwärtigen Führern der beiden antisemitischen Einzel-Parteien, daß sie der auf diesem Tage hervorgetretenen Einigkeit Rechnung tragen und das ihrige dazu beitragen werden, daß endlich einmal das Geschiedensein dieser beiden Richtungen aufhöre. Es ist unerläßlich, daß wir nur eine Partei bilden."

Die „norddeutsche Vereinigung"[1]) stellte sich also außerhalb der anderen antisemitischen Parteien und gewissermaßen über sie, gestattete den Anhängern der anderen Parteien den Beitritt, nahm aber für sich die Leitung der Bewegung in Nord-Deutschland in Anspruch. Praktisch trat sie in den preußischen Provinzen östlich der Elbe durchaus als selbständige Partei auf.

Daneben scheint F. auch Vorstandsmitglied der Deutsch-sozialen Partei gewesen zu sein, denn er veröffentlichte Neujahr 1893 eine Erklärung, durch die er aus dem Vorstande austrat und in der er unter anderem sagte:

„Meine Ablehnung, an der Leitung vorläufig weiter Anteil zu haben, hat nur darin ihren Grund, daß ich für das, was innerhalb der Partei vorgeht, und was irrtümlicherweise einem Beschlusse der Gesamtleitung zugeschrieben werden könnte, nach keiner Seite hin verantwortlich gemacht werden möchte und es darum vorziehe, bis zur Neuordnung unserer Partei als „Wilder" thätig zu sein." (D.-s. Bll. Jahrg. 93 S. 9.)

Trotz des Wunsches, „wild" zu bleiben, beteiligte sich F. an dem deutsch-sozialen Parteitage zu Hannover (22. Mai 1893) und griff lebhaft in die Verhandlungen ein. Nach Berlin zurückgekehrt, veröffentlichte er eine lange Auslassung über den Parteitag, die in folgenden Sätzen gipfelte:

„Und schließlich ein notwendiges Wort über den Wert der Abstimmung bei solchen Parteitagen. Ich erkläre die in Hannover in der Hauptsache für nichtig und für die Partei nicht verbindlich. Erstlich waren die Beratungen im allgemeinen unzureichend, um eine Abstimmung zu rechtfertigen. Zweitens war die Partei unzureichend vertreten. Die einzelnen deutschen Verbände und Landschaften waren so ungleichartig vertreten, daß von einem wirklichen Parteitage eigentlich nicht die Rede sein kann. Ferner übt naturgemäß der Leiter solcher Versammlungen, namentlich wenn er zugleich der Vorsitzende des am stärksten vertretenen Provinzialverbandes ist, einen unverkennbaren Einfluß aus. Die einzelnen, denen ich mit dieser Bemerkung durchaus nicht zu nahe treten will, sind weniger frei, als sie meinen. . . . Wäre es möglich, die „Beschlüsse" des Hannoverschen Parteitages der gesamten Partei in Nord und Süd, Ost und West zur nochmaligen gründlichen Beratung und Beschließung vorzulegen, so würde das Ergebnis wohl ohne Zweifel ein anderes sein. Es würde sich empfehlen, daß der neuzuerschaffende Gesamtvorstand sie nochmals in aller Form nachprüfte. — Alle unsere Blätter werden ersucht, diese Erklärung abzudrucken. 29. Mai 1893. Paul Förster."

Am 18. Juli 1893 wurde F. bei der Ersatzwahl im Wahlkreise Neustettin in den Reichstag gewählt. Er übernahm bei seiner Aufstellung die Verpflichtung, der Deutschen Reformpartei beizutreten. Da die Beziehungen zwischen

[1]) So nannten sich die Anhänger des „Agitationsverbandes" seit dem zweiten norddeutschen Antisemitentage (17. Sept. 93).

der deutsch-sozialen und der Reformpartei zu jener Zeit äußerst gespannte waren, so beschäftigte sich die Vertrauensmännerversammlung der Deutsch-Sozialen zu Kassel (30. Sept. u. 1. Okt. 93) mit F.'s Stellung. Er war eingeladen, aber nicht erschienen. Man beschloß einstimmig, ihm die Ueberzeugung auszusprechen, daß das Hospitieren bei der Reformpartei mit der Zugehörigkeit zur Deutsch-sozialen Partei unvereinbar sei. Sollte er sich ersterer dennoch anschließen, so werde man annehmen müssen, daß er auf die Zugehörigkeit zur Deutsch-sozialen Partei verzichte. Das beantwortete F. in einem Schreiben, in dem er seinen Austritt erklärte. Es lautete:

„Friedenau bei Berlin, den 15. Oktober 1893. Herrn Dr. König (Witten). Ich bestätige den Empfang des Beschlusses der Vertrauensmänner-Versammlung der Deutsch-sozialen Partei in Kassel vom 1. Oktober und erlaube mir, etwas ausführlicher darauf zu antworten. Ich weiß noch nicht, wie meine Stellung zu der Deutschen Reformpartei sich gestalten wird, da ich mit deren Vorstande erst Rücksprache nehmen will und dessen Bedingungen zu dem Anschluß als Hospitant nicht kenne. Die Beratungen und Beschlüsse des Marburger Parteitages an und für sich würden, so weit sie mir bekannt geworden sind, nicht ausreichen, um mich in der Absicht, jener Partei näher zu treten, irre zu machen. Allerdings ist dort der Deutsch-sozialen Partei der Friede gekündigt worden. Das ist aber das Recht jeder Partei, Beschimpfungen aber „der Deutsch-sozialen Partei" kann ich nicht darin erblicken, daß auf dem Parteitage und in einzelnen Blättern der Reformpartei einige scharfe persönliche Aeußerungen gefallen sind. Wir sind dergleichen ja leider seit je gewöhnt. Person und Sache dürfen aber nicht derartig gleichgestellt werden, daß verletzende Worte, die dem einzelnen gelten und die auch ich mißbillige, als der ganzen Partei geltend angesehen werden. Ich würde für mich daraus umsomehr die Verpflichtung entnehmen, als Mittelsmann nach beiden Seiten hin Fühlung zu suchen, um die Sache nicht entgelten zu lassen, was einzelne gegen einander haben und versehen. Wollte ich selbst es so genau nehmen, so würde ich mich aus eigenen Stücken veranlaßt gesehen haben, der Deutsch-sozialen Partei aufzusagen, mit Berufung auf vielerlei mißgünstige und anzügliche Bemerkungen über mich und andere Parteigenossen in der „Deutsch-sozialen Korrespondenz", die sich als das offizielle Organ der Partei bezeichnet. Solche Bemerkungen sind mir jedoch nicht ausreichend erschienen, um der Partei den Rücken zu kehren.

Ich muß dies aber jetzt thun und meinen Austritt erklären wegen des Beschlusses, der in Kassel bezüglich des „sogenannten" Antisemitentages gefaßt worden ist. Ich bin der Meinung, daß die von mir mitbegründete Vereinigung zeitgemäß und in den Verhältnissen begründet ist. Mögen die Deutsch-soziale und die Reformpartei, da sie sich nicht einigen können, eine jede in ihrem Gebiete weiter arbeiten. In Norddeutschland, wo beide Richtungen durcheinander gehen, kann eine Störung an Stelle wirksamen Zusammengehens nur durch eine solche freie Vereinigung aller in Betracht kommenden Gruppen vermieden werden. Ich sehe darum in der Begründung der Vereinigung einen entschiedenen Fortschritt unserer Sache, und die Erfahrung wird zeigen, daß wir das rechte getroffen haben. Ich bedauere darum 1. die falsche, auf unzureichender Kenntnis der Verhältnisse beruhende Auffassung und die unbegründete Voreingenommenheit, die dem Kasseler Beschluß augenscheinlich zu Grunde liegt und die sich auch in der „Deutsch-sozialen Korrespondenz" ausspricht; 2. den Beschluß, in dem nördlichen und nordöstlichen Deutschland selbständig organisieren und agitieren zu wollen, anstatt uns hier freie Hand zu lassen. Während jede Agitation willkommen zu heißen ist, würde durch eine selbständige Organisation eine unnötige Störung hineingetrieben werden. Aus diesem Grunde werden wir solche Bestrebungen, die die geplante Einigkeit zu durchbrechen geeignet sind, zu vereiteln suchen müssen. Daß die jetzt getrennten Wege einmal wieder zusammenführen werden, bezweifle ich nicht; vorläufig habe ich, wie ich wohl sehe, den meinigen unabhängig von der Partei zu gehen, der ich bisher angehört habe, ohne damit ihr Gegner zu werden; vielmehr werde ich nicht aufhören die Aufgabe der Einigung aller antisemitischen Richtungen weiter zu erfüllen. — Professor Förster, Mitglied des Reichstages."

Der Deutsch-sozialen Reformpartei schloß sich die Norddeutsche Vereinigung gleich bei ihrer Gründung an, mit ihr F., der sich auch als Vertreter der Vereinigung lebhaft an den Verhandlungen des Einigungstages zu Eisenach (Okt. 94) beteiligt hatte. Er gehörte auch der in Eisenach gewählten Programm-Kommission und deren engerem Ausschusse (Zimmermann, v. Liebermann, Förster) an. — Im Mai 1896 rief F. im Auftrage der Parteileitung den brandenburgischen Provinzialverband wieder ins Leben und trat als Vorsitzender an seine Spitze. Der pommersche Provinzialverband wählte ihn (es dürfte im Januar 95 gewesen sein) zu seinem Ehrenvorsitzenden. — Dem Parteitage zu Halle (11. u. 12. Okt. 96) lag ein Antrag F.'s vor, ein billiges antisemitisches, für ganz Deutschland bestimmtes Parteiblatt zu begründen[1]), der aber nicht angenommen wurde, weil man den schon vorhandenen Blättern keine neue Konkurrenz bereiten wollte, und weil der Antragsteller nicht nachwies, woher die großen, für solch Unternehmen erforderlichen Mittel genommen werden sollten.

Auch zu dem Halleschen Parteitage schrieb F. ein langes Nachwort (D. Wacht, 25. Nov. 96), in dem es unter anderem hieß:

„. . . . Mein Antrag, betreffend die Begründung eines billigen für ganz Deutschland bestimmten Parteiblattes wurde abgelehnt, obwohl ich ihn mit Gründen stützte, die nicht zu verkennen sind und die nicht widerlegt worden sind. Es war einer der wenigen wirklich sachlichen, dringlichen und wichtigen Anträge. Was der Abg. Zimmermann dagegen vorbrachte, war von gewissen Standpunkten aus, dem des „Real-Politikers", wohl verständlich und auch in der Form angemessen, doch nicht ausschlaggebend. Was der Abg. Werner äußerte, enthielt Gründe zwar nicht; dafür sollte die unnötig und unbegründet scharfe Form aufkommen. Daß die Versammlung mir nach diesen Ausführungen gleichwohl durch Uebergang zur Tagesordnung das Wort abschnitt, war — nun sagen wir, nicht nötig. Der Antrag ist so notwendig, daß er wiederkommen und schließlich doch angenommen werden wird. . . . . Aeußerlich war ja nun der Verlauf des Parteitages ganz schön; man verkehrte friedlich, fast zu friedlich miteinander, viel friedlicher, als es auf anderen Parteitagen herzugehen pflegt, wo man kräftig gegeneinander herauskommt. Und das thut nichts: wenn man sich gegenseitig nur duldet, wenn man wohl einmal grob und derb, doch nicht hämisch gegeneinander spricht, und wenn man nicht ob solcher Vorfälle gleich die Kabinetsfrage „Sein oder Nichtsein", „Ich oder Du" stellt!"

Der Verfasser spricht dann die Hoffnung aus, daß man auf dem nächsten Parteitage bei der Beratung über die Arbeiterfrage die spezifischen Arbeiterforderungen ausgiebig berücksichtigen werde, und fährt fort: „Schrecken wir aber davor zurück, so wird unzweifelhaft auch in unserer Partei eintreten, was die christlich-soziale Partei erlebt hat: eine Trennung zwischen einer — man gestatte den Ausdruck — rückständigen Mittelstandsrichtung und einer jedem ehrlichen Stande zu seinem Rechte verhelfenden gesamt-volklichen und volkstümlichen Richtung. Ich male den Teufel an die Wand, damit er nicht komme. Es war für die, welche Verschiedenheiten der Meinung nicht aufbauschen, welche nicht Gespenster sehen und welche ihre Eigenliebe nicht hinter unerweisbaren Behauptungen und Anfeindungen verdecken, sondern die notwendige Selbst-

[1]) Förster hatte bereits zu Neujahr 94 eine Tageszeitung „Frei-Deutschland" begründet, die in Berlin bis Pfingsten 98 erschien. Im Januar 96 sagte sich F. von dem Unternehmen durch die folgende in der „D. Wacht" (25. Jan. 96) veröffentlichte Erklärung los: „Die Zeitung „Frei-Deutschland" ist aus dem Verlage einer Gesellschaft m. b. H., die aus Parteigenossen bestand, in die Hand eines einzelnen Besitzers übergegangen, der nicht verpflichtet ist, sie im Sinne unserer Grundsätze und Forderungen fortzuführen: Die Zeitung darf sich also nicht mehr mit Fug und Recht als unser „Parteiblatt" ausgeben. Aus diesem Grunde habe ich auch untersagt, daß mein Name als der des „Begründers" der Zeitung fernerhin im Kopfe der Zeitung geführt werde; und wenn er dort weiter stehen sollte, so geschieht das durch Mißbrauch. Die an dem Unternehmen Beteiligten haben zugleich mit dessen Aufgabe ins Auge gefaßt, ein anderes, wohlvorbereitetes — eine gute volkstümliche Zeitung unserer Richtung — in etwa Jahr und Tag ins Leben zu rufen. Prof. Dr. Paul Förster, M. d. R."

zucht üben, bisher kein zureichender Grund, die Einheit der Partei in Frage | zu stellen. Ich hoffe das Gleiche von der Zukunft."

Seit dieser Kundgebung ist nichts bekannt geworden, was auf eine Verstimmung bei F. hätte schließen lassen, seine Austrittserklärung kam auch den Nächstbeteiligten ganz unerwartet. Der Brief von Herrn Zimmermann und die Erklärung der Fraktion läßt das deutlich erkennen. F. schloß sich nach seinem Austritt aus der Partei Herrn v. Mosch in Berlin an, der im „Germanischen Volksbunde" seine persönlichen Anhänger um sich vereinigt hatte. Nach den allgemeinen Reichstagswahlen entstanden in dieser Vereinigung Mißhelligkeiten. Die beiden Führer, Förster und v. Mosch, schieden mit einem Teil der Mitglieder aus und gründeten den „Deutschen Volksbund", der sie zu seinen Großmeistern ernannte. —

Der ungünstige Eindruck, den F.'s Austritt bei Freund und Feind machte, wurde durch eine Kundgebung verstärkt, die der Reichstagsabgeordnete Köhler am 11. August 97, veranlaßt durch allerlei Anzapfung der „Hessischen Landesztg." und der „Frankfurter Ztg.", veröffentlichte. Er sagte darin über seine Beziehungen zur Partei:

„. . . . . 5.) Meine Beziehungen zur Deutsch-sozialen Reformpartei beabsichtige ich vor der Hand nicht zu lösen, da mich die Zugehörigkeit zu derselben nicht im geringsten geniert. „Liebermanns Führung" für mich ganz und gar nicht vorhanden ist und ich vollständige Bewegungsfreiheit innerhalb und außerhalb des Reichstages wie des hess. Landtages habe. Ich selbst bin hessischer Bauernbündler, Radau-Antisemitismus lag und liegt mir vollständig fern; ich stehe auf dem gleichen Boden wie der „Bayerische Bauernbund", dem ich nach einer etwaigen Wiederwahl im Jahre 1898 — sofern derselbe eine eigene Fraktion im Reichstage bilden wird — jedenfalls als Hospitant beitreten werde." (Die „Zeit", Nr. 186.)

Der Gesamtvorstand und die Parteileitung fanden keinen Anlaß, zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen, da sich ihr materieller Inhalt lediglich auf in der Zukunft vielleicht eintretende Fälle bezog. An der von den Juden beherrschten Börse der öffentlichen Meinung wurden diese Vorkommnisse natürlich in der üblichen Weise eskomptiert: Diese Nachrichten gingen, wie alles, woraus sich Kapital gegen den Antisemitismus schlagen läßt, durch alle Blätter und Blättchen, deren Leser meistens von der Bewegung nichts weiter erfahren, als daß sie ununterbrochen zurückgeht. Sollten sie nicht schließlich anfangen, sich zu wundern, daß sie trotz alledem immer noch da ist, und daß ihr Leibblatt immer von neuem über ihre Rückschritte berichten — muß? Förster mußte sich's gefallen lassen, daß der augenblicklich national-soziale Herr v. Gerlach ihn einen „Idealisten reinsten Wassers" nannte und daß das „Berl. Tgbl." das eilfertig nachdruckte. Den Gipfel der Agiotage erklomm diesmal die „Köln. Volks-Ztg." (das leitende Zentrumsblatt des Westens), das nie fehlt, wo es gilt, den „Anti-Semiten" was am Zeuge zu flicken oder unsachliche Berichte über sie zu verbreiten: Sie berichtete ihren staunenden Lesern bei dieser Gelegenheit, daß sich in sechs namentlich aufgeführten Wahlkreisen Ahlwardtsche und fraktionelle Kandidaten gegenüberstehen würden (es ist in Wahrheit in keinem der genannten Kreise der Fall gewesen) und daß von dem sächsischen Besitzstand der Antisemiten nur der Bautzener Kreis „einigermaßen sicher" erscheine. Die Sache wurde im übrigen bis Ende August durch die Zeitungen gezerrt, zuerst unter Führung der Nat.-lib. Correspondenz, später auf Anlaß eines Waschzettels, den einzelne Blätter mit „B. C." kennzeichneten (Berliner Correspondenz?), und der lediglich das schon bekannte noch einmal wiederholte. —

Weitere Schwierigkeiten wurden der antisemitischen Bewegung aber von Neujahr 1897 an auch durch solche Zeitungen bereitet, die man bis dahin für befreundete

gehalten hatte. Das galt vor allem von der „Deutschen Ztg." des Herrn Dr. Lange. Er hatte als Herausgeber der „Tägl. Rundsch." im Oktober 92 offen Stellung für den Antisemitismus genommen, ohne gerade damit die bisherige, im engeren politischen Sinne unparteiische Haltung des Blattes aufzugeben. Doch ließ er deutlich durchblicken, daß er die Absicht hege, zur gegebenen Zeit an der Spitze der „Rundschaugemeinde" praktisch in den Gang der Dinge einzugreifen. Das schien auch die Zustimmung des bis dahin parteilosen Leserkreises, der sich wesentlich aus Angehörigen des gebildeten Mittelstandes zusammensetzte, zu finden. Für die Wahlen des Jahres 93 empfahl er seinen Lesern im Hinblick auf die Unzuverlässigkeit der alten Parteien in wirtschaftlichen Dingen und in der Judenfrage für die antisemitischen Kandidaten zu stimmen, sofern diese für die Militärvorlage einträten und gegen ihre Person nichts vorläge. („Tägl. Rundsch." 4. Juni 93.)

„Die alten Parteien haben zwar kein rechtes Leben mehr, aber sie sind gewohnte und bekannte Begriffe; ihre Organisation ist stärker, als ihre Lebenskraft . . . ." Ihren Kandidaten soll entgegengehalten werden, „daß alle jetzigen Parteien zusammen mit erbärmlicher Feigheit Euer deutsches Gewissen an das Judentum und den jüdischen Geist verraten haben." „Wir müssen ernsthafte und anständige Antisemiten haben. — Wird ein solcher Antisemit in Eurem Kreise aufgestellt, so wählt ihn."

Selbstverständlich wurde von den Antisemiten diese Haltung als eine wesentliche Förderung ihrer Sache empfunden und dankbar anerkannt. Die Deutsch-Sozialen boten L. eine Kandidatur an, er lehnte indessen ab. — Am 1. April 94 rief L. seine Anhänger auf, einen „Deutschbund" zu bilden. Damals führte er eine sehr unabhängige Sprache nach oben hin:

„Aber zu dem Amte der Allschützer und Allsorger, das sie für sich begehren, haben sie weder Einsicht noch Gewissen. Im Gegenteil ist der größte Fehler dieser Regierenden, gegen den alle anderen leicht wiegen, daß sie . . . die schwersten Verantwortungen mit einem immer leichter werdenden Herzen auf sich nehmen . . ."

Zur Judenfrage wurde folgender Vorbehalt gemacht: „Wir müssen die Juden auf jedem Gebiete entbehren, d. h. durch deutsche Kräfte ersetzen und verdrängen lernen und dabei behutsam unsre Kultur zu sittlicheren Formen zurückführen, bevor wir uns jener Rasse auch äußerlich entledigen."

Der Deutschbund bildete sich am 9. Mai 94, er soll es nach und nach auf etwa 800 Mitglieder gebracht haben. Der Form nach hat er nie Beziehungen zur Deutsch-sozialen Reform-Partei unterhalten, doch nehmen viele seiner Mitglieder leitende Stellungen in der Parteiorganisation ein.

Vom 1. Sept. 94 an ließ L. eine billige Tageszeitung, die „Volksrundschau" erscheinen, die zu seiner „Tgl. Rundsch." in einem ähnlichen Verhältnis stehen sollte, wie die Mossesche „Morgenzeitung" zum „Berl. Tgbl." und die durch niedrigen Preis (1 Mk. vierteljährlich) und gediegenen Inhalt geeignet sein sollte, den Einfluß der Mosseschen Blätter zu brechen. Trotz des vielversprechenden Anfanges vermochte sich die Volksrundschau nicht zu halten, sie verschwand am 1. März 96 und zog einige antisemitische Provinzblätter, deren Stellung durch ihre plötzlich und rücksichtslos einsetzende Konkurrenz erschüttert worden war, mit hinab. Inzwischen hatte sich L. mit dem Eigentümer der „Tgl. Rundschau" überworfen und war Ende Dezember 95 aus der Redaktion ausgetreten. Er gründete ein eigenes Blatt, die „Deutsche Zeitung" (seit 1. April 96 erscheinend), die zunächst keine Aenderung seiner politischen Haltung erkennen ließ. Die Unfähigkeit der alten Parteien wurde nach wie vor betont, und beispielsweise die Frage „Kann ein Kartell noch helfen" im Leitartikel vom 5. Juni aufs Entschiedenste verneint. „Wir glauben also, daß in Bezug auf den Kartellgedanken Fürst Bismarck bei dem

Punkte angekommen ist, wo sich das realpolitische Denken in sein Widerspiel, das hypothetische Denken auflöst . . . in diesen Bewegungen (der antisemitischen, christlich-sozialen und agrarischen) liegen die Keime künftiger Realpolitik . . . ." So schrieb L. damals.

Fünf Monate später trat er aber mit dem Vorschlage auf, die Antisemiten mit den Nationalliberalen und Konservativen in ein „Deutschkartell" hineinzuzwingen, das den alten Parteien ihren Besitzstand gewährleisten, den Antisemiten aber Gelegenheit geben sollte, jene sozusagen mit ihrem Geiste zu erfüllen. L.'s Freunde traten wirklich am 28. Febr. 97 zu einem Deutschkartelltag zusammen, faßten Beschlüsse über die Organisation u. s. w. Damit war die Sache aber auch aus. — Daß sich die konservative und nationalliberale Partei von L. die Wege nicht würden vorschreiben lassen, kann er sich selbst kaum verhehlt haben, der Plan war also, wenn überhaupt klar durchdachte Absichten damit verbunden waren, ausschließlich auf die Deutsch-soziale Reform-Partei gerichtet. L. glaubte vielleicht, durch die Deutschbündler hinreichenden Einfluß auf die Partei zu haben, um sie nach seinem Willen von außen her lenken zu können. Der Parteivorstand aber faßte folgenden Beschluß (4. April 97):

„Die allgemeine politische Lage macht es der Deutsch-sozialen Reformpartei zur Pflicht, in allen Wahlkreisen, in denen sie genügend organisiert ist, mit eigenen Kandidaturen vorzugehen. Irgend welche Kartellvorschläge, unter welchem Namen sie auch immer auftreten mögen, sind für die Partei unannehmbar. — Der Vorstand verkennt nicht, daß in einzelnen Wahlkreisen besondere Verhältnisse das Zusammengehen mit anderen Parteien geboten erscheinen lassen können. Darüber werden aber die Gesinnungsgenossen des einzelnen Wahlkreises von Fall zu Fall (nach Maßgabe von Punkt 7 des Organisationsplanes) selbständig zu entscheiden haben, es bedarf dafür keines allgemeinen Kartells."

Damit war den Kartellbestrebungen innerhalb der Partei der Boden entzogen und es ist auch nichts davon bekannt geworden, daß irgendwo ernstliche Anläufe gemacht worden wären. Das „Deutschkartell" hat in der antisemitischen Partei eben so wenig wie bei den Reichstagswahlen überhaupt irgend eine Rolle gespielt. Verhängnisvoll wurde es nur dadurch, daß die antisemitische Bewegung in dem entscheidenden Jahre der Unterstützung durch die „Deutsche Zeitung" beraubt wurde, auf die man nach Langes bisheriger Haltung gerechnet hatte, und daß durch den Umfall der „D. Ztg." ein großer Teil der Fäden zerrissen wurde, die den gebildeten Mittelstand mit der Partei verbunden hatten.

Erwähnt muß noch werden, daß sich just zur Zeit des Umfalles die „D. Ztg." offiziös zu gebärden begann, und zwar in den üppigsten byzantinischen Formen. Auch dafür ein Beispiel. Sie schrieb am 10. Febr. 97:

„Das parlamentarische Essen bei Herrn v. Miquel. Das gestrige parlamentarische Essen, welches Finanzminister Dr. von Miquel gab, gestaltete sich, wie wir erfahren, durch die Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers zu einem eindrucksvollen Vertrauensvotum für den vielbefeindeten Staatsmann. Zu Ehren des Festes hatte der Kaiser die Uniform der Breslauer Kürassiere, bei denen der Sohn und Schwiegersohn des Dr. v. Miquel als Reserveoffiziere stehen, angelegt. Nach dem Essen wurde ein sehr inhaltreiches Gespräch mit den Abgeordneten Frhr. v. Manteuffel, Frhr. v. Stumm und Dr. Hammacher geführt. Der Kaiser trat sehr energisch für die Notwendigkeit der Vermehrung der Flotte ein und befürwortete ein Zusammengehen der drei nationalen Parteien, der Konservativen, der Reichspartei und der nationalliberalen Fraktion im Reichstage; nur auf diesem Wege könnten die großen patriotischen Aufgaben erfüllt werden; die kleinlichen Fraktionsstreitigkeiten müßten angesichts dieses hochwichtigen Zieles beiseite gelassen werden. Nach Aufhebung dieses

Gespräches verabschiedete sich Frhr. v. Manteuffel vom Kaiser, indem er darauf hinwies, daß eine häusliche Festlichkeit ihn heimriefe. Sr. Majestät richtete zum Abschied sehr huldvolle Worte an den bisherigen Vorsitzenden der konservativen Fraktion. Eine Mappe, mit Bildern von Prof. Knackfuß gefüllt, war von der Begleitung des Kaisers mitgebracht worden. Ihr Inhalt gelangte auf Veranlassung des Geschenkgebers an die Teilnehmer des Festes zur Verteilung. Unseren Lesern wird aus diesem Bericht die Bedeutsamkeit des Abends im Finanzministerium nach der persönlichen wie nach der fraktions- und national-politischen Seite von selbst in die Augen springen. Mit welcher Freude und Genugthuung wir beides begrüßen, bedarf gleichfalls keiner erneuten Ausführungen."

Im März 1898 fiel die „Hannöversche Post" um, die bis dahin viele Jahre hindurch den antisemitischen Gedanken in der Provinz Hannover vertreten und sich in der Hauptsache zur Deutsch-sozialen Reformpartei gehalten hatte. Nachdem sie schon einige Monate hindurch gegen die Parteileitung und die Fraktion eine reichlich unfreundliche Haltung zur Schau getragen und starke Hinneigung zur gouvernementalen Sammlungspolitik bekundet hatte, trat sie am 30. März mit einer Art von eigenem Programm vor ihre Leser, in dem vom Antisemitismus nichts mehr zu finden war. —

Umfälle von Zeitungen, die den Antisemitismus bis dahin scheinbar bedingungslos unterstützt haben, in der Zeit vor den Wahlen, gehören zu den stehenden Erscheinungen unseres politischen Lebens, zum eisernen Bestande jener Mittelchen, mit denen die alten Parteien sich über Wasser zu halten suchen. In welcher Weise der Umfall herbeigeführt wird, das ist je nach den Umständen verschieden. Im Jahre 87 versuchten es die Konservativen, die sächsischen Reformer dadurch lahm zu legen, daß sie sich des antisemitischen Blattes „Deutsche Reform" unmittelbar vor den Wahlen durch Kauf bemächtigten; 1893 fielen die bis dahin extrem antisemitischen „Dresdener Nachrichten" wenige Wochen vor den Wahlen um. Den schönen Plan vom Jahre 87 haben die sächsischen Konservativen dann später selbst in einem Flugblatte enthüllt, durch das sie dem Abg. Oswald Zimmermann zu schaden dachten, in Wirklichkeit aber sich selbst auf's empfindlichste bloßstellten. Die Sache ist ebenso bezeichnend für die damaligen Pläne der Konservativen mit dem Antisemitismus, wie für ihre ganze Kampfesweise überhaupt, ich lasse daher den Bericht der „D. Wacht" (9. Febr. 98) hier folgen. Zum Verständnis schicke ich voraus, daß der mit X. zeichnende Verfasser in zwei kurz zuvor erschienenen Artikeln die persönliche Kampfesweise der sächsischen Konservativen einer scharfen Kritik unterzogen und darauf hingewiesen hatte, daß sie sich den schmutzigen Praktiken der amerikanischen Geschäftspolitiker (Drahtzieher) bedenklich nähere. Das konservative Flugblatt, das die Manöver vom Jahre 87 so naiv schildert, liegt mir vor und ich habe mich überzeugt, daß die Thatsachen im folgenden ebenso wiedergegeben sind, wie sie das Flugblatt berichtet. Die Auffassung geht freilich weit auseinander.

. . . . . Es ist ja geradezu, als wollte „Das Vaterland" mit seinem Flugblatt meinen Aufsatz weiterspinnen und des Näheren erläutern, wo man in Sachsen die Geschäftspolitiker und Drahtzieher zu suchen habe. Der staunenden Welt wird erzählt, daß die sächsischen Konservativen bis zur Mitte des Jahres 1886 (also vor Zimmermanns Eingreifen) in Dresden eine antisemitische Zeitung unterhalten haben, daß die Gelder dafür zum Teil direkt aus der Kasse des konservativen Landesvereins geflossen sind. Das andere soll Frhr. v. Friesen hergegeben haben. Wie, was? Wenn die Konservativen den Antisemitismus im Lande predigen lassen wollten, konnten sie sich denn da nicht ihrer eigenen Presse bedienen? Warum unterhielten sie die scheinbar unabhängige „Deutsche Reform", die nicht für konservativ, sondern für selbständig antisemitisch gelten sollte?

Nun, aus triftigen Gründen: Zunächst ist es den konservativen Führern

mit ihrem Antisemitismus überhaupt nie ernst gewesen, wie die Rede beweist, die Herr v. Friesen am 13. Juni 1892 auf dem konservativen Parteitag gehalten hat. Nachdem er zur Erbauung seiner Zuhörer weidlich auf Juden- und Judenwesen gescholten hatte, erklärte er, daß man deshalb die Judenemanzipation nicht aufheben dürfte, daß man deshalb die Juden nicht unter Ausnahmegesetze stellen, daß man sie nicht einmal gesetzlich von den Staatsämtern ausschließen dürfte, mit einem Wort, daß alles beim alten bleiben müßte. Ist das nun Antisemitismus oder nicht vielmehr Judenschutz? Es giebt eben in den leitenden Kreisen jener Partei so viele Elemente, die sich durch geschäftliche oder gar verwandtschaftliche Beziehungen mit dem Judentum eingelassen haben, daß ein offen antisemitisches Auftreten nicht gewagt wird. Etwas anderes war es mit dem heimlichen Schüren der Bewegung: Dadurch hoffte man die Reihen der Gegenparteien zu schwächen, um im entscheidenden Augenblick, d. h. bei den Wahlen, die jenen abwendig gemachten Massen im konservativen Garn zu fangen. Ja, man mußte sogar mit verdeckten Karten spielen, wenn man das erreichen wollte. Denn wer nun einmal nicht konservativ wählen, d. h. für die Großgrundbesitzer und die Hofräte Partei nehmen wollte, der war auch dadurch nicht zu gewinnen, daß man auf den fadenscheinigen konservativen Rock einen neuen antisemitischen Kragen setzte.

Darum also unterstützte man ein nach außen hin unabhängiges Blatt, das so wütend antisemitisch sein durfte, wie es wollte, aber eine Bedingung war dabei, diejenige nämlich, die, wie wir aus dem Flugblatt erfahren, Herr von Friesen am 23. Januar 1887 Herrn Zimmermann stellte, die einzige Bedingung nämlich, daß vor den Reichstagswahlen die „Deutsche Reform" ihren Antisemitismus in die Tasche stecken, den antisemitischen Kandidaten bekämpfen und den konservativen unterstützen sollte. Der schöne Plan scheiterte damals, weil Herr Zimmermann es ablehnte, das konservative Netz über den antisemitischen Vögeln zusammen zu ziehen. Im Jahre 1893 haben aber die Vogelsteller willigere Hände gefunden, die Besitzer der „Dresdner Nachrichten" ließen ihr bis dahin stramm antisemitisches Blatt wenige Wochen vor den Wahlen ins konservative Lager abschwenken, mit Würde und Hingebung spielten sie die Rolle, die Herr Zimmermann 1887 abgelehnt hatte. Aber die willigen Hände waren nicht geschickt genug: Die Vögel flogen lustig davon und thaten, was sie wollten. Immerhin sehen wir, daß System in der Sache ist.

Wir können in diesem Bilde, das nach den eigenen Angaben des „Vaterlands" gezeichnet ist, alle Züge wiedererkennen, die die Mache der Geschäftspolitiker kennzeichnen: Man weiß genau, daß man für seine eigentlichen Ziele beim Volke auf keine Theilnahme rechnen kann. Aber gewählt sein und eine Rolle spielen, das möchte man auch künftig. Darum muß man den Leuten Sand in die Augen streuen, darum wollte man ihnen das Bestehen einer selbständigen antisemitischen Partei vorgaukeln, die dann im geeigneten Augenblicke wie durch Zauberschlag zu verschwinden hatte, um der konservativen Platz zu machen. Der Gedanke wäre selbst eines geriebenen amerikanischen Drahtziehers würdig gewesen, und dennoch:

Wär' die Idee nicht so verwünscht gescheidt,
Man wär' versucht, sie herzlich dumm zu nennen!

Ja, herzlich dumm! Denn wenn die konservativen Macher nur ein klein wenig weiter geblickt hätten, so hätten sie voraussehen müssen, daß die zum Antisemitismus übertretenden Massen das bereit gehaltene konservative Gängelband sehr bald zerreißen würden. Das Flugblatt berichtet denn auch, daß in der Reformpartei schon 1886 zwei Strömungen kämpfen: Der konservative Flügel, bestehend aus denen, die die konservative Mache wissentlich besorgen, und denen, die sie noch nicht durchschaut haben, ist von den sogenannten „Strebern", d. h. den reinen Antisemiten schon hart bedrängt. Die „Deutsche Reform" ist Mitte 1886 „plötzlich" eingegangen, erscheint aber seit dem 30. Juni unter Herrn Zimmermanns Leitung, als Besitz des Herrn Dr. R. Müller, von neuem, und zwar ohne konservative Unterstützung. Diese wird zwar von Herrn Dr. R. Müller erbeten, aber zunächst nicht gewährt. Die Bitten der hart gedrängten Konservativen innerhalb des Reformvereins werden aber immer dringender, sie drohen zuletzt, daß die „Streber", die Männer mit den „selbstsüchtigen" (d. h. nicht konservativen) Zwecken, die Leitung der Reformpartei in die Hand bekommen könnten, wenn Herr von Friesen nicht schleunigst Geld für die „Deutsche Reform" herausrückte. Inzwischen wird Herr Zimmermann,

der wohl der „Streber" Oberster gewesen sein dürfte, zum Vorsitzenden gewählt.

Das wirkt denn, und Herr von Friesen greift in die Tasche, ja, chevaleresk, wie er nun einmal ist, unterstützt er nicht nur die „Reform", nein, er kauft sie sogar mit Haut und Haar, denn — es sind mittlerweile Neuwahlen ausgeschrieben und es wird Zeit, den schon beschriebenen Trik auszuführen. Chevaleresk, wie er nun einmal ist, gestattet er sogar dem Reformverein (Herrn Dr. Müller), das Blatt zum 1. April 1887 zurückzukaufen, denn — dann sind die Wahlen vorüber. Schade nur, daß die „Streber", die durch dies schöne Manöver mundtot gemacht werden sollen, sich nicht verblüffen lassen, daß sie sich sofort gegen die Vergewaltigung erheben und schon am 5. Februar, 12 Tage nach dem Verkauf, in einer neuen Zeitung die Erklärung veröffentlichen können, daß die nunmehr Friesensche „Reform" nicht mehr Organ des Reformvereins sei.

Und darüber beklagen sich die Herren vom „Vaterland"? Das wollen sie als Treulosigkeit und wohl gar als Betrug hinstellen? Aus ihrer eigenen Darstellung geht klipp und klar hervor, daß Herr von Friesen um das Bestehen der rein antisemitischen Strömung in der Reformpartei wußte und daß er die „Reform" ankaufte, um die sogenannten „Streber", die selbständigen Elemente, zu unterdrücken. Da darf er sich doch nicht beklagen, wenn sie sich gegen seinen brutalen Versuch, sie auszukaufen und dadurch bei den Wahlen lahm zu legen, wehrten. Das „Vaterland" hat denn auch volle 7 Jahre gebraucht, um dahinter zu kommen, daß Herr von Friesen damals von den Reformern eigentlich über den Löffel barbiert worden ist. Warum es das nicht früher entdeckt hat? Das habe ich schon in meinem vorigen Artikel angedeutet: Früher hoffte man die Reformer noch mit den anderen soeben besprochenen Mitteln konservativer Geschäftspolitik, wie z. B. durch den rechtzeitigen Umfall der „Dresdner Nachrichten" niederkämpfen zu können. Nachgerade verzweifelt man aber daran und so stellt man sich denn, nur um den Reformern und ihrem verhaßten Führer eins anhängen zu können, ungescheut selber der Oeffentlichkeit in der Rolle des betrübten Lohgerbers vor.

Deutlich aber verrät sich die völlige Kopflosigkeit im konservativen Lager in den Einblicken, welche uns der Verfasser des Flugblattes in das Treiben der konservativen Maschinenpolitiker gewährt hat. Wir wissen jetzt, wie man dort mit dem Antisemitismus zu spielen gedachte. . . .

Nach alledem scheinen ähnliche Vorgänge auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen und es wird gut sein, sich stets zu rechter Zeit darauf einzurichten.

Die Fälle Lieber, Förster, Köhler, Lange u. s. w. erregten natürlich in den Kreisen der Parteigenossen lebhaften Unmut, man konnte sich unmöglich verhehlen, wie sehr den Antisemiten der Wahlkampf dadurch erschwert wurde. Aber die Kampffreudigkeit und der unbeugsame Wille, fest zueinander zu stehen, wurde nicht gebrochen, ja man ging trotz all dieser Schädigungen mit Zuversicht in den Kampf. Nicht aus Selbstüberhebung, wie das wohl hin und wieder nach den Wahlen ausgesprochen worden ist, sondern weil man der sieghaften Kraft der guten Sache vertraute, die die Partei vertritt. — Die Absplitterungen von der Fraktion zogen keine entsprechenden Absplitterungen im Bestande der Parteiorganisation nach sich: Der früher vom Abg. Lieber vertretene Wahlkreis Meißen-Großenhain ist wieder für die Fraktion gewonnen worden; der brandenburgische Provinzialverband, dessen Vorsitz der Abg. Förster geführt hatte, erklärte, daß er fest zur Partei halte; der pommersche, dessen Ehrenvorsitzender F. gewesen war, beantwortete seinen Austritt damit, daß er den Abg. Liebermann zum Verbandsvorsitzenden wählte.

II. Der Aufmarsch.

Der Parteitag zu Nordhausen (10. u. 11. Okt. 97) machte sich den jedes Kartell ablehnenden Vorstandsbeschluß vom 4. April zu eigen, und zwar einstimmig. Das bedeutete zugleich eine Stellungnahme gegen die „Politik der Sammlung", die zu jener Zeit schon ihre Schatten vorauswarf. — Von den Anhängern der Partei

im Lande wurde der Aufforderung, möglichst umfassend mit selbständigen Kandidaturen vorzugehen, so weit entsprochen, wie es nur irgend zu erwarten war. Es wurden in 96 Wahlkreisen Kandidaten der Deutsch-sozialen Reformpartei aufgestellt, daneben verzeichnet die amtliche Statistik 14 wild-antisemitische Kandidaturen. Insgesamt wurden in 109 Wahlkreisen antisemitische Kandidaten aufgestellt, in der Stadt Stettin sogar zwei, während es im Jahre 93 128 Wahlkreise gewesen waren, unter ihnen vier mit je zwei antisemitischen Kandidaten. Von den im Jahre 93 in Angriff genommenen Wahlkreisen wurden 51, die 41899 Stimmen gebracht hatten, nicht wieder besetzt, dagegen 32 neue in Angriff genommen, unter ihnen 5 wild-antisemitische.

In einem Teil der Kreise, die zwar 1893, aber nicht wieder bei den letzten Wahlen Kandidaten aufgestellt haben, ist vielleicht die antisemitische Bewegung vorübergehend erstickt worden, es werden aber nicht viele sein. Denn es lassen sich mindestens 38 Wahlkreise nachweisen, in denen antisemitische Organisationen oder doch die Keime von solchen bestehen, ohne daß Kandidaten aufgestellt worden sind. So dürften die antisemitischen Stimmen, gleichviel, ob nun ein ausdrückliches örtliches Kompromiß geschlossen worden ist, oder nicht, den Konservativen zugefallen sein in den Wahlkreisen Berlin I und II, Westhavelland-Brandenburg (v. Löbell), Landsberg-Soldin, Inowrazlaw, Liegnitz, Görlitz, Naumburg-Weißenfels, Wiesbaden, Düsseldorf, Essen, Löbau (Förster), Weimar, Bromberg (v. Tiedemann), Reuß j. L.; den konservativ gerichteten Wilden in Potsdam-Osthavelland (Pauli) und Altenburg (v. Blödau); den Christlich-Sozialen in Berlin IV u. VI, Siegen (Stöcker), Dillkreis-Oberwesterwald, Elberfeld; dem Bund der Landwirte in Hildesheim, Northeim (Harriehausen), Sinsheim-Bretten-Wiesloch (Lucke), Osnabrück; den Nationalliberalen in Bochum-Gelsenkirchen (Franken), Höchst, Oberlahnkreis-Limburg, Chemnitz, Annaberg (Esche), Stuttgart, Thorn (Graßmann), Sondershausen (Börner), Ditmarschen (Kahlcke); dem Bauernbund in Augsburg und Würzburg und einem Kandidaten unbestimmter Richtung in Hameln. Durch Sperrdruck sind die Wahlkreise hervorgehoben worden, in denen die von den Antisemiten unterstützten Kandidaten gesiegt haben; die Namen der gewählten Abgeordneten sind in Klammern beigefügt.

Unter den angeführten Kreisen sind 8, in denen auch 93 keine antisemitischen Stimmen abgegeben worden sind, dagegen würden in den andern Kreisen, wenn man die Stimmenzahlen von 93 zu Grunde legt, den Konservativen 15810 antisemitische Stimmen zugeführt worden sein, den Christlich-Sozialen 2546, den Wild-Konservativen 2969, dem Bund der Landwirte 4607, dem Bauernbunde 1108, den Nationalliberalen 11026 und dem Kandidaten unbestimmter Richtung 618 Stimmen.

Die Beweggründe, aus denen in diesen Wahlkreisen von der Aufstellung eigener Kandidaten abgesehen wurde, sind sehr verschiedenartig. Bei der Unterstützung von Christlich-Sozialen und Bauernbundskandidaturen, ebenso von selbständigen (parteilosen) Kandidaturen des Bundes der Landwirte wird meist das Gefühl sachlicher Zusammengehörigkeit bestimmend gewesen sein. Das dürfte auch bei den wild-konservativen Kandidaten der Fall gewesen sein, wie sich denn auch der Abg. Pauli (Osthavelland) im Reichstage der antisemitischen Gruppe zu nähern scheint. — Bei der Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen dagegen haben hier alte Beziehungen der örtlichen Führer, dort Rücksichten auf die ohnehin bedrängte Lage der sogen. staatserhaltenden Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokraten oder Polen den Ausschlag gegeben, hin und wieder läßt sich auch nachweisen, daß ein mehr oder weniger sanfter Zwang die Aufstellung antisemitischer Kandidaten hintertrieben hat. Auch die liebe Bequemlichkeit mag an manchen Orten

mitgesprochen haben: Man hatte die Stimmen ja 93 gezählt. Wie viel im Kreise inzwischen gearbeitet oder — nicht gearbeitet worden war, und welche Früchte das so ungefähr getragen haben könnte, wußte man ziemlich genau. Vielleicht hätte man sich zu selbständigem Eingreifen in den Wahlkampf entschlossen, wenn man auf Unterstützung durch erfahrene Agitatoren hätte rechnen können, aber man konnte sich nicht verhehlen, daß der letzte Mann und der letzte Groschen in den Ernstwahlkreisen darangesetzt werden müßte. Da hatte man keine Neigung, Experimente mit Zählkandidaturen zu machen, die vielleicht doch keine örtlichen Fortschritte hätten erkennen lassen.

Gegenleistungen, d. h. Unterstützung antisemitischer Kandidaten sind nur von seiten der Konservativen, der Christlich-Sozialen und des Bundes der Landwirte zu verzeichnen. Die Christlich-Sozialen und die Konservativen stellten den antisemitischen Kandidaten in Berlin III. und V. keine Mitbewerber entgegen.

Ferner wurden von den konservativen Lokalorganisationen unterstützt die Kandidaturen der deutsch-sozialen Reformpartei in Uckermünde-Usedom-Wollin, Nordhausen, Eisenach, Pirna (Lotze) und Stollberg-Schneeberg. Nur im Kreise Pirna führte das Kompromiß zum Siege, in Stollberg-Schneeberg ergab es einen kleinen Stimmenzuwachs, in den drei zuerst genannten Kreisen führte es aber Stimmenverlust herbei. In Uckermünde ergab es 5348 Stimmen gegen 5833 konservative im Jahre 93, in Nordhausen 3544 gegen 4579, und die auch vom Bunde der Landwirte unterstützte Kandidatur in Eisenach erzielte gar nur 2698 gegen 5559 Stimmen, die der bündlerisch-konservative und der antisemitische Kandidat im Jahre 95 zusammen erhalten hatten. Freilich war gerade damals die antisemitische und agrarische Strömung besonders stark. Der Form nach wurden auch die antisemitischen Kandidaten in Mannheim und Heidelberg von den Konservativen unterstützt. Doch giebt es in Mannheim kaum noch konservative Stimmen (1884 wurden zum letzten Male 535 gezählt), und in Heidelberg wurde die formelle Unterstützung durch eine sehr zweideutige Rede des früheren konservativen Abg. Menzer, die er in einer nationalliberalen Versammlung hielt, und die von dieser Seite gehörig ausgebeutet wurde, hinfällig gemacht.

Vom Bunde der Landwirte sind nach einer Zusammenstellung der Deutsch-sozialen Blätter (Nr. 511 vom 2. Juni 98) die Kandidaturen der deutsch-sozialen Reformpartei unterstützt worden in den Wahlkreisen Apenrade-Flensburg (Raab), Pinneberg-Segeberg, Kiel-Rendsburg-Plön, Altona-Stormarn, Hannover, Goslar, Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen (Bielhaben), Kassel-Melsungen, Fritzlar-Homberg-Ziegenhain (v. Liebermann), Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen, Pirna (Lotze), Mannheim-Schwetzingen-Weinheim, Eisenach-Dermbach, Waldeck (Müller) und Lübeck.

Bei keiner Partei werden die Kandidaten von der Parteileitung aufgestellt, bei keiner wird von der Parteileitung entschieden, wo mit Kandidaturen vorgegangen werden soll und wo nicht, mit welchen Parteien man etwa Wahlpakte schließen soll und dergleichen mehr. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei all diesen Fragen die örtlichen Verhältnisse sorgfältig berücksichtigt werden müssen, und damit geht die Entscheidung ganz von selbst an die örtlichen Führer und die Vertrauensmänner der Wahlkreise über. Vorstands- und Parteitagsbeschlüsse über Wahltaktik haben bei allen Parteien lediglich die Bedeutung allgemeiner Leitsätze, bestimmt, die politische Stellung zu den andern Parteien klarzulegen und den örtlichen Parteiorganen als eine Art von Anleitung für die Beurteilung der örtlichen Verhältnisse, die im übrigen ihrem eigenen Ermessen überlassen bleiben muß, zu dienen. Diese örtlich

Selbständigkeit hatten der Vorstand und der Nordhäuser Parteitag in wohlerwogener Weise berücksichtigt, als sie jedes allgemeine Kartell verwarfen, den Abschluß etwaiger örtlicher Kompromisse aber den Lokalorganisationen freistellten. Wie weit nun solche Winke einer Parteileitung befolgt werden, das wird in der Hauptsache davon abhängen, wie weit sie sachlich begründet sind und wie weit die Autorität der Parteileitung geht: In unserem Falle kann sie sehr zufrieden sein mit dem Wiederhall, den ihr Aufruf zum Kampfe auf der ganzen Linie gefunden hat.

Dies mußte vorausgeschickt werden, um eine richtige Beurteilung des Verhältnisses zu ermöglichen, das sich zwischen der Deutsch-sozialen Reformpartei und den anderen beteiligten Mächten während der Vorbereitungen zum Wahlkampf entwickelt hat. Es müssen hier die Beziehungen der Parteien im ganzen und die Beziehungen, die etwa daneben in den einzelnen Wahlkreisen bestanden, sorgfältig unterschieden werden.

Die Gesamtbeziehungen zu den Konservativen hatten sich seit der Eisenacher Einigung so unfreundlich wie möglich gestaltet, hatte doch der Antisemitismus nach Auffassung der Konservativen lediglich der Zweck, ihnen als Sturmbock gegen den Freisinn zu dienen. Der ernsthafte Versuch der Antisemiten, sich als selbständige Partei geltend zu machen, war danach ein Beweis, daß sie ihre politische Mission durchaus nicht begriffen. Er mußte angemessen bestraft werden. Es erfolgte die bekannte Absage des Frhrn. v. Manteuffel an die Antisemiten auf dem Delegiertentage im Nov. 96 (s. Jahrb. 98, S. 237). Lebhafte Auseinandersetzungen in der beiderseitigen Presse schlossen sich an, die durch die Ersatzwahl in der Westprignitz (29. 10. 97) neue Nahrung fanden, weil hier bereits jene gehässige Kampfesweise auf konservativer Seite angewandt wurde, die oben von Herrn Böckler geschildert worden ist. Die konservative Presse erkärte es rundweg für eine Schändlichkeit, daß die Antisemiten sich herausnähmen, im konservativen Besitzstande Kandidaten aufzustellen, die antisemitische antwortete, man würde selbstverständlich Kandidaten überall aufstellen, wo man sich stark genug dazu fühlte, im übrigen fordere man ehrlichen Kampf, ohne Anwendung von Gewaltmitteln und Wahlbeeinflussungen und ohne Erschleichung von Beschlüssen des Bundes der Landwirte zu Gunsten des konservativen Kandidaten. Eine entsprechende Erklärung erließ auch die Parteileitung im November 97 (s. Jahrb. f. 98, S. 119).

Wenn nun auch heftige und dauernde Reibungen stattfanden und viel Lärm darüber gemacht wurde, so trübte das doch die guten Beziehungen, die hier und da zwischen den örtlichen Organen der beiden Parteien bestanden, wie wir schon gesehen haben, nur verhältnismäßig wenig und verhinderte nicht, daß aus nüchternen Erwägungen der Zweckmäßigkeit hier die Antisemiten einen konservativen Kandidaten, dort die Konservativen einen antisemitischen in der Hauptwahl unterstützten.

Die politische Bedeutung der Manteuffel'schen Absagen vom November 96 aber liegt darin, daß die Konservativen damit öffentlich anerkannten, sie fühlten sich nicht mehr stark genug, die antisemitische Bewegung an der Organisation als selbständige Partei durch das bisher angewendete Mittel der Scheinfreundschaft zu hindern und so die Früchte der antisemitischen Agitation für die eigene Partei einzuheimsen. Man wollte daher die Antisemiten in Zukunft bekämpfen. Mit dieser Anerkennung als selbständige Partei konnten die Antisemiten natürlich ganz zufrieden sein; daß es ohne Kampf nach allen Seiten nicht abgehen würde, lag ja auf der Hand. Nur daß sich in die Manteuffel'sche Erklärung und in die anschließende Zeitungspolemik etwas weniger von jener hochmütigen Gehässigkeit gemischt hätte, von der wir im Jahrbuche schon so viele Proben gebracht haben,

wäre zu wünschen gewesen. Kann man auch den unerfreulichen Ton, der auf konservativer Seite angeschlagen wurde, mit den gemischten Empfindungen entschuldigen, die die konservative Henne beschleichen mochten, als sie die antisemitischen Entlein in geschlossener Linie davonschwimmen sah, so war es doch erforderlich, ihn mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Nicht nur die Parteiehre erforderte das, es war auch durchaus geboten, mit voller Schärfe herauszuarbeiten, was die Antisemiten von den Konservativen trennt, denn nur daraus kann ja der Antisemitismus die Berechtigung, als selbständige Partei aufzutreten, herleiten.

Aehnliche Beziehungen wie zu den Konservativen haben in einzelnen Gebieten früher auch zum Zentrum bestanden. Auch dieses erblickte im Antisemitismus früher nur einen brauchbaren Sturmbock gegen die freisinnige und nationalliberale Partei, auch dieses hat deshalb früher an einzelnen Stellen den Protektor der jungen Bewegung gespielt, jetzt aber seine Hand zurückgezogen, weil es die Gefährlichkeit des Spieles erkannt hat. So sollen im Wahlkreise Eisenach-Dermbach die dortigen Zentrumsstimmen (800 bis 1000), die bei der Ersatzwahl des Jahres 95 dem Antisemiten zufielen, diesmal dem Freisinnigen zugeführt worden sein; so wurde der frühere Reichstagsabgeordnete Hirschel, der 1893 im Wahlkreise Bensheim-Erbach mit Hilfe der Zentrumswähler gesiegt hatte, diesmal von dem „Frankfurter Volksblatte", dem dortigen Zentrumsorgan auf's heftigste angegriffen. Das Ergebnis war die Wahl des nationalliberalen Haas, der also dem Zentrum wohl weniger gefährlich erscheint, als ein Antisemit. So hat sich auch nach dieser Seite eine reinliche Scheidung vollzogen, die der antisemitischen Sache für ihre weitere Entwickelung Nutzen bringen dürfte, mag sie auch immerhin vorläufig empfindliche Verluste an Stimmen und selbst an Mandaten verursachen.

Die Stimmung gegen den Bund der Landwirte war früher in weiten Kreisen der Deutsch-sozialen Reformpartei eine sehr freundliche, man setzte große Hoffnungen auf seine Agitation und Organisation, auf seine bedeutenden Kräfte, man zweifelte nicht daran, daß sich bei der sachlichen Uebereinstimmung der Bundesforderungen und des antisemitischen Programms das Zusammenarbeiten ganz von selbst ergeben würde, man dachte sich das etwa so, daß der Bund das Land, die Antisemiten die Städte organisieren sollten, und daß man dann vereint losschlagen und die große landwirtschaftsfreundliche und antisemitische Volkspartei auf die Beine stellen würde. Schon die Ersatzwahlen der letzten Jahre ließen erkennen, daß sich aus der Uebereinstimmung der Programme noch lange nicht die taktische Zusammenarbeit ergäbe, und die Befürchtungen, die im Jahrbuche für 98 (S. 116 ff.) in dieser Beziehung ausgesprochen wurden, sind in vollem Umfange durch die Thatsachen gerechtfertigt worden: Dank seiner Parteilosigkeit ist der Bund bei den Wahlen nicht Hammer sondern Ambos gewesen, seine Organisationen bildeten den Schauplatz für die Ränke der altparteilichen Wahlmacher, wer dabei am rücksichtslosesten verfuhr, wer vor keinem Mittel zurückschreckte, hatte die Genugthuung, seinen Kandidaten durch die Bundesversammlung proklamiert zu sehen. Was für Mittel dabei angewendet worden sind, wie beispielsweise Bundesversammlungen sogar von Leuten einberufen wurden, die dem Bunde gar nicht angehörten, und dergleichen Schiebungen mehr, das soll im Jahrbuche für 1900 ausführlich geschildert werden. Was die Deutsch-soziale Reformpartei anbetrifft, so haben ihre Anhänger natürlich gleichfalls in den örtlichen Bundes-Organisationen ihre Macht und ihren Einfluß geltend gemacht, um ihre Kandidaten als solche des Bundes aufstellen zu lassen. Sie haben dabei genau so weit Erfolg gehabt, wie ihre Macht dazu reichte, eines besonderen Dankes für gewährte Unterstützung an die Adresse des Bundes bedarf es also nicht

gerade. Er hatte alle Parteien bis auf den Freisinn und die Sozialdemokratie eingeladen, auf seinem parteilosen Acker die Ernte zu schneiden, und das haben die Antisemiten ebenso wie die Konservativen und Nationalliberalen gethan. Nur war der Unterschied dabei, daß es bei der Aufstellung der antisemitischen Bundeskandidaturen überall ordnungsmäßig zugegangen ist, während in den Fällen, wo eine Entscheidung zwischen antisemitischen und konservativen Kandidaten zu treffen war, von den konservativen Wahlmachern verschiedentlich die allerzweifelhaftesten Mittel angewendet worden sind, um Beschlüsse der Vertrauensmänner-Versammlungen, wie man sie wünschte, zu erschleichen.

Die Konservativen *trieben das Spiel*, das sie früher mit dem Antisemitismus *versucht* haben, aber nicht durchführen konnten, diesmal in den meisten Wahlkreisen *mit dem Bund der Landwirte*: Sie deckten die konservativen Parteiziele, von denen die Wähler nun einmal nichts wissen wollen, mit der Bundesfahne, sie setzten an Stelle der konservativen Agitation, die bei dem jetzt in der Partei herrschenden Geiste innerlich ganz unmöglich ist, die agrarische Agitation, um im entscheidenden Augenblick die agrarisch denkenden Wähler für konservative Kandidaten durch den ganzen Apparat ihrer oft erprobten Schiebungen, durch List, falsche Vorspiegelungen oder nötigenfalls durch Gewalt einzufangen. Die Antisemiten haben die ihnen zugedachte Rolle dankend abgelehnt und sich selbständig gemacht. Man darf gespannt darauf sein, wie das Verhältnis sich beim Bunde der Landwirte gestalten wird? Drei Möglichkeiten scheinen gegeben zu sein. *Erstens*: Der Bund zieht dieselben Folgerungen aus der Lage, wie die Antisemiten, und schließt sich der Deutsch-sozialen Reformpartei an in Würdigung des Umstandes, daß die sachlichen Forderungen auf beiden Seiten sich so gut wie ganz decken. Es ist sehr *unwahrscheinlich*, daß die Leiter des Bundes diesen Weg gehen, sie müßten dabei zu viel von ihrer Selbständigkeit opfern, werden vielleicht auch den Bund, in Ueberschätzung seiner politischen Macht, für so stark halten, daß er keines Anschlusses bedarf. *Zweitens*: Der Bund der Landwirte zieht dieselben Folgerungen aus der Lage, wie die Antisemiten, und versucht sich als *selbständige politische Partei*. Das wäre schon *viel wahrscheinlicher*, man könnte es als Anfang dieser Entwickelung betrachten, daß diesmal bereits einige selbständige Bundeskandidaten gewählt worden sind, nach der amtlichen Wahlstatistik sechs: v. Wangenheim, Hahn, Harriehausen, Lucke, Roesicke, v. Blödau. Aussicht auf Erfolg würde dieser Versuch aber nicht haben, denn wenn er ernstlich unternommen würde, so würde der Bund mit all den Gegenwirkungen zu kämpfen bekommen, denen diesmal die Antisemiten ausgesetzt waren, und er würde sie weniger gut ertragen können. Müßte doch eine Partei, die sich die einseitige Vertretung landwirtschaftlicher Interessen zur Aufgabe macht, auf alle Unterstützung durch städtische Wähler verzichten. *Drittens*: Der Bund ergiebt sich in sein Schicksal, läßt sich, gleichviel ob wissentlich oder unwissentlich, geduldig auch weiterhin als *Vorspann für konservative Parteistreberei* mißbrauchen und geht daran zu Grunde. Diese Lösung ist *weitaus am wahrscheinlichsten*, denn sie fordert am wenigsten Entschlußfähigkeit von den dermaligen Führern des Bundes, und der Umstand, daß die sechs Bundes-Abgeordneten sich der konservativen Fraktion bei der Berechnung der Kommissionssitze im Reichstage zuzählen lassen, deutet auch bereits nach dieser Richtung hin. Es liegt auf diesem Wege nur ein Hindernis, das oft bewährte Ungeschick, mit dem die konservative Partei die Männer behandelt, denen sie den Rest ihres Ansehens verdankt (s. Stöckers Beseitigung, Jahrb. 97, S. 151 ff.). —

Neuer Wettbewerb erstand den Antisemiten in einigen Wahlkreisen durch christlich-soziale und national-soziale Kandidaten, so hatten sie, um nur die Hauptfälle anzuführen in Marburg, Frankfurt a. M., Leipzig Stadt, Leipzig Land und Friedberg-Büdingen gegen die National-Sozialen, in Wetzlar-Altenkirchen gegen die Christlich-Sozialen zu kämpfen. Wie man sieht, macht sich der neue Wettbewerb hauptsächlich im alten hessisch-mitteldeutschen Stammlande der Bewegung geltend. Mit den Christlich-Sozialen soll nach den Beschlüssen der Parteitage zu Kassel und Gießen der gütliche Ausgleich gesucht werden. An dem guten Willen auf beiden Seiten wird es nicht fehlen, oft aber erweisen sich die Verhältnisse als stärker, wie das Wollen, und die Verlegung der christlich-sozialen Zeitung „Das Volk" nach Siegen deutet darauf hin, daß sich die Deutsch-soziale Reformpartei für die nächste Zukunft auf verschärften Wettbewerb von christlich-sozialer Seite im ganzen Westen einrichten muß. —

Der Einfluß der Regierung ist diesmal ohne Zweifel überall gegen die antisemitischen Kandidaten eingesetzt worden. Anzeichen dafür sind an den verschiedensten Stellen hervorgetreten. In Pommern war zwischen den provinziellen Vorständen des Bundes der Landwirte und der Deutsch-sozialen Reformpartei die Verabredung getroffen worden, daß der Bund die antisemitischen Kandidaturen in Ueckermünde-Usedom-Wollin (Dr. Schröder) und in Neustettin (Aschendorff) als Bundeskandidaturen anerkennen solle, desgleichen den gemeinsam in Randow-Greifenhagen als Wilden aufzustellenden Herrn Pretzel. Es kam anders: Trotzdem der Provinzialvorsitzende des Bundes lebhaft für Herrn Aschendorff eintrat, ernannte die Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes für den Kreis Neustettin einstimmig den Landrat des Kreises, v. Bonin zum Kandidaten, und auch in Randow-Greifenhagen ließ man sich den Landrat des Kreises Randow (v. Manteuffel) durch die Konservativen als Kandidaten aufnötigen. Welche Einflüsse sich hier geltend gemacht haben, ist unschwer zu erraten. Zur richtigen Würdigung dieser Vorgänge muß man sich erinnern, daß in den Bundesschriften und in der Bundespresse vor den Wahlen wiederholt betont worden war, man solle als Kandidaten unabhängige Männer aufstellen, keine Beamten. So z. B. in den Anweisungen, die die Wochenschrift „Bund der Landwirte" den Wahlkreisvorsitzenden und Vertrauensmännern nach den vom Bundesausschusse beschlossenen „Grundsätzen für die Wahlvorbereitungen" gab. (Nr. 12 vom 24. März 98). „Welcher Lebensstellung am besten der betr. Kandidat angehören muß, z. B. ob die Angehörigkeit zur Landwirtschaft wesentliche Voraussetzung dazu ist, dafür lassen sich allgemein giltige Regeln selbstverständlich nicht aufstellen. Grundsätzlich wird jedoch von der Aufstellung von Staatsbeamten oder nicht völlig unabhängigen Männern abzusehen sein."

Wie Herr Dr. Lindström im Wahlkreise Goslar durch die Behörden bekämpft wurde, darüber berichtet er in der „Heimat" (25. Juni 98):

„Also die nicht genügende Reife unserer Organisation ist die eine Ursache, die andere: der behördliche Druck von oben. Vorhanden war er und das in recht starkem Maße. Von den Landräten und der Bergbehörde wurden wohl vor allem die sozialen Anschauungen des Vertreters der Reformpartei mißtrauisch angesehen, die Selbständigkeit des Mittelstandes wird da durchaus nicht gewünscht und vor allem ist man da nicht gerade davon überzeugt, daß der rückhaltlose Schutz der heimatlichen Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse allein der Sozialdemokratie entgegenwirken kann. Bei den Berg- und Forstbehörden kam dem nationalliberalen Kandidaten zu gute, daß er im Landtag Gelegenheit gehabt hatte, für sie einzutreten und vielfach mit ihnen in persönlichen Beziehungen steht. Darauf näher einzugehen, wie im einzelnen dieser Druck von oben ausgeübt

worden ist, ersparen wir uns, um nicht unnötig Staub aufzuwirbeln. Es ist vorüber, also fahren wir mit dem nassen Schwamm darüber weg. Ungehörig war aber jedenfalls das Eintreten der Kriegervereine und des Kriegerverbandes für Horn; sie sind absichtlich und bewußtermaßen gegen einen national gesinnten Kandidaten aufgeboten worden, damit haben die Betreffenden ihre Satzungen übertreten, die Politik ausschließen."

Durch welche wahlgeometrischen Künste Herr v. Liebermann im Wahlkreise Homberg-Ziegenhain bei den Landtagswahlen bekämpft wurde, ist bereits an anderer Stelle berichtet worden (dies Jahrb. S. 153). — Die geplante antisemitische Kandidatur im Wahlkreise Thorn-Kulm-Briesen scheiterte daran, daß der Führer der dortigen Bewegung gezwungen wurde, auf seine bereits aufgestellte Kandidatur zu verzichten. Auch beim Bunde der Landwirte verlor sich im entscheidenden Augenblick die Widerstandskraft und so wurde denn als „deutscher" Kandidat der Landgerichts-Direktor Graßmann aufgestellt, ein manchesterlich gesinnter Nationalliberaler vom linkesten Flügel. Aeußerlich wurde vorgeschützt, eine Stichwahl müsse durchaus vermieden werden, wenn es überhaupt erst zur Stichwahl käme, sei die Niederlage des „deutschen" Kandidaten besiegelt. Nun, es kam trotz aller Tot-, Gleich- und „Deutsch"-Macherei zur Stichwahl und — Graßmann siegte.

Es wäre unbillig, jede Ausschreitung, die sich während des Wahlkampfes ein Amtsvorsteher oder Gensdarm aus Uebereifer zu Schulden kommen läßt, der Regierung an die Rockschöße zu hängen. Das System wird erst dann dafür verantwortlich, wenn die Aufsichtsbehörden, wie das wohl vorkommt, es ablehnen, Wandel zu schaffen. Bei den eben angeführten Fällen von Erstickung antisemitischer Kandidaturen im Keime und von sonstiger Wahlmache handelt es sich aber jedenfalls nicht um den Einfluß untergeordneter Organe. Bekanntlich sind auch die unabhängigen Elemente im Bunde der Landwirte amtlich bekämpft worden. Zu den an anderer Stelle (dieses Jahrb. S. 155) schon erwähnten Fällen dieser Art kommt noch der der Herren Kirchner, v. Rhaden und Ueckert, der Landräte der Kreise Alfeld, Gronau und Hildesheim, die einen Aufruf zu Gunsten des Bundeskandidaten im Wahlkreise Hildesheim-Marienburg-Alfeld-Gronau mitunterzeichnet hatten. Sie wurden auf Betreiben der Nationalliberalen durch den Minister des Innern „eines Besseren belehrt" und rektifiziert, wie Herr v. d. Recke im Abgeordnetenhause am 17. Febr. 98 mitteilte.

Der amtliche Einfluß ist also gegen alles eingesetzt worden, was unabhängiger Regungen verdächtig war, was ernstlich das Aufgeben der manchesterlichen Wirtschaftspolitik forderte, was dem Reichstage neues Blut hätte zuführen können. Nur zum kleineren Teile dürfte diese Stellungnahme darauf zurückzuführen sein, daß unsere Regierungspolitik augenblicklich in der Hauptsache Welthandelspolitik ist und mit vollen Segeln immer mehr in das manchesterliche Fahrwasser hineinsteuert. Viel stärker dürfte die feindselige Haltung der Regierungskreise durch das allgemein-bureaukratische Ruhebedürfnis bedingt gewesen sein, dem alles neue als unberechtigt, verdächtig, ja gefährlich gilt. Mit der Zeit gewöhnt man sich ja an alles, sogar mit der Sozialdemokratie lernt man sich abzufinden, wenn man muß. Aber so lange es geht, sträubt man sich dagegen, für das Neue ein Aktenfach einzurichten und ihm einen Platz unter den Dingen einzuräumen, die für ein amtliches Hirn der höheren Rangklassen existieren dürfen. Es stört die schöne alte Ordnung, darum ist es „ordnungswidrig" und muß so schnell wie möglich beseitigt, also bekämpft werden. Trösten wir uns! Die Männer, die die wahren Bedürfnisse der Gegenwart und Zukunft erkannt haben, sind von der Bureaukratie stets als „Demagogen" bekämpft und verfolgt worden. Eine Bewegung mag an sich noch so

berechtigt und heilsam, noch so kerngesund und treu deutsch sein, die Maßregeln, die sie fordert, mögen noch so unerläßlich, die Stände, für die sie eintritt, mögen für den Bestand des nationalen Staatswesens und der Monarchie noch so unentbehrlich sein, gleichviel — von der Bureaukratie wird sie stets bekämpft werden, soweit die deutsche Zunge klingt, und wenn sie nicht stark genug ist und den festen Willen hat, den amtlichen Widerstand zu brechen, so wird nichts aus ihr. Diesen Kampf muß auch der Antisemitismus bestehen.

III. Das Wahlergebnis.

In der Tafel A sind die auf antisemitische Kandidaten bei den Reichstagswahlen von 93 und von 98 entfallenen Stimmen nebeneinandergestellt und die Namen der Kandidaten hinzugefügt worden, letztere in fettem Druck, soweit sie siegreich waren. Die Ergebnisse der Stichwahlen sind in den Fußnoten aufgeführt, dabei ist stets die erste Zahl die der antisemitischen Stimmen. Der Hinweis auf etwaige Ersatzwahlen findet sich in den der ersten Spalte angehängten Fußnoten. — Die genauere Parteistellung der antisemitischen Kandidaten ist in der Weise gekennzeichnet, daß R: Deutsche Reformpartei (früher Antisemitische Volkspartei); N: Norddeutsche Vereinigung; D: Deutsch-soziale Partei und W: Wild-antisemitisch bedeutet. — In Tafel B sind die Kandidaten und Stimmverhältnisse für alle Parteien in den Wahlkreisen aufgeführt, in denen mehr als 1000 antisemitische Stimmen abgegeben worden sind; in Tafel C die Ergebnisse der Ersatzwahlen in der Zeit zwischen den allgemeinen Wahlen von 93 und 98, soweit die Antisemiten beteiligt waren.

Vergleichen wir nun das Ergebnis der allgemeinen Reichstagswahlen von 98 mit dem von 93, so finden wir folgendes: Es wurden 12 antisemitische Abgeordnete gewählt, von denen 10 der Fraktion der Deutsch-sozialen Reformpartei angehören (einer davon als Hospitant). 1893 wurden 16 antisemitische Abgeordnete gewählt, von denen 12 der antisemitischen Volkspartei, 2 der deutsch-sozialen Partei, 2 der Norddeutschen Vereinigung angehörten. Dabei sind die Herren Werner und Zimmermann, die doppelt gewählt waren, auch doppelt gerechnet. Sie wurden bei den Nachwahlen durch die Herren Bindewald und Dr. König ersetzt, wodurch ein Mandat von der Antisemitischen Volkspartei an die Deutsch-soziale Partei überging (s. Tafel C).

Nachdem sich die Deutsch-soziale Reformpartei gebildet hatte, der sich zunächst alle antisemitischen Abgeordneten anschlossen, traten folgende Verschiebungen im Personalbestande der Fraktion ein: Leuß legte nieder und wurde durch den Abgeordneten Iskraut ersetzt. Die Wahl Dr. Königs wurde für ungiltig erklärt, er kandidierte nicht wieder und an seine Stelle trat der Abgeordnete Bielhaben. Haenichen legte nieder und sein Wahlkreis Dresden-Land ging an die Sozialdemokraten verloren, dafür wurde Waldeck erobert und der Abgeordnete Müller trat in die Fraktion ein. Ahlwardt wurde ausgeschlossen, Böckel, Lieber und Förster traten aus. Somit bestand die Fraktion vor Schluß des Reichstages aus 12 Abgeordneten, nach den Wahlen nur noch aus 10. Neu gewählt waren die Abgeordneten Gäbel und Raab, über deren Lebenslauf ich den deutsch-sozialen Blättern (Nr. 525 und 529) und dem Reichstagshandbuche die folgenden Angaben entnehme.

(Fortsetzung des Textes auf S. 227.)

A. Antisemitische Kandidaturen 1893 und 1898.

Wahlkreis	1893			1898		
	Kandidat		Stimmen	Stimmen	Kandidat	
Stadt Königsberg i. Pr.[1]	—		—	421	Schumann	
Elbing-Marienburg i. Westpr.	—	N.	58	—	—	
Stadt Danzig	—		—	368	Sedlatzek	W.
Deutsch Krone	—		—	2 562	von Mosch	W.
Provinzen Ost- u. Westpr.			58	3 351		
Berlin 1	—	N.	38	—	—	
Berlin 2	Dr. Bachler	N.	69	—	—	
	Dr. Böckel	R.	51	—	—	
Berlin 3	Dr. Förster	N.	4 534	3 809	Dr. Bachler	
Berlin 4	Dr. Böckel	R.	174	—	—	
Berlin 5	Hertwig	N.	5 143	3 286	Strumpf	
Berlin 6	Dr. Böckel	R.	158	—	—	
	Dr. Bachler	N.	48	—	—	
Stadt Berlin			10215	7 095		
Westprignitz[2]	—		—	1 535	Dr. Wohlfarth	
Ruppin-Templin[3]	—		—	1 214	Schükerk	
Prenzlau-Angermünde	Dr. Förster	N.	1 111	2 107	Böckler	
Niederbarnim	Dr. Bachler	N.	2 748	409	Werner	
Potsdam-Osthavelland-Spand.	Roedenbeck	N.	2 969	—	—	
Westhavelland-Brandenburg	v. Borcke	D.	577	—	—	
Teltow-Beesk.-Stork.-Charlott.	Dr. Förster	N.	7 786	2 080	Frölich	
Arnswalde-Friedeberg	**Ahlwardt**	N.	8 046	6 136	**Ahlwardt**[4]	W.
Landsberg-Soldin	Pickenbach	R.	3 067	—	—	
Königsberg i. Nm.	—		—	979	Beck	
Ost- und West-Sternberg	Pickenbach	R.	565	2 243	Frölich	
Züllichau-Schwiebus-Kroffen	—		—	406	Zimmermann	
Kottbus-Spremberg	—		—	548	Liebrecht	
Provinz Brandenburg			26,869	17 657		
Demmin-Anklam	—		—	30	Liebermann v. Sonnenberg	
Ueckermünde-Usedow-Wollin	—		—	5 348	Dr. Schröder[5]	
Stadt Stettin	Dr. Förster	N.	495	604	von Mosch	W.
	—		—	186	Liebermann v. Sonnenberg	
Pyritz-Saatzig	Hertwig	N.	1 991	51	Ahlwardt	W.
Belgard-Schivelbein-Dramburg	Dr. Böckel	R.	35	2 220	Sedlatzek	W.
Neustettin[6]	**Ahlwardt**[6]	N.	2 535	3 187	Dr. Förster	W.
Provinz Pommern			5 056	11 626		
Samter-Birnbaum-Obornik-Schwerin a. W.	Schmidt	N.	1 181	695	Hampke	W.
Meseritz-Bomst[7]	Zimmermann	R.	271	—	—	
Krotoschin-Koschmin	—	N.	34	—	—	
Czarnikau-Filehne-Kolmar i. P.	Seehagel	N.	57	—	—	
Wirsitz-Schubin	—	N.	80	—	—	
Inowrazlaw-Mogilno-Strelno[8]	Priebe	N.	1 124	—	—	
Provinz Posen			2 747	695		

[1] Ersatzwahl am 10. 6. 1897 für Störmer 2161. [2] Ersatzwahl am 29. 10. 1897 für Dr. Wohlfarth 1909. [3] Ersatzwahl am 21. 5. 1896 für Schükerk 2421. [4] Stichwahl 8319 gegen 5309. [5] Stichwahl 6182 gegen 6921. [6] Stichwahl 7326 gegen 3046. — Nachwahl 1893 für **Dr. Förster** 6518. [7] Ersatzwahl am 13. 3. 1894 für v. Mosch 3520; Ersatzwahl am 5. 7. 95 für Herfarth 3601. [8] Ersatzwahl am 16. 5. 1894 für Priebe 1449.

Wahlkreis	1893			1898	
	Kandidat		Stimmen	Stimmen	Kandidat
Groß-Wartenberg-Oels[1]	Liebermann v. Sonnenbg.	D.	1 158	2 933	Jenzen
Stadt Breslau Ost	Schulze	D.	1 484	507	Zimmermann
Stadt Breslau West	Dr. Förster	N.	1 370	509	Liebermann v. Sonnenberg
Breslau Land-Neumarkt	—		—	629	Dittmer
Frankenstein-Münsterberg	Schulze	D.	549	—	—
Goldberg-Hainau-Liegnitz	Gockſch	D.	326	—	—
Landeshut-Jauer-Bolkenhain	Gockſch	D.	268	306	Timm
Kreuzburg-Rosenberg i. O.-S.	—	D.	35	32	Liebermann v. Sonnenberg
Kattowitz-Zabrze[2]	Liebermann v. Sonnenbg.	D.	746	138	„
Pleß-Rybnik	—	D.	26	—	—
Provinz Schleſien			5 962	5 054	
Stadt Magdeburg	v. Schirp	R.	2 869	3 691	Dr. Lindſtröm
Aſchersleben-Kalbe	—		—	1 237	Bindewald
Oſchersleben-Halberſt.-Wernig.	Dr. Förster	N.	299	1 354	Schumann
Saalkreis-Stadt Halle a. S.	—		—	795	Welcker
Naumburg-Weißenfels-Zeitz	Tesdorpf	D.	2 070	—	—
Stadt Nordhauſ.-Grfſch. Hohenſt.	Kruſe	D.	4 579	3 544	Aſchendorff[3]
Erfurt-Schleuſingen-Ziegenrück	—		—	5 106	Schack
Provinz Sachſen			9 817	15 727	
Apenrade-Flensburg	—		—	4 424	**Raab**[4]
Tondern-Huſum-Eiderſtedt	—		—	97	Raab
Pinneberg-Segebg. ohne Stadt[5]	Liebermann v. Sonnenbg.	D.	718	2 869	Eyler
Kiel-Rendsburg-Plön	„	D.	36	4 077	Graf Reventlow
Altona-Stormarn	„	D.	2 258	1 754	Raab
Provinz Schleswig-Holſt.			3 012	13 221	
Osnabrück-Berſenbrück-Iburg[6]	Dr. König	D.	309	72	Dr. Förster W.
Melle-Diepholz-Wittlg.-Suling.	Dr. König	D.	258	—	—
Hannover-Linden Stadt	Dr. Schulte-Steinberg	D.	3 021	2 153	Dr. Lindſtröm
Hameln-Linden Land-Springe	Graf Görtz-Wrisberg	D.	618	—	—
Hildesheim-Marienbg. i. Hann.-Alfeld-Gronau	Liebermann v. Sonnenbg.	D.	860	—	—
Northeim-Einb.-Oſter. a. H.-Uſl.	„	D.	174	—	—
Göttingen-Duderſtadt-Münden	Frhr. v. Berlepſch	D.	1 541	168	Dr. Lindſtröm
Goslar-Zellerfeld-Ilfeld	—		—	2 911	„
Celle-Peine-Gifhorn-Burgdorf	Liebermann v. Sonnenbg.	D.	652	901	Dr. Bock
Harburg-Rotenburg i. Hann.-Zeven	„	D.	163	96	Liebermann v. Sonnenberg
Provinz Hannover			7 596	6 301	

[1]) Erſatzwahl am 17. 9. 1895 für Puchſtein 3865. [2]) Erſatzwahl am 5. 9. 1893 für Liebermann v. Sonnenberg 931. [3]) Stichwahl 4224 gegen 5789. [4]) Stichwahl 8145 gegen 5451. [5]) Erſatzwahl am 13. 6. 94 für Raab 2328 Stimmen. [6]) Erſatzwahl am 9. 4. 96 für Weidner 1962 Stimmen.

Wahlkreis	1893			1898		
	Kandidat		Stimmen	Stimmen	Kandidat	
Münster-Koesfeld	Liebermann v. Sonnenbg.	D.	222	355	Liebermann v. Sonnenberg	
Herford-Halle i. Westf.	„	D.	77	—	—	
Wittgenstein-Siegen-Biedenkopf	Dr. Böckel	D.	1 077	—	—	
Hagen-Schwelm	Dr. König	D.	261	283	Ahlwardt	W.
Bochum-Gelsenkirchen	Ottensmeyer	D.	633	—	—	
Dortmund-Hörde	—	D.	65	49	Schack	
Provinz Westfalen			2 335	687		
Rinteln-Hofgeismar-Wolfhag. [2]	**Werner** [1]	R.	3 835	6 035	**Dr. Vielhaben**	
Kassel-Melsungen	—		—	5 087	Schack	
Fritzlar-Homberg-Ziegenhain	**Liebermann v. Sonnenbg.**	D.	6 482	4 818	**Liebermann v. Sonnenberg**	
Eschwege-Schmalk.-Witzenh. [4]	**Leuß** [3]	D.	3 809	2 410	Iskraut	
Marburg-Frankenb.-Kirchhain	**Dr. Böckel** [5]	R.	6 736	2 818	**Dr. Böckel** [6]	W.
Hersfeld-Rotenb. i. H. N.-Hünfeld	**Werner** [7]	R.	3 986	4 366	**Werner**	
Fulda-Schlüchtern-Gersfeld	Dr. Böckel	R.	113	144	Liebermann v. Sonnenberg	
Hanau-Gelnhs.-Frankf. a. M. Ld.	Stein	R.	2 020	1 335	Mettenheimer	
Obertaunus-Höchst-Usingen	Dr. Böckel	R.	353	—	—	
Wiesbaden-Rheingau-Untertaun.	Brade	R.	1 245	—	—	
Oberlahnkreis-Limburg	Bindewald	R.	1 562	—	—	
Dillkreis-Oberwesterwald	Bodeck	R.	1 089	—	—	
Stadt Frankfurt a M.	Liebermann v. Sonnenbg.	D.	1 448	1 551	Liebermann v. Sonnenberg	
Provinz Hessen-Nassau			32 678	28 564		
Wetzlar-Altenkirchen	Baehr	R.	3 383	2 762	Zimmermann	
Kreuznach-Simmern	—	R.	65	—	—	
Solingen	Leuß	D.	48	87	Dr. König	
Düsseldorf	Dr. König	D.	269	—	—	
Essen	Dr. König	D.	181	—	—	
Duisburg-Mülheim a. d. Ruhr-Ruhrort	Dr. König	D.	5 952	3 327	Dr. König	
Gladbach-München Gladbach	Dr. König	D.	197	—	—	
Krefeld	—		—	172	Dr. Vielhaben	
Stadt Köln [8]	v. Warendorff	D.	533	113	Liebermann v. Sonnenberg	
Wittlich-Bernkastel	—	D.	28	—	—	
Sigmaringen	—		—	27	Vogel	
Rheinprov. u. Sigmaring.			10 656	6 488		
München I	—		—	98	Wenng	W.
München II	—		—	143	Wenng	W.
Landshut	—		—	145	Wenng	W.
Neunburg vor'm Wald	Reimer	R.	33	—	—	
Neustadt a. d. Wald-Naab	Dr. Böckel	R.	71	—	—	
		D.	33	—	—	

[1]) Stichwahl 8035 gegen 6227. [2]) Neuwahl am 14. 7. 93 für **Dr. König** 4419 und in der Stichwahl 6631 gegen 3769; Ersatzwahl am 23. 4. 95 für **Dr. Vielhaben** 5029. [3]) Stichwahl 6879 gegen 4832. [4]) Ersatzwahl am 28. 2. 95 für **Iskraut** 3826 und in der Stichwahl 9964 gegen 6797. [5]) Stichwahl 8779 gegen 3962. [6]) Stichwahl 5517 gegen 4940. [7]) Stichwahl 7259 gegen 4385. [8]) Ersatzwahl am 13. 5. 95 für v. Warendorf 391.

Wahlkreis	1893			1898	
	Kandidat		Stimmen	Stimmen	Kandidat
Erlangen-Fürth	Weber	R.	81	—	—
Neustadt a. d. Saale	Geisler	R.	33	—	—
	Liebermann v. Sonnenberg	D.	30	—	—
Schweinfurt	Geißler	R.	81	—	—
Würzburg	Geisler	R.	596	—	—
Augsburg	Welcker	R.	512	—	—
Königreich Bayern			1470	386	
Löbau	Zimmermann [1]	R.	6318	—	—
Bautzen-Kamenz	**Gräfe**	R	10572	10026	**Gräfe**
Stadt Dresden r. d. Elbe	**Klemm** [2]	R.	11151	5014	Dietz
Stadt Dresden l. d. Elbe	**Zimmermann** [3]	R.	13805	8986	Zimmermann
Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt-Dippoldiswalde [5]	**Hänichen** [4]	R.	11780	8626	Welcker
Meißen-Großenhain	**Lieber** [6]	R.	7692	6522	**Gaebel** [7]
Pirna	**Lotze** [8]	R.	7805	11118	**Lotze**
Stadt Leipzig	Enke	D.	7077	6061	Dr. Haedicke
Amtshauptmannschaft Leipzig	Liebermann v. Sonnenberg	D.	9146	2098	Liebermann v. Sonnenberg
Borna	—		—	1431	Zimmermann
Chemnitz	Klemm	D.	4955	—	—
Stollberg-Lößnitz-Schneeberg	—		—	9209	Theuerkorn
Marienberg	—		—	4336	Hartwig
Annaberg-Schwarzenberg	Liebermann v. Sonnenberg	D.	3063	—	—
Königreich Sachsen			93364	78427	
Stuttgart	Rübling	R.	460		
Waldshut-Säckingen-Schopfheim-Schönau	Dr. Vogel	D.	83	38	Bindewald
Lörrach-Müllheim-Staufen-Breisach	Dr. Vogel	D.	1030	116	Liebermann v. Sonnenberg
Freiburg-Emmendingen-Waldkirch	Liebermann v. Sonnenberg	D.	337	127	Liebermann v. Sonnenberg
Offenburg-Oberkirch-Kehl	—		—	371	Dr. Vogel
Karlsruhe-Bruchsal	Dr. Vogel	D.	210	874	Schmidt
Mannheim-Schwetzing.-Weinhm.	Dr. Vogel	D.	815	2097	Köster
Heidelberg-Eberbach-Mosbach	Köster	D.	1078	2715	Dr. Vogel
Sinsheim-Eppingen-Bretten-Wiesloch	Schmidt	D.	3573	—	—
Königreich Württemberg u. Großherzogtum Baden			7586	6338	
Gießen [9]	**Köhler** [10]	R.	5606	4718	**Köhler** [11]
Friedberg-Büdingen	Bähr [12]	R.	3493	1883	Leopard

[1]) Stichwahl 7795 gegen 10000. [2]) Stichwahl 19550 gegen 15190. [3]) Stichwahl 19857 gegen 16189. [4]) Stichwahl 17037 gegen 16943. [5]) Ersatzwahl am 25. 4. 1895 für Hartwig 8539 Stimmen. [6]) Stichwahl 13344 gegen 8889. [7]) Stichwahl 12707 gegen 11567. [8]) Stichwahl 12429 gegen 9728. [9]) Ersatzwahl am 5. 11. 1896 für **Köhler** 4177 Stimmen und in der Stichwahl 9733 gegen 5255. [10]) Stichwahl 8163 gegen 6987. [12]) Stichwahl 8839 gegen 5467. [12]) Stichwahl 5472 gegen 7480.

Wahlkreis	1893			1898	
	Kandidat		Stimmen	Stimmen	Kandidat
Alsfeld-Lauterbach-Schotten[1]	**Zimmermann**[2]	R.	3811	2870	**Bindewald**[3]
Darmstadt-Groß-Gerau	Welcker	R.	3223	4345	Bormet
Dieburg-Offenbach	Griot	R.	2669	2228	Hauck III
Bensheim-Erbach	**Hirschel**[4]	R.	4693	2059	Hirschel
Worms	Dr. Böckel	R.	46	—	—
Bingen-Alzey[5]	Dr. Böckel	R.	389	1068	Wolf VI
Mainz-Oppenheim[6]	Dr. Böckel	R.	270	202	Bindewald
Großherzogtum Hessen			24200	19373	
Rostock-Doberan	—	D.	26	—	—
Weimar-Apolda	Liebermann v. Sonnenberg	D.	475	—	—
Eisenach-Dermbach[7]	Kaiser	R.	1623	2698	Schrader
Neustadt a. d. Orla	Schröter	D.	396	—	—
Oldenburg-Lübeck-Birkenfeld	—	D.	58	—	—
Delmenhorst-Vechta-Kloppenburg-Friesoyte	Dr. Müller	D.	120	49	Liebermann v. Sonnenberg
Braunschweig-Blankenburg	—		—	1887	Schumann
Meiningen-Hildburghausen	Dr. Wehner	R.	1214	2831	Kurzhals
Sonneberg-Saalfeld	Dr. Storck	D.	111	126	Liebermann v. Sonnenberg
Gotha	—		—	217	Schack
Bernburg-Ballenstedt-Cöthen	—		—	814	Brox
Waldeck[8]	Quistorp	D.	2109	3394	**Müller**[9]
Reuß ä. L.	Dr. Förster	N.	627	—	—
Schaumburg-Lippe[10]	—		—	599	Jacobsen
Lippe	—		—	80	Liebermann v. Sonnenberg
Fürstentümer			6759	12 695	
Lübeck	Liebermann v. Sonnenberg	D.	410	838	Lauenstein
Bremen	Dr. Müller	D.	555	383	Dr. Vielhaben
Hamburg I[11]	Raab		2431	1933	Raab
Hamburg II	„		2646	1602	„
Hamburg III	„		4032	5515	„
Freie Städte			10 074	10 271	
Metz[12]	Liebermann v. Sonnenberg	D.	3407	860	Schmitz
Elsaß-Lothringen			3407	860	
Deutsches Reich			263861	239816	

[1]) Nachwahl 1893 für **Bindewald** 4761 Stimmen und in der Stichwahl 6314 gegen 5338. [2]) Stichwahl 6352 gegen 5814. [3]) Stichwahl 5222 gegen 3932. [4]) Stichwahl 8121 gegen 7410. [5]) Nachwahl 1893 für Welcker 1208 und für Graf 357 Stimmen. [6]) Ersatzwahl am 5. 11. 1896 für Wolff 847 Stimmen. [7]) Ersatzwahl am 4. 4. 1895 für Riemann 2645 Stimmen. [8]) Ersatzwahl am 9. 7. 1895 für **Müller** 8448 Stimmen und in der Stichwahl 5081 gegen 3991. [9]) Stichwahl 4251 gegen 2957 [10]) Ersatzwahl am 5. 11. 98 für Böckler 475 Stimmen. [11]) Ersatzwahl am 17. 8. 93 für Raab 2290 Stimmen. [12]) Ersatzwahl am 9. 1. 96 für Pagenstecher 362 Stimmen.

B. Die Wahlergebnisse in den für die Antisemiten wichtigen Wahlkreisen 1898.

Es bedeutet A: Antisemitisch; B. L.: Bund der Landwirte; C. S.: Christlich-sozial; D.: Däne; D. V.: Deutsche Volkspartei; E.: Elsässer; F.: Fortschrittspartei bezw. Deutsch-freisinnige Partei; f. K.: freikonservativ; f. Vg.: freisinnige Vereinigung; f. Vo.: freisinnige Volkspartei; h. R.: hessische Rechtspartei; h. V.: hessische Volkspartei; K.: Deutschkonservativ; N.: Nationalliberal; N. S.: Nationalsozial; P.: Pole; S.: Sozialdemokrat; u.: unbestimmt; W.: Welfe; Z.: Zentrum.

Marienwerder 8. Gamp, f. K. 3804; Bredow, Z. 3787; v. Mosch, A. 2562: Kühnemann, f. Vg. 113; Storch, S. 47. Stichw. f. K. 5272; Z. 4739.

Berlin 3. Heine, S. 11 411; Langerhans, f. Vo. 8031; Bachler, A. 3809; v. Kehler, Z. 377; Wawrzyniak, P. 47. Stichw. S. 12 766; f. Vo. 11 415.

Berlin 5. Schmidt, S. 10 025; **Zwick,** f. Vo. 7085; Strumpf, A. 3286; v. Kehler, Z. 339; Roß, D. V. 243. Stichw. f. Vo. 10 957; S. 10 899.

Potsdam 1. Stubbendorff, f. K. 5280; Schulz, f. Vo. 3639; Weyl, S. 2221; Wohlfarth, A. 1535. Stichw. f. K. 6992; f. Vo. 6643.

Potsdam 3. Dietrich, K. 9034; Gräbner, f. Vo. 4466; Apelt, S. 4170; Schükert, A. 1214. Stichw. K. 10 292; f. Vo. 9041.

Potsdam 4. v. Winterfeldt, K. 10 413; Thierbach, S. 3929; Böckler, A. 2107; Pachnicke, f. Vg. 747.

Potsdam 10. Zubeil, S. 42 699; Vorberg, K. 28 441; Bernstein, f. Vo. 11 392; Frölich, A. 2080; v. Kehler, Z. 1232; Wawrzyniak, P. 111. Stichw. S. 51 967; K. 46 361.

Frankfurt 1. Ahlwardt, A. 6136; Ring, K. 4187; Millarg, S. 1362; Voß, f. Vg. 1351. Stichw. A. 8319; K. 5309.

Frankfurt 5. v. Waldow, K. 6296; Frölich, A. 2243; Jahn, S. 1346; Woicke, f. Vg. 44.

Stettin 2. Schröder, A. 5348; **Gaulke,** f. Vg. 4665; Kuntze, S. 3247; Krätzig, Z. 137. Stichw. f. Vg. 6921; A. 6182.

Köslin 4. v. Brockhausen, K. 8333; Rubow, f. Vg. 3208; Sedlatzek, A. 2220; Berger, S. 492.

Köslin 5. v. Bonin, K. 5274; Förster, A. 3187; Schulz, f. Vg. 1514; Berger, S. 41.

Breslau 3. v. Kardorff, f. K. 6685; Jenzen, A. 2933; v. Donat, Z. 2056; Preiß, f. Vg. 1132; Gießmann, S 536.

Magdeburg 4. Pfannkuch, S. 20 125; Zuckschwerdt, N. 10 683; Ratzbach, f. Vo. 4191; Lindström, A. 3691; Lieber, Z. 549.

Magdeburg 7. Schmidt, S. 17 090; Placke, N. 13 894; Saalwächter, f. Vo. 2232; Bindewald, A. 1237. Stichw. S. 18 300; N. 18 100.

Magdeburg 8. Paul, S. 11 262; **Rimpau,** N. 7815; Schlüter, f. K. 4434; Otto, f. Vo. 4102; Schumann, A. 1354; Lieber, Z. 214. Stichw. N. 17 050; S. 13 434.

Erfurt 1. Wiemer, f. Vo. 3781; Aschendorff, A. 3544; Glocke, S. 3409. Stichw. f. Vo. 5789; A. 4224.

Erfurt 4. Schulz, S. 11 733; **Jacobskötter,** K. 9125; Schack, A. 5106; Lieber, Z. 712; Träger, f. Vo. 675. Stichw. K. 15 039; S. 13 934.

Schleswig 2. Raab, A. 4424; Holzhäuser, S. 4016; Jebsen, N. 3747; Wolff, D. 3349; Duus, f. Vo. 2521. Stichw. A. 8145; S. 5451.

Schleswig 6. v. Elm, S. 15 928; Breckwoldt, N. 6421; Bandt, f. Vo. 4847; Eyler, A. 2869; Stötzel Z. 77.

Schleswig 7. Legien, S. 19 419; **Hähnel,** f. Vg. 12 682; Graf Reventlow, A. 4077; Groth, N. 2579; Hitze, Z. 223. Stichw. f. Vg. 22 998; S. 21 168.

Schleswig 8. Frohme, S. 22 589; Wuth, B. L. 2474; Fischbeck, f. Vg 2419; Volckens, N. 2381; Raab, A. 1754; Stötzel, Z. 204.

Hannover 8. Meister, S. 25 045; Fink, N. 10 290; Stephanus, W. 9957 Lindström, A. 2153; Träger, f. Vo. 519.

Hannover 13. Wilke, S. 5999; **Horn,** N. 5686; Lindström, A. 291 Frhr. v. Minningerode, W. 2441; Quensell, f. Vo. 1435. Stichw. N. 10 431 S. 8709.

Kassel 1. Vielhaben, A. 6035; Garbe, S. 2762; Müller, Z. 287; Harnier, N. 130; Martin, h. R. 117.

Kassel 2. Thiel, S. 10 357; **Endemann,** N. 6268; Schack, A. 5087; Martin, h. R. 1240; Müller, Z. 483. Stichw. N. 13 245; S. 12 413.

Kassel 3. Liebermann v. Sonnenberg, A. 4818; Martin, h. R. 883; Jordan, S. 523; Müller, Z. 83.

Kassel 4. Hugo, S. 5246; **v. Christen,** f. K. 3431; Helff, f. Vo. 3071; Iskraut, A. 2410. Stichw. f. K. 9216; S 6429.

Kassel 5. Böckel, A. 2818; v. Bartenwerffer, K. 2370; Müller, Z. 1910; v. Gerlach, N. S. 1841; Bader, h. V. 1565; Liebknecht, S. 496; Martin, h. R. 65. Stichw. A. 5517; K. 4940.

Kassel 6. Werner, A. 4366; Lieber, Z. 2185; Schmeißer, N. 1237; Trilse, S. 809.

Kassel 8. Hoch, S. 12 692; Sieg, K. 5099; Leonhardt, f. Vo. 3891; Mettenheimer, A. 1335.

Wiesbaden 6. Schmidt, S. 20 019; Flinsch, f. Vo. 12 123; Naumann, N. S. 3295; Roeren, Z. 2391; Liebermann v. Sonnenberg, A. 1551.

Koblenz 1. Krämer, N. 6109; Rintelen, Z. 5274; Burckhardt, C. S. 3041; Zimmermann, A. 2762; Bebel, S. 2507. Stichw. N. 13 070; Z. 6208.

Düsseldorf 6. Molz, Z. 21 071; **Möller,** N. 19 904; Hengsbach, S. 7804; König, A. 3327; Schmidt, f. Vo. 863. Stichw. N. 29 476; Z. 27 831.

Sachsen 3. Gräfe jun., A. 10 026; Höppner, S. 4806; Porsch, Z. 1070; Steiger, K. 71.

Sachsen 4. Kaden, S. 18 094; Hönerbach, K. 10 268; Dietz, A. 5014; Böhmert, N. 4196; Porsch, Z. 153. Stichw. S. 21 729; K. 18 658.

Sachsen 5. Gradnauer, S. 17 113; Weidenbach, K. 9372; Zimmermann, A. 8986; Porsch, Z. 443; Träger. f. Vo. 34. Stichw. S. 19 647; K. 18 539.

Sachsen 6. Horn, S. 22 335; Andrä, K. 9659; Welcker, A. 8626; Porsch, Z. 98.

Sachsen 7. Goldstein, S. 10 332; **Gäbel,** A. 6522; Sachße, K. 6426; Porsch, Z. 49. Stichw. A. 12 707; S. 11 567.

Sachsen 8. Lotze, A. 11 118; Fräßdorf, S. 10 007; Fischbeck, f. Vo. 652.

Sachsen 12. Hasse, N. 11 876; Schmidt, S. 11 739; Haedicke, A. 6061; Lorenz, N. S. 809; Munckel, f. Vo. 196. Stichw. N. 17 057; S. 14 407.

Sachsen 13. Geyer, S. 38 933; Oehler, N. 16 596; Liebermann v. Sonnenberg, A. 2098; Martin, N. S. 2050; Hübner f. Vo. 221.

Sachsen 14. v. Frege-Weltzin, K. 9332; Stolle, S. 6640; Zimmermann, A. 1431.

Sachsen 19. Seifert, S. 13 730; Theuerkorn, A. 9209.

Sachsen 20. Rosenow, S. 8999; v. Herder, K. 6066; Hartwig, A. 4336. Stichw. S. 10 262; K. 10 162.

Baden 11. Dreesbach, S. 15 244; Bassermann, N. 8747; König, Z. 4667; Vogel, D. V. 2319; Köster, A. 2097. Stichw. S. 19 052; N. 14 369.

Baden 12. Beck, N. 7289; Armbruster, Z. 4628; Pfeiffle, S. 2781; Vogel, A. 2715. Stichw. N. 12 977; Z. 7557.

Hessen 1. Köhler, A. 4718; Scheidemann, S. 4495; Frank, N. 4159; Schmitt, Z. 79. Stichw. A. 8839; S. 5467.

Hessen 2. Graf Oriola, N. 4713; Prinz, S. 4204; Leopard, A. 1883; Wenk, N. S. 1337; Schmitt, Z. 1274. Stichw. N. 9011; S. 5788.

Hessen 3. Bindewald, A. 2870; Schade, B. L. 2291; Ehlers, f. Vo. 1298; Schmidt, S. 809; Schmitt, Z. 320. Stichw. A. 5222; B. L. 3932.

Hessen 4. Cramer, S. 9013; Rodnagel, N. 6485; Vormet, A. 4345. Stichw. S. 12 471; N. 11 743.

Hessen 5. Ulrich, S. 13 404; Molthan, Z. 5233; Schloßmacher, N. 3497; Hauck III, A. 2228.

Hessen 6. Haas, N. 5245; Rau, S. 3279; Hirschel, A. 2059; Oeser, D. V 1373. Stichw. N. 8545; S. 6481.

Hessen 8. Schmidt, f. Vo. 7287; Haas, N. 4276; Katzenstein, S. 1071; Wolf VI., A. 1068.

Sachsen-Weimar 2. Pätzold, S. 3744; **Cafselmann,** f. Vo. 3714; Schrader, A. 2698; Flex, N. 1912. Stichw. f. Vo. 6376; S. 4669.

Braunschweig 1. Blos, S. 14 657; Viereck, N. 7438; v. Damm, W. 5767; Schumann, A. 1887; Trimborn, Z. 366. Stichw. S. 16 981; N. 15 485.

Sachsen-Meiningen 1. Paasche, N. 4945; **Müller,** f. Vo. 4716; Wehder, S. 3348; Kurzhals, A. 2831. Stichw. f. Vo. 9848; N. 6413.

Waldeck. Müller, A. 3394; Fink, N. 1458; Dettmering, S. 1169; Rickert, f. Vg. 1057; Lieber, Z. 53. Stichw. A. 4251; N. 2957.

Hamburg 1. Bebel, S. 18 500; Albrecht, N. 5049; Pfeiffer f. Vg. 3095; Raab, A. 1933; Stötzel, Z. 164; Jensen, u. 102.

Hamburg 2. Dietz, S. 21 791; Menzel, f. Vo. 4608; Woermann, N. 1869; Raab, A. 1602; Stötzel, Z. 188.

Hamburg 3. Metzger, S. 41 804; Danzel, N. 16 852; Türkheim, f. Vo. 7593; Raab, A. 5515; Stötzel, Z. 362; Damaschke, N. S. 82; Bebel, S. 84.

C. Ersatzwahlen zwischen dem 15. Juni 93 und dem 16. Juni 98, soweit die Antisemiten an ihnen beteiligt waren.

Königsberg 3. 10. 6. 97: Krause, N. 4050; Papendieck, f. Vg. 5008; Störmer, A. 2161; **Haase,** S. 11 914.

Marienwerder 7. 8. 5. 94: **Hilgendorff,** K. 5679; Neukirch, f. Vo. 181; v. Mosch, A. 3242; Neumann, Z. 1893; v. Pradzinski, P. 3506; Stichw. K. 8348; P. 6212.

Potsdam 1. 29. 10. 97: **Schulz,** f. Vo. 3148; v. Saldern, K. 5043; Hinze, S. 2015; Wohlfarth, A. 1909. Stichw. f. Vo. 7459; K. 5994.

Potsdam 3. 21. 5. 96: v. Arnim-Milmersdorf, f. K. 7136; **Lessing,** f. Vo. 4730; Apelt, S. 3750; Schükert, A. 2421. Stichw. f. K. 8648; f. Vo. 9764.

Köslin 3. 18. 6. 95: v. Gerlach, K. 7101; **Benoit,** f. Vg. 4650; Lotz, S. 2413; Paasch, A. 1597. Stichw. f. Vg. 9212; K. 7363.

Köslin 5. 1893: Stöcker, C. S. 1906; **Förster,** A. 6518.

Posen 3. 13. 3. 94: **v. Dziembowski,** f. K. 5347; Szymanski, P. 7812; v. Mosch, A. 3520; Stolpe, S. 297. Stichw. f. K. 9200; P. 8703.

5. 7. 95: **v. Dziembowski,** f. K. 5138; Szymanski, P. 8042; Herfarth, A. 3601; Morawski, S. 81. Stichw. f. K. 9481; P. 8817.

Bromberg 4. 16. 5. 94: Timm, K. 1764; **Krzyminski,** P. 10 612; Priebe, A. 1449; Berfuß, S. 219.

Breslau 3. 17. 9. 95: **v. Kardorff,** f. K. 6873; Puchstein, A. 3865; Doormann, f. Vg. 2306; Gießmann, S. 206.

Oppeln 6. 5. 9. 93: **Letocha,** Z. 13 872; Liebermann v. Sonnenberg, A. 931; Merkowski, S. 276.

Schleswig 6. 13. 6. 94: Mohr, N. 5994; Raab, A. 2328; Kopsch, f. Vo. 5010; **v. Elm,** S. 12 231. Stichw. N. 13 293; S. 13 814.

Hannover 4. 9. 4. 96: **Wamhoff,** N. 9677; v. Schele, W. 11 803; Schrader, S. 3227; Weidner, A. 1962; Hilkenkamp, F. 157. Stichw. W. 13 439; N. 14 045.

Kassel 1. 14. 7. 93: v. Buttlar, K. 3121; Endemann, N. 1845; Marons, S. 1492; **König,** A. 4419. Stichw. K. 3769; A. 6631.

23. 4. 95: **Vielhaben,** A. 5029; Souchay, N. 1245; Virchow, f. Vo. 502; v. Wächter, S. 2265; Martin, h. R 164.

Kassel 4. 28. 2. 95: Peters, f. K. 3106; **Isekraut,** A. 3826; Stengel, f. Vo. 3495; Huhn, S. 5605. Stichw. A. 9964; S. 6797.

Düsseldorf 7. 8. 2. 95: **Fritzen,** Z. 12 687; Haniel, f. K. 10 667; Hofrichter, S. 156; Baumbach, F. 34; L. v. Sonnenberg, A. 34.

Köln 1. 13. 5. 95: **Greiß,** Z. 10 353; Lütgenau, S. 7366; v. Wittgenstein, N. 3887; v. Warendorf, A. 391; Virchow, f. Vo. 348. Stichw. Z. 12 495; S. 7915.

Sachsen 6. 25. 4. 95: Andrae, K. 7538; Hartwig, A. 8539; **Hort** S. 16 512.

Sachsen 23. 24. 5. 94: Uebel, N. 6000; Schubert, A. 2667; v. Schwarz F. 1999; **Gerisch,** S. 9919. Stichw. N. 10 926; S. 12 587.

Hessen 1. 5. 11. 96: Meinert, N. 2442; Stengel, f. Vo. 2129; **Köhler** A. 4177; Scheidemann, S. 3351. Stichw. A. 9733; S. 5255.

Hessen 9. 5. 11. 96: David, S. 7358; **Schmitt,** Z. 7118; Soldau, N. 3142; Wolff, A. 847; Stichw. Z. 10287; S. 10112.

Sachsen-Weimar 2. 4. 4. 95: **Casselmann,** f. Vo. 3594; Eckels N. 1923; Pätzold, S. 2835; Riemann, A. 2645; Röſicke, K. 2914. Stichw. f. Vo. 7950; K. 4466.

Waldeck. 9. 7. 95: Böttcher, N. 2498; **Müller,** A. 3448; Schücking, f. Vo. 1778; Garbe, S. 702. Stichw. A. 5081; N. 3991.

Hamburg 1. 17. 8. 93: Laeisz, N. 8802; **Molkenbuhr,** S. 16476; Raab, A. 2290.

Elſaß-Lothringen 14. 9. 1. 96: **Pierſon,** E. 8702; Martin, S. 3821; Pagenſtecher, A. 362.

Fortſetzung von Seite 218.

Herr Guſtav Gäbel wurde am 28. April 1849 zu Eſchdorf bei Schönfeld als Sohn eines Kleinbauern geboren. Er beſuchte bis zu ſeinem dreizehnten Lebensjahre die Dorfſchule in ſeinem Geburtsorte, dann bis Michaelis 1863 das Freimaurerinſtitut zu Dresden-Friedrichſtadt. Nach ſeiner Einſegnung begab er ſich auf den väterlichen Hof zurück, um dort die Landwirtſchaft zu erlernen. Später war er eine Zeit lang als Verwalter auf größeren Gütern in Stellung. Ende 1869 trat Gäbel bei dem Königl. ſächſiſchen Train-Bataillon Nr. 12 ein und machte den Feldzug gegen Frankreich im Verbande der Train-Begleitungs-Eskadron mit. Nach dem Friedensſchluſſe wurde er zum Unteroffizier befördert und als ſolcher im Herbſt 1872 zur Reſerve entlaſſen. Nunmehr übernahm Gäbel als Oberverwalter dieſelbe Stelle wieder, die er vor ſeiner Einziehung zum Militär innegehabt hatte; vor ſeiner am 18. Juni 1874 erfolgten Verheiratung war Gäbel noch als ſelbſtändiger Oekonomie-Inſpektor auf dem Rittergute Choren bei Starrbach thätig. Am 1. Juli 1874 machte er ſich durch Uebernahme des Bauerngutes in Kleſſig ſelbſtändig, das er heute noch beſitzt und bewirtſchaftet. Das Vertrauen ſeiner Berufsgenoſſen übertrug ihm ſchon 1877 den Poſten als Ortsrichter und Urkundsperſon. Er hat dieſes Amt ſeitdem ununterbrochen verwaltet. Er ſitzt außerdem infolge wiederholter Wahl im Schul- und Kirchenvorſtande und im Gemeinderate und gehört auch dem Bezirkstage der Amtshauptmannſchaft Meißen an, in den ihn ſechzehn Gemeinden ſeiner Umgebung wählten. Als eifriger Bienenzüchter bekleidet Gäbel im Bienenwirtſchaftlichen Hauptverein des Königreichs Sachſen mehrere Ehrenämter und hat als Mitglied des Kreisvorſtandes für die Kreishauptmannſchaft Dresden Sitz und Stimme bei den Beratungen des landwirtſchaftlichen Kreisvereins Dresden. Gäbel vertrat urſprünglich das politiſche Programm der Deutſch-Konſervativen. Aber ſchon mitte der achtziger Jahre ſchloß er ſich aus innerſter Ueberzeugung der deutſch-ſozialen Bewegung an. Bereits im Jahre 1893 hatten ihn die Parteifreunde in ſeinem Wahlkreiſe zum Kandidaten unſerer Partei auserſehen. Er glaubte damals aber noch nicht abkömmlich zu ſein und lehnte deshalb trotz aller dringenden Vorſtellungen die Uebernahme der Kandidatur ab.

Herr Friedrich Wilhelm Carl Ernſt Raab, Porzellanmaler, evangel.-luth., wurde am 18. Mai 1859 zu Hamburg als zweitälteſter Sohn eines Handwerkers geboren. Er beſuchte bis zu ſeiner Einſegnung im Jahre 1874 die Dunteſche Stiftungsſchule und trat alsdann in die Lehre. Krankheit des Vaters zwang ihn, ſchon früh für die Erhaltung der Mutter und ſechs jüngerer Geſchwiſter zu ſorgen. Von 1880 ab genügte er ſeiner Militärpflicht im 76. Infanterie-Regiment und wurde 1882 als Dispoſitionsurlauber entlaſſen. Im Jahre 1886 erſt konnte er an die Schaffung einer eigenen Exiſtenz denken und begründete die noch heute betriebene Porzellanmalerei. Seit 1890 verheiratet, iſt Raab heute Vater dreier Kinder. Schon an der antiſemitiſchen Bewegung der ſiebziger Jahre nahm er lebhaften Anteil. Alles, was mit dieſer Bewegung im Städtebereich Hamburg-Altona zuſammenhängt, iſt auch auf das Engſte mit ſeinem Namen verknüpft. Im Jahre 1890 entſtand daſelbſt, nachdem bereits andere Vereine unter anderm Namen vorgearbeitet hatten, der „Antiſemitiſche Wahlverein von 1890", der ſeit der erfolgten Einigung der beiden antiſemitiſchen Strömungen den Namen „Verein der Deutſch-ſozialen Reformpartei" führt und deſſen erſter Vorſitzender Raab

seit Beginn ist. Ebenso ist er Vorsitzender des seit zwei Jahren bestehenden Verbandes der Partei für Schleswig-Holstein und Hamburg. Auf diese Gebiete beschränkte er nun in der Hauptsache seine Thätigkeit, während er früher auch oft in andern Teilen unsers Vaterlandes rednerisch thätig war. Seine Arbeit wird unterstützt durch die in Hamburg erscheinende Zeitung „Deutsches Blatt", die seit 1893 im Besitze einer Genossenschaft ist. Auch die 1892 begründete „Gewerbebank", ein auf der Grundlage einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht errichtetes und erfreulich aufblühendes Unternehmen verdankt in der Hauptsache Raab ihr Entstehen. In beiden Genossenschaften steht Raab an der Spitze des Aufsichtsrates. Im Juli 1897 wurde Raab in die gesetzgebende Körperschaft des Bundesstaates Hamburg, die sogenannte „Bürgerschaft" gewählt und bei den Wahlen im Jahre 1898 wurde sein Mandat auf weitere sechs Jahre verlängert, obgleich sich sämtliche Gegner zu seiner Bekämpfung zusammengethan hatten.

An antisemitischen Stimmen wurden abgegeben 239 816, davon entfielen 220 434 auf Kandidaten der Deutsch-sozialen Reformpartei, 19 382 auf wild-antisemitische Kandidaten. Im Jahre 93 wurden 263 861 antisemitische Stimmen abgegeben, von denen nach Tafel A 42 343 der Norddeutschen Vereinigung, 130 681 der deutschen Reformpartei, 81 728 den Deutsch-sozialen und 9109 der selbstständigen Hamburger Gruppe zuzuzählen sind. Für manche der kleineren Zählkandidaturen von 93 ist es freilich nicht möglich, jetzt noch mit Sicherheit festzustellen, welcher Gruppe sie angehörten: Wo die Person des Kandidaten keinen Aufschluß gab, habe ich sie der in dem jeweiligen Gebiete vorherrschend vertretenen Richtung zugezählt. — In den 32 seit dem Jahre 93 neu in Angriff genommenen Kreisen wurden 53 226 Stimmen abgegeben, davon 49 910 in 27 Kreisen für die D.-s. Ref.-Partei.

Die amtliche Statistik rechnet zu den antisemitischen Stimmen auch die 48 734 christlich-sozialen und gelangt so zu 284 250 (richtiger[1]) 288 550) antisemitischen Stimmen. Das ist insofern berechtigt, als sachliche Unterschiede zwischen den Bestrebungen der Antisemiten und der Christlich-Sozialen nicht bestehen. Die christlich-sozialen Stimmen durften aber bei der vorstehenden Vergleichung der Wahlergebnisse von 98 und 93 nicht mit herangezogen werden, weil es sich darum handelte, zu ermitteln, wie sich der Besitzstand der 93 vorhandenen antisemitischen Richtungen verändert hat. Die christlich-sozialen Stimmen nun gehören einer für die Statistik neuen, 93 noch nicht mitgezählten Richtung an, sie legen nicht sowohl für die Werbekraft des organisierten Antisemitismus, als für die Abstoßungskraft der konservativen Partei Zeugnis ab.

Das endgiltige Ergebnis des Vergleichs mit den 93er Reichstagswahlen ist also dies, daß der kämpfende Antisemitismus von 16 Mandaten auf 12 zurückgeworfen worden ist und von 263 861 Stimmen 24 045 verloren hat. Dies Ergebnis hat unsren Erwartungen nicht entsprochen und uns belehrt, daß wir unsre Kräfte im Vergleich mit denen der alten Parteien überschätzt haben. Aber nicht nur auf unsrer, auch auf der Gegenseite ist ein günstigerer Ausgang für den Antisemitismus erwartet worden. Das spricht sich in vielen kleinen Zügen aus, vor

[1]) Die amtliche Statistik rechnet nämlich fälschlich als christlich-sozial 82 national-soziale Stimmen aus Hamburg und ferner fälschlich als nicht antisemitisch 3544 Stimmen aus Nordhausen und 838 Stimmen aus Lübeck. Der Kandidat in Nordhausen würde sich im Falle der Wahl der Fraktion der D.-s. Reformpartei angeschlossen haben, der Kandidat in Lübeck war auf das Programm, wenn auch nicht auf den Namen der Partei hin aufgestellt. — Die Angaben der amtlichen Statistik über die Parteistellung der Kandidaten sind vielfach ungenau. So ist der Abgeordnete Pauli (Potsdam) als konservativ bezeichnet, während er fraktionslos ist (s. S. 156) und der Abgeordnete v. Wangenheim-Spiegel dem Bund der Landwirte zugezählt, während er sich den Konservativen angeschlossen hat. Auch gegen die Bezeichnung der Kandidaten im Kreise Königsberg-Fischhausen (Grf. Dönhoff als konservativ, Grf. Dohna als Kandidat des B. d. L.) ist von beteiligter Seite Einspruch erhoben worden.

allem darin, daß man sich gründlich und, wie der Ausgang gezeigt hat, mit Erfolg auf die Abwehr vorbereitete. Im Jahre 93 verdankten die Antisemiten mindestens einen Teil ihrer Siege kecken Ueberrumpelungen, diesmal fanden sie die feindlichen Stellungen sorgfältig zur Verteidigung hergerichtet. Material dazu war den Gegnern ja durch die im ersten Teile dieses Aufsatzes geschilderten unerfreulichen Vorkommnisse in überreicher Menge geboten. Die Kunde davon wurde, natürlich mit den üblichen Uebertreibungen durch eine geschäftige Presse bis in die entlegenste Hütte getragen, ohne daß dahin jemals die antisemitischen Richtigstellungen gedrungen wären. Weiter hatte die Gesetzgebung des Reiches in der letzten Legislaturperiode einige schwache Anläufe zu verständigen Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht, wie mit dem Verbot des Getreideterminhandels und dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Das stellten nun die Mehrheitsparteien als ihr Verdienst hin, als Beweis ihrer Fürsorge für die erwerbsthätigen Stände: Daß man sich dabei wesentlich durch Furcht vor den Fortschritten des Antisemitismus hatte bestimmen lassen, verschwieg man natürlich.

Von antisemitischer Seite war die nachdrückliche agrarische Agitation, die der Bund der Landwirte in den Jahren 93 bis 95 betrieb, mit Freuden begrüßt worden. Es mag wohl an so manchen Stellen vorgekommen sein, daß man sich dadurch der Notwendigkeit überhoben glaubte, auf dem Lande zu agitieren und eine eigene antisemitische Organisation zu schaffen, weil man glaubte, der Bund sorge schon seinerseits für alles erforderliche. Das rächte sich aber schwer, als die Agitation des Bundes gerade in den beiden Jahren vor den Wahlen abflaute, als er den Antrag Kanitz fallen ließ und dafür eine unstäte Politik der Ueberraschungen begann, die mit den Forderungen des Getreideeinfuhrverbotes (Juli 97) und einer überscharfen Viehsperre dem Bunde das Wohlwollen weiter Kreise der städtischen Bevölkerung verscherzte und es den Soldschreibern der Manchesterleute nur zu leicht machte, ihn als eine gehässig-einseitige Interessenvertretung hinzustellen.

Aber auch die antisemitische Agitation selbst ließ gerade in den beiden Jahren vor den Wahlen wohl bisweilen die Schärfe vermissen, ohne die keine durchgreifende Wirkung zu erzielen ist. Das war zum Teil eine Folge der anspruchsvollen Mahnungen gewisser sich auch-antisemitisch gebärdenden und sich als sehr einflußreich gebenden Kreise, man möge doch nicht so „demagogisch“ vorgehen, man möge eine mildere Tonart anschlagen, dann könne man auf ihre Unterstützung rechnen. Nun, mit der milderen Tonart ist es versucht worden, und das Ergebnis liegt in dem Ausgang der Wahlen klar zu tage: Sie hat bei den Massen kein Verständnis gefunden und sie hat uns die Unterstützung der angeblich so gewaltig antisemitischen, einflußreichen Gesellschaftskreise nicht gebracht. Diese haben uns im entscheidenden Augenblick im Stiche gelassen. Mit diesem sogenannten vornehmen Antisemitismus, der in den letzten Jahren Mode war, verhält es sich wesentlich so, daß man sich dabei einbildet, man könne das Judentum bekämpfen, ohne es bei Namen zu nennen, sozusagen hinten herum, indirekt. Die Sache würde nicht so schnell Schule gemacht haben, wenn sie nicht so verführerisch gewesen wäre. Es war ja so einleuchtend: Wenn sich die Judenfrage auch in maßvollerer Weise behandeln ließ, warum sollte man es denn nicht damit versuchen, der einzelne Kämpfer trug dabei seine Haut jedenfalls viel weniger zu Markte als bei der früher befolgten Methode, bei der man sich den einzelnen Juden herausgriff und ihn ausdrücklich als Vertreter seiner Gattung an den Pranger stellte. Man hatte ja die scharfe Tonart früher nicht um ihrer selbst willen angeschlagen, sondern nur, um die Trägen aufzurütteln und den Lärm der verjudeten demokratischen, sozialdemokratischen und

manchesterlichen Presse zu übertönen; man wurde belehrt, daß man gar nicht so scharf aufzutreten brauchte und man ließ sich nur zu gern belehren. So kam es, daß die Zurückhaltung in der Behandlung der Juden überall auftrat, in den Flugschriften, in den Volksversammlungen, in der Presse, in den Volksvertretungen. Nur schade, daß die Massen für diese, ich möchte sagen akademische Behandlung politischer, nationaler und wirtschaftlicher Fragen ganz und gar kein Verständnis haben. Sie fordern überall bestimmte Fälle, um sich ihr Urteil zu bilden, und dem paßt sich auch die Agitation aller Parteien, zumal unserer jüdischen Gegner an. Durchmustert man ihren Agitationsstoff aus den letzten Jahren, so findet man da den Fall Brüsewitz, Fall Kotze, Fall Peters, Fall Tausch, Fall Hammerstein, Fall Schutzmann Volkmann, Fall Schutzmann Kiefer u. s. w. u. s. w., kurzum, es ist lediglich ein Schreiten von Fall zu Fall.

Die erforderlichen Folgerungen von antisemitischer Seite werden denn auch sicher im Laufe der nächsten Jahre gezogen werden, d. h. man wird sich in der Agitation wieder mehr einer Ausdrucksweise zuwenden, die im Punkte der Gemeinverständlichkeit und Entschlossenheit an die ersten Zeiten der Bewegung erinnert. Und wenn die Freunde der akademischen Tonart das beklagen sollten, so wird ihnen zu antworten sein, daß es ihnen ja ganz unbenommen sei, die Judenfrage auf ihre Art zu behandeln und selbst zu versuchen, was sie für Erfolge dabei erzielen.

Es kam noch ein Umstand hinzu, der gleichfalls die antisemitische Agitation in den Jahren vor den Wahlen behinderte. Die in Eisenach geschlossene Einigung, aus der die Deutsch-soziale Reformpartei hervorging, war eine politische Notwendigkeit, sie war ein Glück für die Bewegung, sie hat ja auch die Feuerprobe bei den Wahlen bestanden. Wer da aber glauben sollte, daß durch die Beschlüsse der 200 in Eisenach versammelten Vertrauensmänner und durch das Erfurter Programm wirklich auch schon die Partei geschaffen worden sei, der würde sich sehr irren. Es blieb noch gewaltig viel zu thun, um die Organisationen der verschiedenen alten Richtungen, die früher neben- und durcheinander bestanden hatten, zusammenzuschmelzen, die vielfach von früher zurückgebliebenen persönlichen und sachlichen Gegensätze vermittelnd auszugleichen. Das war trotz des überall vorhandenen guten Willens eine viel schwerere Arbeit, als man erwartet hatte und als der Unbeteiligte sich vorstellen kann, eine Arbeit, durch die viele Kräfte in der Bewegung bis zu den Wahlen hin in Anspruch genommen worden sind, so daß sie für die agitatorische Bethätigung nach außen hin nicht eingesetzt werden konnten.

All dies läßt es verständlich erscheinen, daß die Partei die erhofften Erfolge nicht erzielte, sondern sogar Stimmen und Mandate verlor. Wie weit etwa daneben auch noch Mängel in der Organisation und andre im Aufbau der Partei liegende Ursachen mitgewirkt haben könnten, ist hier nicht zu erörtern, denn es gehört ins Gebiet der inneren Parteiangelegenheiten, über die die berufenen Parteiorgane zu entscheiden haben. Die Verluste wurden sogleich in der gegnerischen Presse, ehe das Wahlergebnis noch genau bekannt war, mit den üblichen Uebertreibungen in die Welt hinausposaunt. Ich habe die Zeitungsstimmen aus den ersten Tagen nac den Wahlen nicht planmäßig gesammelt, die folgenden Proben gebe ich also, wie sie mir der Zufall in die Hände gespielt hat.

Arthur Levysohn im „Berl. Tageblatt" (19. Juni): „Die antisemitische Partei in ihren verschiedenen Nuancen von Ahlwardt über Böckel bis zu Liebermann von Sonnenberg hat freilich noc weniger glücklich operiert. Der Ansturm von dem sie sich so Großes versprach, is ohne sichtbaren Erfolg geblieben. Si

verliert nahezu zehn Mandate und hat damit aufgehört, einen Faktor zu bilden, mit dem man parlamentarisch zu rechnen gezwungen ist." — Das „Berl. Tagebl." hatte ferner die Genugthuung, folgende Auslassung Prof. Försters aus der „Deutschen Reform" nachdrucken zu können (29. Juni): „Meinen Sie denn, mit Ihrer deutsch-sozialen Staatskunst dem Volke wirkliches „Heil" bringen und eine Macht im öffentlichen Leben bilden zu können? Es ist eine Partei, die von vornherein an Siechtum, an Knochenerweichung gekrankt hat und nicht zu gesunden Kräften gelangen konnte; sie geht in Halbheit und Vorsichtigkeit, an Mangel politischer Durchbildung und Entschlossenheit niederwärts. Ja sie ist eigentlich schon vollständig verwaschen und nicht mehr vorhanden als auf dem Papier." — Die „Breslauer Morgenztg." verkündete (29. Juni): „Die Antisemiten haben bei der Wahl kläglich abgeschnitten. . . . . Nicht bloß ist die Zahl der Antisemiten im Reichstage von 16 auf 12 zurückgegangen, noch mehr hat sich die Stimmenzahl der Antisemiten überall in den Wahlkreisen vermindert. Damit ist das Ende des Antisemitismus besiegelt, denn da derselbe bloß auf Sensationsmache und Radau beruht und irgend eine ernsthafte praktische Arbeit in der Politik nicht zu leisten vermag, so kann die Partei nur vom unmittelbaren Wahlerfolg leben. Jeder Mißerfolg ist für die Partei tötlich." — Der „Vorwärts" leistete sich folgenden Triumphgesang: „Als Gewinn der gestrigen Wahl sei noch hervorgehoben, die Zerschmetterung der antisemitischen Sippe, die fast überall von der Bildfläche verschwunden ist. Der „Sozialismus der Dummen", der so manchen Handwerker, Krämer und Bauer bethört und zu „Stimmvieh" der Junkerdemagogie herabgewürdigt hat, wird — dank der deutschen Sozialdemokratie! — in Deutschland keinen Schaden mehr anrichten. Diese in allen Farben schillernden Schlepper und Handlanger der Reaktion haben ihre Rolle ausgespielt." — Die „Kreuzztg." schrieb (28. Juni): „Beachtenswert auch für andere Kreise ist dieser antisemitische Mißerfolg hauptsächlich deshalb, weil die „Reformer" in ihrem Wahlaufrufe, wie auch bei ihrer Agitation in erster Linie die materiellen Interessen der Wählerschaft ins Auge gefaßt hatten; es dürfte nunmehr, nachdem sich die rein wirtschaftliche Wahlagitation als wirkungslos erwiesen hat, feststehen, daß in dem konservativen Teile unserer Bevölkerung immer noch die Betonung der Ideale größeren Anklang findet, als die der materiellen Interessen. . . . Der Rückgang der antisemitischen Bewegung datiert von dem Moment, wo sie infolge der „Fusion" mit der demokratischen Zimmermannschen Gruppe immer mehr in das antikonservative Fahrwasser hineingedrängt worden ist. Die konservativ gerichteten Anhänger der „reinen" Antisemiten werden sich dieser Lehre nicht verschließen können. Die „Deutsch-soziale Reformpartei" in ihrer bisherigen Verfassung hat unzweifelhaft „abgewirtschaftet"." Die Berufung auf die „Ideale" steht der konservativen Partei in Anbetracht ihrer ausnehmend schmutzigen Wahlmache (dieses Jahrb. S. 138 ff.) ganz besonders schön zu Gesicht. — Am wenigsten Zwang that man sich natürlich im Auslande an, hatte man doch dort am wenigsten zu fürchten, berichtigt zu werden. Hierfür nur ein Beispiel: „Wiener Tagebl." (18. Juni): „die sogenannte antisemitische Partei in Deutschland hat fast alle Mandate verloren, welche sie inne hatte. Im Königreich Sachsen, dem bisherigen Hauptsitze dieser Partei ist sie vollständig unterlegen, sogar in Dresden. In Meißen mußte sie es erleben, daß an Stelle des Antisemiten, welcher bisher diesen Bezirk im Reichstag vertrat, ein Sozialist, welcher noch dazu Goldstein heißt und richtig ein Jude ist, gewählt wurde (bekanntlich eine Tartaren-Nachricht. Der Antisemit Gaebel kam in die Stichwahl und siegte. D. Verf.). . . . . Der einzige Ahlwardt, der famose „Rektor aller Deutschen", soll Aussicht haben, in der Stichwahl ein Mandat zu bekommen."

Die freisinnige und konservative Presse hätte besser gethan, sich mit den eignen Verlustzahlen zu beschäftigen. Die Stimmverhältnisse der Freisinnigen werden durch das folgende Täfelchen veranschaulicht:

Erzielte Stimmen	1890	1893	1898
Freisinnige Volkspartei	1 159 900	666 439	558 314
Freisinnige Vereinigung		258 481	195 682
Zusammen	1 159 900	924 920	753 996

Haben die Antisemiten an Stimmen $^1/_{11}$ ihres Besitzstandes von 1893 verloren, so haben demnach die freisinnigen Parteien mehr als den sechsten Teil, ja von dem 90er Besitzstande sogar mehr als den dritten Teil verloren. Die beiden konservativen Parteien sind womöglich noch schlechter fortgekommen sie verloren zusammen gegen 93 fast ein Fünftel ihrer Stimmen (287 217, dies Jahrb. S. 156). Wollen die Freisinnigen sich damit trösten, daß ihnen 41 Mandate zugefallen sind (gegen 37 im Jahre 93), so mögen sie das thun; daß dem chronischen Stimmenschwund schließlich der der Mandate folgen muß, ist ja klar. Für diesmal verdanken sie ihre Reichstagssitze zum größten Teil sozialdemokratischer Stichwahlhilfe und sind dadurch in drückende Abhängigkeit geraten.

Es ist erfreulich, daß in den Reihen der Deutsch-sozialen Reformpartei kein derartiger Versuch gemacht worden ist, das ungünstige Ergebnis der Wahlen zu bemänteln. Man hat sich mit Beschönigungsversuchen nicht lange aufgehalten, sondern ist sofort an die Untersuchung der Ursachen herangetreten, die das Ergebnis verschuldet hatten und an die Aufgabe, zu bessern, wo es nötig ist. Dagegen macht sich in den Kreisen eben jener auch-antisemitischen Leisetreter und Besserwisser, die beständig in die Bewegung hineingeredet und sie verstaut, aber nichts für sie gethan haben, eine bedenklich optimistische Auffassung bemerklich, die in hundert Variationen vorgetragen schließlich ungefähr auf den Satz hinauskommt: „Der parteimäßige Antisemitismus hat keine Erfolge erzielt, aber der gesellschaftliche Antisemitismus macht unwiderstehliche Fortschritte." Nun, diese Herren mögen sich sagen lassen, daß der Jude ihren gesellschaftlichen Antisemitismus verlacht, daß er schon jetzt ganz gemächlich über ihn zur Tagesordnung schreitet und sich daran macht, die Folgerungen daraus zu ziehen, daß das Ansehen des parteimäßig organisierten, des kämpfenden Antisemitismus Einbuße erlitten hat, denn nur diesen fürchtet er.

Wir müssen da als erste Folge der Reichstagswahlen aufführen, daß im etzten Herbst in das seit einer Reihe von Jahren judenreine preußische Abgeordnetenhaus wieder drei freisinnige Juden gewählt wurden, Max Hirsch, Peltasohn und Goldschmidt. Letzterer ist der Abstammung, wenn nicht der Religion nach Jude. Drei jüdische Landtagsabgeordnete! Die Juden forderten es und so geschah es denn. — Noch weiter gingen die Liberalen in Köln bei den Stadtverordnetenwahlen (November 98): Sie baten die Juden, doch gütigst drei ihnen genehme jüdische Kandidaten zu bezeichnen, von denen die Liberalen dann einen aufstellen wollten. Die Juden wiesen diesmal die Zumutung, einen „Ghetto-Kandidaten" vorzuschlagen, entrüstet zurück, gewählt wurde aber — ein Jude. Sehr lehrreiche Vorgänge, die gelegentlich ausführlich besprochen werden sollen. — Weiter rückt das Judentum auf der ganzen Linie zum Sturm auf die deutsche und christliche Schule vor. Der Angriff war freilich schon früher vorbereitet, wird aber seit den Wahlen mit verstärkten Kräften, in umfassenderer Weise und sichtlich mit gesteigerter Zuversicht geführt. Man fordert Einführung des obligatorischen jüdischen Religionsunterrichts in die Volksschule, wohl gemerkt auf öffentliche Kosten. Man hat das bei einzelnen Gemeinden auch schon durchgesetzt, ja der Kultusminister soll (nach jüdischen Quellen) sogar Beiträge dazu aus seinem Dispositionsfonds zugesagt haben. Ein Rabbiner hat bereits den Versuch gemacht, sich als Inspizient des jüdischen Religionsunterrichts in die Schule einzudrängen, für diesmal noch ohne Erfolg. — Die jüdische Hetze gegen die höheren Mädchenschulen, die aus guten Gründen keine Jüdinnen aufnehmen, wird in verschärfter Tonart weitergeführt: Bei der Konzessionserteilung soll den Vorsteherinnen die Aufnahme von Jüdinnen

in unbeschränkter Zahl zur Pflicht gemacht werden. — Durch die Berliner Stadtverwaltung waren jüdische Klassenlehrerinnen in großer Zahl in den Volksschulen angestellt worden. Provinzialschulkollegium und Ministerium waren dagegen eingeschritten und hatten dem Magistrat aufgegeben, das Ordinariat Jüdinnen nur in solchen Klassen anzuvertrauen, in denen mindestens 10 jüdische Schülerinnen säßen. Die städtischen Behörden hatten diese Verfügungen unbeachtet gelassen und als sie nun unsanft daran erinnert wurden, antworteten die Juden in der Stadtverordnetenversammlung mit einem verstärkten, fanatischen Ansturm für das „Recht" des Judentums, deutsche und christliche Kinder zu erziehen. — Auch die neuerdings in Aufnahme kommende Anstellung von Schulärzten wird in den Händen verjudeter Stadtbehörden zur Verstärkung des jüdischen Einflusses auf die Schule beitragen.

In all' diesen schönen Plänen lassen sich die Juden durch den selbstgenügsamen gesellschaftlichen Antisemitismus, durch das Ballen der Faust in der Tasche, wie man sieht, ganz und gar nicht aufhalten, sie wissen genau, daß sie freies Spiel haben, wenn es gelingt, den kämpfenden Antisemitismus zurückzuwerfen. Es ist schwer festzustellen, wer solche gemeinplätzlichen Redensarten, die im öffentlichen Leben oft eine große Rolle spielen, gemünzt und in Umlauf gebracht hat. Wenn man aber genau hinsieht, wer den Nutzen davon hat, so wird es sehr wahrscheinlich, daß das Trostwort von dem Anschwellen des verwaschenen „gesellschaftlichen Antisemitismus" eine jüdische Erfindung ist, bestimmt die Aufmerksamkeit von der Stelle abzulenken, wo die Entscheidung liegt, sozusagen ein Beschwichtigungs-Spielzeug für die politische Kinderstube.

Zwei wichtige und erfreuliche Ergebnisse hat übrigens der letzte Wahlkampf dennoch gezeitigt. Zunächst ist die in Eisenach geschlossene Einigung gefestigt aus ihm hervorgegangen: Während die Antisemiten 1893 in vier verschiedenen Gruppen kämpften, die je 130 681, 81 728, 42 343, 9109 Stimmen erhielten, finden wir die Stimmen diesmal zu der einen kompakten Masse von 220 434 Stimmen der Deutschsozialen Reformpartei vereinigt, neben denen nur noch 19 382 wild-antisemitische stehen. Die wild-antisemitischen Kandidaturen hatten zum großen Teil mehr eine persönliche Bedeutung, als daß damit eine eigene, gesonderte Parteibildung angestrebt worden wäre. Daher hat ihnen denn auch die Partei als solche in der Hauptsache mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen können, und der Fall, daß in einem Wahlkreise zwei antisemitische Kandidaten einander gegenüber standen, ist nur noch im Kreise Stettin zu verzeichnen. Die wild-antisemitischen Kandidaturen zerfallen in fünf Gruppen, die sich um die Herren Böckel, Ahlwardt, v. Mosch-Förster, Sedlatzek und Wenng geschaart haben. Unfreundliche Gegensätze zwischen diesen Gruppen und der Partei bestehen nur noch in einem Falle, und auch in diesem einen sind sie nicht sachlicher, sondern persönlicher Natur. — Die Eisenacher Einigung ist durch den Wahlkampf besiegelt worden, sie hat die Feuertaufe erhalten. Nichts bindet so fest als treue Kampfgenossenschaft.

Die zweite wichtige Errungenschaft, die die Deutsch-soziale Reformpartei aus dem Wahlkampfe heimgebracht hat, ist die volle Unabhängigkeit nach allen Seiten, nach oben und unten, nach rechts wie links. „Die Antisemiten sind ja doch nur ein Anhängsel der Konservativen", so verkündeten bisher die Zeitungen und Agitatoren des Freisinns und der Sozialdemokratie, und die Konservativen haben ja auch lange genug versucht, das Anhängsel fest zu halten. Damit ist es nun endgültig vorbei, die Wahlen haben nach allen Seiten zur reinlichen Scheidung geführt, und was die Deutsch-soziale Reformpartei diesmal an Stimmen erkämpft hat, das verdankt sie ihrer eigenen Kraft und dieser ganz allein. Was oben von

Fällen angeführt wurde, in denen antisemitische Kandidaten durch konservative Organisationen unterstützt wurden, ändert an dieser Thatsache nichts. Die Hülfeleistung entsprang nicht aus dem Wohlwollen der konservativen Partei als solcher, sondern ergab sich aus den örtlichen Verhältnissen als politische Notwendigkeit. Aehnliche örtliche Abmachungen kommen auch zwischen anderen Parteien vor, haben mit ihren allgemeinen Beziehungen aber nichts zu thun. Wir haben gesehen, wie der amtliche Apparat gegen die Deutsch-soziale Reformpartei arbeitete, wie die früher gewährte Zentrumshülfe in helle Feindschaft umschlug, wie der Gegensatz gegen die Konservativen sich in der Vorbereitungszeit der Wahlen zusehends verschärfte. Was letzteren betrifft, so kann er freilich den Antisemiten unmittelbar kaum viele Stimmen gekostet haben, denn das Verhältnis war ja 1893 nicht so, daß die Konservativen antisemitisch gestimmt hätten, sondern die Deutsch-sozialen hatten umgekehrt ihre Anhänger den konservativen Kandidaten zugeführt. Aber in anderer Beziehung machte sich der Gegensatz in hinderlicher Weise fühlbar: Während vor 93 die antisemitische Agitation durch die ganze konservative Presse unterstützt worden war, fehlte ihr dieser ausgedehnte Resonanzboden diesmal fast ganz, und die Partei war ausschließlich auf die Unterstützung durch die eigene Presse angewiesen, deren Verbreitung aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, noch viel zu wünschen übrig läßt. — So fehlten also den Antisemiten vor der Wahlperiode und während des Kampfes selbst mancherlei Hülfsmittel, über die sie im Jahre 93 noch verfügt hatten, und daher hat der Wahlkampf, der für sie im eigentlichsten Sinne des Wortes ein Kampf um die Unabhängigkeit war, schwere Opfer gefordert und empfindliche Verluste gebracht. Aber dafür hat die Partei sich als solche allen Angriffen gegenüber geschlossen behauptet, sie hat, was auch die Gegner sagen mögen, ihre Existenzberechtigung nachgewiesen. Der Schritt zur vollen Selbständigkeit mußte gethan werden, er wird nicht wieder zurückgethan werden, gerade weil er so viele Opfer gekostet hat. Sie dürfen nicht vergeblich gebracht worden sein.

Die Unabhängigkeit und die Einheit der Partei, letztere soweit sie nach deutscher Art im Bereiche der Möglichkeit liegt, sind erstritten worden. Damit ist die Grundlage geschaffen, auf der mit Erfolg weiter gearbeitet werden kann, der Weg ist offen für die Entwickelung des antisemitischen Programms nach allen Seiten hin.

„Deutsche Ziele und Aufgaben."

Ein bei der Bekämpfung unserer Bewegung durch die alten Parteien immer wiederkehrender Vorwurf ist der, daß der Antisemitismus keine gesetzgeberischen Gedanken hervorgebracht hätte, unfruchtbar sei. Das ist nun zwar ganz unwahr, aber es ist nicht so leicht es zu widerlegen, kann doch selbstverständlich die kleine Schaar von Antisemiten, die der Reichstag bis jetzt zählt, den Gang der Gesetzgebung unmöglich bestimmen. Da ist es denn gut, daß Herr Dr. Stille in seinem Buche „Deutsche Ziele und Aufgaben" (Berlin und Leipzig, Friedrich Luckhardt, 149 Seiten Oktav, 2,40 Mk.), das in diesem Sommer erschienen ist, eine Reihe von Forderungen aufgestellt hat, die sich aus dem antisemitischen Programm ergeben, und daß er dabei nicht bloß beim Fordern geblieben ist, sondern auch gezeigt hat, daß und wie sich das Geforderte verwirklichen läßt. —

Stille ist durch seine 1891 erschienene Schrift „Der Kampf gegen das Judentum", die bereits mehrere Auflagen erlebt hat, schon seit Jahren als tapferer Vorkämpfer unserer Sache bekannt. Diesmal beschäftigt er sich weniger mit den Juden, als mit den brennenden wirtschaftlichen Fragen, wobei sich dann aber freilich wieder das Wahrwort bewährt: Wohin ihr greift, ihr werdet Juden fassen! So kommt es, daß sein Buch sich bei Besprechung rein wirtschaftlicher Fragen fast in jedem Abschnitt mit den Juden beschäftigen muß und auch in dieser Hinsicht dem Leser nichts schuldig bleibt.

Ueber den reichen Stoff, den die Schrift behandelt, giebt schon das Inhaltsverzeichnis Aufschluß: Programm, die Lage der deutschen Landwirtschaft, die Währungsfrage, Bevölkerungsfragen und Kolonialpolitik, Großkapital, Börse und Presse, Inseratenmonopol, Steuerfragen (progressive Einkommensteuer und Erbschaftssteuer, Ergänzungssteuer, Luxussteuern, Wehrsteuer), unsre finanzielle Rüstung, unsre Rechtspflege (gleiches Recht für alle, Gesetze und Rechtsprechung, Geld und Recht, Deutsche und Juden vor Gericht, deutsche und jüdische Juristen), Irrenrecht die Lauen und die Halben, Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen.

Greifen wir auf gut Glück einige Abschnitte heraus: Als eigentlichen Kern der Agrarfrage betrachtet Stille mit Recht die wachsende Schuldbelastung und fordert als Endziel Befreiung des Grundbesitzes von jeder Hypotheken- und Rentenbelastung, also Schluß der Hypothekenbücher. Um allmählig dahin zu gelangen, sollen, wie Schäffle das vorgeschlagen hat, alle Grundbesitzer eines Bezirks zu einer Korporation zusammengefaßt, alle Grundschulden in Korporationsschulden, die dem Besitzer nicht gekündigt werden können, verwandelt und dann getilgt werden. — Großkapital: Stille berechnet, daß ein Arbeiter ein halbes Jahrhundert arbeiten muß, um so viel zu verdienen, wie Bleichröder während seiner letzten Lebensjahre in 36 Stunden zufloß. Und vom Wiener Rothschild heißt es: „Ein Arbeiter muß elf volle Jahre schuften, um so viel zu verdienen, als dieser Rothschild ohne jegliche Arbeit in jeder Stunde bei Tag und Nacht, im Schlafen und im Wachen, an Rente einnimmt!" Gefordert wird zur Bekämpfung des Großkapitals vor allem staatliche Beaufsichtigung großkapitalistischer Geschäfte und Festsetzung einer Vermögensgrenze für Privatpersonen. —

In den Steuerfragen werden ganz bestimmte, in's einzelne gehende Vorschläge gemacht, für die progressive Einkommen-, Erbschafts- und Wehrsteuer sogar

Tarife aufgestellt. Dies Kapitel kann ganz direkt als Vorarbeit für die gesetzgeberische Thätigkeit angesehen werden. — Unsere *finanzielle Rüstung* war 1870 ganz ungenügend, Deutschland war auf den guten Willen der Börsenbarone angewiesen und der versagte, denn die Börse zeichnete auf die Kriegsanleihe bekanntlich — 9 Millionen Mark. Stille fragt: Was würde wohl geschehen sein, wenn wir geschlagen worden wären, was hätten wir unseren Börsen-Juden dann wohl für Wucherzinsen zahlen müssen? Er zeigt, daß wir bei einem künftigen Kriege mit dem Patriotismus der Börse ähnliche Erfahrungen machen würden, und fordert für das Reich das Recht, progressive Kriegssteuern zu erheben und bei seinen ihm aus den Steuerlisten bekannten wohlhabenderen Einwohnern eine dreiprozentige Zwangsanleihe zu machen. —

Geld und Recht: Nicht nur durch die Möglichkeit, bei den Verbrechen, die nur auf Antrag verfolgt werden dürfen, den Geschädigten mit Geld abzufinden; nicht nur durch die hohen Gerichts- und Anwaltskosten ist der Begüterte dem Aermeren gegenüber im Vorteil, sondern ganz besonders durch die Anwendung von Geldstrafen überhaupt, weil diese den weniger Wohlhabenden sehr viel schwerer treffen. Sollen sie überall beibehalten werden, so muß die Höhe der Strafsumme nach dem Vermögen des zu Bestrafenden bemessen werden. — Das *Irrenrecht* erläutert Stille als Fachmann in sehr anschaulicher Weise an dem Beispiele des Falles Morris de Jonge, der ausführlich geschildert wird.

Stille ist ein genauer Kenner der Litteratur über die von ihm behandelten Fragen, er giebt vielfach den geistesverwandten Schriftstellern, wie Schäffle, Jentsch u. s. w. selbst das Wort, so daß wir auch diese kennen lernen und durch seine Vermittelung einen *Ueberblick über die Litteratur* der letzten Jahre, soweit sie die wirtschaftliche und die Judenfrage betrifft, bekommen. Weiter aber läßt Stille im Laufe seiner Darstellung auch die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse und die einschlägige Gesetzgebung der letzten 10 Jahre an uns vorüberziehen, zum Teil in eingehenden Schilderungen, so daß seine Schrift sich zu einem sehr *brauchbaren Handbuche* ausgestaltet, an dessen Hand man sich in die wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart hineinarbeiten kann. Was die anschauliche Darstellungsweise des Verfassers betrifft, so kann ich mich darauf beschränken, auf die Abhandlung über die Rabbinerpresse hinzuweisen, durch die er dieses Jahrbuch (S. 44) bereichert hat.

Es wird nun die Frage sein, *welche Verbreitung* die anregende Schrift finden wird, und da dürfen wir uns denn nicht verhehlen, daß die Aussichten nicht gerade glänzend sind. Natürlich *schweigt* die Judenpresse *sie tot*: Antisemitische Schriften werden da nur erwähnt, wenn sich irgend welche angreifbaren Stellen darin finden, die sich gegen die Bewegung ausbeuten lassen, und die finden sich hier nicht. Ich frage jeden Leser dieser Zeilen, der außer unseren Parteizeitungen auch noch andere liest, ob er darin auch nur ein Wort über Stille's Buch gelesen hat. Und wenn das, wie zu erwarten ist, nicht der Fall sein sollte, so möchte ich ihn bitten, nachdem er sich mit dem Inhalt bekannt gemacht hat, dafür zu sorgen, daß seine Zeitung des wichtigen Buches Erwähnung thut. Wir müssen eben alle zusammenwirken, um den Bann des Totschweigens, den die Juden über jedes antisemitische Werk verhängen, zu brechen. Und Stille's Werk verdient, daß bei ihm ein Anfang damit gemacht werde, denn es ist wie wenige geeignet, *dem deutschen Michel die Zipfelmütze wenigstens etwas zu lüften*. W. G.

Register und Zeitweiser für das Jahr 1898.

Der Zeitweiser soll den Partei-Genossen die Möglichkeit geben, sich den Zeitpunkt der wichtigsten Ereignisse des verflossenen Jahres und ihrer Hauptwendepunkte ins Gedächtnis zurückzurufen, sodaß sie die Besprechung derselben in aufgehobenen Zeitungen leicht wiederfinden und sich auch über das, was im Jahrbuche nicht ausführlich besprochen werden konnte, jederzeit genau unterrichten können. Bei Vorgängen, die sich über längere Zeit hinziehen oder deren Datum sich nicht genau bestimmen ließ, ist der Tag vermerkt, an dem eine in Kreisen der Parteigenossen weiter verbreitete Tageszeitung die betr. Meldung brachte. Der ganze Zeitweiser sowie auch die Verbindung desselben mit dem Register des Jahrbuches sind ein erster Versuch und deshalb mit Nachsicht zu beurteilen. Vorschläge für seine Weiterentwickelung und Wünsche über die Stoffgebiete, die etwa künftig noch ausgiebiger berücksichtigt werden sollten, werden mit Dank entgegengenommen. — Die zum Zeitweiser gehörigen kleinen Artikel sind durch fetten Druck des Stichwortes hervorgehoben. Sofern der in ihnen behandelte Gegenstand auch im Jahrbuche erwähnt ist, sind die betreffenden Seitenzahlen am Schlusse des Artikels aufgeführt.

Seite

Abraham 13, 37, 39

Abrüstungskonferenz. 28. Aug. Der russische „Regierungsbote" veröffentlicht die Einladung zu einer Friedens- bezw. Abrüstungskonferenz. — 7. Septb. Auf dem Festmahl der Provinz Westfalen an der Porta erklärt Kaiser Wilhelm ein schlagfertiges deutsches Heer für die beste Friedensgewähr.

Abstimmungen, namentliche im Reichstage 178

Abwehrverein, s. Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Adiabene 34

Aegypten 7, 11, 13, 15, 16, 22, 27

Agitationsverband für Norddeutschland 201, 202

Agrippa, jüd. Fürst 6, 7, 8, 9

Ahlwardt 129, 135, 205, 218, 231

Akiba 10, 12

Alberschweiler Prozeß (betr. die lebenden Bilder der Fronleichnamsprozession) zu Zabern, 26. Mai — 3. Juni.

Alexander d. Große 14, 16, 22

Alexandrien 2, 7, 11, 16, 22, 29, 32, 61

Algerien. 22. u. 23. Jan. Unruhen in Algier infolge jüdischer Ausschreitungen. — 21. März. Erneute Unruhen, hervorgerufen durch die Verhaftung des antisemitischen Redakteurs Régis. — 8. Mai. Glänzende Siege der Antisemiten bei den Kammerwahlen (Drumont gewählt). — 15. Novb. Völliger Sieg der Antisemiten bei den Gemeinderatswahlen in Algier; infolge dessen wird Max Régis zum Bürgermeister gewählt. — 9. Dezbr. Große antisemitische Kundgebung zu Mustapha; Judendeputation beim Ministerpräsidenten Dupuy. — 12. Dezbr. Régis, wegen seiner Rede zu Mustapha denunziert, auf drei Monate suspendiert, legt sein Amt nieder. — S. 57

„Allgem. Israel. Wochenschrift" 45, 95

„Allgem. Zeitung des Judentums" 45, 141

Alliance israélite universelle 55, 63

Ammianus Marcellinus 39

Anarchistisches. 10. Sept. Ermordung der Kaiserin von Oesterreich in Genf. — 13. Oktob. Verhaftung von Anarchisten in Alexandrien. — 10. Novb. Verurteilung Luchenis zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. — 24. Novb. Eröffnung der Anti-Anarchistenkonferenz in Rom. — S. 61, 123.

Seite

Anglo Jewish Association 64
Anhalt 83, 107
Ansiedlungsgesetzgebung. 20. Jan. Reichskanzler Fürst Hohenlohe giebt im Landtag die Erklärung ab, wo die Interessen der preußischen Monarchie in Frage kommen, kenne er keine Kompromisse.
Antiochia 15, 29, 32
Antiochus IV. v. Syrien 2, 25, 35
Antisemitische Volkspartei (s. Deutsche Reformpartei) 218, 228
Antisemitismus, konservativer 134, 135, 137, 209
Antonia, Gem. d. Drusus 4, 5, 20, 35
Antoninus Pius 39
Antrick, Abg. 113
Apenrade-Flensburg, Wahl 98 212
Apion 24, 26, 37, 38, 61
Apoldaer Streit unter den „Genossen" 109
Arbeiterschutz-Gesetze 117
Arbeiterwohnungsfrage 143
Archelaus, Fürst von Judäa 3, 4
Aristobul I. 2
Armeelieferanten, jüdische 22, 54, 77 86, 89
Arndt 89, 91
Arnim, Achim von 76, 85, 89
Arnim-Züsedom, v., Abg. 143, 150
Arnswalde-Friedeberg, Wahl 98 135 138
Auer, Abg. 187, 190
Augustus, röm. Kaiser 3, 19, 23, 28
Ausländische Arbeiter 119, 191
Ausweisungen ausländischer Juden. Ende Aug. Aus Oberhessen werden, wie es heißt, auf jüdische Denunziation hin, 100 jüdische Familien aus Polen ausgewiesen. — 22. Septb. Die russisch-jüdischen Sozialdemokraten Helphant (Parvus) und Marchlewsky aus Sachsen ausgewiesen. — Um den 10. Novb. Ausweisung von Slawen und Juden aus Breslau. — Mitte Novb. Redakteur Braun vom „Vorwärts" muß Preußen verlassen.

Baden 83, 90, 104
„Badische Landpost" 134
Bäckereiverordnung 189
Bähr, Abg. 197
Bamberger, Ludw., Abg. 52
Bassermann, Abg. 195
Baudert, Abg. 109
Bauernbündler 205, 211
Baugewerbe 132, 189
Baumbach, von, Abg. (Homberg-Ziegenhain) 149
Bautzen-Kamenz, Wahl 98 205

Seite

„Bayerischer Bauernbund" 205
Bayern 79, 83, 87, 104
Bebel. Stellt bei der Beratung der Lex Heinze im Reichstage Behauptungen über das Bundeskegeln in Dresden und die dortigen Sittlichkeitsverhältnisse auf. 13. u. 19. Januar. — S. 106, 113, 119, 120, 122, 126, 180, 181, 184, 193, 194
Befähigungsnachweis 132, 189
Belzig-Jüterbog, Wahl 98 138, 140
Bensheim-Erbach, Wahl 98 214
Berenice, jüd. Prinzessin 8, 9, 30
Berenice, Stadt 17
Bergarbeitertag, christlicher, in Gelsenkirchen 16. Januar
Berlin 75, 76, 82, 85, 89, 233
Berlin, Landtagswahlen 1898 134
Berlin, Reichstagswahlen 1898 106, 107, 111, 117, 120, 212
„Berliner Fremdenblatt" 135
Berliner Stadtverwaltung. 10. März. Beendigung des Streits um die Lehrerbesoldungsfrage: Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigt die nach Anordnung des Schulkollegiums umgeänderte Gehaltsordnung für die Gemeindeschulen. — 6. Mai. Der Vertrag mit den Elektrizitätswerken beschäftigt zum ersten Male die Stadtverordneten-Versammlung. — 9. Juli. Die Klage der Stadtverordneten gegen den Magistrat wegen Beanstandung des Beschlusses, betr. die Niederlegung eines Kranzes auf dem Märzkirchhofe wird vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen. — 22. Mai (Staatsbgr.-Ztg.) Vergleich zwischen der Schwester Simon Blads und der Stadt Berlin. — 3. Juli. (Deutsche Ztg.) Singer zum Mitglied der Berliner Schuldeputation gewählt. — 9. Juli. Die „Staatsbgr.-Ztg." giebt eine Uebersicht über die Niederlagen der Stadtgemeinde Berlin in den Hilfsarbeiterprozessen. — 8. Dezemb. Die Stadtverordneten-Versammlung giebt dem neuen Vertrag mit den Elektrizitätswerken ihre Zustimmung. — 28. Dezemb. Das „Berliner Tagebl." berichtet, unter den städtischen Hilfsarbeitern, die die Beamten-Eigenschaft erhalten, seien viele minderwertige Elemente.
„Berliner Tageblatt" 66, 148, 205, 206, 230
Bernstein-Monopol-Frage. 7. Juni. Die Ministerialkommission trifft zur Abschluß des Kaufvertrages mit Becke in Königsberg ein.
Berufung in Strafsachen 19

Seite

Beschneidung 9, 29, 31, 34, 35, 36, 39
Bierboykott, Braunschweiger 108
Bindewald, Abg. 143, 144, 176, 177, 180, 218
Bismarck. †† 30. Juli. — Ende November erscheinen Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen". S. 65, 66, 118, 141, 206
Bittschriften-Freiheit der Beamten 182
Blell, Abg., s. Dänenausweisungen.
Blos, Abg. 109
Blümke, Verwaltungs-Direktor 62
Böckel, Abg. 218, 233
Böckler, O. H. 129, 135, 137, 138, 142, 147, 150
Börne (Baruch) 88, 89, 90
Börsengesetzgebung. 2. Juli. Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht über die Berufung des Polizeipräsidenten gegen die vom Berliner Bezirks-Ausschuß (am 20. Nov. 97) erkannte Aufhebung der polizeil. Verfügung, betr. Schließung der Feenpalast-Versammlungen, wird vertagt. — 26. Novbr. Das Oberverwaltungsgericht ändert das Erkenntnis des Bezirks-Ausschusses dahin ab, daß es den „Verein Berliner Getreidehändler" mit seiner Klage auf Aufhebung der polizeilichen Schließung abweist. — Mitte Dezemb. Preßerörterungen über angebliche Verhandlungen betr. Wiederherstellung der Produktenbörse.
Bonin, v., Landrat, Abg. 146, 150, 152, 216
Bosse, Kultusminister 59
Boykottdrohungen, konservative 150
Brandenburgischer Adel, Protest gegen die Judenemanzipation 85
Brandenburgischer Provinzial-Verband 129, 135, 143, 201, 204, 210
Braunschweiger Streitigkeiten unter den „Genossen" 107
Braunschweig, Wahl 98 106, 107
Bremen 88, 186
Brentano 85, 89
„Breslauer Morgenztg." 231
Breslau, Wahl 98 106
Brockhausen-Dramburg, v., Landrat, Abg. 155
Bürgerliches Gesetzbuch 199
Bund der Landwirte. 14. Februar. Hauptversammlung im Cirkus Busch, Resolution betr. Politik der „Sammlung auf wirtschaftlicher Grundlage". — 24. Juli. Bundesvorsitzender v. Plötz-Döllingen †. — 8. August. v. Wangenheim-Kl.-Spiegel zum Bundesvorsitzenden gewählt. — 18. November. Der Thomas-Phosphatmehl-Prozeß gegen den „Vorwärts" ergiebt, daß die nationalliberalen Verdächtigungen der Bundesleitung unbegründet sind. — 20. Dezember. Der sächsische Landtagsabg. Träber aus dem Bund ausgeschlossen, weil er dem nachträglich aufgestellten „Bundeskandidaten" nicht weicht. — S. 120, 126, 130, 131, 135, 139, 140, 146—149, 154, 155, 156, 211, 212—217, 228, 229
Buol, v., Reichstagspräsident 193, 194, 195

Cäsar 2, 22, 28
Caligula 4, 5, 15, 26, 29
Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 72
Chinesische Arbeiter 114, 119
Christen 20, 27, 31, 40, 41
Christlich-soziale. 3. Januar. Feier des 20jährigen Bestehens der Partei. — 10. Oktober. Parteitag in Gießen. — Mit dem Jahreswechsel siedelt „Das Volk" von Berlin nach Siegen über. — S. 134, 204, 207, 211, 212, 216, 228
Cicero 18, 37
Claudius, röm. Kaiser 6, 20, 26, 29
Cohn, Baron in Dessau 64
Cypern 11, 15, 16
Cyrene 11, 17
Cyrill, Bischof von Alexandrien 27

Dänenausweisungen aus Nordschleswig 25. Oktober. — 19. Dezember. Der „Reichsanzeiger" macht bekannt, daß gegen Prof. Delbrück wegen einer Besprechung der Ausweisungen in den „Preußisch. Jahrbüchern" das Disziplinarverfahren eingeleitet sei. — Ende Dezember. Der freisinnige Abg. Blell, in Firma Blell u. Söhne, in Brandenburg a. H. und der jüdische Stadtverordnete Jacobi versenden ein Rundschreiben an dänische Geschäfte, in dem sie in würdelosester Weise um Kundschaft bitten.
Damaskus 7, 16, 35
Darmstadt-Gr.-Gerau, Wahl 98 127
Darmstadt, Landtagswahl 196
David, Abg. 113
Delbrück, s. Dänenausweisungen.
Delitzsch-Bitterfeld, Wahl 98 116
„Deutschbund" 206, 207
„Deutsche Reform" (Dresden) 208
Deutsche Reformpartei 202, 203, 209, 218
„Deutscher Volksbund" 205
„Deutsche Tageszeitung" 113, 134, 137, 154
„Deutsche Wacht" 133, 140, 141, 208, 210

Seite

„Deutsche Zeitung" (Berlin) 137, 206, 207
„Deutschkartell" 207
„Deutsch-Soziale Blätter" 118, 121, 144, 146, 149
Deutsch-soziale Korrespondenz 203
Deutsch-soziale Partei 201, 202, 203, 206, 218, 228
Deutsch-soziale Reformpartei 11. Mai Wahlaufruf. — 8. bis 10. Oktober Parteitag in Kassel.
Diaspora, jüdische 14, 15, 16, 18, 20, 32, 34
Dienstbotenfrage 192
Dietrich-Prenzlau, Abg. 135, 147, 148
Diktaturparagraph 181
Dio Cassius 11, 20, 37
Dönhoff-Friedrichstein, Gr., Abg. 154, 228
Dohna-Wundlacken, Graf 154, 228
Dolmetscherparagraph 180
Domitian 29, 38
Dortmunder Zwist unter den „Genossen" 123
Dortmund, Wahl 98 106
Dramburg-Schivelbein, Wahl 98 155
Dresdener Keglerfest 193
„Dresdener Nachrichten" 208, 209, 210
Dresden-Land 218
Dresden, Wahl 98 106, 107, 126
Dreyfus-Handel. 11. Januar. Das Kriegsgericht spricht den an Stelle Dreyfus des Landesverrats verdächtigten Esterhazy frei. — 24. Januar. Staatssekretär v. Bülow giebt in der Budgetkommission des Deutschen Reichstags die Erklärung ab, daß zwischen Dreyfus und irgend welchen deutschen Organen niemals Beziehungen bestanden haben. — 7. Februar. Beginn des Zolaprozesses. — 17. Februar. Eine Versammlung von 4000 Frauen und Mädchen in Wien spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß 500 Wiener Jüdinnen u. Judenfreundinnen Zola eine Zustimmungsadresse gesandt hatten. — 23. Februar. Zola zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Fr. Geldstrafe verurteilt. — 23. Mai. Erneute Verhandlung gegen Zola vor dem Schwurgericht zu Versailles. — 6. Juli. Verleumdungs-Prozeß der Schriftsachverständigen gegen Zola. — 7. Juli. In der französischen Kammer erklärt der Kriegsminister Cavaignac, er habe die vollste Gewißheit von der Schuld Dreyfus. — 18. Juli. Prozeß gegen Zola wegen Beleidigung des ersten Kriegsgerichts. — 19. Juli. Zolas Flucht ins Ausland. — 20. Juli. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht einen Brief Björnsons, nach dem der deutsche Reichskanzler Fürst Hohenlohe Dreyfus für unschuldig halten soll. — 31. August. Oberstleutnant Henry gesteht seine Urkundenfälschung und endet durch Selbstmord im Gefängnis. — 4. September. Rücktritt Cavaignacs. — 26. September. Der Ministerrat beschließt, dem Kassationshof ein Revisionsgesuch zuzustellen. — 18. Oktober. Den Besuch Kaiser Wilhelms in der deutschen Schule in Konstantinopel benutzt die „Neue Freie Presse", um ihm eine Aeußerung über die Dreyfussache anzudichten. — 25. Oktober. Nach einer stürmischen Kammersitzung dankt das Dreyfusfreundliche Ministerium ab. — 27. Oktober. Der Kassationshof beginnt die Verhandlung betr. die Revision. — 19. Dezember. Lasies interpelliert in der Kammer das Ministerium über die bei der Revision begangenen Indiskretionen. — 29. Dezember. Eine große Versammlung der Patriotenliga in Paris beschließt, im Falle das Recht zu Gunsten Dreyfus gebeugt werde, eine Revolution zu entfachen. — S. 51, 55

Ebers, Georg 13, 141
Eberty 141
Egidy, von, Oberstleutnant a. D. † 29. Dezember.
Eidesformel, konfessionelle 184
Einigungsamt 191
Einkommensteuer, progressive 149
Eisenach-Dermbach, Wahl 98 117, 125, 212, 214
Eisenacher Einigungstag 204, 213, 230, 233
Eisenbahnunfälle 189
Elagabal 39
Elsaß, Juden im 73, 80, 81, 91
Elsaß-Lothringen 104, 107, 181
England, Juden in 57
Ephesus 28, 30, 32
Ephraim, Münzjude 75, 80, 141
Erfurter Krawall. 25. u. 26. Mai. Straßenunruhen in Erfurt. — 22. Juni. Erlaß des Ministers des Innern über die Unterdrückung von Straßentumulten, vgl. Liegnitzer Krawall. — 1. Juli u. ff. Verhandlung vor dem Schwurgericht.
Erfurter Parteitag der Deutsch-sozialen Reformpartei 95, 199
Erfurt, Wahl 98 128, 190
Eschwege-Schmalkalden, Wahl 98 212
Esser, Afrikareisender, wird am 17. De-

Seite

zember vom Kaiser empfangen, was Anlaß zu Preßerörterungen über die Vergangenheit Essers giebt.

Eugen Wolff-Skandal. Gegen 20. Aug. Preßerörterungen über das Auftreten Wolffs (Mai) in China.

Fabrikinspektoren 191
Fichte 76
Flaccus-Prozeß 18, 33, 37
Fleischpreise 190

Flottenvorlage. 28. März. Die Abgg. Liebermann v. Sonnenberg und Bindewald sprechen im Reichstage zur Flottenvorlage, Annahme der Vorlage in dritter Lesung. — 30. April. Gründung eines „Deutschen Flottenvereins". — S. 123, 176, 177, 179, 187, 194, 207

Flugblatt-Agitation, sozialdemokrat. 111, 113

Flugblattprozesse. 2. Juni (Staatsbürger-Zeitung). Der Prozeß gegen den Apotheker Oehlmann in Wülfel wegen des Flugbl. „Die Judengefahr in Hannover" endet mit Freisprechung. — 5. Juli (Staatsbgr.-Ztg.). Der Schriftleiter der „Deutschen Zeitung" in Krefeld, angeklagt wegen Abdrucks einer Stelle aus dem Flugblatt „Der Wert des jüdischen Eides", freigesprochen.

Förster-Neustettin, Abg. 135, 138, 146, 150, 151, 194, 199—205, 210, 218, 231, 233
Frankfurt a. M. 79, 82, 83, 88, 89, 189
Frankfurter Parlament 1848 62
„Frankfurter Ztg." 56, 129, 195, 205

Frankreich (vgl. Algerien und Dreyfus-Handel). 8. Mai: Glänzende Siege der Antisemiten bei den Kammerwahlen, Drumont in Algier gewählt.

„Frei-Deutschland" 204
Freikonservative 55, 131, 136, 142, 156, 207

Freisinn. 22. Mai (Staatsbgr.-Ztg.). Aufruf von Rektoren und Lehrern im Kreise Teltow-Beeskow, nach den (in Berlin u. s. w.) mit der freisinnigen Partei gemachten Erfahrungen nicht mehr freisinnig zu wählen. — S. 55 121, 134, 136, 137, 148, 194, 213, 214, 215, 230, 231, 232

Freisinniger Stimmenverlust 231
Freiwillige, jüdische 50
Friedberg-Büdingen, Wahl 98 216
Friedrich August v. Sachsen 83
Friedrich der Große 74, 75, 76
Friedrich Wilhelm III. 87
Fries, Prof. 83, 89
Friesen, Frh. von 208

Seite

Fritz Friedmann verschwindet aus Paris (7. April), taucht später in Amerika auf.

Fritzlar-Homberg-Ziegenhain, Wahl 98 212
Frölich-Potsdam 129, 139, 148, 149

Galizien. Mitte Juni Beginn der Erhebungen der Bauern gegen ihre jüdischen Ausbeuter. — S. 45, 62, 65 71, 74

Gäbel, Abg. 218, **227**, 231
Gehaltsfragen im Reichstage 187, 188
Geiger, L., Prof. 69
Gentz, Friedr. von 88
Gerlach, von 95, 205
„Germanischer Volksbund" 205
„Ghetto-Kandidaten" 232
Glasow, von, Regierungsrat 155
Glauchau-Meerane, Wahl 98 107
Goslar, Wahl 98 212, 216
Gräfe, Abg. 177, 190
Graßmann, Abg. 217
Grégoire, Bischof 80
Griechen 6, 7, 23, 26, 49, 61

Großwarenhäuser. 21. Januar. In Berlin finden drei Versammlungen gegen die Großwarenhäuser statt (Redner v. Liebermann, Iskraut, Böckler). — 6. März. Versammlung gegen die Großwarenhäuser in Hamburg (Redner Raab). — 19. April. Anfrage der Abgg. von Brockhausen und Gen. im Abgeordneten-Hause betr. Maßregeln gegen die Großwarenhäuser. — 3. Mai. Abg. Liebermann von Sonnenberg auf Klage der Firma A. Wertheim wegen „unlauteren Wettbewerbs" verurteilt, Abg. Iskraut freigesprochen. — 18. Mai. Vom Minister von Miquel einberufene Besprechung von „Sachverständigen" zur Frage der stärkeren Besteuerung der Großwarenhäuser; Kleingewerbetreibende und Handwerker klagen über einseitige Zusammensetzung dieser Konferenz. — 4. Juli. Die Stadt Beuthen beschließt eine Steuer für Großwarenhäuser (nach Ertrag und Personal), die am 24. Oktober vom Oppelner Bezirksausschuß auf zwei Jahre bestätigt wird. — 17. Aug. (Deutsche Ztg.) Die Hauptversammlung des „Centralverbandes deutscher Kaufleute" verlangt Besteuerung der Großwarenhäuser durch Reichs- oder Staatsgesetz, da die Kommunen versagen, desgl. schärferes Vorgehen gegen Konsumvereine. — Ende November. Die Firma Oskar Tietz will gegenüber dem Beschluß des bayer. Steuerausschusses, eine Umsatzsteuer von 3 v. H. zu er-

Seite

heben, einen Bund der Großbazare gründen. — Gegenaufruf des Kaufmanns P. Sieberling in Mainz zum Zusammenschluß der reellen Kaufleute gegen die Ramschbazare.

Grünenthal-Angelegenheit. 19. März. Der Banknotenfund auf dem Friedrich-Werderschen Kirchhof führt zur Verhaftung Grünenthals. — 19. Juni. Prozeß Grünenthal, erste Abteilung; Verurteilung der Elly Goltz, ihrer Mutter und Großmutter. — 17. Oktob. Grünenthal endet durch Selbstmord im Gefängnis.

Guben, Wahl 98 155

Haas, Abg. 214
Haase, Abg. 190
Hadrian 11, 39
Hänichen, Abg. 218
Halberstadt, Wahl 98 122
Halbjuden, konservative 141
Halle a. S., Wahl 98 106, 125
Hallescher Parteitag 1896 200, 204
Hamburg 88, 186, 227, 228
Hammacher, Abg. 207
Hammerstein, Frhr. v., Abg. 52, 115, 138, 139, 230
Hanau, Wahl 98 106
Handwerkerfrage 120, 132, 189
Handwerker, jüdische 69, 70, 71, 74
„Hannoversche Post" 208
Hardenberg 85, 88, 89
Heidelberg 83, 91
Heidelberg, Wahl 98 212

Heilbronner Wahlkrawall 24. Juni. — Gerichtsverhandlung 9.—17. Dezemb.

Heine 61, 70, 120
Heinemann-Perleberg, Rechtsanwalt 139
Hekatäus 16, 37
Helgoland-Vertrag 180
Herbert, Abg. 124
Heringsdorf 53
Hertzberg-Lottin, von 152

Herz, Cornelius, jüdischer Panamist, † 7. Juli (Staatsbürger-Ztg.).

Herzl, Zionist 69, 72
Hessische Wahlen 195, 196
Heßlein, Hamburger Abg. 198
Hildesheim, Wahl 98 217
Hilgendorff, Abg. 137
Hinrichsen, Hamburger Bürgerschafts-Präsident 198
Hirschel, Abg. 180, 214
Höchst-Usingen, Wahl 98 106

Hoensbroech-Skandal. Anfang Novemb.

Hoffmann von Fallersleben 49
Hohenzollern, Wahl 98 107
Homberg-Ziegenhain, Landtagswahl 1898 149, 153, 217

Seite

Horaz 22, 37
Hülleſſem, Baron von, Landrat 155

Jacobskötter, Abg. 128, 132, 139
Jacobsohn, Israel, Braunschweiger Hofagent 80
Jagow-Perleberg, von, Landrat 153, 154
Jahn 85, 91
Jakob 54, 70
Jerome, König 82
Jerusalem 2, 3, 7, 8, 10, 12, 15, 32, 33, 43
Innungen, obligatorische 132
Josef II., sein Toleranzedikt 73, 76
Josephus 4, 7, 9, 24, 25, 28, 33, 34, 37
Iskraut, Abg. 145, 176, 177, 184, 187, 189, 190, 192, 193, 218
Italien, Juden in 47
Judenaufstände 5, 7, 11, 12, 16, 17, 20, 25, 26, 30, 38, 39, 40

Judeneinwanderungsfrage. 26. Juli. (Staatsbgr.-Ztg.) Der Vicegespan des Zempliner Komitats (Ungarn) erläßt ein Rundschreiben zur Bekämpfung galizischer (jüdischer) Zuwanderung, das den Beifall der Pester Judenpresse findet. — 12. Aug. (Staatsbgr.-Ztg.) Die Bezirkshauptmannschaft in Teschen richtet an die Gemeinde-Vertretungen einen scharfen Erlaß, sie sollen die Zuwanderung galizischer Juden hintanhalten. — 15. Aug. Entdeckung des Versuchs, zu Wasser in Stettin russische Juden einzuschmuggeln. — S. 87, 119, 177, 183

Judenemanzipation 62, 66, 73, 75, 82, 83, 85, 87, 88

Judenfrage. 14. Mai (Staatsbgr.-Ztg.) In Temesvar wird der jüdische Agent Hornung verhaftet, der durch gesundheitzerstörende Mittel zahlreiche Männer in Südungarn vom Heeresdienste befreit hatte. — 27. Mai (Staatsbgr.-Ztg.). Das Gesuch eines Magdeburger Juden, den Kaiser als Paten seines siebenten Sohnes eintragen lassen zu dürfen, wird abgelehnt. — 30. Juli. Konkurs des „Konsuls Lehment", Güterschlächters in Kolberg, Begründers der „inneren Kolonisation".

Judenherbergen 78
Judenkongreß 1806 81
Judenmission 60

Judenmatrikel. Vorschlag einer J. in der antisemitischen Presse. 1. Juni. — S. 95.

Judenprivileg für Westpreußen 75
Judenreglement Friedrichs d. Gr. 74

Judenreine Schulen. Anfang April. Der Zentralverein und die jüdische

Seite

Presse führen Beschwerde, daß höhere Mädchen-Schulen in Berlin Jüdinnen zurückweisen. — 28. Mai. Antwort des Provinzial-Schulkollegiums auf die Eingabe des Zentral-Vereins bezüglich der angeblichen Zurückweisung jüdischer Mädchen im Lehrerinnen-Seminar der Kgl. Augusta-Schule. — 1. Juni. Der Verbandstag des Deutschen Rabbinerverbandes verlangt in allen öffentlichen Schulen Einführung obligatorischen jüdischen Religions-Unterrichts. — 18. Oktob. Die Königsberger Stadtverordneten-Versammlung beschließt (dem Gesetze zuwider), vom 1. April 99 für einen bei mehreren Schulen einzuführenden lehrplanmäßigen jüdischen Religions-Unterricht jährlich 2000 Mk. aus städtischen Mitteln an die Synagogengemeinde zu zahlen. — 29. Dezbr. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt sich auf Antrag Friedemann mit der Frage der Gründung einer zweiten höheren Töchterschule (für Jüdinnen).

— **in Wien.** 5. Septbr. Erlaß des Wiener Bezirksschulrats betr. die Trennung der Judenkinder von den christlichen Schulkindern in den Volksschulen. — 17. Oktob. Jüdische Protest-Versammlung gegen diesen Erlaß; Lärmszenen zwischen Protestlern und Zionisten. — 5. Oktob. Der niederösterreichische Landesschulrat verbietet die Durchführung des Erlasses.

Judenschützer ernten Undank 62
Judensteuer in Deutschland 74, 80, 88
„ , römische 9, 16, 29, 31
Judentaufe 59, 60
Judentracht 64
Judenverfolgungen 7, 15, 16, 19, 20, 25, 26, 29, 35, 40, 48, 58, 59, 71, 81, 91
Judenvorrechte 2, 4, 6, 14, 16, 18, 22, 23, 26, 28, 29, 30, 31, 35, 39, 40, 86
Jüdinnen, geistreiche 76, 85
Jüdische Landtagsabgeordnete 232
Jüdische Lehrerinnen. 22. April. Erlaß des Provinzial-Schulkollegiums betr. die Ordinariate jüdischer Lehrerinnen an Berliner Volksschulen. — 24. Oktob. Auf Anweisung der Regierung werden jüdische Lehrerinnen vom Ordinariat entfernt. — 1. Dezemb. Auf Antrag Preuß und Genossen beschäftigt sich die Stadtverordneten-Versammlung mit dieser Sache.
„Jüdische Presse" 45

Seite

Jüdisch-freisinnige Presse 108, 146, 205, 230
Juvenal 9, 21, 22, 35, 37

Kaiser Friedrich III. 181
Kaiser Wilhelm I. 64, 67
Kaiser Wilhelm II. 6. September. Oeynhäuser Rede über den Schutz der Arbeitswilligen. — 7. September. Rede an der Porta über die beste Friedensgewähr (vergl. Abrüstungskonferenz). — Reise nach Palästina: 12. Oktob. Abreise; 18. bis 22. Oktob. Aufenthalt in Konstantinopel; 26. Oktob. Landung in Palästina; 29. Oktob. bis 4. Novemb. Aufenthalt in Jerusalem; 23. Novb. Landung in Pola; 24. Novb. Ankunft in München; 1. Dezemb. Einzug in Berlin. — S. 59, 117, 147, 148, 152, 207
Kaiserin von Oesterreich, Ermordung 61, 123
Kalbe-Aschersleben, Wahl 98 112
Kandidaturen, antisemitische 211, 219
Kanitz, Antrag 229
Kant 76
Kartellpolitik 206, 207, 210, 213
Kassel, Wahl 98 190, 212
Katholikentag in Krefeld 20. August ff.
Katholiken und Sozialdemokratie 104
Kaufmannsgilde, Berliner 76
Kautionspflicht der Reichsbeamten 188
Kayser, Kolonialdirektor (vgl. Kolonialpolitik) 67
Keglerfest in Dresden 193
Kiautschau 119, 180
Kiel, Wahl 98 106
Klitzing, v., Landrat 154
Koalitionsfreiheit 181
Köhler, Abg. 180, 205, 210
Köln, Stadtverordnetenwahlen 232
„Kölnische Volksztg." 205
Königsberg-Fischhausen, Wahl 98 154, 155, 228
Königsberg i. Ostpr., Ersatzwahl 200
König-Witten, Dr. 203, 218
Kolonialpolitik. 13. Februar. Senats-Präsident Dr. Kayser †. — 14. Juni. Französisch-englisches Grenzabkommen in Afrika. — Anfang Sept. Gerüchte über ein deutsch-englisches Abkommen, dessen Inhalt jedoch bisher nicht bekannt geworden ist (Erwerbung der Delagoa-Bucht durch England?). — 10. Oktober. An Stelle des Kapitäns Rosendahl wird Kapitän Jeschke Statthalter im Kiautschaugebiet.
„Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe" 49
Konferenz kaufmännischer und ge-

Seite

werblicher Vereine Deutschlands in Leipzig 3. Oktober. Senator Schulze-Gifhorn reist ab, weil antisemit. Aeußerungen fallen.

Konservative Partei. 2. Februar. Konservativer Parteitag in Dresden, Auseinandersetzung mit Antisemiten und Bund der Landwirte. — 8. Februar. Parteitag der Berliner Konservativen, neue Ausfälle gegen die Antisemiten. — 14. November. „Kreuzzeitung" (Abg. Kropatscheck) und „Konservative Korrespondenz" wegen wahrheitswidriger Verdächtigungen des Abg. v. Liebermann verurteilt. — 17. Dezember. Königsberger Wahlprozeß (Dönhoff-Dohna-Streit), die „Ostpreuß. Zeitung", die dem Landrat v. Hülleſſem ſchwere Wahlbeeinfluſſung vorgeworfen hatte, freigeſprochen. — S. 114, 117, 121, 207, 211—216, 228, 231—234. Vgl. auch die folgenden Poſitionen.

Konſervative, Berliner 134, 135, 136, 143
Konſervative, ſächſiſche 133, 141, 176, 208
„Konſervative Korreſpondenz" 132, 140, 147
„Konſervatives Handbuch" 136, 141
Konſervative Verluſtliſte 156
Konſervativ-polniſche Zeitung 137
Konitz, Landtagswahl 98 137
Konſumvereine 120, 148, 190

Kopenhagener Panama. 19. Juli. Entdeckung großer Unregelmäßigkeiten in der Kopenhagener Stadtverwaltung, der ſozialdemokr. Stadtverordneten-Vizepräſident Holm flieht. — 21. Juli. Holm in Hamburg verhaftet. — 26. September. Holm † im Gefängnis.

Kortum, Abg. 176
Kottbus, Wahl 98, 146
Kreisblätter 149, 153
„Kreuzztg." 86, 134, 140, 141, 142, 147, 231
Kriegervereine u. ſ. w. 192, 217
Kriegstüchtigkeit der Juden 8, 17, 20, 30, 49, 50, 65, 69, 84, 86, 90
Kropatſcheck, Abg. 138, 139, 140, 195
Kulifrage 114, 119
Kurzhals 128

Landbriefträger-Uniform 188
Landeshut-Bolkenhain-Jauer, Wahl 98 116, 118, 120, 121
Landräte, gemaßregelte 217
Landratskandidaturen 216

Landtags-Wahlen in Preußen. 27. Oktober und 3. Novb. Ludwig Werner zieht als erſter Antiſemit in den Landtag ein.

Lange, Dr. Friedrich 206, 210

Seite

Lazarettpächter, jüdiſche 77, 89

Lehmann-Hohenberg, Profeſſor, läd zur Gründung eines „Volksrates" ein. 3. Juni.

Leipzig, Wahl 98 107, 111, 216
Lenzmann, Abg. 193
Leontopolis 17, 27
Leſſing 75
Lewinski, Rechtsanwalt 137
Leyn 142

Liebermann von Sonnenberg. 3. Mai. Wird auf Klage der Firma A. Wertheim wegen „unlauteren Wettbewerbs" verurteilt. — 7. Juli: Redakteur Malten von den „Mainzer Neueſten Nachr." wegen Beleidigung L. v. S.'s verurteilt. — 14. Novb. „Kreuzztg." (Abg. Kropatſcheck) u. „Konſerv. Korreſpondenz" wegen Verleumdung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg verurteilt. — 16. Dezbr. Reichstagsrede zur Etatsberatung. — 19. Novb. Redakteur Scharf von den Anti-Anti-Mitteilungen wegen Beleidigung Liebermanns verurteilt. — S. 140, 143, 145, 146, 149, 153, 176, 177, 179, 181, 183, 184, 185, 187, 188, 189, 193, 194, 195, 204, 205, 210, 212, 217

Lieber-Stroga (Meißen), Abg. 199, 210, 218

Liegnitzer Krawall. 18.—21. Juni. Straßenunruhen. — 22. ff. Septemb. Gerichtsverhandlung. — Anfg. Oktob. Preßerörterungen über den vom „Vorwärts" veröffentlichten Erlaß des Miniſters des Innern über die Unterdrückung von Straßentumulten (vgl. Erfurter Krawall).

Limburg-Stirum, Gr., Abg. 141
Lindſtröm, Dr. 216

Lippiſche Frage. 17. Juni: Telegramm des Kaiſers an den Regenten Ernſt v. Lippe-Biesterfeld betr. die dem Regenten zukommenden Rechte. (Die Preßerörterungen ſetzen Mitte Juli ein). — Mitte November führt die Veröffentlichung der Aktenſtücke zu immer lebhafteren Auseinanderſetzungen in der Preſſe. — 24. Novb. Beſuch des Kaiſers beim Prinzregenten in München, der mit der Lippiſchen Frage in Zuſammenhang gebracht wird.

Litauiſch-konſervativer Wahlverein 137
Lotze, Abg. 177, 189, 212
Lübeck, Juden in 88
Lübeck, Wahl 98 106, 212, 228
Lütgenau, Abg. 109, 123
Lukasevangelium 42
Luther 60

Seite

Luxussteuer 124

Mädchenhandel. Am 17. März berichtet die Staatsbürger-Zeitung, daß die Petitionskommission des Reichstags beantragt habe, über eine Eingabe, betreffend die internationale Bekämpfung des Mädchenhandels, zur Tagesordnung überzugehen, da das Auswärtige Amt die Sache für Deutschland nicht für brennend hält! — 11. Mai (Staatsbürger-Zeitung). Anweisung an die Ortspolizeibehörden, dem Mädchenhandel besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

März-Revolution 1848 181, 194
Maifeier 112, 118
Mainz, Ersatzwahl 96 182, 197
(Gymnasial-Lehrer-Maßregelung), Wahl 98 106
Mampel, Abg. 179, 182, 191
Mannheim, Wahl 98 106, 212
Manteuffel, Frhr. von, Abg. 139, 207, 213
Manteuffelsche Absage 213
Marburg, Wahl 98 85, 216
Martial 21, 37
Marx 120
Massow, von, Abg. 194
Maximal-Arbeitstag 191
Maximilian Joseph von Bayern 83
Meißen-Großenhain 199, 210, 231
Memel-Heidekrug, Landtagswahl 98 137
Mendelssohn 75
Menzer, Abg. 212
Merk-Strasburg, Bürgermstr. 150, 154
Metternich 88
Militärärzte, jüdische 184
Militärdienstzeit, zweijährige oder dreijährige 134
Militärinvaliden 192
Miquel, von 207
Mirbach-Sorquitten, Graf 132
Mischlinge, deutsch-jüdische 99
Mittelstandspolitik 152, 191, 200, 201, 204, 216
Mittweida-Frankenberg in Sachsen, Wahl 98 106, 107
Mohl, Moritz 62
Mommsen 19, 28, 35
Müller-Waldeck, Abg. 176, 177, 184, 185, 212, 218
München 104
„ Wahl 98 106
Munckel, Abg. 181

Namensführung bezw. Namensänderung der Juden. 4. Mai. Dem Kaufmann Paul Moses in Köthen wird behördlich gestattet, den Familiennamen Moser zu führen. — 28. Aug. (Deutsche Ztg.) Infolge einer Reichsgerichtsentscheidung, daß Aenderungen von Vornamen strafbar sind, werden die für Aenderung der Familiennamen zuständigen Behörden auch für Aenderung von Vornamen für zuständig erklärt. — 26. Aug. (Deutsche Ztg.) Dem Apotheker Mendelssohn in Schivelbein ist die Erlaubnis erteilt, sich Budde zu nennen. — 1. Septb. (D. Z.) Dem Amtsgerichtsrat Levinsohn in Zehlendorf wird gestattet, den Namen Laubhardt anzunehmen. — 27. Oktob. (D. Z.) Der Getreidehändler Cohn in Berlin, Brücken-Allee 3, erhält die Erlaubnis, sich Kant zu nennen. — 5. Novemb. Dem Christen Cohn wird die Aenderung seines Namens in Köhm nicht gestattet. — S. 76, 85

Napoleon I. 79, 80, 81, 86
National-Liberale. 1. Mai. Parteitag. Geh. Kommerzienrat Goldberger ist dagegen, daß die Interessen der Landwirtschaft „besser" gewahrt werden sollen. — S. 55, 127—129, 148, 185, 195, 197, 207, 211, 212, 214, 215, 217
„Nationalliberale Korrespondenz" 205
„Nationalliberales Handbuch" 147
National-Soziale. 25. Sept. Parteitag in Darmstadt. — S. 205, 216, 228
Naumann, Pfarrer a. D. 95
Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wahl 98 125
Nero 7, 8, 20, 29, 35
„Neue Bayerische Landesztg." 67
„Neue freie Presse" 66
Neuperstein 15, 39
Neustettin, Wahl 98 138, 146, 150, 201, 202, 216
Nordau, Zionist 46, 47, 53, 72
Norddeutsche Antisemiten 201, 202, 203, 228
Norddeutscher Lloyd 180, 190
Norderney 53
Nordhausen, Wahl 98 212, 228
Nordhäuser Parteitag 180, 210, 213
Nürnberg, Wahl 98 126

Oberschlesien 104, 111
Obsteinfuhr-Frage. 5. Febr. Kaiserl. Verordnung betr. die Einfuhr lebender Pflanzen und frischen Obstes aus Amerika. — 1. Dezember. Die französ. Regierung trifft die gleichen Anordnungen.
Ohl, Abg. 195
Oertel-Freiberg, Abg. 134, 138, 139
Oesterreich, Juden in 69, 73, 76, 77, 88
Oesterreichische Volkskämpfe. Aufg.

Seite

März. Antrag der Christlich-Sozialen, die Juden vom Wahlrecht auszuschließen. — 5. März. Das Ministerium Gautsch erläßt neue Sprachenverordnungen und dankt zugleich ab. Graf Thun Ministerpräsident. — 26. April. Der Antrag auf Ministeranklage gegen Badeni führt zu stürmischen Auftritten im österreichischen Abgeordnetenhause. — 29. April. Neue Lärmszenen während einer Rede Schönerers bei Beratung der Sprachen-Anträge. — 29. Mai. Gründung des „Bundes deutscher Städte in Böhmen" zu Reichenberg. — 1. Juni. Stürmische Auftritte im österreichischen Abgeordnetenhause wegen der Auflösung des Grazer Gemeinderates. — 7. Juni. Die Deutsch-Nationalen erzwingen die Verlesung einer Eingabe von 2183 deutschen Gemeinden betr. Aufhebung der Sprachenverordnung. — 18. Juni. Palacky-Feier in Prag, Brandrede des russischen Generals Komarow gegen die Deutschen. — 24. Juli. Schließung des Reichsrats. — 21. Aug. Deutscher Volkstag in Asch. — 26. September. Wiederzusammentritt des Reichsrats. — 4. Novbr. Reichsratsverhandlung über die Ministeranklage gegen Badeni wegen Verschleuderung von Staatsgeldern. — 10. Novbr. Siegreiches Säbelduell des Abg. Wolf gegen den Abg. Ritter v. Gniewosz. — Ausweisung von Slaven und Juden aus Breslau. — 19. Novbr. Schönerer, Iro und Gagstatter am Sarge Bismarcks. — 29. Novbr. In Beantwortung einer Anfrage des Polen Jaworski hält Ministerpräsident Graf Thun eine höchst taktlose Rede über die Ausweisungen aus Preußen. — 24. Dezember. Die „Wiener Abend-Post" bringt eine mildernde Erklärung zu Thuns Rede. — S. 179

Oesterreich, Juden in, 69, 73, 76, 77, 88
Onion, jüd. Priesterstaat 17
Osann, Abg. 195, 197
Oschatz-Wurzen, Wahl 98 107
Ostpreußen, Wahlen 98 106, 114
Ovid 22, 35, 37

Pappritz 148
Pauli-Potsdam, Abg. 129, 211, 228
Persien, Juden in 63
Pesterkrankungen in Wien, infolge leichtfertigen Umgehens m. Pestbazillen-Kulturen in der Klinik Prof. Nothnagels, vom 15. Oktob. an.
Petroleum-Interpellation 185, 190

Seite

Pfisterer, Abg. 176, 179, 184, 191
Philo 15, 24, 26, 37
Pirna, Wahl 98 212
Plinius 40
Plötz, von, Abg., Vorsitzender des Bundes der Landwirte. 20. Mai. v. Plötz sendet der „Staatsbürger-Ztg." eine Erklärung über die vertrauliche Rücksprache mit Mitgliedern der konserv. Fraktion im Hotel Kronprinz. — 24. Juli. von Plötz †. — S. 138, 139, 155
Podbielski, v., Staatssekretär 143, 148, 187, 188, 191, 193
Polenfrage. 12. April. Erlaß des preuß. Ministeriums an die Beamten, betr. den Gebrauch der deutschen Sprache. — 20. April. Anfrage der Abgg. Szmula u. Gen. im preuß. Abgeordnetenhause über den Arbeitermangel in den Ostprovinzen. — 20. Mai (Staatsbürger-Ztg.). Die Minister v. Miquel, Dr. Bosse, v. d. Recke und Gr. Posadowski reisen nach Posen, um Einrichtungen zur Förderung des Deutschtums in die Wege zu leiten. — 4. Juli. Der Regierungspräsident zu Posen verbietet die Teilnahme von Ausländern am Kongreß polnischer Aerzte, worauf die Abhaltung des Kongresses in Posen aufgegeben wird. — 8./9. Aug. Minister-Beratungen in Posen über die zur Stärkung des Deutschtums zu ergreifenden Maßnahmen. — 12. Oktob. Der Oberpräsident von Westpreußen v. Goßler in Elberfeld auf einer Studienreise, um Industrielle für seine Provinz zu interessieren.
Pommern, Wahlen 98 107, 146, 216
„Pommersche Reichspost" 132
Pommerscher Provinzialverband 204, 210
Pompejus 2, 18
Posen, Landtagswahl 98 137
Posen, Prov. 103, 104, 107
Post (Reichspost) 187, 188, 189, 191, 193
„Post" (Zeitung) 136
Potsdam-Spandau-Osthavelland
Wahl 93 129
Wahl 98 129, 156, 211, 228

Prenzlau-Angermünde, Wahl 98 134, 138, 142, 145, 149
Preßprozesse. 18. Jan. Verurteilung der „Staatsbürger-Zeitung" (Schriftleiter Wilberg) wegen des Artikels „Oberpostdirektion contra Podbielski". — 15. Februar. Prozeß Bashford gegen die Schriftleiter Engelmann und Dr. Bachler, endet mit Vertagung.

Seite

(Klage später zurückgezogen.) — 17. Februar. Prozeß des Lazarus Goldschmidt, Herausgebers des Babylonischen Talmud, gegen Dr. Bischof und die „Deutsch-Sozialen Blätter" durch Vergleich erledigt. — 4. März. Doppelte Verurteilung des „Deutschen Michels" (Schriftleiter Krauß) wegen seines entschiedenen Vorgehens gegen die Wertheimschen Geschäftsgrundsätze (Schädigung des Buchhandels). — 28. März. (Staatsbürger-Zeitung.) Schriftleiter Hogrefe („Deutsch-Soziale Blätter") wegen Beleidigung des Kaufmanns Rosenthal zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — 7. Juli. (Stbg.-Ztg.). Der Prozeß zwischen Paul Friedmann und Hirsch Hildesheimer wegen öffentlicher Besprechung der Zustände in der jüdischen Kolonie in Midian wird durch Vergleich beendet.

Pretzel 134, 216
Prinz Carolath, Abg. 155
Privatdozentenfrage. 7. Februar. „Lex Arons" im Abgeordnetenhause.
Privatpostanstalten 191
Proselytenmacherei der Juden 11, 18, 19, 20, 23, 34, 36, 39, 41, 60
Prügelstrafe 123
Ptolemäer 16, 22
Puttkamer, von, Staatssekretär 64
Pyritz-Saatzig, Wahl 98 138, 155, 156

Quast-Bichel, von 148

Raab, Abg. 176, 179, 182, 183, 187, 188, 189, 190, 191, 197, 212, 218, **227**
Ragnit-Pillkallen, Landtagswahl 98 137
Rahel Lewin 76, 85, 89, 91
Randow-Greifenhagen, Wahl 98 107, 216
Recke, v. d., Minister 217
Régis, s. Algerien.
Reichenbach-Neurode i. Schl., Wahl 98 106
Reichsbankfrage. 19. November. Erhöhung des Zinsfußes für Wechsel auf 6 v. H., den gegen Lombard auf 7 v. H. — S. 148.
„Reichsbote" 118, 133, 134, 139
Reichseisenbahnamt 187
Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe 155
Reichstag. 16. Juni Hauptwahlen, 24. Juni Stichwahlen. — 6. Dezemb. Eröffnung des neuen Reichstags.
Rekrutierung in Oesterreich 69
Revision in Civilsachen 193
Richter, Eugen, Abg. 144, 195
Ring-Düppel, Abg. 135, 138, 146
Rinteln-Hofgeismar, Wahl 98 212

Seite

Rochlitz-Flöha, Wahl 98 106, 107
Röricke-Kaiserslautern, Abg. 126
Rom 3, 7, 9, 17, 28, 32 (Brand Roms 7, 20.)
Rosenkranz, Bebels 120
Rothschild 64, 68, 79, 88
Rumänien, Juden in 58, 63
Ruppin-Templin, Wahl 98 135, 146
Russischer Feldzug Napoleons I. 86
Rußland, Juden in 58, 70

Saarburg-Chateau-Salins, Wahl 98 103
Sacharin 176, 193
Sachsen, Kgr., Wahl 98 107, 111, 133
„Sächsische Arbeiterztg." 127
Saldern-Perleberg, von 154
Sammlungspolitik. Um den 10. März veröffentlichen die Zeitungen den Aufruf der Abgg. Graf Schwerin-Löwitz und Bopelius zur Sammlung. — 15. März. Aufruf zur Gegensammlung der Freihändler. — Aufruf von Dieß-Dabers zum Zusammenschluß der Konservativen, Antisemiten und Bündler. — Um den 20. Mai. Preßerörterungen über den Brief des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe an den Prinzen von Schönaich-Carolath. — 8. Juni: Staatssekretär v. Posadowsky erteilt auf eine Anfrage die Wahlparole: Geschlossene Frontstellung gegen den revolutionären Sozialismus. — S. 128, 132, 136, 155, 208, 210
Schack 128
Schächtfrage. 11. Januar. Die Stadtverordneten-Versammlung in Rheydt beschließt eine das Schächten einschränkende Schlachthofordnung, nachdem durch Ministerial-Erlaß das Recht dazu bestätigt war. — 29. September. Eine Vertretung des Rabbiner-Verbandes überreicht den Ministern v. d. Recke v. d. Horst und Brefeld eine Eingabe gegen die Rheydter Schlachthofordnung; Minister v. d. Recke soll, trotzdem die Beschwerdefrist überschritten war, das Finden eines „Ausweges" zur Aufhebung der Rheydter Verordnung zugesagt haben. — S. 48, 177, 182
Schall, Abg. 129
Schaumburg-Lippe, Wahlen 98 107, 134, 138
„Scheiterhaufenbrief" 115
Schiffsunfall. 4. Juli. Untergang der „Bourgogne" unweit Sable-Island.
Schiller 118, 133
Schlawe-Bütow-Rummelsburg, Wahl 98 148
„Schlesische Zeitung" 129, 136

Seite

Schleswig-Holstein, Wahlen 98 107, 112, 119, 124
Schmalbach, Abg. 196, 197
Schrempf, Abg. 139
Schule, Sturm der Juden auf die deutsche und christliche 232
Schumacher, Abg. 110
Schumann, Obermeister 122
Schwerin-Löwitz, Gr., Abg. 128
Schwertzell-Ziegenhain, v., Landrat 153
Siegen, Wahl 1893 132
Simson, Reichsgerichtspräsident 67
Singer, Abg. 119, 121, 132, 181, 193
Sieking-Skandal in Ischl. 22. August.
Snethlage-Borntin, Landschaftsrat 151
Soldau, Geh. Oberschulrat 197
Solingen, Wahl 96 106, 110
Solinger Streit unter den „Genossen" 110
Sorau, Wahl 98 155
Sozialdemokratie. 2. Juli (Staatsbgr.-Ztg.). Es wird bekannt, daß die Leitungen großer Reichs- und Staatsverwaltungen Erlasse gegen die S. planen. — 4. Juli. Schreiben des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten über das Anwachsen der Sozialdemokratie auf dem Lande (gegen Ende des Monats durch den „Vorwärts" veröffentlicht). — 14. Juli (Staatsbgr.-Ztg.) Ansprache des Generals von Spitz auf dem Abgeordnetentage des Deutschen Kriegerbundes in Weißenfels über Sozialdemokraten und sonstige Reichsfeinde. — 2. Oktob. ff. Parteitag in Stuttgart. — S. 55, 62, 128, 129, 130, 132, 133, 144, 148, 155, 181, 182, 194, 196, 215, 217
Spandau-Osthavelland, Landtagswahl 98 129
Spanisch-amerikanischer Krieg. 13. u. 18. April. Senat u. Repräsentantenhaus der Union fordern Spanien auf, Cuba zu räumen. — 23. April. Beginn der Feindseligkeiten von Habana. — 1. Mai. Niederlage der spanischen Flotte bei Cavite. — 22. Juni. Landung der Amerikaner auf Cuba. — 3. Juli. Vernichtung der spanischen Flotte bei Santiago auf Kuba. — 14. Juli. Uebergabe von Santiago. — 13. Aug. Unterzeichnung des Präliminarfriedens in Washington.
Spiritusbeleuchtung 190
Sprottau, Wahl 98 154
„Staatsbürger-Ztg." 95, 135, 144, 147
Stadthagen, Abg. 106
Stahl, Abg. 141
Steinmeister-Nauen, Landrat 129, 154

Seite

Sternberg, Wahl 98 127, 135, 139, 148, 149
Stettin, Wahl 98 106, 107, 132, 211, 233
Stöcker. 9. März. Prozeß Stöckers gegen Redakteur Schwuchow wegen beleidigender Aufsätze in der „Neuen Saarbrücker Ztg." — 27. Juni. Verurteilung des Freiherrn von Stumm und des Redakteurs Schwuchow wegen Beleidigung Stöckers. — 7. Oktober. Das Oberlandesgericht verwirft die Revision Stumms. — S. 53, 61, 66, 115, 117, 132, 211, 215
Stollberg-Schneeberg, Wahl 98 212
Strabo 14, 16, 37
Strasburg i. d. Uckermark 149, 150
Straßburg i. Els. 64, 73, 81
Straßburg i. Els., Wahl 98 106
Stubbendorf-Zapel, Abg. 131, 140
Stumm, Frhr. v., Abg., s. Stöcker. — 207
Stuttgart, Wahl 98 106
Swinemünde. Erneuter Sieg der Antisemiten bei den Stadtverordneten-Wahlen. 1. Juni (Staatsbgr.-Ztg.).
Synagogen-Einweihungen, Vertreter von Behörden bei denselben 64

Tacitus 19, 25, 36, 37
„Tägliche Rundschau" 206
Tausch-Prozeß. 5. Januar. Kriminal-Kommissar von Tausch im Disziplinar-Verfahren verurteilt zur Versetzung in ein Amt gleichen Ranges ohne Gehaltsverlust aber unter Wegfall der Umzugsentschädigung.
Teltow-Beeskow, Wahl 93 135, Wahl 98 106, 118, 119, 120, 122, 129, 135
Tempel zu Jerusalem 3, 5, 6, 8, 11, 12 14, 16, 18, 19, 33, 38, 40
Tempel zu Leontopolis 17, 27
Tempelsteuer, jüdische 9, 16, 29, 33, 34, 41
Thiele, Abg. 125, 141
Thorn-Kulm-Briesen, Wahl 98 217
Tiberius 5, 19, 28
Tilsit-Niederung, Landtagswahl 98 137
Titus 8, 9, 29, 42
Trajan 11, 30, 40
Trapp-Strasburg, Rechtsanwalt 150
Treitschke 73, 84, 87
Türken-Hirsch 68, 69
Turnerisches. 5. Juni. Auf dem Haupt-Gautag in Brixen wird der Tiroler Turngau aufgelöst, weil der Antrag des Innsbrucker Turnvereins, nur Arier aufzunehmen, bei einem Teil der Turner auf Widerstand stieß. — 23. Juli ff. Neuntes deutsches Turnfest. — S. 190, 198

Seite

Ueckermünde-Usedom-Wollin, Wahl 98 124, 212, 216
Ulrich, Rechtsanwalt 134, 135
Umsatzsteuer 177, 189, 198
Unduldsamkeit, jüdische 58, 59, 61, 74, 75
Universitäten, Verjudung derselben 58, 67, 184

Varnhagen von Ense 76, 82
Vaterländischer Frauenverein 154

„Vaterland, das" 133, 140, 208
Vereinsgesetzgebung. 11. März. Der sächsische Minister v. Metzsch erklärt, die „konservativen Kompensationen" (Ausschluß von Frauen und Minderjährigen) für undurchführbar. — 1. April. Die zweite sächsische Kammer nimmt die Aufhebung des Verbindungsverbotes mit den „konservativen Kompensationen" an. — S. 134. 181.
Verein zur Abwehr des Antisemitismus 55
Versicherungsgesetzgebung 177, 185, 186
Vespasian 7, 8, 9, 29, 31
Viehseuchen-Verhütung 190
Vielhaben, Abg. 176, 189, 212, 218
Vincke, von 89
Virchow, Abg. 136
„Volk, das" 216
„Volksrundschau" 206
Voltaire 75
Vopelius, Abg. 128
Vorrechte der Juden 2, 4, 6, 14, 16, 18, 22, 23, 26, 28, 29, 30, 31, 35, 39, 40, 86
„Vorwärts" 103, 104, 105, 111, 117, 118, 122, 126, 198, 231
„Vossische Ztg." 68

Wahlgeometrie 152, 153
Wahlpflicht, Antrag auf 177, 182
Wahlrecht. Stellung der Antisemiten zu demselben 182
Wahlrecht, Stellung der Konservativen zu demselben 131
Wahlrechtsverkümmerung in Sachsen 134
Wahlstatistik, amtliche, Ungenauigkeiten derselben 156, 228
Waldeck, Wahl 98 212
Waldenburg i. Schles., Wahl 98 106
Waldow-Königswalde, von, Abg. 135, 149
Walldorfer Krawall. 31. März. Verurteilung einiger der Beteiligten.
Wangenheim-Spiegel, Abg. 228
Warendorff, von, Hauptmann in Köln, † 13. März.
Warschau, Großherzogt. 83, 86
Wassernotstand-Entschädigung 121, 154

Seite

Wedell-Polzen, von 134, 139, 143
Wehrpflicht, allgemeine u Judentum 86
Weimar, Wahl 98 115
Welthandel (s. auch Obsteinfuhrfrage). 10. Mai (Staatsbg.-Ztg.). Die aus Amerika eingeführten Pferde bewähren sich nicht. — 14. Mai (Stsbg.-Ztg.). In Greiz wird eine Regierungs-Verordnung erlassen, um die Käufer gegen gesundheitsschädliches amerikanisches Fleisch zu schützen. — 27. Mai. (Staatsb.-Zeitung.) Der preußische Minister für Handel und Gewerbe empfiehlt dem Centralvorstand des deutschen Schuhmacher-Innungs-Verbandes die Bekämpfung der Einfuhr minderwertiger amerikanischer Schuhwaren.
„Weltschwänze". 10. Mai. (Staatsb.-Zeitung.) Mitteilungen der „Bank- und Handelsztg." über die Leitersche „Weltschwänze" (Brotverteuerung).
Werdeck, v., Abg. 146
Werner, Abg. 119, 145, 146, 176, 177, 180, 181, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 204, 218
Westfalen, Königreich 82, 84
Westprignitz, Wahl 97 139, 152, 154, 213; Wahl 98 131, 136, 138, 140, 143, 146, 153
Westpreußen 103, 107
Westpreußen, Juden in 75, 86
Wetzlar-Altenkirchen 216
„Wiener Tageblatt" 231
Wiesbaden, Ersatzwahl 200
Winterfeldt-Menkin, v., Abg. 142, 144, 145
Witu 180
Wohlfahrt, Dr. 140
Wolf-Stadecken 197
Wucherfreiheit der Juden in Preußen 86
Wucherprozeß in Hannover. 10. November. Verurteilung des Agenten Löwenstein.
Württemberg, Wahlen 98 119
Württembergische Verfassungsrevision. 29. März. Die Abgeordnetenkammer beschließt Abschaffung der Stichwahlen. — 21. Dezember. Die Endabstimmung ergiebt die Ablehnung des Entwurfs.

Zedlitz-Neukirch, von, Abg. 139, 143
Zentrum 104, 120, 194, 196, 205, 214, 234
Zeugnißzwangsverfahren gegen die „Sachsenschau". 19. Juli. Redakteur Kreutz wegen Zeugnisverweigerung in Haft genommen, der erste Fall, in dem über den verantwortlichen Redakteur

Seite

hinaus mit Zwangshaft vorgegangen wird.

Zimmermann, Abg. 176, 177, 179, 181, 184, 185, 187, 189, 190, 191, 193, 200, 204, 208, 218

Zinzow-Neustettin, Rechtsanwalt 151

Zionismus. 1. Juni. Der Verbandstag des „Deutschen Rabbiner-Verbandes" protestiert gegen die zionistische Bewegung. — 28. August. Zweiter Zionisten-Kongreß in Basel, Beschluß der Gründung einer „jüdischen Kolonialbank". — 2. November. Die

Seite

Zionisten werden vom Kaiser Wilhelm in Jerusalem empfangen. — 7. Dezember. Die „Vereinigung der israelitischen Gemeinden Amerikas" spricht sich in der Jahrestagung zu Richmond gegen den Zionismus aus. — 26. Dezember. Erster Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin. — S. 46, 53, 55, 57, 60, 67, 72

Zola, s. Dreyfus-Handel. — 18, 49, 51

Zubeil, Abg. 122, 124

Zuchthausarbeit 189